

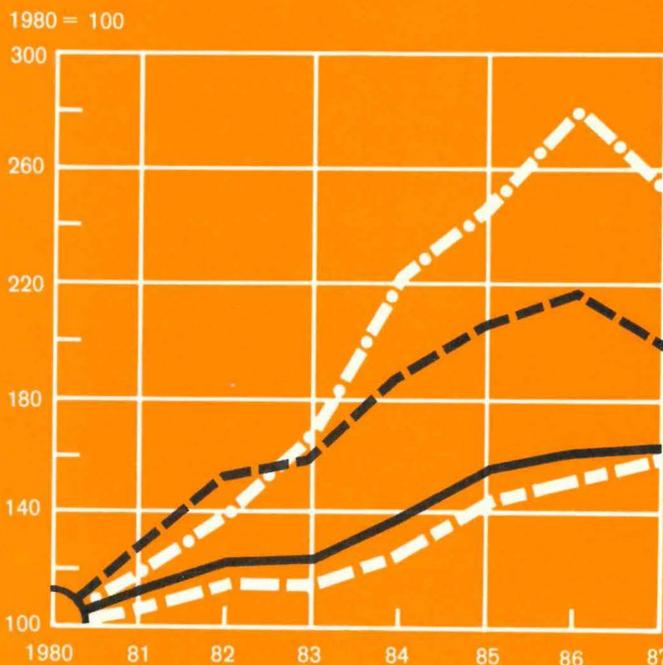
Statistisch - prognostischer Bericht 1987/88

Daten - Analysen - Perspektiven

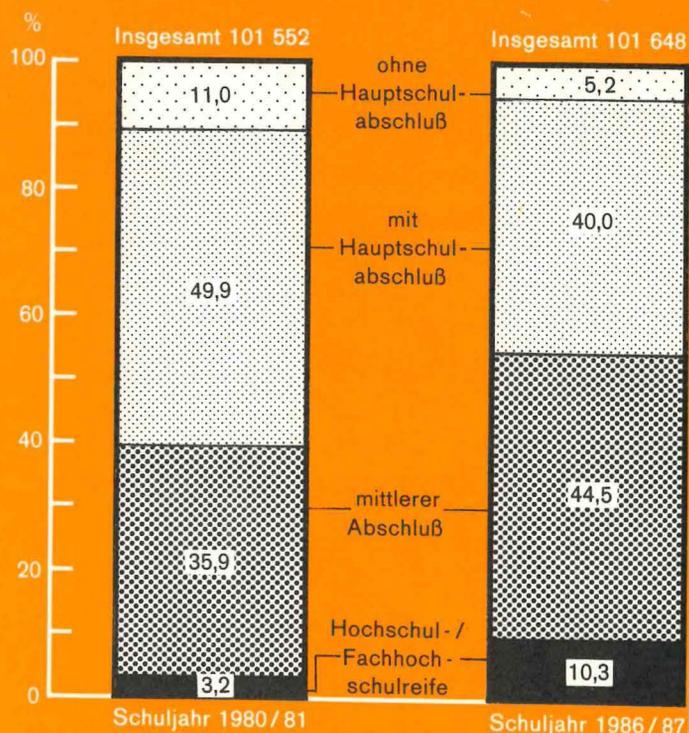
Heft 15

Entwicklung der Ausfuhr Baden - Württembergs

●—● USA
 - - - Dollar - Raum
 — Ingesamt
 - - - Europa



Neueingetretene Berufsschüler in Baden - Württemberg



Baden-
Württemberg



Statistisch-prognostischer Bericht 1987/88

Daten - Analysen - Perspektiven

**Herausgegeben von der Landesregierung
Baden - Württemberg in Zusammenarbeit mit dem
Statistischen Landesamt**

Artikel-Nr. 1114 88001

ISSN 0408 - 1714

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Postfach 10 60 33 · 7000 Stuttgart 10

Tel.: (0711) 6465 - 1 · Telex 722815 stala d · Btx *64651 # · Telefax 6465440

Preis DM 13,-

zuzügl. Versandkosten

Nachdruck, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe gestattet

Vorwort

Mit dem Statistisch-prognostischen Bericht 1987/88 legt die Landesregierung den fünfzehnten Band dieser Reihe vor.

Der diesjährige Bericht enthält Einzeluntersuchungen zu fünf Themenbereichen, nämlich "Bildung", "Leben im Alter", "Außenwirtschaft", "Umwelt" und "Ländlicher Raum."

Damit werden wichtige Entwicklungen in unserem Lande thematisiert, von denen spürbare Auswirkungen auf unsere Lebens- und Arbeitswelt zu erwarten sind. Deswegen meine ich: Nur Mut zu den Statistiken, Schaubildern und zu den erläuternden Texten, aus denen Entwicklungslinien erkennbar werden. So muß man sich z.B. heute schon klar machen, welche demographischen Verschiebungen auf uns zukommen werden, wie die Lebenssituation der älteren Menschen heute ist, und wie diese Verhältnisse sich in Zukunft ändern könnten. Dies gilt auch für das Thema Trinkwasser, – einer der wichtigsten natürlichen Rohstoffe. Hier müssen wir die Entwicklung der mit hohem Aufwand erhobenen Daten über die Qualität des Wassers sehr aufmerksam verfolgen, um kontinuierlich den Handlungsbedarf zu bestimmen und die Wirkungen der ergriffenen Maßnahmen zu kontrollieren. Von außen kommt die zunehmende weltwirtschaftliche Verflechtung auf uns zu, die unsere Lebensbedingungen nachhaltig bestimmen wird. Es ist deshalb entscheidend, rechtzeitig Daten und Fakten zu den Trends des weltwirtschaftlichen Strukturwandels herauszuarbeiten, um sich auf den stärkeren internationalen Wettbewerb einzustellen.

Die Untersuchungen dieses Berichts dienen den Ressorts und der Regierung als Grundlage für eine datenorientierte Fundierung politischer Entscheidungen. Aber sie dienen auch der Information der Bürger unseres Landes, die sich ein eigenes Urteil über Veränderungen und Entwicklungen in wichtigen Lebensbereichen bilden wollen.

Mit bewährter Sorgfalt und mit großem Einsatz hat das Statistische Landesamt Baden-Württemberg die Daten zu den genannten Themenbereichen aufbereitet und analysiert.

Im Namen der Landesregierung danke ich dem Präsidenten des Statistischen Landesamtes, Herrn Professor Dr. Max Wingen, sowie seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für das Zustandekommen des Statistisch-prognostischen Berichts 1987/88.

Stuttgart, im August 1988



Ministerpräsident
Lothar Späth

Inhalt

	Seite
Vorwort	III
Teil I Rückblick 1987 – Ausblick 1988	VII
Teil II Einzeluntersuchungen zu politischen Schwerpunktbereichen	
1. 02 Bildung	
Berufsschule als Teil des dualen Systems	1
2. Leben im Alter	
Zur Lebenssituation älterer Menschen in Baden-Württemberg	19
3. Außenwirtschaft	
3.1 Die Ausfuhren der baden-württembergischen Wirtschaft in den Dollar-Raum	45
3.2 Die Kapitalverflechtung der Unternehmen mit dem Ausland – Entwicklung und Struktur der Direktinvestitionen –	58
4. Umwelt	
Grund-, Quell- und Trinkwasserqualität in Baden-Württemberg	95
5. Ländlicher Raum	
5.1 Strukturwandel der Beschäftigung in den Verdichtungsbereichen im Ländlichen Raum	119
5.2 Entwicklung der landwirtschaftlichen Betriebsstruktur in den einzelnen Regionen des Landes	139
Anhang	167
Schlagwortverzeichnis	181

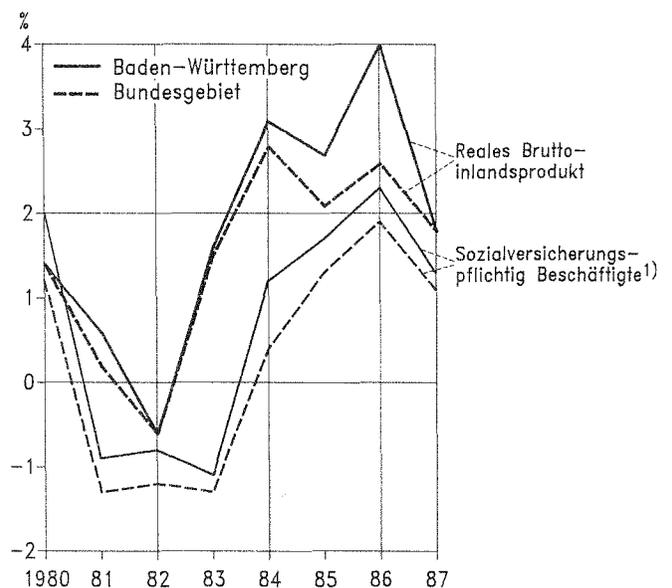
Rückblick 1987 – Ausblick 1988

Wirtschaftsentwicklung des Landes im Gesamtüberblick

Die 1987 durch veränderte außenwirtschaftliche Rahmenbedingungen allgemein eingetretene Wachstumsabschwächung hat sich 1988 bis ins Frühjahr hinein fortgesetzt. Seither mehren sich die Zeichen für eine konjunkturelle Erholung. Ursächlich hierfür sind wiederum außenwirtschaftliche Impulse, die nun auch die Binnennachfrage verstärkt mitziehen. Solche Außeneffekte haben jeweils einen besonders starken Einfluß auf die Entwicklung in Baden-Württemberg. So wurde das Land von der Wachstumsabschwächung erheblich getroffen; denn nach 3 Jahren eines überdurchschnittlichen Anstiegs der Wirtschaftsleistung vollzog sich 1987 die Landesentwicklung im Gleichschritt mit dem Bund. Trotz der inzwischen verbesserten Aussichten dürfte hiermit auch für 1988 zu rechnen sein. Denn der im Mai/Juni zu verzeichnende starke Auftrags- und Produktionsanstieg begünstigt Baden-Württemberg zwar wieder sehr deutlich, doch blieben in den Monaten zuvor die Zuwachsraten im Land zum Teil erheblich hinter denen im Bund zurück, so daß hier zunächst ein Aufholprozeß stattfinden muß.

Noch 1986 stieg das reale Bruttoinlandsprodukt – der zusammenfassende Indikator für die Wirtschaftskraft eines Landes – in Baden-Württemberg um 4 % und damit weit stärker als im Bund (+ 2,6 %). 1987 ging aber die Zunahme in Bund und Land auf 1,8 % zurück (Schaubild 1). Da die Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe des Landes stagnierte, ging dieses Wachstum im wesentlichen auf einige stark steigende Sparten des Dienstleistungssektors zurück. So verzeichneten die Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen mit

Schaubild 1
Entwicklung wirtschaftlicher Eckdaten in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet seit 1980*)



*) Veränderung jeweils gegenüber Vorjahr. 1) Jeweils September.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

144 88

+ 6,4 %, die Sonstigen Dienstleistungen mit + 4,1 % sowie Verkehr und Nachrichtenübermittlung mit + 2,4 % besonders hohe Zunahmen der realen Bruttowertschöpfung. Allerdings legte auch die Bauwirtschaft 1987 um 2 % zu (Tabelle 1).

Auslösender Faktor für die nachlassende Wirtschaftsentwicklung war der im Frühsommer 1985 einsetzende ungewöhnlich schnelle Kursrückgang des Dollar – seinerseits ausgelöst durch große Zahlungsbilanzungleichgewichte bei den führenden Industrienationen der westlichen Welt. Die bis Ende letzten Jahres andauernde Dollarabwertung hat zu gravierenden

Tabelle 1

Entwicklung der Wirtschaftsbereiche 1987*)

– Bruttoinlandsprodukt bzw. Bruttowertschöpfung –

Bezeichnung	In Preisen von 1980				
	Mill. DM	Veränderung 1987/86		Strukturanteil	Anteil am Bundesgebiet
		Baden-Württemberg	Bundesgebiet		
%					
Bruttoinlandsprodukt ¹⁾	263 111	+ 1,8	+ 1,8	–	16,1
Bruttowertschöpfung (unbereinigt)	258 370	+ 1,6	+ 1,6	100	16,3
davon					
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	4 554	– 9,7	– 8,9	1,8	13,7
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	6 127	+ 4,2	+ 0,5	2,4	12,9
Verarbeitendes Gewerbe	103 296	+ 0,1	+ 0,6	40,0	20,1
Baugewerbe	16 235	+ 2,0	+ 0,1	6,3	18,1
Handel	21 828	+ 1,4	+ 1,3	8,4	14,0
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	13 215	+ 2,4	+ 2,8	5,1	13,0
Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen	11 727	+ 6,4	+ 5,8	4,5	13,9
Wohnungsvermietung	16 947	+ 3,3	+ 2,3	6,6	16,0
Sonstige Dienstleistungen	33 799	+ 4,1	+ 4,1	13,1	14,4
Staat	26 425	+ 1,7	+ 1,4	10,2	14,0
Private Haushalte, Private Organisationen ohne Erwerbszweck	4 218	+ 2,6	+ 4,1	1,6	12,2

*) Vorläufiges Ergebnis. – 1) Bruttoinlandsprodukt = Bruttowertschöpfung \cdot / . unterstellte Entgelte für Bankdienstleistungen + Einfuhrabgaben + nichtabzugsfähige Umsatzsteuer.

Verschiebungen in den internationalen Austauschbeziehungen geführt. Hiervon wird ein stark in die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung einbezogenes Land wie die Bundesrepublik, und hierin besonders Baden-Württemberg, in zweifacher Weise betroffen: Zum einen führt die Verteuerung der Exporte zu einer Beeinträchtigung der Wettbewerbsfähigkeit auf ausländischen Absatzmärkten, speziell im Dollarraum und bei den hier stark vertretenen Produktparten – in erster Linie dem Fahrzeugbau. Entsprechend sind für bestimmte Absatzregionen und Produkte erheblich reduzierte Ausfuhren zu registrieren. Zum anderen führt die Verbilligung der Einfuhren zu einem Anstieg der Importe, insbesondere auch im Fertigwarenereich, so daß aufgrund dieser gesteigerten internationalen Konkurrenz auch auf dem Binnenmarkt Absatzchancen verlorengelangen. Dies dürfte eine wichtige Ursache dafür sein, daß der Inlandsabsatz im 2. Halbjahr 1987 bei bereits erholter Auslandsnachfrage rückläufig blieb und sich auch im Frühjahr 1988

nur schleppend entwickelte. Dies traf besonders den Investitionsgütersektor, da sich hier zugleich auch die durch die allgemeine Verunsicherung hervorgerufene Investitionszurückhaltung auswirkte.

Es kann nicht überraschen, daß diese Konstellation der weltwirtschaftlichen Einflußfaktoren die export- und investitionsgüterintensive Wirtschaftsstruktur des Landes besonders trifft: Die Exportquote des Verarbeitenden Gewerbes im Land lag 1987 bei 32 % und im Bund bei 30 %, bei den Investitionsgütern ist sie mit 40 % bzw. 39 % nochmals höher. Auch der Binnenmarkt ist für den Absatz baden-württembergischer Investitionsgüter von weit überdurchschnittlicher Bedeutung: So wurden 1987 vom Inlandsumsatz des Verarbeitenden Gewerbes des Landes 53 % mit Investitionsgütern getätigt, während es im Bundesdurchschnitt nur gut 40 % waren.

Außenwirtschaftliche Einflußfaktoren sowohl auf den Auslands- wie auf den Bin-

nenmärkten waren somit die Ursache dafür, daß 1987 die wirtschaftliche Leistung des Verarbeitenden Gewerbes im Land auf dem allerdings hohen Vorjahresniveau praktisch stagnierte. Im Bund ergab sich noch eine geringfügige Zunahme (reale Bruttowertschöpfung: + 0,6 %). Diese stärkere Betroffenheit des Landes war im laufenden Jahr noch bis zum April deutlich zu verzeichnen, seither allerdings holt Baden-Württemberg im Zuge der allgemein lebhafteren Tendenzen ebenso deutlich wieder auf. Lag die Produktionszunahme des Verarbeitenden Gewerbes im Durchschnitt des Zeitraums Januar bis April im Land noch bei 1,2 % und im Bund bei 3,9 %¹, so haben sich die Raten im Durchschnitt der Monate Mai/Juni mit 5,6 % (Land) bzw. 6,2 % (Bund) erheblich angenähert. Der Halbjahresschnitt liegt allerdings bei 2,7 % bzw. 4,4 %.

Im einzelnen hatte die wechselkursbedingte Verteuerung der Exporte erstmals im 2. Halbjahr 1986 zu einer rückläufigen Auslandsnachfrage geführt (- 2,5 %). Im 1. Halbjahr 1987 sank sie nochmals stärker (- 4,9 %). In erster Linie traf dies den Investitionsgüterbereich (- 7,0 %), und hier überdurchschnittlich stark die elektrotechnische Industrie (- 13,1 %), die Feinmechanik/Optik (- 9,5 %) und den Maschinenbau (- 5,7 %), während der ausländische Ordereingang im Fahrzeugbau nur um 4,2 % zurückging. Im Spätsommer des vergangenen Jahres verbesserte sich die Situation, so daß im Verarbeitenden Gewerbe im 2. Halbjahr Auftragszunahmen aus dem Ausland um 3,9 % zu verzeichnen waren. An dieser Belebung partizipierten die meisten Investitionsgütersektoren (+ 2,8 %). Der Fahrzeugbau verblieb allerdings weiterhin im Minus (- 4,3 %). Im Verbrauchsgütersektor sowie im Grundstoff- und Produktionsgüterbereich zog die schon im 1. Halbjahr positive Auslandsnachfrage (+ 1,6 % bzw. + 3,0 %) nachhaltig an (+ 5,3 % bzw. + 9,0 %).

Die in Verbindung mit dem Dollarsturz erwarteten Konsequenzen einer geringeren Ausfuhr sind also mit einer erheblichen Zeitverzögerung eingetreten, und dies im Land nochmals später als im Bund. Außerdem war das Ausmaß der eingetretenen Exportreduzierung schwächer als zunächst erwartet. Verzeichnete der Bund bereits 1986 einen Rückgang der Ausfuhren um 2 %, so konnte Baden-Württemberg das hohe Niveau von 1985 nochmals um 4,1 % steigern, wobei insbesondere die hohe Exportzunahme in die USA (+ 14,1 %) bemerkenswert war. 1987 stieg die Ausfuhr baden-württembergischer Erzeugnisse wiederum, wenngleich nur geringfügig, auf 96 Mrd. DM (+ 0,8 %), womit das hohe Exportniveau von 1986 gehalten und bei stagnierendem Bundesexport der Landesanteil hieran auf 18,2 % erhöht werden konnte. Trotz der weit überdurchschnittlichen Abhängigkeit des Landes vom US-amerikanischen Markt - 1987 gingen 15,6 % aller Ausfuhren in die USA gegenüber nur 9,5 % im Bundesdurchschnitt - war der Exportrückgang in die USA im vergangenen Jahr in Land und Bund mit jeweils rund 10 % gleich groß. Weiterhin ist beachtenswert, daß die doch deutlichen Ausfuhrabnahmen in den Dollar-Raum sowie in die Entwicklungs- und Staatshandelsländer durch zum Teil starke Exportzunahmen in die EG- und EFTA-Länder kompensiert werden konnten. Diese flexible Reaktion der Exportwirtschaft des Landes hatte sich bereits 1986 abgezeichnet.

Nach einer Verzögerung zu Jahresanfang setzte sich die beachtliche Nachfragebelebung aus dem Ausland auch 1988 fort, wobei mit Zuwachsraten um jeweils 10,4 % die Monate Mai und Juni eine offenbar erneute Exportdynamik signalisieren, zumal im Land große Branchen wie der Maschinenbau (Mai: + 31,7 %, Juni: + 25,9 %) und die Elektrotechnik (+ 11,8 % bzw. + 16,2 %) nochmals höhere Bestelleingänge auswiesen.

Diese Entwicklungen sind um so beachtenswerter, als der weltweite Schock auf den Aktien- und Finanzmärkten im Oktober des vergangenen Jahres die ersten positiven Ansätze im Spätsommer 1987 wieder in Frage gestellt hatte, zumal gleichzeitig der Dollar am Jahresende bei DM 1,58 einen neuen Tiefstand erreichte.

1) Hier wie im folgenden: Veränderungsrate jeweils zum entsprechenden Vorjahreszeitraum.

Die seitherigen Tendenzen zeigen jedoch, daß diese Turbulenzen die Investoren und Konsumenten nicht grundlegend irritierten, wengleich sie bei den Investoren zweifellos eine abwartende Haltung begünstigt haben.

für den Export sehr günstig erscheinen. Es sollte allerdings nicht übersehen werden, daß gleichzeitig damit das weltwirtschaftliche Ziel eines Abbaus der Leistungsbilanzunterschiede wieder schwerer zu erreichen sein wird.

Zusätzlich hat die Stabilisierung des Dollar auf einem wengleich niedrigen Niveau (in den Monaten Januar bis Mai) den Erholungsprozeß erleichtert. Inzwischen zeichnet sich aber darüber hinaus ab, daß sich die außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen in einer für den Export günstigen Weise wieder geändert haben. So überschritt noch im Mai der Dollar die Kursmarke von DM 1,70 und lag Mitte August bei DM 1,88. Diese Dollaraufwertung führt über die damit verbundene DM-Abwertung wieder zu einer besseren preislichen Wettbewerbsfähigkeit bundesdeutscher und damit baden-württembergischer Exportprodukte. Dieser Vorteil geht einher mit einer im laufenden Jahr in allen Industrieländern guten Konjunkturlage, die die Nachfrage nach Importwaren erhöht (Tabelle 2). Beide Komponenten lassen auch im weiteren Jahresverlauf die Voraussetzungen

Hatte noch 1987 Baden-Württemberg die Folgen des Dollarverfalls besser überstanden als der Bund, so fällt im Jahr 1988 auf, daß die Auslandsnachfrage nach Produkten des Investitionsgüterbereichs im Bund stärker zunimmt als im Land (1. Halbjahr: Land: + 7,1 %, Bund: + 10,8 %). Dies war besonders im 1. Quartal der Fall, während im zweiten fast wieder ein Gleichstand der Entwicklung erreicht wird. Bei in Land und Bund in etwa gleich hohen Zunahmen in den beiden Investitionsgüterbereichen Maschinenbau (um jeweils etwa + 18 % im ersten Halbjahr) und Elektrotechnik (um jeweils etwa + 14 %) ist dies vor allem auf den mit knapp - 13 % besonders starken Orderrückgang im Fahrzeugbau Baden-Württembergs zurückzuführen (Bund: + 2 %). Die nachlassenden Exporte in den Dollarraum und speziell in die USA treffen somit derzeit diese

Tabelle 2

Daten zur internationalen Wirtschaftsentwicklung

Land	Anteil an der Ausfuhr Baden-Württembergs 1987	Veränderung des Außenwerts der DM gegenüber Ende 1986 ¹⁾	Saldo der Leistungsbilanz 1987 ²⁾	Veränderung gegen Vorjahr			
				Brutto-sozialprodukt real	Verbraucherpreise	Brutto-sozialprodukt real ³⁾	Verbraucherpreise ⁴⁾
				%		Mrd. \$	%
Bundesrepublik Deutschland	—	—	+ 45	+ 1,7	+ 0,2	+ 2,5	+ 1,0
Frankreich	12,7	+ 3,4	— 5	+ 2,2	+ 3,3	+ 2,0	+ 2,5
Italien	8,7	+ 6,6	+ 0	+ 3,1	+ 4,7	+ 2,5	+ 5,0
Niederlande	5,9	— 0,7	.	+ 2,4	— 0,5	+ 1,5	+ 1,0
Belgien	} 4,1	+ 0,5	.	+ 1,8	+ 1,6	+ 2,0	+ 1,5
Luxemburg							
Großbritannien	6,7	— 6,9	— 3	+ 4,4	+ 4,1	+ 3,5	+ 4,0
Schweiz	8,6	— 1,1	.	+ 2,0	+ 1,4	+ 2,0	+ 2,0
Österreich	5,8	— 0,1	.	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,5	+ 2,0
USA	15,6	+ 18,7	— 161	+ 2,9	+ 3,7	+ 2,5	+ 4,0
Japan	2,6	— 7,0	+ 87	+ 4,2	+ 0,1	+ 4,5	+ 1,5

1) Stand: März 1988 (Monatsdurchschnitt). — 2) Schätzungen der Deutschen Bundesbank. — 3) Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Wochenbericht 26 — 27/88 vom 30.6.88. — 4) Gemeinsame Schätzung von DIW Berlin, HWWA Hamburg, ifo München, RWI Essen und IfW Kiel (Frühjahrsgutachten 1988).

Branche im Land besonders stark. Zum Jahresanfang war auch die Feinmechanik/Optik noch von nachlassenden ausländischen Ordereingängen betroffen gewesen. Hier hat sich die Lage aber im 2. Quartal stabilisiert.

Im Gegensatz zur Auslandsnachfrage bleibt die inländische Bestelltätigkeit bei den Investitionsgütern hinter der allgemeinen Belebung zurück. Im vergangenen Jahr zogen zunächst die ausbleibenden Nachfrageimpulse aus dem Ausland sowie die im Zuge der allgemein verunsicherten Lage erlahmende Investitionsneigung die Inlandsnachfrage im Investitionsgüterbereich überdurchschnittlich stark in Mitleidenschaft. Sie ging um 2,3 % zurück, während der Grundstoff- und Produktionsgüterbereich (+ 1,6 %) sowie der Verbrauchsgütersektor (+ 0,2 %) ihr Nachfrageniveau von 1986 mehr oder weniger gut halten konnten (Tabelle 7). Anders als bei der Auslandsnachfrage ergab sich hier auch im zweiten Halbjahr keine Erholung. Im 1. Halbjahr von 1988 hat sich die Situation zwar stabilisiert, doch blieb der inländische Ordereingang bei den Investitionsgütern mit einer Zunahme um 2,5 % erheblich hinter dem ausländischen (+ 6,4 %) zurück. Gleichzeitig konnte er auch die Zunahmen im Grundstoff- und Produktionsgüterbereich (+ 6,3 %) und bei den Verbrauchsgütern (+ 4,0 %) nicht erreichen. Die gleichen Tendenzen sind, wenngleich weniger stark ausgeprägt, auch im Bundesgebiet zu verzeichnen (Investitionsgüternachfrage 1. Halbjahr 1988: Inland: + 5,3 %, Ausland: + 10,3 %;).

Im vergangenen Jahr war die abnehmende Inlandsnachfrage insbesondere auf rückläufige Entwicklungen im Fahrzeug- und Maschinenbau (- 8,3 % bzw. - 7,1 %) sowie auf stagnierende Tendenzen bei Elektrotechnik und Feinmechanik/Optik zurückzuführen. Für die nur mäßige Zunahme im 1. Halbjahr 1988 sind rückläufige Inlandsorder bei der Elektrotechnik (- 2,9 %) sowie bei der Herstellung von Büromaschinen (- 4,6 %) und nicht zuletzt beim Fahrzeugbau (- 1,4 %) ursächlich. Demgegenüber hat sich die Situation in der Feinmechanik/Optik stabilisiert (+ 5,4 %), wie auch im Maschinenbau und hier sogar außerordentlich nachhaltig (+ 9,1 %), vor allem im

2. Quartal 1988. Trotzdem läßt sich zusammenfassend feststellen, daß alle wichtigen Investitionsgüterbereiche in der betrachteten Konjunkturphase früher oder später durch eine schleppende Inlandsnachfrage mehr oder weniger stark beeinträchtigt wurden oder noch werden.

Zu diesen in den letzten 1 1/2 Jahren zu verzeichnenden Entwicklungen dürfte neben der nachgebenden Investitionsneigung auch die zunehmende Auslands konkurrenz auf dem bundesdeutschen Binnenmarkt beigetragen haben. Denn inländische Investoren konnten in dieser Zeit zunehmend auf preisgünstigere ausländische Angebote zurückgreifen. So lag 1987 bundesweit das preisbereinigte Einfuhrniveau bei den Investitionsgütern um fast 50 % über dem Niveau von 1980. Daran waren die Büromaschinen und die Datenverarbeitungsgeräte mit + 176 % weit überdurchschnittlich beteiligt. Es folgen die elektrotechnischen Erzeugnisse mit + 54 % sowie die Straßenfahrzeuge und die feinmechanischen und optischen Erzeugnisse mit jeweils + 45 %. Der Konkurrenzdruck aus dem Ausland hält sich demgegenüber bei den Maschinenbauerzeugnissen mit einem nur um 17,5 % höheren Einfuhrniveau (gegenüber 1980) vergleichsweise in Grenzen. Generell führte dieses zunehmende Angebot an ausländischen Investitionsgütern dazu, daß nach Berechnungen der Deutschen Bundesbank im Jahr 1987 von den im Bundesgebiet investierten Ausrüstungsgütern 26 % auf Importprodukte entfielen, das waren 7 Prozentpunkte mehr als nur fünf Jahre zuvor.

Solche Entwicklungen beeinträchtigen die investitionsgüterintensive Wirtschaftsstruktur Baden-Württembergs nochmals stärker als den Bund. Denn immerhin erzielte das Verarbeitende Gewerbe des Landes 1987 mehr als die Hälfte (53 %) seines Inlandsumsatzes mit Investitionsgütern, im Bund waren es nur 40 %. Dies dürfte auch die Ursache dafür sein, daß die Belebung der Inlandsnachfrage in diesem Bereich zumindest im 1. Halbjahr im Land (+ 2,5 %) noch deutlich schwächer ausgefallen ist als im Bund (+ 5,3 %).

Ursächlich dafür, daß sich im zurückliegenden Jahr der Auslandsabsatz schneller erholt als der Inlandsabsatz,

dürfte das auf beiden Märkten unterschiedliche Gewicht von Preis- und Nicht-Preis-Komponenten sein. Für die internationale Wettbewerbsfähigkeit bundesrepublikanischer und speziell baden-württembergischer Produkte spielen neben dem Preis auch andere Komponenten eine Rolle; zu nennen sind hier in erster Linie der hohe technologische Standard, die Spezialfertigung, die Flexibilität im Hinblick auf die Besonderheiten des Absatzmarktes und der Kundenwünsche sowie Qualität, Zuverlässigkeit, Design und nicht zuletzt Prestigeaspekte. Offenbar kommt diesen Komponenten beim Export ein besonders hohes Gewicht zu.

Solche hochqualifizierten Spezialfertigungen werden zwar auch auf dem Inlandsmarkt abgesetzt, die Vielfältigkeit der Produktionsprozesse in den einzelnen Branchen benötigt aber auch qualitativ hochwertige Standardprodukte und eine breite Palette von Zwischenprodukten. Im Zuge der zunehmenden Industrialisierung und Technisierung früher weniger stark entwickelter Länder können inzwischen auch dort derartige Produkte hergestellt werden, - und dies zu günstigeren Preisen. In derartigen Produktsegmenten wird somit der Wettbewerb auch auf dem bundesdeutschen Binnenmarkt maßgeblich durch den Preis bestimmt, so daß hier das ausländische Produkt verstärkt zum Tragen kommen kann. Bildete der hohe Dollarkurs in der ersten Hälfte der 80er Jahre gegenüber dieser gestiegenen internationalen Konkurrenz noch einen gewissen Wall, so hat die wechselkursbedingte Verbilligung der Importprodukte seit 1985 zu einem Durchbruch dieser Tendenzen geführt.

Der von dieser Verschärfung der internationalen Konkurrenz ausgehende Anpassungsdruck dürfte mit dem exportbedingten durchaus gleichziehen. Dies nicht zuletzt auch deshalb, weil er die meisten wichtigen Investitionsgüterzweige beeinflußt und weil er, da er erst in den 80er Jahren aufgetreten ist, relativ neuartig ist. Denn die Verbrauchsgüter haben sich, wie in einem Beitrag zum letztjährigen Statistisch-prognostischen Bericht dargestellt wurde²; bereits in den 70er Jahren dem Druck veränderter internationaler Standortbedingungen anpassen müssen. Er war seinerzeit durch den Übergang von festen zu flexiblen

Wechselkursen (1973) ausgelöst worden. Die Umstellung war mit relativen Absatzeinbußen auf dem Inlandsmarkt verbunden - d.h., der Absatz von Verbrauchsgütern aus Baden-Württemberg und aus den anderen Bundesländern auf dem Binnenmarkt stieg sehr viel weniger stark als der Import dieser Produkte -, doch war sie insgesamt so erfolgreich, daß noch 1985 bundesweit das Einfuhrvolumen von Verbrauchsgütern kaum höher war als 1980. Seither hat sich allerdings wechselkursbedingt auch für die Verbrauchsgüter die Situation gewandelt: Die Importe dieses Sektors stiegen 1986 und 1987 außerordentlich stark an, so daß das Einfuhrniveau 1987 im Bundesdurchschnitt um fast 30 % über dem von 1980 lag.

Auch in diesem Sektor ist also eine erneute Verschärfung der internationalen Konkurrenz auf dem Binnenmarkt zu verzeichnen. Hiervon sind besonders Branchen wie das Textilgewerbe und die Ledererzeugung betroffen. Derzeit allerdings führen außer den Nachfrageimpulsen aus einem hohen Privaten Verbrauch auch solche aus dem auch witterungsbedingt expandierenden Bausektor in nachgelagerten Verbrauchsgüterbranchen (wie der Herstellung und Verarbeitung von Glas sowie Holzverarbeitung und Herstellung von Möbeln) zu einer in Land und Bund passablen Inlandsnachfrage im Durchschnitt dieses Wirtschaftsbereichs.

Wurde die Entwicklung für das laufende Jahr zunächst noch verhalten und abwartend eingeschätzt, so vollzog sich im Sommer ein Stimmungsumschwung. Ursächlich war, daß sich im seither nachhinkenden Investitionsgüterbereich die

2) Vgl. dazu: Die Wettbewerbssituation Baden-Württembergs - das Verarbeitende Gewerbe auf dem bundesdeutschen Binnenmarkt und im Export -. In: Statistisch-prognostischer Bericht 1986/87, herausgegeben von der Landesregierung Baden-Württemberg in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Landesamt.

Auslandsnachfrage im 2. Quartal konsolidierte und in vielen Sparten stark anstieg und gleichzeitig auch die seit langem schleppende Binnennachfrage nachhaltig anzog, wobei dieser doppelte Schwung sich rasch in eine beachtlich steigende Produktionsleistung umsetzte. Wurde die konjunkturelle Entwicklung des Verarbeitenden Gewerbes in den ersten Monaten des Jahres von einem kontinuierlich und beachtlich steigenden Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe sowie von einem mäßig sich entwickelnden Verbrauchsgüterbereich getragen, so führt erst dieses "Wiederanspringen" der Aktivitäten im Investitionsgüterbereich zu der Einschätzung, daß die zu verzeichnende konjunkturelle Belebung zumindest in diesem Jahr von Dauer sein dürfte. Sie gibt auch die Grundlage zu der Annahme, daß der im 1. Halbjahr zu verzeichnende Rückstand des Landes bei den Zuwachsraten im Vergleich zum Bund im weiteren Jahresverlauf durch eine wieder überproportionale Entwicklung ausgeglichen werden könnte.

Die gleichzeitigen Nachfrageimpulse einer wieder hohen Auslandsnachfrage, eines nach wie vor hohen Privaten Verbrauchs und einer witterungsbedingt, aber auch konjunkturell hohen Bauproduktion haben nun auch wieder zu einer gesteigerten Binnennachfrage geführt, die sich - bei kontinuierlich hoher Entwicklung im Grundstoff- und Produktionsgüterbereich - sowohl bei den Verbrauchsgütern, besonders aber bei den Investitionsgütern niederschlägt. Dies signalisiert ein Wiederansteigen der Investitionsneigung; hierfür spricht auch der mit 16,1 % besonders starke inländische Ordereingang des 2. Quartals im Maschinenbau (1. Quartal: 2,6 %).

Die Bestimmungsfaktoren für diese Entwicklung dürften zumindest im Verlauf dieses Jahres weiterhin wirksam bleiben: Die Ausfuhr wird weiterhin zunehmen, stimuliert von einer in allen westlichen Industrieländern guten Konjunkturlage und einer gegenüber dem Dollar wieder etwas abgewerteten DM, was auch die Importkonkurrenz auf dem Binnenmarkt wieder hemmt. Der private Konsum bleibt - verursacht durch Einkommenssteigerungen und Steuersenkung sowie durch nach wie vor vergleichsweise stabile

Preise - hoch, wobei allerdings ein erheblicher Teil dieser Nachfrage auch dem Ausland über nachgefragte Importprodukte und Auslandsreisen zugute kommt. Von dieser Entwicklung profitiert auch der Handel, so stieg der preisbereinigte Einzelhandelsumsatz im 1. Halbjahr 1988 um 5,4 %. Die wieder stabilisierte Investitionsneigung dürfte angesichts der auf breiter Front guten Absatzaussichten sowie der im Zuge der gestiegenen Produktion hohen Kapazitätsauslastung bestehen bleiben oder sogar zunehmen, zumal der internationale Anpassungsdruck zur Rationalisierung und Modernisierung keineswegs nachläßt.

Überraschend positiv ist die Entwicklung in der Bauwirtschaft. Die milde Witterung zu Jahresanfang hatte bereits zu einer um 10,9 % höheren realen Bauleistung im 1. Quartal geführt. Die im 1. Halbjahr um 8,8 % gestiegenen Auftrags-eingänge, die im Hochbau mit + 12,3 % überdurchschnittlich zu Buche schlugen, wie auch die um 10,4 % gestiegenen Baugenehmigungen - woran der Wohnungsbau mit + 16,6 % besonders stark partizipiert - werden auch im weiteren Jahresverlauf zu einer steigenden Bauleistung beitragen.

Im Jahr 1988 haben sich die Annahmen über die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts als dem zusammenfassenden Wirtschaftsindikator laufend der ständig verbesserten Situation angepaßt (Tabelle 3). So hatten die Indikatoren nach dem Datenstand des Zeitraums Januar bis April noch ein jahresdurchschnittliches Wachstum von etwa 2 % erwarten lassen, wobei dies damals für Baden-Württemberg als Obergrenze erschien. Derzeit wird angesichts der in allen Wirtschaftsbereichen nachhaltig positiven Produktions- und Nachfrage-tendenzen von einer Zunahme im Bundesgebiet um 2,5 % bis 3 % ausgegangen, wobei einzelne Verlautbarungen auch von "reichlich 3 %" sprechen. Die für den Bund für das erste Quartal des laufenden Jahres errechnete Zuwachsrate des realen Bruttoinlandsprodukts von 4,2 % scheint einen noch stärkeren Wachstumsschwung zu signalisieren. Sie ist jedoch in erheblichem Ausmaß auf Sonderfaktoren zurückzuführen. Hierzu gehört in erster Linie die witterungsbedingt hohe Bauproduktion; schätzungsweise geht 1

Prozentpunkt der Zuwachsrates hierauf Beschäftigung und Arbeitsmarkt zurück.

Wie schon erwähnt, dürfte für Baden-Württemberg eine mit dem Bund vergleichbare Rate anzusetzen sein. Dies setzt allerdings im Hinblick auf den Rückstand im 1. Halbjahr einen beachtlichen Aufholprozeß im 2. Halbjahr voraus. Angesichts der export- und investitionsintensive Wirtschaftsstruktur des Landes wiederum begünstigenden Konstellation der Einflußfaktoren der gegenwärtigen Entwicklung ist dies durchaus möglich.

Die mit diesem Entwicklungspfad verbundenen Perspektiven für den Arbeitsmarkt sind besser, als es zu Jahresbeginn schien. Die Beschäftigung steigt nach wie vor an, wenn auch schwächer als im 1. Halbjahr von 1987. Diese positive Entwicklung konnte aber nur partiell auf den Arbeitsmarkt ausstrahlen. Zwar übersteigt auch 1988 die Zahl der offenen Stellen den Vorjahresstand und seit dem Frühjahr sinkt die Kurzarbeit. Aber da gleichzeitig vorerst das Erwerbspersonenpotential noch ansteigt, was gegen-

Tabelle 3

Vergleich wirtschaftlicher Vorhersagen für das Bundesgebiet

Merkmal	Einheit	1987		1988		
		Prognosen des Sachverständigenrats ¹⁾	Ist ²⁾	Prognosen		
				Sachverständigenrat ¹⁾	Frühjahrs-gutachten ³⁾	DIW ⁴⁾
Erwerbstätige	Veränderung gegen Vorjahr in %	+ 1	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5
Arbeitslose	Mill.	ca. 2,2	2,2	2,30	2,275	2,26
Verwendung des Sozialprodukts (real)	Veränderung gegen Vorjahr in %					
Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen		+ 2	+ 1,7	+ 1,5	+ 2,0	+ 2,5
Privater Verbrauch	"	+ 3	+ 3,1	+ 2,5	+ 3,0	+ 3,0
Staatsverbrauch	"	+ 2	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,5
Anlageinvestitionen	"	+ 5,5	+ 1,7	+ 1,5	+ 2,0	+ 3,0
Ausrüstungen	"	+ 7,5	+ 4,0	+ 2	+ 2,0	+ 3,5
Bauten	"	+ 4	+ 0,1	+ 1	+ 1,5	+ 2,0
Ausfuhr	"	+ 1,5	+ 0,8	+ 2,5	+ 3,0	+ 3,5
Einfuhr	"	+ 5,5	+ 4,8	+ 4,0	+ 5,0	+ 4,0
Preisentwicklung						
Privater Verbrauch	"	+ 1	+ 0,6	+ 1,5	+ 1,0	+ 1,0
Bruttosozialprodukt	"	+ 2	+ 2,1	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,5
Verteilung des Volkseinkommens (nominal)						
Volkseinkommen	"	+ 4	+ 3,8	+ 3,5	+ 3,5	+ 4,0
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	"	+ 4,5	+ 3,8	+ 4	+ 3,5	+ 3,5
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	"	+ 3,5	+ 4,0	+ 2	+ 3,5	+ 5,5
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	"	+ 4 ⁵⁾	+ 3,8 ⁵⁾	+ 4,5 ⁵⁾	+ 4,5	+ 4,0

1) Zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung; 1987: (November 1986); 1988: (November 1987). — 2) Vorläufiges Ergebnis. — 3) Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Frühjahr 1988 (Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V.). — 4) Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Wochenbericht 26 — 27/88 vom 30.6.1988. — 5) Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

Tabelle 4

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet am 31.12.1987

Wirtschaftsabteilungen ¹⁾	Baden-Württemberg			Bundesgebiet		
	insgesamt	Veränderung gegen Vorjahr		insgesamt	Veränderung gegen Vorjahr	
	1000		%	1000		%
Wirtschaftsabteilungen zusammen ²⁾	3 587,5	+ 46,0	+ 1,3	21 099,9	+ 235,4	+ 1,1
davon						
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	31,1	- 0,7	- 2,1	199,8	- 5,4	- 2,6
Energie, Bergbau	36,0	+ 0,7	+ 1,9	470,3	- 6,9	- 1,4
Verarbeitendes Gewerbe	1 694,5	+ 1,8	+ 0,1	8 174,2	+ 10,5	+ 0,1
Baugewerbe	236,3	- 3,3	- 1,4	1 368,7	- 22,6	- 1,6
Handel	421,3	+ 11,5	+ 2,8	2 872,1	+ 56,8	+ 2,0
Verkehr und Nachrichten- übermittlung	129,1	+ 3,0	+ 2,4	1 011,6	+ 14,3	+ 1,4
Kreditinstitute, Versicherungs- gewerbe	135,8	+ 3,5	+ 2,7	866,5	+ 17,0	+ 2,0
Dienstleistungen, soweit ander- weitig nicht genannt	629,9	+ 23,7	+ 3,9	4 192,9	+ 128,7	+ 3,2
Organisationen ohne Erwerbs- charakter, private Haushalte	63,3	+ 1,1	+ 1,8	474,6	+ 16,4	+ 3,6
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	209,7	+ 4,2	+ 2,0	1 454,6	+ 15,8	+ 1,1

1) Verzeichnis der Wirtschaftszweige für die Statistik der Bundesanstalt für Arbeit. — 2) Einschließlich "Ohne Angaben".

Quellen: Landesarbeitsamt Baden-Württemberg, Stuttgart; Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg.

wärtig durch die Zuwanderung aus dem Ausland (z.B. Aussiedler) noch verstärkt wird, ist derzeit die Zahl der Arbeitslosen leicht höher als im Vorjahr.

Die in den Vorjahren zu verzeichnende Beschäftigungszunahme hatte sich besonders kräftig noch in das erste Halbjahr 1987 hinein fortgesetzt. So lag zur Jahresmitte die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit 3,556 Mill. um 61 000 Personen (+ 1,7 %) über dem Juni-Stand von 1986. Hauptträger dieser Entwicklung waren die Sonstigen Dienstleistungen mit einer Zunahme um fast 24 000 Personen (+ 4,0 %) und das Verarbeitende Gewerbe mit 16 200 Neueinstellungen (+ 1,0 %). Allgemein besonders expansiv waren die Einstellungen in den Dienstleistungsbereichen (Handel, Verkehr, Nachrichtenübermittlung, Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen und Sonstige Dienstleistungen) (+ 3,3 %). Diese aufwärts gerichtete Entwicklung blieb auch im zweiten Halbjahr 1987 bestehen, wenngleich allgemein die Einstellungsbereitschaft etwas zurückging. Nach den zuletzt verfügba-

ren Zahlen für alle Wirtschaftsbereiche zum Stichtag Jahresanfang 1988 (Tabelle 4) betrug in Baden-Württemberg die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 3,588 Millionen, das waren 46 000 Personen mehr (+ 1,3 %) als im Jahr zuvor. Im Bundesgebiet betrug die Zunahme 1,1 %, das entspricht 235 400 Personen. Im Jahr 1987 entfiel so ein Fünftel der im Bundesgebiet neugeschaffenen Arbeitsplätze auf Baden-Württemberg. Im heimischen Verarbeitenden Gewerbe lag die Beschäftigtenzahl noch um 0,1 % über dem Vorjahresstand. Die genannten Dienstleistungsbereiche expandierten weiter (Land: + 3,3 %, Bund: + 2,5 %), allerdings hielten die Freisetzung im Baugewerbe an (Land: - 1,4 %, Bund: - 1,6 %).

Seither blieb die Beschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe konstant. Zur Jahresmitte 1988 konnte in Baden-Württemberg der Beschäftigtenstand des Vorjahres behauptet werden (+ 0,1 %, Bund: - 0,1 %). Die Zunahme der Arbeitsplätze im Investitionsgüterbereich (+ 0,6 %), der auch das seitherige Beschäftigtenwachstum im Verarbeitenden Gewerbe ge-

Tabelle 5

Indikatoren zur Arbeitsmarktentwicklung in Baden-Württemberg

Nachweis	Einheit	1987				1988	
		1. Halbjahr	2. Halbjahr	Jahresdurchschnitt		Januar – Juli	
				Baden- Württemberg	Bundes- gebiet	Baden- Württemberg	Bundes- gebiet
Arbeitslose (Voll- und Teilzeit- arbeit)	Anzahl	201 632	195 842	198 377	2 228 788	206 775	2 316 679
	Veränderung zum Vorjahr in %	- 2,7	+ 3,4	- 0,3	0,0	+ 2,6	+ 1,5
Arbeitslosenquote (Voll- und Teilzeit- arbeit)	%	4,8 ¹⁾	5,3 ¹⁾	5,1	8,9	5,2 ²⁾	8,6 ²⁾
Kurzarbeiter	Anzahl	47 122	21 268	34 195	277 967	42 588	270 308
	Veränderung zum Vorjahr in %	+ 23,7	+ 8,8	+ 18,6	+ 40,8	+ 0,6	- 13,8
Offene Stellen (Voll- und Teilzeit- arbeit)	Anzahl	36 121	35 748	35 856	170 690	38 969	187 803
	Veränderung zum Vorjahr in %	+ 20,5	+ 6,1	+ 13,6	+ 10,9	+ 6,7	+ 8,0

1) Stand: jeweils zum Halbjahresende. — 2) Monatsende.

Quelle: Landesarbeitsamt Baden-Württemberg, Stuttgart.

tragen hatte, reichte aus, um die seit längerem zu verzeichnenden Abnahmen im Verbrauchsgüterbereich (- 1,1 %) zu kompensieren. Angesichts der unerwartet kräftigen Nachfragebelegung und der deutlich gestiegenen Kapazitätsauslastung ist nicht auszuschließen, daß auch im Verarbeitenden Gewerbe die Beschäftigtenzahl im Lauf dieses Jahres nochmals leicht ansteigt. Demgegenüber setzte sich der Beschäftigungsrückgang im Bauhauptgewerbe, wenn auch - infolge der auch hier eingetretenen Belegung - nur noch abgeschwächt, fort (Juni: - 3,0 %). Bei den Dienstleistungen ist ein Anhalten der expansiven Entwicklung zu erwarten. In allen Wirtschaftsbereichen lag im Juni im Bundesgebiet die Zahl der Erwerbstätigen mit einer Zunahme um 123 000 Personen über dem Vorjahresstand (+ 0,5 %). Diese Zuwachsrate der Beschäftigung nimmt eine zur Jahresmitte veröffentlichte Prognose des DIW auch für den Jahresdurchschnitt von 1988 an. Die Beschäftigungsentwicklung in Baden-Württemberg dürfte im Bundesdurchschnitt liegen.

Trotz dieses leichten, aber anhaltenden Beschäftigungswachstums ist für dieses Jahr zu erwarten, daß ein Abbau der

Arbeitslosigkeit zumindest im Jahresdurchschnitt nicht gelingt, da ein weiterer Anstieg des Erwerbspersonenpotentials erfolgt, der gegenwärtig durch Zuwanderungen aus dem Ausland (z.B. Aussiedler) noch verstärkt wird. Nach einer bereits im Winter veröffentlichten Schätzung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung beläuft sich 1988 der Anstieg des Erwerbspersonenpotentials bundesweit auf 120 000 Personen, dies dürfte angesichts des unerwartet hohen Stroms von Zuwanderungen aus heutiger Sicht eher eine Untergrenze darstellen.

Bereits im Frühsommer von 1987 kam der stetige, wenngleich relativ leichte Rückgang der Arbeitslosigkeit, der fast vier Jahre angehalten hatte, zum Stillstand (Tabelle 5). Im Juni 1987 war die Zahl der Arbeitslosen erstmals wieder höher als im entsprechenden Vorjahresmonat (+ 3,1 %).

Während die Zahl der Arbeitslosen den Vorjahresstand im 1. Quartal 1987 noch deutlich unterschritten hatte (- 4,9 %), erreichte sie im 2. Quartal das Vorjahresniveau und lag im 3. Quartal (+ 3,2 %) wie auch im 4. Quartal (+ 3,6 %) darüber. Im Jahresdurch-

schnitt von 1987 lag die Arbeitslosenzahl mit 198 377 Personen nur noch um 534 Personen (- 0,3 %) unter dem Stand des Vorjahres (Schaubild 2). Die Arbeitslosenquote blieb mit 5,1 % unverändert. Damit war die Situation auf dem Arbeitsmarkt im Land besser als im Bundesgebiet, hier lag die Arbeitslosenquote bei 8,9 %. Auch hatte Baden-Württemberg nach wie vor die geringste Arbeitslosigkeit unter den Ländern. Dies ist mit einer der Ursachen dafür, daß im vergangenen Jahr wiederum eine Zuwanderung von Deutschen, aber auch von Ausländern zu verzeichnen war. Eine solche Entwicklung ist, wenngleich etwas abgeschwächt, auch im laufenden Jahr zu erwarten.

Weiter günstig, wenn auch mit schwächer werdender Tendenz, blieb die Entwicklung der offenen Stellen. Im Jahresdurchschnitt 1987 lagen sie um 13,6 % über dem Vorjahresstand, am Jahresende noch um 6,2 %. Über das Jahr betrachtet entfielen auf eine offene Stelle rechnerisch 5,5 Arbeitslose (1986: 6,3), auch hier wird der große Abstand zum entsprechenden Bundeswert (13,1) deutlich.

Erstmals seit 1982 stieg 1987 die Zahl der Kurzarbeiter wieder an, im Jahresdurchschnitt waren es 34 195 Personen (+ 18,6 %). Besonders stark war die Zunahme der Kurzarbeit bei den von der dollarkursbedingten Exportschwäche betroffenen Branchen. Von einem allerdings recht geringen Niveau ausgehend, hat sich 1987 die Zahl der Kurzarbeiter im Maschinenbau und Fahrzeugbau mehr als verdoppelt, in der Elektrotechnik stieg sie um knapp 70 %. In diesen drei Branchen zusammen waren im Jahresdurchschnitt rund 11 600 Personen von Kurzarbeit betroffen (+ 112 %), im Textil- und Bekleidungsbereich 2 300 Beschäftigte (+ 22 %). Abgenommen hat die Kurzarbeit dagegen im Baubereich auf eine Zahl von 7 600 (- 31 %).

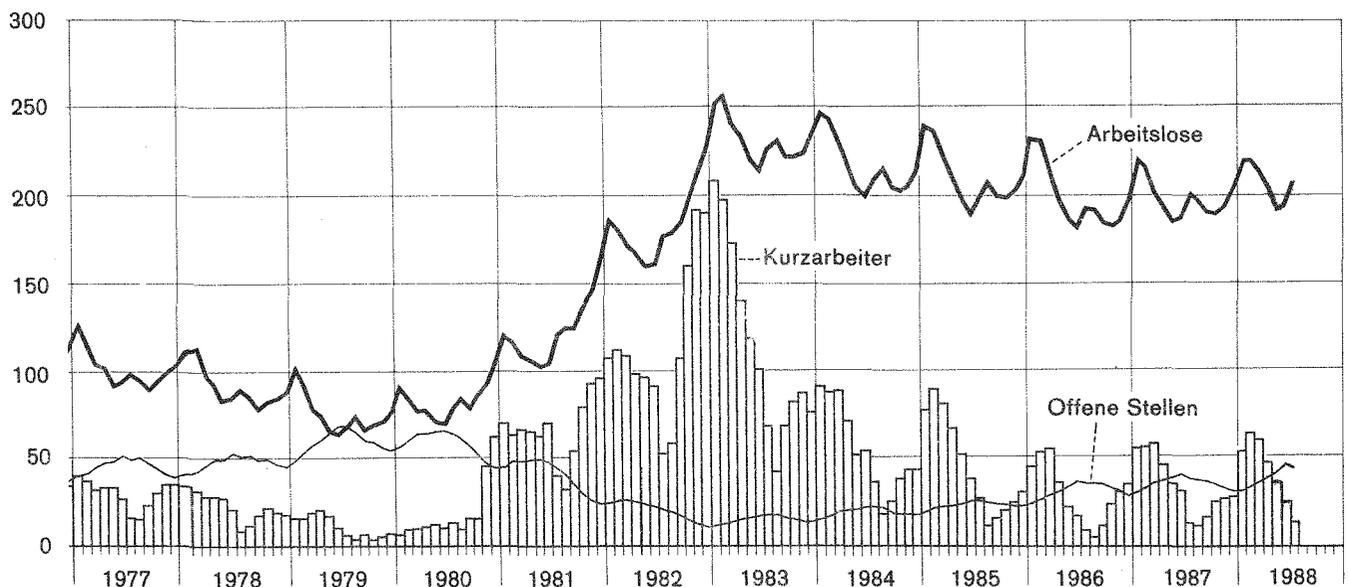
Unterschiedlich war auch 1987 die Arbeitslosigkeit der einzelnen Personengruppen:

- So war die Arbeitslosenquote bei den Frauen (6,2 %) immer noch höher als bei den Männern (4,3 %). Allerdings haben sich die Unterschiede 1987 etwas verringert, wohl im Zusammenhang mit der nachlassenden Einstellungstätigkeit

Schaubild 2

Arbeitsmarkt in Baden-Württemberg seit 1977

in Tausend



Quelle: Landesarbeitsamt Baden - Württemberg, Stuttgart.

Statistisches Landesamt Baden - Württemberg

119 88

im Verarbeitenden Gewerbe bei weiterhin expandierenden Dienstleistungsbe-
reichen. Die Zahl der weiblichen Ar-
beitslosen verminderte sich um 2 300,
während die Zahl der männlichen Ar-
beitslosen zunahm (+ 1 800).

- Stark überdurchschnittlich blieb 1987 die Arbeitslosenquote der Ausländer (8,8 %). Damit waren 18,2 % aller Arbeitslosen ausländischer Herkunft.
- Bei den Jugendlichen unter 20 Jahren sank 1987 die Arbeitslosenquote (4,0 %) nochmals leicht unter den Vorjahresstand (4,1 %).
- Die Zahl der arbeitslosen Schwerbehinderten stagnierte (+ 0,8 %).
- Deutlicher zugenommen hat 1987 die Zahl der älteren (59 Jahre und älter) Arbeitslosen (+ 3,2 %), die sich 1986 im Zuge der Einführung der "58er-Regelung" erheblich vermindert hatte (- 23 %). Im Jahresdurchschnitt von 1987 zählte dieser Personenkreis 8 680 Personen.

Im ersten Quartal 1988 nahm die Zahl der Arbeitslosen wohl auch wegen des milden Winters nur wenig zu (+ 1,5 %); im zweiten Quartal und auch noch im Juli stieg sie etwas stärker an (3,9 % bzw. 2,5 %). Im Durchschnitt der ersten 7 Monate lag sie bei 206 800 Personen (+ 2,6 %). Im Bundesdurchschnitt war der Anstieg etwas schwächer (+ 1,5 %). Die Arbeitslosenquote lag im Juli 1988 in Baden-Württemberg bei 5,2 % und im Bund bei 8,6 %. Verstärkt von der Arbeitslosigkeit betroffen waren insbesondere die Ausländer (+ 5,6 %), ihre Arbeitslosenquote stieg binnen Jahresfrist von 8,5 % auf 9,1 %. Deutlich abgenommen hat im Juli dagegen die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen unter 20 Jahren (- 19,0 %).

Die Zahl der offenen Stellen stieg in den ersten sieben Monaten von 1988 um 6,7 %, nachdem sie bereits im Vorjahr deutlich gewachsen war. Die Kurzarbeit pendelte sich - nach einem gewissen Anstieg im ersten Quartal - im April/Mai auf das Vorjahresniveau ein und liegt seither darunter. So betrug die Zahl der Kurzarbeiter im Juli rund 12 400 (- 9,6 %).

Das Frühjahrsgutachten für 1988 ging noch für das Bundesgebiet von einer Zunahme der Arbeitslosenzahl um 50 000 auf 2,280 Mill. aus, das DIW schätzt in

seiner zur Jahresmitte veröffentlichten Prognose die Zunahme aufgrund der nachhaltiger gewordenen Nachfragebe-
lebung mit + 30 000 etwas geringer ein. Dies könnte für Baden-Württemberg be-
deuten, daß im Jahresdurchschnitt die Zahl von 200 000 wieder leicht über-
schritten wird. Dies schließt nicht aus, daß in bestimmten Branchen und Regio-
nen ein Arbeitskräftemangel insbesondere bei qualifizierten Fachkräften besteht.

Deutliche weitere Entspannung auf dem Lehrstellenmarkt

Entgegen den allgemeinen Tendenzen auf dem Arbeitsmarkt hat sich für Lehrstel-
lenbewerber die Situation in dem am 30.
September 1987 abgeschlossenen Ausbil-
dungsjahr 1986/87 weiter verbessert. War 1986 erstmals ein leichter Angebotsüber-
schuß aufgetreten, so standen im Herbst 1987 den 2 908 (- 16,8 %) bis dahin noch
nicht vermittelten Bewerbern bereits 10 050 unbesetzte Ausbildungsstellen ge-
genüber (+ 27,4 %). Zu dieser Entwick-
lung beigetragen hatten sowohl eine er-
höhte Zahl der von den Arbeitsämtern
gemeldeten Ausbildungsplätze (+ 8,8 %) als auch eine durch die schwächer wer-
denden Jahrgangsstärken auf 90 800 zu-
rückgegangene Bewerberzahl (- 7,4 %).
Trotzdem haben insbesondere Mädchen,
die einen Organisations-, Verwaltungs-
oder Büroberuf anstreben, immer noch
Schwierigkeiten, eine Lehrstelle zu fin-
den. Andererseits wurde deutlicher als
zuvor sichtbar, daß einige Branchen be-
reits Mühe haben, Berufsnachwuchs zu
finden; so entfielen 2 921 oder fast ein
Drittel der noch unbesetzten Ausbil-
dungsplätze auf die Bau- und Bauneben-
berufe.

Bis zum Ende des Kalenderjahres sank die Zahl der bis dahin noch nicht ver-
mittelten Lehrstellenbewerber auf 1 661,
davon waren zwei Drittel Mädchen. Im
jetzt laufenden Ausbildungsjahr, das sich
bis Ende September 1988 erstreckt,
zeichnet sich eine Fortsetzung der ent-
spannten Lage ab. Zum Stand Ende Juli
stieg die Zahl der bis dahin gemeldeten
Ausbildungsstellen auf 92 437 an
(+ 5,7 %), während infolge der jetzt
deutlich schwächeren Altersjahrgänge die
Zahl der Bewerber auf 79 312 zurückging
(- 8,4 %). Rund 26 600 Lehrstellen wa-
ren zum Zwischenstand Ende Juli noch

Tabelle 6

Bevölkerungsbewegung in Baden-Württemberg

Merkmal	1986			1987		
	Personen insgesamt	davon		Personen insgesamt	davon	
		Deutsche	Ausländer		Deutsche	Ausländer
Anzahl						
Lebendgeborene	101 616	90 478	11 138	103 590	91 253	12 337
Sterbefälle	93 003	91 647	1 356	91 587	90 165	1 422
Geburtenüberschuß bzw. -verlust	+ 8 613	- 1 169	+ 9 782	+ 12 003	+ 1 088	+ 10 915
Zuzüge } über die Landesgrenze	205 255	109 458	95 797	217 991	118 251	99 740
Fortzüge }	158 458	81 977	76 481	166 742	88 787	77 955
Wanderungssaldo	+ 46 797	+ 27 481	+ 19 316	+ 51 249	+ 29 464	+ 21 785
Ein- bzw. Ausbürgerung	-	+ 2 512	- 2 512	-	+ 2 359	- 2 359
Bevölkerungszunahme bzw. -abnahme	+ 55 410	+ 28 824	+ 26 586	+ 63 252	+ 32 911	+ 30 341
Bevölkerungsstand am Jahresende	9 326 780	8 430 259	896 521	9 390 032	8 463 170	926 862

unbesetzt, das waren 38,8 % mehr als ein Jahr zuvor. Ihnen standen eine Zahl von 17 011 bis zu diesem Zeitpunkt noch unvermittelten Bewerbern gegenüber (- 15,2 %). Trotz dieses deutlich günstiger gewordenen Trends sind auch in diesem Jahr partielle Probleme bei der Verwirklichung der Berufswünsche insbesondere bei Mädchen und behinderten Jugendlichen nicht ganz auszuschließen. Gleichzeitig treten in manchen Berufen strukturelle Ungleichgewichte in Form eines Bewerbermangels verstärkt auf, so blieben von den 10 719 den Arbeitsämtern gemeldeten Ausbildungsplätzen im Baubereich bislang 61 % unbesetzt.

Bevölkerungsentwicklung: Wanderungen nach wie vor bestimmend

Die Zahl der Einwohner Baden-Württembergs erhöhte sich im Jahr 1987 um 63 300 Personen (+ 0,7 %). Der Anstieg ist damit noch etwas kräftiger ausgefallen als im Vorjahr (+ 0,6 %). Am Jahresende betrug die Bevölkerungszahl - basierend auf der Bevölkerungsfortschreibung seit 1970 und damit vorbehaltlich einer möglichen Korrektur durch die neue Volkszählung vom Mai 1987 - 9,390 Mill. Personen; dies ist der höchste Stand seit Bestehen des Landes. Der im Lauf des Jahres 1987 eingetretene Zuwachs resultiert aus einem Geburtenüberschuß von 12 003 Personen, der zu neun Zehnteln von der ausländischen Be-

völkerung getragen wurde, und einem Wanderungsüberschuß von 51 249 Personen, der sich auf einen Wanderungsgewinn von Deutschen (+ 29 464) und Ausländern (+ 21 785) aufteilt (Tabelle 6).

Im Jahr 1987 ist die Zahl der Geburten leicht auf 103 590 gestiegen (+ 1,9 %), nachdem sie 1986 (+ 7,6 %) deutlich stärker angewachsen war. Die damit zu verzeichnende (ohnein stark abgeschwächte) Zunahme der Zahl der Lebendgeborenen darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß noch immer die Geburtenhäufigkeit im Bundesgebiet und auch in Baden-Württemberg verhältnismäßig niedrig liegt und auf längere Frist gesehen bei weitem nicht zur Erhaltung des Bestandes der Bevölkerung ausreicht. Die momentan etwas höheren Geburtenzahlen erklären sich einerseits daraus, daß zur Zeit die stark besetzten Geburtsjahrgänge um 1958 bis 1968 in das Alter aufrücken, in dem die Frauen die Mehrzahl ihrer Kinder bekommen. Zum anderen ist eine gewisse Verhaltensänderung hinsichtlich des Zeitpunkts der Geburt der Kinder festzustellen; danach erwarten die jungen Frauen und Paare in ihrer Lebensplanung die Kinder in einem höheren Alter als früher. Daraus ergibt sich nach einem Geburtenental nun ein gewisser Nachholeffekt.

Da sich gleichzeitig die Zahl der Sterbefälle auf 91 587 (- 1,5 %) reduzierte, ergab sich ein Geburtenüberschuß von

12 003 Personen, der deutlicher ausfiel als 1986 (8 613 Personen).

Beim deutschen Bevölkerungsteil wurden im abgelaufenen Jahr 91 253 Geburten registriert. Damit ergab sich nur ein geringer Zuwachs (+ 0,9 %) gegenüber dem Vorjahr, nachdem der Anstieg der Geburtenzahlen des Jahres 1986 noch in hohem Maße auf diesen Bevölkerungsteil zurückzuführen war (+ 7,7 %). Da hier allerdings 1987 gleichzeitig die Zahl der Sterbefälle leicht zurückging (- 1,6 %), ergab sich bei den Deutschen erstmals seit 1972 wieder ein kleiner Geburtenüberschuß, und zwar in Höhe von 1 088 Personen.

Beim ausländischen Bevölkerungsteil war mit 12 337 Geburten ein deutlicher Anstieg der Zahl der Lebendgeborenen (+ 10,8 %) zu verzeichnen, der höher ausfiel als im Jahr 1986 (+ 6,5 %). Die Zahl der ausländischen Geburten war allerdings über Jahre hinweg stark rückläufig gewesen. Bei einer Zahl von 1 422 Sterbefällen (+ 4,9 %) ergab sich bei den Ausländern ein Geburtenüberschuß von 10 915 Personen, der damit weiterhin den Überschuß der Geburten über die Sterbefälle bei der Gesamtbevölkerung (12 003 Personen) maßgeblich bestimmt.

Der Wanderungsüberschuß in Höhe von 51 249 Personen bei der Gesamtbevölkerung war etwas höher als im Vorjahr, wo er 46 797 Personen betragen hatte. Zugenommen haben dabei sowohl die Fortzüge (+ 8 284 Personen) als auch die Zuzüge über die Landesgrenze (+ 12 736).

Der Wanderungsgewinn der Deutschen betrug 1987 29 464 Personen (1986: 27 481). Zusammen mit dem kleinen Geburtenüberschuß von 1 088 Personen und einschließlich der 2 359 Einbürgerungen errechnete sich zum Jahresende für den deutschen Bevölkerungsteil eine Zahl von 8,463 Mill. (+ 0,4 %), dies war die bisher höchste Zahl von deutschen Einwohnern in der Geschichte des Landes.

Auch beim ausländischen Bevölkerungsteil war bei einem Wanderungsüberschuß von 21 785 Personen (Vorjahr: 19 316) eine Zunahme der Fortzüge (+ 1 474 Personen) wie auch der Zuzüge (+ 3 943) zu registrieren. Zusammen mit dem Gebur-

tenüberschuß (10 915 Personen) und abzüglich der Einbürgerungen hat sich die ausländische Bevölkerung 1987 auf eine Zahl von 926 900 (+ 3,4 %) erhöht, ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung stieg damit auf 9,9 % nach 9,6 % im Vorjahr.

Für die weitere Bevölkerungsentwicklung ist wie bisher davon auszugehen, daß sie kurzfristig in starkem Maße vom Wanderungsverhalten bestimmt wird. Für 1988 kann wohl von einem anhaltenden Wanderungsüberschuß von Deutschen und Ausländern ausgegangen werden. Mit dazu beitragen dürften Zuwanderungen aus osteuropäischen Staaten. Die positive Geburtenentwicklung hat sich nach vorläufigen Daten nach 1988 hin verstärkt fortgesetzt. So lag im 1. Halbjahr die Geburtenzahl um 8,6 % über dem Wert des entsprechenden Vorjahreszeitraums, so daß auch für das laufende Jahr ein Geburtenüberschuß, auch bei den Deutschen, zu erwarten ist. Zusammen mit der Nettozuwanderung würde sich so 1988 der Bevölkerungsstand etwas stärker als 1987 erhöhen.

Weniger Schüler an weiterführenden Schulen - Zunahme im Grundschulbereich

Als Folge des Geburtenrückgangs der 70er Jahre hat sich insgesamt gesehen im Schuljahr 1987/88 die schon in den vergangenen Jahren eingetretene Abnahme der Schülerzahlen an den öffentlichen und privaten allgemeinbildenden Schulen fortgesetzt, jedoch in stark abgeschwächtem Maße. Da die Talsohle der Geburten jedoch 1978 erreicht war, und die nachfolgenden Jahrgänge wieder etwas stärker besetzt sind, stieg die Zahl der Erstklässler, die im Vorjahr erstmals gestiegen war (+ 5,7 %), erneut an (+ 5,4 %). Dies bewirkte, daß auch die Zahl der Schüler an Grundschulen auf 358 800 anstieg (+ 2,3 %), nachdem bereits im Vorjahr eine Stabilisierung zu verzeichnen war (+ 0,9 %).

Von den Schülern der vierten Klassenstufe wechselten zum Schuljahr 1987/88 38,3 % (Vorjahr: 40,0 %) auf die Hauptschule und 29,7 % (27,9 %) auf das Gymnasium, die Übergangsquote auf die Realschule blieb mit 27,6 % (27,8 %) nahezu unverändert. An den Hauptschulen wurden 181 200 Schüler unterrichtet (- 5,6 %). An den Realschulen betrug

die Gesamtschülerzahl 179 900 (- 5,3 %), an den Gymnasien 241 300 (- 4,4 %). Von den Gymnasien gingen 27 100 Schüler mit Hochschulreife ab (+ 1,0 %), nachdem hier im Vorjahr erstmals ein Rückgang (- 10,2 %) eingetreten war.

Wie bereits im Vorjahr, war auch die Schülerzahl an den beruflichen Schulen rückläufig. Im Schuljahr 1987/88 wurden im Gesamtbereich der beruflichen Schulen 425 300 Schüler unterrichtet, das waren 13 300 (- 3,0 %) weniger als im Vorjahr. Allerdings war die Entwicklung nach Schularten differenziert. Rückläufig war die Schülerzahl insbesondere im Teilzeitbereich, so an Berufs- und Sonderberufsschulen (- 4,6 %) und im kooperativen Berufsgrundbildungsjahr (- 5,5 %). Während die Schülerzahl an beruflichen Gymnasien nahezu konstant blieb (- 0,8 %), stieg sie an Fachschulen stark an (+ 7,3 %), was auf eine hohe Weiterbildungsbereitschaft hinweist.

An den Hochschulen in Baden-Württemberg war die Zahl der Studienanfänger bereits seit dem Wintersemester 1983/84 leicht rückläufig gewesen. Im Wintersemester 1987/88 wurden dagegen 26 900 Erstimmatrikulierte registriert (+ 6,0 % gegenüber dem vorangegangenen Wintersemester). Offenbar wurden in stärkerem Umfang bereits früher erworbene Studienberechtigungen eingelöst. Besonders stark war die Zunahme bei der Zahl der weiblichen Studienanfänger (+ 9,3 %), während die Zahl ihrer männlichen Kollegen demgegenüber weniger anstieg (+ 3,9 %). Deutlich zugenommen hat insbesondere die Zahl der ausländischen Studienanfänger (+ 10,0 %; deutsche; + 5,6 %).

Im Vorjahresvergleich war der Zuwachs besonders ausgeprägt bei den Pädagogischen Hochschulen (+ 250 Studienanfänger). Trotzdem war die Zahl der Ersteinschreibungen an dieser Hochschulart mit rund 780 immer noch geringer als zwei Jahre zuvor, wo sie 830 betragen hatte. Die Universitäten verbuchten einen Anstieg der Zahl der Studienanfänger um 1300, während sie bei den Fachhochschulen (einschl. Verwaltungsfachhochschulen) unverändert blieb.

An den Hochschulen insgesamt stieg die Gesamtzahl der Studenten wiederum

leicht an (+ 1,8 %) und hat mit 197 000 erneut Rekordhöhe erreicht. Während die Pädagogischen Hochschulen durch die stark rückläufige Entwicklung der Studienanfängerzahlen in der Vergangenheit einen weiteren Rückgang der Studentenzahlen aufwiesen (- 10,3 %), nahm die Studentenzahl an den Universitäten (+ 2,6 %) und Fachhochschulen (+ 1,8 %) weiter zu.

Wie bereits im laufenden Schuljahr wird auch im Schuljahr 1988/89 die Gesamtzahl der Schüler an den allgemeinbildenden Schularten insgesamt gesehen aufgrund der geringer besetzten Altersjahrgänge wieder etwas abnehmen. Jedoch wird bei dem Einschulungsjahrgang 1988/89 aufgrund der durch die gegenüber dem Tiefpunkt von 1978 leicht höheren Jahrgangsstärken ein Anstieg der Zahl der Erstklässler erwartet. Deshalb dürfte auch die Schülerzahl im gesamten Grundschulbereich weiter steigen. Dagegen werden die Schülerzahlen an Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien noch etwas abnehmen. Im Schuljahr 1988/89 dürfte die Zahl der Abiturienten auf dem bisherigen Niveau bleiben. An den beruflichen Schulen dürfte ein weiterer Rückgang der Schülerzahlen eintreten, sowohl im Teilzeitbereich, als auch in einigen Schularten des Vollzeitbereichs. Für die Zahl der Studierenden ist kurzfristig keine spürbare Abnahme zu erwarten.

Verarbeitendes Gewerbe:

Nachfrage seit dem Spätsommer 1987 erholt

Die nominalen Auftragseingänge des Verarbeitenden Gewerbes in Baden-Württemberg erreichten 1987 zwar das hohe Niveau des Vorjahres (- 0,1 %), unter Berücksichtigung der zwischenzeitlichen Preisänderungen gingen die realen Auftragseingänge allerdings geringfügig zurück (- 0,9 %). Im gesamten Bundesgebiet war die Entwicklung etwas günstiger, so daß hier das Auftragsvolumen konstant blieb (Tabelle 7).

Während die reale Nachfrage nach Erzeugnissen des Verarbeitenden Gewerbes im Land im ersten Halbjahr 1987 noch unter dem hohen Vorjahresniveau lag (- 2,6 %), war im zweiten Halbjahr ein

schwacher Anstieg zu registrieren (+ 0,8 %). Diese Entwicklung wurde maßgeblich durch die Auftragseingänge des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes bestimmt. So lagen aus dem Ausland in den ersten beiden Quartalen jeweils 7,0 % weniger Aufträge für Investitionsgüter vor, und die Inlandsnachfrage blieb nach einem im Vorjahresvergleich konstanten ersten Quartal (+ 0,5 %) im zweiten Quartal ebenfalls deutlich hinter dem Vorjahresquartal zurück (- 6,2 %). Im zweiten Halbjahr ergab sich dann eine Stabilisierung der Auslandsnachfrage; so übertrafen die Auftragseingänge aus dem Ausland im dritten und vierten Quartal das Vorjahresniveau (+ 2,8 %, + 2,8 %). Dies konnte aber bei immer noch negativen Veränderungsraten der Inlandsaufträge (- 1,4 %, - 2,1 %) den Rückgang

Tabelle 7

In- und ausländische Nachfrageentwicklung in Baden-Württemberg 1987 und im 1. Halbjahr 1988

Wirtschaftsbereich Wirtschaftsgruppe	Auftragseingang (1980 = 100) Volumenindex		Umsatz		
	Veränderung		1987 insgesamt	Veränderung	
	1987 gegen 1986	1. Hj. 1988 gegen 1. Hj. 1987		1987 gegen 1986	1. Hj. 1988 gegen 1. Hj. 1987
	%		Mill. DM	%	
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	- 0,9	+ 4,8	271 663,7	+ 1,0	+ 4,5
Inland	- 1,1	+ 3,5	184 665,6	+ 1,3	+ 4,2
Ausland	- 0,6	+ 7,1	86 998,1	+ 0,5	+ 5,2
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	+ 2,9	+ 7,8	45 462,4	- 1,9	+ 6,6
Inland	+ 1,6	+ 6,3	34 645,9	- 1,6	+ 5,3
Ausland	+ 6,0	+ 11,2	10 816,5	- 2,8	+ 10,5
Chemische Industrie	+ 5,8	+ 6,7	18 464,8	- 3,3	+ 6,2
Inland	+ 5,4	+ 4,6	12 085,1	- 1,8	+ 4,8
Ausland	+ 6,5	+ 10,3	6 379,6	- 6,0	+ 8,8
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	- 2,3	+ 4,1	163 782,2	+ 2,1	+ 4,5
Inland	- 2,3	+ 2,5	97 808,6	+ 2,9	+ 4,4
Ausland	- 2,2	+ 6,4	65 973,6	+ 1,0	+ 4,6
Maschinenbau	- 3,9	+ 13,4	43 519,7	+ 1,0	+ 7,9
Inland	- 7,1	+ 9,1	24 334,3	+ 3,3	+ 2,7
Ausland	- 0,1	+ 18,3	19 185,5	- 1,9	+ 14,7
Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kfz. usw.	- 6,0	- 7,9	48 048,8	+ 2,2	- 1,3
Inland	- 8,3	- 1,4	24 341,8	+ 2,7	+ 6,7
Ausland	- 4,3	- 12,9	23 707,0	+ 1,6	- 9,3
Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten	- 0,5	+ 2,3	42 438,9	+ 4,7	+ 4,8
Inland	+ 0,6	- 2,9	29 104,3	+ 4,0	+ 2,5
Ausland	- 2,9	+ 14,1	13 334,6	+ 6,2	+ 9,7
Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren ¹⁾	- 0,7	+ 3,1	7 498,8	- 0,2	+ 8,8
Inland	+ 1,6	+ 5,4	4 437,2	+ 2,5	+ 6,7
Ausland	- 3,7	+ 0,3	3 061,5	- 3,9	+ 11,8
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	+ 0,8	+ 4,6	43 195,1	+ 1,2	+ 4,3
Inland	+ 0,2	+ 4,0	34 649,2	+ 1,1	+ 3,9
Ausland	+ 3,4	+ 7,2	8 545,9	+ 1,3	+ 5,7
Textilgewerbe	- 1,7	+ 0,6	10 682,6	- 2,2	- 1,7
Inland	- 3,0	+ 0,1	8 092,0	- 1,9	- 2,3
Ausland	+ 2,0	+ 2,0	2 590,6	- 3,0	+ 0,1
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	-	-	19 224,1	- 1,5	+ 0,5
Inland	-	-	17 561,9	- 1,3	+ 1,2
Ausland	-	-	1 662,2	- 3,8	- 6,5
Nachrichtlich Bundesgebiet:					
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	+ 0,1	+ 7,9	1 445 090,6	+ 0,7	+ 4,9 ²⁾
Inland	- 0,7	+ 6,3	1 009 894,2	+ 0,7	+ 4,0 ²⁾
Ausland	+ 1,2	+ 10,5	435 196,4	+ 0,6	+ 7,1 ²⁾

1) Auftragseingang ohne Herstellung von Uhren. - 2) Januar - Mai, aktuellere Daten lagen bis Redaktionsschluß nicht vor.

des ersten Halbjahres nicht ausgleichen. Entsprechend lag das Volumen der Investitionsgüterauftragseingänge 1987 aus dem Ausland um 2,2 % und das der Inlandsaufträge um 2,3 % unter dem Vorjahreswert (insgesamt: - 2,3 %).

Von den drei großen Branchen des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes wiesen der Maschinenbau und die Elektrotechnische Industrie im zweiten Halbjahr diese belebte Auslandsnachfrage bei allerdings weiterhin verringerten bzw. stagnierenden Inlandsaufträgen auf, während beim Fahrzeugbau lediglich im zweiten Quartal eine höhere Auslandsnachfrage zu beobachten war. Das Vorjahresniveau des gesamten Ordereingangs konnte 1987 allerdings nur im Bereich der Elektrotechnik fast erreicht werden (- 0,5 %), dagegen waren Rückgänge bei den Betrieben des Maschinenbaus (- 3,9 %) und des Fahrzeugbaus (- 6,0 %) zu verzeichnen. In der kleineren Branche Feinmechanik und Optik blieben die realen Auftragseingänge knapp unterhalb dem Vorjahreswert (- 0,7 %). Die Hersteller von Eisen-, Blech- und Metallwaren (+ 3,2 %) und von Büromaschinen, ADV-Geräten und -Einrichtungen (+ 5,4 %) konnten dagegen ein erhöhtes Auftragsvolumen verbuchen.

Die Nachfrageentwicklung im Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe verlief im Jahresverlauf uneinheitlich. Während im ersten und dritten Quartal ein erhöhter Auftragseingang (+ 3,5 % bzw. 2,2 %) registriert wurde, lagen im zweiten (- 1,1 %) und im vierten Quartal (- 1,4 %) leichte Rückgänge vor. Im Vorjahresvergleich wurden 0,8 % mehr Konsumgüter nachgefragt, wobei die Auslandsnachfrage (+ 3,4 %) bei konstanter Inlandsnachfrage (+ 0,2 %) überdurchschnittlich angestiegen ist.

Im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe war 1987 ein erhöhtes Auftragsniveau festzustellen (+ 2,9 %). Dabei ist insbesondere die Auslandsnachfrage (+ 6,0 %), aber auch die Inlandsnachfrage (+ 1,6 %) angestiegen.

Die im zweiten Halbjahr 1987 zu verzeichnende Nachfrageerholung hat sich im ersten Halbjahr 1988 verstärkt fortgesetzt. Bereits im ersten Quartal lag der reale Auftragseingang im Verarbei-

tenden Gewerbe um 4,3 % über dem entsprechenden Vorjahresniveau. Im zweiten Quartal lag der Zuwachs bei 5,4 %, wobei nach einem leichten Rückgang im April die Entwicklung im Mai (+ 7,7 %) und Juni (+ 9,4 %) stark anzog. Diese Tendenzen werden weit überdurchschnittlich von der Auslandsnachfrage bestimmt, die im ersten Halbjahr um 7,1 % stieg (Auftragseingang insgesamt: + 4,8 %). Die Ordereingänge aus dem Inland blieben demgegenüber zurück (+ 3,5 %), wobei sie allerdings im Mai (+ 6,2 %) und Juni (+ 8,7 %) erstaunlich stark zulegten.

Ursächlich hierfür ist bei kontinuierlich hoher Inlands- aber auch Auslandsnachfrage im Grundstoff- und Produktionsgüterbereich eine Erholung der Binnen- nachfrage bei den Verbrauchsgütern - wobei hier die Auslandsorder durchaus beachtlich hoch bleiben -, besonders aber ein Wiederanziehen sowohl der inländischen wie auch der ausländischen Bestelltätigkeit im Investitionsgütersektor. So wurden hier im Mai und Juni mit einem Anstieg der inländischen Auftragseingänge um 6,0 % bzw. 7,8 % und der ausländischen um 11,3 % bzw. 9,4 % Werte verzeichnet, die einen Aufschwung signalisieren könnten.

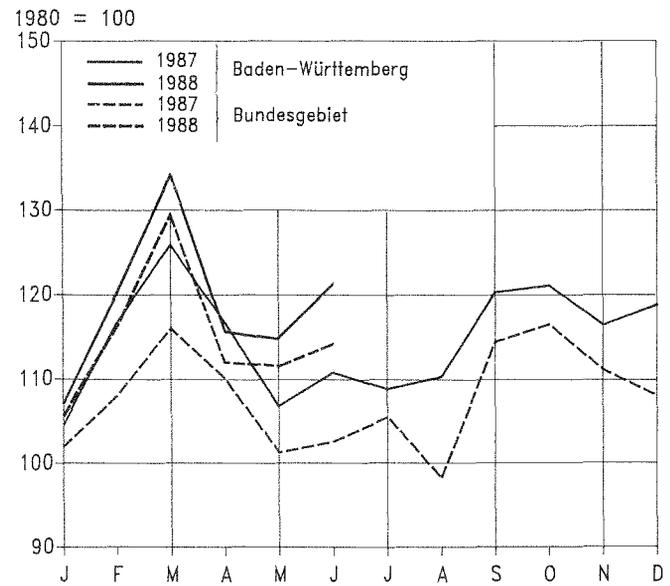
Weit überdurchschnittlich ist hieran jeweils der Maschinenbau beteiligt, der im ersten Halbjahr einen Auftragsanstieg um real 13,4 % verzeichnete. Von den großen Branchen ist die Nachfrage in der Elektrotechnik sehr uneinheitlich: Während die Auslandsorder kontinuierlich stark steigen, ist die Inlandsnachfrage bis zum Mai hin rückläufig und verzeichnet erst wieder im Juni einen Zuwachs. Das Halbjahresergebnis fällt deshalb mit + 2,3 % nur unterdurchschnittlich aus. Bei durchaus beachtlichen Zuwachsraten auch kleinerer Investitionsgüterbranchen (Feinmechanik/Optik: + 3,1 %, Eisen-, Blech- und Metallwaren: + 7,6 %) ergibt sich die für den gesamten Investitionsgüterbereich nur mäßige Zunahme um 4,1 % aus der rückläufigen Entwicklung des Fahrzeugbaus (- 7,9 %), wobei die Auslandsnachfrage hier stärker zurückgeht (- 12,9 %) als die Inlandsnachfrage (- 1,4 %). Diese Branche im Land ist also von den rückläufigen Nachfragetendenzen besonders stark betroffen, der Auftragseingang im ersten Halbjahr beim Fahrzeugbau liegt im Bundesdurchschnitt bei + 0,5 %. Diese rückläufigen Entwick-

lungen sind zusammen mit der nur mäßigen Zunahme in der Elektrotechnik ursächlich für das ungünstigere Abschneiden des Landes im Vergleich zum Bund. Hier stieg der Auftragseingang des Verarbeitenden Gewerbes im ersten Halbjahr um 7,9 %, wobei allerdings im zweiten Quartal ein Aufholprozeß im Land sichtbar war. Nach wie vor liegt allerdings das Auftragsniveau in Baden-Württemberg über dem Bundesdurchschnitt (Schaubild 3).

Leichter Produktionsrückgang 1987 -
Wiederanstieg 1988

Nach Jahren einer konjunkturellen Aufwärtsentwicklung kam es im Verarbeitenden Gewerbe 1987 zu einem leichten Produktionsrückgang (- 0,8 %), hervorgerufen durch das bereits 1986 auf hohem Niveau stagnierende und 1987 dann geringfügig sinkende Auftragsvolumen. Bei quartalsweiser Betrachtung zeigt sich im

Schaubild 3
Auftragseingang des Verarbeitenden Gewerbes*)
in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet
1987 und 1988



*) Volumenindex ohne Nahrungs- und Genussmittelindustrie.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

145 88

Tabelle 8

Strukturdaten des Verarbeitenden Gewerbes in Baden-Württemberg 1987 und im 1. Halbjahr 1988

Wirtschaftsbereich Wirtschaftsgruppe	Beschäftigte			Arbeiterstunden			Produktion			Export- quote ¹⁾	
	1987 ins- gesamt MD ²⁾	Veränderung		1987 ins- gesamt	Veränderung		1987 Index MD ²⁾	Veränderung		1987	1986
		1987 gegen 1986	1. Hj. 1988 gegen 1. Hj. 1987		1987 gegen 1986	1. Hj. 1988 gegen 1. Hj. 1987		1987 gegen 1986	1. Hj. 1988 gegen 1. Hj. 1987		
1000	%		Mill.	%		1980=100	%				
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	1 432,5	+ 0,6	- 0,0	1 520,8	- 1,5	+ 0,3	112,2	- 0,8	+ 2,7	32,0	32,2
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	163,6	- 0,3	+ 0,0	173,1	- 2,2	+ 0,7	110,8	+ 3,0	+ 7,1	23,8	24,0
Chemische Industrie	68,5	+ 0,8	+ 0,9	56,7	- 1,6	+ 0,0	115,9	+ 2,1	+ 8,4	34,6	35,5
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	934,5	+ 1,2	+ 0,4	962,9	- 1,1	+ 0,4	118,2	- 2,0	+ 1,8	40,3	40,7
Maschinenbau	259,3	+ 1,5	+ 0,1	266,3	- 1,1	- 0,3	108,0	- 2,3	+ 4,1	44,1	45,4
Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kfz. usw.	226,9	+ 1,3	+ 1,0	264,1	- 0,7	+ 1,0	121,9	- 3,3	- 2,6	49,3	49,6
Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten	248,7	+ 1,6	+ 0,6	230,8	- 1,4	- 0,7	124,3	+ 0,5	+ 3,4	31,4	31,0
Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren	50,1	- 0,9	- 2,1	50,5	- 3,4	- 2,1	103,8	- 4,9	+ 2,6	40,8	42,4
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	279,1	- 1,0	- 1,4	322,6	- 2,5	- 0,6	97,4	- 0,1	+ 2,2	19,8	19,8
Textilgewerbe	72,6	- 2,6	- 4,3	86,1	- 3,9	- 3,5	95,5	- 1,2	- 4,3	24,3	24,5
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	55,3	+ 1,0	- 0,0	62,2	+ 0,3	+ 1,2	98,7	+ 0,9	- 0,3	8,6	8,9
Nachrichtlich Bundesgebiet:											
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	6 851,3	0,0	- 0,4	7 550,4	- 2,2	+ 0,2	107,6	+ 0,4	+ 4,4	30,1	30,1

1) Hauptbeteiligt . - 2) Monatsdurchschnitt.

Vergleich zu den entsprechenden Vorjahresquartalen, daß nach einem kleinen Plus zu Jahresanfang (+ 1,5 %) im zweiten und dritten Quartal die Produktion rückläufig war (- 2,8 % bzw. - 1,7 %), um sich dann gegen Jahresende auf dem durchaus hohen Niveau von 1986 zu stabilisieren. Die Entwicklung war im Bundesgebiet etwas günstiger (+ 0,4 %) als im Land.

Der Produktionsrückgang in Baden-Württemberg ist auf die im Vergleich zum Vorjahr um 2,0 % gesunkene Ausbringung an Investitionsgütern zurückzuführen (Tabelle 8). Nachdem in den vergangenen Jahren maßgebliche Impulse für eine günstige Produktionsentwicklung von den exportintensiven Branchen Straßenfahrzeugbau, Maschinenbau und Feinmechanik/Optik ausgegangen waren, wurde nun die Produktion dieser Branchen durch die Ausfuhr hindernde und die Einfuhr fördernde niedrige Niveau des Dollarkurses beeinträchtigt. Unter den großen Branchen des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes nahm die Produktion lediglich in der Elektrotechnik ganz geringfügig zu (+ 0,5 %), während Straßenfahrzeugbau (- 3,3 %) und Maschinenbau (- 2,3 %) Abnahmen zu verzeichnen hatten. Rückläufig war die Produktion auch in der Feinmechanik, Optik und Herstellung von Uhren (- 4,9 %) sowie in der Herstellung von Büromaschinen, ADV-Geräten und -Einrichtungen (- 9,1 %). Die EBM-Herstellung nahm mit einem Zuwachs von 3,3 % eine über dem Durchschnitt liegende Entwicklung.

Zwar stand dem Rückgang im Investitionsgütergewerbe eine Produktionsausdehnung des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes (+ 3,0 %) gegenüber; sie konnte aber zu einer vollständigen Kompensation nicht ausreichen. Branchenweise waren, abgesehen von einer Produktionseinschränkung bei der Gewinnung von Steinen und Erden (- 1,9 %), Produktionsausdehnungen bei der Chemischen Industrie (+ 2,1 %), den Gießereien (+ 1,3 %), der Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Papperzeugung (+ 4,2 %) und der Gummiverarbeitung (+ 11,7 %) zu verzeichnen.

Die Verbrauchsgüterproduktion blieb auf dem Niveau des Jahres 1986 (- 0,1 %). Die Branchen Textilgewerbe (- 1,2 %),

Holzverarbeitung (- 1,2 %) und Bekleidungsindustrie (- 3,8 %) hatten Produktionsrückgänge hinzunehmen, dagegen stieg die Herstellung von Kunststoffwaren um 2,8 %. Im Wirtschaftsbereich Nahrungs- und Genussmittelgewerbe war 1987 ein leichter Produktionsanstieg (+ 0,9 %) festzustellen.

In den Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes waren 1987 im Monatsdurchschnitt 1,432 Millionen Arbeiter und Angestellte beschäftigt. Damit ist die Zahl der Beschäftigten um 0,6 % angestiegen. Wie bei den Umsätzen war auch bei den Beschäftigten die Entwicklung in Baden-Württemberg etwas günstiger als im Bundesgebiet, wo die Entwicklung stagnierte. Im Land ist dieser leichte Anstieg auf das Investitionsgüter produzierende Gewerbe zurückzuführen. 10 900 Personen mehr als im Vorjahr (+ 1,2 %) waren in diesem Wirtschaftsbereich, vor allem in den großen Branchen Maschinenbau, Straßenfahrzeugbau und Elektrotechnik, beschäftigt. Um 2 700 ist dagegen die Zahl der Beschäftigten in der Verbrauchsgüterproduktion zurückgegangen (- 1,0 %).

Obwohl die Beschäftigtenzahl im Verarbeitenden Gewerbe angestiegen ist, ging das Arbeitsvolumen, also die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden, leicht zurück, - etwa im gleichen Ausmaß wie die Produktion (- 0,8 %). Damit stagnierte die Stundenproduktivität (Produktionsergebnis je Beschäftigtenstunde) im Jahresvergleich. Die Zahl der Arbeiter nahm allerdings etwas ab, entsprechend sanken die geleisteten Arbeiterstunden etwas stärker (- 1,5 %) als die Produktion, so daß beim Produktionsergebnis je Arbeiterstunde ein schwacher Anstieg verzeichnet wurde (+ 0,6 %).

Trotz geringfügig gesunkener Produktion haben sich die Umsätze des Verarbeitenden Gewerbes 1987 um 1,0 % auf 271,7 Mrd. DM erhöht. Dabei wiesen die Inlandsumsätze (+ 1,3 %) eine etwas günstigere Entwicklung als die Auslandsumsätze (+ 0,5 %) auf. Bundesweit nahmen die Umsätze des Verarbeitenden Gewerbes um 0,7 % zu. Bei der Exportquote der Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes in Baden-Württemberg kam es im Berichtsjahr zu einem geringfügigen Rückgang von 0,2 Prozentpunkten auf 32,0 %,

während die Exportquote für das Bundesgebiet mit 30,1 % auf dem Vorjahresniveau blieb.

Nach einer zögernden Entwicklung zum Jahresanfang 1988 - aufgrund rückläufiger bzw. stagnierender Ausbringung im Investitions- bzw. Verbrauchsgüterbereich, zog die Produktion im März in vielen Branchen deutlich an, um dann - nach einem irritierenden Einbruch im April - im Mai und insbesondere im Juni durchgehend stark anzusteigen. Im Durchschnitt des Verarbeitenden Gewerbes lag damit die Produktion im ersten Halbjahr 1988 um 2,7 % über dem entsprechenden Vorjahreswert. Im Bund war die Entwicklung günstiger (+ 4,4 %), wobei der hohe Abstand des ersten Quartals im zweiten bereits deutlich aufgeholt werden konnte.

Bei kontinuierlich hoher Ausbringung im Grundstoff- und Produktionsgüterbereich (1. Halbjahr: + 7,1 %) und uneinheitlicher Entwicklung bei den Verbrauchsgütern (1. Quartal: + 3,1 %; 2. Quartal: + 1,3 %; 1. Halbjahr: + 2,2 %) geht diese Produktionsbelebung auf ein Anziehen bei den Investitionsgütern zurück (1. Quartal: + 0,8 %; 2. Quartal: + 2,8 %; 1. Halbjahr: + 1,8 %). Insbesondere der Maschinenbau aber auch die Feinmechanik/Optik und die Herstellung von Büromaschinen sowie ADV-Geräten und -Einrichtungen haben im Vergleich zum 1. Quartal stark zugelegt. Die Produktionsrücknahmen im Fahrzeugbau fielen geringer aus, im Juni war sogar ein Plus (+ 3,2 %) zu verzeichnen. Die Einbußen dieser Branche sind eine maßgebliche Ursache für das ungünstigere Abschneiden des Landes im Vergleich zum Bund. Allerdings bleiben auch andere Investitionsgütersektoren hinter der bundesdurchschnittlichen Produktionszunahme zurück. Eine herausragende Ausnahme bildet der Maschinenbau: im Land stieg der Ausstoß dieser Branche im ersten Halbjahr um 4,1 %, im Bund dagegen nur um 0,9 %.

Die um 2,7 % gestiegene Produktion wurde im ersten Halbjahr 1988 im Durchschnitt mit der gleichen Beschäftigtenzahl wie im Vorjahr erstellt (Tabelle 8). Die Zahl der Arbeiterstunden nahm nur geringfügig zu (+ 0,3 %). Dies läßt auf einen wieder deutlichen Anstieg der ent-

sprechenden Stundenproduktivität schließen. Die Umsätze im Halbjahr stiegen um 4,5 % auf 136,4 Mrd. DM.

Rückläufige Baunachfrage 1987 - Belegung im ersten Halbjahr 1988

Die 1986 zu beobachtende Nachfragebelegung in der Bauwirtschaft hat sich 1987 nicht fortgesetzt. Die Betriebe des Bauhauptgewerbes mußten vielmehr im Jahresverlauf einen Rückgang der nominalen Auftragseingänge von 4,6 % verzeichnen (Tabelle 9), dies sowohl im Hochbau (- 4,7 %) als auch im Tiefbau (- 4,6 %). Im Vergleich zu den entsprechenden Vorjahresquartalen lagen lediglich im ersten Quartal höhere Auftragseingänge vor, während in den folgenden Quartalen das Vorjahresniveau nicht erreicht wurde. Unter Berücksichtigung der leichten Preissteigerungen für Bauwerke reduzierten sich die realen Auftrags-eingänge im Hochbau um 6,9 % und im Tiefbau um 6,5 %.

Nach einer Stagnation der nominalen Auftragseingänge für Wohnbauten im Jahr 1986 waren im Berichtsjahr in dieser wichtigen Hochbausparte nominal 4,7 % weniger Aufträge verbucht worden. Bei der Auftragsentwicklung im gewerblichen und industriellen Hochbau, der gegenüber dem Vorjahr um 6,0 % abnahm, ist zu berücksichtigen, daß die Aufträge in diesem Bereich 1986 einen beachtlichen Anstieg (+ 29,2 %) aufgewiesen hatten. Lediglich bei den Aufträgen für öffentliche Hochbauten war im Berichtsjahr ein Anstieg (+ 3,5 %) zu beobachten. Deutsche Bundesbahn und Deutsche Bundespost erteilten dagegen um 42,2 % gekürzte Aufträge, allerdings ist der Anteil dieser Aufträge am gesamten Hochbauvolumen relativ gering.

Im Tiefbaubereich übertrafen die Auftragseingänge für Straßenbauten das Vorjahresniveau geringfügig (+ 0,7 %), während der sonstige öffentliche Tiefbau knapp darunter blieb (- 2,0 %). Der gewerbliche und industrielle Tiefbau wies zwar einen Anstieg von 13,7 % auf, der aber nicht ausreichen konnte, um die verringerten Aufträge (- 36,7 %) der Bundesbahn und Bundespost zu kompensieren. Dieser Rückgang ergab sich allerdings durch ein besonders hohes

Tabelle 9

Nominale Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe in Baden-Württemberg (1980 = 100)

– Veränderung gegen Vorjahr in % –

Zeitraum	Bauhaupt- gewerbe insgesamt	Hochbau				Tiefbau			
		zu- sammen	darunter			zu- sammen	darunter		
			Woh- nungs- bau	gewerblicher und industrieller Bau	öffentlicher Bau ¹⁾		Straßen- bau	gewerblicher und industrieller Bau	sonstiger öffentlicher Bau ¹⁾
1987 1. Vierteljahr	+ 1,0	- 8,0	- 11,7	- 6,0	+ 4,9	+ 17,0	+ 1,9	- 3,7	+ 62,8
2. Vierteljahr	- 5,1	- 3,6	- 10,2	- 0,6	+ 7,0	- 6,9	- 9,8	+ 22,3	- 16,5
1. Halbjahr	- 2,6	- 5,5	- 10,9	- 2,9	+ 6,1	+ 1,9	- 6,1	+ 11,2	+ 10,6
3. Vierteljahr	- 9,0	- 7,3	- 1,5	- 10,8	- 5,7	- 11,4	+ 0,7	+ 11,2	- 9,2
4. Vierteljahr	- 3,6	0,0	+ 5,7	- 6,5	+ 11,4	- 9,5	+ 20,9	+ 21,6	- 19,2
2. Halbjahr	- 6,6	- 3,9	+ 2,0	- 8,7	+ 1,5	- 10,6	+ 8,1	+ 16,0	- 13,5
Jahr	- 4,6	- 4,7	- 4,7	- 6,0	+ 3,5	- 4,6	+ 0,7	+ 13,7	- 2,0
1988 1. Vierteljahr	+ 11,2	+ 18,7	+ 19,4	+ 27,6	- 13,1	+ 0,6	+ 33,4	+ 31,9	- 24,0
1. Halbjahr	+ 8,8	+ 12,3	+ 15,4	+ 14,0	- 0,9	+ 4,0	+ 17,8	+ 8,6	- 3,0
Nachrichtlich Bundesgebiet:									
1987 Jahr	- 2,7	- 1,7	- 5,9	+ 0,8	+ 2,4	- 4,0	- 2,1	- 2,4	- 3,8
1988 1. Vierteljahr	+ 18,2	+ 22,2	+ 21,4	+ 32,3	- 1,7	+ 12,2	+ 16,4	+ 25,2	+ 8,2
Januar – Mai ²⁾	+ 13,5	+ 17,8	+ 19,9	+ 22,7	+ 1,8	+ 7,4	+ 11,8	+ 17,2	+ 3,4

1) Ohne Deutsche Bundesbahn und Deutsche Bundespost, einschließlich Organisationen ohne Erwerbszweck. – 2) Aktuelle Daten lagen bis Redaktionsschluß nicht vor.

Vorjahresniveau, das durch ein Großbauvorhaben der Bahn bedingt war (Basis-effekt).

Die Entwicklung der jährlich erbrachten Rohbauleistung läßt sich an dem Volumenindex der Produktion ablesen. Diese von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigte reale Bauleistung lag 1987 im Hochbau um 3,2 % und im Tiefbau um 2,7 % unter dem Vorjahresergebnis. Allerdings wurde 1987 von den Betrieben des Bauhauptgewerbes ein baugewerblicher Umsatz – der sich aber nicht nur auf die Bauproduktion des Kalenderjahres beziehen muß – in Höhe von 18,8 Mrd.DM in Rechnung gestellt. Gegenüber 1986 lag damit eine Umsatzsteigerung von 3,7 % vor. Im Ausbaugewerbe (baugewerblicher Umsatz 1987: 3,4 Mrd.DM) belief sich die Steigerung sogar auf 4,4 %.

Das baden-württembergische Bauhauptgewerbe ging im Vergleich zum Vorjahresstichtag mit einem annähernd konstanten realen Auftragsbestand im Hochbau

(- 0,8 %) in das Jahr 1988, im Tiefbau war dagegen ein um 10,1 % reduzierter realer Auftragsbestand vorhanden. Wie in den Vorjahren war auch 1987 die Beschäftigtenzahl im Bauhauptgewerbe weiter rückläufig; sie lag um durchschnittlich 2,4 % unter dem Vorjahreswert. Bezogen auf die im Vergleich zum Vorjahresstichtag verringerte Beschäftigtenzahl ergab sich zum Jahresende im Hochbau ein um 2,1 % höherer, im Tiefbau ein um 7,9 % niedrigerer realer Auftragsbestand je Beschäftigten.

Als Indikator für die Entwicklungsmöglichkeiten des Hochbaus können die Baugenehmigungen für die Errichtung neuer Gebäude herangezogen werden. Gemessen an der Kubikmeterzahl des umbauten Raumes ist das genehmigte Hochbauvolumen 1987 um 3,7 % zurückgegangen. Dabei lag im ersten Halbjahr das genehmigte Volumen im Wohnbau unter dem hohen Niveau des entsprechenden Vorjahreszeitraumes. Auch im Nichtwohnbau wurde im ersten Halbjahr 1987 weniger

Bauvolumen genehmigt. Während aber im Nichtwohnbau bereits das dritte Quartal über dem Vorjahresniveau lag, war im Wohnbau erst im vierten Quartal ein deutlich höheres Genehmigungsvolumen als vor Jahresfrist festzustellen. So war der Rückgang der Genehmigungen im Jahr 1987 für Wohnbauten (- 6,2 %) auch ausgeprägter als der bei Nichtwohnbauten (- 1,7 %). Rückläufig war 1987 auch die Zahl der in Wohngebäuden genehmigten Neubauwohnungen (- 11,6 %).

Im ersten Halbjahr 1988 hat sich die Auftragslage deutlich gebessert; so lagen die nominalen Auftragseingänge um 8,8 % über dem entsprechenden Vorjahreswert. Sowohl im Tiefbau (+ 4,0 %), deutlicher aber im Hochbau (+ 12,3 %) war der Anstieg feststellbar. Die beiden bedeutenden Hochbaubereiche Wirtschaftsbau (+ 14,0 %) und Wohnungsbau (+ 15,4 %) hatten dabei eine überdurchschnittliche Entwicklung aufzuweisen. Der öffentliche Hochbau blieb dagegen leicht hinter dem Vorjahreswert zurück (- 0,9 %). Im Tiefbau waren Zunahmen im Straßenbau (+ 17,8 %) und im Wirtschaftstiefbau (+ 8,6 %) zu verzeichnen, während die Aufträge im sonstigen öffentlichen Tiefbau (- 3,0 %) und die Aufträge der Bundesbahn und Bundespost (- 18,8 %) rückläufig waren.

Nach den derzeit vorliegenden Daten für das erste Quartal 1988 kam es, begünstigt durch den kurzen und erst Anfang März einsetzenden Winter, im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum zu einer Erhöhung der realen Bauleistung um 10,9 % im Hochbau und um 13,1 % im Tiefbau. Diese günstige Produktionsentwicklung führte im Zusammenhang mit den realen Auftragseingängen (Hochbau: + 17,2 %, Tiefbau: - 1,1 %) dazu, daß die realen Auftragsbestände Ende März zwar über den Werten zur Jahreswende 1987/88 lagen, aber unter den Werten vom 31. März 1987 (Hochbau: - 1,0 %, Tiefbau: - 13,0 %).

Im ersten Halbjahr 1988 hat sich die in der zweiten Jahreshälfte 1987 zu beobachtende positive Entwicklung des genehmigten Hochbauvolumens fortgesetzt. So lag, in den ersten sechs Monaten des Jahres der Rauminhalt der genehmigten Hochbauten um beachtliche 10,4 % über dem entsprechenden Vorjahreswert. Überdurchschnittlichen Anteil an diesem

Anstieg hatte der Wohnbau (+ 16,0 %), aber auch im Nichtwohnbau (+ 6,1 %) wurde das relativ hohe Niveau des Vorjahres übertroffen. Auch die Zahl der zum Bau freigegebenen Neubauwohnungen in Wohngebäuden lag im ersten Halbjahr 1988 um 15,6 % über dem Vorjahreswert. Zu diesem Anstieg haben erstmals wieder alle Wohngebäudetypen (Ein-, Zwei- und Mehrfamilienhäuser), wenn auch in deutlich unterschiedlichem Umfang, beigetragen.

Ausfuhr 1987 auf hohem Niveau

Gegenüber dem hohen Wert von 95 Mrd. DM im Jahr 1986 nahm die Ausfuhr baden-württembergischer Erzeugnisse 1987 leicht um 0,8 % zu und belief sich damit auf annähernd 96 Mrd. DM³. Da die Exporte des Bundes auf dem Vorjahresniveau geblieben sind (+ 0,2 %), hat sich der Anteil der baden-württembergischen Ausfuhr an der des Bundes um 0,1 Prozentpunkte auf 18,2 % erhöht. Obwohl der US-Dollar im Vergleich zu den Vorjahren ein niedrigeres Kursniveau aufwies, konnte damit im Bund das Niveau der nominalen Ausfuhr gehalten, in Baden-Württemberg sogar geringfügig übertroffen werden. Wie bereits 1986 ging auch 1987 der bundesweit ermittelte Index der Durchschnittswerte der ausgeführten Güter zurück (- 2,7 %), so daß die Ausfuhr des Bundes und des Landes real einen ausgeprägteren Anstieg als nominal aufweist.

Der leichte nominale Anstieg der Exporte Baden-Württembergs ergab sich durch gegenläufige Absatzentwicklungen auf

3) Eine Aktualisierung der Außenhandelsdaten auf 1988 ist derzeit nicht möglich. Das mit Blick auf den EG-Binnenmarkt eingeführte "Harmonisierte System zur Bezeichnung und Koordinierung der Waren (HS)" am 1. Januar 1988 hat zu großen Umstellungsschwierigkeiten geführt, so daß bei Redaktionsschluß noch keine aussagekräftige Daten für die Länder vorlagen.

den großen Märkten (Tabelle 10). So nahmen die Ausfuhren in das europäische Ausland um 4,5 % zu, während in die USA 10,0 % weniger Waren geliefert wurden. Maßgeblich für die rückläufigen Exporte in die Vereinigten Staaten waren die reduzierten Ausfuhren von Straßenfahrzeugen (- 12,5 %) und Maschinenbauerzeugnissen (- 8,5 %), da diese beiden Gütergruppen mit 59,7 % bzw. 17,4 % die dominanten Exportpositionen des Landes in die Staaten darstellen. Allerdings war deren Gewicht in den Vorjahren sehr stark angestiegen. Ent-

sprechend ging der Anteil der Exporte in die USA an der Gesamtausfuhr des Landes 1987 im Vergleich zum Vorjahr um 1,9 Prozentpunkte zurück, betrug aber immerhin noch 15,6 %. Diese rückläufigen Exporte sind eine - allerdings mit Verzögerung eingetretene - Reaktion auf das im Vergleich zu früher niedrigere Kursniveau des US-Dollars. Der erforderliche Anpassungsprozeß ist damit 1987 deutlich sichtbar eingetreten, wobei er allerdings gemäßigt ausgefallen ist, als ursprünglich erwartet wurde.

Die Exporte in das europäische Ausland stiegen demgegenüber im Berichtszeitraum um 4,5 %. Damit erreichte der in Europa abgesetzte Teil der baden-württembergischen Ausfuhr 68,2 %. Dabei entfielen 43,7 % der Gesamtausfuhr des Landes auf die Staaten der Europäischen Gemeinschaft, die im Vergleich zum Vorjahr 6,1 % mehr Waren aus Baden-Württemberg bezogen haben. Frankreich war mit einem Ausfuhranteil von 12,7 % der bedeutendste europäische Absatzmarkt, im Vorjahresvergleich nahm die Warenausfuhr um 5,4 % zu. Die Exporte nach Italien, die sich auf 8,7 % der gesamten Ausfuhr beliefen, hatten einen überdurchschnittlichen Anstieg (+ 11,7 %) zu verzeichnen. Großbritannien bezog 1987 3,0 % mehr Waren, der Anteil an der Gesamtausfuhr blieb mit 6,7 % konstant. Um 8,4 % nahm die Warenausfuhr nach Belgien-Luxemburg zu; 4,1 % der Landesausfuhr wurden in diese beiden Länder geliefert. Bemerkenswert sind die schon in den Vorjahren festgestellten beträchtlichen Exportzunahmen in die neuen EG-Mitgliedsstaaten Portugal (+ 34,5 %) und Spanien (+ 22,1 %). Spanien bezog im Berichtszeitraum bereits 2,4 % der Gesamtausfuhr. Verringerte Ausfuhren waren nach Dänemark (- 6,6 %), Griechenland (- 2,5 %) und Irland (- 14,0 %) zu verzeichnen. Die auf diese Mitgliedstaaten entfallenden Anteile sind mit 1,5 %, 0,8 % und 0,3 % an sich schon relativ gering.

Innerhalb der EFTA, in die fast ein Fünftel (19,7 %) der baden-württembergischen Ausfuhr geliefert wurde, konnten 2,9 % mehr Waren abgesetzt werden. Bedeutendste Abnehmerländer waren hier die Schweiz (mit einem Anteil an der Gesamtausfuhr von 8,6 %), Österreich (5,8 %) und Schweden (3,1 %). Die Exporte in diese Staaten nahmen im Vor-

Tabelle 10

**Ausfuhr Baden-Württembergs 1987
nach Handelspartnern**

Handelspartner	Mill. DM	%	Veränderung gegen Vorjahr in %
Europa	65 410,2	68,2	+ 4,5
davon			
EG-Länder	41 985,2	43,7	+ 6,1
Frankreich	12 144,3	12,7	+ 5,4
Belgien-Luxemburg	3 969,5	4,1	+ 8,4
Niederlande	5 658,2	5,9	+ 0,4
Italien	8 359,5	8,7	+ 11,7
Großbritannien	6 470,4	6,7	+ 3,0
Republik Irland	279,1	0,3	- 14,0
Dänemark	1 433,5	1,5	- 6,6
Griechenland	771,0	0,8	- 2,5
Portugal	587,0	0,6	+ 34,5
Spanien	2 312,6	2,4	+ 22,1
EFTA-Länder ¹⁾	18 887,5	19,7	+ 2,9
Staatshandelsländer ²⁾	2 431,5	2,5	- 7,9
Übriges Europa	2 106,0	2,2	+ 3,0
Afrika	2 627,7	2,7	- 10,8
Amerika	17 911,8	18,7	- 8,6
darunter			
Vereinigte Staaten	14 951,5	15,6	- 10,0
Asien	9 028,6	9,4	+ 1,4
Australien und Ozeanien	994,0	1,0	- 12,7
Ausfuhr insgesamt	95 972,5	100	+ 0,8
davon			
Industrialisierte Länder	83 568,2	87,1	+ 1,9
Entwicklungsländer	9 364,9	9,8	- 3,9
darunter OPEC-Länder ³⁾	2 652,5	2,8	- 17,6
Staatshandelsländer insgesamt ⁴⁾	3 039,2	3,2	- 10,8
Nachrichtlich Bundesgebiet:			
Ausfuhr insgesamt	527 376,2	100	+ 0,2

1) Island, Norwegen, Schweden, Finnland, Schweiz, Österreich. —
2) Sowjetunion, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Albanien. — 3) Vereinigte Arabische Emirate, Irak, Iran, Kuwait, Katar, Saudi-Arabien, Algerien, Ecuador, Indonesien, Gabun, Libyen, Nigeria, Venezuela. — 4) Europäischer und asiatischer Ostblock.

jahresvergleich um 3,3 %, 2,7 % und 8,9 % zu. Lediglich in Norwegen ging der Absatz baden-württembergischer Erzeugnisse um 15,2 % auf einen Anteil von 1,1 % zurück.

Unter den industrialisierten westlichen Ländern gewann Japan als Absatzmarkt baden-württembergischer Produkte weiter an Bedeutung. Gegenüber dem Vorjahr wurden 21,0 % mehr Waren nach Japan geliefert, womit die schon hohe Zuwachsrate des Vorjahres (+ 19,8 %) noch übertraffen wurde. 2,6 % der Gesamtausfuhr des Landes wurden in Japan abgesetzt.

In die Entwicklungsländer gingen 1987 3,9 % weniger Waren als im Vorjahr. Von den 9,8 % der Gesamtausfuhr, die in diese Länder geliefert wurden, wurden 2,8 % in den OPEC-Staaten und 7,0 % in den übrigen Entwicklungsländern abgesetzt. Die Exporttätigkeit in diese beiden Ländergruppen hat sich unterschiedlich entwickelt. So ist die Ausfuhr in die OPEC-Länder um 17,6 % zurückgegangen, die in die übrigen Entwicklungsländer um 2,8 % angestiegen. Die Exporte in die letztere Gruppe nahmen teilweise beträchtlich zu, beispielsweise nach Argentinien (+ 38,4 %), Taiwan (+ 23,1 %) oder Singapur (+ 17,8 %). Allerdings lagen die Anteile an der Gesamtausfuhr des Landes für diese Staaten zwischen 0,3 % und 0,5 % und hatten somit nur geringen Einfluß auf die Gesamtentwicklung. Im Iran und Saudi-Arabien, die im Berichtszeitraum mit einem Anteil von jeweils 0,5 % an der Gesamtausfuhr unter den OPEC-Ländern die beiden wichtigsten Abnehmerländer waren, wurden 20,9 % bzw. 27,6 % weniger Waren abgesetzt.

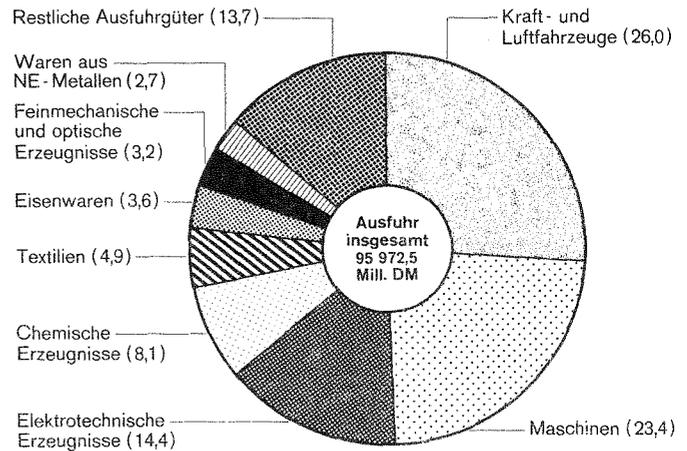
Die Ausfuhr in die Staatshandelsländer ging um 10,8 % zurück, der Anteil dieser Exporte an der Gesamtausfuhr des Landes betrug 3,2 %. Davon nahm die Sowjetunion fast ein Drittel (1,0 %) ab. Der Wert der in die Sowjetunion ausgeführten Waren hat sich allerdings um 19,9 % verringert.

Die Gewichtsverschiebungen in den großen Aggregaten der exportierten Produkte sind nicht gravierend, doch laufen sie insbesondere bei den Kraftfahrzeugen, deren Anteil an der Gesamtausfuhr von 26,6 % auf 25,9 % abnahm - das entspricht einem Exportrückgang um 1,9 % -

Schaubild 4

Struktur der Ausfuhr Baden-Württembergs 1987

Anteile in %



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

143 88

den seitherigen Tendenzen entgegen. Der Anteil bei den Maschinenbauerzeugnissen stagniert (23,4 %). Während die Exporte dieser Warengruppe um 0,5 % zunahmen, mußten einzelne Sparten, so die Werkzeugmaschinen (- 8,5 %) und die landwirtschaftlichen Maschinen (- 4,8 %), Ausfuhrabnahmen hinnehmen. Eine deutliche Ausfuhrzunahme (+ 8,6 %) war bei der Warengruppe elektrotechnischer Erzeugnisse festzustellen. Das Exportgewicht dieser Erzeugnisse erhöhte sich auf 14,4 %. Auch bei den chemischen Erzeugnissen nahm die Ausfuhr zu (+ 3,3 %). Deren Anteil an der gesamten Ausfuhr betrug 8,1 %. Um 3,6 % höher war der Export von Eisenwaren. Der Anteil dieser überwiegend aus Enderzeugnissen bestehenden Warengruppe belief sich auf 3,6 %. Negative Veränderungs-raten hatten die Exporteure von Textilien (- 4,8 %), feinmechanischen und optischen Erzeugnissen (- 2,1 %) und von Waren aus NE-Metallen (- 0,2 %) zu verzeichnen. Die Anteile dieser Warengruppen betragen im Berichtszeitraum 4,9 %, 3,2 % und 2,7 % (Schaubild 4).

Mäßige Aufwärtsentwicklung der Investitionen

Die realen Ausrüstungsinvestitionen wiesen 1987, wie bereits im Vorjahr, eine mäßige weitere Aufwärtsentwicklung auf.

Bundesweit betrug der Anstieg im abgelaufenen Jahr nach vorläufigen Angaben + 4,0 % (1986: + 4,1 %). Saisonbereinigt waren sie allerdings nach Berechnung der Deutschen Bundesbank im 2. Halbjahr rund 0,5 % höher als im vorausgegangenen Halbjahr. Offensichtlich hat die konjunkturelle Abkühlung zu Beginn des abgelaufenen Jahres zunächst auch auf die Investitionstätigkeit ausgestrahlt.

Die - wenn auch gedämpft - weiter aufwärts gerichtete Investitionstätigkeit wurde durch eine Besserung der Erträge gestützt. Das von der Deutschen Bundesbank berechnete Bruttoeinkommen der Produktionsunternehmen war gegenüber dem Vorjahr um 5,0 % gestiegen (1986: + 13 %), im zweiten Halbjahr gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum allerdings mit geringerer Zuwachsrate (+ 3,7 %) als im 1. Halbjahr (+ 6,3 %). Daß die Investitionstätigkeit dennoch und trotz günstiger Zinsen einen eher mäßigen Anstieg erfuhr, ist sicher mit auf die vor allem seit dem Herbst 1986 nachhaltig abgesunkene Auslandsnachfrage zurückzuführen. Dadurch haben sich Absatz- und Ertragschancen im Export, aber auch - infolge des gestiegenen Importdrucks - im Inland vermindert. Bei stagnierender Produktion stieg auch der Kostendruck, auch wenn sich Kostenentlastungen durch gesunkene Einfuhrpreise ergaben. So sind in Baden-Württemberg die Lohnstückkosten im Verarbeitenden Gewerbe 1987 um 4,6 % gewachsen, nachdem sie im Vorjahr bereits um reichlich 2,5 % gestiegen waren.

Diese Einflußfaktoren wirkten jedoch nur kurzfristig nach 1988 hinein, zumal von den Turbulenzen auf den Devisen- und Aktienmärkten im Oktober vergangenen Jahres keine nachhaltigen Effekte auf die Investitionsneigung ausgingen. Angesichts der 1988 bisher erzielten Produktionsausweitung und der anhaltenden Nachfragebelebung aus dem Ausland, inzwischen aber auch aus dem Inland, stieg die Kapazitätsauslastung der Industrie im bisherigen Jahresverlauf wieder an und erreichte bundesweit nach Erhebungen des Ifo-Instituts im Juni mit 86,0 % einen saisonbereinigten Wert, der höher lag als der höchste während der Aufschwungphase 1979/80 erzielte Auslastungsgrad von 85,4 %.

Im Gegensatz zum Vorjahr sind die Lohnstückkosten im laufenden Jahr nur geringfügig gestiegen, die Ertragslage dürfte sich weiter verbessern - bei den exportintensiven Branchen unterstützt durch die wechsellkursbedingt wieder gestiegene preisliche Wettbewerbsfähigkeit. Gleichzeitig dürfte als Investitionsmotiv vor allem bei den stärker in die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung eingebundenen Wirtschaftsbereichen der Druck auf Rationalisierung und Modernisierung weiter anhalten. Positiv kommt auch hinzu, daß sich die Unsicherheiten über den zukünftigen Dollarkurs im Sommer weiter vermindert haben. Entsprechend dieser stetig günstiger gewordenen Rahmenbedingungen ergab bereits im April eine Umfrage des Ifo-Instituts bei Industrieunternehmen im Bundesgebiet, daß die Investitionspläne eine wieder zuversichtlichere Einschätzung der Situation widerspiegeln. Danach planten die Industrieunternehmen für 1988 bundesweit eine Steigerung ihrer Investitionsausgaben um real 3 %. Während das Frühjahrsgutachten den Anstieg der realen Ausrüstungsinvestitionen noch auf 2 % veranschlagte, geht das DIW zur Jahresmitte mittlerweile von einer Zuwachsrate von 3,5 % aus. Sichtbares Zeichen der steigenden Investitionsneigung sind z.B. die Tendenzen bei der Inlandsnachfrage des heimischen Maschinenbaus, hier lagen die Ordereingänge im 1. Halbjahr 1988 um 9,1 % über dem Vorjahresniveau.

Privater Verbrauch weiter konjunkturstützend

Vom privaten Verbrauch gingen auch 1987 positive Impulse auf die Konjunkturentwicklung aus. Bei nur geringfügig gestiegenen Verbraucherpreisen war der Anstieg der Löhne und Gehälter nahezu ebenso hoch wie im Vorjahr. So erhöhte sich in Baden-Württemberg der Index der Bruttomonatsverdienste aller Angestellten in der Industrie, im Handel, bei den Kreditinstituten und beim Versicherungsgewerbe von Oktober 1986 bis Oktober 1987 um 3,7 % (gegenüber 3,9 % im entsprechenden Zeitabschnitt 1985/86). Im Oktober hatten die männlichen Angestellten ein durchschnittliches Bruttogehalt von 4 704 DM (+ 3,8 %), ihre Kolleginnen verdienten 2 940 DM (+ 3,2 %).

Im gleichen Zeitraum stiegen die Bruttostundenverdienste aller in der Industrie beschäftigten Arbeiter - gemessen am Index der durchschnittlichen Bruttostundenverdienste - um 3,9 %. Beim Index der Bruttowochenverdienste betrug die Steigerung 3,8 %, da der Index der bezahlten Wochenstunden knapp unter dem Vorjahreswert lag (- 0,1 %). Im Oktober 1987 belief sich die durchschnittliche Wochenarbeitszeit der Arbeiter auf 40,4 Stunden. Den Arbeitern wurde im Durchschnitt ein Bruttowochenverdienst von 783 DM ausbezahlt (+ 4,1 %), ihren Kolleginnen 556 DM (+ 3,5 %).

Das Reallohniveau hat sich angesichts der günstigen Preisentwicklung weiter erhöht⁴. Für den Oktober 1987 errechnet sich in Jahresfrist eine Zunahme um 3,1 % und damit eine deutliche Reallohnverbesserung, die allerdings etwas geringer ausfiel als im entsprechenden Vorjahreszeitraum (+ 4,5 %).

Auch der Anstieg der Erwerbstätigenzahlen war 1987 gedämpfter (+ 0,7 %) als 1986 (+ 1 %), so daß der private Verbrauch 1987 mit einem bundesweiten realen Zuwachs von 3,1 % zwar hinter dem Zuwachs des Vorjahres (+ 4,3 %) zurückblieb, aber dennoch weiter eine wesentliche Stütze der Gesamtnachfrage bildete. Entsprechend waren auch die Umsätze im Einzelhandel in Baden-Württemberg steigend (nominal + 5 %); bei insgesamt nur geringfügig gestiegenen Einzelhandelspreisen (bundesweit + 0,4 %) lag die reale Zuwachsrates nur unwesentlich darunter. Das lebhaftes Umsatzgeschehen im Einzelhandel in den beiden Jahres-

schlußmonaten (+ 7 %) deutete an, daß von den Turbulenzen auf den Aktien- und Devisenmärkten im Herbst keine nachhaltigen Irritationen auf die Konsumnachfrage ausgingen. Stark gestiegen sind auch die Ausgaben für Urlaubsreisen ins Ausland, bundesweit lagen sie nach Berechnungen der Deutschen Bundesbank im 2. Halbjahr um 7 % über dem Vorjahreswert.

Das Preisniveau war 1987 weiterhin durch eine hohe Stabilität gekennzeichnet. Im Jahresdurchschnitt betrug die Veränderungsrate des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte 0,4 % (Tabelle 11).

Eine durchweg rückläufige Preisentwicklung war bundesweit bei den vorgelagerten Handelsstufen zu beobachten. Durch die weitere Verbilligung von Erdöl und Mineralölerzeugnissen sowie durch den niedrigen Dollarwert lagen die Einfuhrpreise nochmals deutlich unter dem Vorjahresniveau, und zwar im Durchschnitt um 6,5 %.

Die weiter nachgebenden Einfuhrpreise wirkten sich auch auf die Erzeugerpreise gewerblicher Produkte aus. Sie gingen im Jahresdurchschnitt um 2,2 % zurück. Die Einflüsse der sinkenden Preise bei Einfuhrwaren und gewerblichen Produkten sowie die sinkenden landwirtschaftlichen Erzeugerpreise bewirkten, daß die Großhandelspreise ebenfalls zurückgingen. Sie lagen im Jahresdurchschnitt 1987 um 3,8 % unter dem Vorjahresniveau. Entsprechend waren auch stabile Einzelhandelspreise zu verzeichnen (+ 0,4 %).

Die Jahresdurchschnittsbetrachtung verdeckt jedoch, daß sich im Jahresverlauf und insbesondere gegen Jahresende hin die nachhaltigen Preisrückgänge abschwächten bzw. die Preise geringfügig anstiegen. So waren die Einfuhrpreise zum Jahresende nur noch leicht unter dem Vorjahresstand (- 1,2 %), die industriellen Erzeugerpreise (+ 0,3 %) wie auch die Einzelhandelspreise (+ 0,8 %) und die Verbraucherpreise (+ 1,1 %) deuteten ein leichtes Nachlassen der bisherigen außergewöhnlichen Preisstabilität an. Zwar wirkten die rückläufigen Dollarnotierungen und die gesunkenen Energiepreise weiter preisstabilisierend.

4) Um festzustellen, ob die nominalen Lohnerhöhungen angesichts der Preisentwicklung ausreichen, den bisherigen Lebensstandard aufrechtzuerhalten bzw. zu verbessern, wird die Veränderung des Reallohnindex berechnet. Dieser wird über den Quotienten aus dem Wochenverdienstindex und dem Preisindex für die Lebenshaltung (von Vierpersonen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen) ermittelt.

Tabelle 11

**Ausgewählte Preisindizes im Bundesgebiet und in Baden-Württemberg 1987 und im 1. Halbjahr 1988
(1980 = 100)**

Veränderung gegen Vorjahr in %

Monat	Außenhandel		Landwirtschaft ¹⁾		Industrie	Handel		Wohnungsbau	Lebenshaltung
	Einfuhrpreise	Ausfuhrpreise	Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte	Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel	Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inland) ¹⁾²⁾	Großhandelsverkaufspreise ¹⁾	Einzelhandelspreise ³⁾	Preisindex für	
								Bauleistungen an neuen Wohngebäuden ³⁾	die Lebenshaltung ⁴⁾
Bundesgebiet ⁵⁾								Baden-Württemberg	
Jahresdurchschnitt 1987	- 6,5	- 1,1	- 3,4	- 4,2	- 2,5	- 3,8	+ 0,4	+ 2,5	+ 0,4
1988									
Januar	- 1,0	+ 1,1	+ 1,4	- 1,0	+ 0,2	- 0,7	+ 0,4	.	+ 0,9
Februar	+ 0,1	+ 1,2	- 0,4	- 0,8	+ 0,5	- 0,4	+ 0,5	+ 2,0	+ 1,2
März	- 0,3	+ 1,5	- 1,6	- 0,9	+ 0,6	- 0,2	+ 0,4	.	+ 1,2
April	- 0,1	+ 1,9	- 2,9	- 0,8	+ 1,3	+ 0,2	+ 0,6	.	+ 1,4
Mai	+ 0,2	+ 2,1	- 2,7 ⁶⁾	- 0,7 ⁶⁾	+ 1,4	+ 0,5	+ 0,4	+ 2,1	+ 1,3
Juni	+ 0,6	+ 2,5	- 1,1 ⁶⁾	+ 0,3 ⁶⁾	+ 1,6	+ 1,2	+ 0,7	.	+ 1,4

1) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer. — 2) 1988 auf Basis 1985 = 100. — 3) Einschließlich Umsatz-(Mehrwert-)steuer. — 4) Aller privaten Haushalte. — 5) Quelle: Statistisches Bundesamt. — 6) Vorläufiges Ergebnis.

Jedoch zeigten die Industrierohstoffe eine deutlich steigende Tendenz, in DM gerechnet waren sie zum Jahresende ein Fünftel teurer als im Vorjahr; außerdem wuchs bei stagnierender Industrieproduktion der Kostendruck auf die heimischen Produzenten. Gleichzeitig wurden die Preiserhöhungsspielräume durch die stark gestiegene Importkonkurrenz eingeschränkt.

Nach dem Jahreswechsel ging zwar der Kostendruck bei allmählich deutlicher anziehender Produktion etwas zurück, gleichzeitig liefen jedoch bei wieder steigendem Dollarkurs und teilweise auch auf Dollarbasis nach oben tendierenden Rohstoffpreisen die Entlastungseffekte auf die Preisentwicklung, die bisher von der Einfuhrseite gekommen waren, zunehmend aus. So lagen bundesweit die Einfuhrpreise zur Jahresmitte 1988 bereits um 0,6 % über dem Vorjahresstand. Allerdings blieben die binnenwirtschaftlichen Einflußfaktoren auf die Preisent-

wicklung angesichts mäßiger Tarifabschlüsse trotz des leicht ansteigenden Zinsniveaus gering. Im August lag der Preisindex für die Lebenshaltung in Baden-Württemberg wieder um 1,3 % über dem Vorjahresniveau. Mit einem Preisanstieg mindestens in dieser Höhe ist auch weiterhin zu rechnen.

Vom privaten Verbrauch werden auch 1988 deutliche konjunkturstützende Impulse ausgehen. Die Zahl der Erwerbstätigen dürfte auch in Baden-Württemberg im Jahresdurchschnitt leicht steigen. Doch werden die Lohn- und Gehaltssteigerungen angesichts einer nach wie vor bemerkenswert hohen Preisstabilität auch weiterhin real zum Tragen kommen. Hinzu kommen konsumstützende Wirkungen der zum Jahresbeginn 1988 in Kraft getretenen zweiten Stufe der Steuerreform, deren Entlastungsvolumen bundesweit auf rund 14 Mrd. DM veranschlagt wird. Das nominale verfügbare Einkommen der privaten Haushalte wird nach der Einschät-

zung des Frühjahrsgutachtens bzw. des DIW um 4 bis 4,5 % zunehmen, der reale private Verbrauch um 3 %.

Öffentliche Finanzen

Die Gesamtausgaben im Haushalt des Landes beliefen sich 1987 auf 41,141 Mrd. DM oder 6,0 % mehr als im Vorjahr; bei den um Tilgungsausgaben bereinigten Gesamtausgaben (37,341 Mrd. DM) beträgt die Zuwachsrate 5,6 %. Die Gesamteinnahmen haben mit 40,498 Mrd. DM das Vorjahresniveau um 4,4 % übertroffen. Das Haushaltsjahr 1987 hat somit mit einem Fehlbetrag von kassenmäßig 643 bzw. rechnungsmäßig 529 Mill. DM abgeschlossen. Dieser Fehlbetrag ist im wesentlichen auf konjunkturbedingte Steuermindereinnahmen sowie auf Mehraufwendungen u.a. für die Unterbringung von Asylbewerbern, für den öffentlichen Personennahverkehr sowie für den Straßen- und Wohnungsbau zurückzuführen. Dieses Haushaltsdefizit wird im Haushaltsjahr 1989 abgedeckt werden.

Die Steuereinnahmen des Landes waren 1987 mit 27,4 Mrd. DM nur um 1,8 % höher als im Jahr 1986; sie deckten 1987 66,6 % der Gesamtausgaben ab, während dies im Vorjahr noch 69,4 % waren.

Dabei war 1987 die Entwicklung bei der Lohnsteuer, bei der veranlagten Einkommensteuer und der Vermögensteuer positiv. Rückläufig waren dagegen vor allem die Körperschaftsteuer und die Kraftfahrzeugsteuer, wobei die Mindereinnahmen bei der Kraftfahrzeugsteuer auf die Steuererleichterungen für abgasarme Pkw zurückzuführen sind.

Schuldenaufnahmen am Kreditmarkt wurden 1987 in Höhe von 5 152 Mill. DM gebucht, das waren 844 Mill. DM oder 19,6 % mehr als im Vorjahr. Darin enthalten sind 257 Mill. DM Darlehensaufnahmen für vorzeitige Schuldentilgungen. Abzüglich der Tilgungsausgaben in Höhe von 3 800 Mill. DM ergibt sich für den Landeshaushalt eine Nettokreditaufnahme für 1987 von 1,35 Mrd. DM. Diese liegt um 502 Mill. DM über der Nettokreditaufnahme des Haushalts 1986. Übrige Einnahmen wurden in Höhe von 7 936 Mill. DM gebucht.

Bei den Ausgaben ist vor allem auf die hohen, teilweise zweistelligen Zuwachsraten bei den Investitionen und investitionsrelevanten Ausgaben hinzuweisen. So haben sich 1987 die Sachinvestitionen um 16,0 %, darunter die Bauinvestitionen um 8,9 % erhöht. Die Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen an den privaten Sektor stiegen sogar um 20,2 %. Demgegenüber erhöhte sich der laufende Sachaufwand nur um 8,8 %; die Personalausgaben sind mit + 4,5 % deutlich unter dem Anstieg der Gesamtausgaben geblieben.

Die für 1987 vorliegenden Daten der Kommunalfinanzen zeigen, daß die etwas schwächere konjunkturelle Entwicklung und vor allem die durch den niedrigen Dollarkurs beeinträchtigten Exporte der baden-württembergischen Wirtschaft ihre Spuren auch bei den kommunalen Steuereinnahmen hinterlassen. Die Gewerbesteuererinnahmen (netto) blieben in diesem Zeitraum mit - 0,2 % leicht unter dem Vorjahresergebnis. Der den Gemeinden zustehende Anteil an der Einkommensteuer hat sich dagegen um 8,0 % erhöht. Insgesamt liegen die kommunalen Steuereinnahmen 1987 um 3,3 % über dem Vorjahreswert. Die allgemeinen Zuweisungen des Landes sind mit einem Plus von 8,3 % im Vergleich zum Vorjahr deutlich gestiegen. Damit verzeichnen die Gesamteinnahmen (ohne besondere Finanzierungsvorgänge) einen Zuwachs von 3,8 %. Auf der Ausgabenseite ist die Entwicklung der Sachinvestitionen hervorzuheben, die um 11,2 % über dem Vorjahresniveau lagen; darunter erhöhten sich die Ausgaben für Baumaßnahmen um 10,6 %. Die bereinigten Gesamtausgaben stiegen um 6 %.

Von den öffentlichen Haushalten sind so - nicht zuletzt aufgrund der sehr hohen Zuwachsraten bei den Investitionsausgaben - 1987 nicht unbeträchtliche Impulse auf die Konjunktur und die Wachstumsbedingungen der Wirtschaft ausgegangen.

Der Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für das Jahr 1988 wurde auf 41,932 Mrd. DM festgestellt. Hierin ist die Erhöhung durch den im Juli 1988 vom Ministerrat beschlossenen Nachtragsentwurf um 383 Mill. DM bereits berücksichtigt. Unter Einrechnung des Nachtrags-

haushalts beträgt die Zunahme gegenüber dem Haushalt 1987 (Ist) 1,9 %. Zum Nachtrag für 1988 haben insbesondere die Ergebnisse der Steuerschätzung vom Mai 1988 sowie zwangsläufige Mehrausgaben geführt. Nach dem Ergebnis der jüngsten Steuerschätzung (Mai 1988) muß das Land 1988 einerseits mit Steuermindereinnahmen gegenüber dem Haushaltsplan (Dezember 1986) in Höhe von netto 1,12 Mrd. DM rechnen, wovon etwa 200 Mill. DM auf das Steuersenkungserweiterungsgesetz 1988 zurückzuführen sind und etwa 900 Mill. DM konjunkturbedingt sind (u.a. auch geringere Preissteigerungen). Andererseits muß das Land eine Reihe von zwangsläufigen Mehrausgaben verkraften; als Schwerpunkte dieser zwangsläufigen Mehrausgaben sind höhere Aufwendungen beim Landeserziehungsgeld, bei den Asylbewerbern, beim Wohngeld und beim Ausbau der Meßnetze bei der Landesanstalt für Umweltschutz zu nennen.

Einschließlich Nachtragshaushalt wurden die Steuern und steuerähnlichen Einnahmen mit 28,224 Mrd. DM, die Verwaltungseinnahmen mit 1,888 Mrd. DM und die übrigen Einnahmen mit 11,818 Mrd. DM veranschlagt. Die Gesamtausgaben verteilen sich im einzelnen zu 37,1 % auf

Personalausgaben (15,550 Mrd. DM), zu 19,9 % auf sächliche Verwaltungsausgaben und Schuldendienst (8,330 Mrd. DM), zu 30,2 % auf Zuweisungen und Zuschüsse (12,676 Mrd. DM) sowie zu 13,3 % auf Ausgaben für Investitionen (5,586 Mrd. DM).

Aufgrund der Mindereinnahmen und Mehrausgaben im Nachtragshaushalt erhöht sich die Nettokreditaufnahme im Haushaltsjahr 1988 von der zunächst veranschlagten 1 Mrd. DM auf 2,56 Mrd. DM. Nach dem Willen der Landesregierung sollen eventuelle Mehreinnahmen bei den Steuern gegenüber den veranschlagten Beträgen zur Verringerung der Nettokreditaufnahmen verwandt werden.

Generell ist jedoch für dieses wie auch für die kommenden Jahre davon auszugehen, daß alle öffentlichen Haushalte - so auch der Haushalt des Landes Baden-Württemberg - gegenüber den früheren Finanzplanungen mit konjunkturbedingt geringeren Einnahmesteigerungen auskommen und steuerreformbedingte Einnahmeausfälle verkraften müssen. Vorrangig ist die Erhaltung notwendiger Investitionsspielräume bei gleichzeitiger Begrenzung des Staatsanteils.

Teil II Einzeluntersuchungen zu politischen Schwerpunktbereichen

1. Bildung

Berufsschule als Teil des dualen Systems

Struktur des beruflichen Schulwesens

Die beiden Lernorte Schule und Betrieb wirken in der beruflichen Ausbildung Jugendlicher eng zusammen. In Fortführung der Untersuchungen zu den Bildungswegen in Baden-Württemberg im letztjährigen Statistisch-prognostischen Bericht¹ behandelt der folgende Beitrag besonders die Aspekte der Aus- und Weiterbildung aus der Sicht der beruflichen Schulen. Dieser Bereich ist in der Vergangenheit sehr differenziert ausgebaut worden, um den vielfältigen Anforderungen aus Wirtschaft und Gesellschaft gerecht zu werden. Das Schulwesen in Baden-Württemberg gliedert sich nach dem Schulgesetz des Landes in verschiedene Schularten und -typen². Schularten im beruflichen Bereich sind die Berufsschule, die Berufsfachschule, das Berufskolleg, die Berufsoberschule, die Fachschule, das berufliche Gymnasium, die Sonderberufsschule und die Schule für Berufe des Gesundheitswesens. Neben öffentlichen beruflichen Schulen gibt es viele Schulen im beruflichen Bereich, die auch in privater Trägerschaft geführt werden.

Für die Ausbildung von Jugendlichen mit körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderungen sind öffentliche und private Sonderberufsschulen eingerichtet, gegliedert in Schulen für Lernbehinderte, Gehörlose/Schwerhörige, Blinde/Sehbehinderte und Schulen für Erziehungshilfe.

Die Berufsschulen bilden in diesem System einen wichtigen Teilbereich, der sich durch eine Besonderheit gegenüber den übrigen Schularten auszeichnet. Sie haben die Aufgabe, im Rahmen der Berufsausbildung oder Berufsausübung fachtheoretische Kenntnisse zu vermitteln sowie die allgemeine Bildung zu vertiefen und zu erweitern. Sie sind dabei jedoch gleichberechtigte Partner der Firmen und Betriebe, die Jugendliche im Rahmen von Lehrverträgen ausbilden oder mit Arbeitsverträgen beschäftigen. Dieses "duale System der Berufsausbildung" ist dadurch gekennzeichnet, daß die Vermittlung von Kenntnissen und Fertigkeiten sowohl durch Schulen als auch durch Betriebe bzw. Firmen stattfindet, bei denen ein Ausbildungsvertrag abgeschlossen wurde. Die schulische Ausbildung erfolgt dabei an durchschnittlich 1,5 Tagen der Woche im Teilzeitunterricht an den Berufsschulen, die fachpraktische Ausbildung an durchschnittlich 3,5 Tagen im Betrieb.

Die Berufsschule wird in den Typen der kaufmännischen, gewerblichen sowie hauswirtschaftlich-pflegerisch-sozialpädagogischen und landwirtschaftlichen³ Be-

1) Vgl. Die Vielfalt der Bildungswege in Baden-Württemberg, in: Statistisch-prognostischer Bericht 1986/87, hrsg. von der Landesregierung Baden-Württemberg in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Landesamt, Stuttgart 1987, S. 35-54.

2) Vgl. Bekanntmachung der Neufassung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg vom 1. August 1983, GBl. S. 400ff.

3) Im folgenden zusammenfassend genannt: haus- und landwirtschaftliche Berufsschulen.

rufsschule geführt, wobei häufig mehrere dieser Bereiche organisatorisch zusammengefaßt sein können. Den einzelnen Berufsschultypen zugeordnet sind Berufsfelder, in denen Schüler ähnlicher bzw. zusammengehöriger Ausbildungsberufe während des ersten Ausbildungsjahres gemeinsam unterrichtet werden. Beispielsweise sind alle Schüler in Ausbildungsberufen der Metallbearbeitung und -verarbeitung an gewerblichen Berufsschulen im Berufsfeld "Metalltechnik" zusammengefaßt.

Berufsausbildung im dualen System

Im Rahmen des dualen Systems wird im ersten Jahr an den Berufsschulen in der Grundstufe eine breite Grundbildung über den angestrebten Einzelberuf hinaus auf Berufsfeldebene erteilt. Eine stärkere Differenzierung erfolgt im zweiten und dritten Jahr (Fachstufe I und II), wenn gezielt auf die Prüfungen im Ausbildungsberuf hingearbeitet wird. Ebenfalls zum dualen System gehört die berufliche Grundbildung (Grundstufe) in der kooperativen Form mit Teilzeitunterricht (parallel zur praktischen Ausbildung in betrieblichen oder überbetrieblichen Ausbildungsstätten). Das öffentliche Berufsvorbereitungsjahr, das als einjährige Vollzeitschule für Jugendliche ohne Berufsausbildungsverhältnis eingerichtet ist, gehört ebenfalls nicht zum dualen System. Ausbildungsgänge an beruflichen Vollzeitschulen (z.B. an Schulen für Berufe des Gesundheitswesens) und Ausbildungsgänge an Berufsakademien, die dem tertiären Bildungsbereich zugeordnet werden, bleiben hier auch außer Betracht. Gerade die beruflichen Vollzeitschulen bieten vielfältige Möglichkeiten - insbesondere auch für Hauptschüler - nach dem Abschluß einer beruflichen Ausbildung weiterführende Schulabschlüsse bis hin zur Hochschulreife zu erreichen. Wie sehr dieses Angebot der beruflichen Schulen genutzt wird, wurde im Statistisch-prognostischen Bericht 1986/87 ausführlich dargestellt.

Das duale System der beruflichen Bildung umfaßt somit öffentliche und private Berufs- und Sonderberufsschulen sowie die berufliche Grundbildung mit Teilzeitunterricht auf der einen Seite und die Ausbildungsbetriebe auf der anderen Seite (Schaubild 1).

Bei den folgenden Ausführungen werden allerdings überwiegend Daten und Ergebnisse der amtlichen Statistik der beruflichen Schulen verwendet, in Einzelfällen werden aber auch Daten der Berufsbildungsstatistik herangezogen. Die zugrundeliegenden Erhebungen sind stichtagsbezogen und werden nach Beginn eines neuen Schuljahres - in der Regel im Oktober - durchgeführt.

Fast 290 000 Schüler an beruflichen Teilzeitschulen

Im Schuljahr 1985/86 setzte an den beruflichen Schulen insgesamt ein Rückgang der Schülerzahlen ein, der durch abnehmende Schülerzahlen im Vollzeitbereich bedingt war. Ab dem Schuljahr 1986/87 nahm auch die Zahl der Teilzeitschüler ab, so daß sich der Schülerrückgang insgesamt beschleunigte (Tabelle 1). Im Schuljahr 1986/87 besuchten rund 288 900 Schülerinnen und Schüler die beruflichen Teilzeitschulen, das waren 65,9 % aller Schüler an beruflichen Schulen (438 637).

Im Schuljahr 1987/88 haben die Schülerzahlen an den beruflichen Teilzeitschulen weiter abgenommen (- 4,7 %), an den Vollzeitschulen erhöhte sich die Zahl der Schüler geringfügig (+ 0,4 %). Im Bereich der beruflichen Teilzeit- und Vollzeitschulen wurden insgesamt 425 344 Schüler unterrichtet.

Die große Bedeutung einer Ausbildung im dualen System und die Expansion läßt sich auch an der Zunahme der Zahl der Schüler ablesen, die im Zeitraum 1976/77 bis 1986/87 eine der genannten Teilzeitschulen durchlaufen haben. Insgesamt hat sich gegenüber dem Schuljahr 1976/77 die Schülerzahl um mehr als 32 % erhöht (+ 70 902); die größte Zahl an Berufsschülern in diesem Zeitraum wurde mit knapp 295 700 im Schuljahr 1985/86 registriert. Die prozentual höchsten Zunahmen entfielen auf die berufliche Grundbildung mit Teilzeitunterricht und die Sonderberufsschule, zahlenmäßig hat jedoch die gewerbliche Berufsschule am stärksten zugelegt (+ 38 413 Schüler). Ein Rückgang der Schülerzahlen ist an der haus- und landwirtschaftlichen Berufsschule zu beobachten (- 7,4 %), die auch die Funktion einer Pflichtschule für Mädchen ohne Ausbildungsvertrag hat. Darin spiegelt sich einmal die verbesser-

Tabelle 1

Schüler an Berufsschulen*) in Baden-Württemberg 1976/77 bis 1986/87 nach Schularten und Geschlecht

Schuljahr		Berufsschüler insgesamt	Davon an									
			kaufmännischen Berufsschulen		gewerblichen Berufsschulen		haus- und landwirtschaftlichen Berufsschulen		Sonderberufsschulen		Berufsgrundbildungsjahr – kooperativ	
			Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
1976/77	männlich	134 062	19 768	14,8	107 919	80,5	4 899	3,7	800	0,6	676	0,5
	weiblich	83 900	37 474	44,7	26 343	31,4	18 990	22,6	1 022	1,2	71	0,1
	zusammen	217 962	57 242	26,3	134 262	61,6	23 889	11,0	1 822	0,8	747	0,4
1978/79	männlich	153 598	20 056	13,1	123 399	80,3	5 914	3,9	1 476	1,0	2 753	1,8
	weiblich	100 716	44 122	43,8	34 824	34,6	20 219	20,1	1 369	1,4	182	0,2
	zusammen	254 314	64 178	25,2	158 223	62,2	26 133	10,3	2 845	1,1	2 935	1,2
1980/81	männlich	172 724	21 790	12,6	138 305	80,1	7 118	4,1	1 757	1,0	3 754	2,2
	weiblich	115 483	53 398	46,2	40 912	35,4	19 316	16,7	1 523	1,3	334	0,3
	zusammen	288 207	75 188	26,1	179 217	62,2	26 434	9,2	3 280	1,1	4 088	1,4
1981/82	männlich	173 652	22 075	12,7	136 703	78,7	9 455	5,5	1 822	1,1	3 597	2,1
	weiblich	115 531	53 544	46,4	39 202	33,9	21 124	18,3	1 354	1,2	307	0,1
	zusammen	289 183	75 619	26,2	175 905	60,8	30 579	10,6	3 176	1,1	3 904	1,4
1982/83	männlich	168 144	21 492	12,8	133 823	79,6	7 107	4,2	2 042	1,2	3 680	2,2
	weiblich	112 060	51 624	46,1	40 629	36,3	18 098	16,2	1 416	1,3	293	0,3
	zusammen	280 204	73 116	26,1	174 452	62,3	25 205	9,0	3 458	1,2	3 973	1,4
1983/84	männlich	169 850	21 965	12,9	133 785	78,8	7 476	4,4	2 627	1,6	3 997	2,4
	weiblich	112 379	52 469	46,7	41 378	36,8	16 684	14,9	1 532	1,4	316	0,3
	zusammen	282 229	74 434	26,4	175 163	62,1	24 160	8,6	4 159	1,5	4 313	1,5
1984/85	männlich	173 047	23 843	13,8	134 721	77,9	7 655	4,4	2 765	1,6	4 063	2,4
	weiblich	118 824	56 404	47,5	44 301	37,3	16 152	13,6	1 594	1,4	373	0,3
	zusammen	291 891	80 247	27,5	179 022	61,3	23 827	8,2	4 359	1,5	4 436	1,5
1985/86	männlich	171 758	24 986	14,6	133 113	77,5	7 622	4,4	2 111	1,2	3 926	2,3
	weiblich	123 010	58 943	47,9	45 503	37,0	16 394	13,3	1 792	1,5	378	0,3
	zusammen	295 668	83 929	28,4	178 616	60,4	24 016	8,1	4 803	1,6	4 304	1,5
1986/87	männlich	166 087	25 521	15,4	126 589	76,2	7 018	4,2	3 160	1,9	3 799	2,3
	weiblich	122 777	59 576	48,5	46 086	37,5	15 115	12,3	1 648	1,4	352	0,3
	zusammen	288 864	85 097	29,5	172 675	59,8	22 133	7,7	4 808	1,7	4 151	1,4

*) Öffentlich und privat.

haus- und landwirtschaftlichen Berufsschulen von 11,0 % auf 7,7 % gesunken. Demgegenüber ist der Anteil der Schüler am kaufmännischen Schultyp von 26,3 % auf knapp 30 % gestiegen. Noch stärker tritt hier die Entwicklung hervor, wenn man die Veränderung bei den Bestandszahlen betrachtet: im Schuljahr 1986/87 besuchten 48,7 % mehr Schüler diesen Schultyp als noch 10 Jahre zuvor. Dies ist vor allem auf die vermehrte Bereitstellung von Ausbildungsplätzen im Verwaltungs- und Dienstleistungsbereich zurückzuführen.

An den heute erkennbaren Verschiebungen in den einzelnen Schultypen waren

die Schülerinnen mit der Wahl ihrer Ausbildungsberufe stark beteiligt. Wurden im Schuljahr 1976/77 an gewerblichen Berufsschulen 31,4 % der weiblichen Schüler im dualen System unterrichtet, erhöhte sich ihr Anteil auf 37,5 % im Schuljahr 1986/87. Mit einer Steigerung von 75,0 % mehr jungen Frauen als 10 Jahre zuvor weist der gewerbliche Bereich den höchsten prozentualen Zuwachs auf (+ 19 743 Schülerinnen). An den kaufmännischen Berufsschulen ist dagegen die absolute Zahl der Schülerinnen mit rund 22 100 (+ 59,0 %) am stärksten gestiegen, während ihre Zahl an den haus- und landwirtschaftlichen Schulen unter den Stand des Schuljahres 1976/77 gesunken ist (- 20,4 %).

Nach wie vor bleibt die kaufmännische Berufsschule eine Domäne der weiblichen Teilzeitschüler. An diesem Schultyp wurden im Schuljahr 1986/87 45,5 % aller Schülerinnen des dualen Systems unterrichtet. Der Anteil der Schülerinnen an allen Schulen des dualen Systems hat sich von 38,5 % (1976/77) auf 42,5 % (1986/87) erhöht.

Innerhalb des Betrachtungszeitraums war im Schuljahr 1982/83 gegenüber dem Vorjahr ein relativ starker Rückgang der Schülerzahlen zu beobachten. Diese Entwicklung dürfte sicherlich auf mehrere Faktoren zurückzuführen sein, u.a. auf die wirtschaftliche Lage und ein geändertes Wahlverhalten der Jugendlichen bezüglich des Schulbesuchs im beruflichen Bereich: Deutlich mehr Schüler als im Vorjahr besuchten in diesem Schuljahr beispielsweise die einjährige Berufsfachschule und das Berufsvorbereitungsjahr. Um so mehr sind die in den Folgejahren erneut gestiegenen Schülerzahlen an den Teilzeitberufsschulen hervorzuheben. Sie dokumentieren, angesichts der zahlenmäßig schwächer werdenden Hauptschulentsatzjahrgänge und einem verstärkten Zugang von Schülern mit mittleren Abschlüssen und Hochschulzugangsberechtigung, ein zunehmendes Interesse der Jugendlichen und jungen Erwachsenen an einer Ausbildung im dualen System.

Zahl der Berufsschüler mit mittlerem Abschluß und Hochschulreife laufend gestiegen

Gegenüber den 60er Jahren hat sich die Verteilung der Schulabschlüsse bei den Absolventen der allgemeinbildenden Schulen erheblich geändert. Besonders die Zahl der Abgänger allgemeinbildender Schulen mit Realschulabschluß und Hochschulreife hat sich erhöht⁴. Diese Verschiebung bei den Abschlüssen bedeutet jedoch nicht, daß eine berufliche Ausbildung im dualen System an Attraktivität verloren hat. Im Gegenteil: Jugendliche mit Mittlerem Abschluß und Abiturienten nehmen vermehrt Ausbildungsmöglichkeiten im beruflichen Bereich an. Von Abiturienten kann eine entsprechende Berufsausbildung einerseits als Alternative

zum Hochschulstudium angesehen werden, andererseits stellt eine solche Ausbildung auf dem Arbeitsmarkt für Akademiker eine Zusatzqualifikation dar und erhöht u.U. deren Einstellungschancen.

Betrachtet man die Vorbildung der in das duale System eintretenden Jugendlichen, so erkennt man deutlich, daß sich der Anteil der Auszubildenden mit mittleren und höheren Schulabschlüssen in den letzten Jahren laufend erhöht hat (Tabelle 2). Wiesen im Schuljahr 1980/81 erst 39 697 der in das Berufsleben neu eingetretene Schüler (39,1 %) mindestens einen Mittleren Abschluß nach, so waren es sechs Jahre später bereits 55 673 (54,8 %) und damit mehr als die Hälfte der in das duale System eintretenden Jugendlichen. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler mit Hochschulreife verdreifachte sich im gleichen Zeitraum auf über 10 400 (Schaubild 2). Gleichzeitig hat sich die Zahl der Neueingetretenen ohne Hauptschulabschluß von 11 152 auf 5 337 verringert. Lediglich an den kaufmännischen Berufsschulen ist ihr Anteil gestiegen.

Gemessen an einem Altersjahrgang ist der Anteil der Hauptschüler zurückgegangen. Gleichzeitig stieg die Zahl der Abiturienten, die eine Ausbildung im dualen System anstreben. Bemerkenswert ist vor diesem Hintergrund, daß die Zahl der Berufsschüler ohne Hauptschulabschluß deutlich abgenommen hat. Mit ein Grund dafür ist die Motivation der Schüler durch die neu eingeführte Hauptschulabschlußprüfung. Diese Hauptschulabschlußprüfung hat sicher auch dazu beigetragen, daß die Hauptschüler gute Berufschancen haben, auch wenn sie sich mit Realschülern und Abiturienten zusammen um einen Ausbildungsplatz bewerben.

Unter den Neueingetretenen mit und ohne Hauptschulabschluß dominieren die männlichen Berufsschüler. Ihr zahlenmäßiger Schwerpunkt liegt im Schuljahr 1986/87 - aber auch in früheren Jahren - eindeutig bei einem Hauptschulabschluß, den 48,6 % von ihnen erreicht haben. Die Mädchen und jungen Frauen weisen insgesamt eine höhere Vorbildung auf, 42,5 % von ihnen hatten einen mittleren Abschluß einer allgemeinbildenden Schule erworben. Sie wählen häufiger den Weg über eine berufliche Schule, um

4) Vgl. Die Vielfalt der Bildungswege in Baden-Württemberg, a.a.O., S. 44f.

Tabelle 2

**Neu eingetretene Berufsschüler*) in Baden-Württemberg 1980/81 bis 1986/87
nach Vorbildung und Beschäftigungsverhältnis**

Vorbildung	Schul- jahr	Neu eingetretene Schüler		Davon			
		insgesamt	darunter mit Ausbildungs- vertrag	männlich	darunter mit Ausbildungs- vertrag	weiblich	darunter mit Ausbildungs- vertrag
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Insgesamt	1980/81	101 552	86,4	54 197	88,2	47 355	84,2
	1981/82	94 840	85,6	50 680	88,2	44 160	82,6
	1982/83	94 863	87,3	50 013	90,2	44 850	84,0
	1983/84	103 538	89,6	56 574	92,6	46 964	85,9
	1984/85	106 553	91,0	56 641	93,7	49 912	87,9
	1985/86	104 586	90,3	53 998	93,0	50 587	87,3
	1986/87	101 648	91,8	52 992	94,1	48 656	89,4
davon							
ohne Hauptschulabschluß	1980/81	11 152	30,2	7 475	35,6	3 677	19,4
	1981/82	10 492	30,1	7 016	35,1	3 476	20,0
	1982/83	8 890	35,2	5 764	40,4	3 126	25,5
	1983/84	7 727	41,6	5 147	49,1	2 580	26,6
	1984/85	5 899	43,5	4 035	50,6	1 864	28,2
	1985/86	5 826	36,7	3 846	40,9	1 980	28,4
	1986/87	5 337	41,4	3 500	41,3	1 837	39,3
mit Hauptschulabschluß	1980/81	50 703	91,6	30 039	95,5	20 664	85,8
	1981/82	44 864	91,5	26 982	95,5	17 882	85,6
	1982/83	42 182	91,9	25 837	95,2	16 345	86,2
	1983/84	45 183	92,1	29 146	95,6	16 037	85,8
	1984/85	45 095	91,8	28 182	95,0	16 913	86,4
	1985/86	42 624	90,9	26 320	94,7	16 304	84,9
	1986/87	40 629	93,0	25 727	96,5	14 902	86,9
mit mittlerem Abschluß einer allgemeinbildenden Schule	1980/81	30 524	94,4	13 237	98,5	17 287	91,2
	1981/82	30 453	91,9	13 204	98,7	17 249	86,8
	1982/83	31 751	91,2	13 937	98,5	17 814	85,6
	1983/84	35 577	92,8	16 123	98,6	19 454	87,9
	1984/85	37 648	93,5	17 047	99,1	20 601	88,9
	1985/86	38 077	93,4	16 601	99,5	21 476	88,7
	1986/87	37 282	94,0	16 601	98,9	20 681	90,2
mit mittlerem Abschluß einer beruflichen Schule	1980/81	5 931	99,3	1 889	99,0	4 042	99,4
	1981/82	5 506	99,2	1 830	99,5	3 676	99,1
	1982/83	7 312	99,1	2 488	99,6	4 824	98,9
	1983/84	7 798	98,8	2 854	99,2	4 944	98,7
	1984/85	8 419	99,2	2 976	99,6	5 443	98,9
	1985/86	7 836	99,1	2 639	99,5	5 197	98,9
	1986/87	7 976	99,3	2 579	99,8	5 397	98,8
mit Hochschulberechtigung	1980/81	3 242	99,1	1 557	99,1	1 685	99,1
	1981/82	3 525	99,3	1 648	99,2	1 877	99,5
	1982/83	4 728	99,1	1 987	99,4	2 741	98,9
	1983/84	7 253	99,6	3 304	99,7	3 949	99,6
	1984/85	9 492	99,6	4 401	99,8	5 091	99,4
	1985/86	10 223	99,5	4 593	99,7	5 630	99,4
	1986/87	10 424	99,6	4 585	99,8	5 839	99,5

*) Öffentliche und private Berufs- und Sonderberufsschulen sowie Berufsgrundbildungsjahr-Teilzeit.

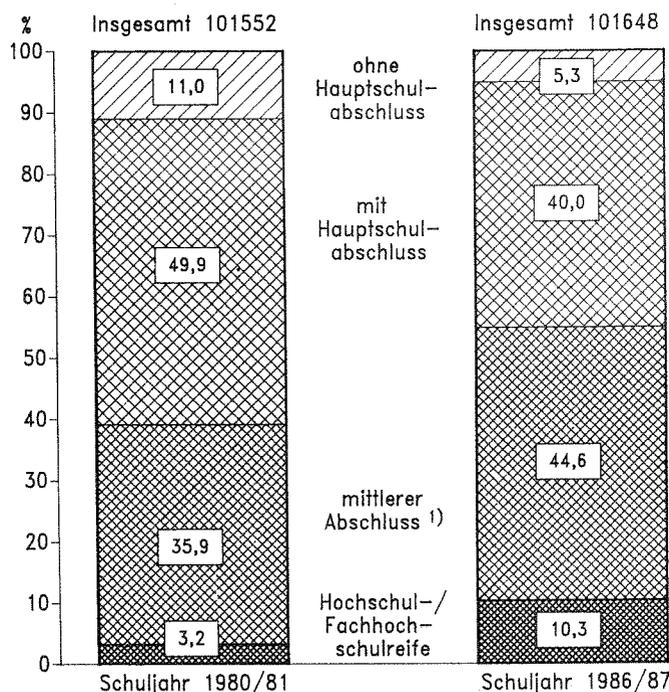
einen mittleren Abschluß zu erreichen als die Jungen. Von den knapp 8 000 Neueingetreten im Schuljahr 1986/87 mit diesem Abschluß waren 67,7 % Frauen.

Betrachtet man die öffentlichen Berufsschulen nach einzelnen Schultypen, so werden weitere Schwerpunkte deutlich (Tabelle 3). Über 70 % der neueingetretenen Schüler und Schülerinnen mit Hochschulreife werden an kaufmännischen Schulen unterrichtet, wo im Schuljahr 1986/87 bereits jeder fünfte Auszubildende die Hochschulreife besaß. Demgegenüber weisen etwa jeweils 5 % der Berufsschüler an öffentlichen gewerblichen oder haus- und landwirtschaftlichen Schulen eine Hochschulzugangsberechtigung nach. Die meisten Schüler an diesen Schultypen haben einen Hauptschulabschluß, an den kaufmännischen Schulen dagegen einen Mittleren Abschluß einer allgemeinbildenden Schule.

Bereits im Rahmen der Ausbildung an Berufsschulen bietet sich für Hauptschüler nach dem 1984 neu eingeführten "9+3-Modell" die Möglichkeit, einen Mittleren Bildungsabschluß zu erwerben. Ein qualifizierter Hauptschulabschluß, ein Berufsschulabschluß sowie eine Kammer-

Schaubild 2

Neueingetretene Berufsschüler *) in Baden-Württemberg in den Schuljahren 1980/81 und 1986/87 nach schulischer Vorbildung



*) Öffentliche und private Berufs- und Sonderberufsschulen sowie Berufsgrundbildungsjahr-Teilzeit.

1) Erworben an einer allgemeinbildenden oder an einer beruflichen Schule.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

105 88

Tabelle 3

Neu eingetretene Schüler an öffentlichen Berufsschulen in Baden-Württemberg 1980/81 und 1986/87 nach Vorbildung und Schultyp

Vorbildung	Schuljahr	Neu eingetretene Schüler insgesamt		Davon nach Schultyp					
				kaufmännisch		gewerblich		haus- und landwirtschaftlich	
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Neu eingetretene Schüler insgesamt	1980/81	95 747	100	31 610	100	51 860	100	12 277	100
	1986/87	95 105	100	35 354	100	48 545	100	11 206	100
davon ohne Hauptschulabschluss	1980/81	9 595	10,0	142	0,5	6 950	13,4	2 503	20,4
	1986/87	3 847	4,1	318	0,9	2 668	5,4	861	7,7
mit Hauptschulabschluss	1980/81	47 644	49,8	10 366	32,8	30 655	59,1	6 623	54,0
	1986/87	37 590	39,5	6 390	18,1	26 252	54,1	4 948	44,2
mit mittlerem Abschluß einer allgemeinbildenden Schule	1980/81	29 380	30,7	14 322	45,3	12 201	23,5	2 857	23,3
	1986/87	35 451	37,3	15 623	44,2	15 360	31,6	4 468	39,9
mit mittlerem Abschluß einer beruflichen Schule	1980/81	5 901	6,2	4 501	14,2	1 272	2,5	128	1,0
	1986/87	7 882	8,3	5 701	16,1	1 828	3,8	353	3,2
mit Hochschulberechtigung	1980/81	3 227	3,4	2 279	7,2	782	1,5	166	1,4
	1986/87	10 335	10,9	7 322	20,7	2 437	5,0	576	5,1

Tabelle 4

Schüler ohne Ausbildungsvertrag an Berufsschulen*) in Baden-Württemberg 1980/81 bis 1986/87

Art der Tätigkeit	Schüler im Schuljahr									
	1986/87			1985/86		1984/85		1983/84		
	Anzahl	Veränderung gegen		Anzahl	Veränderung gegen Vorjahr in %	Anzahl	Veränderung gegen Vorjahr in %	Anzahl	Veränderung gegen Vorjahr in %	
		Vorjahr	1980/81							
		%								
Jungarbeiter und Jungangestellte mit Arbeitsvertrag ¹⁾	5 242	-14,5	-68,6	6 129	-5,8	6 508	-14,2	7 588	-20,6	
davon										
Deutsche	3 665	-21,8	-71,0	4 686	-4,5	4 907	-9,1	5 399	-13,5	
Ausländer	1 577	+9,3	-61,1	1 443	-9,9	1 601	-26,9	2 189	-33,9	
Arbeitslose	5 927	-8,6	-29,4	6 483	+3,8	6 243	-20,3	7 830	-26,3	
davon										
Deutsche	3 296	-5,1	+6,6	3 474	+2,4	3 394	-14,0	3 947	-19,5	
Ausländer	2 631	-12,6	-50,4	3 009	+5,6	2 849	-26,6	3 883	-32,1	
Praktikanten	2 510	-8,0	+20,2	2 727	-4,4	2 851	-3,9	2 967	+5,0	
Sonstige (Sonderlehrgänge und dergleichen)	-	-	-100,0	382	+1,3	377	-24,5	499	+77,6	
Schüler ohne Ausbildungsvertrag insgesamt	13 679	-13,0	-50,9	15 721	-1,6	15 979	-15,4	18 884	-18,9	

*) Öffentliche und private Berufs- und Sonderberufsschulen sowie Berufsgrundbildungsjahr-Teilzeit. — 1) Einschließlich mithelfende Familien-

prüfung erlauben dem erfolgreichen Schüler, sich bei einem Notendurchschnitt von 2,5 das Zertifikat ausstellen zu lassen. Nach der amtlichen Berufsschulstatistik werden Schülerinnen und Schüler von Berufsschulen mit Mittlerem Abschluß nach dem Modell "9+3" erstmals im Schuljahr 1987/88 erfaßt.

Weniger Schüler ohne Ausbildungsvertrag an Berufsschulen

Ergebnisse des Landesarbeitsamtes Baden-Württemberg zeigen, daß die Zahl der noch nicht vermittelten Bewerber in den letzten Jahren laufend abgenommen hat⁵. Auch an den Berufsschulen ergibt sich im Zusammenhang mit der Einführung des Berufsvorbereitungsjahres eine Verbesserung bei der Zahl der Schüler

ohne Ausbildungsvertrag. Hatten im Schuljahr 1980/81 86,4 % der Neueingetretenen einen Ausbildungsvertrag abgeschlossen, so waren es 6 Jahre später 91,8 %. Jedoch bestehen insbesondere in der Differenzierung nach Geschlecht z.T. erhebliche Unterschiede. So sind die Schülerinnen mit und ohne Hauptschulabschluß stets weniger häufig mit einem Ausbildungsvertrag ausgestattet als die Schüler männlichen Geschlechts. Allerdings hat sich die Lehrstellenversorgung der Mädchen und jungen Frauen ohne Hauptschulabschluß im Schuljahr 1986/87 fast an diejenige ihrer männlichen Kollegen angeglichen (41,3 %). Im Schuljahr 1980/81 konnte dagegen nur jede fünfte einen Ausbildungsvertrag vorweisen gegenüber jedem dritten männlichen Kollegen.

Die Schüler ohne Ausbildungsvertrag werden, sofern sie nicht das Berufsvorbereitungsjahr bzw. eine einjährige Berufsfachschule besuchen, an den Berufsschulen unterrichtet, insbesondere an gewerblichen und hauswirtschaftlichen

5) Vgl. Berufsausbildungsstellensituation in Baden-Württemberg, Statistische Übersichten des Landesarbeitsamtes Baden-Württemberg.

Beginn der Berufsschulpflicht kein Berufsausbildungsverhältnis nachweisen können. In mehreren Kreisen des Landes wurde das Berufsvorbereitungsjahr bereits als Pflichtschule für diese Schüler eingerichtet.

Mehr Schüler mit Ausbildungsvertrag in fast allen Berufsfeldern

An den öffentlichen und privaten Berufsschulen werden die Schüler für den Unterricht in der Grundstufe zusammengefaßt und auf Berufsfeldebene gemeinsam unterrichtet. Eine statistische Zusammenfassung nach den heute üblichen 13 Berufsfeldern gibt einen Überblick über die Entwicklung der Zahl der Schüler, die mit einem Ausbildungsvertrag ausgestattet sind (Tabelle 5).

Danach haben (außer "Metalltechnik" und "Bautechnik") alle Berufsfelder mit 9 000 und mehr Schülern im Schuljahr 1986/87 gegenüber dem Schuljahr 1980/81 zum Teil beachtliche Schülerzugänge zu verzeichnen. So stieg bei einer Zunahme von insgesamt 5,7 % z.B. die Zahl der Schüler in den Berufsfeldern "Ernährung und Hauswirtschaft" um 19,8 % (+ 5 223), "Elektrotechnik" um 15,5 % (+ 3 000) und in "Wirtschaft und Verwaltung" um 14,7 % (+ 10 389). Das Berufsfeld "Chemie/Physik/Biologie", mit Berufen wie Chemielaborant und Chemiefacharbeiter, hatte - allerdings auf niedrigem Niveau - den prozentual höchsten Zuwachs von 70,8 % (+ 1 179) in diesem Zeitraum zu verzeichnen.

Dagegen nahm die Zahl der Schüler gegenüber dem Schuljahr 1980/81 in den Berufsfeldern "Metalltechnik" (- 5,0 %), "Bautechnik" (- 13,1 %), "Holztechnik" (- 13,3 %) und "Textiltechnik und Bekleidung" (- 5,5 %) ab. In diesen Zahlen spiegeln sich - über den Zeitraum von 6 Jahren hinweg - die strukturellen und konjunkturellen Veränderungen in einzelnen Branchen und Berufen sowie die veränderten beruflichen Präferenzen der Jugendlichen wider. Dies um so mehr, als insbesondere in den zahlenmäßig kleineren Berufsfeldern einzelne Berufe eine dominierende Rolle spielen und "Störungen" stärker durchschlagen als dies in den anderen Berufsfeldern mit einer Vielzahl von Einzelberufen der Fall sein dürfte.

Schüler im Schuljahr				
1982/83		1981/82		1980/81
Anzahl	Veränderung gegen Vorjahr in %	Anzahl	Veränderung gegen Vorjahr in %	Anzahl
9 555	- 25,4	12 807	- 23,2	16 673
6 243	- 29,0	8 794	- 30,3	12 624
3 312	- 17,5	4 013	- 0,9	4 049
10 619	- 8,5	11 606	+ 38,3	8 391
4 904	+ 17,8	4 163	+ 34,6	3 092
5 715	- 23,2	7 443	+ 40,5	5 299
2 826	+ 18,2	2 390	+ 14,4	2 089
281	- 23,4	367	- 45,8	677
23 281	- 14,3	27 170	- 2,4	27 830

angehörige.

Berufsschulen. Zu diesen Schülern werden berufsschulpflichtige Jugendliche unter 18 Jahren gezählt, die ohne Berufsausbildung direkt in ein Arbeitsverhältnis eingetreten sind (mit Arbeitsvertrag, jedoch ohne Ausbildungsverhältnis) oder die arbeitslos sind.

Aus Tabelle 4 ist die Entwicklung der Zahl der Schüler ohne Ausbildungsvertrag ab dem Schuljahr 1980/81 zu ersehen. Seit diesem Schuljahr hat sich ihre Zahl - entsprechend den Zunahmen der neueingetretenen Schüler mit Ausbildungsvertrag - um die Hälfte verringert. Im Schuljahr 1986/87 wurden nur noch 13 679 Schüler ohne Ausbildungsvertrag gezählt. Besonders stark zurückgegangen sind die Zahlen der Jungarbeiter und Jungangestellten mit Arbeitsvertrag sowie der ausländischen Arbeitslosen. Dieser Entwicklung dürfte eine sich in den letzten Jahren verbessernde Ausbildungsplatzsituation zugrunde liegen sowie ein verstärkter Besuch des Berufsvorbereitungsjahres, einer einjährigen Vollzeitschule für Jugendliche, die zu

Tabelle 5

Schüler mit Ausbildungsvertrag an Berufsschulen*) in Baden-Württemberg 1980/81 bis 1986/87 nach

Berufsfeld	Schüler im Schuljahr								
	1986/87			1985/86		1984/85		1983/84	
	Anzahl	Veränderung gegen		Anzahl	Veränderung gegen Vorjahr in %	Anzahl	Veränderung gegen Vorjahr in %	Anzahl	Veränderung gegen Vorjahr in %
		Vorjahr	1980/81						
		%							
Wirtschaft und Verwaltung	81 024	+ 1,5	+ 14,7	79 792	+ 5,1	75 951	+ 8,2	70 192	+ 2,2
Metalotechnik	63 829	- 0,3	- 5,0	64 045	+ 0,6	63 659	+ 0,2	63 528	- 0,7
Elektrotechnik	22 346	- 0,7	+ 15,5	22 503	+ 1,0	22 289	+ 3,2	21 602	+ 3,5
Bautechnik	15 819	- 18,5	- 13,1	19 404	- 7,9	21 058	+ 5,3	19 993	+ 10,7
Holztechnik	8 327	- 9,7	- 13,3	9 219	- 7,0	9 912	- 1,3	10 037	+ 0,6
Textiltechnik und Bekleidung	4 771	+ 3,5	- 5,7	4 608	+ 7,8	4 274	+ 14,4	3 736	+ 1,7
Chemie/Physik/Biologie	2 844	+ 5,0	+ 70,8	2 709	+ 15,0	2 356	+ 15,1	2 047	+ 9,1
Drucktechnik	4 775	+ 7,8	+ 6,9	4 431	+ 8,9	4 070	+ 6,1	3 837	- 5,3
Farbtechnik und Raumgestaltung	6 952	- 8,8	+ 4,3	7 620	- 2,2	7 788	+ 8,7	7 168	+ 5,0
Gesundheit	14 977	+ 0,5	+ 3,4	14 906	- 0,9	15 040	- 1,7	15 292	- 0,5
Körperpflege	8 510	- 3,5	+ 0,7	8 820	+ 2,3	8 621	+ 5,9	8 140	+ 4,8
Ernährung und Hauswirtschaft	31 656	- 1,4	+ 19,8	32 117	+ 3,1	31 160	+ 9,3	28 511	+ 5,3
Agrarwirtschaft	9 355	- 4,3	+ 10,4	9 773	+ 0,4	9 734	+ 5,1	9 262	+ 6,3
Insgesamt	275 185	- 1,7	+ 5,7	279 947	+ 1,5	275 912	+ 4,8	263 345	+ 2,5

*) Öffentliche und private Berufs- und Sonderberufsschulen sowie Berufsgrundbildungsjahr-Teilzeit.

Starke Veränderungen bei Einzelberufen

In der Wahl eines Berufes schlagen sich für die Jugendlichen persönliche Vorstellungen nieder, die durch einen Ausbildungsvertrag realisiert werden sollen. Dieser Nachfrage steht auf der anderen Seite eine bestimmte Struktur des Angebots gegenüber, die ihrerseits das Ergebnis der Berufswahl beeinflusst. In der Tabelle 6 sind Schüler mit Ausbildungsvertrag an Berufs- und Sonderberufsschulen sowie im Berufsgrundbildungsjahr-Teilzeit nach den jeweils am stärksten besetzten Ausbildungsberufen der Berufsfelder dargestellt. Schüler des Berufsgrundbildungsjahres-Teilzeit werden erst ab dem Schuljahr 1982/83 statistisch auch Einzelberufen zugeordnet. Ein Vergleich mit früheren Jahren ist daher nicht möglich.

In der Gliederung der Berufsfelder nach Einzelberufen wird die große Spannweite in der zahlenmäßigen Besetzung der Einzelberufe deutlich. Mit annähernd 12 850 Schülern steht der Beruf "Industrieauf-

mann" mit der größten Auszubildendenzahl dem in dieser Aufstellung am geringsten besetzten Ausbildungsberuf "Damenschneider" mit rund 690 Schülern gegenüber, der gleichwohl innerhalb des Berufsfeldes "Textiltechnik und Bekleidung" die meisten Schüler hat.

In dem dargestellten Zeitraum verlief die Entwicklung der Schülerzahlen in den Einzelberufen sehr uneinheitlich, ohne daß hierfür jeweils bestimmte Gründe erkennbar sind. Dies ist auf eine Vielzahl miteinander verknüpfter Faktoren zurückzuführen, wie etwa der einzelbetrieblichen Ausbildungsplatzsituation, der konjunkturellen Entwicklung oder besonderen Anstrengungen einzelner Wirtschaftszweige oder die geänderten Berufspräferenzen der Jugendlichen. Die höchsten prozentualen Zunahmen verzeichneten Berufe in den Berufsfeldern "Wirtschaft und Verwaltung" sowie "Elektrotechnik". Die Zahl der Schüler nahm in den Ausbildungsberufen "Fernmeldehandwerker" (+ 58,7 %), "Bürokaufmann" (+ 54,1 %), "Verwaltungsfachangestellter"

Berufsfeldern

Schüler im Schuljahr				
1982/83		1981/82		1980/81
Anzahl	Veränderung gegen Vorjahr in %	Anzahl	Veränderung gegen Vorjahr in %	Anzahl
68 673	- 3,8	71 368	+ 1,0	70 635
63 958	- 3,3	66 158	- 1,5	67 179
20 873	+ 2,0	20 456	+ 5,7	19 346
18 068	- 1,0	18 244	+ 0,2	18 205
9 981	- 1,1	10 088	+ 5,1	9 603
3 672	- 13,8	4 260	- 15,8	5 057
1 877	+ 3,3	1 817	+ 9,1	1 665
4 051	- 7,0	4 355	+ 4,0	4 188
6 829	- 2,2	6 980	+ 4,7	6 664
15 375	+ 2,5	15 004	+ 3,6	14 481
7 768	- 1,0	7 846	- 7,2	8 450
27 087	+ 0,3	27 019	+ 2,2	26 433
8 711	+ 3,5	8 418	- 0,6	8 471
256 923	- 1,9	262 013	+ 0,6	260 377

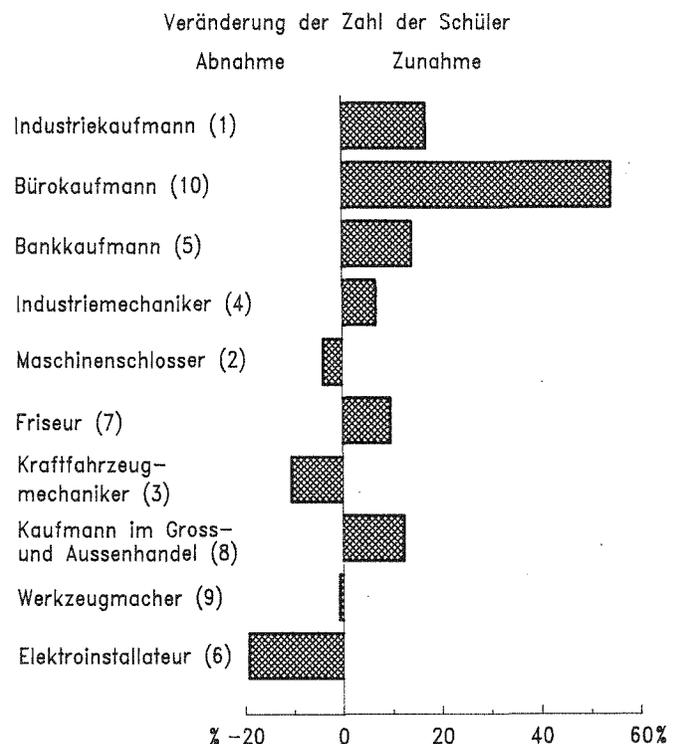
derung der Lehrstellenknappheit profitiert haben könnten, andere dagegen weniger. Die auf diese Weise zusätzlich bereitgestellten Kapazitäten sind offensichtlich zwischenzeitlich abgebaut worden oder wurden von den Schulabsolventen nicht wie erwartet angenommen. Bringt man die zehn am stärksten besetzten Ausbildungsberufe in eine Rangfolge nach der Zahl der Schüler, so zeigen sich im direkten Vergleich der Schuljahre 1982/83 und 1986/87 Veränderungen besonders deutlich (Schaubild 3). Der Ausbildungsberuf "Industrie-kaufmann" stand zum Schuljahresbeginn 1982/83 an erster Stelle, gefolgt von den Ausbildungsberufen "Maschinenschlosser", "Kraftfahrzeugmechaniker" und "Industriemechaniker". Im Schuljahr 1986/87 haben sich dagegen die Ausbildungsberufe "Bürokaufmann" und "Bankkaufmann" auf die Ränge 2 bzw. 3 geschoben, der Lehrberuf "Maschinenschlosser" fiel auf Rang 5, der "Kraft-

und "Rechtsanwaltsgehilfe" (+ 34,2 %) weit überdurchschnittlich zu. Aber auch Ausbildungsberufe aus anderen Berufsfeldern wie "Verkäufer(in)-Bäckerei" und "Chemielaborant" lagen deutlich über dem durchschnittlichen Zuwachs von + 7,1 % für alle Berufsfelder zusammen. Als relativ konstant erwiesen sich über den Zeitraum von 4 Jahren die Schülerzahlen in den Ausbildungsberufen "Verkäufer(in) für Lebensmittel", "Einzelhandelskaufmann", "Werkzeugmacher" und "Drucker".

Bei den Einzelberufen, die von einem Rückgang der Schülerzahlen betroffen sind, sind in erster Linie die Ausbildungsberufe "Zimmerer" (- 26,2 %), "Zentralheizungs- und Lüftungsbauer" sowie "Bauschlosser" (je - 25,9 %) und "Tischler" zu nennen (- 20,8 %). Die zum Teil recht starken Abnahmen der Schülerzahlen in einzelnen Bereichen scheinen darauf hinzudeuten, daß bestimmte Lehrberufe auch eine gewisse Zeit in besonderem Maße von den verstärkten Anstrengungen um eine Vermin-

Schaubild 3

Rang der zehn am stärksten besetzten Einzelberufe an Berufsschulen* in Baden-Württemberg im Schuljahr 1986/87 gegenüber 1982/83**)



* Schüler mit Ausbildungsvertrag an öffentlichen und privaten Berufs- und Sonderberufsschulen sowie im Berufsgrundbildungsjahr - Teilzeit. - ** Rang 1982/83 in ().

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

107 88

Tabelle 6

**Schüler mit Ausbildungsvertrag an Berufsschulen*) in Baden-Württemberg 1982/83 bis 1986/87
nach ausgewählten Einzelberufen**

Berufsfeld Einzelberuf	Schüler im Schuljahr					
	1986/87		1985/86	1984/85	1983/84	1982/83
	Anzahl	Veränderung gegen 1982/83 in %	Anzahl			
Wirtschaft und Verwaltung						
Industriekaufmann	12 847	+ 16,9	12 488	11 896	11 131	10 987
Bankkaufmann	9 782	+ 14,0	9 515	9 179	8 846	8 580
Bürokaufmann	9 809	+ 54,1	9 422	8 269	6 982	6 364
Kaufmann i. Groß- u. Außenhandel	7 959	+ 12,3	7 832	7 651	7 221	7 085
Verkäufer(in) für Lebensmittel	4 400	- 0,6	4 482	4 539	4 263	4 428
Einzelhandelskaufmann (Fst. II)	4 445	- 0,4	4 409	4 060	4 088	4 461
Bürogehilfe	4 103	+ 34,2	4 302	4 151	3 446	3 057
Rechtsanwaltsgehilfe	2 561	+ 25,1	2 423	2 340	2 260	2 047
Verwaltungsfachangestellter	2 265	+ 42,4	2 422	2 253	1 759	1 591
Speditionskaufmann	1 596	+ 27,4	1 506	1 346	1 228	1 253
Metalltechnik						
Maschinenschlosser	8 781	- 4,0	8 780	8 850	9 055	9 143
Mechaniker (Industrie)	9 229	+ 6,7	8 464	8 686	8 384	8 651
Kraftfahrzeugmechaniker	8 150	- 10,5	8 202	8 644	8 248	9 103
Werkzeugmacher	6 685	- 0,8	6 470	6 433	6 557	6 736
Gas- und Wasserinstallateur	4 234	- 9,8	4 696	4 844	4 787	4 693
Zentralheizungs- und Lüftungsbauer	1 522	- 25,9	1 853	1 867	2 079	2 055
Bauschlosser	1 726	- 25,9	1 669	2 231	2 243	2 330
Dreher	1 461	- 11,9	1 391	1 296	1 322	1 659
Elektrotechnik						
Elektroinstallateur	6 295	- 19,8	6 496	7 533	7 720	7 804
Fernmeldehandwerker	2 705	+ 58,7	2 535	2 458	1 644	1 705
Elektroanlageninstallateur	2 281	+ 10,6	2 133	2 404	2 253	2 063
Nachrichtengerätemechaniker	1 339	+ 13,5	1 468	1 579	1 415	1 180
Bautechnik						
Maurer	3 959	- 10,7	5 467	6 231	5 682	4 431
Zimmerer	2 482	- 26,2	3 009	3 324	3 153	3 362
Stukkateur	1 628	- 1,5	2 032	2 183	2 260	1 653
Holztechnik						
Tischler	4 831	- 20,8	5 551	5 804	6 019	6 099
Textiltechnik und Bekleidung						
Damenschneider	687	+ 7,0	730	719	672	642
Chemie/Physik/Biologie						
Chemielaborant	994	+ 31,3	987	910	827	757
Drucktechnik						
Drucker	973	+ 0,7	900	873	883	966
Farbtechnik und Raumgestaltung						
Maler und Lackierer	3 710	+ 7,9	4 584	4 142	3 481	3 440
Gesundheit						
Arzthelfer	5 537	- 3,3	5 656	5 646	5 700	5 726
Zahnarzthelfer	4 910	- 1,9	4 896	4 942	4 786	5 007
Körperpflege						
Friseur	8 510	+ 9,6	8 820	8 621	8 139	7 768
Ernährung und Hauswirtschaft						
Koch	5 247	+ 16,6	5 203	4 900	4 571	4 502
Bäcker	4 482	+ 3,7	4 851	4 896	4 649	4 324
Verkäufer(in)-Fleischerei	4 129	+ 9,1	4 255	4 276	3 946	3 784
Fleischer	3 051	- 7,3	3 473	3 658	3 495	3 290
Verkäufer(in)-Bäckerei	4 284	+ 33,5	3 453	3 792	3 456	3 208
Fachgehilfe im Gastgewerbe	1 126	- 17,9	1 170	1 248	909	1 372
Agrarwirtschaft						
Gärtner	3 734	+ 10,5	3 840	3 742	3 660	3 378
Landwirt	2 077	- 17,2	2 363	2 541	2 589	2 508
Florist	1 785	+ 23,0	1 733	1 621	1 516	1 451

*) Öffentlich und private Berufs- und Sonderberufsschulen sowie Berufsgrundbildungsjahr-Teilzeit.

fahrzeugmechaniker" auf Rang 7 und der "Elektroinstallateur" auf Rang 10 zurück. Hier werden die Verschiebungen zu den Wirtschafts- und Verwaltungsberufen zu Lasten der quantitativ bedeutsamsten gewerblichen Berufsfelder nochmals sichtbar. Auf dem gleichen Rang geblieben sind - neben dem Ausbildungsberuf "Industriekaufmann" - noch der "Industriemechaniker", der "Kaufmann im Groß- und Außenhandel" sowie der "Werkzeugmacher".

Ausbildungsbeteiligung der jungen Frauen gestiegen

Obwohl Mädchen und junge Frauen beim Übergang von der Schule in die Berufsausbildung bei vielen Berufen größere Schwierigkeiten haben als ihre männlichen Kollegen, streben sie in den letzten Jahren immer häufiger eine qualifizierte Ausbildung im dualen System an. Aufgrund der Statistikbereinigung werden in der amtlichen Berufsschulstatistik bei Einzelberufen zwar keine weiblichen Schüler mehr nachgewiesen, so daß es nicht möglich ist, unterhalb der Ebene "Schultyp" Aussagen über die Verteilung

der Schülerinnen auf die Berufe zu treffen. Abgeleitet werden können solche Aussagen jedoch aus den Ergebnissen der Berufsbildungsstatistik (Stichtag jeweils 31.12.). Gewisse Unschärfen ergaben sich aus Überschneidungen bei der Zuordnung von Einzelberufen, da die Angaben hierfür auf Meldungen verschiedener zuständiger Stellen beruhen. Außerdem liegen die Angaben über die Berufe nicht in der Gliederung nach Berufsfeldern vor, sondern nur nach Ausbildungsbereichen⁶. Für die Jahre 1982 und 1986 wurden deshalb in der Tabelle 7 die Daten über Einzelberufe nach der Berufsbildungsstatistik den Berufsfeldern der Berufsschulstatistik zugeordnet. Dies war möglich, weil die entsprechenden Nummern der Berufsgruppen weitgehend übereinstimmen⁷.

- 6) Vgl. z.B. Pailer, Reinfried: Berufliche Ausbildung in Baden-Württemberg, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, 11/1987, S. 388 f.
- 7) Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Klassifizierung der Berufe; Stuttgart, Mainz 1975.

Tabelle 7

Auszubildende*) in Baden-Württemberg 1986 und 1982 nach Berufsfeldern

Berufsfeld ¹⁾	Auszubildende im Jahr					
	1986			1982		
	insgesamt	darunter weiblich		insgesamt	darunter weiblich	
	Anzahl	%		Anzahl	%	
Wirtschaft und Verwaltung	82 083	56 032	68,3	69 075	47 295	68,5
Metalltechnik	62 109	3 928	6,3	62 289	3 779	6,1
Elektrotechnik	22 253	950	4,3	20 631	641	3,1
Bautechnik	15 836	1 914	12,1	18 529	1 929	10,4
Holztechnik	7 723	530	6,9	8 999	500	5,6
Textiltechnik und Bekleidung	4 539	3 282	72,3	3 585	2 649	73,9
Chemie/Physik/Biologie	2 777	1 112	40,0	1 775	739	41,6
Drucktechnik	4 106	1 621	39,5	3 509	1 280	36,5
Farbtechnik und Raumgestaltung	6 449	1 418	22,0	6 410	1 473	23,0
Gesundheit	14 843	13 520	91,1	15 390	13 855	90,0
Körperpflege	8 544	7 795	91,2	7 778	7 266	93,4
Ernährung und Hauswirtschaft	30 406	18 155	59,7	26 295	14 215	54,1
Agrarwirtschaft	9 363	3 505	37,4	8 789	2 823	32,1
Insgesamt	271 031	113 762	42,0	253 054	98 444	38,9

*) Quelle: Berufsbildungsstatistik. - 1) Berufsfeldeinteilung nach der Berufsschulstatistik.

Nach den Ergebnissen der Berufsbildungsstatistik standen im Jahr 1986 mit insgesamt 113 762 jungen Frauen rund 15 300 mehr in einer betrieblichen Ausbildung als noch 1982 (+ 15,6 %). Im Landesdurchschnitt hat sich damit der Anteil der Frauen an den Auszubildenden von 38,9 % auf 42,0 % erhöht. Kaum verändert hat sich die Verteilung der Schülerinnen auf die Berufsfelder. Nach wie vor werden fast die Hälfte der jungen Frauen im dualen System in Ausbildungsberufen von "Wirtschaft und Verwaltung" unterrichtet (1986: 56 032). Besonders stark vertreten sind sie bei der Ausbildung zur Industriekauffrau, Bankkauffrau, Rechtsanwaltsgehilfin sowie zur Bürogehilfin. Weitere Schwerpunkte liegen in den Berufsfeldern "Ernährung und Hauswirtschaft" sowie "Gesundheit". Die höchsten Frauenanteile weisen 1986 die Berufsfelder "Körperpflege" (Friseurin), mit 91,2 %, "Gesundheit" mit 91,1 % (Arztgehilfin, Zahnarztgehilfin) sowie "Textiltechnik und Bekleidung" mit (72,3 %) auf.

Die metall- und elektrotechnischen Berufe gehören neben den Ausbau- und Baunebenberufen traditionell zu den Ausbildungsbereichen mit den geringsten Anteilen weiblicher Auszubildender. Zwischen 1982 und 1986 zeigen jedoch die Zahlen in den entsprechenden Berufsfeldern, daß sich zunehmend mehr Frauen auch für diese Berufe interessieren. Neben den technischen Entwicklungen zum Abbau schwerer körperlicher Arbeit und anstrengender Routinetätigkeit dürften hierfür auch die besonderen Bemühungen der Arbeitsvermittlung ausschlaggebend gewesen sein. So wurden 1986 beispielsweise deutlich mehr Fernmeldehandwerkerinnen, Goldschmiedinnen und Feinmechanikerinnen als 1982 ausgebildet. Insgesamt zeigt dieser - relativ kurze - Zeitvergleich, daß auf der Berufsfelderebene insgesamt diese Veränderungen nicht so stark hervortreten, wie bei den genannten Einzelberufen.

Über 12 300 junge Ausländer erhalten eine qualifizierte Berufsausbildung

Die großen Anstrengungen zur Förderung der bei uns lebenden ausländischen Kinder und Jugendlichen haben in den vergangenen Jahren deren Schulerfolg

erheblich verbessert. Besondere Bedeutung kommt einer qualifizierten Ausbildung dieser Bevölkerungsgruppen vor dem Hintergrund der Eingliederung in Gesellschaft und Beruf zu. Dennoch hatte ein erheblicher Teil der ausländischen Jugendlichen Probleme bei der Lehrstellensuche.

Im Schuljahr 1986/87 wurden 17 020 ausländische Berufsschüler gezählt (Tabelle 8). Insgesamt hat sich die Zahl der ausländischen Schüler im dualen System in Baden-Württemberg im Vergleich zum Schuljahr 1980/81 nur geringfügig verringert. Ihr Anteil an allen Berufsschülern liegt nach wie vor bei 6 %. Größere Veränderungen zeigen sich beim Vergleich der Nationalitäten. Besonders stark angestiegen ist die Zahl der Jugoslawen um 1 006 auf 2 801, abgenommen hat die Zahl der türkischen Schüler um 2 188 auf 6 178. Ein wichtiger Grund für diese Veränderungen dürfte darin liegen, daß ausländische Schüler ohne Ausbildungsvertrag verstärkt im Berufsvorbereitungsjahr und in einjährigen Berufsfachschulen unterrichtet werden.

Im Schuljahr 1986/87 stellten die türkischen Schüler aber immer noch mit 36,3 % die größte Gruppe ausländischer Jugendlicher. An zweiter Stelle standen die Italiener mit 3 761 Schülern (22,1 %) gefolgt von den Jugoslawen (16,5 %). Der Anteil der Jugendlichen aus sonstigen Ländern betrug 11,4 %. Mit 42,7 % (1 606 Schülerinnen) lag der Anteil der weiblichen Berufsschüler bei den Italienern am deutlichsten über dem Landesdurchschnitt von 38,8 % (6 605 Schülerinnen). Die Griechen verzeichneten mit 35,3 % den niedrigsten Anteil weiblicher Schüler.

Die Zahl der ausländischen Berufsschüler mit einem Ausbildungsvertrag hat sich von 6 772 im Schuljahr 1980/81 auf 12 374 im Schuljahr 1986/87 beinahe verdoppelt. Über 70 % der ausländischen Schüler und Schülerinnen verfügen damit an den Berufsschulen über einen Lehrvertrag. Besonders gut versorgt - und damit mit guten beruflichen Integrationsmöglichkeiten - waren Jugendliche aus Spanien und Jugoslawien, nach wie vor schlechter dagegen insbesondere türkische Schülerinnen.

Tabelle 8

Ausländische Schüler an Berufsschulen*) in Baden-Württemberg nach Nationalität, Geschlecht und Beschäftigungsverhältnis

Land der Staatsangehörigkeit	Geschlecht	Ausländische Schüler im . . .			
		Schuljahr 1986/87		Schuljahr 1980/81	
		insgesamt	darunter mit Ausbildungsvertrag	insgesamt	darunter mit Ausbildungsvertrag
		Anzahl			
Ausländische Schüler insgesamt	männlich	10 415	8 255	10 994	4 625
	weiblich	6 605	4 119	6 345	2 147
	zusammen	17 020	12 374	17 339	6 772
davon aus:					
Griechenland	männlich	831	697	668	460
	weiblich	453	320	511	189
	zusammen	1 284	1 017	1 179	649
Italien	männlich	2 155	1 661	2 128	1 109
	weiblich	1 606	945	1 624	547
	zusammen	3 761	2 606	3 752	1 656
Jugoslawien	männlich	1 665	1 527	1 094	852
	weiblich	1 136	949	701	450
	zusammen	2 801	2 476	1 795	1 302
Portugal	männlich	202	175	211	131
	weiblich	147	120	180	72
	zusammen	349	295	391	203
Spanien	männlich	456	421	436	363
	weiblich	259	229	269	167
	zusammen	715	650	705	530
Türkei	männlich	3 874	2 642	5 707	1 080
	weiblich	2 304	947	2 659	404
	zusammen	6 178	3 589	8 366	1 484
sonstigen Ländern	männlich	1 232	1 132	750	630
	weiblich	700	609	401	318
	zusammen	1 932	1 741	1 151	948

*) Öffentliche und private Berufs- und Sonderberufsschulen sowie Berufsgrundbildungsjahr-Teilzeit.

Aus der Berufsbildungsstatistik ist bekannt, daß 1986 53,7 % der dort erfaßten ausländischen Auszubildenden im Handwerk und 41,4 % in Industrie und Handel beschäftigt waren. Innerhalb des Handwerks konzentrierten sich fast 94 % von ihnen auf gewerbliche Berufe⁸.

Vielfältige Weiterbildungsmöglichkeiten für Absolventen des dualen Systems

Mit dem Abschluß der Berufsausbildung und der anschließenden Aufnahme einer

beruflichen Tätigkeit muß das Lernen, die Aus- und Weiterbildung nicht zwangsläufig beendet sein. Im Gegenteil - technologische und soziale Entwicklungen führen zu Veränderungen, die beruflich vom einzelnen nur erfolgreich bewältigt werden können, wenn ständiges (Weiter-) Lernen möglich ist und die vorhandenen Möglichkeiten genutzt werden. Hierzu bieten freie Träger, insbesondere Kammern und Verbände, ein reichhaltiges Angebot zur beruflichen Weiterbildung an. Auch die beruflichen Schulen bieten verschiedene Wege, um nach einigen Jahren der beruflichen Tätigkeit erneut die Schule zu besuchen und weiterführende Schulabschlüsse bis hin zur Hochschulreife zu erreichen.

8) Vgl. Pailer, R.: Berufliche Ausbildung, a.a.O., S. 391.

Tabelle 9

**Erwerb zusätzlicher Qualifikationen: Schüler in ausgewählten Schularten in Baden-Württemberg
1980/81 bis 1986/87**

Schulart ¹⁾	Zahl der Schüler im Schuljahr ...						
	1986/87	1985/86	1984/85	1983/84	1982/83	1981/82	1980/81
Abendrealschule	1 870	1 902	2 117	2 235	2 498	2 664	2 643
Berufsaufbauschule	1 121	1 089	1 157	1 304	1 745	1 923	1 928
Fachschule	16 745	15 176	14 618	15 045	15 683	16 164	14 820
darunter							
Technikerschule	5 783	4 925	4 752	5 079	5 503	5 368	4 490
Meisterschule	3 610	3 224	2 846	2 661	2 684	2 987	2 863

1) Öffentliche und private Schulen.

Zu einem Mittleren Bildungsabschluß im Anschluß an eine berufliche Ausbildung führt z. B. der erfolgreiche Besuch einer Abendrealschule (1986: 1 870 Schüler). Auch die Berufsaufbauschule (Berufsoberschule-Mittelstufe) bietet Absolventen des dualen Systems in einem einjährigen Vollzeitunterricht die Möglichkeit, nach einer mehrjährigen beruflichen Tätigkeit einen Mittleren Bildungsabschluß zu erlangen (1986: 1 121 Schüler). Im Anschluß an den Erwerb des Mittleren Bildungsabschlusses besteht an einem dreijährigen Berufskolleg dann die Möglichkeit, die Fachhochschulreife zu erwerben (Tabelle 9).

Nach einer abgeschlossenen Berufsausbildung und anschließender mehrjähriger Tätigkeit können auch weitere berufliche Qualifikationen erworben werden, beispielsweise an Fachschulen. Diese Schulart weist in Baden-Württemberg seit Jahren zunehmende Schülerzahlen auf und erreichte im Schuljahr 1986/87 mit 16 745 Schülern die bisher höchste Gesamtzahl. Gegenüber dem Schuljahr 1980/81 ergibt sich ein Zuwachs um 1 933 Schüler oder + 13,1 %.

Zu den Fachschulen zählen auch Technikerschulen und Meisterschulen. An einer Technikerschule wird z.B. nach zwei Jahren Vollzeit- bzw. bis zu 4 Jahren Teilzeitunterricht ein Abschluß als staatlich geprüfte Techniker erreicht. Im Schuljahr 1986/87 wurden 5 783 Schüler

an Technikerschulen ausgebildet, das sind 1 293 mehr als 1980/81 (+ 28,8 %). In einem Jahr Vollzeit- bzw. zwei Jahren Teilzeitunterricht kann nach einer Kammerprüfung der Abschluß "Meister" erworben werden. Im Schuljahr 1986/87 wurden nach der amtlichen Schulstatistik an den Fachschulen insgesamt 3 310 Schüler auf die Prüfung vorbereitet, das sind 678 (+ 15,6 %) mehr als 1980/81.

Zusammenfassung

- Die Gesamtschülerzahl an Berufsschulen erreichte ihren Höhepunkt im Schuljahr 1985/86 mit insgesamt 295 668 Schülern. Im Schuljahr 1986/87 setzte ein Rückgang um 6 804 Schüler auf 288 864 ein. Im Schuljahr 1987/88 ging die Zahl der Schüler weiter auf 275 486 zurück. Dieser demographisch bedingte Rückgang wird sich in den nächsten Jahren fortsetzen.
- An kaufmännischen und gewerblichen Berufsschulen, an Sonderberufsschulen und im Berufsgrundbildungsjahr-Teilzeit ist die Zahl der Schüler im Zeitraum der Schuljahre 1976/77 bis 1986/87 gestiegen. Die höchste Zunahme entfällt auf die gewerblichen Berufsschulen mit + 38 413 Schülern oder 28,6 %. Rückläufige Schülerzahlen verzeichnen dagegen die haus- und landwirtschaftlichen Berufsschulen.

- An den haus- und landwirtschaftlichen Schulen stieg die Zahl der Schüler bis auf einen Höchststand von 30 579 im Schuljahr 1981/82; danach ging die Schülerzahl auf 22 133 im Schuljahr 1986/87 zurück.
- Weibliche Schüler waren an den unterschiedlichen Entwicklungen der einzelnen Schultypen maßgeblich beteiligt. Mit einer Steigerung von 75,0 % (+ 19 743) weist beispielsweise der gewerbliche Schultyp den höchsten prozentualen Zuwachs an weiblichen Schülern auf. An kaufmännischen Berufsschulen wurden rund 22 100 (+ 59,0 %) mehr, an haus- und landwirtschaftlichen Berufsschulen dagegen 1 756 Schülerinnen weniger gezählt als noch vor 10 Jahren (- 7,4 %).
- Die Struktur der Schüler an der Berufsschule hat sich, auch seit der Einführung des Berufsvorbereitungsjahres, im Zeitablauf geändert:
 - Das Vorbildungsprofil der in die Teilzeitberufsschule eintretenden Jugendlichen ist gestiegen. Im Schuljahr 1986/87 wiesen 54,8 % von ihnen (55 673) mindestens einen Mittleren Bildungsabschluß auf, im Schuljahr 1980/81 waren es erst knapp 40 %. Die Zahl der Schüler mit Hochschulberechtigung verdreifachte sich in diesem Zeitraum auf über 10 400.
 - Während im Schuljahr 1980/81 erst 86,4 % der Jugendlichen bei ihrem Eintritt in die Berufsschule mit einem Lehrvertrag versorgt waren, stieg dieser Anteil auf 91,8 % im Schuljahr 1987/88. Bei den weiblichen Jugendlichen besteht allerdings noch ein geringer Nachholbedarf (1986/87: 89,4 %).
 - Insgesamt ist die Zahl der Jugendlichen ohne Ausbildungsvertrag in der Teilzeit-Berufsschule von 27 830 im Schuljahr 1980/81 auf 13 679 im Schuljahr 1986/87 zurückgegangen (- 50,9 %).
- Unter den ausländischen Schülern an Berufsschulen hatten im Schuljahr 1980/81 nur knapp 40 % einen Ausbildungsvertrag. Im Schuljahr 1986/87 dagegen lag dieser Anteil bei über 70 %, bei den Spaniern bei 91 %.
- Zwischen den Schuljahren 1982/83 und 1986/87 zeigten sich bei den Schülern mit Ausbildungsvertrag Zunahmen der Schülerzahlen insbesondere in den Berufsfeldern "Wirtschaft und Verwaltung", "Ernährung und Hauswirtschaft" und "Elektrotechnik". Rückgänge in diesem Zeitraum verzeichneten die Berufsfelder "Metalltechnik", "Bau-technik", "Holztechnik" und "Textil-technik und Bekleidung".
- Im Vergleich zum Schuljahr 1982/83 haben sich bei den am stärksten besetzten Ausbildungsberufen im Schuljahr 1986/87 hinter den "Industriekaufmann" an der ersten Stelle mit den Berufen "Bürokaufmann" und "Bankkaufmann" zwei weitere kaufmännische Berufe nach vorn geschoben und gewerbliche Ausbildungsberufe zahlenmäßig verdrängt.
- Die Ausbildungsbeteiligung junger Frauen ist gegenüber dem Jahr 1982 generell gestiegen. Ausbildungsschwerpunkte liegen nach wie vor im Berufsfeld "Wirtschaft und Verwaltung", in dem fast die Hälfte der jungen Frauen unterrichtet wurde. Aber auch in einigen gewerblichen Berufen wurden 1986 mehr Frauen ausgebildet als 1982, so z.B. zur Fernmeldehandwerkerin, Feinmechanikerin und Werkzeugmacherin.
- Im Rahmen der beruflichen Weiterbildung werden die baden-württembergischen Fachschulen von einer ständig steigenden Zahl junger Erwachsener besucht. Stark zugenommen haben die Schülerzahlen insbesondere an den Technikerschulen und an den gewerblichen Meisterschulen.

2. Leben im Alter

Zur Lebenssituation älterer Menschen in Baden-Württemberg

Das Phänomen "Altern" ist ein bei Menschen sehr unterschiedlich verlaufender Prozeß, der von einer Vielzahl sozialer, psychischer und physischer Faktoren beeinflusst wird. Ungeachtet dessen wird in der öffentlichen Diskussion oft recht subjektiv die Grenze, ab der jemand als "alt" gilt, mit dem Lebensalter von 65 Jahren gleichgesetzt. Das konnte früher damit begründet werden, daß tatsächlich die meisten Menschen in diesem Alter vom Erwerbsleben in den Ruhestand traten; dieser Übergang wurde in der öffentlichen Meinung allgemein als Beginn eines neuen Lebensabschnitts gesehen, nämlich als Beginn des "Alters". Da heutzutage nur noch eine Minderheit bis zum 65. Lebensjahr erwerbstätig ist (das durchschnittliche Rentenzugangsalter beträgt bei Berücksichtigung der vorgezogenen Erwerbs- bzw. Berufsunfähigkeitsrenten gegenwärtig 58 Jahre), erscheint es vertretbar, die zur Abgrenzung des Untersuchungsfeldes notwendige Grenze bei 60 Jahren zu setzen, auch wenn sich viele Menschen dieses Alters durchaus nicht als "alt" empfinden.

Dies mag als Hinweis auf die Vielschichtigkeit des subjektiven Altersempfindens und die damit verbundenen, gesellschaftlichen Wertvorstellungen und Verhaltenserwartungen genügen. Diese qualitativen Komponenten können allerdings mit Hilfe der hier zugrundegelegten statistischen Untersuchungsmethode nur ansatzweise nachgezeichnet werden.

Anknüpfend an die bereits im statistisch-prognostischen Bericht von 1979/80 aufgezeigten Tendenzen, werden im vorliegenden Bericht weitere Untersuchungsergebnisse zur Lebenssituation älterer Menschen in Baden-Württemberg vorge-

stellt. Zwangsläufig muß sich die Analyse auf ausgewählte Aspekte beschränken: die demographischen Entwicklungslinien werden nachgezeichnet, der Familien- und Haushaltszusammenhang beleuchtet, Hinweise zum Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand gegeben und es werden Daten zur sozio-ökonomischen Lage der älteren Menschen präsentiert. Der hier vorgelegte Situationsbericht soll im Rahmen der Vorbereitungsarbeiten zum Zukunftskongreß "Altern als Chance und Herausforderung" der Landesregierung durch einen vom Sozialministerium in Auftrag gegebenen Forschungsbericht noch vertieft und in manchen Bereichen auch ergänzt werden.

Demographische Entwicklungslinien

In Verbindung mit den tiefgreifenden politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Veränderungen seit der Jahrhundertwende nahm langfristig betrachtet nicht nur die Bevölkerungszahl insgesamt, sondern insbesondere auch die Zahl der älteren Menschen in Baden-Württemberg deutlich zu (Tabelle 1). Betrug die Gesamtbevölkerung um 1900 auf dem Gebiet des heutigen Baden-Württembergs 4,1 Mill., so beträgt sie heute (1987) 9,3 Mill., was einem Zuwachs von rund 127 % entspricht. Die Bevölkerung im Alter von 60 Jahren und mehr erhöhte sich hingegen im selben Zeitraum von 0,357 Mill. auf 1,798 Mill. oder um mehr als 400 %. Diese Zunahme der absoluten Zahlen, die unter anderem auch auf der nachkriegsbedingten hohen Zuwanderung damals jüngerer Menschen beruht, korrespondierte mit einem Anwachsen des Anteils der 60 Jahre und älteren an der Gesamtbevölkerung in Baden-Württemberg von 8,7 % (1900) auf 19,4 % (1987).

Tabelle 1

Die ältere Bevölkerung in Baden-Württemberg nach ausgewählten Stichtagen

Stichtag	Gesamtbevölkerung	Darunter in der Altersgruppe von ... bis unter ... Jahren							Zusammen 60 und mehr
		60 – 65	65 – 70	70 – 75	75 – 80	80 – 85	85 – 90	90 u. mehr	
		1000							
1.12.1900	4 104,2	141,8	95,5	63,1	36,7	15,5	4,5	357,1	
13. 9.1950	6 430,2	282,9	245,1	190,3	109,4	46,3	12,5	2,2	888,7
1. 1.1980	9 190,1	310,8	457,2	390,1	267,7	138,4	52,0	17,4	1 633,6
1. 1.1987	9 326,8	471,7	361,8	346,5	319,7	191,9	80,2	26,4	1 798,2
		in % der jeweiligen Gesamtbevölkerung							
1.12.1900	100	3,5	2,3	1,5	0,9	0,4	0,1	8,7	
13. 9.1950	100	4,4	3,8	3,0	1,7	0,7	0,2	(0,03)	13,8
1. 1.1980	100	3,4	5,0	4,2	2,9	1,5	0,6	0,2	17,8
1. 1.1987	100	5,1	3,9	3,7	3,4	2,1	0,9	0,3	19,4

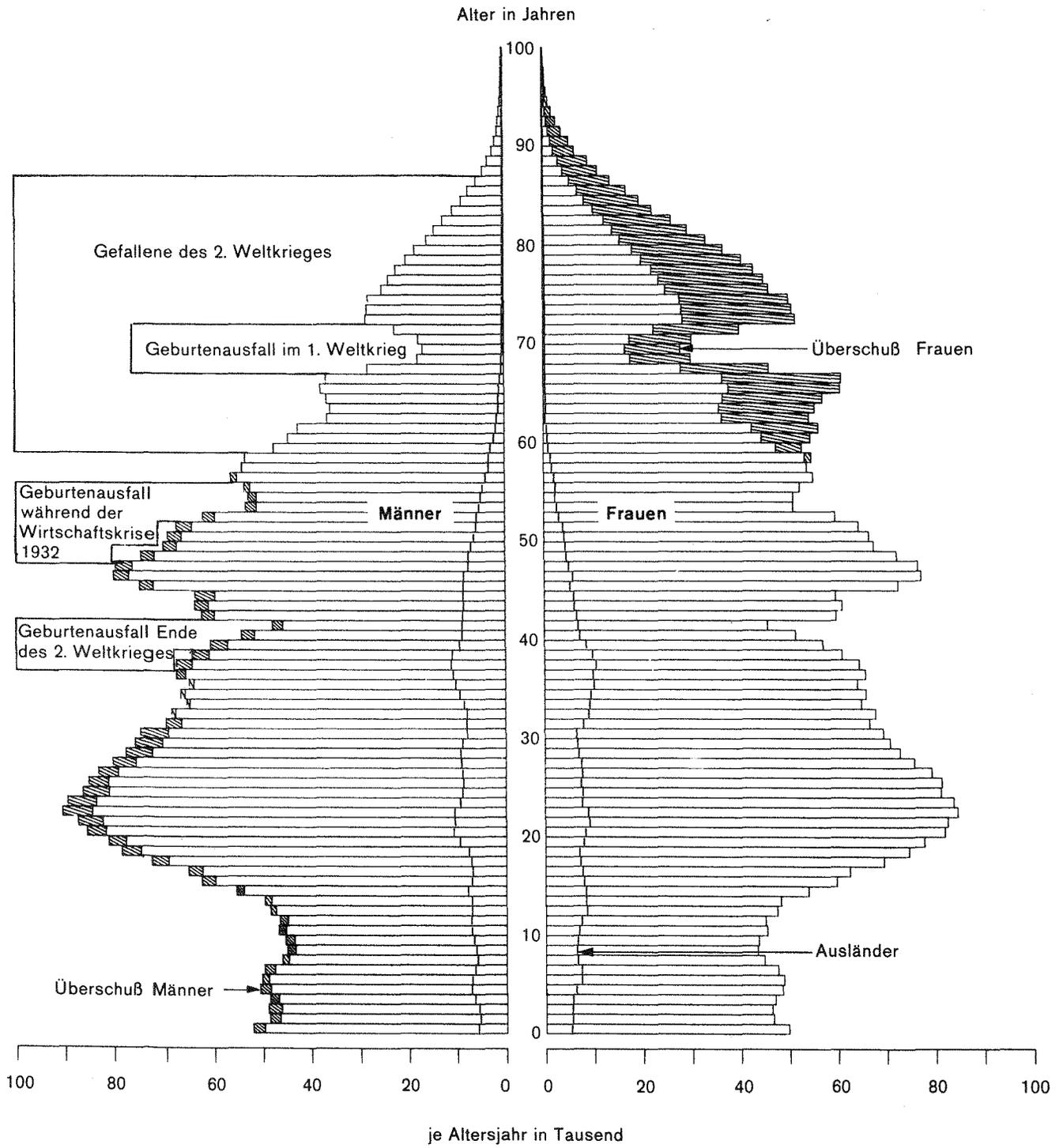
Betrachtet man die Altersgruppen im einzelnen, so fällt auf, daß sich die Zahl der Hochbetagten¹ überproportional erhöht hat. Von 1950 bis 1987 hat die Gesamtbevölkerung Baden-Württembergs um 45 % zugenommen, aber die Zahl der 80 bis unter 85jährigen vervierfachte sich und die Zahl der 85 Jahre und älteren nahm in diesem Zeitraum um mehr als das siebenfache zu! (Tabelle 1). Gegenwärtig leben also rund 298 000 Menschen im Alter von 80 und mehr Jahren in Baden-Württemberg; das entspricht einem Anteil von 3,3 % an der Gesamtbevölkerung. 1950 betrug dieser Anteil dagegen rund 0,9 %; um 1900 sogar nur ca. 0,5 %.

Aufgrund der unterschiedlichen Entwicklungen in den einzelnen Altersgruppen der älteren Generation verschoben sich auch die zahlenmäßigen Gewichte innerhalb der Gesamtgruppe der älteren Menschen. So nahm der Anteil der Hochbetagten an der Gesamtheit der Menschen über 60 Jahren von knapp 6 % (1900) auf rund 17 % (1987) zu, während gleichzeitig der Anteil der 60 bis unter 70jährigen von 66 % auf 46 % abnahm.

Im Vergleich zur Altersstruktur der Gesamtbevölkerung sieht die Altersstruktur der ausländischen Bevölkerung in Baden-Württemberg ganz anders aus. Von 896 500 Ausländern am 1.1.1987 fallen 16 700 in die Gruppe der 60 bis unter 65jährigen und 24 200 in die Gruppe der 65 Jahre und älteren. Zusammengefaßt entspricht dies einem Anteil von insgesamt nur knapp 5 % an allen Ausländern bzw. nur 2,3 % an der Gesamtbevölkerung im Alter von 60 und mehr Jahren. (Schaubild 1). Dieser relativ geringe Anteil älterer Ausländer an der gesamten älteren Bevölkerung Baden-Württembergs läßt es gerechtfertigt erscheinen, daß im folgenden auf eine nach Staatsangehörigkeit differenzierte Auswertung verzichtet wird; eine gesonderte Behandlung der

1) Als hochbetagt gelten hier, entsprechend den Ausführungen im 4. Familienbericht der Bundesregierung, alle Menschen im Alter von 80 und mehr Jahren; vgl. Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit (Hrsg.): Vierter Familienbericht: Die Situation der älteren Menschen in der Familie, Bericht der Sachverständigenkommission, Bonn 1986, S. 31.

Altersaufbau der Wohnbevölkerung Baden-Württembergs am 1. Januar 1987



Probleme älterer Ausländer würde zudem den vorgegebenen Rahmen dieser Abhandlung sprengen.²

Betrachtet man den geschlechtsspezifischen Altersaufbau der Wohnbevölkerung 1987, fällt besonders auf, daß bei den 60jährigen und älteren die Frauen ein zahlenmäßiges Übergewicht gegenüber den gleichaltrigen Männern haben (Schaubild 1). So besteht die Bevölkerungsgruppe der 60 Jahre und älteren zu 36 % aus Männern und 64 % aus Frauen. In der Altersgruppe der 70 Jahre und älteren ist die Zahl der Frauen gegenwärtig sogar fast doppelt so groß wie die der Männer. Dieser sogenannte demographische Überhang der Frauen bei der älteren Bevölkerungsgruppe ist zum einen auf deren generell höhere Lebenserwartung im Vergleich zu der der Männer sowie zum anderen auf die bei den Männern deutlich höheren Kriegsverluste zurückzuführen.

Nach der Jahrhundertwende werden zwar die unmittelbaren demographischen Auswirkungen des 2. Weltkriegs weggefallen sein, doch auch dann dürften die Frauen im Alter von 70 und mehr Jahren zahlenmäßig die Männer um mehr als 40 % übertreffen. Dies ist vor allem auf die unterschiedliche Lebenserwartung von Männern und Frauen zurückzuführen. Nach den für Baden-Württemberg berechneten Sterbewahrscheinlichkeiten von 1984/86 beträgt nämlich die Lebenserwartung der neugeborenen Knaben 71,5 Jahre, während die Mädchen mit einer Lebenserwartung von 78,1 Jahren rechnen können. Die 40jährigen Männer von heute können statistisch gesehen im Durch-

schnitt noch weitere 34,3 Lebensjahre erwarten, die Frauen gleichen Alters sogar noch 39,7 Jahre.

Die für die Vergangenheit beschriebene Verschiebung im Altersaufbau der Bevölkerung Baden-Württembergs, wie sie mehr oder weniger stark auch in anderen Industrieländern nachzuweisen ist, läßt sich als demographischer Alterungsprozeß bezeichnen. Dieser Prozeß beruht nicht nur auf dem in den vergangenen Jahrzehnten deutlich rückläufigen Trend der Sterblichkeit, sondern auch auf dem längerfristig anhaltenden Geburtenrückgang sowie den nachkriegsbedingten Wanderungsbewegungen zwischen den einzelnen Ländern. Zur prägnanten Beschreibung dieser Verschiebungen im Altersaufbau wird häufig als statistischer Indikator das mittlere Lebensalter (Median) einer Bevölkerung herangezogen. In der Bundesrepublik Deutschland erhöhte sich demnach im Zeitraum von 1950 bis 1987 dieses Medianalter bei der männlichen Bevölkerung von ca. 30 Jahren auf 35 Jahre sowie bei der weiblichen Bevölkerung von 35 Jahren auf 40 Jahre.

Da die älteren Menschen der Jahre 2010/2020 bereits heute geboren sind, kann mit großer Wahrscheinlichkeit - wenn man von eventuell auftretenden Katastrophen einmal absieht und von einer nur leicht veränderten Sterblichkeit sowie konstanten Wanderungsbewegungen ausgeht - die Zahl der in Zukunft in Baden-Württemberg lebenden älteren Menschen vorausgeschätzt werden. Eine Modellrechnung des Statistischen Landesamtes zur künftigen Entwicklung der Bevölkerung auf der Basis vom 1.1.1985 weist in ihrer mittleren Variante bei insgesamt rückläufiger Bevölkerungszahl einen Zuwachs der 60 Jahre und älteren Menschen von 1,75 Mill. (1985) auf 2,42 Mill. (2020) aus (Tabelle 2); d.h. die absolute Zahl der 60 Jahre und älteren würde in diesem Zeitraum um 38 % zunehmen. Gleichzeitig würde sich auch ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung von 19 % (1985) auf 31 % (2020) erhöhen.

Innerhalb der einzelnen Altersgruppen der älteren Bevölkerung würde sich die in der Vergangenheit schon beobachtete Verschiebung hin zu den ältesten unter den älteren noch leicht verstärken. Die

2) Die hier aus der Bevölkerungsfortschreibung übernommene Zahl der älteren Ausländer in Baden-Württemberg liegt noch deutlich über den entsprechenden Angaben des Ausländerzentralregisters; diese Differenz ist vermutlich auf Meldefehler zurückzuführen. Zur statistischen Erfassung der ausländischen Bevölkerung in Baden-Württemberg vgl. Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Hrsg.), Die Ausländer 1986, Statistik von Baden-Württemberg, Band 371, Stuttgart 1987.

Tabelle 2

Modellrechnung*) zur künftigen Entwicklung der älteren Bevölkerung in Baden-Württemberg

Jahr	Gesamtbevölkerung	Darunter in der Altersgruppe von ... bis unter ... Jahren						Zusammen 60 und mehr
		60 – 65	65 – 70	70 – 75	75 – 80	80 – 85	85 und mehr	
1000								
1985	9 241,1	482,3	288,0	402,5	309,1	178,0	93,4	1 753,3
1990	9 233	496	445	253	320	207	121	1 842
2000	9 099	641	468	401	313	137	160	2 120
2010	8 653	508	555	521	326	216	150	2 276
2020	8 030	635	537	415	385	280	167	2 419
in % der jeweiligen Gesamtbevölkerung								
1985	100	5,2	3,1	4,4	3,3	1,9	1,1	19,0
1990	100	5	5		6		4	20
2000	100	7	5		8		3	23
2010	100	6	6		10		4	26
2020	100	8	7		10		6	31

*) Mittlere Variante, Basis 1.1.1985.

Hochbetagten würden nämlich nach dieser Modellrechnung ihren Anteil an der Gesamtbevölkerung von derzeit (1985) 3 % auf 6 % im Jahr 2020 steigern können. In absoluten Zahlen ausgedrückt, bedeutet dies einen Zuwachs bei den 80jährigen und älteren von 271 400 auf 447 000 Personen, wobei die Zahl der hochbetagten Frauen von 187 900 auf 284 000 leicht unterdurchschnittlich zunehmen würde. Der Anteil dieser Altersgruppe an der gesamten älteren Bevölkerung (60jährige und ältere) würde sich dadurch im betrachteten Zeitraum von 15 % (1985) auf 19 % (2020) erhöhen. Die Gruppe der 60 bis unter 70jährigen dürfte bis zum Jahr 2020 ebenfalls überproportional zunehmen, da dann die geburtenstarken Jahrgänge der sechziger Jahre in das entsprechende Alter kommen.

Dieser fortschreitende Alterungsprozeß wird eine der herausragenden gesellschaftspolitischen Herausforderungen der kommenden Jahre sein. Dabei wird es darauf ankommen, nicht nur die damit verbundenen Probleme zu lösen, sondern auch die sich hieraus für den einzelnen und die Gesellschaft ergebenden Chancen darzustellen.

In diesem Zusammenhang ist auch bemerkenswert, daß die Bevölkerung Baden-Württembergs im Vergleich zur Bevölke-

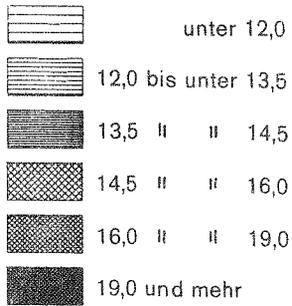
rung in der Bundesrepublik insgesamt eine etwas jüngere Altersstruktur aufweist; während der Anteil der 65jährigen und älteren an der Gesamtbevölkerung 1986 im Bundesdurchschnitt bei ungefähr 15,0 % lag, betrug er in Baden-Württemberg nur circa 14,0 %. Baden-Württemberg hatte entsprechend diesem Indikator 1986 sogar die "jüngste Bevölkerung" in der Bundesrepublik Deutschland, gefolgt vom Saarland (14,4 %) und Bayern (14,7 %). Die deutlich "älteste Bevölkerung" lebte demgegenüber in den Stadtstaaten Bremen (17,4 %), Hamburg (18,0 %) und Berlin (West) (19,0 %). Von den Flächenstaaten wiesen noch Niedersachsen (15,3 %) und Schleswig-Holstein (15,5 %) eine über dem Bundesdurchschnitt liegende Quote auf.

Ein interessantes Bild bietet auch die regionale Verteilung der Menschen über 65 Jahren auf die Stadt- und Landkreise Baden-Württembergs (Schaubild 2). Den größten Anteil Älterer, nämlich 22,5 %, besaß Anfang 1987 der Stadtkreis Baden-Baden; im Vergleich dazu lebten die wenigsten in den Kreisen Böblingen und Tübingen (11,2 bzw. 11,3 %). Allgemein lag der Anteil in denjenigen Kreisen unter dem Landesdurchschnitt, die im Einzugsgebiet der Industrieregionen liegen und dadurch viele Personen im erwerbsfähigen Alter anziehen. Entsprechend

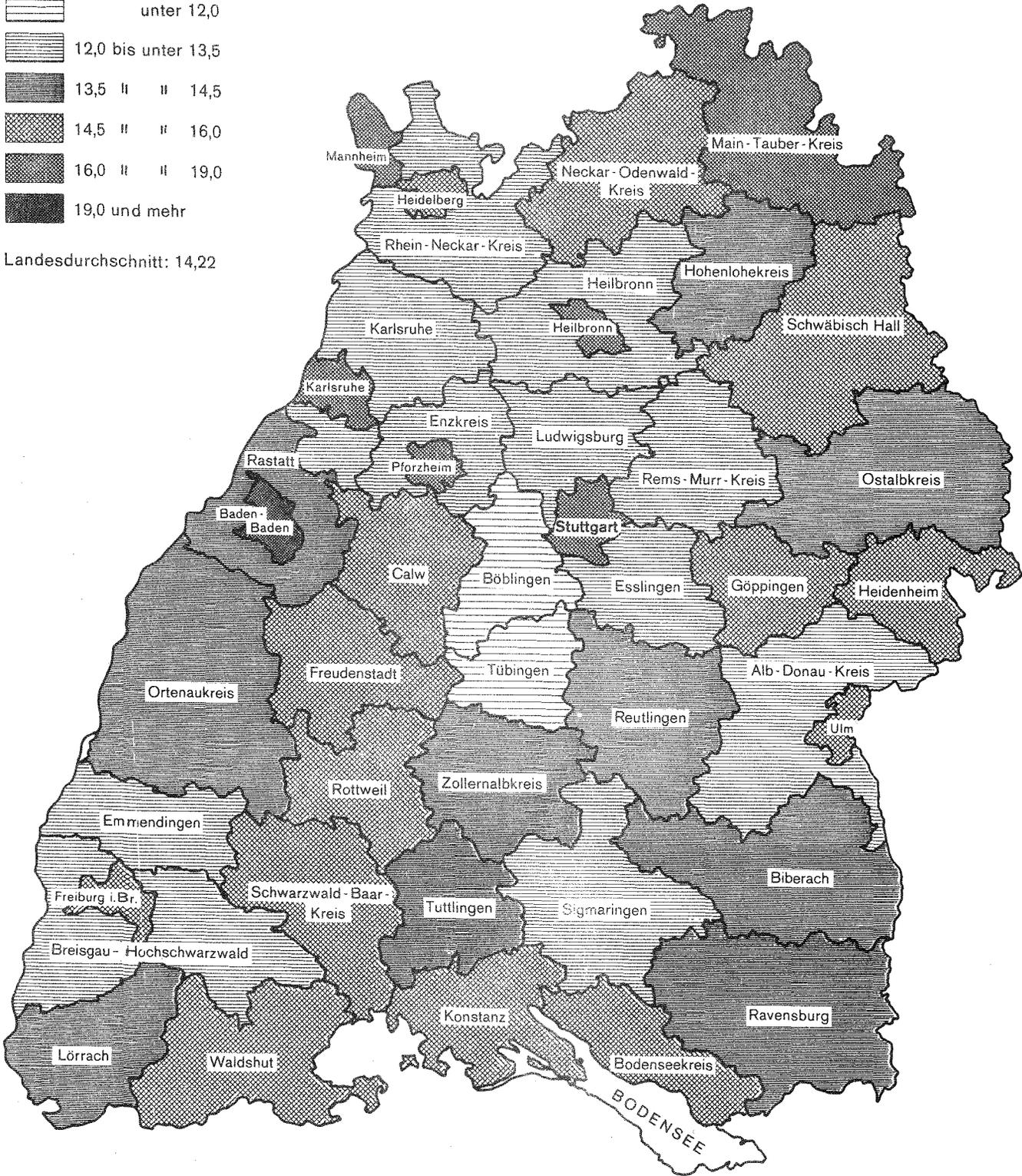
Schaubild 2

**Anteil der älteren Menschen *) an der Gesamtbevölkerung
in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs am Jahresanfang 1987**

Anteil in Prozent



Landesdurchschnitt: 14,22



*) im Alter von 65 und mehr Jahren

über dem Durchschnitt war also der Anteil in Regionen, aus denen die jungen Leute aus Erwerbsgründen abgewandert sind. Alle Stadtkreise weisen ebenfalls einen überdurchschnittlich hohen Anteil Älterer aus. Die Gründe dafür dürften vielschichtiger Natur sein, zu erwähnen wäre die Abwanderung jüngerer (und Einkommensstärkerer) in die wachsenden Vororte und Randgebiete der Industriezentren, die für diesen Personenkreis insbesondere aus Infrastrukturüberlegungen attraktiv sind.

Gegenüber 1979 hat sich an dieser Verteilung wenig geändert. Dies heißt nun aber keinesfalls, daß die eher ländlich geprägten Regionen "unattraktiv" seien, denn insgesamt gesehen weisen fast alle Stadt- und Landkreise in Baden-Württemberg über die Jahre hinweg einen auffallend stetigen Wanderungsgewinn auf. So ist der Wanderungssaldo der deutschen Bevölkerung in Baden-Württemberg seit den 70er Jahren durchweg positiv, d.h. es wandern stets mehr Deutsche aus anderen Bundesländern zu, als ab. (Der Wanderungssaldo der ausländischen Bevölkerung hingegen schwankt in diesem Zeitraum stark).

Da die älteren Menschen sich ihren Wohnort nach anderen Kriterien aussuchen als die jüngeren, erst in das Erwerbsleben eintretenden Menschen, zeichnen sie sich durch ein ganz spe-

zifisches Wanderungsverhalten aus (Schaubild 3). Aus den Stadtkreisen Stuttgart und Mannheim wanderten mit 719 und 285 Personen unterm Strich die meisten Älteren ab. Den höchsten Zuzug mit 299 Personen verzeichnete der Landkreis Karlsruhe, gefolgt von den Landkreisen Breisgau-Hochschwarzwald, Rhein-Neckar und Calw. Attraktiv für die Älteren sind offensichtlich Kreise, die entweder an die Industrieregionen angrenzen oder sich durch landschaftliche Reize und hohen Freizeitwert auszeichnen.

Ältere Menschen in Familie und Haushalt

Ein ganz zentraler Bereich, der die Lebenssituation älterer Menschen unmittelbar beeinflusst, liegt in deren familiärem Umfeld. Für viele ältere Menschen bedeutet das nicht nur, formal verwandtschaftliche Beziehungen zu haben, sondern in diesem Kontext einerseits auch in die Pflicht genommen zu werden bzw. andererseits in ein dichtes Netzwerk von Hilfeleistungen eingebettet zu sein. Da mit den Daten der amtlichen Statistik diese verzweigten und vielschichtigen qualitativen Beziehungen nicht erfaßt werden können, geben die folgenden Ausführungen ausschließlich einen Einblick in die rein formalen Verwandtschafts- und Haushaltszusammenhänge älterer Menschen wieder.

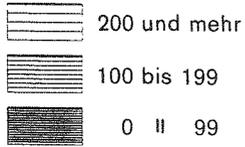
Tabelle 3

Die ältere Bevölkerung in Baden-Württemberg am 1.1.1987 nach Geschlecht und Familienstand

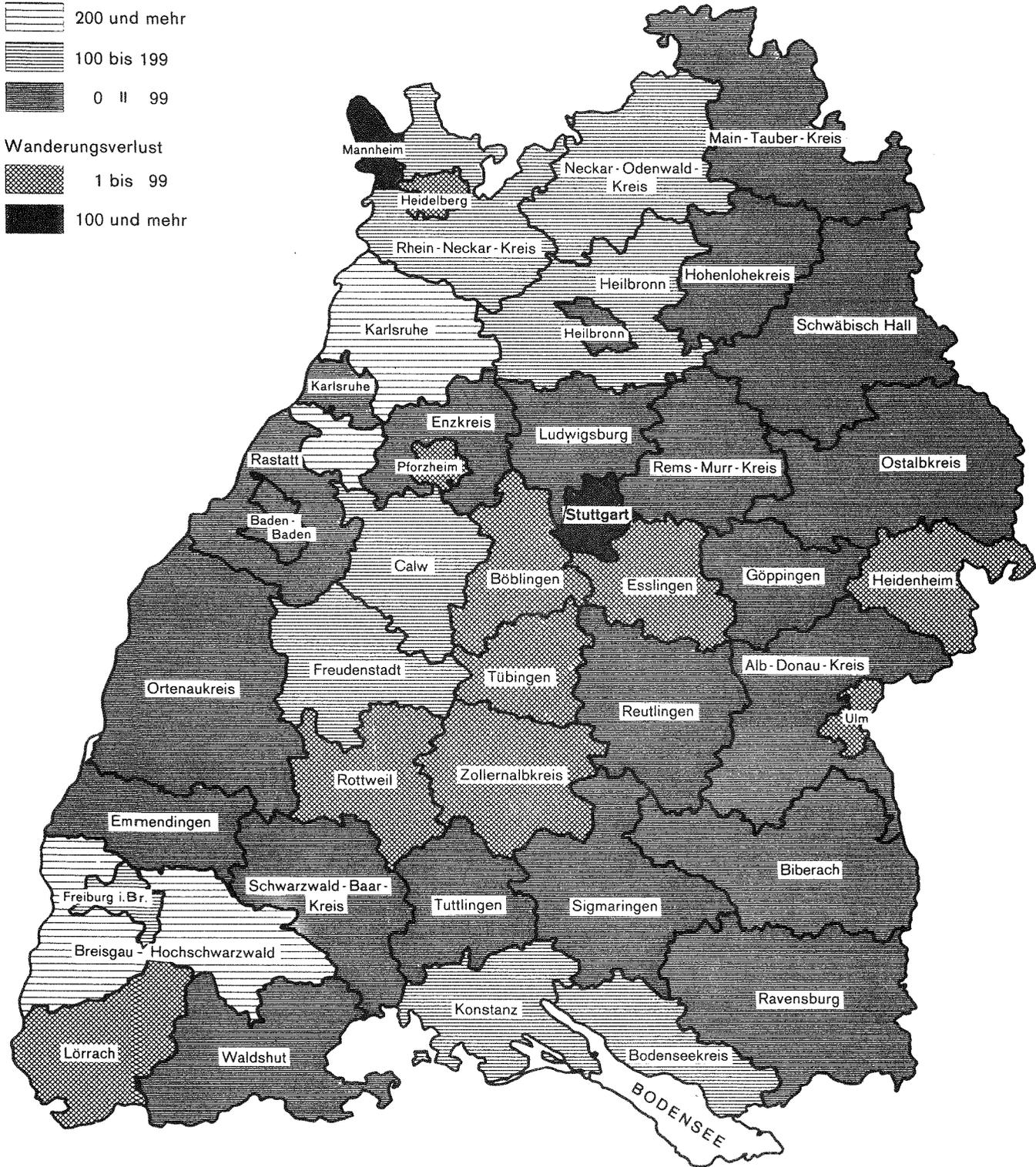
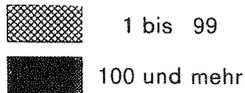
Alter von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt	Frauen					Männer				
		zusammen	davon				zusammen	davon			
			ledig	ver- heiratet	ver- witwet	ge- schie- den		ledig	ver- heiratet	ver- witwet	ge- schie- den
1000		%				1000		%			
Bevölkerung insgesamt	9 326,8	4 828,2	37,9	45,7	12,8	3,6	4 498,6	46,4	48,4	2,4	2,8
darunter											
60 – 65	471,7	276,6	11,0	63,2	21,1	4,8	195,1	4,3	88,6	4,2	2,9
65 – 70	361,8	225,3	10,5	50,3	34,5	4,7	136,5	3,6	87,6	6,2	2,5
70 – 75	346,5	222,1	9,6	35,4	50,9	4,1	124,4	3,5	82,9	11,5	2,0
75 – 80	319,7	210,8	10,2	24,3	62,2	3,3	108,9	3,8	74,9	19,7	1,7
80 – 85	191,9	130,9	12,1	13,8	71,6	2,4	61,1	3,9	62,0	32,7	1,2
85 und mehr	106,6	77,1	13,5	7,8	79,1	0,0	29,5	6,8	41,6	51,7	0,0

**Wanderungssaldo *) der Bevölkerung über 65 Jahre
in den Stadt- und Landkreisen Baden - Württembergs 1986**

Wanderungsgewinn



Wanderungsverlust



*) Jahresdurchschn. itt.

Ein erstes Kriterium für diese formalen verwandtschaftlichen Beziehungen stellt der Familienstand dar, der zwar nichts über die Qualität dieser Beziehungen aussagt, aber dennoch wichtige Hinweise auf die familiäre Lebenssituation unserer älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger gibt. Während die meisten Frauen im Alter von 60 bis unter 70 Jahren noch verheiratet sind (über 50 %), ist die Mehrzahl der Frauen über 70 Jahren bereits verwitwet (Tabelle 3); so sind z.B. unter den 85jährigen und älteren Frauen nur noch knapp 8 % verheiratet, aber schon 79 % verwitwet. Bei den Männern sieht die Situation dagegen ganz anders aus; zum einen verwitwen sie im Durchschnitt erst in einem viel höheren Lebensalter als die Frauen, zum anderen gibt es insgesamt viel weniger Witwer als Witwen.

Von den insgesamt rund 618 000 Witwen und 106 000 Witvern, die Anfang 1987 in Baden-Württemberg lebten, gehörten bei den Frauen 535 000 (87 %) und bei den Männern 88 000 (81 %) zur Altersgruppe der 60jährigen und älteren. Die Anzahl der Witwen im hohen Alter von 80 Jahren und mehr betrug 155 000, die der Witwer im selben Alter dagegen nur 35 000; von den über 85jährigen Frauen waren 61 000 verwitwet, bei den Männern waren es 15 000.³ Diese geschlechtsspezifischen Unterschiede zeigen, daß im Rahmen der Altenhilfe der Situation der älteren Frauen besondere Bedeutung zukommt.

Die relativ hohe Zahl von Verwitweten im hohen Alter legt nun die Frage nahe, in welchem Haushaltszusammenhang die älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger ihren Lebensabend beschließen. Grundlegende Ergebnisse aus dem Mikrozensus Baden-Württemberg zeigen hinsichtlich dieser speziellen Fragestellung, daß auch die älteren Menschen, insbesondere die Hochbetagten (80 Jahre und älter), zum weitaus größten Teil in Privathaushalten und nicht in Heimen leben, wobei allerdings ein deutlicher Unterschied zwischen Männern und Frauen besteht. 1982 lebten von den 60 Jahre und älteren Männern fast 99 % und von den Frauen

in der gleichen Altersgruppe 91 % in Privathaushalten, d.h. sie gehörten nicht zur Zahl der Heimbewohner; bei den männlichen Hochbetagten lag der entsprechende Anteil noch nahe 94 %, bei den weiblichen Hochbetagten um 85 %.

Die Tatsache, daß die Mehrzahl der älteren Menschen in Baden-Württemberg in Privathaushalten wohnt, sagt allerdings noch wenig über die Form ihres Zusammenlebens mit anderen Menschen aus. Betrachtet man ausschließlich die Bevölkerung in Privathaushalten, so lassen sich Aussagen einmal über die Anzahl der Personen in den Haushalten und zum anderen über die Familien- bzw. Verwandtschaftsbeziehungen machen (Tabelle 4). Insgesamt lebten 1985 von den 9,295 Mill. Menschen in Baden-Württemberg rund 14 % in Einpersonenhaushalten und 86 % in Mehrpersonenhaushalten. Bei der Bevölkerung über 50 Jahren zeigt sich nun mit zunehmendem Alter ein kontinuierlicher Anstieg des Anteils derjenigen, die in Einpersonenhaushalten wohnten; während nur 12 % aller 50 bis unter 60jährigen einen Einpersonenhaushalt führten, waren es bei den 60 bis unter 70jährigen bereits 22 % und bei den 70 Jahre und älteren sogar 43 %.

Von den 8,016 Mill. Personen (das sind 86 % der Bevölkerung in Privathaushalten) in Mehrpersonenhaushalten lebten im Durchschnitt nur 20 % allein mit ihrem Ehepartner bzw. -partnerin zusammen (Tabelle 4); bei einer Altersdifferenzierung wird aber deutlich, daß diese Form des Zusammenlebens mit zunehmendem Alter immer bedeutender wird. So lag dieser Anteil der Ehepaare ohne Kinder bei den 50 bis unter 60jährigen zwar nur bei 35 %, nahm aber bei den über 60 bzw. über 70jährigen auf ca. 65 % zu. Immerhin lebten auch noch 18 % der Bevölkerung in Mehrpersonenhaushalten im Alter von 70 Jahren und mehr mit ihren (meist erwachsenen) Kindern (in Einzelfällen Enkeln) zusammen. Haushalte, in denen drei oder mehr Generationen zusammenwohnen, haben gegenwärtig in Baden-Württemberg als Lebensform aber wenig Bedeutung; nur 8 % oder rund 45 000 der 70 Jahre und älteren Großeltern oder Urgroßeltern bildeten zusammen mit ihren Kindern und Enkeln bzw. Urenkeln einen gemeinsamen Haushalt.

3) Vgl. dazu Gröner, Gerhard: Verwitwete und durchschnittliches Verwitwungsalter, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, 3/1988, S. 86 f.

Tabelle 4

Bevölkerung in Privathaushalten in Baden-Württemberg 1985 nach Altersgruppen, Haushaltsgröße und Haushaltstyp

Haushaltstyp	Bevölkerung insgesamt		Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren			
	1000		0 – 50	50 – 60	60 – 70	70 und mehr
			%			
Bevölkerung in Privathaushalten zusammen	9 294,5	100	100	100	100	100
davon						
Einpersonenhaushalte	1 278,9	14	9	12	22	43
Mehrpersonenhaushalte	8 015,6	86	91	88	78	57
davon						
Ehepaare ohne Kinder	1 593,2	20	8	35	64	65
Eltern oder Elternteil mit ledigen Kindern	5 492,0	69	81	54	25	13
Eltern oder Elternteil mit verheirateten, verwitweten oder geschiedenen Kindern	112,9	1	1	3	2	5
Drei oder mehr Generationen im Haushalt	299,1	4	3	4	2	8
Haushalte mit geradlinig Verwandten ¹⁾ sowie weiteren verwandten und/oder familienfremden Personen	222,5	3	3	3	3	4
Haushalte mit nichtgeradlinig Verwandten ²⁾ und/oder familienfremden Personen	295,9	4	4	2	4	6

1) Ehepaare bzw. Verwandte innerhalb der Generationenfolge. – 2) Verwandte außerhalb der Generationenfolge.

Gering ist auch die Zahl der Älteren, die in einem Haushalt mit Kernfamilie (Ehepaar bzw. Verwandte innerhalb der Generationenfolge) und weiteren Verwandten sowie mit oder ohne familienfremden Personen zusammen wohnten. Es kann sich hierbei z.B. um Ehepaare mit oder ohne Kinder bzw. Alleinstehende mit Kind(ern) und mit Schwiegereltern oder einer Haushälterin handeln; bzw. um eine Mutter mit ihrem Kind und Lebenspartner. In diesem Haushaltstyp lebten insgesamt 222 500 Personen, darunter 38 400 im Alter von 60 und mehr Jahren.

in die Gruppe der Haushalte, in denen nichtgeradlinig Verwandte zusammenleben, z.B. Wohngemeinschaften, unverheiratet zusammenlebende Paare oder auch zusammenlebende Schwestern, fielen insgesamt immerhin 295 900 Personen. Interessanterweise nimmt der Anteil der Personen, die in diesem Haushaltstyp lebten, mit höherem Lebensalter wieder etwas zu. So konnten bei den 50 bis unter 60jährigen nur ca. 2 % aller in Mehrpersonenhaushalten Lebenden zu diesem Haushaltstyp gerechnet werden, während es bei den 70 Jahre und älteren immerhin 6 % waren (Tabelle 4).

Hier zeigt die Statistik, daß die älteren Menschen in sehr unterschiedlichen Haushaltszusammenhängen leben, wenn sie auch im Gegensatz zu den jungen Menschen reservierter gegenüber neuen Formen des Zusammenlebens, z.B. Wohngemeinschaften eingestellt sein dürften. Ob dies auch in Zukunft so sein wird, bleibt abzuwarten. Fest steht, daß vielerorts schon manche alte Menschen diese neuen Lebensformen für sich entdecken und erproben.

Im Übergang vom Erwerbsleben zum Ruhestand

Für alle älteren Erwerbstätigen ist der Übergang vom Erwerbsleben in den sogenannten Ruhestand eine tiefgreifende Zäsur in ihrer individuellen Lebensbiographie. Wann und wie dieser Übergang im einzelnen vollzogen wird, bestimmt ganz entscheidend die objektive, aber auch die subjektiv empfundene Lebenssituation der älteren Menschen mit. Diese Übergangssituationen vom Erwerbsleben in den Ruhestand werden dabei wie überhaupt alle wichtigen Einschnitte in der Biographie eines Menschen von den jeweiligen, sehr unterschiedlichen Zeitereignissen während der entsprechenden

Altersphase stark geprägt. Dieser Aspekt unterschiedlicher "Biographie-Muster" älterer Menschen wurde in seiner gesellschaftspolitischen Tragweite bereits im Vierten Familienbericht der Bundesregierung "Zur Situation der älteren Menschen in der Familie" (1986) herausgestellt.

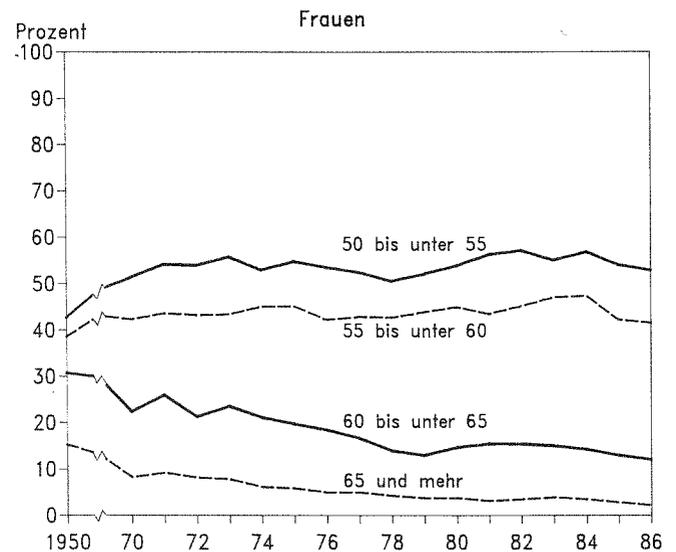
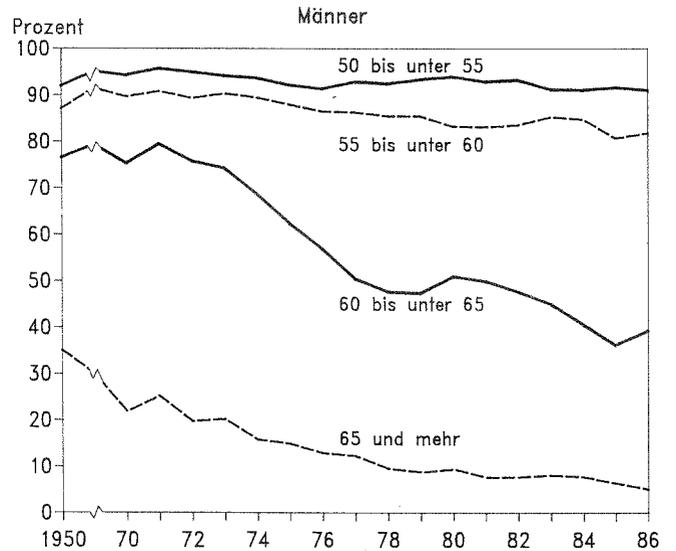
Um die sich im Zeitablauf ändernden Übergangsmuster vom Erwerbsleben in den Ruhestand statistisch exakt erfassen zu können, wäre eigentlich eine sogenannte Kohortenanalyse notwendig, mit der das "durchschnittliche Verhalten" einer bestimmten Jahrgangsguppe über einen Zeitraum hinweg beschrieben und mit dem "durchschnittlichen Verhalten" anderer, später geborener Jahrgangsguppen verglichen wird. Diese Art der Untersuchungsmethode des Übergangs vom Erwerbsleben in den Ruhestand soll vertiefend in einem Forschungsbericht zum Zukunftskongreß "Altern als Chance und Herausforderung" der Landesregierung im Oktober 1988 vorgestellt werden. Da hier das aufwendige Verfahren einer Kohortenanalyse nicht durchgeführt werden konnte, müssen erste Hinweise auf die sich im Zeitablauf ändernden Übergangsmuster vom Erwerbsleben in den Ruhestand aus einem Zeitvergleich von Querschnittsdaten zur Erwerbsbeteiligung von Männern und Frauen gewonnen werden.

Schaubild 4 zeigt nun die Erwerbstätigenquoten, definiert als der Anteil der Erwerbstätigen an der Wohnbevölkerung, in den Altersklassen 50 bis unter 55, 55 bis unter 60, 60 bis unter 65 sowie 65 Jahren und älter für Männer und Frauen im Zeitraum von 1950 bis 1986. Bei der Interpretation dieser Quoten ist nicht nur deren Querschnittscharakter, sondern auch die Tatsache zu berücksichtigen, daß als erwerbstätig alle die Personen definiert sind, die unabhängig von der tatsächlich geleisteten Arbeitsstundenzahl eine Erwerbstätigkeit ausüben. Ein eventuell auftretendes sukzessives "Hinübergleiten" vom Erwerbsleben in den Ruhestand aufgrund von altersspezifischen Arbeitszeitreduzierungen kann mit dieser Querschnittsbetrachtung also nicht festgestellt werden.

Wie nicht anders zu erwarten, macht sich bei der Entwicklung der Erwerbstätigenquoten der Männer die Einführung des

Schaubild 4

Erwerbstätigenquoten ausgewählter Altersgruppen*) in Baden-Württemberg 1950 bis 1986 nach Geschlecht

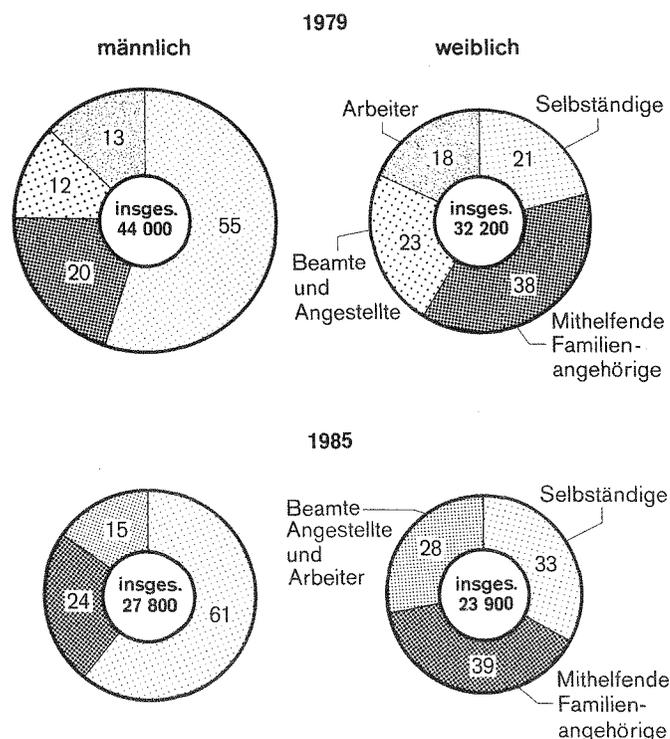


*) Erwerbstätige Männer/Frauen der jeweiligen Altersgruppe von... bis unter... Jahren an der Wohnbevölkerung dieser Altersgruppe.
Quelle: Volkszählung, Mikrozensus bzw. EG-Arbeitskräftefestichprobe.

Rentenreformgesetzes von 1972 deutlich bemerkbar. Dadurch wurde neben einer Vielzahl von Verbesserungen im Leistungsrecht, insbesondere die flexible Altersgrenze eingeführt, die die seit 1916 bestehende starre Altersgrenze ablöste und dem Einzelnen grundsätzlich die Entscheidung über den Beginn des Altersruhegeldbezugs von der Vollendung des 63. Lebensjahres an selbst überläßt. Im Laufe der 70er Jahre wurde dann das mögliche Rentenzugangsalter für Schwerbehinderte und Arbeitslose sogar auf 62 bzw. 60 Jahre gesenkt.

Erwerbstätige ältere Menschen *) im April 1979 und im Juni 1985 nach der Stellung im Beruf

Anteile in %



*) Im Alter von 65 und mehr Jahren.

Statistisches Landesamt Baden - Württemberg

128 88

Vor diesem Hintergrund ist der Rückgang der Erwerbstätigenquoten in der Altersgruppe der 60 bis unter 65jährigen Männer von ca. 75 % (1972) über 69 % (1974), 57 % (1976) auf unter 50 % (1978) leicht zu erklären. Ab 1982 macht sich bei dieser Altersgruppe sehr wahrscheinlich die angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt nochmals mit einem deutlichen Rückgang der Erwerbstätigenquote auf 37 % (1985) bemerkbar. Die seit 1973 mit leichten Schwankungen abnehmende Erwerbstätigenquote der 55 bis unter 60jährigen Männer dürfte ebenfalls auf veränderte Strukturen des Arbeitsmarktes zurückzuführen sein, die es dieser Altersgruppe erschweren, sich im Erwerbsleben zu behaupten. Im Gegensatz dazu ist die seit 1950 bis heute nahezu kontinuierlich rückläufige Erwerbstätigenquote der 65 Jahre und älteren Männer in erster Linie im Zusammenhang mit einem insgesamt gestiegenen Einkommensniveau der älteren Generation zu sehen.

Aufgrund der im Vergleich zu den gleichaltrigen Männern generell niedrigeren Erwerbstätigenquoten der Frauen machen sich bei diesen die Veränderungen der rentenrechtlichen Bestimmungen nicht so stark, aber immerhin doch deutlich bemerkbar. Während die Erwerbstätigenquoten der 50 bis unter 55jährigen Frauen in der Vergangenheit noch leicht angestiegen sind, entwickelten sie sich bei den 60 bis unter 65jährigen von rund 25 % Anfang der 70er Jahre auf 12 % im Jahr 1986 zurück; im gleichen Zeitraum nahm auch die Erwerbstätigenquote der Frauen im Alter von 65 Jahren und älter von 9 % auf 2 % ab.

Insgesamt kann davon ausgegangen werden, daß heute sowohl die Anzahl der Männer als auch die der Frauen, die mit 65 Jahren und mehr noch erwerbstätig sind, für den Arbeitsmarkt keine Rolle mehr spielen. Waren im Jahre 1979 noch insgesamt 76 000 Personen im Alter von 65 Jahren und mehr erwerbstätig, ging ihre Zahl 1985 auf insgesamt 51 700 zurück (Schaubild 5). Dieser gesamte Rückgang ist in erster Linie auf die deutlich reduzierte Erwerbsbeteiligung älterer Beamter, Angestellter und Arbeiter zurückzuführen. Bei den Erwerbstätigen im Alter von 65 Jahren und mehr handelt es sich somit vor allem um Selbständige und mithelfende Familienangehörige. Auch wenn die Erwerbsbeteiligung der über 65jährigen vom quantitativen Umfang her für die Gesamtgesellschaft gegenwärtig nur eine geringe Bedeutung hat, so ist sie doch für den einzelnen erwerbstätigen älteren Menschen ein wichtiger Lebensinhalt, wobei es natürlich besonders darauf ankommt, aus welchen individuellen Gründen heraus die überdurchschnittlich lange Erwerbsdauer gewählt wurde bzw. gewählt werden mußte.

So wie es sehr wahrscheinlich ältere Erwerbstätige gibt, die aus finanziellen Gründen nicht unbedingt freiwillig über die allgemeine Altersruhegrenze hinaus erwerbstätig sind, gibt es ältere Menschen unter 65 Jahren, die gerne arbeiten würden, aber aufgrund der aktuellen Arbeitsmarktsituation keine Gelegenheit dazu haben. Wegen struktureller Ungleichgewichte auf den Arbeitsmärkten sind besonders ältere Erwerbspersonen vom Risiko der Arbeitslosigkeit verstärkt betroffen (Tabelle 5).

Tabelle 5

Ältere arbeitslose Männer und Frauen im Bundesgebiet und in Baden-Württemberg Ende September 1987

Alter von ... bis unter ... Jahren	Bundesgebiet			Baden-Württemberg		
	insgesamt	Anteil an den Arbeitslosen insgesamt	Arbeitslosen- quote	insgesamt	Anteil an den Arbeitslosen insgesamt	Arbeitslosen- quote
	Anzahl	%		Anzahl	%	
Arbeitslose insgesamt	2 106 950	100	8,4	190 708	100	4,9
darunter						
55 – 60	233 929	11,1	12,2	20 664	10,8	6,9
60 – 65	51 511	2,4	9,8	5 156	2,7	6,5
Zusammen	285 440	13,5	–	25 820	13,5	–

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg; Landesarbeitsamt Baden-Württemberg, Stuttgart.

Sowohl im Bundesgebiet als auch in Baden-Württemberg liegt die Arbeitslosenquote der 55 bis unter 60jährigen deutlich über der Durchschnittsquote der Gesamtbevölkerung, wie Arbeitsmarktstrukturdaten der Bundesanstalt für Arbeit und des Landesarbeitsamtes Baden-Württemberg für 1987 belegen. Die Quote für die 60 bis unter 65jährigen weist zwar in Bund und Land jeweils einen etwas niedrigeren Wert auf, doch ist hier zu berücksichtigen, daß in dieser Altersgruppe diejenigen in der Arbeitslosenstatistik nicht berücksichtigt werden, die das vorgezogene Altersruhegeld in Anspruch nehmen. Die in Baden-Württemberg im Vergleich zum Bund insgesamt deutlich geringere Arbeitslosigkeit bedeutet somit nicht, daß dadurch die spezielle Problematik der älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf den Arbeitsmärkten besser gelöst wäre; vielmehr waren auch in Baden-Württemberg wie im Bund rund 11 % aller Arbeitslosen 55 bis unter 60 Jahre alt.

Sucht man nach Gründen für die spezifischen Arbeitsmarktprobleme der älteren Erwerbspersonen, wird häufig auf eine inflexible Qualifikationsstruktur, teilweise sogar auf Qualifikationsdefizite der älteren Generation im Vergleich zu den jüngeren Erwerbstätigen verwiesen. Inwieweit dieser Erklärungsansatz die Zusammenhänge richtig beschreibt, soll hier nicht näher untersucht werden; allerdings können im folgenden erste Hinwei-

se auf tatsächlich bestehende Qualifikationsunterschiede zwischen den Generationen anhand von Daten zur allgemeinen Schulbildung gegeben werden. Die längerfristige Entwicklung der Bildungssituation scheint vor allem dadurch gekennzeichnet zu sein, daß immer mehr Menschen eine weiterführende Schule besuchen und auch einen qualifizierten Berufsabschluß nachweisen können.

Für die Jahre 1982 und 1975 liegen vergleichbare Mikrozensusergebnisse zur altersspezifischen allgemeinen Schulbildung vor (Tabelle 6); leider sind ältere Daten für Vergleichszwecke nicht geeignet.⁴ 1982 gaben 78 % der 60 bis unter 65jährigen an, als höchsten Bildungsabschluß einen Volksschulabschluß erworben zu haben; 14 % hatten demnach die Schule mit der Mittleren Reife und 7 % mit dem Abitur abgeschlossen. Noch etwas geringer war die höchste allgemeine Schulbildung der 60 bis unter 65jährigen des Jahres 1975; zu diesem Zeitpunkt hatten aus jener Altersgruppe nur 74 % einen Volksschulabschluß, 11 % mittlere Reife und

4) So sind z.B. die Angaben zum qualifizierten Hauptschulabschluß im Mikrozensus 1982 und später nicht mit den Angaben bei der Volkszählung 1970 und früheren Volkszählungen vergleichbar.

Tabelle 6

Wohnbevölkerung in Baden-Württemberg 1975 und 1982 nach ausgewählten Altersgruppen und allgemeinem Schulabschluß

Jahr Alter von ... bis unter ... Jahren	Volksschulabschluß			Mittlere Reife ¹⁾			Abitur ²⁾			Ohne Angabe ³⁾		
	ins- gesamt	männ- lich	weib- lich	ins- gesamt	männ- lich	weib- lich	ins- gesamt	männ- lich	weib- lich	ins- gesamt	männ- lich	weib- lich
%												
1975												
60 – 65	74	71	76	11	11	10	4	8	/	11	10	12
1982												
60 – 65	78	74	81	14	14	14	7	12	4	/	/	/
Zum Vergleich: 1982												
25 – 30	57	58	56	21	16	25	22	25	18	/	/	/

1) Einschließlich gleichwertigem Abschluß. – 2) Einschließlich Fachhochschulreife. – 3) Einschließlich ohne Abschluß.

4 % Abitur. Eine ganz erheblich höhere allgemeine Schulbildung werden demgegenüber die 60 bis unter 65jährigen im Jahr 2015 haben; dies ergibt sich aus dem bereits erreichten Bildungsniveau der 25 bis unter 30jährigen des Jahres 1982. Von denen hatten 57 % einen Volksschulabschluß, aber 21 % mittlere Reife und sogar 22 % Abitur als höchsten Schulabschluß.

Vergleicht man die allgemeinen Schulabschlüsse von Männern und Frauen, so ergibt sich, daß sowohl 1975 als auch 1982 die 60 bis unter 65jährigen Frauen zu einem deutlich geringeren Anteil als die Männer gleichen Alters ihre Schulbildung mit dem Abitur abgeschlossen hatten (Tabelle 6). Diese im Durchschnitt niedrigeren Bildungsabschlüsse der älteren Frauen stellten in der Vergangenheit nicht nur häufig ein Arbeitsplatzrisiko und eine Erschwernis bei der eventuell geplanten Rückkehr in den Beruf nach der Familienphase dar, sondern beeinträchtigen möglicherweise heute noch im Alter die Teilnahme am gesellschaftlichen und kulturellen Leben.⁵ In den achtzi-

ger Jahren ist es den jungen Frauen gelungen, ihr Bildungsniveau im Vergleich zu den Männern stark anzuheben. Hält die vorgezeichnete Entwicklung an, so werden die Frauen in naher Zukunft ihre Benachteiligung gegenüber den Männern bei den höchsten Bildungsabschlüssen noch ganz ausgleichen und dadurch vermutlich auch ihre beruflichen und gesellschaftlichen Chancen in jeder Altersgruppe verbessern können.

Einkommenslage

In enger Verbindung mit ihrer Erwerbssituation ist auch die aktuelle Einkommenslage Teil der gesamten Lebenssituation älterer Menschen. Das zur Verfügung stehende Einkommen bestimmt zwar nicht allein und unmittelbar die Lebensqualität, spielt aber doch eine ganz zentrale Rolle, da die finanziellen Möglichkeiten einen Rahmen abstecken, innerhalb dessen nur die älteren Menschen ihre Aktivitäten entfalten können.

Einen ersten Überblick über die Einkommenslage älterer Menschen in Baden-Württemberg geben die in Tabelle 7 dargestellten Ergebnisse des Mikrozensus 1985. Diese Darstellungsweise zeigt, wie hoch das Haushaltsnettoeinkommen der Haushalte war, in denen eine oder mehrere Personen im Alter von 60 Jahren und mehr lebten; zum Haushaltsnettoein-

5) Vgl. Wingen, Max/Harsch, Gertrud: Alte Menschen an der Schwelle ins neue Jahrhundert, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, 1/1988, S. 15.

Tabelle 7

Die ältere Bevölkerung in Privathaushalten in Baden-Württemberg 1985 nach Geschlecht und monatlichem Haushaltsnettoeinkommen des jeweiligen Haushalts*)

Alter Geschlecht	Monatliches Nettoeinkommen des Haushalts von ... bis unter ... DM							Zu- sammen ¹⁾	
	unter 600	600 - 1000	1000 - 1400	1400 - 1800	1800 - 2200	2200 - 3000	3000 und mehr		
%								1000	
Einpersonenhaushalte									
60 Jahre und mehr ²⁾	Frauen	8	26	29	18	11	5	3	468
	Männer	/	13	24	23	16	(11)	(8)	88
	Zusammen	7	24	28	19	12	6	3	556
Mehrpersonenhaushalte									
60 Jahre und mehr ²⁾	Frauen	(1)	4	9	15	17	24	30	527
	Männer	(1)	3	9	16	17	25	29	501
	Zusammen	1	4	9	15	17	25	30	1 028
Haushalte insgesamt									
Insgesamt	Frauen	2	5	7	10	13	23	41	4 139
	Männer	1	2	4	9	13	25	46	3 784
	Zusammen	1	4	6	9	13	23	43	7 923

*) , 1) Ohne selbständige Landwirte, mithelfende Familienangehörige und keine Angabe. – 2) Jahrgänge 1925 und älter.

kommen werden dabei sämtliche Einkommen aller Einkommensbezieher im selben Haushalt gerechnet.⁶⁾

6) Zur Einkommenslage vgl. auch Ministerium für Arbeit, Gesundheit, Familie und Sozialordnung Baden-Württemberg (Hrsg.): Die Lebenssituation älterer Menschen, Stuttgart 1983 sowie dasselbe: Ältere Menschen in Großstädten, Stuttgart 1986. Die Daten dieser von Socialdata, München, durchgeführten Repräsentativerhebungen bestätigen tendenziell die hier vorgelegten Ergebnisse. Ein Vergleich dieser Ergebnisse ist allerdings nur sehr bedingt möglich, da die statistischen Grundgesamtheiten eine unterschiedliche Struktur aufweisen. So wurde in der Socialdata-Untersuchung von 1986 nur die deutsche Wohnbevölkerung im Alter von 65 bis 84 Jahren (ohne Heimbewohner) in vier Großstädten Baden-Württembergs berücksichtigt, während die hier vorgestellten Ergebnisse auf dem Mikrozensus von ganz Baden-Württemberg basieren.

In Einpersonenhaushalten waren 1985 die Frauen im Alter von 60 und mehr Jahren im Durchschnitt finanziell noch deutlich schlechter gestellt als die gleichaltrigen Männer. Über 60 % dieser Frauen, das entspricht ca. 280 000 Personen, stand weniger als 1400 DM im Monat zur Verfügung; bei den Männern fielen nur ca. 37 % oder rund 32 000 Personen in diese Einkommenskategorie. 8 % der Frauen ab 60 Jahre mußten sogar mit weniger als 600 DM monatlichem Haushaltsnettoeinkommen auskommen (Tabelle 7).

Bei den Mehrpersonenhaushalten gleicht sich der geschlechtsspezifische Einkommensnachteil der älteren Frauen aus, da sie von der vergleichsweise besseren Einkommenslage der (Ehe-)Männer im selben Haushalt profitieren. Aufgrund der sich häufiger addierenden Individualeinkommen, die natürlich aber auch zur Versorgung mehrerer Haushaltsmitglieder herangezogen werden müssen, liegt das Haushaltsnettoeinkommen von Mehrpersonenhaushalten im Durchschnitt deutlich über dem Einkommensniveau von Einpersonenhaushalten. Nahezu 55 % aller Mehrpersonenhaushalte, in denen 60jährige und ältere lebten, stand ein Haus-

haltsnettoeinkommen von mehr als 2200 DM im Monat zur Verfügung; nur rund 14 % dieser Haushalte mußten mit dem geringen Monatseinkommen von weniger als 1400 DM auskommen.

Im Vergleich zu den Haushalten insgesamt, zu denen insbesondere auch alle erwerbstätigen Personen mit überdurchschnittlich hohen Einkommen - oft zwei in einem Haushalt - gehören, war das Einkommensniveau der Mehrpersonenhaushalte mit Haushaltsmitgliedern ab 60 Jahren doch noch in vielen Fällen geringer (Tabelle 7). Um die Einkommenslage älterer Menschen in Mehrpersonenhaushalten allerdings genau erfassen zu können, müßte neben der Höhe des Haushaltsnettoeinkommens auch die Anzahl der in den jeweiligen Haushalten zu versorgenden Personen bekannt sein; eine derartige, methodisch nicht ganz einfache Verknüpfung bereits vorliegender Daten konnte im Rahmen dieser Arbeit nicht geleistet werden.⁷

Entscheidende Grundlage für die materielle Lebenssituation von Haushalten bzw. Familien sind die Haushaltsnettoeinkommen; betrachtet man daneben die Individualeinkommen, die in diesem Zusammenhang nur einen Teilaspekt der gesamten Einkommenslage älterer Menschen beschreiben können, so lassen sich hieraus vor allem Rückschlüsse auf die finanzielle Unabhängigkeit bzw. Abhängigkeit des einzelnen im Haushalt ziehen. Da für die älteren Menschen die gesetzliche Rentenversicherung (Arbeiter- und Angestelltenversicherung sowie knappschäftliche Rentenversicherung) zwar nur eine unter mehreren, aber im Normalfall doch die wichtigste autonome Quelle ihres individuellen Einkommens

7) Verwiesen sei auf den im Herbst 1988 erscheinenden Forschungsbericht im Rahmen des von der Landesregierung veranstalteten Zukunftskongresses "Altern als Chance und Herausforderung". Der Bericht wird im Auftrag des Sozialministeriums Baden-Württemberg von der Familienwissenschaftlichen Forschungsstelle im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg erstellt.

Tabelle 8

Zugegangene Renten*) in der gesetzlichen Rentenversicherung im Bundesgebiet 1985

Monatlicher Rentenbetrag von ... bis unter ... DM	Männer		Frauen	
	Anzahl	%	Anzahl	%
unter 500	21 076	11,5	94 585	47,7
500 - 750	10 106	5,5	32 059	16,2
750 - 1 000	10 246	5,6	30 340	15,3
1 000 - 1 250	13 481	7,4	20 763	10,5
1 250 - 1 500	22 833	12,5	9 563	4,8
1 500 - 1 750	34 466	18,9	6 429	3,2
1 750 - 2 000	33 936	18,6	3 154	1,6
2 000 und mehr	36 461	20,0	1 455	0,7
Insgesamt	182 605	100	198 348	100

*) Altersruhegelder wegen Vollendung des 60., 63. oder 65. Lebensjahrs.

Quelle: Verband deutscher Rentenversicherungsträger 1986 und eigene Berechnungen.

ist, wird im folgenden die Höhe der 1985 in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund selbst erworbener Ansprüche zugegangenen Renten (Altersruhegeld wegen Vollendung des 60., 63. oder 65 Lebensjahres) dargestellt.

Wie Tabelle 8 zeigt, lagen von den insgesamt 182 605 erstmals ausgezahlten Renten der Männer 11,5 % unter 500 DM im Monat, während es bei den 198 348 Renten der Frauen 47,7 % waren. Gleichzeitig lagen 57,5 % der an Männer ausgezahlten Renten über 1500 DM im Monat, während diesen Betrag nur 5,5 % der Frauenrenten erreichten. Auch wenn sich bei den Frauen in manchen Fällen zumindest zwei Renten kumulieren werden, so gab es 1985 noch sehr viele Rentnerinnen, bei denen die eigene Rente nicht zum selbständigen Lebensunterhalt ausreicht, die also in einem gewissen Sinn in einer persönlichen finanziellen Abhängigkeit stehen dürften.

Unzureichende Renteneinkommen als Folge geringer oder gar fehlender Erwerbseinkommen sowie mangelnde finanzielle Unterstützung durch Verwandte führen immer wieder dazu, daß ein Teil der älteren Frauen, aber auch einige ältere Männer auf öffentliche Sozialhilfe angewiesen sind. Der Anteil der älteren So-

zialhilfeempfängerinnen und -empfänger in Baden-Württemberg an der jeweiligen Altersgruppe der durchschnittlichen Wohnbevölkerung hat sich zwar von 1970 bis 1986 generell verringert, lag aber bei den 65jährigen und älteren mit 3,7 % immer noch etwas über dem Durchschnittswert der Gesamtbevölkerung (3,3 %) (Tabelle 9).⁸

Im Laufe des Jahres 1986 bezogen somit 49 187 Personen im Alter von 65 Jahren und mehr Sozialhilfe; darunter waren 38 223 Frauen. Bei diesen Frauen dürfte es sich vor allem um hochbetagte Witwen handeln, die sich im Anschluß an eine längere Familienphase während des Krieges bzw. in der unmittelbaren Nachkriegszeit keine ausreichende Alters-

versorgung mehr erarbeiten konnten. In diesem Zusammenhang ist auch nicht weiter überraschend, daß die Sozialhilfeempfänger ab 65 Jahren 3 mal häufiger ihre Sozialhilfeleistungen in Form von Hilfe zur Pflege bekamen als die Sozialhilfeempfänger insgesamt.

In der Altersgruppe der 60 bis unter 65jährigen ging der Anteil der Sozialhilfeempfänger an der entsprechenden Gesamtbevölkerung von 2,4 % (1970) auf 1,8 % (1986) zurück, wobei sich der Anteilswert der Frauen mit 1,9 % fast dem der Männer (1,7 %) anglich (Tabelle 9). Im Laufe der Zeit - auch in Verbindung mit den Rentenanpassungen an den allgemein gestiegenen Lebensstandard - rückten immer mehr Personen ins rentenfähige Alter, die sich während ihres Erwerbslebens selbst eine ausreichende Altersversorgung erarbeiten konnten. Die absolute und relative Zunahme der Sozialhilfeempfänger insgesamt seit 1970 wurde also nicht durch die materielle Lage der älteren Menschen hervorgerufen, sondern es handelt sich hierbei vielmehr um Arbeitsmarktprobleme der mittleren und nachwachsenden Generation.

- 8) Zur Altersgliederung der Sozialhilfeempfänger in Baden-Württemberg vgl. auch Linder, Peter: Die Empfänger von Sozialhilfe in Baden-Württemberg, Landesergebnisse, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, 2/1988, S. 67 ff.

Tabelle 9

Ältere Empfängerinnen und Empfänger von Sozialhilfe in Baden-Württemberg nach ausgewählten Jahren

Alter Geschlecht		1970		1980		1982		1984		1986	
		Anzahl	% ¹⁾								
Insgesamt	Frauen	84 882	1,8	119 953	2,5	128 269	2,7	142 790	3,0	163 823	3,4
	Männer	56 767	1,3	96 895	2,2	103 213	2,3	115 860	2,6	144 102	3,2
	Zusammen	141 649	1,6	216 848	2,3	231 482	2,5	258 650	2,8	307 925	3,3
Darunter im Alter von 60 bis unter 65 Jahren											
	Frauen	7 842	2,7	4 288	2,2	5 074	2,0	5 300	1,8	5 332	1,9
	Männer	3 972	1,9	2 108	1,6	2 571	1,6	2 991	1,6	3 369	1,7
	Zusammen	11 814	2,4	6 396	2,0	7 618	1,8	8 291	1,7	8 701	1,8
65 und mehr Jahren											
	Frauen	31 663	5,0	39 880	4,7	38 180	4,6	36 300	4,4	38 223	4,5
	Männer	12 007	3,0	11 839	2,4	10 805	2,3	10 440	2,3	10 964	2,4
	Zusammen	43 670	4,2	51 719	3,9	48 985	3,8	46 740	3,7	49 187	3,7

1) Anteil der Sozialhilfeempfänger an der jeweiligen Altersgruppe der durchschnittlichen Wohnbevölkerung (1970: Wohnbevölkerung am 27. Mai; sonst Bevölkerungsfortschreibung).

Ausgewählte Vermögensbestände

Die materielle Lebenssituation der älteren Menschen in Baden-Württemberg soll hier nicht nur mit Hilfe von Angaben zur Höhe der laufenden Einkommen beschrieben werden, sondern in die Analyse wird im folgenden auch die Vermögenslage der privaten Haushalte miteinbezogen. Strukturdaten zur Ausstattung der Haushalte älterer Bezugspersonen mit Geldvermögen liefert dazu die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe von 1983, eine freiwillige Befragung von 6 750 deutschen Haushalten (ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen ab 25 000 DM) in Baden-Württemberg. Allerdings sind in diesem recht sensiblen Themenbereich der Auswertung enge Grenzen gesetzt.⁹

Tabelle 10 zeigt eine Aufschlüsselung ausgewählter Geldvermögensbestände privater Haushalte nach den Kategorien "Sparbücher", "Bausparguthaben", "Wertpapiere", "Lebensversicherungen" sowie "Kreditverpflichtungen". Es ist dabei sicher nicht erstaunlich, daß mit steigendem Haushaltsnettoeinkommen einerseits der Anteil der Haushalte zunahm, die angaben, in der jeweiligen Anlageart Vermögen zu besitzen, andererseits sich die durchschnittlichen Bestände dieser Guthaben ebenfalls erhöhten.

Unabhängig von einer Altersdifferenzierung der Bezugspersonen privater Haushalte ist das Sparbuch die weitaus populärste Anlageart; mit Ausnahme von Beziehern sehr geringer Einkommen nutzen über neun von zehn Haushalten diese Form der Vermögensbildung (Tabelle 10).

9) Probleme ergeben sich insbesondere bei der Vermögensbewertung sowie bei der Auskunftsbereitschaft der befragten Haushalte, wobei die Freiwilligkeit der Erhebung zudem generell verzerrte Ergebnisse bringen dürfte. Vgl. dazu Kössler, Richard: Ausgewählte Geldvermögensbestände privater Haushalte, Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1983, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, 8/1985, S. 282.

Demgegenüber wird die Höhe des Guthabens auf Sparbüchern deutlich vom Alter der Bezugspersonen mitbestimmt. Nach den Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1983 hatten Bezugspersonen im Alter von 65 und mehr Jahren - die meist nicht erwerbstätig sind und nur über unterdurchschnittlich hohe aktuelle Einkommen verfügen - die im Durchschnitt höchsten Spareinlagen, nämlich über 15 000 DM. Das dürfte damit zusammenhängen, daß ältere Menschen normalerweise längere Ansparzeiten nutzen können als jüngere.

Im Gegensatz zum Sparbuch ist das Bausparen eine zweckgebundene Sparform, die speziell darauf abzielt, finanzielle Mittel für bauliche Maßnahmen oder den Erwerb von Grund- bzw. Wohnungseigentum bereitzustellen. Vor diesem Hintergrund wird klar, daß das Bausparen für ältere Menschen von relativ geringem Interesse ist. So hatten von allen Haushalten mit Bezugspersonen im Alter von 70 Jahren und mehr nur knapp 18 % ein Bausparguthaben, während es bei den 35 bis unter 45jährigen Bezugspersonen über 68 % waren und im Gesamtdurchschnitt aller Haushalte fast 50 %. Gleichzeitig nahm mit zunehmendem Alter auch das durchschnittliche Bausparguthaben ab, da in Abhängigkeit vom Alter der Anteil der Wohnungseigentümer steigt, die sich nur noch vergleichsweise geringere Sparziele setzen (können).

Die Vermögensbildung mit Hilfe von Wertpapieren wie Aktien, Obligationen, Pfand- oder Sparbriefen findet in der Bevölkerung unter den hier betrachteten Anlagearten die geringste Resonanz. Im Durchschnitt legten nur drei von zehn Haushalten ihre Gelder in dieser Form an. Bei den Haushalten mit Bezugspersonen im Alter von 65 und mehr Jahren war diese Anlageform ebenfalls nicht häufiger verbreitet, hatte jedoch eine größere Bedeutung als das Bausparen. Die relativ geringe Streuung von Wertpapierbesitz korrespondiert mit überdurchschnittlich hohen Einzelguthaben; dies gilt ganz besonders für die Haushalte mit Bezugspersonen im Alter über 65 Jahren, die im Durchschnitt ein vergleichsweise hohes Wertpapiervermögen von ca. 40 000 DM besaßen. Wertpapiere sind also für ältere Menschen eine Anlageform, die zwar nur einen relativ ge-

Tabelle 10

Ausgewählte Geldvermögensbestände privater Haushalte*) in Baden-Württemberg am 31.12.1983

Gegenstand der Nachweisung	Sparbuch		Bausparguthaben		Wertpapiere 1)		Lebensversicherung 2)	Kreditverpflichtung 3)	
	Anteil 4)	Betrag 5)	Anteil 4)	Betrag 5)	Anteil 4)	Betrag 5)	Anteil 4)	Betrag 5)	
	%	DM	%	DM	%	DM			%
Haushalte insgesamt	92,5	11 930	49,2	12 965	30,8	26 429	63,6	15,3	11 578
Monatliches Haushaltsnettoeinkommen von ... bis unter ... DM 6)									
unter 800	77,0	7 944	(15,1)	(4 988)	/	/	(26,2)	/	/
800 – 1 200	85,1	7 070	(16,5)	(5 477)	(17,3)	(18 421)	35,0	(8,2)	(7 963)
1 200 – 1 800	91,9	11 556	32,6	9 917	24,2	19 373	48,3	15,4	6 067
1 800 – 2 500	94,3	12 276	48,9	10 833	31,8	20 665	66,5	16,3	8 142
2 500 – 5 000	95,7	12 287	67,5	14 354	37,0	28 540	78,9	18,8	12 787
5 000 – 10 000	95,3	19 479	73,0	18 276	48,5	48 229	87,9	(10,3)	(39 399)
Alter der Bezugsperson von ... bis unter ... Jahren									
unter 25	(87,0)	(3 701)	(41,6)	(4 873)	/	/	(29,0)	/	/
25 – 35	91,6	7 275	65,3	16 440	25,0	14 169	68,5	32,4	9 173
35 – 45	94,7	8 322	68,4	14 718	30,8	14 147	80,1	21,4	14 608
45 – 55	93,3	12 449	66,4	12 335	33,2	21 129	82,8	18,4	13 954
55 – 65	92,8	14 521	45,7	10 300	36,5	32 194	68,0	9,7	10 023
65 – 70	89,5	15 924	27,0	7 529	31,3	39 338	43,4	/	/
70 und mehr	91,8	15 354	17,9	10 500	29,4	40 743	36,6	(2,5)	(8 318)

*) Ohne Haushalte von Ausländern, ohne Anstaltshaushalte und ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 25 000 DM und mehr. – 1) Aktien, Obligationen, Pfandbriefe, Sparbriefe, Investmentzertifikate usw. – 2) Einschließlich Aussteuer-, Ausbildungs-, Sterbegeldversicherungen u.ä. – 3) Ohne Kreditverpflichtungen aus Hypotheken, Baudarlehen u.ä. – 4) Anteil der Haushalte mit jeweiliger Vermögensart an den Haushalten der vorgenannten Gruppe. – 5) Durchschnittliches Guthaben bzw. Restschuld je Haushalt der vorgenannten Gruppe mit der entsprechenden Vermögensart. – 6) Selbsteinstufung der Haushalte in vorgegebene Einkommensgruppen im Januar 1983; ohne Haushalte von Landwirten; in der Einkommensgruppe ab 10 000 DM liegen keine aussagefähigen Ergebnisse vor.

ringen Verbreitungsgrad hat, wenn sie aber gewählt wird, dann werden relativ hohe Summen angelegt.

Für die privaten Haushalte insgesamt sind Lebensversicherungsverträge nach dem Sparbuch die am häufigsten genutzte Anlageform; dies gilt auch dann, wenn die Bezugspersonen bereits 65 Jahre und älter sind. Schwerpunktmäßig wird diese Form der Vermögensbildung allerdings von den Erwerbstätigen der mittleren Altersgruppen gewählt. Da bei Lebensversicherungsverträgen die Bestimmung des aktuellen Guthabens insbesondere wegen der engen Verflechtung von Risiko- und Sparkomponente schwierig ist, wurde hier auf einen Nachweis der Höhe dieser Guthabenbestände verzichtet.

Die Vermögenssituation älterer Menschen ist nicht allein nach der Höhe angesamelter Guthaben zu beurteilen, sondern es sind eventuell bestehende Rückzahlungsverpflichtungen für erhaltene Dar-

lehen zu berücksichtigen. In die folgende Analyse können jedoch nur die Kredite einbezogen werden, die nicht in direktem Zusammenhang mit Grunderwerb stehen, d.h. es dürfte sich in erster Linie um Konsumentenkredite handeln, die meist gezielt zum Kauf von Gebrauchsgütern aufgenommen wurden.

Von den Haushalten mit Bezugspersonen ab 65 Jahren war nur ein sehr kleiner Teil durch Kreditverpflichtungen belastet (Tabelle 10); diese Haushalte haben möglicherweise ihre größeren geplanten Anschaffungen bereits getätigt und schon weitestgehend abbezahlt. Bemerkenswert ist, daß die wenigen Haushalte mit Bezugspersonen über 70 Jahren, die Angaben, Kreditverpflichtungen zu haben, einen im Durchschnitt nicht unwesentlichen Betrag in Höhe von 8300 DM noch zurückzahlen hatten.

Insgesamt hat sich gegenüber der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe von

1978 die Vermögenslage der Haushalte mit älteren Bezugspersonen verbessert. 1983 lagen die Nettogeldvermögen der Haushalte mit Bezugspersonen ab 65 Jahren bereits deutlich über dem Durchschnitt aller Haushalte, während sie 1978 noch leicht unterdurchschnittlich waren.¹⁰ Offensichtlich macht sich hier immer mehr das Nachwachsen derjenigen Generation bemerkbar, die einen großen Teil ihres Erwerbslebens zur Zeit des wirtschaftlichen Aufschwungs nach dem 2. Weltkrieg verbringen konnte und so bei der Vermögensbildung bessere Chancen hatte als frühere Jahrgänge.

Zur Abrundung der Analyse der Vermögenssituation älterer Menschen in Baden-Württemberg werden abschließend die Ergebnisse aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1983 zur Grundausstattung der Haushalte mit ausgewählten langlebigen Gebrauchsgütern herangezogen. Diese Ergebnisse beruhen auf einer freiwilligen Befragung von 7550 deut-

schen Haushalten (ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen ab 25 000 DM), die Anfang 1983 durchgeführt wurde.¹¹

In der Gesamtbetrachtung zeigt ein altersspezifischer Vergleich der Ausstattungsniveaus mit langlebigen Gebrauchsgütern, daß die Haushalte mit Bezugspersonen ab 65 Jahren hinsichtlich ihres Lebensstandards durchaus mit den übrigen Haushalten mithalten können (Tabelle 11). Die Älteren sind zwar normalerweise nicht so sehr daran interessiert, ihre Haushaltsausstattung dem jeweils neuesten technischen Stand anzupassen, aber umso mehr am Erhalt eines einmal erreichten Standards.

Unterscheidet man einzelne Produkte, können anhand einer Altersdifferenzierung bestimmte Gegenstände identifiziert

10) Vgl. Kössler, R.: Ausgewählte Geldvermögensbestände ..., a.a.O., S. 286.

11) Vgl. dazu Kössler, Richard: Die Ausstattung privater Haushalte mit ausgewählten langlebigen Gebrauchsgütern, Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1983, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, 4/1984, S. 85ff.

Tabelle 11

Langlebige Gebrauchsgüter in Privathaushalten älterer Bezugspersonen in Baden-Württemberg 1983*)

Gegenstand der Nachweisung	Haushalte insgesamt	Darunter mit Bezugspersonen im Alter von ... bis unter ... Jahren	
		65 – 70	70 und mehr
%			
Fernsehgerät	90,9	92,2	89,3
Rundfunkgerät	78,1	83,8	79,2
Tonbandgerät (auch Kassettenrekorder)	35,2	23,8	15,0
Plattenspieler	28,7	22,1	21,3
Stereoanlage	36,4	22,8	11,5
Photoapparat	78,5	67,1	44,3
Kühlschrank	81,1	81,0	83,0
Gefrierschrank, -truhe	51,4	47,3	33,7
Elektrische Waschmaschine	85,0	87,5	71,4
Staubsauger	95,3	94,5	93,3
Nähmaschine	73,2	82,4	67,4
Telefon	86,0	83,3	80,2
PKW	69,3	48,7	28,0
Fahrrad	68,0	53,0	31,2

*) In Prozent aller Haushalte.

werden, die eher von Jüngeren oder eher von Älteren genutzt werden. So waren Haushalte mit Bezugspersonen ab 65 Jahren z.B. unterdurchschnittlich häufig mit Tonbandgeräten, Plattenspielern, Stereo-Anlagen und Photoapparaten ausgestattet; das gleiche traf bei Produkten zu, deren Gebrauch eine gewisse körperliche Konstitution voraussetzt, wie z.B. Autos und Fahrräder. Auch Gegenstände, deren Nutzung erst ab einer gewissen Haushaltsgröße rentabel wird, z.B. Gefrierschränke und -truhen, waren in Haushalten mit älteren Bezugspersonen vergleichsweise selten vorhanden. Etwas anders sieht es bei Fernsehgeräten und insbesondere Rundfunkgeräten aus, die von Haushalten mit älteren Bezugspersonen sogar etwas häufiger als im Durchschnitt angeschafft worden waren.

Unter dem Gesichtspunkt der zwischenmenschlichen Kontakte ist die Verbreitung des Telefons bei älteren, insbesondere etwas weniger mobilen Menschen sehr wichtig. Acht von zehn Haushalten stand dieses wichtige Kommunikationsmittel zur Verfügung; dieser Anteil liegt schon nahe am Durchschnitt aller Haushalte.

Aspekte der Wohnsituation

Da für die subjektive wie objektive Einschätzung der Lebenslage die häusliche Umgebung sowie das Wohnumfeld eine wichtige Rolle spielen, werden im folgenden einige Aspekte der Wohnsituation älterer Menschen aufgezeigt. Ausgehend von der Datenlage in der amtlichen Statistik muß sich die Analyse dabei allerdings auf ausgewählte Merkmalskategorien von Wohnungen konzentrieren.

Ein erstes Merkmal, das wichtige Hinweise auf die Wohnsituation älterer Menschen geben kann, betrifft die Frage des Wohneigentums und der Mietverhältnisse. Es dürfte nämlich einen bedeutenden Unterschied ausmachen, ob man in einem Eigentümerhaushalt oder nur in einer Mietwohnung wohnt. Die Mehrzahl aller Haushalte in Baden-Württemberg, etwas mehr als 50 %, waren nach den Ergebnissen der Mikrozensus von 1972 und 1982 Hauptmieterhaushalte (Tabelle 12); das traf auch auf die Haushalte mit Bezugspersonen ab 65 Jahren zu, die ebenfalls mit nahezu gleichbleibendem Anteil (50

bzw. 51 %) in Hauptmieterhaushalten wohnten. Bei den Haushalten mit Bezugspersonen zwischen 50 bis unter 65 Jahren gab es dagegen einen deutlichen Rückgang des Anteils der Hauptmieterhaushalte von fast 50 % auf etwas über 40 %, verbunden mit einem entsprechenden Anstieg des Anteils der Eigentümerhaushalte.¹²

Die Miete stellt für die älteren Mieterinnen und Mieter die monatlich größte Ausgabe dar. Für die 60 Jahre und ältere Bevölkerung in Hauptmieterhaushalten, für die sowohl Angaben zum Haushaltsnettoeinkommen als auch zur Miethöhe vorliegen, kann die monatliche Mietbelastung berechnet werden (Tabelle 13). Dazu wurde die Mikrozensuszusatz-erhebung von 1982 über die "Mietbelastung und Unterbringung des Haushalts" mit Mikrozensusergebnissen desselben Jahres kombiniert. Die Mietbelastung drückt die Relation zwischen monatlicher Miete und monatlichem Nettoeinkommen des Haushalts aus.

Von insgesamt 249 700 Personen im Alter von 60 Jahren und älter in Einpersonenhaushalten, für die die entsprechenden Daten vorliegen, gaben 28 % unter 15 % ihres Haushaltsbudgets für Miete aus. 22 % mußten schon zwischen 25 und 35 % aufbringen und bei insgesamt 11 % verschlang die Miete mehr als 35 % ihres Haushaltsnettoeinkommens. In Abhängigkeit von der Einkommenshöhe zeigt sich, daß gerade die Gruppe mit Einkommen unter 1 000 DM monatlich deutlich höher belastet war, als die Gruppe derjenigen mit höheren Haushaltsnettoeinkommen; denn 56 % der Personen in der Einkommensgruppe unter 1 000 DM bezahlten

12) Methodisch wird in diesem Bericht zwischen der älteren Bevölkerung in Privathaushalten insgesamt und den älteren Bezugspersonen der Haushalte unterschieden. Während bei der Bevölkerung in Privathaushalten die Gesamtzahl aller Älteren in den Haushalten berücksichtigt wird, werden bei dem Bezugspersonenkonzept nur Haushalte gezählt, deren Bezugsperson im entsprechenden Alter ist.

Tabelle 12

Eigentums- und Mietverhältnisse der Haushalte mit älteren Bezugspersonen in Baden-Württemberg 1972 und 1982

Jahr	Alter des Haushaltsvorstands von ... bis unter ... Jahren	Haushalte insgesamt		Davon					
				Eigentümer		Hauptmieter		Untermieter	
		1000	%	1000	%	1000	%	1000	%
1972	40 – 65	1 400	43	679	49	652	47	69	5
	65 und mehr	707	22	323	46	351	50	33	5
	Insgesamt	3 241	100	228	38	1 701	52	311	10
1982	50 – 60	631	17	366	58	251	40	14	2
	60 – 65	247	7	139	56	105	43	/	/
	65 und mehr	922	25	430	47	472	51	20	2
	Insgesamt	3 713	100	1 582	43	1 975	53	156	4

mehr als 25 % ihres Einkommens an Miete. Dazu müssen noch (je nach Jahreszeit und Haushaltsgröße unterschiedlich) die sogenannten Nebenkosten, d.h. vor allem Heizung und Strom, hinzuaddiert werden.

Bei den Älteren in Mehrpersonenhaushalten lagen für 1982 die entsprechenden Daten für insgesamt 356 400 Personen

vor. Die Einkommenshöhe dieser zur Miete wohnenden Mehrpersonenhaushalte lag auch deutlich über dem Niveau der Einpersonenhaushalte (vgl. Tabelle 7). Bei mehr als der Hälfte der in Mehrpersonenhaushalten wohnenden Älteren (55 %) betrug die Mietbelastung 1982 unter 15 % des Haushaltsbudgets. 11 % mußten mehr als 25 % ihres Haushaltsnettoeinkommens für Miete ausgeben.

Tabelle 13

Ältere Bevölkerung in Hauptmieterhaushalten*) in Baden-Württemberg 1982 nach Haushaltsnettoeinkommen und Mietbelastung

Haushaltsgröße Monatliches Haushaltsnettoeinkommen von ... bis unter ... DM	Personen in Hauptmieter- haushalten insgesamt	Darunter mit Mietangabe	Mit einer monatlichen Mietbelastung ¹⁾ von ... bis unter ... % des jeweiligen Haushaltsnettoeinkommens			
			unter 15	15 – 25	25 – 35	35 und mehr
			1000		%	
Einpersonenhaushalte						
unter 1 000	123,5	82,0	14	30	31	25
1 000 – 1 800	154,0	128,1	29	45	20	(6)
1 800 – 2 500	33,3	29,7	48	42	/	/
2 500 und mehr	11,0	(9,9)	(63)	/	/	–
Zusammen	321,8	249,7	28	39	22	11
Mehrpersonenhaushalte						
unter 1 800	160,3	117,7	30	45	17	(7)
1 800 – 2 500	128,4	115,1	57	38	/	/
2 500 – 3 500	86,3	78,4	71	27	/	–
3 500 und mehr	49,2	45,2	87	11	/	–
Zusammen	424,2	356,4	55	34	8	3
Insgesamt	746,0	606,1	44	36	14	6

*) 60 Jahre und älter; ohne Bevölkerung in Haushalten, deren Bezugsperson selbständiger Landwirt oder mithelfender Familienangehöriger ist sowie in Haushalten ohne Angabe zum Haushaltsnettoeinkommen. – 1) Zur Miete rechnen Beträge für Wasser, Müllabfuhr, Treppenhausbeleuchtung, Schornsteinfeger, nicht aber Warmwasser, Heizung, Strom und evtl. Möblierungszuschlag.

Tabelle 14

**Ältere Bevölkerung in Privathaushalten*) in Baden-Württemberg 1982
nach Haushaltsnettoeinkommen und Wohnverhältnis**

Haushaltsgröße Monatliches Haushaltsnettoeinkommen von ... bis unter ... DM	Neubau 1)		Altbau 2)		Zusammen
	Wohnverhältnis				
	Eigentümer	Hauptmieter	Eigentümer	Hauptmieter	
	%				1000
Einpersonenhaushalte					
unter 1 000	/	5	34	60	190,5
1 000 – 1 800	(2)	7	33	58	238,1
1 800 – 2 500	/	/	39	49	59,8
2 500 und mehr	/	/	46	42	23,3
Zusammen	2	6	35	57	511,7
Mehrpersonenhaushalte					
unter 1 000	/	/	55	39	60,4
1 000 – 1 800	2	5	51	41	292,0
1 800 – 2 500	3	5	52	39	288,2
2 500 und mehr	9	3	58	30	405,9
Zusammen	5	4	54	36	1 046,5
Insgesamt	4	5	48	43	1 558,2

*) 60 Jahre und älter; ohne Bevölkerung in Haushalten, deren Bezugsperson selbständiger Landwirt oder mithelfender Familienangehöriger ist, sowie in Haushalten ohne Angabe zum Haushaltsnettoeinkommen und ohne Bevölkerung in Untermietverhältnissen. – 1) Jahr der Fertigstellung der Wohnung 1972 und später. – 2) Jahr der Fertigstellung der Wohnung vor 1972.

Im Vergleich zu den Einpersonenhaushalten kostete bei den Mieterinnen und Mietern in Mehrpersonenhaushalten über alle Einkommensgruppen hinweg betrachtet die Monatsmiete einen deutlich geringeren Teil des Budgets. (Wegen zu geringer Fallzahlen sind bei den Ein- und Mehrpersonenhaushalten die jeweils unterschiedlichen Einkommensgruppen zu beachten!) Dies liegt auch daran, daß die Mietkosten für größere Wohnungen nicht proportional steigen, d.h. die Mieten für kleinere Wohnungen, in denen vorwiegend nur eine Person leben kann, sind relativ höher als Mieten größerer, für Mehrpersonenhaushalte geeignete Wohnungen. Insoweit dürfte auch in Zukunft gerade für ältere alleinlebende Menschen der Bedarf an preiswerten kleineren Wohnungen weiterbestehen.

Im Jahr 1982 lebten bereits 56 % der Haushalte mit Bezugspersonen im Alter von 60 bis unter 65 Jahren und immerhin 47 % der Haushalte mit Bezugspersonen

ab 65 Jahren in ihren eigenen "vier Wänden". Im Vergleich zu den Mikrozensusergebnissen von 1972 bedeutet das für die Haushalte der "jüngeren Alten" (50 bis unter 65 Jahren) eine deutliche absolute und relative Zunahme von Wohneigentum, während die Haushalte mit Bezugspersonen über 65 Jahren bereits 1972 ihr Niveau von 1982 erreicht hatten. In Zukunft wird auch in dieser Altersgruppe der Anteil der Eigentümerhaushalte noch steigen, da dann die Haushalte der "jüngeren Alten" in die entsprechend höhere Altersgruppe nachrücken werden.

Die Möglichkeiten Wohneigentum zu erwerben bzw. zu besitzen, hängen in erster Linie von den finanziellen Mitteln eines Haushalts ab. Im allgemeinen nimmt deshalb mit zunehmendem Haushaltseinkommen auch der Anteil der in Eigentümerhaushalten wohnenden Bevölkerung zu. Tabelle 14 soll diesen Zusammenhang insbesondere für die Bevölkerung im Al-

ter über 60 Jahre aufzeigen; dabei werden die Wohnverhältnisse der älteren Bevölkerung differenziert nach Anzahl der Haushaltsmitglieder (Einpersonenhaushalte gegenüber Mehrpersonenhaushalte) und Baujahr der Wohnung (Altbau bzw. Neubau) dargestellt.

Aufgrund der relativ geringen Fallzahlen bei den Neubauwohnungen ist es angebracht, sich bei der Analyse auf den Bereich der Altbauwohnungen zu konzentrieren. Hier zeigt sich, daß bei den Einpersonenhaushalten der Anteil der in Eigentümerhaushalten lebenden älteren Menschen mit 35 % viel geringer ist als bei den Mehrpersonenhaushalten (54 %). Wohnen ältere Menschen allein in ihrem Haushalt, so sind sie nicht nur viel häufiger Mieter (57 %) als Eigentümer (35 %), sondern die Art ihres Wohnverhältnisses wird auch sehr viel stärker von ihren Einkommensverhältnissen bestimmt als in Mehrpersonenhaushalten. Von den 60jährigen und älteren, die 1982 allein in einem Altbau wohnten und ein monatliches Einkommen von unter 1 000 DM zur Verfügung hatten, waren über 60 % Hauptmieter dieser Wohnung, während dieser Anteil bei Einpersonenhaushalten mit einem Haushaltsnettoeinkommen von 2 500 DM und mehr pro Monat auf fast 40 % zurückging. Bei den Mehrpersonenhaushalten ist dieser Zusammenhang dagegen nicht so offensichtlich; er wird dann etwas deutlicher, wenn Neubau- und Altbauwohnungen zusammengefaßt betrachtet werden.

Unabhängig von den Eigentümerverhältnissen nahm 1982 sowohl bei den Einpersonenhaushalten als auch bei den Mehrpersonenhaushalten der Anteil derjenigen älteren Menschen, die in Altbauwohnungen lebten, mit zunehmendem Haushaltseinkommen ab, und zwar von 94 % bei einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen unter 1 000 DM auf 88 % bei einem Einkommen von 2 500 DM und mehr im Monat; dementsprechend nahm auf der anderen Seite der Anteil der in Neubauwohnungen lebenden älteren Menschen mit steigendem Haushaltseinkommen zu. Insgesamt gesehen, wohnt die ältere Bevölkerung also überwiegend, insbesondere auch deutlich häufiger als die jüngere Bevölkerung, in Altbauwohnungen.

Der am Durchschnitt gemessen relativ hohe Anteil an Wohneigentum in der älteren Generation repräsentiert einen beachtlichen Vermögenswert, der eines Tages an die jüngeren Generationen übertragen werden wird, so daß sich allein schon dadurch die materielle Ausgangsbasis für die kommenden älteren Generationen weiter verbessern dürfte.

Anzufügen bleibt hier noch, daß sich im Zeitraum von 1972 bis 1982 auch der Anteil der Untermieterhaushalte mit Bezugspersonen ab 60 Jahren zurückentwickelt hat (Tabelle 12), was ebenfalls häufig mit verbesserten Wohnverhältnissen verbunden ist.

Tabelle 15

Wohnungsausstattung der Haushalte mit älteren Bezugspersonen in Baden-Württemberg 1982

Alter der Bezugsperson von ... bis unter ... Jahren	Inhaberhaushalte ¹⁾		Davon in Wohneinheiten			
	Anteil an allen Haushalten	darunter mit WC in der Wohneinheit	mit Sammelheizung ²⁾		ohne Sammelheizung ³⁾	
			mit Bad/Dusche	ohne Bad/Dusche	mit Bad/Dusche	ohne Bad/Dusche
%						
50 – 60	17	96	58	2	36	5
60 – 65	7	96	54	/	40	4
65 und mehr	25	94	49	3	38	11
Insgesamt	100	94	60	2	32	6

1) Haushalte, die Hauptmieter oder Eigentümer sind; ohne Inhaberhaushalte in Freizeitwohneinheiten. – 2) Fern-, Block-, Zentral- und Etagenheizung. – 3) Ofenheizung und übrige.

Um unabhängig von den oben analysierten Eigentumsverhältnissen eine vergleichende Beschreibung des Wohnungsstandards verschiedener Haushalte geben zu können, wird als Indikator die Ausstattung der Wohnungen mit WC, Bad bzw. Dusche sowie Sammelheizung herangezogen (Tabelle 15). Nach den Ergebnissen des Mikrozensus 1982 waren fast alle Inhaberhaushalte (Eigentümer- und Hauptmieterhaushalte) Baden-Württembergs mit einem WC innerhalb der Wohneinheit ausgestattet (94 %); das galt insbesondere auch für Haushalte mit älteren Bezugspersonen, wobei die Haushalte mit Bezugspersonen im Alter von 60 bis unter 65 Jahren sogar einen Ausstattungsgrad von 96 % vorweisen konnten.

Lang nicht so positiv sah es dagegen 1982 in bezug auf die Ausstattung der Haushalte mit Bad bzw. Dusche aus. Während zwar von den Haushalten mit Bezugspersonen im Alter von 60 bis unter 65 Jahren 94 % (das waren 2 Prozentpunkte mehr als bei den Haushalten insgesamt) Bad bzw. Dusche hatten, mußten demgegenüber 14 % der Haushalte mit Bezugspersonen ab 65 Jahren ohne diesen Komfort leben.

Ein ähnliches Ergebnis ergibt sich bei der Analyse der Art der Wohnungsbeheizung (Tabelle 15). Insgesamt waren 62 % aller Haushalte in Baden-Württemberg mit einer Sammelheizung (Fern-, Block-, Zentral- und Etagenheizung) ausgestattet; von den Haushalten mit Bezugspersonen ab 65 Jahren konnten aber nur 52 % auf diese bequemere Heizungsart, die speziell für ältere Menschen eine Erleichterung ist, zurückgreifen.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß gerade in Wohnungen ohne Sammelheizung auch häufiger als sonst kein Bad bzw. keine Dusche vorhanden sind. So müssen 11 % der Haushalte mit Bezugspersonen ab 65 Jahren sowohl ohne Bad bzw. Dusche als auch ohne Sammelheizung auskommen. Wahrscheinlich leben viele dieser älteren Menschen in Altbauwohnungen, die zu einer Zeit errichtet wurden, als Bad oder Dusche sowie Sammelheizung noch nicht zur Standardeinrichtung gehörten.

Insgesamt betrachtet hat sich die Ausstattung der Wohnungen gegenüber früheren Erhebungen deutlich verbessert,

jedoch liegt das durchschnittliche Ausstattungsniveau der Haushalte älterer Menschen, zumindest was die hier zugrundegelegten Ausstattungskriterien betrifft, noch immer unterhalb des Standards, der vom Durchschnitt aller Haushalte unabhängig vom Alter der Bezugspersonen repräsentiert wird. Bevor aus diesem altersspezifischen Ausstattungsdefizit politische Schlußfolgerungen gezogen werden können, ist vor allem zu berücksichtigen, daß gerade für ältere Menschen die materielle Wohnlage (Wohn Eigentum/Wohnungsausstattung) nicht das allein entscheidende Kriterium zur Beurteilung ihrer individuellen Wohnsituation ist, sondern daß das qualitative Wohnumfeld zumindest eine ebenso große Bedeutung für eine möglichst lange selbständige Lebensführung hat.

Zusammenfassung

- Auf dem Gebiet des heutigen Baden-Württembergs nahm die Zahl der älteren Menschen im Alter von 60 und mehr Jahren von 0,357 Mill. (1900) auf 1,798 Mill. (1987) zu; diese absolute Zunahme korrespondierte mit einem Anwachsen des Anteils der 60 Jahre und älteren an der Gesamtbevölkerung von 8,7 % (1900) auf 19,4 % (1987).
- Differenziert man die gesamte ältere Bevölkerung nach dem Alter, so fällt auf, daß sich die Zahl der Hochbetagten (80 Jahre und älter) überproportional erhöht hat; um 1900 betrug ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung 0,5 %, 1987 bereits 3,3 %.
- Nach einer Modellrechnung des Statistischen Landesamtes könnte sich die Zahl der 60 Jahre und älteren Menschen von 1,75 Mill. (1985) auf 2,42 Mill. (2020) erhöhen; gleichzeitig würde dadurch ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung von 19 % (1985) auf 31 % (2020) zunehmen.
- Aufgrund der höheren Lebenserwartung der Frauen im Vergleich zu der der Männer haben in der Altersgruppe der 60jährigen und älteren die Frauen ein zahlenmäßiges Übergewicht gegenüber den gleichaltrigen Männern.

- Die insgesamt relativ hohe Zahl von Verwitweten im hohen Alter trägt mit dazu bei, daß von den 60 bis unter 70jährigen 22 % und von den 70 Jahre und älteren sogar 43 % in Einpersonenhaushalten wohnen. Die älteren Menschen in Mehrpersonenhaushalten leben meistens mit ihrem Ehepartner zusammen; Haushalte mit älteren Personen, in denen zwei oder drei Generationen unter einem Dach zusammenwohnen, haben gegenwärtig keine allzu große Bedeutung.
- Die Erwerbsbeteiligung der älteren Männer und Frauen hängt vor allem von rentenrechtlichen Bestimmungen sowie von der Lage auf dem Arbeitsmarkt ab. Insgesamt kann davon ausgegangen werden, daß gegenwärtig die Erwerbstätigen im Alter von 65 und mehr Jahren - das sind in erster Linie Selbständige und mithelfende Familienangehörige - quantitativ für den Arbeitsmarkt keine Rolle mehr spielen.
- Die in Baden-Württemberg im Vergleich zum Bund insgesamt deutlich geringere Arbeitslosigkeit bedeutet nicht, daß dadurch die Arbeitsmarktprobleme der 55 bis unter 60jährigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gelöst wären; vielmehr ist gerade diese Altersgruppe auch in Baden-Württemberg verstärkt vom Risiko der Arbeitslosigkeit betroffen.
- Unzureichende Renteneinkommen als Folge geringer oder gar fehlender früherer Erwerbseinkommen sowie mangelnde finanzielle Unterstützung durch Verwandte führen immer wieder dazu, daß ein Teil der älteren Frauen, aber auch einige ältere Männer auf öffentliche Sozialhilfe angewiesen sind. Der Anteil der 65jährigen und älteren, die Sozialhilfe bezogen, hat sich zwar seit 1970 verringert, lag 1986 mit 3,7 % aber immer noch etwas über dem Durchschnittswert der Gesamtbevölkerung (3,3 %).
- Gegenüber 1978 hat sich im Durchschnitt die Vermögenslage der Haushalte mit älteren Bezugspersonen verbessert; 1983 lagen die angesparten Nettogeldvermögen der Haushalte mit Bezugspersonen ab 65 Jahren bereits deutlich über dem Durchschnitt aller Haushalte. Auch bei der Grundausstattung mit langlebigen Gebrauchsgütern können die "älteren Haushalte" durchaus mit den übrigen Haushalten mithalten.
- Der relativ hohe Anteil an Wohneigentum in der älteren Generation auf der einen Seite kann auf der anderen Seite nicht verhindern, daß das Ausstattungsniveau der Wohnungen älterer Menschen, was Bad bzw. Dusche sowie Heizkomfort betrifft, nur unterdurchschnittlich ist. Hier ist allerdings zu berücksichtigen, daß für die Entscheidung älterer Menschen, möglichst lange in ihrer vertrauten Wohnumgebung zu bleiben, neben der materiellen Wohnlage, insbesondere auch das qualitative Wohnumfeld ausschlaggebend ist.

3. Außenwirtschaft

5288104

3.1 Die Ausfuhren der baden-württembergischen Wirtschaft in den Dollar-Raum

Der Kursverfall des US-Dollars mit seinen mannigfachen Auswirkungen steht seit der im Frühjahr 1985 einsetzenden Abwertungsphase der US-amerikanischen Währung im Brennpunkt wirtschaftlicher Diskussionen¹. Der Beginn dieser Phase leitete zugleich eine unvermittelte Trendumkehr ein, mit der eine fünfjährige Aufwertungsphase des US-Dollars beendet wurde, dessen Außenwert im Vergleich zur DM seit 1980 auf das Doppelte gestiegen war. Die Ereignisse im Zusammenhang mit den weltweiten Einbrüchen an Devisenbörsen und Aktienmärkten am sogenannten "Schwarzen Montag", dem 19.10.1987, haben dabei die interdependenten Wirkungen eines Sturzes dieser Leitwährung, die heute immer noch die Entwicklung einer Vielzahl von am US-Dollar orientierten Währungen bestimmt, deutlich aufgezeigt und die teilweise kontroversen Debatten um Exportabhängigkeiten bzw. sogar "Exportlastigkeiten" noch verstärkt.

Um Strukturen und gegebenenfalls auch längerfristig sich ergebende Zusammenhänge zwischen den Verläufen von Wechselkursbewegungen und von Exporten des Landes aufzuzeigen, soll im vorliegenden Beitrag nach einer einleitenden Strukturdarstellung insbesondere die globale Ausfuhrentwicklung ab 1980 in verschiedene "Absatzregionen" bzw. Ausfuhrländer dargestellt werden. Anhand differenzierterer Untergliederungen nach Warengruppen sollen außerdem - im

Hinblick auf die aktuelleren Wechselkursentwicklungen -, beginnend ab 1984 speziell die Exporte in den Dollar-Raum und dessen wichtigste Länder untersucht werden.

Strukturdaten zur Exporttätigkeit 1986

1986 läßt sich die Situation der Exporttätigkeit zusammenfassend wie folgt charakterisieren: Der Warenwert des gesamten Weltexports belief sich auf 4 664 Mrd. DM.² Die Bundesrepublik Deutschland erreichte mit einer Quote von 11,3 % an der Weltausfuhr den höchsten Anteil vor den USA (10,1 %), Japan (9,8 %), Frankreich (5,5 %) und Großbritannien (5,0 %). Bei der Welteinfuhr lagen dagegen die USA mit einem Anteil von 17,2 % deutlich vor der Bundesrepublik Deutschland (8,5 %), Japan, Frankreich (jeweils 5,7 %) und Großbritannien (5,6 %).

Von der Gesamtausfuhr der Bundesrepublik kamen 18,1 % aus Baden-Württemberg; damit lag der Südweststaat im Ländervergleich anteilmäßig nach Nordrhein-Westfalen, das einen Bundesanteil von 26,3 % aufwies, und vor Bayern (15,5 %). Die Exportintensität - also die Ausfuhr je Kopf der Bevölkerung - war aber bei einem Bundesdurchschnitt von DM 8 620 im Land mit DM 10 240 unter

1) Vgl. hierzu z.B.: Drucksache 9/4405 des Landtags von Baden-Württemberg vom 30.04.87; Folgen des Dollar-Verfalls auf die baden-württembergische Exportwirtschaft.

2) Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch 1987 für die Bundesrepublik Deutschland; Stuttgart und Mainz 1987. Weltausfuhr berechnet auf "fob-Basis" auf Grund eines jahresdurchschnittlichen Umrechnungskurses von 2,17 DM pro US-Dollar (vorläufiger Wert).

Der Dollar-Raum**I USA****II Dollarbindung im engeren Sinne¹⁾****1. Karibik und Mittelamerika**

Antigua und Barbuda
Bahamas
Barbados
Belize
Dominica
El Salvador
Grenada
Guatemala
Haiti
Honduras
Nicaragua
Panama
St. Christoph und Nevis
St. Lucia
St. Vincent
Trinidad und Tobago

2. Südamerika

Paraguay
Peru
Surinam
Venezuela

3. Nahost

Bahrain*
Irak
Jemen
Jemen Dem.
Katar*
Oman
Saudi-Arabien*
Syrien
VAE*

4. Fernost

Afghanistan*
Hongkong*
Laos
Singapur*
Taiwan*
Vietnam

5. Afrika

Ägypten
Äthiopien
Dschibuti
Liberia

III Dollarbindung im weiteren Sinne²⁾

Kanada
Niederländische Antillen
Kuwait
Libyen
Thailand
Malaysia
Malediven

den Flächenländern mit Abstand am höchsten (Nordrhein-Westfalen: DM 8 320; Bayern: DM 7 440).

Die Exporttätigkeit unseres Landes wird entscheidend von Produkten des Verarbeitenden Gewerbes getragen, dessen Exportquote von 32,6 % im Jahre 1986 - gemessen als Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz im Verarbeitenden Gewerbe - über dem Bundesdurchschnitt von 30,1 % lag. Während der zurückliegenden Jahre nahm diese Quote, sieht man vom Jahre 1983 ab, von 23,0 % im Jahre 1975 stetig zu. Damit kam der Exporttätigkeit während dieses Zeitraums tendenziell auch zunehmende Bedeutung bezüglich der Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen zu. Die Struktur der aus dem Lande exportierten Güter zeigt dabei deutliche Schwerpunkte: So stellen allein Produkte der drei für Baden-Württemberg bedeutsamsten Wirtschaftsgruppen des Verarbeitenden Gewerbes - Kraftfahrzeuge, Maschinen, Elektrotechnische Erzeugnisse - 1986 rund zwei Drittel der Gesamtausfuhr des Landes. Beim Bundesexport lag der Anteil dieser Produkte bei knapp 45 %.

Nach einzelnen Verbrauchsländern differenziert, lagen die USA 1986 mit einem Ausfuhranteil am baden-württembergischen Export von 17,5 % deutlich vor Frankreich (12,1 %), der Schweiz (8,4 %), Italien (7,9 %), Großbritannien (6,6 %), den Niederlanden (5,9 %) und Österreich (5,7 %). Im Bundesdurchschnitt lag der Exportanteil in die USA dagegen lediglich bei 10,5 %. Kombiniert man die Exporte der wichtigsten Warengruppen nach den wichtigsten Verbrauchsländern, so zeigte sich für 1986, daß gut 40 % aller im Land hergestellten Kraftfahrzeuge in die USA, weitere 8 % nach Italien sowie knapp 7 % nach Frankreich exportiert wurden. Von den ausgeführten Maschinen gingen mehr als 13 %, von den elektrotechnischen Erzeugnissen nicht ganz 9 % in die USA. Nach Frankreich wurden dagegen gut 11 % aller Maschinen und sogar 16 % der elektrotechnischen Erzeugnisse exportiert.

Ausfuhr in den Dollar-Raum

In dieser Untersuchung sollen speziell Strukturen und Entwicklungen baden-

1) 31 Länder mit direkter Dollarbindung, 8 Länder (*) mit eng begrenztem Dollar-orientierten Floating. - 2) Länder mit frei floatenden oder Korb-gebundenen Währungen, deren Dollar-Wechselkurse sich seit Anfang 1980 nur mäßig verändert haben.

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft, Köln (Hrsg.); iw-trends, 1/87; Dokumentation: Der Dollarraum; Köln, 16. März 1987.

württembergischer Exporte in die USA sowie in solche Länder aufgezeigt werden, deren Währungen in mehr oder weniger engem Zusammenhang mit dem US-Dollar gebracht bzw. deren weitere Entwicklungen in Abhängigkeit von der des Dollars gesehen werden. Dabei handelt es sich um solche Länder, deren Währungen an den US-Dollar gebunden sind, und zwar entweder

- unmittelbar (bzw. direkt)
- eng-begrenzt (am US-Dollar orientiert) floatend oder
- frei-floatend, jedoch mit in der Realität lediglich geringen Wechselkursänderungen seit Anfang 1980.

Für diese Länder einschließlich der USA hat sich in der Wirtschaftspraxis üblicherweise der Begriff des "Dollarraumes" eingebürgert. Die künftigen Absatzchancen auf diesen Märkten, die - wie vor allem die USA - beträchtliche Exporte aufnehmen, die sich zudem oftmals auf Erzeugnisse weniger Wirtschaftsgruppen konzentrieren, gewinnen an Interesse für die Exportentwicklung insgesamt wie auch einzelner Branchen.

Zu den Ländern des Dollarraums werden nach einer vom Institut der deutschen Wirtschaft vorgenommenen Abgrenzung, die derzeit in der Praxis allgemein Anwendung findet, neben den USA 39 Länder mit Dollarbindung im engeren Sinne sowie 7 Länder mit Dollarbindung im weiteren Sinne gerechnet³⁾. Zu den Ländern mit Dollarbindung im engeren Sinne gehören 16 Länder der Karibik und Mittelamerikas, 4 südamerikanische Länder, 9 Länder des Nahen Ostens, 6 Länder Fernosts sowie 4 afrikanische Länder. Die Länder mit Dollarbindung im weiteren Sinne setzen sich zusammen aus Kanada, den Niederländischen Antillen, Kuwait, Libyen, Thailand, Malaysia und den Malediven (vgl. Übersicht 1).

Nicht alle Länder, die in diese Abgrenzung einbezogenen wurden, sind für den Export Baden-Württembergs von Bedeutung. Auch sind im weiteren zeitlichen Verlauf gewisse Zuordnungsänderungen bei einzelnen, jetzt dem Dollarraum zugerechneten Ländern in Folge stärkerer Paritätsveränderungen - vor allem bei Ländern mit Dollarbindung im weiteren Sinne - nicht auszuschließen. Um eine gewisse Einheitlichkeit und Vergleichbarkeit zu gewährleisten, wird die vorstehend aufgeführte Länderzusammensetzung jedoch in ihrer Gesamtheit bei nachfolgender Untersuchung als "Dollarraum" zugrunde gelegt.

Auf die Länder des Dollarraums entfielen 1986 bundesweit mit Waren im Wert von 83,1 Mrd. DM 15,8 % der Gesamtausfuhr. Die aus Baden-Württemberg in den Dollarraum abgesetzten Güter lagen mit rund 22,2 Mrd. DM anteilmäßig sogar bei 23,3 % der Gesamtausfuhr des Landes. Damit kamen deutlich mehr als ein Viertel (26,6 %) aller bundesweit in den Dollarraum exportierten Produkte aus Baden-Württemberg. Hierbei schlug vor allem das Ausfuhrgeschäft in die USA zu Buche, in die im Bundesdurchschnitt ein Anteil von 10,5 %, in Baden-Württemberg dagegen von 17,5 % - jeweils bezogen auf die Gesamtausfuhr - abgesetzt wurde. Damit kamen 30,1 % der Bundesausfuhr in die USA aus Baden-Württemberg. Im Vergleich zum Anteil von 18,1 % unseres Landes an der Bundesausfuhr insgesamt wird hieran die besondere Bedeutung des USA-Geschäfts für die baden-württembergische Exportwirtschaft deutlich.

Wechselkurs- und Exportentwicklung - Immaterielle Einflußfaktoren

Gegenüber einem Tages-Höchstkurs von beinahe DM 3,47 im Frühjahr 1985 hatte der Außenwert des US-Dollars im Vergleich zur DM bis Ende 1985 fast 30 %, im Verlauf des Jahres 1986 ein weiteres Fünftel eingebüßt. Von der durch diese deutliche Dollar-Abwertung gleichzeitig bedingten Aufwertung der DM wurden allgemein gravierende Wettbewerbsnachteile für deutsche Exportgüter, insbesondere im Dollarraum, befürchtet. Diese Reaktionen der Nachfragemärkte erfolgten jedoch zumindest nicht unmittelbar oder traten nicht in der erwarteten Intensität ein. So lag die Zunahme der baden-württembergischen Exporte in die

3) Vgl. Institut der deutschen Wirtschaft, Köln (Hrsg.): iw-trends, 1/87; Dokumentation: Der Dollarraum; Köln, 16. März 1987.- Zu der in diesem Zusammenhang immer wieder auch angesprochenen Frage der Fakturierung vgl. Fußnote 4).

Einflußfaktoren bei Exportgütern

Zeitverzögernde Einflußgrößen

- time-lag zwischen Ordererteilung - Produktion - Ausfuhr (Lieferzeit)
- Mittelfristig wirksame Bindungen zwischen Mutter- und Tochtergesellschaft auf der Basis von Verrechnungseinheiten (quasi - „Filterfunktion“)

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

- Preisentwicklung
Preisentwicklung im Verbrauchsland, Ausführpreise der Exportgüter, ggf. Preiszugeständnisse

Preiselastizitäten von Exportgütern

- Massengüter (hohe Substitutionsfähigkeit)
- Spezialfertigungen (geringe Preissensibilität)

Immaterielle Einflußgrößen

- Zuverlässigkeit, Service
- Marken - Image
Marken - Bewußtsein
Prestige, Tradition

USA bzw. in den Dollarraum 1985 gegenüber dem Vorjahr mit nominal + 10,6 % bzw. + 9,8 % vergleichsweise nur geringfügig unter dem Gesamtwachstum der Gesamtausfuhr des Landes (+ 12,3 %). 1986 blieb die Steigerungsrate der Ausfuhr in den Dollarraum zwar hinter der des Vorjahres zurück, fiel mit + 4,8 % jedoch noch etwas höher aus als die des Gesamtexports des Landes (+ 4,1 %). Hier haben sich vor allem die Exportgeschäfte in die USA günstig ausgewirkt, die nochmals eine kräftige Zunahme von + 14,1 % aufwiesen.

Während 1985 auch die Bundesexporte von der Wechselkursentwicklung noch unbeeinflusst waren, sind hier 1986 stärkere Reaktionen zu verzeichnen als im Land. So gingen bundesweit bei auch insgesamt rückläufiger Exportentwicklung um - 2,0 % auch die Ausfuhr in die

USA geringfügig (- 0,6 %) und in dem gesamten Dollar-Raum (- 7,9 %) deutlich zurück. Diese Entwicklungen legen den Schluß nahe, daß bei der Reaktion der Nachfragemärkte des Dollarraums - anders als bei der üblicherweise als friktionsfrei unterstellten Marktanpassung - Faktoren zum Tragen kommen, die zu zeitlichen Verzögerungen der Anpassung der Nachfrage an die Marktgegebenheiten führen, und die zumindest in einer Übergangsphase bewirken, daß als Ausdruck geringerer Preiselastizitäten bestimmter Produkte höhere Marktpreise akzeptiert werden (vgl. Übersicht 2).

Zu den Faktoren, die zu einer Anpassungsverzögerung der Marktreaktionen auf Kursveränderungen führen, ist vor allem der in der Regel bestehende time-lag zwischen Ordererteilung des ausländischen Käufers und der Auslieferung des Produktes zu rechnen. Hierbei wurden in der Vergangenheit auch längere Lieferfristen in Kauf genommen. Von Bedeutung dürften bei diesem Faktorenbündel außerdem auch die in der Praxis nicht selten anzutreffenden Bindungen zwischen Muttergesellschaften in der Bundesrepublik und Tochtergesellschaften in den Exportländern sein, bei denen Exportgeschäfte auf der Grundlage von Verrechnungseinheiten oftmals auf mittelfristiger Basis abgeschlossen werden. Die mittels derartiger Abkommen durchgeführten Exportgeschäfte laufen damit wertneutral, d.h. die Verrechnungseinheiten wirken quasi wie ein den Kursänderungen vorgeschalteter Filter⁴.

Bei der Wettbewerbsfähigkeit von Exportgütern wirkt sich entscheidend aus, ob es sich dabei um Massengüter mit hoher Preiselastizität bzw. großer Substitutionsfähigkeit handelt oder um Spezial-

4) In diesem Zusammenhang ist hier auch die oftmals aufgeworfene Frage der Fakturierung zu erwähnen (nach Schätzungen der Wirtschaft erfolgt die Rechnungsstellung bei gut vier Fünfteln aller Exportgüter in DM), die in der Praxis allerdings hauptsächlich auf die Verteilung des Wechselkursrisikos zwischen den Vertragspartnern - ähnlich wie bei den erwähnten Verrechnungseinheiten - Auswirkungen hat.

produkte und Sonderanfertigungen sowie um Erzeugnisse neuer Technologien ("high-tech"-Produkte) bzw. um "hochinnovative Erzeugnisse". Diese sind aufgrund geringerer Preissensibilität zumindest in einer ersten Reaktionsphase relativ "absatzstabil" und damit vergleichsweise wenig gefährdet. Eher immaterielle Einflußfaktoren, die z. B. im Prestige- oder Traditionsdenken, im Markenbewußtsein, der Firmentreue oder auch im "Mithalten-wollen" bestimmter Gesellschaftsschichten enthalten sind, wirken mit darauf hin, daß "Schmerzgrenzen" als Barrieren der Marktfähigkeit eines Exportgutes deutlich angehoben werden können. Ab welchem Punkt diese "Exportschwellen" erreicht sind, wird - vergleichbar mit den zuvor aufgeführten Spezialprodukten - selbst nicht mehr für Erzeugnisse bestimmter Wirtschaftsgruppen oder -branchen generell festzulegen sein, sondern sowohl käufer- als auch produktspezifisch deutliche Differenzierungen aufweisen.

Von Bedeutung ist neben der Entwicklung des Austauschverhältnisses der Währungen auch die weitere, allgemeine wirtschaftliche Entwicklung im Absatzland des deutschen Exportgutes und hier speziell die der Preissteigerungsraten. So hat sich z.B. in der zurückliegenden Zeit gezeigt, daß die vergleichsweise höheren Preissteigerungsraten in den USA den Wertverfall des US-Dollars zumindest zum Teil kompensiert haben. Auch Preiszugeständnisse, die aufgrund der zuvor wechselkursbedingt günstigen Gewinnsituationen möglich waren, dürften hierzu beigetragen haben.

Das Zusammentreffen derartiger, den Auswirkungen der Wechselkursentwicklung in der Vergangenheit in vielen Fällen entgegenwirkender Einflußgrößen ist offenbar ursächlich für die in den Jahren 1985 und 1986 noch durchaus günstige Entwicklung des Exports in die USA, bzw. in die Länder des Dollarraumes.

Exportanteil des Dollar-Raums 1980 bei rund einem Sechstel

Im Jahre 1980 wurden aus Baden-Württemberg insgesamt Waren im Wert von rund 59,3 Milliarden DM ausgeführt.

Knapp 45 % dieser Exportgüter wurden in die Länder der Europäischen Gemeinschaft (EG), und rund 20 % in die Mitgliedsländer der Europäischen Freihandelszone (EFTA) abgesetzt. Dagegen fiel der Anteil der Ausfuhren in die EG bundesweit mit rund 51 % höher, der in die EFTA-Länder mit gut 16 % geringer aus als im Lande.

In den Dollar-Raum flossen damals aus dem Land mit Waren im Wert von fast 10,3 Milliarden DM gut ein Sechstel, aus dem Bund dagegen mit 46 Milliarden DM lediglich 13 % des Gesamtexports. "Hauptabsatzland" im Dollar-Raum waren mit Abstand die USA, in die mit 5,9 Milliarden DM rund 10 % der Gesamtausfuhr des Landes bzw. nicht ganz 58 % der in den Dollar-Raum gelieferten Erzeugnisse exportiert wurden. Bereits damals waren die Geschäftsverbindungen zwischen den USA und Baden-Württemberg besonders eng, denn im Bundesdurchschnitt entfielen nur 6,1 % der Gesamtausfuhr auf Exporte in die USA. Die Beziehungen zu den anderen Ländern des Dollarraums waren demgegenüber in Land und Bund in etwa gleich gelagert. So entfiel auf die zur Kategorie der Länder mit Dollarbindung im engeren Sinne zugeordneten Staaten ein Anteil an der Gesamtausfuhr des Landes von 5 % (Bund ebenfalls 5 %), das entspricht 29 % der Landesexporte in den Dollar-Raum. Zu den bedeutsamsten Abnehmerländern dieser Gruppe gehörten Saudi-Arabien, der Irak, Ägypten, Singapur und Hongkong, deren Anteile an der Gesamtausfuhr Baden-Württembergs immerhin noch zwischen 1,1 % und 0,4 % lagen. Danach folgten Taiwan und die Vereinigten Arabischen Emirate. Von vergleichsweise geringer Bedeutung für den Export des Landes waren demgegenüber die Absatzmärkte von Ländern mit engem Bezug zum US-Dollar in der Karibik und Mittelamerika sowie in Südamerika, auf die insgesamt lediglich 0,6 % der Gesamtausfuhr entfielen. Unter den sieben Ländern, die währungsmäßig eine Dollarbindung im weiteren Sinne aufweisen - ihr Anteil an der Gesamtausfuhr lag bei 2,3 % (Bund: 2,0 %) - nahmen damals vor allem Kanada, Libyen und Kuwait baden-württembergische Produkte in nennenswertem Umfang auf, d.h. sie vereinten auf sich jeweils Exportanteile zwischen 0,8 % und 0,3 %.

Tabelle 1

Ausfuhr Baden-Württembergs nach Ländergruppierungen und wichtigsten Ländern

Ländergruppierungen Länder	1980		1982		1984		1986		1987		Veränderung	
	Mill. DM	%	1987/80	1987/86								
Ausfuhr insgesamt	59 286,8	100	72 105,2	100	81 416,7	100	95 189,1	100	95 972,5	100	+ 61,9	+ 0,8
EG-Länder ¹⁾	26 393,0	44,5	30 517,8	42,3	32 992,6	40,5	39 560,6	41,6	41 985,2	43,7	+ 59,1	+ 6,1
EFTA-Länder ¹⁾	11 729,0	19,8	12 939,2	17,9	15 180,9	18,6	18 360,3	19,3	18 887,5	19,7	+ 61,0	+ 2,9
Dollar-Raum	10 257,7	17,3	15 506,9	21,5	19 253,3	23,6	22 150,7	23,3	20 335,7	21,2	+ 98,2	- 8,2
I USA	5 897,6	9,9	8 238,0	11,4	13 170,1	16,2	16 615,7	17,5	14 951,5	15,6	+ 153,5	- 10,0
II Dollarbindung im engeren Sinn	2 980,9	5,0	5 539,4	7,7	4 231,1	5,2	3 578,9	3,8	3 454,8	3,6	+ 15,9	- 3,5
1. Karibik und Mittelamerika	55,5	0,1	84,4	0,1	101,4	0,1	107,3	0,1	71,5	0,1	+ 28,8	- 33,4
2. Südamerika	272,6	0,5	283,8	0,4	199,0	0,2	277,5	0,3	316,3	0,3	+ 16,0	+ 14,0
3. Nahost	1 510,1	2,5	3 643,3	5,1	2 267,8	2,8	1 425,1	1,5	1 149,5	1,2	- 23,9	- 19,3
darunter												
Irak	477,9	0,8	1 405,1	1,9	386,5	0,5	198,9	0,2	169,9	0,2	- 64,4	- 14,6
Saudi-Arabien	652,5	1,1	1 484,5	2,1	1 185,1	1,5	626,5	0,7	453,8	0,5	- 30,5	- 27,6
Vereinigte Arabische Emirate	124,7	0,2	334,3	0,5	278,6	0,3	291,2	0,3	289,6	0,3	+ 132,2	- 0,6
4. Fernost	746,2	1,3	927,9	1,3	1 030,5	1,3	1 274,3	1,3	1 449,9	1,5	+ 94,3	+ 13,8
darunter												
Hongkong	266,0	0,4	330,8	0,5	328,5	0,4	495,1	0,5	513,9	0,5	+ 93,2	+ 3,8
Singapur	283,9	0,5	367,1	0,5	388,0	0,5	380,4	0,4	448,1	0,5	+ 57,8	+ 17,8
Taiwan	187,3	0,3	217,0	0,3	301,3	0,4	388,3	0,4	478,0	0,5	+ 155,2	+ 23,1
5. Afrika	396,5	0,7	600,0	0,8	632,4	0,8	494,7	0,5	467,6	0,5	+ 17,9	- 5,5
darunter												
Ägypten	374,1	0,6	577,4	0,8	604,7	0,7	462,6	0,5	442,2	0,5	+ 18,2	- 4,4
III Dollarbindung im weiteren Sinn	1 379,1	2,3	1 729,5	2,4	1 852,1	2,3	1 956,2	2,1	1 929,3	2,0	+ 39,9	- 1,4
darunter												
Kanada	481,4	0,8	540,3	0,7	889,8	1,1	1 234,2	1,3	1 150,1	1,2	+ 138,9	- 6,8
Kuwait	189,9	0,3	446,3	0,6	295,5	0,4	212,6	0,2	163,6	0,2	- 13,8	- 23,1
Libyen	402,6	0,7	394,9	0,5	265,9	0,3	171,7	0,2	138,2	0,1	- 65,7	- 19,5

1) Gebietsstand 1.1.1988.

Ausfuhr in den Dollar-Raum von 1980 bis 1986 wertmäßig mehr als verdoppelt

Von 1980 bis 1986 nahm der Wert aller aus Baden-Württemberg exportierten Güter um insgesamt etwas mehr als 60 % auf rund 95,2 Milliarden DM zu. Vor allem in den voll durch die Aufwertungsphase des US-Dollars geprägten Jahren 1981 und 1984 expandierten die Exporte des Landes mit zweistelligen Steigerungsraten (+ 11,8 % bzw. + 11,6 %). Die größte Ausweitung im Betrachtungszeitraum war allerdings mit + 12,3 % im Jahre 1985 zu

verzeichnen, in dessen Verlauf der US-Dollar zunächst im März seinen Höchststand erreichte und danach stark zurückging. Dagegen fiel in der 1986 sich bereits weiter verstärkenden Abwertungsphase des US-Dollars der Exportzuwachs mit + 4,1 % - auf allerdings vergleichsweise hohem Niveau - deutlich geringer aus.

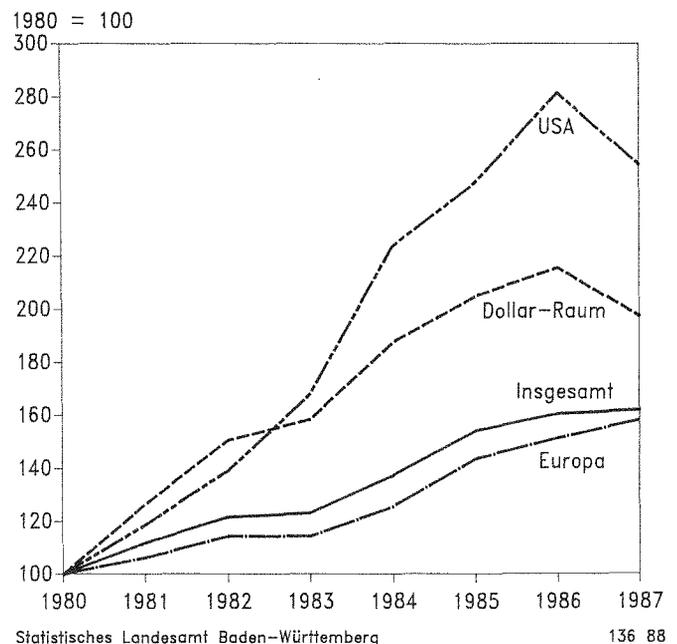
Der Verlauf der Exporttätigkeit in verschiedenen Absatzregionen bzw. -märkte wies dabei zum Teil deutliche Unterschiede auf. So blieben die Ausfuhr in die

Mitgliedstaaten der EG, die bis 1986 eine Zunahme von insgesamt 50 % erreichten, bis 1984 unter den durchschnittlichen Zuwachsraten der baden-württembergischen Gesamtausfuhr zurück. Dadurch sank der Anteil der Ausfuhr in die EG an der Gesamtausfuhr des Landes von 44,5 % (1980) auf 40,5 % im Jahre 1984. Nach einer durchschnittlichen Entwicklung im Jahre 1985 stieg 1986 der Exportanteil der EG durch eine überdurchschnittliche Exportsteigerung (Gesamtausfuhr des Landes: + 4,1 %; Ausfuhr des Landes in die EG: + 6,9 %) wieder auf 41,6 %. Diese erneute Hinwendung zu den europäischen Märkten setzte sich auch nach 1987 fort. In die Mitgliedsländer der EFTA, die 1986 einen Exportanteil von zusammen 19,3 % auf sich vereinten, nahmen die Ausfuhr um nicht ganz 57 % zu. Dabei entwickelten sich hier die Exporte, die aufgrund der 1981 und 1982 vergleichsweise verhaltenen Ausfuhrgeschäfte insgesamt zu einem leichten Rückgang des Exportanteils führten, seit 1984 überdurchschnittlich.

Im Bundesgebiet nahmen die Exporte - bei einer Gesamtsteigerung bis 1986 von rund 50 % - in die EG-Länder mit ca. + 49 % in etwa gleichem Maße, in die Mitgliedsländer der EFTA mit 52,5 % dagegen etwas schwächer zu als in Baden-Württemberg. Allerdings hat der Export in EG-Märkte für den Bund mit einem Anteil von durchgehend rund 50 % eine weit größere Bedeutung als für das Land. Der Exportanteil der EFTA ist demgegenüber mit jeweils rund 16 % etwas geringer.

Der Dollar-Raum, der unter den hier betrachteten Regionen mit einer Exportausweitung von rund 116 % die stärkste Expansion baden-württembergischer Ausfuhrerzeugnisse aufwies, steigerte seinen Exportanteil von 17,3 % (1980) auf 23,3 % (1986). Dabei entwickelten sich die Exportgeschäfte bis einschließlich 1984, - dem Jahr, in dem zugleich auch der höchste Ausfuhranteil von 23,6 % erreicht wurde - mit den Durchschnitt deutlich übertreffenden Zuwachsraten zwischen gut 5 % (1983) und knapp 27 % (1981) äußerst günstig. Auch im Jahre 1985, in dem die Exportwirtschaft des Landes die "Rekordsteigerung" von insgesamt + 12,3 % erzielte, konnten im Dollar-Raum, ungeachtet der einsetzen-

Schaubild 1
Entwicklung der Ausfuhr Baden-Württembergs nach Europa, in den Dollar-Raum und in die USA seit 1980

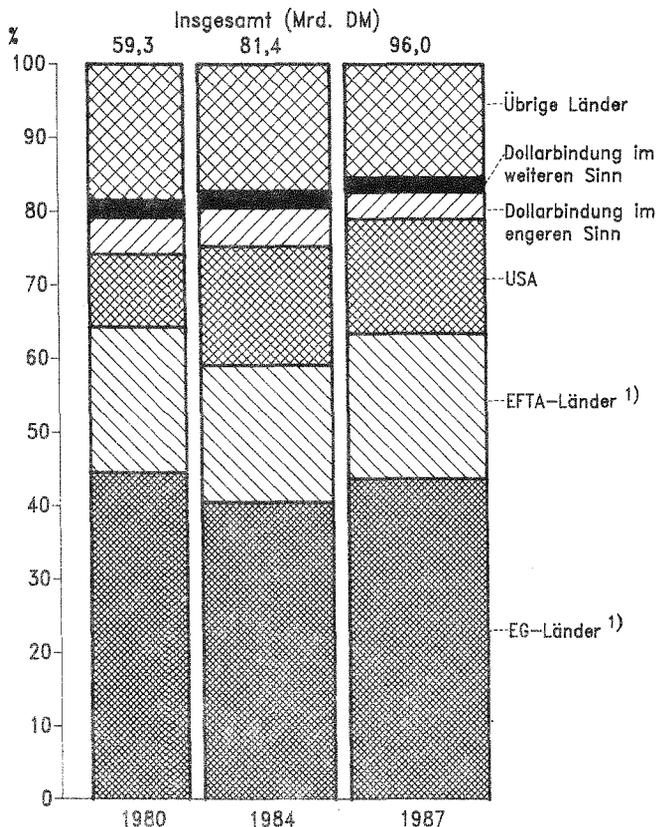


den Abwertung des US-Dollars, weiterhin die Exportumsätze um fast + 10 % ausgedehnt werden. 1986 nahm die Exporttätigkeit dorthin sogar wieder leicht überdurchschnittlich zu (+ 4,8 %, insgesamt 4,1 %).

Dieser positive Verlauf der Exportgeschäfte in den Dollar-Raum wurde allerdings hauptsächlich von einem "Exportboom" baden-württembergischer Erzeugnisse in die USA getragen, die ihren Anteil an der Gesamtausfuhr unseres Landes von rund 10 % (1980) auf 17,5 % (1986) ausbauten. Damit nahmen die im Exportgeschäft in den Dollar-Raum dominierenden USA 1986 wertmäßig 75 % aller von Baden-Württemberg in diesem Raum abgesetzten Erzeugnisse auf; 1980 lag diese Quote dagegen noch bei 57,5 %. Die Exportwirtschaft des Landes konnte ihre Ausfuhr in die USA von 1980 bis 1984 um gut 123 %, bis einschließlich 1986 sogar um insgesamt 182 % ausweiten. Dabei wurden jedes Jahr zweistellige, abgesehen von 1985, auch stets weit überdurchschnittliche Exportsteigerungen erreicht. Die prozentual höchsten Wachstumsraten waren in den Jahren 1984 (+ 33,6 %), 1983 (+ 19,6 %) und 1981 (+ 19,3 %) während der Aufwertungsphase des US-Dollars zu ver-

Schaubild 2

Entwicklung der Ausfuhr Baden-Württembergs nach Ländergruppierungen 1980, 1984 und 1987



1) Gebietsstand 1.1.1988.
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

139 88

zeichnen. 1985 blieb der Exportzuwachs baden-württembergischer Güter in die Vereinigten Staaten zwar unter den zuvor "üblicherweise" erzielten jährlichen Steigerungsraten, erreichte jedoch immerhin fast 11 %. Trotz der unvermindert anhaltenden Abwertung des US-Dollars und der damit verbundenen Wettbewerbsnachteile für heimische Güter erzielten die Exporte in die USA 1986 jedoch eine weitere Zunahme von + 14,1 %. Damit zeigte zunächst die - unter rein ökonomischen Gesichtspunkten - eigentlich zu erwartende Reaktion auf die Kursentwicklung nicht die befürchteten Folgen. Hierbei dürften sich vor allem die eingangs geschilderten, eher "außerökonomischen" Bestimmungsfaktoren des Kaufverhaltens positiv ausgewirkt haben.

Eine deutlich geringere Zuwachsrates als im Lande wies dagegen im Bund die Entwicklung der Exporttätigkeit in den Dollar-Raum auf. So war im Zeitraum 1980 bis 1986 im Bundesgebiet eine Steigerung

von knapp 81 %, darunter in die USA von 157 %, zu verzeichnen. Während die Ausfuhrbeziehungen zu den Ländern mit Dollarbindung im engeren Sinne wie auch im weiteren Sinne etwa im gleichen Ausmaß zurückgingen wie im Land, nahm die Exportbedeutung der USA auch für den Bund auf gut 10 % (1986) erheblich zu, wengleich weniger stark als im Land.

In die Länder mit Dollarbindung im engeren Sinne, auf die 1986 ein Exportanteil von 3,8 % entfiel, nahm der Absatz baden-württembergischer Erzeugnisse seit 1980 lediglich um rund 20 % (Bund: + 5,9 %) zu. Exporteinbußen, die zu dieser, unter dem Gesamtdurchschnitt liegenden Zunahme der Ausfuhr führten, schlugen dabei 1983 (- 15,4 %), 1984 (- 9,7 %) und 1986 (- 21,1 %) zu Buche. Von den größeren, zu dieser Kategorie gehörenden Ländern (vgl. Tabelle 1) wiesen vor allem die Nahost-Staaten Irak und Saudi-Arabien im Vergleich zu 1980, hauptsächlich bedingt durch die Situation auf den Rohöl- und Erdölmärkten, einen Rückgang bei den dorthin exportierten Gütern auf (- 58,4 % bzw. - 4,0 %). Überdurchschnittlich entwickelten sich dagegen die Ausfuhr in die Vereinigten Arabischen Emirate (+ 133,6 %) sowie in "exporterschlossene", am Dollar orientierte Länder des Fernen Ostens, vor allem nach Taiwan (+ 107,4 %) und nach Hongkong (+ 86,1 %).

Leicht unter dem Durchschnitt blieb auch die Ausfuhr in die Länder mit Dollarbindung im weiteren Sinne (+ 41,8 %), die 2,1 % der baden-württembergischen Exporte aufnahmen. Dabei war hier 1986, erstmals während des Betrachtungszeitraums, insgesamt ein Rückgang der Ausfuhr (- 3,9 %) zu verzeichnen. Während der Export nach Kanada seit 1980 um gut 156 % ausgedehnt wurde und auch 1986 noch überdurchschnittlich zulegen (+ 15,5 %), entwickelte sich der Absatz in die ebenfalls bedeutsameren Absatzmärkte dieser Kategorie, die durch das Geschehen auf den Ölmärkten allerdings stärker betroffenen Länder Kuwait und Libyen seit 1980 deutlich schwächer bzw. sogar rückläufig (+ 11,9 % bzw. - 57,4 %). Bei beiden Ländern waren 1986 im Vergleich zum Vorjahr deutliche Exporteinbußen von jeweils mehr als einem Drittel hinzunehmen.

Straßenfahrzeuge, Maschinen und elektrotechnische Erzeugnisse dominierend - Warenstruktur des Exports in den Dollar-Raum ab 1984

Der Export des Landes in den Dollar-Raum wird von einigen wenigen, traditionell in Baden-Württemberg heimischen Branchen des Verarbeitenden Gewerbes in besonderem Maße geprägt. Vor allem dem Fahrzeugbau kommt dabei eine herausragende Bedeutung zu. So entfielen 1984, im letzten "vollen" Jahr der Aufwertung des US-Dollars rund 53 % aller in den Dollar-Raum exportierten Produkte wertmäßig auf Straßenfahrzeuge, weitere 18 % auf Maschinen und 9 % auf elektrotechnische Erzeugnisse. Damit stellten allein diese drei bedeutendsten Wirtschaftsgruppen im Lande vier Fünftel der Gesamtausfuhr in den Dollar-Raum. Danach folgten in der Rangskala der Exportgüter chemische Erzeugnisse mit einem Anteil von 4,7 %, feinmechanische und optische Erzeugnisse sowie Uhren (3,7 %), Eisen-, Blech- und Metallwaren (1,9 %), Textilien und Bekleidung (1,5 %) und die Wirtschaftsgruppe der Musikinstrumente, Spielwaren, Sportgeräte und Schmuck (1,1 %).

Bundesweit machte der Anteil der Straßenfahrzeuge am Gesamtexport in den Dollar-Raum dagegen lediglich knapp 28 % aus, Maschinen waren mit gut 17 % und elektrotechnische Erzeugnisse mit etwas mehr als 10 % etwa gleich stark wie im Land an der Ausfuhr in diesen Raum beteiligt.

Der Absatzmarkt der USA als wichtigstes Abnehmerland im Dollar-Raum weist zum Teil noch stärker ausgeprägte Exportstrukturen auf. Hierbei kommt den Straßenfahrzeugen, deren Anteil an der Ausfuhr des Landes in die Vereinigten Staaten 1984 mehr als 60 % (Bund: knapp 37 %) ausmachte, tendenziell noch größere Bedeutung zu. Maschinen (15,6 %) und elektrotechnische Erzeugnisse (7,1 %) waren dagegen anteilmäßig weniger stark repräsentiert als im gesamten Dollar-Raum. Als viertgrößte Gruppe der Exportgüter in die USA folgten die feinmechanischen und optischen Erzeugnisse sowie Uhren (3,7 %) vor den chemischen Erzeugnissen (3,6 %).

Im Vergleich zur Warenstruktur des Exports in den Dollar-Raum zeigte die Aus-

fuhrstruktur des Landes insgesamt 1984 dagegen ein verhältnismäßig "ausgeglicheneres" Bild. Während der Anteil der Kraftfahrzeuge an der Gesamtausfuhr mit einer Quote von gut 26 % deutlich geringer ausfiel (Bund; 16,4 %), waren Maschinen (20,8 %) und elektrotechnische Erzeugnisse (13,4 %) vergleichsweise stärker am Export beteiligt. Sie weisen für das Land auch eine höhere Exportbedeutung aus als für den Bund (Maschinen: 14,1 %; elektrotechnische Erzeugnisse: 9,9 %).

Die Ausfuhren der wichtigsten Erzeugnisse in den Dollar-Raum verzeichneten im Zeitraum von 1984 bis 1986 durchweg deutliche Zunahmen, wobei feinmechanische und optische Erzeugnisse (+ 21,7 %), Maschinen (+ 21,0 %) und Straßenfahrzeuge (+ 17,4 %) die höchsten Steigerungsraten aufwiesen. Elektrotechnische Erzeugnisse konnten eine Zunahme von knapp 11 % verbuchen. Bundesweit erzielten lediglich feinmechanische und optische Erzeugnisse von 1984 bis 1986 im Dollar-Raum einen höheren Zuwachs (+ 35,0 %). Die Bundesexporte von Maschinen und Straßenfahrzeugen blieben hinter den Zunahmen in Baden-Württemberg zurück (+ 11,6 % bzw. + 15,2 %), elektrotechnische Erzeugnisse verzeichneten sogar Einbußen (- 3,5 %).

Bei differenzierterer Betrachtung zeigen sich hierbei einige bemerkenswerte Tendenzen: Während der Export von Straßenfahrzeugen aus Baden-Württemberg in den Dollar-Raum 1985 relativ gemäßigt, 1986 dagegen kräftig anzog (+ 1,0 % bzw. + 16,2 %), expandierten die Ausfuhren von Maschinen und von feinmechanischen und optischen Erzeugnissen sowie Uhren vor allem 1985 (+ 23,6 % bzw. + 60,6 %). Im darauffolgenden Jahr ging der Absatz bei den Maschinen dagegen um 2 %, bei den feinmechanischen und optischen Erzeugnissen (einschließlich Uhren) sogar um 24 % zurück. Die Exporteinbuße bei Maschinenbauerzeugnissen in den Dollar-Raum im Jahre 1986 ist hauptsächlich auf den Rückgang dieser Ausfuhren in Länder des Nahen Ostens, vor allem nach Saudi-Arabien und in den Irak, zurückzuführen. Bei den Kraftfahrzeugen und den feinmechanischen und optischen Erzeugnissen wirkte sich dagegen in erster Linie der Exportverlauf im Hauptabsatzland des Dollar-Raums aus.

Tabelle 2

Ausfuhr Baden-Württembergs nach wichtigsten Gütergruppen

Gütergruppe	1984		1986		1987		Veränderung	
	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	1987/1984		1987/1986
						%		
Insgesamt								
Ausfuhr insgesamt	81 416,7	100	95 189,1	100	95 972,5	100	+ 17,9	+ 0,8
davon								
Straßenfahrzeuge	21 495,3	26,4	25 363,3	26,6	24 937,0	26,0	+ 16,0	- 1,7
Maschinenbauerzeugnisse	16 962,1	20,8	21 528,1	22,6	21 505,1	22,4	+ 26,8	- 0,1
Elektrotechnische Erzeugnisse	10 881,4	13,4	13 125,5	13,8	14 236,7	14,8	+ 30,8	+ 8,5
Chemische Erzeugnisse	5 784,2	7,1	6 535,1	6,9	6 617,8	6,9	+ 14,4	+ 1,3
Textilien und Bekleidung	3 996,3	4,9	4 501,7	4,7	4 305,3	4,5	+ 7,7	- 4,4
Feinmechanische und optische Erzeugnisse; Uhren	2 948,5	3,6	3 443,8	3,6	3 244,1	3,4	+ 10,0	- 5,8
Eisen-, Blech- und Metallwaren	2 419,3	3,0	2 662,8	2,8	2 705,1	2,8	+ 11,8	+ 1,6
Kunststofferzeugnisse	1 409,5	1,7	1 751,0	1,8	1 875,0	2,0	+ 33,0	+ 7,1
Übrige Güter	15 520,1	19,1	16 277,8	17,1	16 546,4	17,2	+ 6,6	+ 1,7
in den Dollar-Raum								
Ausfuhr insgesamt	19 253,3	100	22 150,7	100	20 335,7	100	+ 5,6	- 8,2
davon								
Straßenfahrzeuge	10 174,2	52,8	11 948,8	53,9	10 475,2	51,5	+ 3,0	- 12,3
Maschinenbauerzeugnisse	3 544,3	18,4	4 287,9	19,4	4 008,6	19,7	+ 13,1	- 6,5
Elektrotechnische Erzeugnisse	1 707,8	8,9	1 892,1	8,5	2 184,5	10,7	+ 27,9	+ 15,5
Chemische Erzeugnisse	902,6	4,7	915,2	4,1	844,5	4,2	- 6,4	- 7,7
Feinmechanische und optische Erzeugnisse; Uhren	719,1	3,7	875,1	4,0	760,6	3,7	+ 5,8	- 13,1
Eisen-, Blech- und Metallwaren	372,2	1,9	355,1	1,6	360,4	1,8	- 3,2	+ 1,5
Textilien und Bekleidung	293,1	1,5	333,6	1,5	274,1	1,3	- 6,5	- 17,8
Musikinstrumente, Spielwaren, Sportgeräte, Schmuck, belichtete Filme, Füllhalter u.ä.	218,9	1,1	196,0	0,9	183,7	0,9	- 16,1	- 6,3
Übrige Güter	1 321,1	6,9	1 346,9	6,1	1 244,1	6,1	- 5,8	- 7,6
in die USA								
Ausfuhr insgesamt	13 170,1	100	16 615,7	100	14 951,5	100	+ 13,5	- 10,0
davon								
Straßenfahrzeuge	7 976,9	60,6	10 196,7	61,4	8 925,5	59,7	+ 11,9	- 12,5
Maschinenbauerzeugnisse	2 058,2	15,6	2 841,1	17,1	2 598,4	17,4	+ 26,2	- 8,5
Elektrotechnische Erzeugnisse	938,1	7,1	1 141,6	6,9	1 240,9	8,3	+ 32,3	+ 8,7
Feinmechanische und optische Erzeugnisse; Uhren	482,1	3,7	632,7	3,8	543,0	3,6	+ 12,6	- 14,2
Chemische Erzeugnisse	474,5	3,6	533,6	3,2	459,2	3,1	- 3,2	- 13,9
Eisen-, Blech- und Metallwaren	205,8	1,6	201,4	1,2	215,3	1,4	+ 4,6	+ 6,9
Textilien und Bekleidung	147,6	1,1	180,4	1,1	152,3	1,0	+ 3,2	- 15,6
Kunststofferzeugnisse	97,6	0,7	116,1	0,7	105,9	0,7	+ 8,5	- 8,8
Übrige Güter	789,3	6,0	772,1	4,6	711,0	4,8	- 9,9	- 7,9

In die USA stieg der Absatz von Kraftfahrzeugen nach einer leicht rückläufigen Entwicklung 1985 (- 0,5 %) im Jahre 1986 um über 28 % kräftig an. Gefragt waren vor allem Personenkraftwagen (einschließlich Kombis) mit über drei Litern Hubraum, deren Absatz sich gegenüber 1984 fast verdoppelt, gegenüber 1985 um immerhin knapp 38 % zugenommen hatte. Der Export von Fahrzeugen mit der Hubraumklasse zwischen 1500 und 3000 cm³ fiel dagegen aufgrund der Einbuße im Jahre 1985 (- 25 %) um insgesamt 2 % etwas zurück.

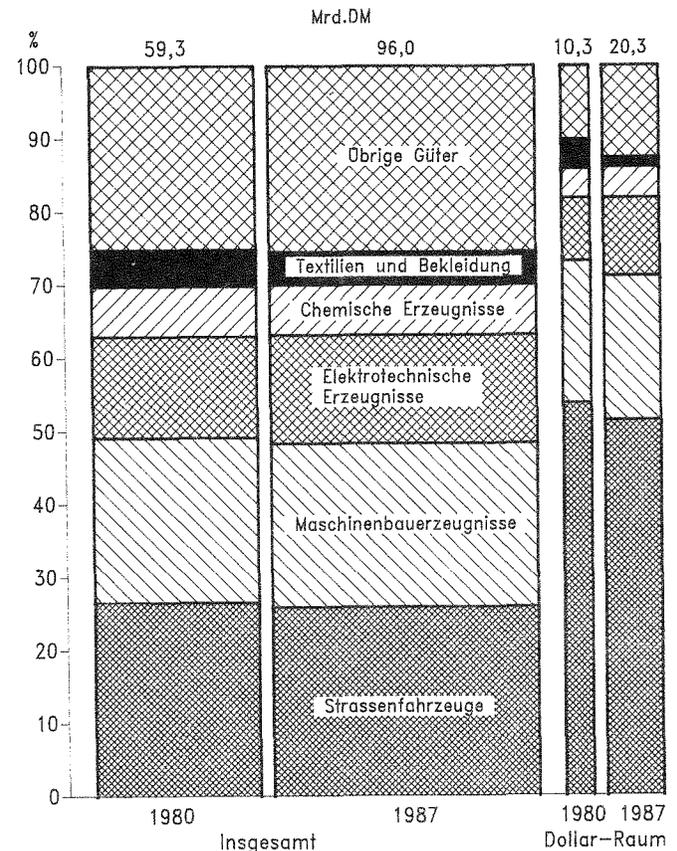
Bei den Erzeugnissen des Maschinenbaus setzte sich die deutliche Exportsteigerung des Jahres 1985 von 34 % im nachfolgenden Jahr lediglich in abgeschwächter Form (+ 3,0 %) fort, wobei sich bei den verschiedenen Arten von Maschinen zum Teil recht unterschiedliche Entwicklungen ergaben. Den Hauptanteil aller Maschinen machten mit rund einem Viertel die wirtschaftssystematisch unter dem Begriff "Sonstige Maschinen" zusammengefaßten Maschinen für recht spezielle Zwecke wie z.B. Verpackungs-, Reinigungs- und Abfüllmaschinen aus, deren Export seit 1984 um beinahe 50 %, gegenüber 1985 noch um knapp 16 % zugenommen hatte. Werkzeugmaschinen und Walzwerksanlagen legten noch kräftiger zu (1986/84: + 73,4 %, 1986/85: + 23,6 %), so daß sie bei allen Maschinenbauerzeugnissen 1986 auf eine Quote von 24 % kamen. Auch die Ausfuhr von Papier- und Druckmaschinen - mit einem Anteil von rund 20 % die nächst wichtigste Warenuntergruppe - wurde deutlich gesteigert (1986/84: + 51,2 %, 1986/85: + 9,0 %). Der Anteil von Landmaschinen und Ackerschleppern ging dagegen aufgrund der deutlichen Absatzeinbuße im Jahre 1986 (1986/85: - 39,6 %) auf 9 % zurück.

Bei den feinmechanischen und optischen Erzeugnissen und den Uhren, die seit 1984 eine Steigerung von insgesamt 31 % aufwiesen, wirkte sich noch die deutliche Exportausweitung im Jahre 1985 (+ 74,9 %) nachhaltig aus. 1986 entwickelte sich dagegen sowohl der Absatz von feinmechanischen und optischen Erzeugnissen (- 25,0 %) als auch der von Uhren (- 8,6 %) rückläufig.

Die besondere Bedeutung des Dollar-Raums als Absatzmarkt bestimmter Produkte des Landes zeigt sich deutlich an den zum Teil hohen Quoten, die die Exporte in diesen Raum bei bestimmten Wirtschaftsgruppen erreichen. So gingen 1986 in den Dollar-Raum rund 47 % des Exports von Kraftfahrzeugen - wobei alleine die USA 40 % des gesamten Kfz-Exports abnahmen -, 20 % der ausgeführten Maschinen und jeweils ca. 14 % des Auslandsabsatzes von elektrotechnischen und von chemischen Erzeugnissen. Bei den feinmechanischen und optischen Erzeugnissen (einschließlich Uhren) fanden sogar 25 % des Exports im Dollar-Raum Abnehmer.

Schaubild 3

Ausfuhr Baden-Württembergs nach den wichtigsten Gütergruppen insgesamt und in den Dollar-Raum 1980 und 1987



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

142 88

Exportentwicklung in den Dollar-Raum im "Dollarkrisenjahr" 1987

Im Verlauf des Jahres 1987 entwickelte sich der Export des Landes in den Dollar-Raum - während sich die Abwertung des US-Dollars weiter fortsetzte - erstmals seit Beginn dieses Jahrzehnts nach dem boomartigen Zuwachs bis Mitte der 80er Jahre rückläufig. Im ersten Halbjahr nahmen die Ausfuhren in den Dollar-Raum im Vergleich zum entsprechenden Zeitraum des Vorjahres um 9,7 % ab. Im dritten und vierten Quartal ergab sich demgegenüber ein etwas abgeschwächter Rückgang (- 7,6 % bzw. - 5,9 %), so daß im zurückliegenden Jahr im Vergleich zum Vorjahr eine Exporteinbuße von 8,2 % zu verzeichnen war. Etwas höher fiel die Abnahme der Ausfuhrstätigkeit in die USA (- 10,0 %) aus. Da im selben Zeitraum jedoch gleichzeitig die Exporte in andere Ab-

satzregionen, wie z.B. in die EG-Länder (+ 6,1 %) oder in die EFTA (+ 2,9 %) Zunahmen aufwiesen, nahm der Gesamtexport des Landes insgesamt sogar um 0,8 % zu.

Von den Exportverlusten im Dollar-Raum waren im vergangenen Jahr vor allem Straßenfahrzeuge (- 12,3 %), Maschinen (- 6,5 %) sowie chemische Erzeugnisse (- 7,7 %) betroffen. Bei den feinmechanischen und optischen Erzeugnissen sowie Uhren (- 13,1 %) und bei Textilien und Bekleidung (- 17,8 %) fielen die Einbußen prozentual sogar noch stärker aus. Eine deutliche Zunahme wies dagegen der Export elektrotechnischer Erzeugnisse auf (+ 15,5 %).

Bundesweit blieb der Export 1987 insgesamt nahezu konstant (+ 0,2 %). Auch im Bundesgebiet wies dabei der Absatz sowohl in den Dollar-Raum als auch in die USA deutliche Einbußen auf (- 8,5 % bzw. - 9,6 %), die in etwa der Größenordnung der in Baden-Württemberg festgestellten Rückgänge entsprachen. Hierbei waren die wichtigsten Ausfuhr Güter durchweg von Exportverlusten betroffen, die im Bund bei feinmechanischen und optischen Erzeugnissen sowie Uhren (- 18,3 %), bei Maschinen (- 9,1 %), Straßenfahrzeugen (- 8,2 %) und elektrotechnischen Erzeugnissen (- 5,9 %) am deutlichsten ausfielen. Zunahmen waren dagegen beim Ausfuhrgeschäft in die EG und in die EFTA (+ 3,9 % bzw. + 1,8 %) zu verzeichnen, wobei diese etwas geringer waren als die im Land erzielten.

Die weitere Entwicklung des Exports in den Dollar-Raum wird sicherlich wesentlich mit vom künftigen Kurs des US-Dollars beeinflusst werden. Dabei ist im Hinblick auf die Absatzchancen bestimmt nicht unerheblich, daß vor allem Erzeugnisse hohen technischen Standards bzw. Spezialfertigungen oder Produkte großer Zuverlässigkeit und Qualität nicht automatisch ausschließlich rein ökonomischen Gesetzmäßigkeiten unterliegen. Andererseits zeigen aber die zum Teil rückläufigen Exportdaten des Jahres 1987, daß die wechselkursbedingten Verschiebungen in den internationalen Austauschrelationen mit erheblichen Anpassungsprozessen im Inland verbunden sind. Dies trifft einige Branchen - insbesondere solche, die von den Märkten des Dollar-Raums abhängig sind - unmittelbar, der Anpassungs-

druck setzt sich jedoch über Zuliefernereffekte auch auf weitere und weniger ausfuhrintensive Bereiche fort⁵.

Zusammenfassung

- Die Bundesrepublik Deutschland nahm 1986 mit einem Anteil an der Weltausfuhr von 11,3 % den Spitzenplatz unter den exportierenden Nationen ein, noch vor den USA (10,1 %) und Japan (9,8 %). 18,1 % der Gesamtausfuhr der Bundesrepublik kamen aus Baden-Württemberg. Mit einem Export je Einwohner von DM 10 240 war Baden-Württemberg unter den Flächenländern das exportintensivste Land.
- Das Verarbeitende Gewerbe in Baden-Württemberg ist mit einer über dem Bundesdurchschnitt (30,1 %) liegenden Exportquote von 32,0 % (1987) stark exportorientiert. Das für Baden-Württemberg bedeutende Investitionsgüter produzierende Gewerbe weist mit einer Exportquote von 40,3 % eine im Vergleich zum gesamten Verarbeitenden Gewerbe nochmals höhere Exportabhängigkeit auf.
- In den Jahren 1980 bis 1986 stieg die Ausfuhr des Landes um etwas mehr als 60 % an. In der EG konnten 1986 50 % mehr, in der EFTA nicht ganz 57 % mehr Produkte aus Baden-Württemberg abgesetzt werden. Ein besonders kräftiges Wachstum von 116 % war in diesem Zeitraum bei den Exporten in den Dollar-Raum - das sind die USA, 39 Länder mit Dollarbindung im engeren Sinne und 7 Länder mit Dollarbindung im weiteren Sinne - festzustellen, und dabei insbesondere in die USA (+ 182 %).
- Der Export in den Dollar-Raum ist vor allem für den Fahrzeugbau, die Hersteller feinmechanischer und optischer Erzeugnisse und den Maschinen-

5) Vgl. dazu Münzenmaier, Werner: Zur Bedeutung der Exporte für Produktion und Beschäftigung 1982 bis 1987, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, 6/1988.

bau von besonderer Bedeutung, da 1986 rund 47 % der exportierten Fahrzeuge, 25 % der exportierten feinmechanischen und optischen Erzeugnisse und 20 % der exportierten Maschinen in den Dollar-Raum geliefert wurden.

- 1987 gingen 43,7 % der Gesamtausfuhr des Landes in die EG, 19,7 % in die EFTA und 21,2 % in den Dollar-Raum, womit der Anteil des Dollar-Raums deutlich über dem vergleichbaren Anteil an der Bundesausfuhr (14,4 %) lag. Die Ausfuhr des Landes in den Dollar-Raum wird maßgeblich von den Ausfuhren in die USA (Anteil an der Gesamtausfuhr: 15,6 %) getragen.
- Der Anteil von Kraftfahrzeugen, Maschinen und elektrotechnischen Erzeugnissen an der gesamten Ausfuhr erhöhte sich von rund 60 % im Jahr 1984 auf rund zwei Drittel im Jahr 1986. Die Ausfuhr in den Dollar-Raum bestand demgegenüber bereits 1984 zu 80 % aus Straßenfahrzeugen (53 %), Maschinen (18 %) und elektrotechnischen Erzeugnissen (9 %). Dieser Anteil erhöhte sich bis 1986 auf knapp 82 %.
- Die Warenstruktur der Ausfuhr in die USA war 1984 noch ausgeprägter als die der Ausfuhr in den Dollar-Raum, da den Fahrzeugen mit mehr als 60 % Anteil eine größere, den Maschinen (15,6 %) und elektrotechnischen Erzeugnissen (7,1 %) dagegen eine geringere Bedeutung zukam. Nach 1986 hat sich das Gewicht der Fahrzeuge nochmals erhöht (61,4 %) allerdings nahm auch die Bedeutung der Maschinenexporte in die USA zu (17,1 %; elektrotechnische Erzeugnisse 6,9 %).
- Die im Frühjahr 1985 einsetzende Abwertung des US-Dollars hat sich erst 1987, und zudem schwächer als ursprünglich erwartet, auf die Exporttätigkeit in den Dollar-Raum (- 8,2 %) und dabei insbesondere auf die Exporte in die USA (- 10,0 %) ausgewirkt.

Im Dollar-Raum betragen bei den Straßenfahrzeugen die Ausfuhrabnahmen 12,3 % und bei den Maschinen 6,5 %. Exportverluste waren auch bei chemischen Erzeugnissen (-7,7 %), feinmechanischen und optischen Erzeugnissen - 13,1 %) und Textilien und Bekleidung (- 17,8 %) zu verzeichnen. Die Ausfuhr elektrotechnischer Erzeugnisse nahm zu (+ 15,5 %).

- Bei dem im vergangenen Jahr zu verzeichnenden Rückgang der badenwürttembergischen Ausfuhr in den Dollar-Raum und insbesondere in die USA ist aber zu berücksichtigen, daß die Ausfuhr in diesen Raum insbesondere bei einigen Produkten ein hohes Niveau erreicht hat. Die Abnahmen bewegten sich des weiteren im bundesweiten Durchschnitt (Dollarraum: - 8,5 %, USA: - 9,6 %).
- Als Ursachen für die verzögerte und abgeschwächte Anpassung an den geänderten Wechselkurs kommen mehrere Faktoren in Betracht. Eine verzögerte Anpassung erfolgt zunächst aufgrund von vorgegebenen Lieferfristen oder mittelfristigen Abkommen. Grundsätzlich hängt das Ausmaß der Exportbeeinflussung zwar stark von der Preiselastizität der Nachfrage ab. Bei Spezialprodukten, Sonderanfertigungen und Erzeugnissen neuer Technologien spielen aber nichtpreisliche Komponenten der Wettbewerbsfähigkeit (Produktqualität, pünktliche Lieferung, Berücksichtigung individueller Kundenwünsche, Design, Prestige) für die Auftragserteilung eine maßgebliche Rolle.
- Die internationale Konkurrenzsituation hat sich allerdings wechselkursbedingt verschärft, so daß sowohl in den Exportbranchen und ihren Zulieferindustrien einerseits wie auch durch die gestiegene Fertigwareneinfuhr in einer Vielzahl von Branchen erhebliche Anpassungsprozesse in den Produktions- und Absatzstrukturen zu bewältigen sind.

3.2 Die Kapitalverflechtung der Unternehmen mit dem Ausland – Entwicklung und Struktur der Direktinvestitionen –

Einleitung

Die wirtschaftliche Verflechtung mit dem Ausland vollzieht sich nicht nur über den Außenhandel, sondern auch durch die grenzüberschreitende Unternehmensverflechtung. Von zentraler Bedeutung sind hier Kapitalverflechtungen – also Direktinvestitionen – über den Erwerb bzw. die Gründung von Unternehmen im Ausland – gelegentlich auch unter Mitbeteiligung eines Investors des Gastlandes in Form von "Joint Ventures". Daneben treten noch andere Verflechtungsformen ohne Kapitalbeteiligung auf wie die Kooperation in Forschung und Entwicklung und die Vergabe von Lizenzen, die nicht Gegenstand dieses Beitrags sind.

Die starke Aufwertung der DM gegenüber dem Dollar in den Jahren 1986/87, der dadurch entstandene außenwirtschaftliche Anpassungsdruck auf der Export- und auch auf der Importseite¹ und die gegenwärtig moderate Investitionsneigung im Inland trotz verbesserter Ertragslage der Unternehmen rücken derzeit die Rolle der Direktinvestitionen in den Vordergrund des Interesses. Angesichts der Stagnationstendenzen auf dem Arbeitsmarkt steht dabei die Frage im Mittelpunkt, ob Engagements heimischer Investoren im Ausland Arbeitsplätze im Inland langfristig gefährden können oder inwieweit Direktinvestitionen umgekehrt die dauerhafte Erschließung von Auslandsmärkten abstützen bzw. die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Wirtschaft in Form der Auslage-

rung von Produktionsstufen fördern. Damit sind bereits die verschiedenartigen Motive von Direktinvestitionen angesprochen, die wiederum eng mit weiteren weltwirtschaftlichen Tendenzen verbunden sind. Hierzu gehört die weltweite Zunahme der nichttarifären Handelschranken, das Auftreten zusätzlicher noch kapitalarmer Anbieter auf den Weltmärkten für Industriegüter in Gestalt der Schwellenländer und nicht zuletzt das Aufschließen heimischer Unternehmen zum Kreis der multinationalen Konzerne, die in zahlreichen Ländern tätig sind und in einem globalen Wettbewerb stehen – parallel hierzu sind die Bundesrepublik und Baden-Württemberg zu Welthandelspartnern aufgerückt, die technologisch zur Spitzengruppe gehören.

Vor diesem Hintergrund hat dieser Beitrag das Ziel, die Struktur und Entwicklung der Unternehmensverflechtung mit dem Ausland über einen längeren Zeitraum zu analysieren, ihre Bestimmungsfaktoren aufzuzeigen und Anhaltspunkte für die Bewertung ihrer Auswirkungen zu geben. In dieser differenzierten und aufwendigen Datenauswertung liegt eine vergleichbare Untersuchung für ein Bundesland bisher wohl nicht vor.

Zum Begriff der Direktinvestitionen

Der Begriff der Direktinvestitionen hat zwei Bedeutungen. Zum einen werden damit Kapitaleistungen bezeichnet, also Transaktionen, die im Zeitraum z.B. eines Jahres getätigt werden. Vereinfacht gesagt umfaßt diese Definition (als Stromgröße) die jährlichen Zahlungen, die zum Erwerb oder zur Erweiterung von Auslandsvermögen geleistet werden. Zum anderen bezeichnet der Begriff Di-

1) Siehe hierzu in diesem Bericht den Beitrag über Entwicklung und Struktur der Exporte in den Dollar-Raum.

rektinvestitionen den Wert des im Ausland angelegten Unternehmensvermögens zu einem bestimmten Zeitpunkt (im allgemeinen am Jahresende). So definiert handelt es sich um eine Bestandsgröße, die den Umfang, d.h. den in DM ausgedrückten Wert der Auslandsbeteiligungen umfaßt. Für Bundesländer liegen bislang nur für Bestandsgrößen aussagekräftige Daten vor, so daß diese Begriffsdefinition in diesem Beitrag schwerpunktmäßig verwendet wird.

Die Daten dieses Beitrags werden von der Deutschen Bundesbank bzw. - in eingeschränktem Umfang - von der Landeszentralbank in Baden-Württemberg publiziert und von diesen Institutionen auch erhoben.² Darüber hinaus stellte die Landeszentralbank freundlicherweise unveröffentlichtes Datenmaterial und Sonderauswertungen zur Verfügung.

Direktinvestitionen unterscheiden sich von reinen Finanzanlagen (Portfolioinvestitionen), bei denen finanzwirtschaftliche (z.B. Ertrags-) Gesichtspunkte im Vordergrund stehen, vor allem dadurch, daß über die aufgebauten Vermögensbestände auf die Geschäftspolitik eines im Ausland ansässigen Unternehmens Einfluß genommen werden soll. Es kann sich hierbei um die Gründung eines Tochterunternehmens oder einer Niederlassung im Ausland handeln, um den Erwerb eines bereits bestehenden Unternehmens oder eine Beteiligung daran. Nicht jede Beteiligung an einem gebietsfremden Unternehmen kann jedoch als Direktinvestition betrachtet werden; erforderlich hierfür ist zunächst der Besitz einer "Sperrminorität". Die Deutsche Bundesbank und die Landeszentralbanken, die diese Daten anhand der Unternehmensbilanzen erheben, setzen in der Regel einen Anteil des Investors von mindestens 25 % der Anteile bzw. Stimmrechte voraus. Der Begriff der Direktinvestitionen ist äußerst komplex, und die Grenzen der Aussagekraft gerade für ein Bundes-

land müssen beachtet werden. Um Fehlinterpretationen zu vermeiden, sind methodische Anmerkungen in zusammenhängender Form im Anhang enthalten.

Zur Analyse der Direktinvestitionen - sowohl der Bestandsgrößen als auch der jährlichen Kapitalleistungen - genügt eine Beschränkung auf Baden-Württemberg nicht, vielmehr ist die parallele Betrachtung der bundesweiten Entwicklung unabdingbar. Zum einen beziehen sich die baden-württembergischen Daten auf Unternehmen mit Sitz in Baden-Württemberg. Dies gilt sowohl für die heimischen Investoren als auch für die in Baden-Württemberg beheimateten ausländischen Investitionsobjekte, also die Tochtergesellschaften in Auslandsbesitz. Diese Unternehmen können jeweils auch Zweigbetriebe in anderen Bundesländern haben. So lassen sich etwa die Beschäftigten der "Auslandstöchter" mit Sitz in Baden-Württemberg nur mit gewissen Unschärfen auf die Gesamtzahl der Beschäftigten in Baden-Württemberg beziehen. Immerhin dürfte es gerade im Verarbeitenden Gewerbe eher die Regel sein, daß jeweils - sowohl bei den Investoren als auch bei den hier ansässigen Auslandstöchtern - der Schwerpunkt der wirtschaftlichen Betätigung im Bundesland des Unternehmenssitzes liegt. Wesentlich ist eine parallele Betrachtung der bundesweiten Tendenzen aber auch wegen der engen wirtschaftlichen Verflechtung zwischen den Bundesländern. So dürfte das Absatzgebiet einer in einem bestimmten Bundesland beheimateten Auslandstochter sich in der Regel auf das ganze Bundesgebiet erstrecken und so die Auswirkungen der Direktinvestition zumindest indirekt auf die anderen Bundesländer ausstrahlen.

Gliederung des Beitrags

Dieser Beitrag ist zweigeteilt. Im ersten - mehr deskriptiven - Teil wird zunächst - ausschließlich anhand der Bestandsdaten - die längerfristige Entwicklung des Unternehmensvermögens im Ausland und dessen Bilanzierung mit dem entsprechenden Auslandsvermögen im Inland analysiert. Hierauf werden die aktuellen Tendenzen anhand der Stromgrößen analysiert. Darauf folgt (wieder anhand der Bestandsgrößen) eine detaillierte Bilanzierung mit den wichtigen Partnerländern und für die einzelnen Anlagebranchen.

2) Entwicklung und Struktur der Direktinvestitionen werden von diesen Institutionen regelmäßig dargestellt. Deutsche Bundesbank: Beiträge in den Monatsberichten, Landeszentralbank in Baden-Württemberg: im Rahmen der Jahresberichte.

Hieran schließt sich die Analyse der Struktur der Herkunfts- bzw. Zielländer sowie der Anlagebranchen im In- und Ausland an. Der zweite Teil des Beitrags behandelt einige Aspekte, die die derzeitigen Wirkungen der Direktinvestitionen beleuchten. Zunächst werden die primären und sekundären Auswirkungen der Direktinvestitionen auf die Beschäftigung im In- und Ausland beschrieben. Anschließend werden Zusammenhänge zwischen Direktinvestitionen im Ausland und Export untersucht. Der Beitrag schließt mit einem internationalen Vergleich.

Während ansonsten das unmittelbare Investitionsobjekt betrachtet wird, ist für die vertiefte Analyse der Branchen- und Länderstruktur der baden-württembergischen bzw. deutschen Direktinvestitionen im Ausland eine weitergehende Verfolgung der Wege der Kapitalanlagen zweckmäßig, da in einem zu Buche schlagenden Umfang Engagements im Ausland unmittelbar (also zunächst) in zwischen-geschaltete Holdinggesellschaften (z.B. in der Schweiz) fließen, die ihrerseits Besitzer von Enkelgesellschaften sind; das "eigentliche" Kapitalengagement im Ausland erfolgt so eventuell in einem Drittland und in einer anderen Branche (die Holdinggesellschaft selbst wird zum Wirtschaftszweig "Beteiligungsgesellschaften/Vermögensverwaltung" gezählt und gehört so dem Dienstleistungssektor an). Deshalb wird die Branchen- und Länderstruktur der Engagements im Ausland - abweichend von der sonstigen Darstellungsart - anhand der sogenannten "unmittelbaren und mittelbaren" Direktinvestitionen beschrieben. Hierdurch wird das endgültige Zielland bzw. die letzte Anlagebranche erfaßt (unter Ausschaltung von Doppelzählungen).

Langfristige Entwicklung: Baden-Württemberg erst seit kurzem Kapitalgeberland

Unternehmen mit Sitz in Baden-Württemberg hatten zum Stand Ende 1986 Beteiligungsvermögen³ im Ausland in Höhe von 18,8 Mrd. DM. Umgekehrt hatten Ausländer in Baden-Württemberg Unternehmensbeteiligungen im Wert von 18,1 Mrd. DM angelegt (jeweils unmittelbare Direktinvestitionen) (Tabelle 1). Damit ist Baden-Württemberg - wenn auch in nur sehr geringem Umfang - ein "Kapitalgeberland", der Saldo der Ver-

mögensbilanz betrug lediglich + 780 Mill. DM. Weit deutlicher ist die Rolle der Wirtschaft des Bundesgebiets als Kapitalgeber. Bundesweit betrug zu diesem Zeitpunkt der Wert der Unternehmensbeteiligungen im Ausland 134,0 Mrd. DM, denen Direktinvestitionen des Auslands in Höhe von 95,3 Mrd. DM gegenüberstanden. Der Saldo der bundesweiten Vermögensbilanz (+ 38,7 Mrd. DM) ist somit fast um den Faktor 50 höher als bei den heimischen Unternehmen.

Erst in den letzten Jahren haben sich die Bundesrepublik und - mit zeitlicher Verzögerung auch Baden-Württemberg - zu Kapitalgeberländern entwickelt.⁴ Im Bundesgebiet war der Saldo der Beteiligungsbilanz mit dem Ausland erstmals 1980 positiv (jeweils Jahresende), in Baden-Württemberg erstmals 1984. Noch 1976 hatten Ausländer in Baden-Württemberg 5,1 Mrd. DM (Bundesgebiet: 20,0 Mrd. DM) mehr Beteiligungskapital angelegt als umgekehrt.

Die langanhaltende Nettoschuldnerposition gegenüber dem Ausland beim Unternehmensvermögen hatte zu einem guten Teil

3) Direktinvestitionen als Bestandsgrößen umfassen den Anteil am Nominalkapital und an den Rücklagen eines ausländischen (bzw. inländischen) Unternehmens, der einem Inländer (bzw. einem Ausländer) zuzurechnen ist, sowie alle Kredite und Darlehen, die dieser Anteilseigner dem Unternehmen gewährt hat. Als Untergrenze für eine Direktinvestition wird eine Mindestbeteiligung von 25 % des Nominalkapitals oder der Stimmrechte angesehen. Die Meldungen basieren auf den Bilanzunterlagen der Unternehmen.

4) Siehe hierzu auch Mähner, Rüdiger: Direktinvestitionen baden-württembergischer Unternehmen im Ausland, in: Mittlerer Neckar Nr. 2/1980 sowie die ausführliche Untersuchung von Körber-Weik, Margot / Enke, Harald: Die Auslandsverflechtung Baden-Württembergs 1960-1979, Hrsg.: Institut für Angewandte Wirtschaftsfor-schung, Tübingen 1981.

Tabelle 1

Bilanz der Kapitalverflechtung der Unternehmen mit dem Ausland 1976 bis 1986

Jahres- ende	Bestände an unmittelbaren Direktinvestitionen							
	im Ausland aus		Anteil Baden- Württembergs am Bundesgebiet	vom Ausland in/im		Anteil Baden- Württembergs am Bundesgebiet	Bilanz	
	Baden- Württemberg ¹⁾	dem Bundesgebiet		Baden- Württemberg ¹⁾	Bundesgebiet		Baden- Württemberg ¹⁾	Bundesgebiet
	Mill. DM		%	Mill. DM		%	Mill. DM	
1976	5 219	43 508	12,0	10 365	63 531	16,3	- 5 146	- 20 023
1977	5 982	46 790	12,8	11 064	62 309	17,8	- 5 082	- 15 519
1978	6 697	52 703	12,7	11 470	66 945	17,1	- 4 773	- 14 242
1979	7 752	61 157	12,7	11 473	70 266	16,3	- 3 721	- 9 109
1980	9 846	74 353	13,2	11 318	71 758	15,8	- 1 472	+ 2 595
1981	11 637	88 429	13,2	11 879	74 739	15,9	- 242	+ 13 690
1982	12 568	95 400	13,2	12 942	76 359	16,9	- 374	+ 19 041
1983	14 476	106 573	13,6	14 506	81 106	17,9	- 30	+ 25 467
1984	17 300	125 875	13,7	16 617	84 791	19,6	+ 683	+ 41 084
1985	18 204	130 512	13,9	17 208	90 885	18,9	+ 996	+ 39 627
1986	18 835	134 009	14,1	18 055	95 301	18,9	+ 780	+ 38 708

1) Hier wie im folgenden: Unternehmenssitz in Baden-Württemberg.

Quellen: Landeszentralbank Baden-Württemberg; Deutsche Bundesbank, eigene Berechnungen.

historische Gründe.⁵ Als Folge des 2. Weltkriegs waren deutsche Auslandsbeteiligungen in Verlust geraten, während umgekehrt die ausländischen Kapitalbeteiligungen im Inland - oft unter Zufuhr neuen Kapitals - am Aufschwung der Wirtschaft voll teilhatten. In der Wiederaufbauphase nach Gründung der Bundesrepublik, die von Kapitalknappheit geprägt war, stand die Wiederherstellung und der Ausbau der inländischen Produktionskapazitäten im Vordergrund. Dem Aufbau von Auslandsengagements standen zunächst zudem der Devisenmangel und die nur schrittweise gelockerten Devisenbeschränkungen entgegen - die volle Konvertibilität der DM wurde 1958 hergestellt. In manchen potentiellen Anlageländern mag auch eine Zurückhaltung deutscher Investoren in Anbetracht der

Narben, die das Dritte Reich und der 2. Weltkrieg hinterlassen hatten, für eine gewisse Zeit eine Rolle gespielt haben. Auch im darauffolgenden Zeitabschnitt etwa ab Mitte der 60er Jahre, der als technologische Aufholphase bezeichnet werden kann, blieb der Kapitalbedarf der expandierenden heimischen Wirtschaft weiter hoch. Zudem machte sich nun die wachsende Unterbewertung der DM im System der festen Wechselkurse, insbesondere gegenüber dem Dollar, bemerkbar. Investitionen im Ausland wurden so zunehmend teurer, sie wurden schwerpunktmäßig in Form von Vertriebsstützpunkten vorgenommen, weniger als Produktionsstätten. Entsprechend konnte der Export forciert werden. Gleichzeitig wuchs die Bereitschaft ausländischer Unternehmen, sich zu engagieren bzw. ihr Engagement zu erweitern. In den letzten Jahren des Bestehens des Systems fester Wechselkurse - das System von Bretton Woods wurde im März 1973 aufgegeben - war der Unternehmensstandort Bundesrepublik so attraktiv, daß die heimischen Unternehmen weiterhin die Expansion im Inland vorantrieben, wozu auch in rasch

5) Siehe hierzu auch Mähner, R.: Direktinvestitionen baden-württembergischer Unternehmen im Ausland, a.a.O.

wachsendem Umfang ausländische Arbeitskräfte angeworben wurden. Das damalige Wechselkursniveau kam einer Subvention der Standortbedingungen im Inland gleich.⁶ Diese Situation vergrößerte die Investitionschancen im Inland auch für Ausländer - und hier in erster Linie für Investoren aus den USA - und machte andererseits Engagements im Ausland in Form von Produktionsstätten weiterhin teuer und weniger ertragsver sprechend.

An der Schwelle der 70er Jahre wurde die defizitäre Bilanz der Direktinvestitionen gegenüber den USA - die die Bundesrepublik nicht als einziges europäisches Land betraf - als Zeichen für eine wachsende technologische Überlegenheit der USA gedeutet. Mit der schrittweisen Höherbewertung der DM insbesondere gegenüber dem Dollar nach der Einführung des Systems flexibler Wechselkurse schmolz der wechselkursbedingte Standortvorteil des Inlands nach und nach zusammen, zugleich endete das dynamische Wachstum der Wirtschaft. Parallel hierzu wuchsen viele heimische Unternehmen in Dimensionen, die eine internationale Betätigung über reine Exporte hinaus als zweckmäßig erscheinen ließ.⁷

Tendenzwende in den 70er Jahren

Erst seit etwa Mitte der 70er Jahre und verstärkt ab Beginn der 80er Jahre sind die baden-württembergischen bzw. bundesweiten Bestände an Direktinvestitionen im Ausland schneller gewachsen als die Engagements des Auslands im Inland, was dann einige Jahre später zum erstmaligen Ausgleich der Vermögensbilanz führte. So hat sich seit 1976 (dem ersten Jahr, für das vergleichbare Daten vorliegen) das Auslandsvermögen der baden-württembergischen Wirtschaft bis

Ende 1986 fast vervierfacht, während das Beteiligungsvermögen des Auslands in Baden-Württemberg in diesem Zeitraum lediglich noch um 74 % gestiegen ist. Ähnlich unterschiedlich, wenn auch jeweils auf niedrigerem Niveau, verliefen die entsprechenden Wachstumsraten im Bundesgebiet. Einer Verdreifachung des Beteiligungsvermögens im Ausland stand ein Wachstum der Anlagen des Auslands um 50 % gegenüber (Schaubild 1).

Entsprechend ist in beiden Richtungen die Intensität der Auslandsverflechtung bei den in Baden-Württemberg beheimateten Unternehmen stärker gestiegen als bundesweit. Während Investoren aus Baden-Württemberg jedoch heute noch bei den Auslandsengagements gemessen am Anteil des Landes am Bruttoinlandsprodukt eher unterproportional vertreten sind, ist Baden-Württemberg als Sitzland für Direktinvestitionen des Auslands überproportional vertreten. Die Ursachen dieser Unterschiede sind sicher komplex, dürften aber auch mit der Branchenstruktur des Landes einerseits und der Branchenstruktur der Direktinvestitionen andererseits zusammenhängen. Eine Diskussion dieser Frage ist daher erst nach der Darstellung tiefergegliederter Daten zweckmäßig.

Bei den heimischen Anlagen im Ausland ist allerdings zu berücksichtigen, daß die Daten der Engagements im Ausland in DM umgerechnet wurden. Allerdings wirken sich Schwankungen des Außenwerts der DM nur gedämpft auf den in DM ausgedrückten Vermögenswert der Direktinvestitionen im Ausland aus. Zum einen bestehen gerade bei großen Unternehmen, die naturgemäß bei den Auslandsengagements dominieren, bilanztechnische Bewertungsspielräume, zum anderen setzt sich ein ins Gewicht fallender Anteil der Auslandsengagements aus Darlehen an abhängige Gesellschaften zusammen, die in der Regel zum ursprünglichen DM-Wert bilanziert werden. Dagegen bestehen beim Beteiligungsvermögen des Auslands im Inland, das a priori in DM bilanziert wird, keine Einflüsse durch Wechselkursschwankungen.

Bereits von 1976 bis Ende 1985 war der Außenwert der DM insgesamt gestiegen (hierbei gegenüber dem Dollar allerdings geringfügig gesunken), so daß die Bun-

6) So z.B. auch Milton, A.-R.: Direktinvestitionen - Eine Konkurrenz deutscher Exporte?, in: RWI-Mitteilungen Jg. 25 (1984) S. 73 ff.

7) Siehe hierzu: Stand der Direktinvestitionen Ende 1976, in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Heft 4/1979.

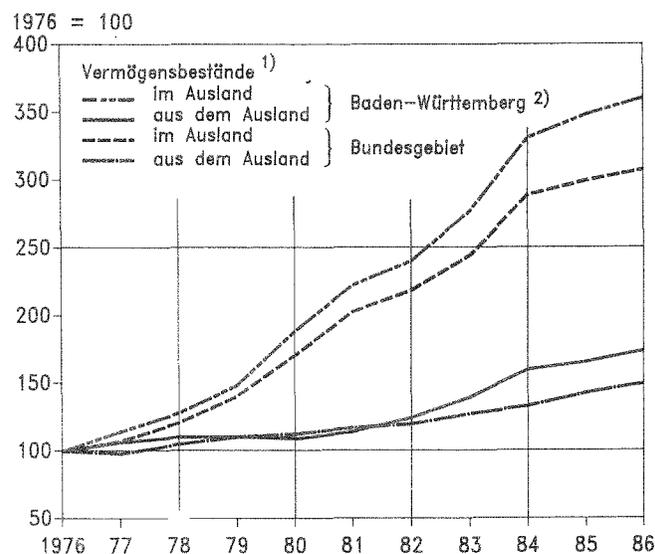
desbank⁸ den hierdurch insgesamt bedingten buchmäßigen Wertverlust auf 5 Mrd. DM schätzte, der somit in diesem Zeitraum geringfügig ist gegenüber dem Wertzuwachs des bundesweiten Unternehmensvermögens im Ausland (von 1976 bis 1985: + 88 Mrd. DM). Für die Daten zum Stichtag Jahresende 1986 dürfte der wechselkursbedingte Wertverlust durch die seitherige starke Dollarabwertung jedoch etwas höher ausfallen. So ist der nur schwache Anstieg des baden-württembergischen Auslandsvermögens von 1985 bis 1986 (+ 3,5 %) sicherlich durch buchmäßige wechselkursbedingte Wertminderungen gedämpft worden. Besonders sichtbar werden diese Einflüsse bei dem in den USA angelegten Unternehmensvermögen, das sogar einen, wenn auch geringfügigen, Rückgang um 3,3 % aufwies (Anhangtabelle 1). Ähnlich war die Entwicklung beim Wert des Auslandsvermögens des gesamten Bundesgebiets. Die nur geringe Zunahme beim deutschen Unternehmensvermögen im Ausland (+ 2,7 %) ist auch hier primär auf eine Abnahme der Vermögensanlagen in den USA (- 2,7 %) zurückzuführen. Beim bundesweiten Unternehmensvermögen in den USA dürfte jedoch auch die Liquidation einzelner Beteiligungen (z.B. durch Verkauf) eine gewisse Rolle gespielt haben.

Inwieweit die seit 1976 anhaltende Tendenzwende der Beteiligungsbilanz mit dem Ausland - ein schnelleres Wachstum der deutschen bzw. baden-württembergischen Unternehmensbeteiligungen im Ausland - heute noch als Aufholprozeß zu betrachten ist oder ob inzwischen Anzeichen dafür vorhanden sind, daß der Industriestandort Bundesrepublik gefährdet sein könnte, sollte jedoch keinesfalls aufgrund globaler Daten beurteilt werden. Hierfür sind die Motive bzw. Wirkungen von Direktinvestitionen zu verschiedenen. Allenfalls eine länder- und vor allem branchenspezifische Aufschlüsselung (die anschließend erfolgt) kann hier näheren Aufschluß geben. So ist sicher-

8) Die Entwicklung der Kapitalverflechtung der Unternehmen mit dem Ausland in den Jahren 1976 bis 1985, in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Heft 3/1987.

Schaubild 1

Unternehmensverflechtung Baden-Württembergs und des Bundesgebiets mit dem Ausland (insgesamt) 1976 bis 1986



1) Jeweils Bestände an unmittelbaren Direktinvestitionen zum Jahresende.
2) Unternehmen mit Sitz in Baden-Württemberg.
Quellen: Landeszentralbank Baden-Württemberg, Deutsche Bundesbank, eigene Berechnungen.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

146 88

lich die Errichtung von Auslandsvermögen in Vertriebs- und Servicestützpunkten anders zu bewerten als in Form von Produktionsstätten.

Kurzfristige Entwicklung: Starkes Wachstum der jährlichen Direktinvestitionen in den USA

Zur Herausarbeitung der aktuellen Tendenzen ist es zweckmäßig, statt der Bestandsgrößen des Unternehmensvermögens, die sich naturgemäß nur träge ändern, die Stromgrößen, d.h. die jährlich geleisteten Direktinvestitionen, zu betrachten. Aussagefähige Daten hierzu liegen allerdings bislang nur für das Bundesgebiet vor.

Diese sogenannten jährlichen Nettokapitaleistungen setzen sich aus zwei Bestandteilen zusammen: zum einen aus der Zufuhr "Frischen Kapitals" in der Regel in Form von Zahlungen z.B. für Kauf, Gründung oder Erweiterung des im Ausland angelegten Unternehmensvermögens, wobei eventuelle Liquidationen (z.B. Veräußerung oder Stilllegung eines Objekts) gleich abgezogen werden. Zum anderen zählen hierzu die den Auslands-töchtern belassenen Gewinne (abzüglich

Tabelle 2

Entwicklung der jährlichen Direktinvestitionen*) 1979 bis 1987

— Bundesgebiet —

Jahres- ende	Insgesamt (alle Länder)				Darunter industrialisierte westliche Länder	
	im Ausland		aus dem Ausland		im Ausland zusammen	aus dem Ausland zusammen
	zusammen	darunter reinvestierte Gewinne	zusammen	darunter reinvestierte Gewinne		
					Mill. DM	
1979	8 235	1 070	3 194	1 850	7 301	2 496
1980	7 281	562	771	- 1 093	6 432	659
1981	8 727	- 1 194	770	- 3 025	7 461	854
1982	6 020	- 1 566	1 988	- 1 169	4 923	1 656
1983	8 095	507	4 533	50	6 663	4 085
1984	12 526	3 061	2 105	- 429	10 514	1 553
1985	14 173	3 061	2 145	- 429	13 194	1 433
1986	19 547	3 200	2 968	- 400	19 457	3 253
1987	15 072	3 000	2 029	3 513		

*) Nettokapitalleistungen in der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik (einschließlich reinvestierter Gewinne).

Quelle: Deutsche Bundesbank.

von Verlusten), die dort reinvestiert werden. Diese reinvestierten Gewinne werden also so behandelt, als wären sie an die Muttergesellschaft ausgeschüttet worden und gleich wieder an die Tochtergesellschaft geflossen, eine Verhaltensweise, die im übrigen ebenfalls (aus steuerlichen Gründen) nicht selten vorkommt und als Schütt-aus- und hol-zurück-Politik bezeichnet wird.

Zur Zeit zeigt sich bundesweit bei den jährlichen Direktinvestitionen im Ausland eine dynamische Entwicklung. Lagen die jährlichen Nettokapitalleistungen an das Ausland im Zeitraum 1979 bis 1983 im Jahresdurchschnitt bei rund 8 Mrd. DM, so überschritten sie seither spürbar jeweils die 10 Mrd.-Schwelle. Der bisherige Höhepunkt wurde 1986 erreicht mit einem Abfluß von 19,5 Mrd. DM, wobei sich diese Direktinvestitionen fast ausschließlich in Industrieländern konzentrierten (Tabelle 2). Die 1987 neuinvestierte Summe (15,1 Mrd. DM) deutet einen leichten Rückgang an, beruht jedoch noch auf vorläufigen Angaben und dürfte deshalb noch mit erheblichen Unsicherheiten behaftet sein.

Die Daten zeigen weiter, daß bei den deutschen Tochtergesellschaften im Ausland zu Beginn der 80er Jahre insgesamt gesehen erhebliche Verluste (negative reinvestierte Gewinne) angefallen sind. Dies ist zunächst zu erklären aus der Konjunkturabschwächung auch in den Hauptanlageländern, sowie aus dem damaligen Verfall des Dollarkurses, der die Importe der im Dollarraum gelegenen Töchter aus der Bundesrepublik verteuerte (wie noch mehrmals deutlich werden wird, wird ein erheblicher Teil der heimischen Exporte über die Töchter deutscher Unternehmen im Ausland abgewickelt). Hinzu kam jedoch, wie die Deutsche Bundesbank feststellte, daß sich Neugründungen deutscher Töchter im Ausland gerade Ende der 70er Jahre gehäuft hatten. Deren Anlaufphase reichte in die 80er Jahre hinein; in der Errichtungsphase treten naturgemäß oft erhebliche Anlaufverluste auf.

Dagegen ist in den 80er Jahren bei den jährlichen Direktinvestitionen aus dem Ausland im Inland keine eindeutige Tendenz festzustellen, jedenfalls bewegten sie sich kontinuierlich auf erheblich

niedrigerem Niveau. Bemerkenswert ist auch hier, daß - vor allem angesichts der auch im Inland gedrückten Konjunktur nach der zweiten Ölkrise, aber teilweise auch in den Jahren danach - erhebliche Verluste eintraten. Hier ist jedoch zu differenzieren. Ein Teil der inländischen Investitionsobjekte erlitt in den letzten Jahren erhebliche Verluste (z.B. Objekte in der Mineralölgewinnung und -verarbeitung und in der Eisen- und Stahlerzeugung und Nichteisen-Metallerzeugung), in diesen Branchen dürfte bundesweit das ausländische Unternehmensvermögen auch verlustbedingt geschrumpft sein, dies sind im übrigen Anlageobjekte, die ganz überwiegend nicht in Baden-Württemberg liegen dürften. Diesen Branchen stehen expansive Branchen gegenüber, die ihren Sitz wohl zu einem erheblichen Teil in Baden-Württemberg haben. (Dies dürfte auch zu einem Teil das schnellere Wachstum des Auslandsvermögensbestandes in Baden-Württemberg erklären). Auch ein statistischer Effekt dürfte die tatsächlichen Kapitalzuflüsse in den letzten Jahren zu gering erscheinen lassen: nicht enthalten sind in den dargestellten Nettokapitalleistungen Zuschüsse der Mütter zur Abdeckung der Verluste in Tochtergesellschaften sowie kurzfristige Kredite (diese Größen gehen dagegen in die Bestandsstatistik des Unternehmensvermögens ein).

Daß die hohen Verluste in einigen Branchen nicht überbewertet werden dürfen, zeigt im übrigen eine Berechnung der Deutschen Bundesbank, die schätzungsweise feststellte, daß zumindest bis zum aktuellsten Beobachtungsjahr 1985 die Ertragsrate des ausländischen Unternehmensvermögens in der Bundesrepublik gut 3 Prozentpunkte höher lag, als die Ertragsrate der deutschen Objekte im Ausland. In diesem Indikator sind sowohl die reinvestierten als auch die ausgeschütteten Gewinne in ihrer Summe auf den Wert des Unternehmensvermögens bezogen.

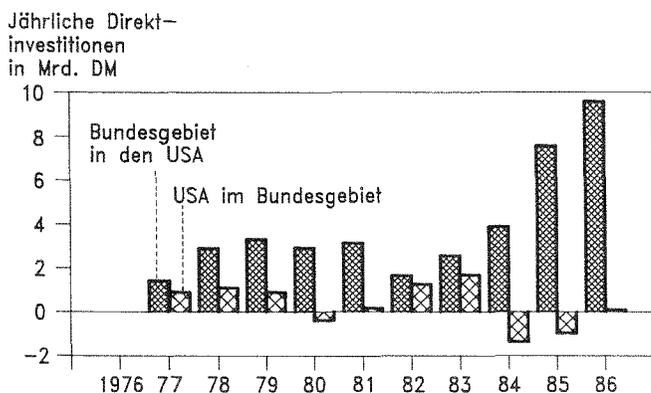
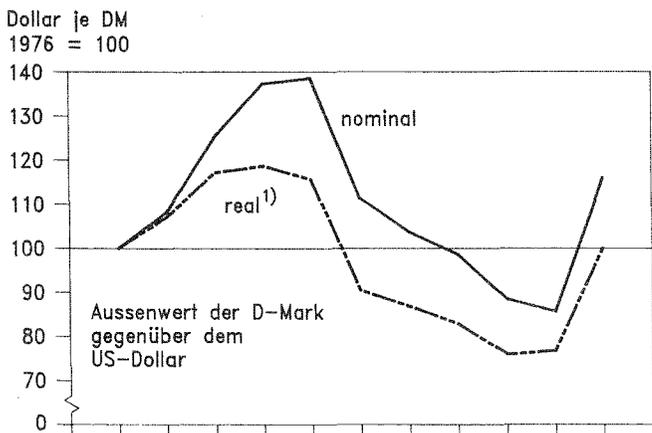
Eine gewisse Rolle für die gegenwärtigen Entwicklungstendenzen der Kapitalflüsse dürfte auch die Dollarkursentwicklung spielen, zumal bei der Unternehmensverflechtung, wie später detailliert geschildert wird, die USA dominieren. Seit 1985, dem Beginn der Talfahrt des Dollar, sind Engagements in der Bundesre-

publik für Investoren aus dem Dollarraum zunehmend kostspieliger. Der gegenwärtige hohe Außenwert der DM macht jedoch nicht nur Neuengagements aus dem Dollarraum weniger attraktiv, er könnte auch die Bereitschaft gefördert haben, bestehende Engagements an Inländer zu veräußern, da der in Dollar erzielbare Gegenwert ungleich höher ist, als z.B. noch Mitte der 80er Jahre. Insofern ist die Situation heute ähnlich wie zu Beginn der 80er Jahre, als bei ebenfalls rapide gestiegenem Außenwert der DM gegenüber dem Dollar die Nettokapitalleistungen des Auslands stark zurückgegangen waren (von jeweils rund 3 Mrd. DM 1977 bis 1979 auf jeweils knapp 800 Mill. DM 1980 und 1981). Entsprechend umgekehrt war das Investitionsverhalten der inländischen Investoren im Ausland. Ein gewisser Zusammenhang mit der Wechselkursentwicklung wird vor allem deutlich, wenn man die Bilanz der Kapitalzu- und -abflüsse mit den USA betrachtet (Schaubild 2). Es zeigt sich, daß ein hoher Außenwert der DM gegenüber dem Dollar (also ein niedrig bewerteter Dollar) in gewissem Umfang mit hohen Kapitalabflüssen nach den USA und mit niedrigen Kapitalzuflüssen aus den USA korrespondiert. Ist der Außenwert der DM hoch, ist es für Investoren aus den USA relativ unattraktiv, neues Kapital in bestehende Engagements fließen zu lassen bzw. Neugründungen oder Neuerwerbungen vorzunehmen. Das Umgekehrte gilt für deutsche Investoren in den USA. Dies gilt für den Beginn der 80er Jahre und wieder für die heutige Situation. Der Vergleich zur Wechselkursentwicklung kann zum einen nominal gezogen werden, also zum "normalen" Wechselkurs, zum anderen zur Entwicklung des realen Außenwerts der DM. Vergleicht ein Investor die "Kaufkraft" eines Kapitalengagements in den USA mit einem Engagement in der Bundesrepublik, wird er eventuell auch die Entwicklung des realen Außenwerts der DM in Betracht ziehen, wobei sich im übrigen zeigt, daß die gegenwärtige Höherbewertung der DM real - im Schaubild unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Entwicklung der Ausfuhrpreise - weniger gravierend ist als nominal.

Das Schaubild verdeutlicht im Vergleich zur vorangegangenen Tabelle auch die dominierende Rolle, die die USA gerade in jüngster Zeit für die deutschen jähr-

Schaubild 2

Entwicklung des Aussenwerts der D-Mark gegenüber dem US-Dollar und der jährlichen Direktinvestitionen*) zwischen dem Bundesgebiet und den USA 1976 bis 1986



*) Nettokapitalleistungen in der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik (einschliesslich reinvestierter Gewinne).

1) Gemessen an den Durchschnittswerten der Ausfuhr.

Quelle: Deutsche Bundesbank, eigene Berechnung.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

163 88

lichen Direktinvestitionen im Ausland spielen. Im Jahr 1986 entfielen (jeweils nach Verrechnung von Veräußerungen) von den gesamten deutschen jährlichen Direktinvestitionen in Höhe von 19,5 Mrd. DM mit rund 9,6 Mrd. DM die Hälfte auf die USA, 1985 war die Situation ähnlich: von 14,2 Mrd. DM waren es 7,6 Mrd. DM. Bei der Bewertung des in jüngster Zeit deutlich gestiegenen Neuenagements deutscher Unternehmen im Ausland ist jedoch zu berücksichtigen, daß es sich zumindest zu einem erheblichen Teil auf Erwerbungen bestehender Unternehmen beschränkte, durch die die deutschen Käufer zu günstigen Wechselkursen ihre Stellung als multinationale Konzerne festigten und ihre Weltmarktanteile ausbauten.

Pressemeldungen⁹ zufolge waren beispielsweise in den Jahren 1986/87 Transaktionen jeweils in Milliardenhöhe: die Übernahme von Celanese durch die Hoechst AG (rund 6 Mrd. DM), der Kauf von General Tire durch die Continental AG (1,2 Mrd. DM), die vollständige Übernahme eines bisherigen Gemeinschaftsunternehmens mit der amerikanischen Telefongesellschaft GTE durch die Siemens AG (0,9 Mrd. DM), der Kauf von mehreren Chemieunternehmen vor allem in den USA und Frankreich durch die Henkel-Gruppe, deren Gesamtbetrag ebenfalls zumindest an der Milliardengrenze liegen dürfte sowie der Erwerb einer maßgeblichen Beteiligung bei Seat durch die Volkswagen AG (1,1 Mrd. DM). Hinzu kommen weitere in der Presse veröffentlichte Übernahmen von bedeutsamem Kaufwert, deren Summen nicht beziffert wurden. Auch im Dienstleistungsbereich gab es aufsehenerregende Übernahmen. So der Kauf des Filialnetzes der Bank of America in Italien (1,2 Mrd. DM) durch die Deutsche Bank AG, den Erwerb des zweitgrößten Buchverlags der USA sowie sonstiger Medienunternehmen durch die Bertelsmann-Gruppe (1,5 Mrd. DM) und weitere Großengagements, so im amerikanischen Einzelhandel und im Versicherungsbereich.

An der geschilderten gegenwärtigen Entwicklung scheint wesentlich zu sein, daß sich deutsche Neuenagements vor allem auf die USA konzentrierten und sich zumindest zu einem wesentlichen Teil - wie der kurze Überblick aus Pressemeldungen ergab - auf Erwerbungen bereits bestehender Unternehmen erstreckt. Dies erscheint nicht unwesentlich zu sein für die spätere Betrachtung der Wirkungen von Direktinvestitionen. Zunächst jedoch wird im folgenden die differenzierte Analyse der Direktinvestitionen nach Ländern und Branchen (wieder anhand der Bestandsgrößen) dargestellt. Als Bezugszeitpunkt für einen Zeitvergleich wird hierbei der Stand Jahresende 1979 gewählt. Dieser Zeitpunkt erweist sich auch im Hinblick auf Wechselkurseinflüsse (die beim heimischen Unternehmens-

9) Der Spiegel Nr. 29 vom 13.7.87, Handelsblatt vom 6.9.87 und 5.1.88.

Tabelle 3

Bilanz des Unternehmensvermögens 1979 und 1986 nach Ländern

– Baden-Württemberg –

Ländergruppe/Land	Bestände an unmittelbaren Direktinvestitionen					
	1979			1986		
	im Ausland	aus dem Ausland	Saldo	im Ausland	aus dem Ausland	Saldo
	Mill. DM					
Industrialisierte westliche Länder insgesamt	6 002	10 909	– 4 907	16 416	17 486	– 1 070
davon						
EG-Länder ¹⁾	1 872	1 581	+ 291	5 833	3 541	+ 2 292
darunter						
Belgien	83	36	+ 47	402	26	+ 376
Frankreich	965	420	+ 545	1 651	930	+ 721
Großbritannien	296	548	– 252	800	1 497	– 697
Italien	169	121	+ 48	700	644	+ 56
Luxemburg	100	19	+ 81	77	40	+ 37
Niederlande	206	404	– 198	1 343	315	+ 1 028
Übrige industrialisierte westliche Länder ²⁾	4 130	9 328	– 5 198	10 583	13 945	– 3 362
darunter						
Japan	118	38	+ 80	339	138	+ 201
Kanada	176	8	+ 168	227	5	+ 222
Österreich	387	133	+ 254	672	173	+ 499
Schweden	54	229	– 175	47	139	– 92
Schweiz	1 141	3 945	– 2 804	2 313	5 802	– 3 489
Vereinigte Staaten von Amerika	1 593	4 950	– 3 357	6 403	7 645	– 1 242
Entwicklungsländer insgesamt	1 750	310	+ 1 440	2 419	372	+ 2 047
davon						
OPEC	300	32	+ 268	154	– 11 ³⁾	+ 165
Übrige Entwicklungsländer	1 450	278	+ 1 172	2 265	383	+ 1 882
darunter						
Brasilien	1 055			1 590	14	+ 1 576
Staatshandelsländer	–	16	– 16	–	26	– 26
Regional nicht aufteilbar	–	238 ⁴⁾	– 238	–	171 ⁴⁾	– 171
Insgesamt	7 752	11 473	– 3 721	18 835	18 055	+ 780

1) Jeweiliger Gebietsstand. – 2) Einschließlich Entwicklungsländer in Europa. – 3) Bei negativen Beträgen übersteigen die ausgewiesenen Verluste das eingesetzte Kapital. – 4) Unmittelbare Darlehen der Kapitaleigner von Tochter- an Einzelgesellschaften.

Quellen: Landeszentralbank Baden-Württemberg, eigene Berechnungen.

vermögen im Ausland auftreten) als günstig: bezogen auf das Jahresende 1979 war die DM Ende 1986 gegenüber dem Dollar noch geringfügig niedriger bewertet, gegenüber den EWS-Ländern in etwas stärkerem Umfang höher bewertet, so daß sich beide Effekte teilweise kompensieren.

Bilanz nach Ländern: Baden-Württemberg Kapitalempfänger gegenüber den Industrieländern

Zum Stand Ende 1986 war Baden-Württemberg zwar insgesamt gerade (und in sehr geringem Umfang) netto betrachtet zum Investorland geworden, jedoch noch

nicht gegenüber der Gesamtheit der industrialisierten westlichen Länder (Tabelle 3), hier war der Saldo der unmittelbaren Vermögensbeteiligungen noch negativ (- 1,1 Mrd. DM). Ursächlich waren die Unternehmensverflechtungen mit den nicht der EG angehörenden Staaten (- 3,4 Mrd. DM). Neben den USA (für die USA siehe Anhangtabelle 1) (- 1,2 Mrd. DM) war es insbesondere die Schweiz (- 3,5 Mrd. DM), die hier zu Buche schlug.

Allerdings kommt der Schweiz als beliebtem Holding-Sitzland eine Sonderstellung zu. Dies wirkt sich in zwei gegenläufigen Effekten aus. Zum einen ist ein Teil des heimischen Anlagekapitals in der Schweiz in dort registrierten Holdinggesellschaften eingesetzt, die ihrerseits (mittelbar) in Drittländern (und zu einem wohl kleinen Teil wieder in der Bundesrepublik bzw. in Baden-Württemberg) investiert haben. Insofern ist der heimische Vermögensbestand bezüglich des "Standorts" Schweiz zu hoch ausgewiesen (für die Bilanzierung werden jeweils nur die unmittelbaren Direktinvestitionen betrachtet). Dem steht gegenüber, daß auch Investoren aus Drittländern Vermögensanlagen in Baden-Württemberg über eine zwischengeschaltete Holding in der Schweiz halten dürften, die statistisch der Schweiz zugerechnet werden. So sind auch die Vermögensanlagen der Schweiz - wenn man nach den letztlich in Eigentum von Investoren dieses Landes stehenden Vermögensanlagen fragt - zu hoch ausgewiesen. Beide Effekte kompensieren sich so gegenseitig zumindest teilweise.

Dagegen war die Bilanz gegenüber der Gruppe der EG-Länder Ende 1986 deutlich positiv (+ 2,3 Mrd. DM), wie auch schon, wenn auch in geringerem Umfang, zu Beginn der 80er Jahre gegenüber den damaligen Mitgliedstaaten. Netto als Empfängerland von heimischem Kapital treten neben Frankreich (+ 721 Mill. DM) die Niederlande (+ 1,0 Mrd. DM) hervor, während als Ausnahme Großbritannien ein Nettoinvestorland ist (- 697 Mill. DM).

Dagegen überwog bundesweit (für das Bundesgebiet siehe Anhangtabelle 2) gegenüber der Gesamtheit der industrialisierten westlichen Länder das von der deutschen Wirtschaft dort unmittelbar

angelegte Vermögen deutlich (Saldo: + 25,5 Mrd. DM). Dies gilt sowohl gegenüber den EG-Ländern (+ 22,2 Mrd. DM), als auch bei den übrigen westlichen Industrieländern in ihrer Gesamtheit (+ 3,4 Mrd. DM). Während - anders als in Baden-Württemberg - der Saldo mit den USA ebenfalls positiv war (+ 2,3 Mrd. DM), waren nicht nur die Schweiz (- 3,7 Mrd. DM), sondern bundesweit - anders als in Baden-Württemberg - auch Japan (- 3,9 Mrd. DM) in der Gruppe der Nettoinvestoren.

Zu Beginn der 80er Jahre war das Defizit der baden-württembergischen Unternehmen (Ende 1979: - 3,7 Mrd. DM) noch beträchtlich. Einem schon damals hohen Überschuß bei den Entwicklungsländern (+ 1,4 Mrd. DM) stand ein Defizit von nahezu 5 Mrd. DM bei den industrialisierten westlichen Ländern gegenüber. Eine hohe Nettoschuldnerposition insbesondere bei den USA (- 3,4 Mrd. DM) wurde damals nur geringfügig kompensiert durch ein kleines Plus der Beteiligungsbilanz gegenüber der Gesamtheit der damaligen EG-Staaten (+ 291 Mill. DM).

Bilanz nach Wirtschaftszweigen: Baden-Württemberg ist im Verarbeitenden Gewerbe Kapitalempfänger

Investoren des Verarbeitenden Gewerbes prägen die Bilanz der Direktinvestitionen. Sie unterhalten jedoch nicht nur Produktionsstätten, sondern auch in hohem Maß Vertriebs- und Serviceniederlassungen im Ausland. Für eine Bilanzierung nach Wirtschaftszweigen ist daher wesentlich, ob für die Branchenzuordnung im Ausland der Wirtschaftszweig des Investors oder der Wirtschaftszweig des Investitionsobjekts gewählt wird. Für eine spätere Diskussion der möglichen Wechselwirkungen zwischen Direktinvestitionen, Export und Arbeitsplätzen dürfte die Branche des jeweiligen Investitionsobjekts die zweckmäßigere Darstellung sein, diese Darstellungsart wird daher im folgenden verwendet. So werden z.B. Tochtergesellschaften heimischer Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes, die Vertriebsniederlassungen und damit im allgemeinen reine Empfänger heimischer Exporte sind, dem Handel zugeordnet. (Daten der alternativen, im folgenden nicht gewählten Darstellungsart sind in Anhangtabelle 3 dargestellt).

Tabelle 4

Bilanz des Unternehmensvermögens 1979 und 1986 nach Branchen

Wirtschaftszweig	Bestände an unmittelbaren Direktinvestitionen					
	1979			1986		
	aus dem Ausland nach dem Wirtschaftszweig des inländischen Investitionsobjekts	im Ausland nach dem Wirtschaftszweig des ausländischen Investitionsobjekts	Saldo	aus dem Ausland nach dem Wirtschaftszweig des inländischen Investitionsobjekts	im Ausland nach dem Wirtschaftszweig des ausländischen Investitionsobjekts	Saldo
	Mill. DM					
Baden-Württemberg						
Verarbeitendes Gewerbe	10 034	3 525	- 6 509	12 784	7 011	- 5 773
darunter						
Chemische Industrie	1 944	73	- 1 871	2 575	119	- 2 456
Kunststoff-, Gummi- und Asbestverarbeitung	511	47	- 464	529	71	- 458
Maschinenbau ¹⁾	701	483	- 218	883	1 218	+ 335
Straßenfahrzeugbau	365	1 699	+ 1 334	523	3 119	+ 2 596
Elektrotechnik ²⁾	4 454	317	- 4 137	1 639	1 065	+ 574
Feinmechanik und Optik, Herstellung von EBM-Waren usw. ³⁾	601	237	- 364	914	356	- 558
Handel	780	2 095	+ 1 315	1 350	5 068	+ 3 718
Kreditinstitute	30	100	+ 70	86	180	+ 94
Beteiligungsgesellschaften und sonstige Vermögensverwaltung	265	1 556	+ 1 291	3 319	4 985	+ 1 666
Sonstige Dienstleistungen ⁴⁾	211	301	+ 90	278	1 380	+ 1 102
Restliche Wirtschaftszweige, Privatpersonen ⁵⁾	153	214	+ 61	238	211	- 27
Insgesamt	11 473	7 791	- 3 682	18 055	18 835	+ 780
Bundesgebiet						
Verarbeitendes Gewerbe	42 318	24 992	- 17 326	45 578	48 740	+ 3 162
darunter						
Chemische Industrie	6 734	7 954	+ 1 220	8 822	15 915	+ 7 093
Kunststoff-, Gummi- und Asbestverarbeitung	1 847	515	- 1 332	2 216	1 086	- 1 130
Maschinenbau ¹⁾	3 592	2 740	- 852	3 391	4 713	+ 1 322
Straßenfahrzeugbau	4 220	4 654	+ 434	3 433	9 251	+ 5 818
Elektrotechnik ²⁾	6 596	3 233	- 3 363	4 994	8 656	+ 3 662
Feinmechanik und Optik, Herstellung von EBM-Waren usw. ³⁾	1 850	1 053	- 797	2 579	1 528	- 1 051
Handel	10 744	11 125	+ 381	16 314	24 046	+ 7 732
Kreditinstitute	4 360	4 400	+ 40	7 728	9 824	+ 2 096
Beteiligungsgesellschaften und sonstige Vermögensverwaltung	7 889	11 592	+ 3 703	19 066	29 999	+ 10 933
Sonstige Dienstleistungen ⁴⁾	3 362	4 838	+ 1 476	4 648	13 655	+ 9 007
Restliche Wirtschaftszweige, Privatpersonen ⁵⁾	1 593	4 210	+ 2 617	1 967	7 745	+ 5 778
Insgesamt	70 266	61 157	- 9 109	95 301	134 009	+ 38 708

1) 1979 einschließlich Herstellung von Büromaschinen. — 2) 1979 einschließlich Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen. — 3) Einschließlich Herstellung von Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spiel- und Schmuckwaren. — 4) Einschließlich Finanzierungsinstitutionen, Versicherungsunternehmen, Wohnungsunternehmen und sonstiges Grundstückswesen. — 5) Einschließlich nicht aufteilbar.

Quellen: Landeszentralbank Baden-Württemberg; Deutsche Bundesbank; eigene Berechnungen.

In Baden-Württemberg war für das Verarbeitende Gewerbe (jeweils als Anlagebranche) Ende 1986 der Saldo der unmittelbaren Beteiligungsbilanz deutlich negativ (- 5,8 Mrd. DM), d.h. um diesen Betrag überwog das ausländische Engagement in diesem Wirtschaftsbereich (Tabelle 4). Allerdings darf hier der positive Saldo bei den Beteiligungsgesellschaften (+ 1,7 Mrd. DM) nicht außer acht gelassen werden, da hier ein ins Gewicht fallender Anteil (z.B. über Holdinggesellschaften) mittelbar in zum Verarbeitenden Gewerbe zählenden Produktionsstätten angelegt sein dürfte.

Aber auch wenn man dies berücksichtigt, bleibt Baden-Württemberg in hohem Maß, was Produktionsstätten des Verarbeitenden Gewerbes betrifft, ein Kapitalempfängerland. Insofern dürften auch gegenwärtig von der Unternehmensverflechtung dieses Wirtschaftsbereichs für Baden-Württemberg positive Beschäftigungsimpulse ausgehen, wie noch gezeigt wird.

Branchenmäßig zeigt sich (ohne Berücksichtigung der Beteiligungsgesellschaften) allerdings eine erhebliche Differenzierung. Per Saldo Kapitalempfänger ist Baden-Württemberg zum Beispiel in der Chemischen Industrie (- 2,5 Mrd. DM), während im Straßenfahrzeugbau (+ 2,6 Mrd. DM) der Wert der entsprechenden ausländischen Investitionsobjekte überwiegt.

Während in Baden-Württemberg im bisherigen Verlauf der 80er Jahre bei der Beteiligungsbilanz im Verarbeitenden Gewerbe keine spürbare Veränderung eingetreten ist, war bundesweit hier der Umschwung erheblich: Seit Beginn der 80er Jahre schlug das damalige Defizit (- 17,3 Mrd. DM) um in einen mäßigen Überschuß der Nettovermögensanlagen (+ 3,2 Mrd. DM). Hinzu kommen vor allem auf Bundesebene noch verstärkende Effekte durch einen größeren Überschuß in der Bilanz bei Beteiligungsgesellschaften (Ende 1986: + 10,9 Mrd. DM).

In der Beteiligungsbilanz mit dem Ausland bei Tochterunternehmen und Auslandsniederlassungen, die Handel betreiben - also auch den Export von Produkten der Muttergesellschaften abwickeln - zeigt sich in bemerkenswertem Umfang in Baden-Württemberg (1986: + 3,7 Mrd.

DM), aber auch bundesweit (+ 7,7 Mrd. DM) ein deutlicher Überschuß an Vermögen im Ausland. Hier spiegelt sich insbesondere die Exportstärke der heimischen bzw. deutschen Wirtschaft wider, gerade wenn man berücksichtigt, daß sich ein erheblicher Teil des Welthandels an Industriegütern - insbesondere bei den servicebedürftigen Gütern mit höherem Technologiegehalt - über firmeninterne Lieferungen (z.B. einer Muttergesellschaft des Verarbeitenden Gewerbes an ihre Handelsniederlassungen im Ausland) abspielt.

Ausländische Unternehmensbeteiligungen im Inland: USA dominieren als Kapitalgeber

Vom Wert der Auslandsbeteiligungen in Unternehmen mit Sitz in Baden-Württemberg (Ende 1986: 18,1 Mrd. DM) entfiel nahezu die Hälfte (42,3 %) auf die USA. Zweitwichtigstes Anlegerland war die Schweiz (32,1 %), der allerdings als beliebtes Holdingsitzland auch für Eigner aus Drittländern eine gewisse Sonderstellung zukommt. Die EG-Länder besaßen Beteiligungen in Höhe von 3,5 Mrd. DM (19,6 %). Bedeutendster Kapitalgeber war hier Großbritannien (8,3 %), gefolgt vom Nachbarland Frankreich (5,2 %). Im Vergleich zum Beginn der 80er Jahre hat sich insbesondere der Anteil der EG-Länder (Ende 1979: 13,8 %) deutlich erhöht, vor allem Großbritannien, Frankreich und Italien - hier von einem sehr geringen Niveau ausgehend - dehnten ihre Anteile aus (Tabelle 5). Entsprechend lag das Wachstum der Vermögensanlagen dieser Länder deutlich über dem Durchschnitt, wie auch das der Engagements aus Japan, das in Baden-Württemberg jedoch immer noch einen sehr geringen Anteilswert (0,8 %) aufweist.

Im Vergleich zum Bundesgebiet (+ 35,6 %) war das Wachstum des ausländischen Unternehmensvermögens in Baden-Württemberg im Laufe der 80er Jahre deutlich höher (+ 57,4 %). Hier ist jedoch wieder darauf hinzuweisen, daß sich die baden-württembergischen Daten auf den Unternehmenssitz in diesem Bundesland beziehen. Diese Tochterunternehmen können Betriebsstätten, oder wiederum rechtlich selbständige Töchter (Enkelgesellschaften), in mehreren Bundesländern besitzen.

Tabelle 5

Struktur des unmittelbaren ausländischen Unternehmensvermögens in Baden-Württemberg 1979 und 1986 nach Herkunftsländern

Ländergruppe/Land	Bestand ¹⁾	Länderstruktur		Anteil am Bundesgebiet		Veränderung der Bestände 1986 gegen 1979	
	1986	1979	1986	1979	Baden-Württemberg	Bundesgebiet	
	Mill. DM	%					
Industrialisierte westliche Länder insgesamt	17 486	96,8	95,1	19,2	16,3	+ 60,3	+ 36,3
davon EG-Länder ²⁾	3 541	19,6	13,8	11,5	6,8	+ 124,0	+ 32,7
darunter							
Belgien	26	0,1	0,3	2,1	2,9	- 27,8	+ 0,8
Frankreich	930	5,2	3,7	15,9	9,1	+ 121,4	+ 25,9
Großbritannien	1 497	8,3	4,8	16,8	9,6	+ 173,2	+ 56,6
Italien	644	3,6	1,1	38,8	15,3	+ 432,2	+ 109,5
Luxemburg	40	0,2	0,2	5,9	1,2	+ 110,5	- 57,1
Niederlande	315	1,7	3,5	2,8	4,7	- 22,0	+ 31,5
Übrige industrialisierte westliche Länder ³⁾	13 945	77,2	81,3	23,0	21,3	+ 49,5	+ 38,3
darunter							
Japan	138	0,8	0,3	2,3	2,0	+ 263,2	+ 218,5
Kanada	5	0,0	0,1	0,5	1,5	- 37,5	+ 88,2
Österreich	173	1,0	1,2	14,0	17,9	+ 30,1	+ 66,5
Schweden	139	0,8	2,0	7,3	15,5	- 39,3	+ 29,1
Schweiz	5 802	32,1	34,4	42,3	40,3	+ 47,1	+ 39,9
Vereinigte Staaten von Amerika	7 645	42,3	43,1	21,5	17,2	+ 54,4	+ 23,8
Entwicklungsländer insgesamt	372	2,1	2,7	14,5	15,0	+ 20,0	+ 23,6
davon OPEC	- 11	-	0,3	-	3,5		- 10,6
Übrige Entwicklungsländer	383	2,1	2,4	22,1	24,2	+ 37,8	+ 51,1
darunter							
Brasilien	14	0,1		14,0			- 5,7
Staatshandelsländer	26	0,1	0,1	4,1	4,8	+ 62,5	+ 92,2
Regional nicht aufteilbar ⁴⁾	171	0,9	2,1	20,9	26,4	- 28,2	- 9,3
Insgesamt	18 055	100	100	18,9	16,3	+ 57,4	+ 35,6

1) Bei negativen Werten übersteigen die ausgewiesenen Verluste das eingesetzte Kapital. — 2) Jeweiliger Gebietsstand. — 3) Einschließlich Entwicklungsländer in Europa. — 4) Unmittelbare Darlehen der Kapitaleigner von Tochter- an Enkelgesellschaften.

Quellen: Landeszentralbank Baden-Württemberg, eigene Berechnungen.

Der auf Baden-Württemberg entfallende Anteil der bundesweiten Engagements des Auslands ist so im bisherigen Verlauf der 80er Jahre von 16,3 % auf 18,9 % gestiegen. Hierbei zeigen sich gewisse Schwerpunktbildungen in Baden-Württemberg. So sind gegenwärtig über 40 % der bundesweiten Beteiligungen des Nachbarlands Schweiz in Baden-Württemberg angelegt, überdurchschnittlich ist auch der Anteil bei den USA (21,5 %). Bemerkenswert ist der geringe Anteil Baden-Würt-

tembergs an den Vermögensbeständen aus Japan (2,3 %), die bundesweit die dynamischste Entwicklung aufwiesen. Hier dürfte eine Rolle spielen, daß japanische Engagements in früheren Jahren in beträchtlichem Umfang Vertriebsniederlassungen oder Finanzdienstleistungen umfaßten, die sich primär im Raum Düsseldorf - wo sich bald eine "Kolonie" mit eigener Infrastruktur in dieser für Japaner sehr fremden Welt bildete, die die Attraktivität für den Zuzug weiterer Un-

Tabelle 6

Branchenstruktur des unmittelbaren ausländischen Unternehmensvermögens in Baden-Württemberg 1979 und 1986

Wirtschaftszweig des inländischen Investitionsobjekts	Bestand des Unternehmens- vermögens 1986	Branchenstruktur		Anteil am Bundesgebiet		Veränderung 1986 gegen 1979			
		1986	1979	1986	1979	Baden- Württemberg	Bundesgebiet		
	Mill. DM	%							
Verarbeitendes Gewerbe	12 784	70,8	87,5	28,0	23,7	+	27,4	+	7,7
darunter									
Chemische Industrie	2 575	14,3	16,9	29,2	28,9	+	32,5	+	31,0
Kunststoff-, Gummi- und Asbest- verarbeitung	529	2,9	4,5	23,9	27,7	+	3,5	+	20,0
Maschinenbau ¹⁾	883	4,9	6,1	26,0	19,5	+	26,0	-	5,6
Straßenfahrzeugbau	523	2,9	3,2	15,2	8,6	+	43,3	-	18,6
Elektrotechnik ²⁾	1 639	9,1	38,8	32,8	67,5	x		x	
Feinmechanik und Optik, Herstellung von EBM-Waren usw. ³⁾	914	5,1	5,2	35,4	32,5	+	52,1	+	39,4
Handel	1 350	7,5	6,8	8,3	7,3	+	73,1	+	51,8
Kreditinstitute	86	0,5	0,3	1,1	0,7	+	186,7	+	77,2
Beteiligungsgesellschaften und sonstige Vermögensverwaltung	3 319	18,4	2,3	17,4	3,4	+ 1	152,5	+	141,7
Sonstige Dienstleistungen ⁴⁾	278	1,5	1,3	6,0	4,6	+	81,7	+	38,3
Restliche Wirtschaftszweige	238	1,3	1,8	12,1	13,2	+	12,8	+	23,5
Insgesamt	18 055	100	100	18,9	16,3	+	57,4	+	35,6

1) 1979 einschließlich Herstellung von Büromaschinen. — 2) 1979 einschließlich Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen. — 3) Einschließlich Herstellung von Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spiel- und Schmuckwaren. — 4) Einschließlich Finanzierungsinstitutionen, Versicherungsunternehmen, Wohnungsunternehmen und sonstiges Grundstückswesen.

Quellen: Landeszentralbank Baden-Württemberg, eigene Berechnungen.

ternehmen erhöhte – sowie im Banken-, Finanz- und Luftverkehrszentrum Frankfurt konzentrierte. Die später errichteten Produktionsgesellschaften folgten vor allem in diesen bereits vertrauten Zentren bzw. in strukturschwachen Räumen mit hohem Arbeitskräfteangebot.

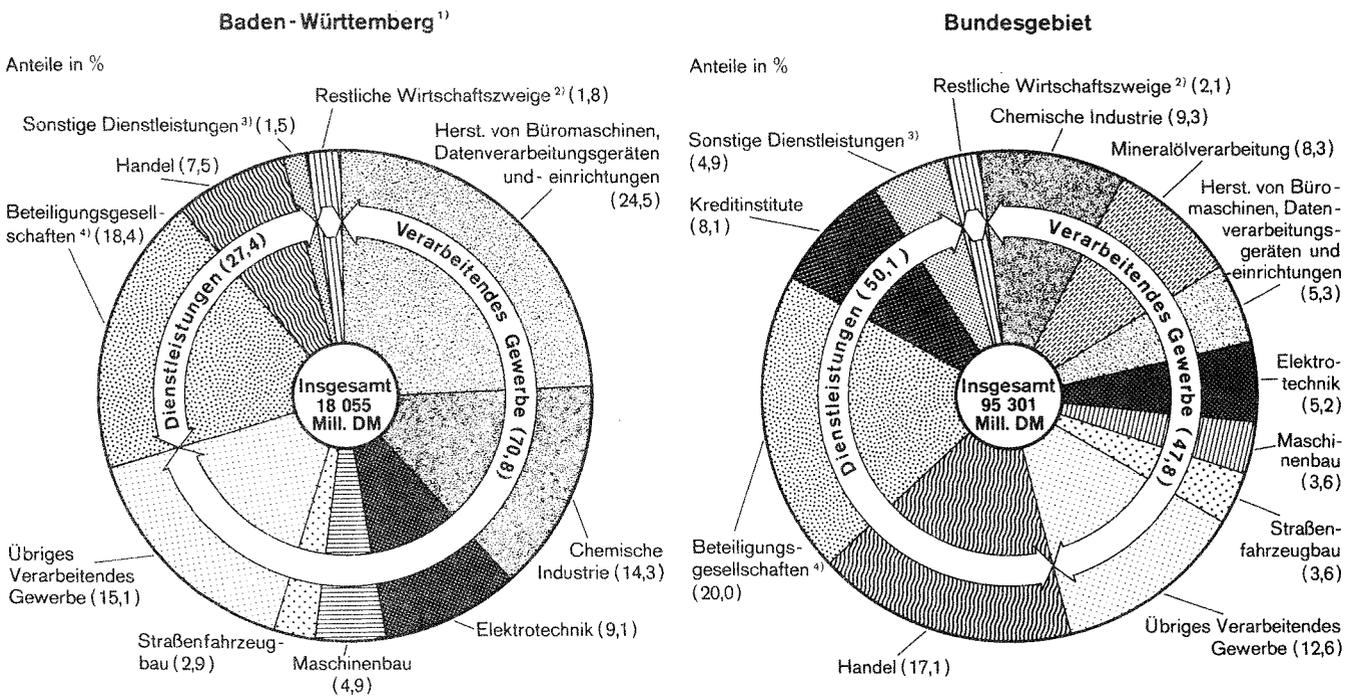
EDV-Bereich größter heimischer Kapitalempfänger

Das Anlagevermögen des Auslands in baden-württembergischen Unternehmen (1986: 18,1 Mrd. DM) ist in hohem Maß im Verarbeitenden Gewerbe angelegt, zum Stichtag Jahresende 1986 waren es 12,8 Mrd. DM (70,8 %). Die bedeutendste Anlagebranche im Verarbeitenden Gewerbe ist der Bereich ADV/Büromaschinen, hierauf entfielen allein 24,5 % aller ausländischen Direktinvestitionen in ba-

den-württembergischen Unternehmen. Es folgen die Chemische Industrie (14,3 %), die Elektrotechnik (9,1 %) und der Maschinenbau (4,9 %) (Tabelle 6).

Im Vergleich zum Bundesgebiet sind Ausländer vor allem im Bereich des Verarbeitenden Gewerbes in Baden-Württemberg überdurchschnittlich vertreten, der Anteilswert an den ausländischen Direktinvestitionen im Bundesgebiet betrug hier Ende 1986 28,0 %. Besonders stark sind Direktinvestitionen in Baden-Württemberg im Bereich ADV/Büromaschinen (87,8 %), aber auch in der Chemischen Industrie, in der Elektrotechnik und vor allem in der Feinmechanik/Optik, Herst. von EBM-Waren, Musikinstrumenten usw. (35,4 %) vertreten. Unterproportional ist der Anteil Baden-Württembergs dagegen im Handel (8,3 %). Die Handels- und

Struktur des Unternehmensvermögens *) aus dem Ausland in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet Ende 1986



*) Bestände der unmittelbaren Direktinvestitionen nach dem Wirtschaftszweig des Investitionsobjekts. - 1) In Unternehmen mit Sitz in Baden-Württemberg. - 2) Einschl. nicht aufteilbar. - 3) Einschl. Finanzierungsinstitutionen, Versicherungsunternehmen, Wohnungsunternehmen und sonstiges Grundstückswesen. - 4) Einschl. sonstige Vermögensverwaltung.

Quellen: Landeszentralbank Baden-Württemberg; Deutsche Bundesbank, eigene Berechnungen.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

155 88

Vertriebsgesellschaften im ausländischen Besitz, die ihr Absatzgebiet meist im ganzen Bundesgebiet haben, haben ihren Sitz offenbar bevorzugt in anderen Bundesländern. Sehr gering ist der auf Baden-Württemberg entfallende Anteil in anderen Dienstleistungsbereichen, insbesondere im Bankenbereich, wo ausländische Kreditinstitute die zentralen Bankplätze bevorzugten.

Während der Anteil der heimischen Wirtschaft am gesamten im Bundesgebiet angelegten Auslandsvermögen (18,9 %) gemessen am Anteil des Bruttoinlandsprodukts (16,1 %) leicht überproportional ist, zeigen sich so in der Aufgliederung nach Wirtschaftsbereichen recht große Unterschiede. Es scheint, daß die Standortentscheidungen des Auslands sich stärker nach den vorhandenen Schwerpunkten der inländischen Wirtschafts-

struktur ausgerichtet haben. Die Kausalkette könnte so aussehen: Wo sich in einer Region - gemessen an den Unternehmenssitzen, d.h. den Schaltzentralen - Schwerpunkte einer Branche gebildet haben, ist es für Investoren aus dem Ausland offenbar attraktiv, dort in diesen Branchen zu investieren, wohl auch um Synergieeffekte zu nutzen, z.B. bei der Nutzung der vorhandenen Infrastruktur (etwa im Forschungsbereich), der gewachsenen Zuliefererpotentiale und bei der Rekrutierung von qualifizierten Fachkräften. Dies schließt nicht aus, daß "alteingesessene" dynamische Unternehmen in Auslandsbesitz ihrerseits die Wirtschaftsstruktur eines Raumes mitgeprägt haben.

Diese Unterschiede in der Standortwahl ausländischer Investoren drücken sich im Land-Bund-Vergleich auch in der Zusam-

mensetzung des im Inland angelegten Auslandsvermögens aus. So war Ende 1986 in Baden-Württemberg 70 % des Vermögens im Verarbeitenden Gewerbe angelegt, bundesweit lediglich knapp die Hälfte. Entsprechend höher ist bundesweit die Bedeutung der Dienstleistungsbereiche, z.B. Handel, Banken und der heterogen zusammengesetzte Bereich der sonstigen Dienstleistungen (Schaubild 3).

Überproportionale Zunahme der ausländischen Vermögensanlagen in Baden-Württemberg

Bereits eingangs wurde dargestellt, daß das in Baden-Württemberg angelegte Auslandsvermögen im langfristigen Zeitvergleich stärker gestiegen ist als bundesweit. Dies gilt insbesondere für die 80er Jahre. In Baden-Württemberg war in diesem mittelfristigen Zeitraum (seit Ende 1979) die Zuwachsrate des Bestands werts der ausländischen Direktinvestitionen (+ 57,4 %) erheblich höher als im Bundesgebiet (+ 35,6 %). Dies ist maßgeblich auf die unterschiedliche Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe zurückzuführen (Baden-Württemberg + 27,4 %, Bundesgebiet + 7,7 %), sowie auf die besonders divergierenden Tendenzen bei den Beteiligungsgesellschaften (die einen Teil ihres Vermögens ebenfalls im Verarbeitenden Gewerbe angelegt haben), wo sich der Bestand in Baden-Württemberg mehr als verzehnfacht hat (Bundesgebiet + 141,7 %).

Für diese Wachstumsunterschiede zwischen Land und Bund könnte mit ursächlich sein, daß ein Teil der Kapitalengagements des Auslands in Unternehmen angelegt worden ist, die vermutlich zumindest zeitweise erhebliche Verluste hinnehmen mußten. Hierzu gehören Anlageobjekte in der Eisen- und Stahlerzeugung, der Nichteisenerzeugung, der Mineralölverarbeitung und in Teilen des Straßenfahrzeugbaus. Dies sind Investitionsobjekte, die sich überwiegend nicht in Baden-Württemberg befinden. Nun erhöhen die nicht ausgeschütteten, d.h. reinvestierten Gewinne von Tochtergesellschaften den Bilanzwert der Direktinvestitionen im Zeitverlauf, Verluste vermindern ihn entsprechend, sofern zur Verlustabdeckung kein frisches Kapital von den Eigentümern neu zufließt. Hinzu kommt, daß Branchen, deren zukünftige

Wachstumserwartungen im Inland gedämpft sind - sei es durch Wandlungen der internationalen Arbeitsteilung oder durch einen Wandel der Verbrauchsstruktur -, wenig Anlaß geben, neues Kapital zum Ausbau der Kapazitäten zuzuführen.

Nur verhältnismäßig gering war dagegen der Wachstumsvorsprung Baden-Württembergs bei Kapitalanlagen im Handel, während die auch bundesweit starke Vermögenszunahme im Bankensektor (+ 77,2 %) in Baden-Württemberg deutlich höher ausfiel, allerdings von einem äußerst geringen Niveau ausgehend.

Durch diese Wachstumsunterschiede der ausländischen Anlagen in Land und Bund vergrößerte sich der auf Baden-Württemberg entfallende Anteil vor allem im Verarbeitenden Gewerbe deutlich, von 23,7 % zu Beginn der 80er Jahre bis auf 28,0 % Ende 1986. Besonders kräftig fiel auch die Anteilsausweitung im Bereich der Beteiligungsgesellschaften aus (von 3,4 % auf 17,4 %). Insgesamt, also über alle Anlagenbranchen hinweg, vergrößerte sich der auf Töchter mit Sitz in Baden-Württemberg entfallende Anteil von 16,3 % auf 18,9 %. Ob für diese überproportionale Zunahme des Auslandsvermögens in Baden-Württemberg in erster Linie der Wachstumsvorsprung bereits existierender Töchter maßgeblich war oder eine stärkere Zahl von Neugründungen, läßt sich allerdings nicht beziffern. Allerdings stellte die Deutsche Bundesbank fest, daß bundesweit in den 80er Jahren keine größeren Impulse durch Neugründungen mehr zu beobachten waren, vielmehr hielten sich diese die Waage mit Liquidierungen von Kapitalanlagen (durch Stilllegung oder Verkauf an Inländer).

Zielländer der heimischen Direktinvestitionen: USA wichtigstes Anlageland

Der "endgültige" Standort der Direktinvestitionen im Ausland läßt sich genauer erfassen, wenn man den Weg des über Holdinggesellschaften im Ausland angelegten Anlagekapitals weiter verfolgt und so die eigentlichen Zielländer bzw. Anlagebranchen zum Untersuchungsobjekt macht. Eine mittelbare Direktinvestition über eine Holding (z.B. in der Schweiz) in einem Drittland wird somit prinzipiell dem Drittland zugeordnet. Hierdurch än-

Tabelle 7

Struktur des unmittelbaren und mittelbaren baden-württembergischen Unternehmensvermögens im Ausland 1979 und 1986 nach Zielländern

Ländergruppe/Land	Bestand	Länderstruktur		Anteil am Bundesgebiet		Veränderung der Bestände 1986 gegen 1979	
	1986	1979	1986	1979	Baden-Württemberg	Bundesgebiet	
	Mill. DM	%					
Industrialisierte westliche Länder insgesamt	16 799	79,0	70,8	13,7	11,5	+ 165,2	+ 123,6
davon EG-Länder ¹⁾	6 106	28,7	24,8	10,8	9,2	+ 174,9	+ 135,5
darunter							
Belgien	435	2,0	1,1	7,5	3,5	+ 339,4	+ 104,9
Frankreich	1 768	8,3	13,5	15,2	17,0	+ 46,6	+ 64,5
Großbritannien	831	3,9	3,5	11,3	12,1	+ 169,8	+ 187,6
Italien	835	3,9	2,4	13,2	11,9	+ 295,7	+ 256,3
Luxemburg	107	0,5	1,7	1,5	3,5	- 29,6	+ 68,8
Niederlande	1 213	5,7	2,0	12,8	3,9	+ 593,1	+ 110,4
Übrige industrialisierte westliche Länder ²⁾	10 693	50,3	46,0	16,2	13,3	+ 160,0	+ 114,3
darunter							
Japan	340	1,6	1,3	14,5	14,3	+ 188,1	+ 183,6
Kanada	325	1,5	2,0	8,0	10,3	+ 78,6	+ 129,2
Österreich	705	3,3	4,6	13,6	14,7	+ 72,4	+ 85,7
Schweden	69	0,3	0,8	9,4	14,2	- 8,0	+ 39,1
Schweiz	1 969	9,3	9,4	27,5	20,1	+ 133,3	+ 70,4
Vereinigte Staaten von Amerika	6 628	31,2	18,9	15,8	11,4	+ 291,7	+ 182,1
Entwicklungsländer insgesamt	3 048	14,3	25,8	15,5	19,3	+ 32,1	+ 65,0
davon OPEC	154	0,7	3,4	7,7	14,8	- 48,7	- 0,9
Übrige Entwicklungsländer	2 894	13,6	22,4	16,4	20,3	+ 44,1	+ 78,5
darunter							
Brasilien	2 150	10,1	17,7	25,5	31,6	+ 37,0	+ 69,3
Staatshandelsländer	-	-	-	-	-	-	+ 37,0
Regional nicht aufteilbar ³⁾	1 412	6,6	3,4	20,8	9,1	+ 358,4	+ 99,9
Insgesamt	21 259	100	100	14,2	12,7	+ 137,5	+ 112,4

1) Jeweiliger Gebietsstand. — 2) Einschließlich Entwicklungsländer in Europa. — 3) Kredite der abhängigen Holdinggesellschaften an andere ausländische verbundene Unternehmen.

Quellen: Landeszentralbank Baden-Württemberg, eigene Berechnungen.

dert sich insgesamt das Niveau des Bestands an Direktinvestitionen ins Ausland nur wenig – es ist etwas höher, insbesondere da Holdinggesellschaften im Ausland auch die dortigen Kapitalmärkte in Anspruch nehmen können –, wesentlicher sind die Auswirkungen auf die ausgewiesene Länder- bzw. Branchenstruktur der heimischen Anlagen im Ausland.

Gliedert man die Zielländer der baden-württembergischen Direktinvestitionen nach "endgültigen" Anlageländern (unmittelbare und mittelbare Direktinvestitionen), so entfielen Ende 1986 vom Gesamtbetrag in Höhe von 21,3 Mrd. DM allein 6,6 Mrd. DM (31,2 %) auf die USA. Zweitwichtigstes Anlageland war die Schweiz mit 2,0 Mrd. DM (9,3 %).

Über ein Viertel des Auslandsvermögens war in den EG-Ländern angelegt, allein 8,3 % entfielen auf das Nachbarland Frankreich (Tabelle 7).

Die Attraktivität der USA als dem größten Binnenmarkt der Welt und die nachbarschaftlichen Beziehungen zu Frankreich und der Schweiz dominieren so das Anlagemuster heimischer Investoren: auf diese drei Länder zusammen konzentrierte sich knapp die Hälfte des im Ausland angelegten Unternehmensvermögens.

Auf Entwicklungsländer entfiel nur ein Siebtel des Auslandsvermögens, hier dominierte Brasilien (10,1 %).

Branchenstruktur des heimischen Unternehmensvermögens im Ausland: Bedeutung des Verarbeitenden Gewerbes ist gesunken

Für die folgende branchendifferenzierte Betrachtung wird wieder der Wirtschaftszweig des Investitionsobjekts im Ausland als Kriterium für die Branchenzuordnung verwendet, eine Direktinvestition eines heimischen Unternehmens des Verarbeitenden Gewerbes in eine Vertriebsniederlassung zählt so zum Handel. Wichtigste Zielbranche war Ende 1986 das Verarbeitende Gewerbe (Tabelle 8). Auf Tochter- und Enkelgesellschaften dieses Wirtschaftsbereichs (unmittelbare und mittelbare Direktinvestitionen) entfiel mit 8,9 Mrd. DM dennoch deutlich weniger als die Hälfte des Auslandsvermögens (41,9 %). Dieser Anteil ist gegenüber dem Stand Anfang der 80er Jahre spürbar gesunken, Ende 1979 hatte er noch 52,1 % betragen. Zwar haben die Vermögensbestände im Verarbeitenden Gewerbe seither deutlich zugenommen (+ 89,9 %), doch war die Zunahme unterproportional zum Gesamtwachstum der Direktinvestitionen (+ 136,7 %). Das Wachstum des im Verarbeitenden Gewerbe angelegten Beteiligungsvermögens verlief im Vergleich zur bundesweiten Entwicklung im Gleichschritt, im Gegensatz zum Anstieg der Gesamtdirektinvestitionen, der bundesweit etwas niedriger war (+ 112,4 %) als in Baden-Württemberg (+ 136,7 %).

Innerhalb des im Verarbeitenden Gewerbe angelegten Beteiligungsvermögens überwog der Straßenfahrzeugbau, auf ihn

entfielen Ende 1986 19,1 % der heimischen Direktinvestitionen. Mit Abstand folgten die Elektrotechnik (ohne ADV/Büromaschinen) (6,3 %) und der Maschinenbau (5,9 %). Der im ADV/Büromaschinenbereich angelegte Teil des Auslandsvermögens dürfte vernachlässigbar sein.

Deutlich zugenommen hat dagegen das Gewicht der Direktinvestitionen im tertiären Sektor. Ende 1986 entfielen so auf die sog. sonstigen Dienstleistungen (einschließlich Versicherungsunternehmen, Finanzierungsinstitutionen, Wohnungsunternehmen und Grundstückswesen) 3,0 Mrd. DM (14,0 %), dieser Anteil hatte zu Beginn der 80er Jahre noch 4,9 % betragen. Dieser Bereich hatte auch mit Abstand das dynamischste Wachstum, die Vermögensanlagen in dieser heterogen zusammengesetzten Branche haben sich seit Ende 1979 rund versiebenfacht.

Der zweitwichtigste Anlagebereich nach dem Verarbeitenden Gewerbe ist jedoch der Handel. In Tochterunternehmen und Niederlassungen, die Handel betreiben, waren Ende 1986 6,6 Mrd. DM investiert (31,1 %). Der bei weitem überwiegende Teil dieses Betrags dürfte von heimischen Investoren stammen, die dem Verarbeitenden Gewerbe angehören. Dies wird besonders deutlich, wenn man die genannten Daten mit der alternativen Gliederung der heimischen Vermögensanlagen im Ausland nach der Branche des heimischen Investors vergleicht (Anhangtabelle 4). So hatten heimische Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes 1986 mit einem Volumen von 14,3 Mrd. DM einen weit höheren Betrag im Ausland investiert als umgekehrt im Ausland in Anlageobjekten des Verarbeitenden Gewerbes investiert wurde (8,9 Mrd. DM). Der Differenzbetrag in Höhe von 5,4 Mrd. DM ergibt in grober Näherung das Auslandsvermögen des heimischen Verarbeitenden Gewerbes, das in Vertriebstöchtern angelegt ist. Auch in diesen Zahlen kommt die große Bedeutung der ausländischen Vertriebsstützpunkte für den Export des heimischen Verarbeitenden Gewerbes zum Ausdruck. Dagegen ist das Auslandsengagement heimischer Handelsunternehmen (z.B. des Einzelhandels) geringfügig (Anhangtabelle), was darauf zurückzuführen sein

Tabelle 8

Branchenstruktur des unmittelbaren und mittelbaren baden-württembergischen Unternehmensvermögens im Ausland 1979 und 1986

Wirtschaftszweig des ausländischen Investitionsobjekts	Bestand des Unternehmens- vermögens 1986	Branchenstruktur		Anteil am Bundesgebiet		Veränderung 1986 gegen 1979	
		1986	1979	1986	1979	Baden- Württemberg	Bundes- gebiet
	Mill. DM	%					
Verarbeitendes Gewerbe	8 897	41,9	52,1	13,5	13,8	+ 89,9	+ 93,5
darunter:							
Chemische Industrie	126	0,6	0,9	0,5	0,6	+ 57,5	+ 105,0
Kunststoff-, Gummi- und Asbestverarbeitung	107	0,5	.	8,7	.	.	+ 119,5
Maschinenbau ¹⁾	1 259	5,9	6,3	22,0	18,5	+ 121,3	+ 86,3
Straßenfahrzeugbau	4 060	19,1	.	39,5	.	.	+ 90,9
Elektrotechnik ²⁾	1 342	6,3	4,6	12,2	8,3	x	x
Feinmechanik und Optik, Herstellung von EBM-Waren usw. ³⁾	379	1,8	x	20,2	22,1	+ 44,7	+ 58,3
Handel	6 603	31,1	29,9	22,1	20,5	+ 146,2	+ 128,2
Kreditinstitute	180	0,8	1,1	1,8	2,2	+ 80,0	+ 125,6
Beteiligungsgesellschaften und sonstige Vermögensverwaltung	918	4,3	5,7	14,0	13,3	+ 79,3	+ 70,3
Sonstige Dienstleistungen ⁴⁾	2 977	14,0	4,9	13,9	6,3	+ 573,5	+ 208,1
Restliche Wirtschaftszweige	1 684	7,9	6,3	11,0	7,2	+ 199,6	+ 92,7
Insgesamt ⁵⁾	21 259	100	100	14,2	12,8	+ 136,7	+ 112,4

1) 1979 einschl. Herstellung von Büromaschinen. — 2) 1979 einschl. Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen. — 3) Einschl. Herstellung von Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spiel- und Schmuckwaren. — 4) Einschl. Finanzierungsinstitutionen, Versicherungsunternehmen, Wohnungsunternehmen und sonstiges Grundstückswesen. — 5) Einschl. nicht aufteilbar (Kredit der abhängigen Holdinggesellschaften).

Quellen: Landeszentralbank Baden-Württemberg, Deutsche Bundesbank; eigene Berechnungen.

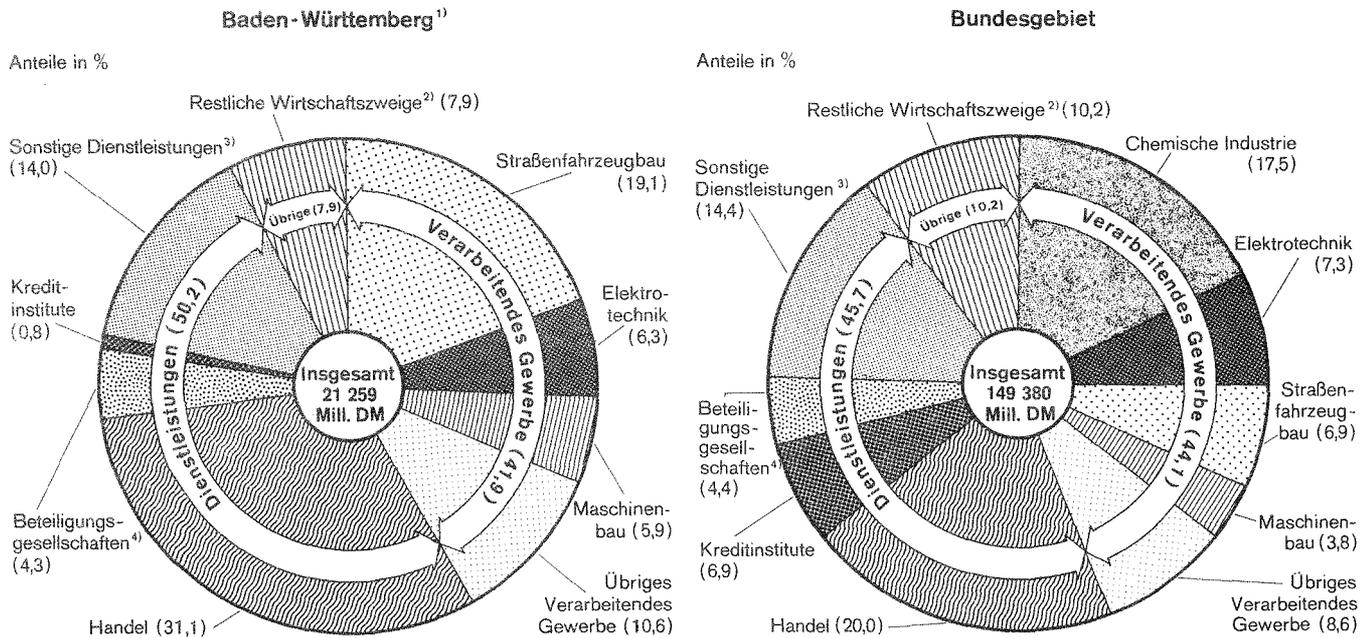
dürfte, daß die großen deutschen Handelsunternehmen ihren Unternehmenssitz in der Regel nicht in Baden-Württemberg haben.

Im Vergleich zum Bundesgebiet ist die heimische Wirtschaft unterproportional im Ausland engagiert, obwohl ihr Anteil im Zeitverlauf gestiegen ist. Der auf Unternehmen mit Sitz in Baden-Württemberg entfallende Anteil betrug Ende 1986 insgesamt 14,2 % (1979: 12,8 %). Hierbei dürften mehrere Faktoren eine Rolle spielen. Zunächst ist wieder zu berücksichtigen, daß wie stets in diesem Beitrag das Bundesland des Unternehmenssitzes maßgeblich ist. Dies erklärt z.B., daß der auf Baden-Württemberg entfallende Anteil bei den Vermögensanlagen in Kreditinstituten lediglich 1,8 % beträgt, da die auch in Baden-Württemberg tätigen großen Banken, die maßgeblich derartige Engagements besitzen, ihren Sitz

in der Regel in anderen Bundesländern haben. Hinzu kommt auch die besonders ausgeprägte mittelständische Struktur der heimischen Unternehmen, die dazu führen dürfte, daß, wie die Landeszentralbank in Baden-Württemberg vermerkte,¹⁰ Auslandsengagements in manchen Fällen unterhalb der Erfassungsgrenze liegen (siehe hierzu den Anhang). Eine wichtige Rolle spielt wohl auch die Branchenstruktur der heimischen Unternehmen, insbesondere innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes. So sind insbesondere (und gerade in jüngster Zeit verstärkt) die großen deutschen Unternehmen der Chemischen Industrie zu multinationalen Konzernen geworden, die weltweit Vertriebsniederlassungen und in besonders hohem Maß auch produzierende

10) Jahresbericht der Landeszentralbank in Baden-Württemberg 1981.

Struktur des Unternehmensvermögens *) Baden-Württembergs und des Bundesgebiets im Ausland Ende 1986



*) Bestände der unmittelbaren und mittelbaren Direktinvestitionen nach dem Wirtschaftszweig des ausländischen Investitionsobjekts.
 1) Von Unternehmen mit Sitz in Baden-Württemberg. 2) Einschl. nicht aufteilbar. 3) Einschl. Finanzierungsinstitutionen, Versicherungsunternehmen, Wohnungsunternehmen und sonstiges Grundstückswesen. 4) Einschl. sonstige Vermögensverwaltung.

Quellen: Landeszentralbank Baden-Württemberg; Deutsche Bundesbank, eigene Berechnungen.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Tochtergesellschaften erworben bzw. errichtet haben. Auch diese Unternehmen haben in der Regel ihren Sitz außerhalb Baden-Württembergs.

Wenn der Anteil am Bundesgebiet bei Engagements in Produktionsstätten des Verarbeitenden Gewerbes (13,5 %) trotzdem niedrig erscheint, so ist zum einen zu bedenken, daß die heimische Wirtschaft in deutlich überdurchschnittlichem Ausmaß aus Industrieunternehmen besteht, die selbst Tochtergesellschaften von ausländischen Konzernen sind, wie früher gezeigt wurde. Zum anderen drückt sich darin aber auch die Tatsache aus, daß baden-württembergische Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes einen besonders hohen Anteil an Handelsniederlassungen besitzen. Indirekt zeigt dies auch der hohe auf Baden-Württemberg entfallende Anteil am Bundesgebiet bei Investitionsobjekten im Ausland, die dem Handel zugeordnet sind (22,1 %), die in Baden-Württemberg weit deutlicher als im Bundesgebiet schwer-

punktmäßig Vertriebstöchter von Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes sein dürften.

Dies deutet daraufhin, daß heimische Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes auf dem Weltmarkt im Vergleich zum Bundesgebiet etwas überdurchschnittlich über Vertriebsniederlassungen tätig sind, während bundesweit produzierende Tochtergesellschaften etwas mehr im Vordergrund stehen. Dies dürfte korrespondieren mit der überdurchschnittlichen Exportentwicklung wie auch der überdurchschnittlichen Exportquote der heimischen Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes. Allerdings dürfte hier auch die unterschiedliche Branchenstruktur (Beispiel Chemische Industrie) für diese Verhaltensunterschiede eine maßgebliche Rolle spielen, wie auch die unterschiedliche Größenklassenstruktur. Für mittelständische Unternehmen sind die Risiken der Errichtung oder Übernahme von Produktionsstätten im Ausland ungleich höher als für Großunternehmen.

Vergleicht man noch die Branchenstruktur des heimischen mit der des bundesweiten Anlagevermögens, so werden die genannten Unterschiede nochmals deutlich (Schaubild 4). Der auf produzierende Auslandstöchter (Verarbeitendes Gewerbe) entfallende Anteil ist in Baden-Württemberg mit 41,9 % etwas geringer als bundesweit (44,1 %). Dagegen ist der Anteil des Auslandsvermögens, das Handel betreibt, mit 31,1 % deutlich höher als im Bundesgebiet (20,0 %). Wenn man wieder in Rechnung stellt, daß die großen deutschen Handelsunternehmen (z.B. im Einzelhandel), die im Ausland Tochtergesellschaften besitzen, ihren Sitz eher nicht in Baden-Württemberg haben, zeigen auch diese Zahlen deutlich das höhere Gewicht von Vertriebstöchtern für den Export des Verarbeitenden Gewerbes in Baden-Württemberg an.

Beschäftigungsbilanz der Unternehmensverflechtung mit dem Ausland in Baden-Württemberg positiv

Im bisherigen Teil dieses Beitrags wurden Entwicklung und Struktur der Unternehmensverflechtung mit dem Ausland dargestellt. Die nun folgenden Teile haben das Ziel, primäre und sekundäre Wirkung der Direktinvestitionen auf Beschäftigung und Export aus statistischer Sicht zu beleuchten.

Während die sekundären Wirkungen äußerst vielschichtig und schwierig zu beurteilen sind, sind die Primärwirkungen auf die Beschäftigung in Form einer Bilanz darstellbar. Hierbei wird die Beschäftigung im Ausland verglichen mit den Arbeitsplätzen, die im Inland durch auswärtige Investoren geschaffen worden sind (Tabelle 9).

Unternehmen mit Sitz in Baden-Württemberg, die im Auslandsbesitz sind bzw. eine maßgebliche Auslandsbeteiligung aufweisen, hatten Ende 1986 328 000 Beschäftigte, das war etwas mehr als ein Fünftel (21,4 %) der entsprechenden Beschäftigten im ganzen Bundesgebiet. Hierbei dominierten die Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe mit einer Zahl von 292 000, der Anteil am Bundesgebiet war hier deutlich höher (27,3 %), entsprechend dem Anteilswert beim zuvor aufgezeigten Unternehmensvermögen (28,0 %) in diesem Wirtschaftsbereich.

Welche Bedeutung für die baden-württembergischen Unternehmen dieses Wirtschaftsbereichs die Auslandsinvestitionen haben, läßt sich durch Vergleich mit der Gesamtbeschäftigtenzahl aller heimischen Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes feststellen. Danach arbeitet gut jeder sechste Beschäftigte des Verarbeitenden Gewerbes (mit Unternehmenssitz in Baden-Württemberg) in einem Unternehmen, das (ganz oder in maßgeblichem Umfang) in Auslandsbesitz ist, bundesweit ist es jeder achte.

Umgekehrt hatten heimische Investoren (mit Sitz in Baden-Württemberg) zum Stand 1986 290 000 Arbeitsplätze im Ausland geschaffen, also weniger als umgekehrt in Baden-Württemberg (als Unternehmenssitzland) geschaffen wurden. Zu diesem Zeitpunkt war also die globale Arbeitsmarktbilanz "positiv" (+ 38 000 Beschäftigte), obwohl heimische Investoren in allerdings geringem Ausmaß eine Nettogläubigerposition bei der Kapitalverflechtung aufgebaut hatten. Zum gleichen Zeitpunkt war diese "Arbeitsmarktbilanz" im Bundesgebiet negativ (- 257 000 Arbeitsplätze).

Bei den Unternehmensverflechtungen dominieren jeweils Produktionsstätten, also Anlageobjekte, die dem Verarbeitenden Gewerbe angehören. In Produktionstöchtern, die einheimischen Investoren ganz oder maßgeblich gehören, waren 1986 rund 220 000 Beschäftigte im Ausland tätig. Bilanziert man die jeweils in Produktionsgesellschaften errichteten Arbeitsplätze, so ergibt sich in Baden-Württemberg für diesen Wirtschaftsbereich ein deutlicher positiver Beschäftigungseffekt von rund 70 000 Beschäftigten, entsprechend der früher aufgezeigten Nettoschuldnerposition der baden-württembergischen Wirtschaft in diesem Wirtschaftsbereich (Bundesgebiet: - 204 000). Baden-Württemberg als Unternehmenssitzland bekam also durch die Unternehmensverflechtung mit dem Ausland - anders als das Bundesgebiet - nicht unbeträchtliche Beschäftigungsimpulse.

Besonders interessant - auch für die anschließend zu betrachtenden Sekundärwirkungen von Direktinvestitionen - ist der Handel. Baden-württembergische Unternehmen hatten im Bereich Handel/Vertrieb 1986 54 000 Personen im Ausland

Tabelle 9

"Arbeitsplatzbilanz" der Unternehmensverflechtung*) mit dem Ausland 1980, 1985 und 1986

Jahr	Baden-Württemberg ¹⁾					Bundesgebiet			
	insgesamt	Anteil am Bundesgebiet	davon ²⁾			insgesamt	davon ²⁾		
			Verarbeitendes Gewerbe	Handel	übrige Wirtschaftsbereiche		Verarbeitendes Gewerbe	Handel	übrige Wirtschaftsbereiche
1000	%	1000							
	Beschäftigte im Inland								
1980	—	—	—	—	—	1 636	1 240	197	199
1985	321	21,6	284	18	19	1 484	1 043	254	187
1986	328	21,4	292	17	19	1 531	1 068	272	191
	Beschäftigte im Ausland								
1980	—	—	—	—	—	1 743	1 312	282	149
1985	275	15,4	210	51	14	1 789	1 312	306	171
1986	290	16,2	220	54	16	1 788	1 272	331	185

*) Unternehmen mit unmittelbarer und mittelbarer Kapitalbeteiligung (des Auslands bzw. des Inlands).

1) Jeweils Unternehmen mit Sitz in Baden-Württemberg. — 2) Jeweils nach der Branche des Investitionsobjekts.

Quellen: Landeszentralbank Baden-Württemberg; Deutsche Bundesbank, eigene Berechnungen.

beschäftigt, davon stammten schätzungsweise nur 6 000 Arbeitsplätze von heimischen Investoren, die selbst dem Handel angehören. Der Differenzbetrag (48 000 Beschäftigte) dürfte weitestgehend zu Vertriebstöchtern des heimischen Verarbeitenden Gewerbes gehören und somit größtenteils deren Export abstützen bzw. abwickeln. Der entsprechende bundesweite Differenzbetrag betrug 187 000 Personen. Ein Viertel dieser primär für den Export tätigen Auslandsbeschäftigten des Bundesgebiets entfällt somit auf baden-württembergische Unternehmen, auch wenn man einige Unschärfen dieser Berechnung in Rechnung stellen muß. Auch diese Daten belegen die These, daß heimische Unternehmen — sicherlich in hohem Maße mitbewirkt durch die Branchen- und Größenklassenstruktur — im Vergleich zum Bundesdurchschnitt in etwas höherem Maß auf Export setzen als auf Produktionsstätten im Ausland.

Auswirkungen der Direktinvestitionen stark vom Investitionsmotiv abhängig

Viel schwieriger zu analysieren sind die Gesamtwirkungen der Direktinvestitionen, die über die zuvor dargestellten primären Beschäftigungseffekte hinaus auch die wohl weit bedeutungsvolleren sekun-

dären Effekte einschließen. Hier ist zunächst zu differenzieren nach den Motiven bzw. Gründen für Direktinvestitionen,¹¹ entsprechend verschiedenartig sind die Erscheinungsformen und Wirkungsketten von Direktinvestitionen. Zunächst werden die deutschen Direktinvestitionen im Ausland betrachtet.

Traditionelle beschaffungsorientierte Direktinvestitionen sind Engagements zur Sicherung der Versorgung mit Rohstoffen, die im Inland nicht gewonnen werden können. Diese Direktinvestitionen, die vorwiegend in Entwicklungsländern getätigt werden, haben zwei Charakteristika. Die Zielländer der Direktinvestitionen streben eine nationale Kontrolle bzw. Mitbestimmung bei der Ausbeutung ihrer Rohstoffvorkommen an, dies geschieht auch über eigene Kapitalbeteiligungen, so daß hier "Joint Ventures" besonders häufig auftreten. Außerdem streben die Zielländer verständlicherweise eine Ausweitung der auf ihr Land

11) Die folgende Klassifikation der Arten von Direktinvestitionen wurde modifiziert übernommen von Adebahr, H.: Direktinvestitionen, Berlin 1981, S. 21 ff.

entfallenden Wertschöpfungsanteile an, d.h. neben der Rohstoffgewinnung auch gewisse Stufen der Weiterbearbeitung. Durch den Transfer von Kapital und dem damit verbundenen Transfer von Know-how wird die Rohstoffversorgung im bestehenden Umfang überhaupt erst möglich, und die auf das Gastland entfallenden Erträge geben dessen Importmöglichkeiten von Industriegütern wichtige Impulse. Diese Art von Direktinvestitionen ist daher für die heimische Wettbewerbsfähigkeit sicher als positiv zu beurteilen, spielt jedoch bei Investoren aus Baden-Württemberg eine nur untergeordnete Rolle. Zum einen haben aufgrund der Wirtschafts- und Vorleistungsstruktur die in Frage kommenden Investoren meist ihren Sitz in anderen Bundesländern, zum anderen sind ausländische Investoren anderer Industrieländer zum Teil aus historischen Gründen in diesem Bereich verstärkt engagiert.

Im weiteren Sinne zu den beschaffungsorientierten Direktinvestitionen gehören die technologieorientierten Direktinvestitionen. Diese bestehen im Erwerb hochinnovativer, meist kleinerer Unternehmen im Ausland (z.B. in den USA) bzw. in einer Beteiligung daran. Hauptmotiv ist weniger die Übernahme von Marktanteilen dieser Unternehmen, als vielmehr der Erwerb ihres patentierten und nicht patentierbaren entsprechenden technologischen Know-hows. Eine andere Form dieser Direktinvestitionen ist die Gründung von Tochtergesellschaften in Regionen, in deren Umfeld die Hochtechnologie im Weltmaßstab Wachstumspulse erhält ("Silicon Valley-Gründungen"). Diese Direktinvestitionen sind quantitativ meist unbedeutend, qualitativ jedoch von ungleich höherer Bedeutung. Auch von dieser Art der Direktinvestitionen dürfen keine negativen Impulse ausgehen.

Im Vordergrund der öffentlichen Diskussion um Direktinvestitionen dürfte eine weitere Art der beschaffungsorientierten Auslandsengagements stehen, die kostenorientierten Direktinvestitionen. Sie haben das Ziel, in erster Linie wiederum den Inlandsmarkt (eventuell auch die Märkte von Drittländern) mit industriellen Halb- und Fertigwaren zu versorgen, d.h. Produktionsbestandteile in sogenannte Niedriglohnländer auszulagern. Im Extremfall bleiben nur die tertiären Funktionen bzw. noch das Produktfini-

shing im Investorenland. Diese Art von Direktinvestitionen erhöht die Importe und wirkt in einer ersten Phase dämpfend auf Wachstum und Beschäftigung im Inland, wobei allerdings positive Sekundäreffekte auf die Exporte durch Einkommenszuwächse und Devisenerwerb im Zielland der Direktinvestitionen ebenfalls in Rechnung gestellt werden müssen. Diese Entwicklung ist jedoch die zwangsläufige Folge der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung.

Erfolgt durch derartige oft "defensive" Direktinvestitionen ein "Export" von Arbeitsplätzen in Niedriglohnländer, so kann es sich nur um solche Arbeitsplätze handeln, die am bisherigen Standort nicht mehr wettbewerbsfähig sind. Jedoch würde ein von zunehmendem Importdruck bedrohtes heimisches Unternehmen, das seine Produktion nicht verlagert, wohl über kurz oder lang ganz vom Markt verschwinden und alle Arbeitsplätze würden vernichtet. Damit entfielen auch diejenigen Arbeitsplätze, die eben durch die Verflechtung mit den Produktionsstätten in Niedriglohnländern erhalten bleiben könnten.

Wie die Produktzyklustheorie verdeutlicht, verlagern sich im Verlauf des Lebenszyklus eines Produkts die komparativen Kostenvorteile zwischen hoch- und weniger hoch entwickelten Ländern. Erreichen "alte" Industriewaren die Phase der Standardisierung, sinken gleichzeitig die Qualifikationsanforderungen an die entsprechenden Arbeitskräfte und die zugrundeliegende Technologie wird überall einsatzfähig. Die komparativen Kostenvorteile gehen auf die weniger entwickelten Länder mit hohem Arbeitskräfteangebot über. Dies gilt insbesondere für arbeitsintensive Produktionen. Daß auch kapitalintensive Produktionen bzw. Produktionsstufen ausgelagert werden, hängt sicher auch damit zusammen, daß hier Vergünstigungen der Zielländer der Direktinvestitionen, die diese gewähren, eine Rolle spielen. Bei Auslagerungen der Güter- bzw. Komponentenherstellung im Bereich der Hochtechnologie kommt hinzu, daß Forschung und Entwicklung und Management einerseits und die Produktion andererseits durch die Entwicklung des Transportwesens und der Kommunikationstechniken heute relativ problemlos räumlich getrennt ablaufen können.

Investitionen, die auch qualifizierte Arbeitskräfte benötigen, dürften von besonderer Attraktivität für die Zielländer sein, die hierdurch erwarten, daß ihr Potential an herangebildeten Fachkräften gestärkt wird und daß weitere Entwicklungsimpulse auf deren Wirtschaft, z.B. durch die Heranbildung einer heimischen Zulieferindustrie, ausstrahlen. Entsprechend werden auch solche Direktinvestitionen von den Zielländern besonders gefördert.

Wesentlich für die Bewertung solcher kostenorientierter Direktinvestitionen sollte sein, daß heimische Engagements in weniger entwickelten Ländern nicht die Ursache, sondern allenfalls die Konsequenz dieser Tendenzen der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung sind. Ein Wertschöpfungsverlust im Inland wäre auch dann eingetreten, wenn Investoren aus anderen Industriestaaten oder - wenn auch mühsamer und zeitverzögert - Investoren der Zielstaaten allein die Konsequenzen aus dieser zwangsläufigen - und weltwirtschaftlich sinnvollen - Entwicklung gezogen hätten. Langfristig vermindern sich die komparativen Kostenvorteile der heute noch weniger entwickelten Länder eben nur durch deren Entwicklung - die auch durch Direktinvestitionen gefördert wird. Sie nähern sich so dem Kreis der hochentwickelten Industrieländer wie jetzt die Schwellenländer Südostasiens und früher Japan. Die Herausforderung an die hochentwickelten Industrieländer besteht in der Erweiterung bestehender Absatzmöglichkeiten durch die Entwicklung innovativer Produkte mit höheren Anforderungen an Produktionstechnologie, Management und Service.

Anhaltspunkte für die quantitative gegenwärtige Rolle der kostenorientierten Direktinvestitionen gibt noch am ehesten die Struktur der Zielländer der Auslandsengagements der heimischen Wirtschaft. Die Bedeutung der weniger entwickelten Länder für deutsche Direktinvestitionen ist zumindest gegenwärtig noch eher vergleichsweise gering einzuschätzen. Dies verdeutlichen im bisherigen Teil dieses Beitrags zum einen die aktuellen Stromgrößen der jährlichen Direktinvestitionen im Ausland, wo gezeigt wurde, daß auch in jüngster Zeit von einem Schwerpunktwechsel weg von den Industrieländern nicht die Rede sein

kann, wie auch die Länder- und Branchenstruktur des deutschen bzw. baden-württembergischen Auslandsvermögens.

Am aufschlußreichsten sind hier jedoch die Zahlen der im Ausland mit heimischer Kapitalbeteiligung errichteten Arbeitsplätze, die auch unbeeinträchtigt sind von möglichen Verzerrungen der Wertgrößen, die durch die teilweise sehr hohen Inflationsraten dieser Länder und den un stetigen Verlauf des Außenwerts der Währungen mancher Anlageländer bedingt sind.

Engagements aus Baden-Württemberg bewirkten in Entwicklungsländern zum Stand 1986 die Schaffung von insgesamt 117 000 Arbeitsplätzen - es waren 40 % aller im Ausland von heimischen Unternehmen geschaffenen Arbeitsplätze -, davon entfielen jedoch allein auf Brasilien 66 000, das auch angesichts seines großen eigenen Binnenmarkts wenig exportorientiert bezüglich Europa ist. Bei den weniger entwickelten Industrieländern dominiert Spanien mit 18 000 Beschäftigten, das ebenfalls einen großen Binnenmarkt besitzt, der gegenwärtig im Zuge des vollzogenen EG-Beitritts rasch expandiert. Aufschlußreich sind auch bundesweite Zahlen (Tabelle 10). Von den weltweit im Ausland auf Unternehmen mit deutscher Kapitalbeteiligung entfallenden Arbeitsplätzen (1,788 Millionen) entfielen 540 000 auf Entwicklungsländer. Fast die Hälfte dieser Auslandsbeschäftigten (268 000) war wieder in Brasilien tätig, weitere 68 000 in den großen süd-amerikanischen Ländern Mexiko und Argentinien. Sehr gering dagegen ist vergleichsweise die Zahl der Beschäftigten in den dynamischen, exportorientierten südostasiatischen Newly Industrialized Countries (Südkorea, Hongkong, Singapur, Taiwan) mit zusammen 23 000. In der gleichen Größenordnung liegt auch die Beschäftigtenzahl in den übrigen südostasiatischen Schwellenländern (Malaysia, Philippinen, Indonesien, Thailand) mit zusammen 27 000. Betrachtet man noch die südeuropäischen Länder, so dominiert auch bundesweit Spanien mit 108 000 Beschäftigten.

Diese Daten müssen jedoch als sehr grobe Obergrenze für die quantitative Bedeutung von (oft defensiven) kostenorientierten Direktinvestitionen angesehen werden. Denn nur ein Teil der hei-

mischen Direktinvestitionen in diesen typischen Niedriglohnländern entfällt auf das Kostenmotiv allein. Ein weiteres zentrales Motiv kommt hinzu, das der protektionsinduzierten Direktinvestitionen. Ein Teil der Entwicklungsländer verfolgte zumindest in der Vergangenheit als Instrument ihrer Entwicklung die Strategie der Importsubstitution, in besonderem Maß die Schwellenländer Lateinamerikas. Dies induzierte, z.B. in Brasilien, beträchtliche Direktinvestitionen, da Importe von diesen Ländern nur eingeschränkt zugelassen wurden bzw. nur in Form von Zulieferungen für in diesen Schwellenländern errichtete Produktions-töchter. Damit sollte dem Zielland zumindest ein Wertschöpfungsanteil (und zugehörige Arbeitsplätze) gesichert werden, indem Importe durch Inlandsproduktion zumindest teilweise ersetzt wurden.

Ein heimisches Unternehmen, das auf diesen "abgeschotteten" Märkten präsent sein und an dessen Wachstumspotential auf Dauer partizipieren will, ist somit gezwungen, Direktinvestitionen vorzunehmen, wenn es über marginale Marktanteile in diesen Staaten hinauswachsen will. Für das Investorland, sind damit der Verzicht auf kurzfristige Export- und Beschäftigungsgewinne verbunden. Hinzu kommen jedoch auch hier positive sekundäre Effekte: Im Schwellenland mit seinem Entwicklungspotential bleibt die heimische Wirtschaft mit ihren technischen Standards und Normen weiter vertreten. Durch Zulieferungen und vor allem durch die Lieferung von Ausrüstungen für die Tochterunternehmen und die sich im Schwellenland entwickelnde Infrastruktur von einheimischen Zulieferbetrieben bleibt ein gewisses Niveau an Exporten weiter gewährleistet - die Alternative wäre ein totaler Verzicht auf diese besonders entwicklungssträchtigen Märkte.

Auch die eben behandelte Art der protektionsinduzierten Direktinvestitionen tritt häufig als Mischform auf. Zwar hat sie die größte Bedeutung in den Entwicklungs- und vor allem in den Schwellenländern, dürfte aber - wenn auch quasi als Nebenmotiv - auch bei Engagements in industrialisierten Ländern eine Rolle spielen, auch als antizipierte Reaktion auf drohende nichttarifäre Handelshemmnisse. Zur zukünftigen Risikominderung tragen auch Direktinvestitio-

Tabelle 10

Arbeitsplätze in weniger entwickelten Ländern in Unternehmen mit deutscher Kapitalbeteiligung 1985 und 1986

Land Ländergruppe	Beschäftigte	
	1985	1986
	1000	
Entwicklungsländer insgesamt	523	540
davon :		
OPEC-Länder	42	38
Übrige Entwicklungsländer	481	502
Ausgewählte Entwicklungsländer		
Südostasiatische NIC's ¹⁾	21	23
Übrige südostasiatische Schwellenländer ²⁾	28	27
Indien	53	55
Brasilien	247	268
Mexiko	42	38
Argentinien	30	30
Nigeria	15	14
Ausgewählte weniger entwickelte Industrieländer		
Spanien	85	108
Portugal	20	20
Griechenland	15	16
Türkei	12	13
Nachrichtlich:		
Welt	1 789	1 788

1) Südkorea, Hongkong, Singapur, Taiwan, -- 2) Malaysia, Philippinen, Indonesien, Thailand.

Quelle: Deutsche Bundesbank.

nen im Ausland bei, die angesichts der hohen Volatilität des Außenwerts einiger Währungen auch wechselkursinduziert sind. Durch die Verlagerung eines Teils der für die Auslandsmärkte bestimmten Produktion auf verschiedene Standorte in Ländern unterschiedlicher Währungs-zonen werden erwartete Einflüsse durch zukünftige Wechselkursschwankungen abgemildert. Auch hier sind die primären Effekte auf die heimische Beschäftigung zunächst negativ, aber Schocks durch abrupte wechselkursbedingte Exporteinbußen werden abgemildert.

Ein weiteres zentrales Investitionsmotiv ist - gerade in den industrialisierten Zielländern - die Absatzorientierung der Engagements im Ausland. Hierzu gehören zunächst die Direktinvestitionen in Han-

delsniederlassungen, die gerade in Baden-Württemberg eine große Rolle spielen mit einem Anteil von 31,1 % am gesamten Auslandsvermögen (Bundesgebiet 20,0 %).

Eine gewisse Ursache dürfte hier auch spielen, daß sich wohl manche Güter der Produktion im Ausland entziehen. Dies sind zum einen Güter, die eine gewachsene hohe und hochspezialisierte Qualifikation der Arbeitskräfte erfordern, zum anderen - wohl verstärkt in Baden-Württemberg - Güter, die aus psychologischen Gründen z.B. als gehobene Gebrauchsgüter (Lifestyle-Güter) vom Käufer im Ausland weniger akzeptiert würden, wenn ihr Produktionsstandort verlagert würde, wie bei bestimmten Autotypen, deren Image und damit Attraktivität durch den Produktionsstandort mitbestimmt wird. Von diesen Sonderfällen abgesehen, sind jedoch im allgemeinen die Übergänge von reinen Vertriebs- und Serviceniederlassungen zu Produktionsstätten fließend, wobei der Wertschöpfungsanteil von Produktionstöchtern im Ausland zunächst oft nur gering ist (Montagefabriken) und erst mit wachsender Marktdurchdringung steigt.

Viele Produktionstöchter im Ausland sind aus zunächst errichteten Vertriebs- und Serviceniederlassung entstanden. Dabei war maßgeblich, daß es oft kaum möglich ist, einen größeren Binnenmarkt wie z.B. die USA in einem breiten Produktsortiment zu bedienen, ohne dort Produktionsstätten zu errichten. Weniger die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit der Belieferung der Auslandsmärkte durch Exporte (über Vertriebstöchter) als vielmehr das Vorstoßen des Umsatzes in Größenordnungen, die ökonomisch sinnvoll nur noch im Zielland erbracht werden können, sind hier das ausschlaggebende Motiv. Dies wird mitbewirkt durch andere technische Normen und Vorschriften, die auf das Zielland abzustimmenden spezifischen Kundendienst- und Serviceleistungen und Produktspezifikationen, sowie allgemein durch die dort vor Ort niedrigeren Kosten der Informationsbeschaffung über die Marktverhältnisse. Hinzukommen dürfte, daß zur Erringung eines maßgeblichen Marktanteils die Identifizierung eines Unternehmens als "Nationale Marke" bei den potentiellen Abnehmern ein Engagement über reine Vertriebsniederlassungen hinaus erforderlich

machen dürfte. Dies ist um so wichtiger bei Abnehmern von servicebedürftigen Gebrauchs- oder Investitionsgütern, wobei durch Produktionsniederlassungen die Dauerhaftigkeit der Marktteilnahme bekräftigt wird. Bei den absatzorientierten Direktinvestitionen sind so negative Effekte auf Export und Beschäftigung im Inland nur scheinbar, zumal auch an Produktionstöchter erhebliche Leistungen in Form von Zulieferungen und Ausrüstungen gehen dürften. Hinzu kommt wieder, daß heimische Technik und heimisches Know-how so verbreitet werden und eventuellen weiteren Exporten den Markt öffnen helfen.

Fließend sind wiederum die Übergänge dieser Art von Direktinvestitionen zu den synergieinduzierten und weltmarktorientierten Direktinvestitionen. In oft oligopolistisch strukturierten Märkten nutzen vor allem gegenwärtig heimische Unternehmen die - durch den niedrigen Dollarkurs begünstigte - Chance, Weltmarktanteile in einem breiten Produktsortiment zu gewinnen, indem sie ausländische bereits bestehende Unternehmen erwerben bzw. sich daran beteiligen. Eng verwoben hiermit ist als weiteres Motiv die Nutzung von Synergieeffekten, indem auch das technologische Know-how und bestehende Absatzorganisationen übernommen und mit den eigenen Kapazitäten vereinigt werden. Wie die früher dargestellte jüngste Entwicklung der jährlichen Direktinvestitionen im Ausland aufzeigen dürfte, ist wohl in diesen Investitionsmotiven ein Schwerpunkt der gegenwärtig neu eingegangenen Auslandsengagements zu suchen. Hinzu kommt, daß eine Expansion im Inland über den Erwerb von Unternehmen nicht selten bereits auf wettbewerbsrechtliche Schranken stößt.

Da bei solchen Engagements bereits bestehende Marktanteile mit übernommen werden, sind zumindest auf kürzere Sicht die Auswirkung auf die heimische Beschäftigung als neutral zu bezeichnen. Nochmals ist zu betonen, daß die aufgezählten zentralen Motive für Direktinvestitionen Idealtypen sind, die in der Realität als Mischformen auftreten. Zudem können sich die ursprünglichen Gründe, die zur Errichtung eines Auslandsengagements führten, im Zeitverlauf situationsbedingt ändern.

Tabelle 11

**Länderstruktur des Unternehmensvermögens*) 1986 im Ausland und der Exporte 1987
Baden-Württembergs**

– Ausgewählte Länder mit hohen Beständen an Direktinvestitionen –

Land/Ländergruppe	Exporte			Direktinvestitionen		
	insgesamt	Struktur	Rang	insgesamt	Struktur	Rang
	1987			Stand Ende 1986		
	Mill. DM	%	Mill. DM	%		
Vereinigte Staaten von Amerika	14 951,5	15,6	1	6 628	31,2	1
Frankreich	12 144,3	12,7	2	1 768	8,3	4
Italien	8 359,5	8,7	3	835	3,9	6
Schweiz	8 257,9	8,6	4	1 969	9,3	3
Großbritannien	6 470,4	6,7	5	831	3,9	7
Niederlande	5 658,2	5,9	6	1 213	5,7	5
Österreich	5 601,9	5,8	7	705	3,3	8
Belgien-Luxemburg	3 969,5	4,1	8	542	2,5	9
Schweden	2 964,6	3,1	9	69	0,3	12
Japan	2 520,8	2,6	10	340	1,6	10
Kanada	1 150,1	1,2	11	325	1,5	11
Brasilien	440,1	0,5	12	2 150	10,1	2
Insgesamt	95 972,5	100	x	21 259 ¹⁾	100	x
davon:						
Industrialisierte westliche Länder insgesamt	83 568,2	87,1	x	16 799	79,0	x
davon						
EG-Länder ²⁾	41 985,2	43,7	x	6 106	28,7	x
Übrige industrialisierte ³⁾ westliche Länder	41 583,0	43,3	x	10 693	50,3	x
Entwicklungsländer	9 364,9	9,8	x	3 048	14,3	x
Staatshandelsländer	3 039,2	3,2	x	–	–	–

*) Bestand an unmittelbaren und mittelbaren Direktinvestitionen.

1) Einschließlich nicht aufteilbar. – 2) Jeweiliger Gebietsstand. – 3) Einschließlich Entwicklungsländer in Europa.

Quellen: Landeszentralbank Baden-Württemberg, eigene Berechnungen.

Diese kurze Zusammenstellung der wichtigsten Gründe zur Errichtung von Auslandsengagements dürfte vor allem gezeigt haben, daß die Wirkungen äußerst komplex sind und daß die Sekundärwirkungen eine wichtige Rolle spielen. So treten negativen Primärwirkungen oft positive Sekundärwirkungen gegenüber. Es konnten nur grobe Anhaltspunkte dafür gegeben werden, welches Gewicht den verschiedenen möglichen Motiven für Direktinvestitionen im Ausland zukommt. Deshalb soll im folgenden Abschnitt untersucht werden, ob generell ein statistischer Zusammenhang zwischen Direktinvestitionen und Export besteht, etwa

derart – wie gelegentlich vermutet –, daß Länder bzw. Branchen, in die viele Direktinvestitionen geflossen sind, bei den Exporten eine negative Entwicklung aufweisen.

Direktinvestitionen und Exporte

Betrachtet man die Struktur der Abnahmeländer der Exporte und die Länderstruktur der heimischen Kapitalengagements im Ausland, so zeigt sich dagegen eine gewisse Gleichläufigkeit (Tabelle 11). Länder mit hohem Anteil an den baden-württembergischen Exporten sind im allgemeinen auch das Zielland eines

hohen Anteils der heimischen Direktinvestitionen. Eine gewisse Ausnahme bildet nur Brasilien, das unter den heimischen Kapitalbeteiligungen bereits an zweiter Stelle steht, aber bei den Ausfuhren nur eine sehr geringe Rolle spielt, was durch dessen Situation als hoch verschuldetes Schwellenland und dessen (von einer Importsubstitutionsstrategie geprägte) Stellung als potentieller großer Wachstumsmarkt erklärbar wird. Von diesem Sonderfall abgesehen, deuten die Daten darauf hin, daß Direktinvestitionen viel eher komplementär als substitutiv zu Exporten sind. Dies trifft auch für das Bundesgebiet zu (Anhangtabelle 5).

Ergänzend kann eine branchendifferenzierte Analyse des industriellen Sektors vorgenommen werden. Hierbei werden die Branchen des heimischen Verarbeitenden Gewerbes, die den Auslandsumsatz maßgeblich bestimmen, verglichen mit dem Gewicht der jeweils entsprechenden Anlagengebunden im Ausland (Tabelle 12). Es zeigt sich zunächst, daß diejenigen vier Branchen, die als Zielbranche im Ausland bevorzugt wurden, auch beim Auslandsumsatz des heimischen Verarbeitenden Gewerbes dominieren. So entfiel auf die 4 Zielbranchen Fahrzeugbau, Elektrotechnik, Maschinenbau und Feinmechanik/Optik einschließlich EBM-Waren, Musikinstrumente usw. ein Anteil von zusammen 79 % an dem im Verarbeitenden Gewerbe angelegten Unternehmensvermögen im Ausland. Gleichzeitig hatten die entsprechenden inländischen Wirtschaftszweige einen Anteil von 72 % am gesamten Auslandsumsatz des heimischen Verarbeitenden Gewerbes. Gleichzeitig war ihre Exportquote überdurchschnittlich und ist im Verlauf der 80er Jahre deutlich gestiegen.

Auch diese Daten deuten an, daß Direktinvestitionen im Ausland zumindest bisher keine exporthemmenden Wirkungen zeitigten.

Auch für eine derartige Analyse gilt, daß die kürzerfristigen Tendenzen der Investitionstätigkeit im Ausland schärfer mit Stromgrößen, also den jährlichen Direktinvestitionen im Ausland, hervortreten. Deshalb wird im folgenden noch für das Bundesgebiet das Exportwachstum der Entwicklung der jährlichen Nettokapitalleistungen für einen kürzerfristigen Zeitraum gegenüber gestellt, wobei wie

zuvor die wichtigsten Zielländer der Auslandsengagements dargestellt werden (Tabelle 13). Es zeigt sich zunächst, daß auch bei den drei Ländern, bei denen die Neuengagements am schnellsten gestiegen sind (Niederlande, Österreich und Italien) die Exporte in den letzten vier Jahren jeweils deutlich um über ein Fünftel gewachsen sind. Die Daten zeigen jedoch, daß bei einigen Nachbarländern der Bundesrepublik (Frankreich, Niederlande), die jeweils gemessen an ihrer Bevölkerungszahl einen weit überdurchschnittlichen Anteil der deutschen Exporte aufnehmen, die weitere Expansion der Ausfuhren, gemessen an der Entwicklung der gesamten Ausfuhren in die westlichen Industrieländer, eher gedämpft verlief. Dies könnte andeuten, daß hier gewisse Sättigungsgrenzen näher gerückt sind und deshalb die weitere Durchdringung dieser Märkte vermehrt über Direktinvestitionen erfolgt. So sind in diesen genannten Ländern deutsche Neuengagements in besonderem Maß gestiegen. Deutlich zeichnet sich auch bei der Differenzierung der verschiedenen Ländergruppen die eher noch stärkere Konzentration sowohl der Exporte wie auch der Neuanlagen auf die Industrieländer ab. Dagegen nahmen bei den Entwicklungsländern die jährlichen Direktinvestitionen deutlich ab, wie auch die Exporte. Stark zugenommen haben dagegen, wenn auch von äußerst niedrigem Niveau ausgehend, die Neuengagements in den Staatshandelsländern, die sich Gemeinschaftsunternehmen gegenüber geöffnet haben.

Diese statistische Betrachtung hat also keine negativen Wirkungen von Direktinvestitionen heimischer Investoren im Ausland auf den Export ergeben. Vielmehr deuteten auch diese Daten darauf hin, daß eher komplementäre Zusammenhänge bestehen, d.h. daß Direktinvestitionen im Ausland per Saldo eher exportfördernd sind bzw. zur Festigung des Exports notwendig sind.

Eine Analyse der Motive und Wirkungen von Direktinvestitionen muß unvollständig bleiben, wenn nur die heimischen Engagements im Ausland betrachtet werden. Dies gilt um so mehr, als Baden-Württemberg als Unternehmenssitzland mehr durch ausländische Kapitalbeteiligungen geschaffene Arbeitsplätze besitzt als umgekehrt von heimischen Investoren

Tabelle 12

**Exportquoten 1980 und 1987 und Branchenstruktur des Unternehmensvermögens*)
Baden-Württembergs im Ausland 1986 in den Branchen des Verarbeitenden Gewerbes**

Wirtschaftszweig	Auslandsumsatz 1987		Exportquote des Verarbeitenden Gewerbes		Struktur des Unternehmens- vermögens im Verarbeitenden Gewerbe im Ausland 1986 ¹⁾
	insgesamt	Struktur	1987	1980	
	Mrd. DM		%		
Verarbeitendes Gewerbe	87,0	100	32,0	25,6	100
davon					
Herstellung von Kunststoff- und Gummiwaren	2,6	2,9	22,9	18,8	1,2
Eisen- und Stahlerzeugung ²⁾	1,1 ³⁾	1,2	15,4 ³⁾	15,2 ³⁾	1,2
Maschinenbau	19,2	22,1	44,1	42,1	14,2
Straßenfahrzeugbau	23,7	27,2	49,3	39,4	45,6
Elektrotechnik	13,3	15,3	31,4	28,3	15,1
Feinmechanik und Optik, Herstellung von EBM-Waren usw. ⁴⁾	6,5	7,5	32,0	27,1	4,3
Übriges Verarbeitendes Gewerbe	20,7	23,7	20,8	14,2	18,4

*) Bestände an unmittelbaren und mittelbaren Direktinvestitionen. 1) Nach dem Wirtschaftszweig des ausländischen Investitionsobjekts (unmittelbare und mittelbare Direktinvestitionen). – 2) Einschl. Ziehereien, Kaltwalzwerke, Stahlverformung, Oberflächenveredelung, Härtung und Mechanik. – 3) Ohne Eisenschaffende Industrie. – 4) Einschl. Herstellung von Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spiel- und Schmuckwaren.

Quellen: Landeszentralbank Baden-Württemberg; eigene Berechnungen.

Tabelle 13

**Entwicklung der Exporte 1983 bis 1987 und der jährlichen Direktinvestitionen*) 1982 bis 1986
aus dem Bundesgebiet nach Zielländern**

Land / Ländergruppe	Exportwachstum		Jährliche Nettokapitalleistungen		Wachstum der jährl. Netto- kapitalleistungen ¹⁾	Rang
	1987 gegen 1983	Rang	1982 bis 1983	1984 bis 1986		
	%		Mill. DM		%	
Japan	88,2	1	73,5	177,3	141,2	5
Kanada	53,4	2	531,0	394,0	– 25,8	11
Vereinigte Staaten von Amerika	51,9	3	2 095,5	7 004,7	234,3	4
Schweiz	43,6	4	432,0	569,3	31,8	8
Italien	43,5	5	338,5	1 141,7	237,3	3
Schweden	40,6	6	32,5	30,7	– 5,5	9
Großbritannien	31,7	7	532,0	766,3	44,0	7
Österreich	28,4	8	73,5	287,3	290,9	2
Niederlande	21,7	9	73,0	1 400,7	1 818,8	1
Belgien-Luxemburg	22,0	10	624,0	568,0	– 9,0	10
Frankreich	14,5	11	426,0	793,0	86,2	6
Insgesamt	22,0		7 423,5	15 415,3	107,7	
davon						
Industrialisierte westliche Länder	32,2		5 793,0	14 388,3	148,4	
Entwicklungsländer	– 20,5		1 629,5	998,7	– 38,7	
Staatshandelsländer	1,7		1,5	28,3	1 786,7	

*) Nettokapitalleistungen (einschließlich reinvestierter Gewinne).. – 1) 1984 bis 1986 gegen 1982 bis 1983.

Quelle: Deutsche Bundesbank; eigene Berechnungen.

im Ausland errichtet wurden. Für die Direktinvestitionen im Inland, die naturgemäß fast ausschließlich aus Industrieländern stammen, gelten im Umkehrschluß weitgehend dieselben Motive, die für die heimischen Engagements in diesen Ländern maßgeblich sind. Somit ist die Unternehmensverflechtung mit diesen Ländern primär ein Zeichen für die enge Arbeitsteilung und für die gegenseitige Durchdringung der Märkte. Im Vordergrund stehen dürften so die absatzorientierten und synergieinduzierten Direktinvestitionen. In den letzten Jahren dürften jedoch auch die wechsellkursinduzierten und protektionsinduzierten Direktinvestitionen ein gewisse Rolle gespielt haben, insbesondere bei Direktinvestitionen aus Japan. Aus der Sicht des Investorenlands dienen diese Engagements auch der Abwehr von bestehenden oder drohenden tarifären und vor allem nicht-tarifären Handelshemmnissen seitens der EC bzw. einzelner EC-Staaten. Diese Produktionstöchter in der Bundesrepublik oder in anderen europäischen Staaten haben einen sehr unterschiedlichen Wertschöpfungsanteil am Endprodukt. Auch hier dürfte gelten, daß gerade bei neuerrichteten Produktionstöchtern deren Wertschöpfungsanteil - und damit der positive primäre Beschäftigungseffekt - oft sehr gering ist und Importe von Fertigprodukten in hohem Maß durch Importe von Komponenten ersetzt werden.

Welche Schlüsse kann man nun aus dieser Darstellung der verschiedenen Arten der Direktinvestitionen und der ansatzweise versuchten Analyse dieser Wirkungsketten ziehen, insbesondere für die gegenwärtige Stellung der Bundesrepublik bei der Unternehmensverflechtung?

Manche europäische Länder (Großbritannien und die Niederlande) waren aus historischen Gründen traditionelle Investorenländer, wie vor allem auch die USA, deren hohe Direktinvestitionstätigkeit Ende der 60er Jahre als Bestandteil der "amerikanischen Herausforderung" gedeutet und als Zeichen der technologischen Überlegenheit der USA empfunden wurde. Insofern ist die seitherige Investitionstätigkeit deutscher Unternehmen gerade in den USA zumindest in großen Teilen als Aufholprozeß zu betrachten. Sie ist nicht zuletzt ein Spiegelbild der Tatsache, daß die Bundesrepublik inzwischen in die Spitzengruppe der technolo-

gisch führenden Industrieländer aufgerückt ist. Dies zeigt sich nicht nur in den - nur durch die Jahre nach der zweiten Energiekrise 1979 bis 1981 unterbrochenen - großen Überschüssen in der Leistungsbilanz und der fast jährlich notwendigen Höherbewertung der DM im Rahmen des europäischen Währungssystems. Dies wird auch darin sichtbar, daß die Bundesrepublik zusammen mit den USA und Japan die Spitzengruppe der Länder mit dem höchsten Anteil der Forschungs- und Entwicklungs-Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt bildet (1983: jeweils 2,6 %), wobei Baden-Württemberg als eine der Kernregionen der besonders forschungsintensiven Investitionsgütererzeugung einen noch höheren Anteil aufweist (schätzungsweise rund 3,5 %).

Die erst seit wenigen Jahren erworbene Rolle als Kapitalgeberland sollte daher nicht zuletzt auch als Ausdruck der technologischen Stellung der heimischen Wirtschaft auf dem Weltmarkt gedeutet werden. Überdies sind Direktinvestitionen im Ausland eine realwirtschaftlich sinnvolle und zum Abbau von Zahlungsbilanzungleichgewichten beitragende Anlage von anhaltenden Leistungsbilanzüberschüssen. Die in jüngster Zeit stark gestiegenen Kapitalabflüsse in das Ausland sollten daher - wie Ende der 60er Jahre diejenigen der USA - eher als Anzeichen für die technologische Stärke angesehen werden und als Indikator dafür, daß deutsche Unternehmen - später als die Unternehmen anderer Staaten - in jüngster Zeit verstärkt ihre Stellung als multinationale Unternehmen auf den Weltmärkten ausbauen.

Offen bleibt noch die Frage, warum Baden-Württemberg als Region mit einer besonders herausragenden Stellung bei der Forschungsintensität noch gegenwärtig im Verarbeitenden Gewerbe (als Unternehmenssitzland) eine Nettoschuldnerposition innehat. Als Anhaltspunkt kann hierzu die EDV-Branche dienen. Sie ist sicherlich in besonders hohem Ausmaß von Tochtergesellschaften ausländischer Unternehmen geprägt - wie auch mit großen Abstrichen die Elektrotechnik -, sie weist zugleich eine weit überdurchschnittliche Forschungsintensität auf. Dies deutet darauf hin, daß die Engagements des Auslands in diesen Branchen, auch wenn sie eventuell zunächst primär weltmarktorientiert waren, heute auch in

hohem Maß synergiegeprägt sind. D.h. daß die ausländischen Muttergesellschaften die heimischen Forschungskapazitäten - sei es durch Zulieferer, öffentliche Forschungskapazitäten oder im eigenen Haus beschäftigte Wissenschaftler - in hohem Umfang nutzen, um im Verbund mit anderen Konzerngesellschaften auf dem Weltmarkt zu bestehen.

Internationaler Vergleich: Japans Kapitalexporte wachsen am schnellsten

Zur Frage, wie das erreichte Ausmaß der Unternehmensverflechtung mit dem Ausland zu beurteilen ist, kann auch ein internationaler Vergleich beitragen. Hierbei ist jedoch zu beachten, daß wegen unterschiedlicher Berechnungsmethoden und Abgrenzungen die folgenden Daten nur eine sehr grobe Näherung sein können.¹²

Betrachtet man die 13 wichtigsten Investorenländer (praktisch die OECD-Staaten), so hatten diese Länder Ende 1985 einen Bestand an Direktinvestitionen im Ausland von umgerechnet schätzungsweise 1,64 Billionen DM. Der bei weitem größte Teil als Investorland entfiel mit einem Anteil von 35 % auf die USA. Es folgen das traditionelle Kapitalgeberland Großbritannien (17 %), Japan (13 %) und schließlich die Bundesrepublik (9 %), dicht gefolgt von den Niederlanden (8 %).

In der Struktur der jeweiligen Zielbranchen zeigt sich, wie früher bei der Bundesrepublik und Baden-Württemberg, daß nicht nur Engagements im Verarbeitenden Gewerbe eine Rolle spielen. So beträgt der Anteil von Anlageobjekten im Verarbeitenden Gewerbe beim Investorland Japan 29 %, bei den USA 41 % und bei der Bundesrepublik 43 % (Baden-Württemberg 41 %). Sehr unterschiedlich ist auch der Anteil der Objekte im Rohstoffbereich (Bergbau/Mineralöl): Japan 14 %, USA 25 % und Bundesrepublik 4 %. Die unterschiedliche Bedeutung der Exporte von Industriewaren für diese Investorenländer kommt auch in dem stark differie-

renden Gewicht der Handelstöchter zum Ausdruck: In den USA sind es 10 %, in Japan 15 % und in der Bundesrepublik 20 % (Baden-Württemberg 29 %).

Betrachtet man die kürzerfristige Entwicklung der Direktinvestitionen dieser wichtigen Kapitalgeber zusätzlich anhand der jährlichen Kapitalabflüsse (jährliche Direktinvestitionen im Ausland ohne reinvestierte Gewinne), so zeigt sich insbesondere bei Japan eine große Dynamik. In diesem Investorland betragen im Zeitraum 1980 bis 1985 die Nettokapitalleistungen im Durchschnitt pro Jahr umgerechnet 22,7 Mrd. DM. Mit Abstand folgen Großbritannien mit 11,4 Mrd. DM, die Bundesrepublik mit 9,7 Mrd. DM, Frankreich mit 8,7 Mrd. DM und die Niederlande mit 7,0 Mrd. DM. Vergleichbare Angaben für die USA liegen nicht vor, jedoch dürften die effektiven Abflüsse unter diesen Werten gelegen haben.

Interessant ist auch die Struktur dieser (annähernd) OECD-Staaten als Zielländer von Direktinvestitionen. Der Bestand an ausländischem Unternehmensvermögen in diesen Ländern betrug Ende 1985 schätzungsweise 1,17 Bill. DM. Wichtigstes Zielland waren wiederum die USA mit einem Anteil von 39 %. Zweitwichtigstes Zielland war Kanada (17 %), wohl mitbedingt durch seine enge Nachbarschaft zu den USA. Es folgen Großbritannien (12 %) und die Bundesrepublik (10 %), während auf Japan nur gut 1 % des in diesen Industrieländern angelegten Bestands an Direktinvestitionen entfällt.

Die USA und Japan als wichtige Kapitalgeberländer werden im folgenden noch anhand von nationalen Quellen mit aktuelleren Daten näher betrachtet. Zum Stand 1986 besaßen die USA Unternehmensvermögen im Ausland in Höhe von 260 Mrd. Dollar (Tabelle 14). Hiervon waren 100 Mrd. Dollar (38 %) in EG-Ländern angelegt. Innerhalb der EG ist die Bundesrepublik (7,8 %) mit deutlichem Abstand nach Großbritannien (13,5 %) das zweitwichtigste Anlageland - der Anteil Baden-Württembergs dürfte knapp 2 % betragen -, gefolgt wieder mit großem Abstand von den Niederlanden und Frankreich. Der auf Japan entfallende Anteil beträgt 4,3 %. Eine besondere Rolle spielt noch Kanada als Nachbar der USA.

12) Die folgenden Daten stammen von Krägenau, Henry: Internationale Direktinvestitionen, Ausgabe 1987, Hamburg 1987.

Tabelle 14

Struktur der Unternehmensverflechtung der USA 1986*) nach Ländern

Ausgewählte Ziel- bzw. Herkunftsländer	Bestände an Direktinvestitionen			
	der USA im Ausland		des Auslands in den USA	
	zusammen	Struktur	zusammen	Struktur
	Mrd. US - \$	%	Mrd. US - \$	%
Bundesrepublik Deutschland	20,3	7,8	17,4	8,3
darunter				
Baden-Württemberg ¹⁾	4,4	1,7	2,6	1,2
Großbritannien	35,0	13,5	51,4	24,6
Frankreich	9,5	3,7	7,4	3,5
Luxemburg	0,5	0,2	0,3	0,1
Niederlande	11,9	4,6	42,9	20,5
Spanien	3,1	1,2	0,5	0,2
Irland	4,3	1,7	0,4	0,2
EG-Länder	99,6	38,3	124,8	59,6
Schweiz	17,5	6,7	12,1	5,8
Europäische Länder insgesamt	123,2	47,4	141,7	67,7
Kanada	50,2	19,3	18,3	8,7
Japan	11,3	4,3	23,4	11,2
Australien	8,4	3,2	4,9	2,3
Entwicklungsländer insgesamt	60,6	23,3		
darunter:				
in Lateinamerika	35,0	13,5	14,2	6,8
in Südostasien	16,0	6,2		
Insgesamt	259,9	100	209,3	100

*) Stand: Jahresende. — 1) Eigene Schätzung.

Quelle: Survey of Current Business, Nr. 8/87; United States Department of Commerce/Bureau of Economic Analysis.

Betrachtet man umgekehrt die USA als Zielland, so waren die bedeutendsten Herkunftsländer des in den USA angelegten Unternehmensvermögens Großbritannien (24,6 %) und die Niederlande (20,5 %), mit größerem Abstand folgen Japan (11,2 %) und die Bundesrepublik (8,3 %), auf baden-württembergische Unternehmen dürften rund 1 % entfallen.

Auch durch seine geographische Lage hat Japan eine weit stärker auf Entwicklungsländer ausgerichtete Struktur seiner Kapitalanlagen (Tabelle 15). Ende März 1987 (Fiskaljahr 1986) hatte Japan Unternehmensbeteiligungen im Ausland in Höhe von 106 Mrd. Dollar. Davon entfielen allein knapp 21 % auf südostasiatische Entwicklungsländer. Ein weiteres Fünftel der japanischen Engagements erstreckte sich auf lateinamerikanische Entwick-

lungsländer, die wohl vor allem auf dem US-Markt ausgerichtet sind (z.B. in Freihandelszonen in Mexiko an der Grenze zu den USA). Die USA dominieren als Zielland mit einem Anteil von einem Drittel. Gering sind vergleichsweise die Engagements in Europa mit knapp 14 %. Mit Abstand wichtigstes europäisches Anlage-land ist Großbritannien mit einem Anteil von knapp 4 %. Es folgen die Niederlande und Luxemburg - wobei hier der Banken- und Finanzbereich dominieren dürfte - mit je 2,2 % und die Bundesrepublik mit 1,5 %. Vergleichsweise hoch sind auch die Engagements in Spanien (0,6 %) und in Irland (0,3 %), wobei hier die Rolle der Lohnkosten bei der Standortentscheidung und speziell bei Irland die sehr aktive Investitionsförderungspolitik dieses Landes eine Rolle gespielt haben dürften.

Tabelle 15

Struktur der Unternehmensverflechtung Japans 1986*) nach Ländern

Ausgewählte Ziel- bzw. Herkunftsländer	Bestände an Direktinvestitionen			
	Japans im Ausland		des Auslandes in Japan	
	zusammen	Struktur	zusammen	Struktur
	Mrd. US - \$	%	Mrd. US - \$	%
Bundesrepublik Deutschland	1,6	1,5	0,3	4,2
darunter				
Baden-Württemberg ¹⁾	0,0	0,0	0,0	0,0
Großbritannien	4,1	3,9	0,4	5,0
Frankreich	1,0	0,9	0,2	2,2
Luxemburg	2,3	2,2	.	.
Niederlande	2,3	2,2	0,2	2,6
Spanien	0,6	0,6	.	.
Irland	0,3	0,3	.	.
Schweiz	0,8	0,7	0,4	6,4
Europäische Länder insgesamt ²⁾	14,5	13,7	1,6	23,4
Vereinigte Staaten von Amerika	35,5	33,5	3,4	48,6
Entwicklungsländer in:				
Südostasien	21,8	20,6	.	.
Lateinamerika	20,4	19,2	.	.
Insgesamt	106,0	100	7,0	100

*) Stand: März 1987. — 1) Eigene Schätzung. — 2) Einschließlich Staatshandelsländer, auf die nur ein geringer Wert entfällt.

Quelle: Monthly Finance Review, June 1987, Ministry of Finance, Japan.

Betrachtet man Japan als Zielland von Direktinvestitionen, so zeigt sich die herausragende Rolle der USA als Kapitalgeber mit einem Anteil von nahezu 50 %, während auf europäische Investoren ein knappes Viertel entfiel. Unter den EG-Staaten war die Bundesrepublik nach Großbritannien (5,0 %) das zweitwichtigste Kapitalgeberland (4,2 %).

Dieser internationale Vergleich deutet an, daß die Bundesrepublik unter den Kapitalgeberländern bisher eher einen mittleren Rang einnimmt. Dies gilt zum einen für die inzwischen im Ausland aufgebauten Vermögensbestände, wie auch für die jährlichen Kapitalabflüsse für Neuengagements in den letzten Jahren. Selbst im Jahr 1986, dem Jahr mit den bisher mit Abstand höchsten jährlichen Direktinvestitionen der Bundesrepublik im Ausland, dürfte die entsprechende japanische Direktinvestitionstätigkeit (rund 22 Mrd. Dollar) mehr als das doppelte

der deutschen Direktinvestitionen (rund 9 Mrd. Dollar) betragen haben, auch wenn man berücksichtigt, daß diese Daten methodisch nur bedingt vergleichbar sind.

Zu Beginn dieses Beitrags wurde die Frage aufgeworfen, inwieweit die Entwicklung der deutschen Direktinvestitionen im Ausland heute noch als Aufholprozeß angesehen werden kann. Die Daten deuten darauf hin, daß diese Frage bis in die Gegenwart hinein insbesondere für baden-württembergische Unternehmen bejaht werden kann. Wobei ergänzt werden sollte, daß dieser Aufholprozeß insbesondere gegenüber den USA deutlich wurde, im übrigen aber - etwa gegenüber der Entwicklung Japans - eher unspektakulär verlief.

Bemerkenswert ist ferner nicht nur die gestiegene Bedeutung der Bundesrepublik - und verstärkt Baden-Württem-

bergs - als Investor, die allerdings im Weltmaßstab keinesfalls besonders auffällig ist, sondern auch die Tatsache, daß sich umgekehrt Neuengagements in der Bundesrepublik - wohl weniger ausgeprägt in Baden-Württemberg - auf sehr niedrigem Niveau bewegen. Dies wird besonders sichtbar beim derzeit bedeutendsten Investorland Japan. Von den japanischen Kapitalabflüssen ins Ausland im Jahre 1986 (22,3 Mrd. Dollar) entfielen 3,5 Mrd. Dollar auf Europa, hiervon nur 210 Mill. Dollar auf die Bundesrepublik (allerdings hierbei auch 1,1 Mrd. DM auf dem Finanzplatz Luxemburg).

Schlußbemerkungen

Dieser Beitrag konnte zeigen, daß die außenwirtschaftliche Verflechtung über Direktinvestitionen gerade auch in Baden-Württemberg stark an Bedeutung gewonnen hat. Die Wirkungen von Direktinvestitionen erwiesen sich als äußerst komplex, wobei neben den primären Beschäftigungswirkungen durch die Errichtung von Arbeitsplätzen zahlreiche sekundäre Wirkungen hinzukommen, die von weit größerer Bedeutung sein können, wobei diese Fernwirkungen auch vom Investitionsmotiv, d.h. der Art der Direktinvestition bestimmt werden.

Die Daten deuten an, daß insgesamt betrachtet für die Bundesrepublik als heutiges Kapitalgeberland die Direktinvestitionen im Ausland zumindest bisher eher exportstimulierend sind, sie wirken über die Marktpräsenz im Zielland auch im Inland arbeitsplatzbeschaffend bzw. arbeitsplatzerhaltend.

Vielleicht liegt die entscheidende Rolle der Direktinvestitionen darin, daß sie den außenwirtschaftlich bedingten Strukturwandel verstetigen und auf lange Sicht abmildern. Dies gilt zum einen für die Bundesrepublik als Kapitalempfänger, da durch Direktinvestitionen im Inland (gegenwärtige und zukünftige) Importe von Industriewaren teilweise ersetzt werden. Dies gilt aber auch für die Bundesrepublik als Kapitalgeber, gerade auch bei kosteninduzierten Direktinvestitionen. Solche Direktinvestitionen sind nicht die Ursache, sondern die Folge von außenwirtschaftlichem Anpassungsdruck.

Auch wenn sie vielleicht auf kurze Sicht Arbeitsplätze im Inland kosten, wirken sie auf Dauer eher arbeitsplatzerhaltend - denn die Alternative zur Verlagerung von Produktionsteilen ins Ausland in eigener Regie wäre - die Nichtexistenz von Handelshemmnissen vorausgesetzt - auf lange Sicht nur die Produktion im Ausland unter fremder Regie.

Direktinvestitionen in Niedriglohnländern müssen jedoch keineswegs nur vorwiegend defensiven Charakter haben. Beindruckend bleibt hier nicht zuletzt das Beispiel Japan, das Direktinvestitionen in den Schwellenländern Südostasiens und Amerikas offensichtlich offensiv nutzt, um in enger Arbeitsteilung zwischen diesen Niedriglohnländern und dem eigenen Hochlohnland Wettbewerbspositionen auf dem Weltmarkt auszubauen. Dagegen sind die deutschen und baden-württembergischen Direktinvestitionen in den Entwicklungsländern bzw. weniger entwickelten Industrieländern - insbesondere in den nahegelegenen entsprechenden mediterranen Ländern - eher bescheiden. Wiederum im Vergleich zu Japan könnte hier ein Anpassungsstau entstanden sein.

Die Unternehmensverflechtung mit dem Ausland dürfte jedoch auch in Zukunft keine reine Einbahnstraße sein. Bei allen Ansiedlungsprojekten ausländischer Investoren stehen die Bundesrepublik und Baden-Württemberg jedoch im Wettbewerb mit anderen potentiellen europäischen Zielländern. Für die Standortwahl sind - neben der Förderpolitik der Zielländer, die in europäischen Regionen mit besonders hoher Arbeitslosigkeit, zu denen im EG-Maßstab die Bundesrepublik und insbesondere Baden-Württemberg nicht gehören, besonders ausgeprägt ist - die spezifischen Standortvorteile entscheidend.

Zu den heimischen Standortvorteilen gehören die hohe Qualifikation der Arbeitskräfte, das hohe Qualitätsbewußtsein, die wissenschaftlich-technische Infrastruktur und die Flexibilität der mittelständischen Zulieferer. Wenn diese Standortvorteile ausgespielt werden, dürften auch in Zukunft ausländische Investoren für entsprechende Produkte und Dienstleistungen einen Standort in Baden-Württemberg wählen. So hat die Stiftung Außenwirtschaft Baden-Württem-

berg¹³ im Jahr 1987 die Ansiedlung von 17 Unternehmen eingeworben, darunter 9 von ausländischen Investoren. Weitere Funktionen dieser Stiftung zur Sicherung des Unternehmensstandorts Baden-Württemberg sind - neben der Exportförderung und der Vermittlung von Unternehmenskooperationen - die Hilfe bei der Umsiedlung von Firmen innerhalb des Landes und die Bestandspflege.

- Betrachtet man die jüngsten Tendenzen zusätzlich anhand der jährlichen Kapitalabflüsse, so zeigt sich bundesweit seit Mitte der 80er Jahre eine deutliche Zunahme. Zielländer sind fast ausschließlich Industrieländer, dabei dominieren die USA. Die Neuengagements in den USA zeigen in ihrem zeitlichen Verlauf einen gewissen Zusammenhang mit der Dollarkursentwicklung. Als Investitionsziel dürfte die Übernahme von Unternehmen vorherrschen, größere Firmenaufkäufe fanden auch im Dienstleistungsbereich statt. Dagegen stagnieren die Kapitalzuflüsse aus dem Ausland auf niedrigerem Niveau.

Zusammenfassung

- Die wirtschaftliche Verflechtung mit dem Ausland vollzieht sich in wachsendem Umfang auch über Direktinvestitionen. Diese lassen sich zum einen definieren als Wert des Unternehmensvermögens eines Landes im Ausland zum Stichtag Jahresende, zum anderen als die während eines Jahres geleisteten Kapitalabflüsse zur Ausweitung dieses Vermögens. Die Daten für Baden-Württemberg beziehen sich jeweils auf Unternehmen (als Investoren bzw. Investitionsobjekte) mit Sitz in Baden-Württemberg.
- Baden-württembergische Unternehmen besitzen Beteiligungsvermögen im Ausland in Höhe von 18,8 Mrd. DM (Stand Ende 1986), umgekehrt haben ausländische Investoren in der heimischen Wirtschaft Unternehmensbeteiligungen im Wert von 18,1 Mrd. DM. Damit ist Baden-Württemberg im Vergleich zum Bundesgebiet nur in geringem Umfang ein Kapitalgeberland, der Saldo der Vermögensbilanz beträgt + 780 Mill. DM (Bundesgebiet: + 38,7 Mrd. DM).
- Im Gegensatz zur heutigen Situation war Baden-Württemberg (wie die Bundesrepublik) über lange Zeit ein Kapitalempfängerland; die Vermögensbilanz mit dem Ausland war in Baden-Württemberg erstmals 1984 (Bundesrepublik erstmals 1980) positiv.

- Eine Bilanzierung der jeweiligen Anlageobjekte im Verarbeitenden Gewerbe zeigt, daß Baden-Württemberg, im Gegensatz zum Bundesgebiet, in diesem Wirtschaftsbereich in beträchtlichem Ausmaß Nettokapitalempfänger ist.
- Der Anteil am Bundesgebiet ist bei den Kapitalbeteiligungen aus dem Ausland, etwa gemessen am Bruttoinlandsprodukt (16,1 %), etwas überproportional (18,9 %), besonders hoch ist er im Verarbeitenden Gewerbe (28,0 %). Standortentscheidungen ausländischer Investoren haben sich offensichtlich an der existierenden Wirtschaftsstruktur orientiert und verstärken so deren Schwerpunkte.
- Etwas unterproportional ist dagegen der Anteil Baden-Württembergs an Engagements im Ausland (14,1 %). Effekte der unterschiedlichen Branchen- und Größenklassenstruktur und, wohl damit zusammenhängend, die Tatsache, daß baden-württembergische Unternehmen stärker auf Vertriebsstützpunkte als auf Produktionstöchter setzten, dürften diese erklären.
- So sind 31 % des baden-württembergischen Vermögens im Ausland in Handelsniederlassungen angelegt, bundesweit 20 %. Umgekehrt dominieren Produktionstöchter bei den baden-württembergischen Anlagen im Ausland (42 %) etwas weniger als im Bundesgebiet (44 %).

13) Jahresbericht 1987 der Stiftung Außenwirtschaft Baden-Württemberg, Stuttgart 1988.

- Jeder sechste Beschäftigte des Verarbeitenden Gewerbes (mit Unternehmenssitz) in Baden-Württemberg arbeitet in einem Unternehmen, das ganz oder

- in maßgeblichem Umfang im Auslandsbesitz ist; insgesamt sind dies 292 000 Beschäftigte. Ihnen steht mit 220 000 eine geringere Beschäftigtenzahl gegenüber, die im Ausland in diesem Wirtschaftsbereich in Tochtergesellschaften heimischer Unternehmen tätig sind (primäre Beschäftigungswirkung von Direktinvestitionen).
- In Handelsniederlassungen sind im Ausland 54 000 Personen tätig, hiervor sind schätzungsweise 48 000 Personen in Vertriebsniederlassungen des heimischen Verarbeitenden Gewerbes beschäftigt, dienen also vor allem der Exportabwicklung und Exportförderung.
 - Neben die primären Wirkungen von Direktinvestitionen auf die Beschäftigung treten die nicht unmittelbar meßbaren, wohl bedeutenderen sekundären Wirkungen. Diese bestehen vor allem aus den exportstützenden Effekten von Direktinvestitionen im Ausland. Entsprechend zeigt eine länder- und branchendifferenzierte Analyse, daß Export und Direktinvestitionen in starkem Ausmaß komplementäre Größen sind. Die Ergebnisse dieses Beitrags deuten darauf hin, daß insgesamt gesehen von den Direktinvestitionen im Ausland zumindest gegenwärtig positive Wirkungen auf Export und Arbeitsplätze ausgehen.
 - Ein internationaler Vergleich zeigt, daß die Bundesrepublik eher im Mittelfeld der bedeutendsten Kapitalgeberländer liegt. Im letzten Jahrzehnt hat - ausgehend von der Position eines Kapitalempfängerlandes - ein Aufholprozeß stattgefunden, insbesondere gegenüber den USA. Dieser Aufholprozeß verlief im Vergleich mit der Direktinvestitionstätigkeit anderer Länder unspektakulär, im Gegensatz zu der rasanten Entwicklung Japans.
 - Die Bundesrepublik und Baden-Württemberg haben im Vergleich zu den USA und vor allem zu Japan einen nur geringen Anteil ihrer Unternehmensvermögensbestände in Niedriglohnländern angelegt. Insbesondere Japan nutzt offenbar offensiv die Arbeitsteilung mit Schwellenländern in Südostasien und Lateinamerika, aber auch mit Ländern wie Spanien und Irland zum Ausbau der Wettbewerbsposition auf den Weltmärkten.

4. Umwelt

Grund-, Quell- und Trinkwasserqualität in Baden-Württemberg

Trinkwasser ist das wichtigste Lebensmittel. Es kann nicht ersetzt werden. Es darf keine gesundheitsschädigenden Eigenschaften besitzen, soll appetitlich sein und zum Genuß anregen. Solche und ähnliche in der DIN-Norm 2000 formulierten Gütekriterien orientieren sich an den Eigenschaften eines aus genügender Tiefe und ausreichend filtrierenden Schichten gewonnenen Grundwassers, das in keiner Weise beeinträchtigt wurde. Manche Grund- und Quellwasservorkommen entsprechen solch hohen Anforderungen heute leider nicht mehr und müssen erst zu Trinkwasser aufbereitet werden. Der Anteil des in Trinkwasserqualität gewonnenen Grund- und Quellwassers, das den Verbrauchern direkt zugeleitet werden kann, sank allein in den Jahren 1979 bis 1985 um acht Prozentpunkte auf 60 Prozent der gesamten geförderten Grund und Quellwassermenge.

Das der Trinkwasserversorgung zur Verfügung stehende Rohwasser ist offensichtlich vielfältigen anthropogenen Beeinflussungen ausgesetzt. Wichtige Belastungsfaktoren sind beispielsweise der unsachgemäße Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (Chemikalien in Haushalten und im gewerblichen Bereich), die unsachgemäße Anwendung von Pflanzenschutzmitteln oder die nicht standortgerechte Düngung in der Landwirtschaft. Das in landwirtschaftlich intensiv genutzten Gebieten gewonnene Wasser ist durch Nitrateintrag gefährdet. Örtlich mußten Maßnahmen zur Sanierung der mit chlorierten Kohlenwasserstoffen (CKW) verschmutzten Grundwasservorkommen ergriffen werden. Neuerdings sind die Pflanzenschutzmittel in den Vordergrund des Interesses gerückt und zum Gegenstand umweltschutzpolitischer

Maßnahmen geworden. Die Schutzgebiets- und Ausgleichs-Verordnung (SchALVO)¹ beschränkt den Einsatz von bestimmten Pflanzenschutzmitteln in Wasserschutzgebieten. In der engeren Schutzzone (Zone II) und weiteren Schutzzone (Zonen III und IV) dürfen nur Stoffe angewendet werden, die im Positivkatalog aufgeführt sind. Im Fassungsbereich (Zone I) besteht ein ganzjähriges Verbot der Verwendung von Pflanzenschutzmitteln. Umfangreichere Untersuchungen, die eine erste Bewertung des Grundwassergefährdungspotentials gestatten, liegen insbesondere für das biologisch schwer abbaubare Herbizid Atrazin vor.²

Die Trinkwasserverordnung³ quantifizierte die Empfehlungen der DIN 2000 zur Trinkwasserqualität. Auf der Grundlage der EG-Richtlinie über die "Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch"⁴ wurde die Trinkwasserverordnung neugefaßt. Die novellierte Ver-

- 1) Verordnung des Ministeriums für Umwelt über Schutzbestimmungen in Wasser- und Quellenschutzgebieten und die Gewährung von Ausgleichsleistungen vom 27. November 1987 (GBl. S. 742).
- 2) Landtagsdrucksache 9/3970.
- 3) Trinkwasserverordnung vom 31. Januar 1975 (BGBl. I S. 453) i.d.F. vom 1.8.1984 (BGBl. I S. 897).
- 4) Richtlinie des Rates vom 15. Juli 1980 über die Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch (80/778/EWG), Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften vom 30. August 1980 Nr. L 229/11-29.

ordnung (TrinkwV)⁵ limitiert erstmals den Gehalt an Pflanzenschutzmitteln im Trinkwasser. Desweiteren wurden für eine größere Zahl anderer Parameter Grenzwerte eingeführt, die über die gesundheitliche Unbedenklichkeit hinaus der Gefahr einer Minderung der Trinkwasserqualität entgegenwirken sollen. Die Frage ist indessen, welche Qualität das Grund-, Quell- und Trinkwasser unseres Landes derzeit tatsächlich aufweist. Diese Frage wird nachfolgend unter besonderer Berücksichtigung der Problemparame-ter statistisch untersucht.

Hohe Versorgungssicherheit mit Trinkwasser

Die grundsätzlich bestehende hohe Versorgungssicherheit in Baden-Württemberg stützt sich auf ein engmaschiges Trinkwasserverteilungsnetz, das von den örtlichen Wasserversorgungen getragen und im Mittleren Neckarraum und in anderen Wassermangelgebieten durch Gruppen- und Fernwasserversorgungen vervollständigt wird. Besonders das in den zuletzt genannten Gebieten anstehende Wasser hat allerdings oft wenig mit dem vom Verbraucher aus dem Versorgungsnetz entnommenen Trinkwasser gemein. Es ist nämlich grundsätzlich zu unterscheiden zwischen der Güte des Trinkwassers in den einzelnen Versorgungsgebieten einerseits und der Beschaffenheit des in Trinkwasserqualität vorliegenden abgabefähigen Wassers nach dessen Gewinnung bzw. Aufbereitung am Gewinnungsort (auf die sich die diesem Beitrag zugrundeliegenden Analysendaten beziehen) andererseits. Dann lassen sich sowohl beim Trink- als auch beim Grundwasser Veränderungen in der Zusammensetzung erkennen, die sonst bei einer Mischung verschiedener Wässer nivelliert werden.

Eine differenzierte Betrachtung der Wasserqualitäten ist auch deshalb angezeigt, weil die öffentliche Trinkwasserversorgung aus recht unterschiedlichen Wasservorkommen gedeckt wird. Rund ein Fünftel des Trinkwassers stammt aus Oberflächenwasser, das den zivilisatorischen Einflüssen direkt ausgesetzt ist

und deshalb grundsätzlich aufbereitet werden muß. Für die Trinkwasserversorgung Baden-Württembergs sind jedoch die Grund- und Quellwasservorkommen des Landes wichtig, denen die überlagernden Deckschichten durch ihre filternde Wirkung den im allgemeinen bestmöglichen Schutz vor anthropogenen Verunreinigungen bieten. Trotzdem können zwei Fünftel des gewonnenen Grund- und Quellwassers nur nach vorheriger Aufbereitung in das öffentliche Leitungsnetz abgegeben werden. Das geförderte Rohwasser enthält je nach Herkunft eine Vielzahl an zum Teil geogen bedingten Stoffen in unterschiedlichen Konzentrationen. Die derzeit üblichen Aufbereitungsverfahren beeinflussen jedoch nur die Minderheit der Beschaffenheitsparameter wie beispielsweise den Trübstoff-, Eisen-, Mangan- und Kohlendioxidgehalt. Weitergehende Aufbereitungsmaßnahmen zur Elimination von organischen Stoffen (Aktivkohlefilterung und andere) oder von Ionen, wie Sulfat und Nitrat (Teilentsalzung durch Ionenaustausch und andere), beschränken sich bisher auf wenige Trinkwassergewinnungsanlagen. Die vorliegenden Daten zur Qualität des gewonnenen Wassers lassen also auch Rückschlüsse auf die Beschaffenheit des Grundwassers zu.

Qualitätsanforderungen der Trinkwasserverordnung weitgehend erfüllt

Das in Baden-Württemberg gewonnene Trinkwasser besitzt insgesamt eine gute Qualität. Die in der TrinkwV erlassenen Grenzwerte werden bei den meisten Parametern nicht nur eingehalten, sondern deutlich unterschritten. Einige Stoffe, allen voran Nitrat, geben jedoch Anlaß zur Besorgnis.

Trinkwasser enthält eine Vielzahl von Stoffen, die in Abhängigkeit von den geologischen Gegebenheiten, der Bodennutzung, von anthropogenen Eingriffen in den Wasserkreislauf und anderen Faktoren nach Art und Menge stark variieren können. In die Trinkwasserverordnung, die als eine umfassende Rechtsnorm zum Schutz des Verbrauchers aufzufassen ist, wurden sowohl für mikrobiologische Parameter als auch für sensorische und physikalisch-chemische Kenngrößen sowie für einige chemische Stoffe Richt- bzw. Grenzwerte aufgenom-

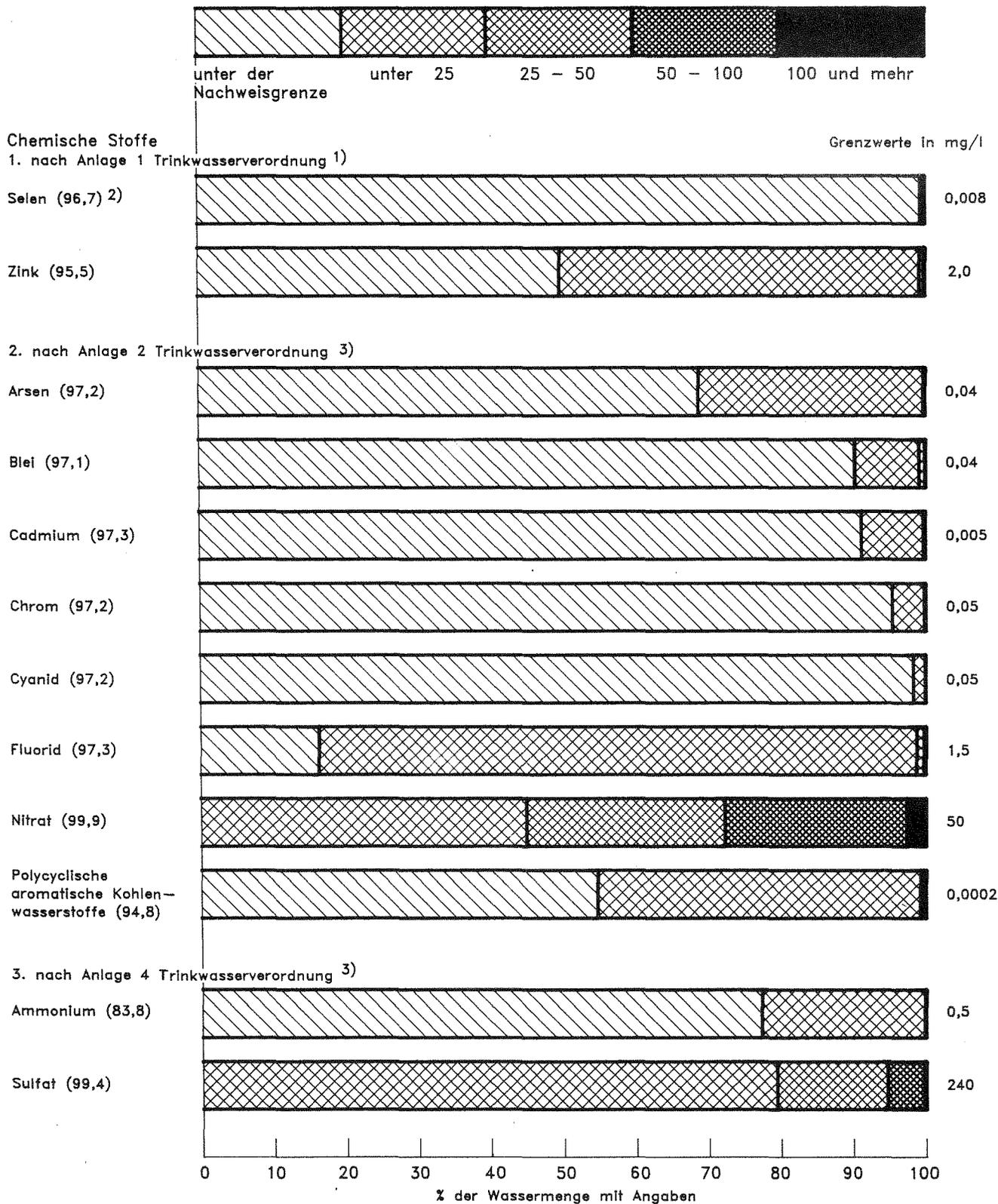
5) Trinkwasserverordnung (TrinkwV) vom 22. Mai 1986 (BGBl. I S. 760).

Schaubild 1

Trinkwassergewinnung 1985

Verteilung der Wassermengen nach der Beschaffenheit des gewonnenen Wassers

Wassermenge mit einer Konzentration von... bis unter... % des Grenzwertes



1) Trinkwasserverordnung vom 31. Januar 1975 (BGBl. I, S. 453) i.d.F. vom 1.8.1984 (BGBl. I, S. 897). - 2) Anteil der Wassermenge mit Angaben zur Beschaffenheit. - 3) Trinkwasserverordnung vom 22. Mai 1986 (BGBl. I, S. 760).

men. Die Anlage 2 der TrinkwV enthält Stoffe wie Blei, Cadmium, Fluorid, Nitrat, organische Chlorverbindungen und Pflanzenschutzmittel, deren Aufnahme insbesondere aus toxikologischen Überlegungen heraus beschränkt werden muß. Die Grenzwerte sind so festgesetzt, daß auch ein lebenslanger Genuß des Trinkwassers nicht zu Gesundheitsschädigungen führt. Dagegen schreibt die Anlage 4 erstmals Grenzwerte für Stoffe vor, die für eine allgemeine, einwandfreie Beschaffenheit des Trinkwassers wesentlich sind. Der Gesundheitsschutz allein steht hier nicht mehr im Vordergrund. Als Parameter gehören hierzu unter anderen der pH-Wert, die Leitfähigkeit, Ammonium, Magnesium und Sulfat. Trinkwasser muß somit nicht nur toxikologisch unbedenklich sein, sondern auch den Qualitätsanforderungen an die Genußtauglichkeit genügen.

Physikalisch-chemische und chemische Analysen erfassen nur eine begrenzte Zahl aller im Wasser unter Umständen enthaltenen Substanzen. Trotzdem reicht der Katalog der Trinkwasseruntersuchung üblicherweise aus, die Beschaffenheit des Grund- und Trinkwassers hinreichend zu beschreiben, da Grenzwertregelungen diejenigen Inhaltsstoffe erfassen, die mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit im Trinkwasser enthalten sind. Darüber hinaus kann die zuständige Behörde beim Vorliegen bestimmter Verdachtsmomente weitergehende Untersuchungen anordnen, die auch das Rohwasser einschließen können.

Meist unbedenkliche Metall-, Cyanid- und Fluoridgehalte

Schaubild 1 gibt einen Überblick von der Qualität des im Jahr 1985 zu Trinkwasserzwecken genutzten Wassers am Ort der Gewinnung bzw. Aufbereitung. Am Beginn der Betrachtungen stehen die in die Anlage 2 der TrinkwV aufgenommenen gesundheitlich relevanten Stoffe. Die der prozentualen Darstellung zugrundeliegenden Grenzwerte beziehen sich bei Selen und Zink auf die frühere Trinkwasserverordnung. Die erneute Limitierung dieser für den Menschen essentiellen Spurenstoffe schien nicht mehr erforderlich, da beide Elemente im Bundesgebiet in toxikologisch unbedeutenden Konzentrationen im Trinkwasser vorkom-

men.⁶ Schaubild 2 bestätigt die bei Selen und Zink unproblematische Situation für Baden-Württemberg. Tatsächlich wird bei beiden Stoffen sogar der halbe Grenzwert, der im Schaubild durch eine gestrichelte Linie markiert ist, nur in Ausnahmefällen überschritten.

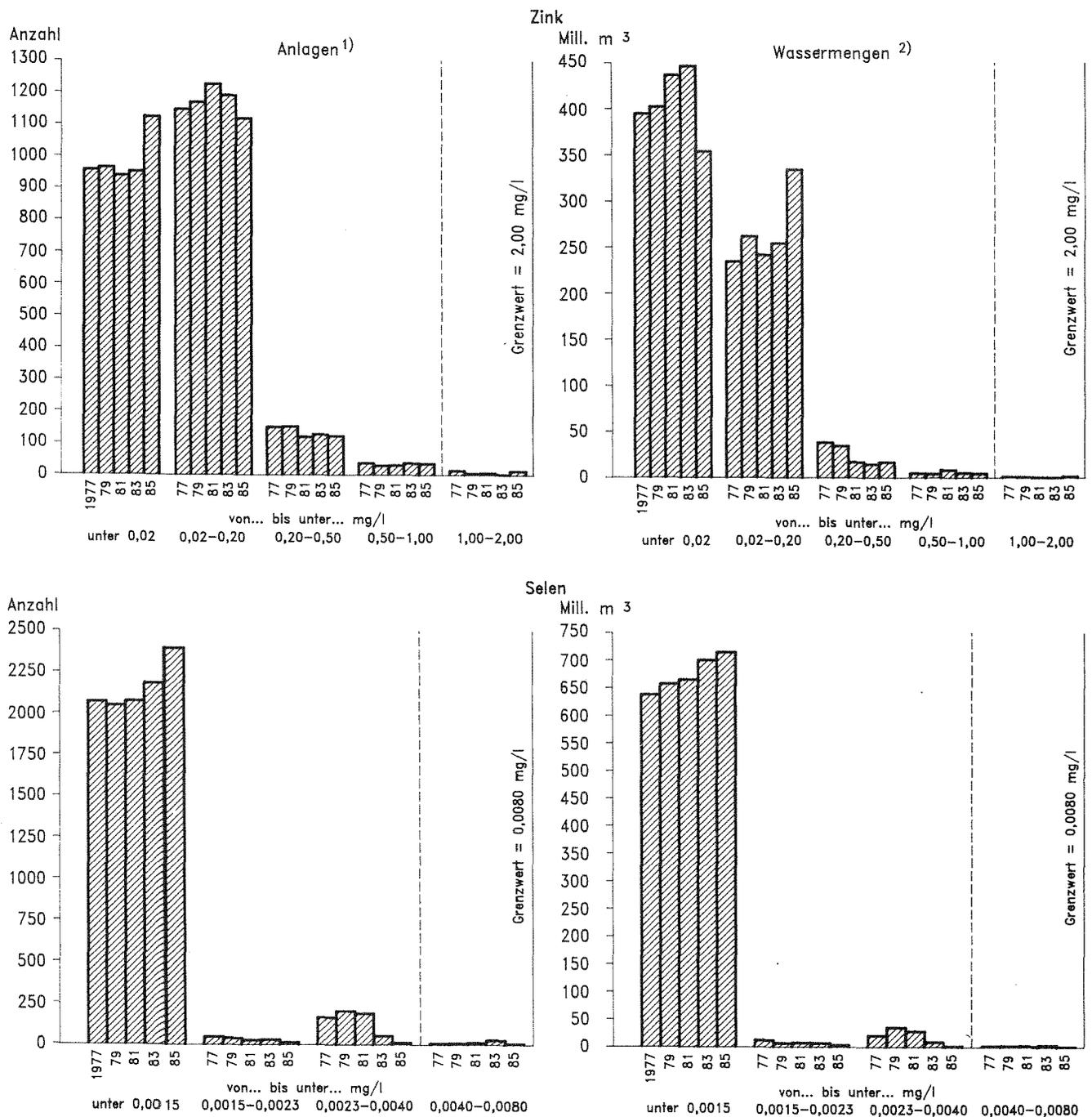
Im übrigen ging auch von den in die novellierte TrinkwV erneut aufgenommenen Parametern - von Nitrat und einigen organischen Stoffen abgesehen - im allgemeinen keine Belastung des Trinkwassers aus. So bewegten sich die Gehalte an Arsen, Cyanid sowie den Schwermetallen Cadmium, Chrom und Blei zum weitaus überwiegenden Teil im Bereich der natürlichen Schwankungsbreite. Im Untersuchungszeitraum 1977 bis 1985 wurde lediglich eine einzelne Grenzwertüberschreitung bei Cadmium bekannt. Der im betroffenen Trinkwasser gleichzeitig erhöhte Zinkgehalt wies auf die geogene Herkunft des Cadmiums hin, da Cadmium als Begleitelement des Zinks vorrangig in Zinkerzen anzutreffen ist. Bei Fluorid wurden ebenfalls bisher nur in Einzelfällen höhere Werte bekannt. Die im Jahr 1985 zunächst festgestellten Übertretungen des Grenzwertes für Quecksilber konnten durch die eingeleiteten Folgeuntersuchungen nicht bestätigt werden.

Organische Verunreinigungen problematischer

Organische Substanzen im Trinkwasser sind nur selten natürlichen Ursprungs, sondern treten i.a. als zivilisatorische Verunreinigungen auf. In größerem Umfang wurden bislang Trinkwasserbelastungen durch organische Chlorverbindungen (chlorierte Kohlenwasserstoffe, CKW) bekannt, die als Lösungs-, Extraktions- und Reinigungsmittel Verwendung finden. Die Untersuchungen beschränkten sich seither im wesentlichen auf große Trinkwassergewinnungsanlagen, die damit den Empfehlungen des

6) Aurand, Karl: Die Trinkwasserverordnung, Einführung und Erläuterungen für Wasserversorgungsunternehmen und Überwachungsbehörden, Erich Schmidt Verlag, Berlin 1987.

Verteilung der Anlagen und gewonnenen Wassermengen 1977 bis 1985 nach Konzentrationsgrößenklassen für Zink und Selen



1) Reinwassergewinnungsanlagen und Rohwasseraufbereitungsanlagen mit Angaben. - 2) Grund-, Quellwasser und Oberflächenwasser mit Angaben.

Bundesgesundheitsamtes⁷ folgten. So lagen für das Jahr 1985 nur von gut der Hälfte der Anlagen, jedoch von 85 % der gewonnenen Trinkwassermenge Analyseergebnisse vor. Wie Tabelle 1 zeigt, war Trinkwasser aus Oberflächenwasser nicht

7) BGA: Empfehlungen des Bundesgesundheitsamtes zum Vorkommen von flüchtigen Halogenkohlenwasserstoffen in Grund- und Trinkwasser, Bundesgesundheitsblatt 25. Jg. (1982), S. 74.

oder nur schwach CKW-belastet. Alle auffälligen Werte für Chlorkohlenwasserstoffe stammten von Anlagen, die Grund- bzw. Quellwasser gewannen und keine Aufbereitung betrieben. Demgegenüber waren Anlagen, die belastetes Rohwasser behandelten, nicht von Spitzenwerten betroffen. Offensichtlich bildeten die in den Wasserwerken ergriffenen Aufbereitungsmaßnahmen ein wirksames Filter zwischen Grund- bzw. Quellwasser und Trinkwasser. Darüber hinaus deutete auch die Zahl der CKW-bedingten Stilllegungen von Gewinnungsanlagen auf die vergleichsweise höhere Belastung des Grund- und Quellwassers hin. So wurden allein im Zeitraum 1983 bis 1985 10 Anlagen mit einer jährlichen Fördermenge von über 2 Mill. Kubikmetern aufgrund überhöhter CKW-Gehalte außer Betrieb genommen.

Tabelle 1 bezieht sich auf sämtliche chlorierten Kohlenwasserstoffe. Verbindliche Grenzwerte für die fünf am häufigsten im Trinkwasser nachgewiesenen organischen Chlorverbindungen⁸ wurden erst später bei der Neufassung der TrinkwV erlassen, weshalb im Jahr 1985 in geringem Umfang weitere Vertreter dieser Stoffklasse im Untersuchungsprogramm aufgenommen waren.

Zu den organischen Schadstoffen im Trinkwasser zählen auch die polycyclischen aromatischen Kohlenwasserstoffe (PAK), die bei der unvollständigen Verbrennung organischen Materials (Müllverbrennung, Kraftfahrzeugverkehr und andere) sowie beim Abrieb von Teer- und Bitumenoberflächen freigesetzt werden. Der in der neugefaßten TrinkwV erlassene Grenzwert (0,2 µg/l, berechnet als Kohlenstoff) bezieht sich auf sechs gut nachweisbare und für die Gruppe der PAK repräsentative Einzelverbindungen, die als Summenkonzentration angegeben werden. Im Jahr 1985 wurde das gesetzliche Limit erstmals in drei Fällen überschritten und auch knapp unterhalb des Grenzwertes kamen acht Anlagen neu hinzu. Trotzdem sind Grenzwertüberschreitungen in größerem Umfang auch

- 8) 1,1,1-Trichlorethan, Trichlorethylen, Tetrachlorethylen, Dichlormethan: Summengrenzwert 0,025 mg/l; Tetrachlorkohlenstoff: Grenzwert 0,003 mg/l.

künftig nicht zu erwarten. Zum einen ist das Ausgangsniveau niedrig, zum anderen können darüber hinaus geeignete physikalisch-chemische Aufbereitungsverfahren den PAK-Gehalt - vergleichbar mit den organischen Chlorverbindungen - merklich herabsetzen. Trinkwasser aus Oberflächenwasser ist wiederum nicht belastet (Tabelle 1).

Neben den Summenparametern organische Chlorverbindungen und polycyclische Aromaten sind die Pflanzenschutzmittel und deren Abbauprodukte (Metaboliten) die dritte Gruppe organischer Stoffe mit gesundheitlicher Relevanz, die in die novellierte TrinkwV aufgenommen wurden. Die für Pflanzenschutzmittel und verwandte Produkte festgelegten Grenzwerte wurden zur Verfeinerung der Nachweisttechnik bis zum Oktober 1989 ausgesetzt. Ausführlichere Untersuchungen liegen bislang für das Herbizid Atrazin vor. So konnte vor allem in hydrogeologisch ungünstigen Gebieten mit intensivem Maisanbau ein Atrazineintrag ins Grundwasser nachgewiesen werden.

Qualitätsnormen für die Genußtauglichkeit größtenteils erfüllt

Die in der Anlage 4 der neugefaßten TrinkwV limitierten Kenngrößen und Stoffe sind dagegen von geringerer gesundheitlicher Bedeutung. Sie zielen auf die Genußtauglichkeit des Trinkwassers ab und sollen seine einwandfreie Beschaffenheit auch in geruchlicher und geschmacklicher Hinsicht sicherstellen. Untersuchungen werden nicht routinemäßig durchgeführt, sondern bis auf die Kenngrößen Temperatur, pH-Wert und Leitfähigkeit nur aus besonderem Anlaß.

Zu dieser Gruppe gehören viele geologisch beeinflusste Größen wie zum Beispiel Sulfat. Der gesetzliche Grenzwert bezieht sich hier auf Wasser, die nicht aus calciumsulfat-(gips-)haltigem Untergrund stammen. Die auf diese Marke bezogene prozentuale Darstellung in Schaubild 1 zeigt im Vergleich zu den übrigen Parametern höhere Werte für Sulfat auf. Die obersten Niveaus sind trotzdem schwach bzw. nicht besetzt, weil besonders kleinere Anlagen auf sulfatreiche Wasser zurückgreifen müssen, die im Mengenvergleich nicht ins Gewicht fallen.

Tabelle 1

Konzentration an chlorierten Kohlenwasserstoffen (CKW) und polycyclischen aromatischen Kohlenwasserstoffen (PAK) im gewonnenen Trinkwasser Baden-Württembergs 1985

Konzentration	Anlagen ¹⁾				Wassermenge ²⁾			
	ins-gesamt	davon			ins-gesamt	davon		
		Grundwasser	Quellwasser	Oberflächenwasser		Grundwasser	Quellwasser	Oberflächenwasser
	Anzahl				1000 m ³			
Zusammen	2 691	1 133	1 536	22	744 055	402 764	175 337	165 954
darunter mit Angaben zu CKW	1 407	656	737	14	632 243	344 174	125 149	162 920
davon mit einer Konzentration von ... bis unter ... µg/l								
unter 2	1 255	570	674	11	427 292	289 816	109 149	28 327
2 – 3	41	17	24	–	19 610	15 720	3 890	–
3 – 6	61	33	26	2	36 362	22 985	7 443	5 934
6 – 13	34	22	11	1	142 205	9 051	4 495	128 659
13 – 20	8	7	1	–	4 946	4 899	47	–
20 – 25	1	1	–	–	564	564	–	–
25 und mehr	7	6	1	–	1 264	1 139	125	–
darunter mit Angaben zu PAK	2 384	1 037	1 326	21	705 527	379 897	161 446	164 184
davon mit einer Konzentration von ... bis unter ... µg/l								
unter 0,012	2 080	917	1 145	18	632 769	323 257	145 705	163 807
0,012 – 0,050	254	106	145	3	67 382	54 372	12 633	377
0,050 – 0,100	30	7	23	–	3 125	2 073	1 052	–
0,100 – 0,200	17	6	11	–	2 167	194	1 973	–
0,200 und mehr	3	1	2	–	1	1	83	–

1) Reinwassergewinnungsanlagen und Rohwasseraufbereitungsanlagen. – 2) Gewonnenes Reinwasser und aufbereitetes Rohwasser.

Neben geogenen beeinflussen auch zivili-satorische Faktoren den Sulfatgehalt.

Sulfate und Carbonate (Salze der Kohlen-säure) einerseits sowie Natrium, Ka-lium und Magnesium andererseits gehören zu den in natürlichen Wässern am häu-figsten vertretenen Stoffen. Der für Magnesium in der TrinkwV erlassene Höchstwert kann für Trinkwasser aus magnesiumhaltigem Untergrund ausgesetzt werden. Im Jahr 1983 wurde dieser Wert jedoch von nicht einmal dem hundertsten Teil der auf Magnesium untersuchten Wassermenge (70 % der Gesamtfördermen-ge) überschritten. Davon entfiel rund ein Drittel auf den Landkreis Heilbronn. Wasser mit höheren Magnesiumgehalten entstammen im wesentlichen magnesium-reichen Grundwasserleitern.

Demgegenüber tritt Ammonium nur unter spezifischen Bedingungen als geogener

Bestandteil des Wassers auf. Ammonium besitzt in erster Linie eine Indikator-funktion für mikrobiologisch bedenkliche Verunreinigungen, da es als Zwischen-produkt des Stickstoffkreislaufs beim Abbau stickstoffhaltiger organischer Verunreinigungen gebildet wird. Der derzeit geltende Grenzwert wird von fast allen in Baden-Württemberg gewonnenen Trinkwässern um ein Vielfaches unter-schritten (Schaubild 1). Ammonium ist wegen seines nachteiligen Einflusses auf die Desinfektion mit Chlor im Trinkwas-ser unerwünscht.

Die Oxidierbarkeit ist ein Maß für die im Wasser enthaltenen durch Kaliumperman-ganat oxidierbaren organischen Verbindungen. Die in natürlichen Wässern ent-haltenen Huminstoffe liefern den größten Oxidationsanteil. Vergleichbar zu Ammo-nium können stark erhöhte Werte auf ei-ne Verschmutzung durch organische

Tabelle 2

Trinkwasser im pH-Bereich < 6,5 in Baden-Württemberg 1983 nach Naturraumgruppen und Naturräumen

Naturraumgruppen Naturräume	Gewinnungs- anlagen	Wasser- mengen
	mit einem pH-Wert < 6,5	
	Anzahl	1000 m ³
Donau-Iller-Lech-Platte	1	392
Schwäbisches Keuper-Lias-Land	1	35
Neckar- und Tauber-Gäuplatten	20	2 067
Odenwald, Spessart, Südrhön	3	388
Schwarzwald	177	13 414
davon		
Schwarzwald-Randplatten	5	563
Gründenschwarzwald und Enzhöhen	43	5 425
Nördlicher Talschwarzwald	33	1 724
Mittlerer Schwarzwald	26	2 681
Südöstlicher Schwarzwald	22	1 423
Hochschwarzwald	48	1 598
Hochrheingebiet	4	107
Südliches Oberrhein-Tiefland	7	1 220
Mittleres Oberrhein-Tiefland	12	1 643
Nördliches Oberrhein-Tiefland	9	3 692
Insgesamt	234	22 908

Stoffe hinweisen. Im Jahr 1979 überschritten gut 6 %, vier Jahre später noch 3,5 % der Trinkwassermenge das heutige Limit. Entsprechende Untersuchungsbefunde fehlten jedoch für jeden vierten gewonnenen Kubikmeter Wasser, weshalb zur abschließenden Beurteilung die nach dem Inkrafttreten der TrinkwV erhobenen Analysendaten abgewartet werden sollten.

Demgegenüber ist der Summenparameter elektrische Leitfähigkeit ein Maß für die im Wasser gelösten Salze. Im Jahr 1983 lagen für über 80 % der Wassermenge Leitfähigkeitsangaben vor, wobei der zulässige Höchstwert fast ausnahmslos unterschritten wurde. Die elektrische Leitfähigkeit dient insbesondere zur Überwachung der Salzbelastung eines Wassers und zur Dokumentation des Mischungsverhältnisses von Wässern unterschiedlicher Herkunft.

Schwarzwald - weiches Wasser mit niedrigen pH-Werten

Die Härte eines Wassers ist definiert als sein Gehalt an den Erdalkalitionen Calcium

und Magnesium, der im wesentlichen durch die geologischen Verhältnisse bestimmt wird. Im Jura und im Muschelkalk kommen harte, in Grundgebirge- und Buntsandsteingebieten wie dem Schwarzwald weiche (kalkarme) Wässer vor. Wie bei Sulfat gewinnen vor allem kleinere Anlagen hartes und sehr hartes Wasser in den im Wasch- und Reinigungsmittelgesetz⁹ definierten Härtebereichen III (Summe Erdalkalien 2,5 bis 3,8 mmol/l) und IV (über 3,8 mmol/l).

In den vergangenen Monaten wurde vermehrt von Versauerungserscheinungen in den kalkarmen Granit-, Gneis- und Buntsandsteinbächen des Schwarzwalds und Odenwalds berichtet. Dort sinkt besonders zu Zeiten höheren Abflusses nach der Schneeschmelze und nach Starkregen der pH-Wert deutlich ab. 53 % der untersuchten Bäche im Nord-schwarzwald, 35 % im Südschwarzwald und 25 % im Odenwald wiesen nach der Schneeschmelze pH-Werte unter 5,5 auf.^{10,11}

Es sollte deshalb der Frage nachgegangen werden, inwieweit sich räumliche Besonderheiten auch auf den Säurestatus des Trinkwassers auswirken. Die TrinkwV schreibt für den pH-Wert einen Bereich zwischen 6,5 und 9,5 vor. Bei Wässern mittlerer Härte liegt er häufig in der Nähe des Neutralpunktes (pH-Werte zwischen 6,5 und 7,5), bei weichen, kohlendioxidreichen Wässern zwischen 5 und 6. Tabelle 2 gibt die räumliche Verteilung der Anlagen wider, die saures Wasser gewinnen. Dabei lagen von insgesamt 234 betroffenen Anlagen 177 im Schwarzwald. Mehr als jeder vierte in das Versorgungsnetz eingespeiste Kubikmeter Trinkwasser unterschreitet im Schwarzwald somit den in der TrinkwV genannten Mindestwert. Dort sind auch Extremwerte bis zum pH 4,3 anzutreffen.

9) Wasch- und Reinigungsmittelgesetz vom 20. August 1975 (BGBl. I S. 2255) i.d.F. vom 19.12.1986 (BGBl. I S. 2615).

10) Umweltbericht 1987 der Landesanstalt für Umweltschutz Baden-Württemberg.

11) Landtagsdrucksache 9/5017.

Niedrige pH-Werte begünstigen korrosive Vorgänge in der Hausinstallation, die das Trinkwasser nach Abgabe an den Verbraucher verunreinigen können. Bei verzinkten Stahlrohren setzen griesartige Verunreinigungen (Korrosionsprodukte des Zinks) oder Verfärbungen (Korrosionsprodukte des Eisens) die Qualität des Wassers herab. Abträge an Hausinstallationen aus Kupfer erhöhen die Kupferkonzentration im Trinkwasser. In den vergangenen Monaten berichtete das Bundesgesundheitsamt von schwer erkrankten Säuglingen in der Oberpfalz und in Niederbayern, deren Nahrung mit stark kupferhaltigem Wasser zubereitet wurde. In allen fünf Fällen stammte das saure, korrosionsfördernde Wasser aus hauseigenen Brunnen. Insbesondere fördern pH-Werte deutlich unter 6,5 die Korrosion an kupfernen Hausinstallationen.

Zur Vermeidung von Trinkwasserverschmutzungen mit Korrosionsprodukten sollte bei Leitungsnetzen aus metallischen, zementhaltigen oder asbestzementhaltigen Werkstoffen der pH-Wert so weit wie möglich angehoben werden (Entsäuerung). In der TrinkwV wurden hierzu Sonderregelungen erlassen. Schaubild 3 verdeutlicht die Verteilung der Trinkwassermengen auf einzelne pH-Bereiche bei Reinwasser einerseits und aufbereitetem Rohwasser andererseits. Die einer Aufbereitung unterzogenen Trinkwässer zeigten ein deutlich zu höheren Bereichen verschobenes pH-Spektrum. Die Entsäuerung stellt demnach ein verbreitetes Aufbereitungsverfahren zur Hebung der Trinkwasserqualität dar. Die Einhaltung des in der TrinkwV genannten Maximalwertes bereitet landesweit keine Probleme.

Nitrat - immer mehr anthropogen belastete Anlagen

Anthropogene Störungen des natürlichen Wasserkreislaufs äußerten sich bisher am deutlichsten in der Nitratbelastung des Trinkwassers. Unbeeinflusstes Grundwasser enthält je nach Bodenart und geologischem Untergrund bis zu 8 mg/l Nitrat. Aus Böden mit einem erhöhten Nährstoffvorrat kann Nitrat aber in erheblichem Umfang mit dem Sickerwasser in das Grundwasser eindringen. So lag der 1985 im gewonnenen Trinkwasser festgestellte Höchstwert bei rund 100

mg/l Nitrat. Eine wesentliche Rolle spielt dabei die im allgemeinen gute Mobilität des Nitrats im Boden. Andere Nährstoffe wie beispielsweise Ammonium werden dagegen von den Bodenbestandteilen gebunden. Sie sind schwerer auswaschbar und nur in geringen Konzentrationen im Grundwasser nachzuweisen. Ammonium wird allerdings rasch in Nitrat umgesetzt und ist dann ebenfalls wieder beweglich.

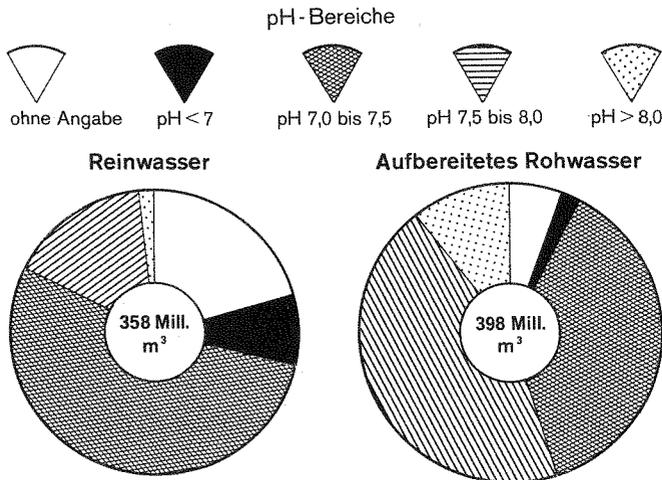
Aus Gründen der Übersichtlichkeit wurden in der nachfolgenden Untersuchung Nitratgehalte vergleichbarer Größenordnung zu Konzentrationsbereichen zusammengefaßt und verschiedenen Belastungsstufen zugeordnet:

Konzentrationsbereich (mg/l)	Belastungsstufe, Beurteilung
unter 5	1, nicht belastet
5 bis unter 13	2, kaum belastet
13 bis unter 25	3, mäßig belastet
25 bis unter 40	4, belastet
40 bis unter 50	5, stärker belastet
über 50	6, stark belastet

Die Anlagen der höchsten Belastungsstufe (Stufe 6) gewinnen Wasser, das nach der gesetzlichen Norm ohne weiteres nicht mehr abgegeben werden darf. Schaubild 4 zeigt die Entwicklung des Nitratgehaltes bei den für die öffentliche Wasserversorgung herangezogenen Grund- und Quellwässern. Die vergleichsweise geringe Belastung des aus Oberflächenwasser gewonnenen Trinkwassers kam nicht zur Darstellung, denn 18 Anlagen waren den Belastungsstufen 1 bzw. 2 und die übrigen 4 Anlagen der nächsthöheren Stufe zugehörig. Bei Grund- und Quellwasser lag dagegen jede dritte Anlage über dem halben Grenzwert der TrinkwV (Stufen 4 bis 6).

Im Gegensatz zu dem in den Vorjahren beobachteten Nitratanstieg veränderte sich zwischen 1983 und 1985 der Anteil der stärker und stark belasteten Anlagen jedoch nur unwesentlich. So überschritten im Jahr 1985 nahezu gleichviele Anlagen (148 Anlagen) den gesetzlichen Höchstwert wie zwei Jahre zuvor und in der nächstniedrigen Belastungsstufe (188 Anlagen) kamen seit 1983 lediglich 6 Anlagen hinzu. Dennoch ist der Nitratanstieg im Bereich hoher Nitratgehalte nur scheinbar gestoppt. In den Jahren 1984 und 1985 mußten nämlich 18 Anlagen

Verteilung der gewonnenen Wassermenge 1983 nach pH-Bereichen für Reinwasser und aufbereitetes Rohwasser



Statistisches Landesamt Baden - Württemberg

133 88

allein wegen überhöhter Nitratgehalte vom Versorgungsnetz abgehängt werden. Die im Bereich hoher Nitratkonzentrationen beim Trinkwasser beobachtete Entwicklung gibt deshalb die tatsächliche Belastungssituation auf der Ebene der Grundwasservorkommen geschönt wider.

Sorgen bereitet die fortschreitende Annäherung der Nitratgehalte an den Grenzwert, denn im Bereich mittlerer Nitratgehalte (Stufen 3 und 4) war zwischen 1983 und 1985 ein kräftiger Zuwachs zu verzeichnen. Gleichzeitig nahm die Zahl der nicht nitratbelasteten Anlagen stark ab, womit sich der Anteil des für die Trinkwasserversorgung anstehenden anthropogen unbeeinflussten Grund- und Quellwassers weiter verkleinerte. Zudem ist in niedriger belasteten Gebieten auch innerhalb der einzelnen Stufen ein Trend zu höheren Werten zu beobachten, der in den Besetzungszahlen der Belastungsniveaus nicht zum Ausdruck kommt.¹²

12) Detaillierte Untersuchungen zur Nitratbelastung des Trinkwassers, insbesondere zur Entwicklung der Nitratgehalte in den Stadt- und Landkreisen, enthält der Beitrag von Burkard, Reinhard: Trinkwasserbeschaffenheit in Baden-Württemberg - Schwerpunkte und Tendenzen, in Baden-Württemberg in Wort und Zahl, 10/1987.

Wasserdargebot und Wasserqualität in den Naturräumen des Landes

Die natürliche Ausstattung eines Gebiets beeinflusst das Dargebot und die Qualität des dort gewonnenen Wassers.^{13,14} Tabelle 3 informiert über die öffentliche Trinkwassergewinnung in den 47 Naturräumen Baden-Württembergs, die zu 11 Naturraumgruppen zusammengefaßt sind.

So tragen die einzelnen Naturräume in unterschiedlichem Maße zur quantitativen Sicherung der Trinkwasserversorgung bei. Schaubild 5a stellt das von den Versorgungsunternehmen genutzte Wasserdargebot als gewonnene Wassermenge pro Flächeneinheit dar. Hydrologisch begünstigte Gebiete, die eine hohe Grund- und Quellwasserentnahme erlauben, sind dunkel hervorgehoben. Sie liegen in erster Linie in den Lockergesteinsbereichen des Südlichen und Nördlichen Oberrheintieflandes sowie im Einzugsbereich der Landeswasserversorgung auf der Schwäbischen Alb in den Naturräumen Albuch und Härtsfeld bzw. Lonetal-Flächenalb. Wasservorkommen in den Festgesteinen des Muschelkalks, Keupers und Grundgebirges sind dagegen weniger ergiebig. Das in einigen Naturräumen der Neckar- und Tauber-Gäuplatten, des Schwäbischen Keuper-Lias-Landes und des Schwarzwalds gewonnene Trinkwasser dient deshalb hauptsächlich der lokalen Versorgung. Dort wird bevorzugt Quellwasser gefaßt, wogegen in den Lockergesteinsgebieten des Landes ausgedehnte Grundwasservorkommen zur Gewinnung anstehen (Schaubild 5b).

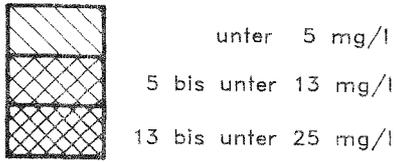
13) Die Ausweisung von Naturräumen erfolgt nach hydrogeologischen und anderen von der Natur vorgegebene Kriterien. Im einzelnen fanden folgende Faktoren Berücksichtigung: Höhenlage, Oberflächenform, geologische Formation, Wasserhaushalt (Wasserarten, Einzugsbereiche), Vegetation und Klima.

14) Diebold, Jürgen: Die naturräumliche Gliederung des Landes - Regionalstruktur Baden-Württemberg, Teil 1 und 2, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, 7/1977 und 4/1978.

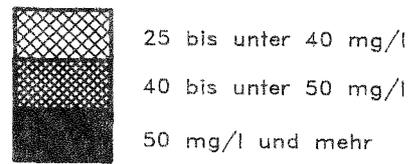
Nitratgehalt des gewonnenen Trinkwassers 1977 bis 1985

Konzentrationsbereiche

Untere Belastungsstufen



Obere Belastungsstufen



Gewinnungs-
anlagen

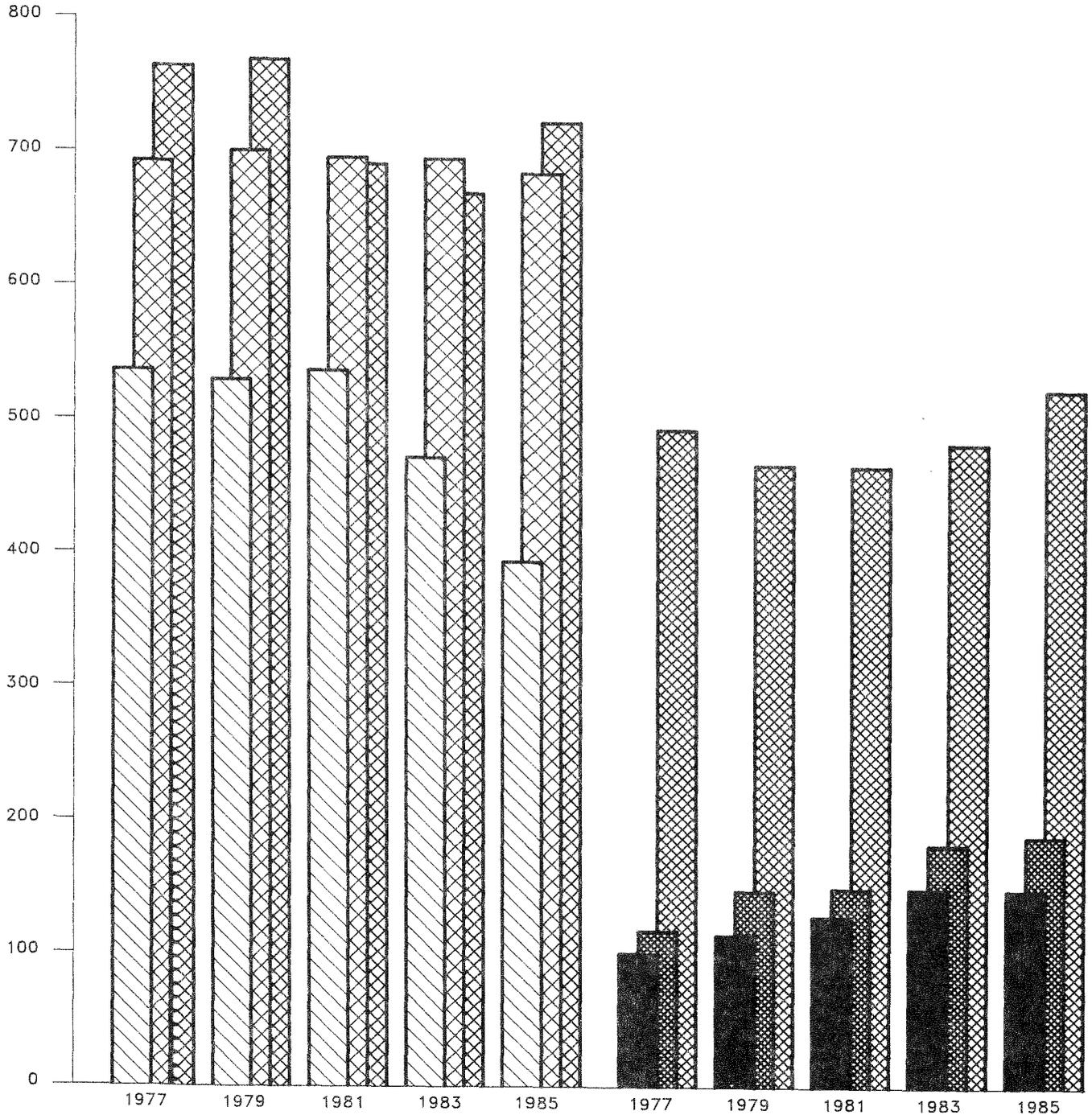


Tabelle 3

Struktur der Trinkwassergewinnung in Baden-Württemberg 1985 nach Naturräumen

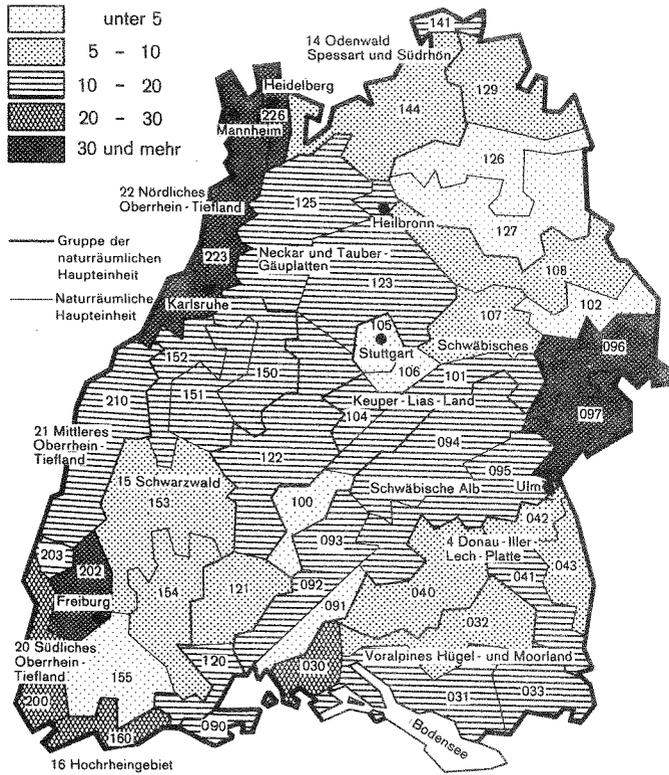
Schl.- Nr.	Naturraum	Kataster- fläche	Gewinnungs- anlagen ¹⁾	Förder- menge ²⁾ insgesamt	Davon			
					Wasserart		Wasserqualität	
					Grund- wasser	Quell- wasser	Rein- wasser ³⁾	Roh- wasser ⁴⁾
km ²		Anzahl	1000 m ³					
	Voralpines Hügel- und Moorland	2 616	229	34 934	23 226	11 708	34 753	181
030	Hegau	318	57	7 214	5 933	1 281	7 214	0
031	Bodenseebecken	920	86	13 302	6 365	6 937	13 121	181
032	Oberschwäbisches Hügelland	833	62	6 068	4 653	1 415	6 068	0
033	Westallgäuer Hügelland	545	24	8 350	6 275	2 075	8 350	0
	Donau-Ilter-Lech-Platte	2 630	176	25 536	21 313	4 223	25 536	0
040	Donau-Ablach-Platten	1 084	81	8 377	7 452	925	8 377	0
041	Riß-Aitrach-Platten	653	43	9 280	7 069	2 211	9 280	0
042	Hügelland der unteren Riß	300	16	2 877	2 753	124	2 877	0
043	Holzstöcke und unteres Illertal	593	36	5 002	4 039	963	5 002	0
	Schwäbische Alb	5 120	213	136 992	90 836	46 156	95 114	41 878
090	Randen	102	14	1 172	705	467	1 172	0
091	Hegaualb	299	9	749	524	225	749	0
092	Baaralb und oberes Donautal	458	40	5 802	3 660	2 142	4 004	1 798
093	Hohe Schwabenalb	481	16	6 039	50	5 989	431	5 608
094	Mittlere Kuppenalb	1 192	45	16 510	4 451	12 059	6 083	10 427
095	Mittlere Flächenalb	1 207	52	16 367	14 131	2 236	13 645	2 722
096	Albuch und Härtsfeld/Riesalb	779	18	31 694	9 190	22 504	10 725	20 969
097	Lonetal-Flächenalb	602	19	58 659	58 125	534	58 305	354
	Schwäbisches Keuper-Lias-Land	4 794	366	39 896	21 874	18 022	27 700	12 196
100	Südwestliches Albvorland	446	27	2 170	0	2 170	1 718	452
101	Mittleres Albvorland	1 068	72	13 764	8 732	5 032	8 970	4 794
102	Östliches Albvorland/Ries	702	42	4 529	1 664	2 865	2 928	1 601
104	Schönbuch	317	13	4 090	3 937	153	4 090	0
105	Stuttgarter Bucht	207	1	54	0	54	54	0
106	Die Filder	202	7	704	315	389	673	31
107	Schurwald und Welzheimer Wald	678	76	4 259	1 867	2 392	4 089	170
108	Schwäbisch-Fränkische Waldberge	1 174	128	10 326	5 359	4 967	5 178	5 148
	Neckar- und Tauber-Gäuplatten	9 325	765	102 664	60 363	42 301	68 010	34 654
120	Alb-Wutach-Gebiet	412	58	4 575	1 352	3 223	4 575	0
121	Baar	667	46	5 315	2 126	3 189	1 772	3 543
122	Obere Gäue	1 814	106	24 201	10 850	13 351	8 536	15 665
123	Neckarbecken	1 683	214	24 232	14 677	9 555	22 379	1 853
125	Kraichgau	1 729	126	29 001	24 272	4 729	19 096	9 905
126	Kocher-Jagst-Ebenen	874	77	4 177	3 144	1 033	4 177	0
127	Hohenloher-Haller-Ebenen	1 150	65	2 656	1 051	1 605	2 614	42
129	Tauberland	996	73	8 507	2 891	5 616	4 861	3 646
	Odenwald, Spessart und Südrhön	1 649	105	12 442	6 888	5 554	9 651	2 791
141	Sandstein-Spessart	173	11	1 760	1 726	34	1 602	158
144	Sandstein-Odenwald/Bauland	1 476	94	10 682	5 162	5 520	8 049	2 633
	Schwarzwald	5 275	482	49 159	15 915	33 244	21 226	27 933
150	Schwarzwald-Randplatten	744	40	7 909	1 801	6 108	1 180	6 729
151	Gründenschwarzwald und Enzhöhen	623	57	8 917	532	8 385	3 733	5 184
152	Nördlicher Talschwarzwald	547	57	9 041	3 961	5 080	3 746	5 295
153	Mittlerer Schwarzwald	1 590	128	10 762	3 949	6 813	6 544	4 218
154	Südöstlicher Schwarzwald	856	57	5 366	1 961	3 405	1 897	3 469
155	Hochschwarzwald	915	143	7 164	3 711	3 453	4 126	3 038
	Hochrheingebiet	274	54	7 889	6 254	1 635	6 558	1 331
160	Hochrheintal/Dinkelberg	274	54	7 889	6 254	1 635	6 558	1 331
	Südliches Oberrhein-Tiefeland	1 159	99	40 595	36 377	4 218	16 696	23 899
200	Markgräfler Land	508	42	11 638	10 133	1 505	7 572	4 066
202	Freiburger Bucht	505	38	26 701	24 379	2 322	7 391	19 310
203	Kaiserstuhl	146	19	2 256	1 865	391	1 733	523
	Mittleres Oberrhein-Tiefeland	1 352	108	23 977	20 299	3 678	15 133	8 844
210	Mittleres Oberrhein-Tiefeland	1 352	108	23 977	20 299	3 678	15 133	8 844
	Nördliches Oberrhein-Tiefeland	1 558	73	104 017	99 419	4 598	24 598	79 419
223	Nördliche Rheinebene	1 275	62	87 431	85 771	1 660	17 092	70 339
226	Bergstraße	283	11	16 586	13 648	2 938	7 506	9 080
	Baden-Württemberg	35 752	2 670	578 101	402 764	175 337	344 975	233 126

1) Reinwassergewinnungsanlagen und Rohwasseraufbereitungsanlagen. — 2) Umfaßt Grundwasser und Quellwasser. — 3) Wasser, das ohne vorherige Aufbereitung ins Trinkwassernetz eingespeist wird. — 4) Wasser, das vor der Einspeisung in das Trinkwassernetz aufbereitet wird.

Trinkwassergewinnung 1985 nach Naturräumen

a) Grund- und Quellwassergewinnung pro Fläche

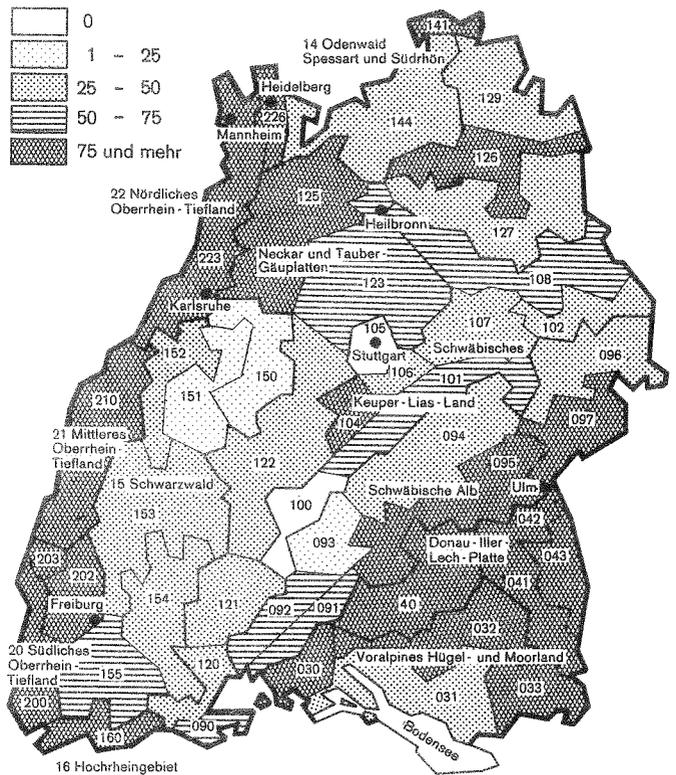
von ... bis unter ... 1000 m³ / km²



Statistisches Landesamt Baden - Württemberg

b) Grundwasseranteil an der gesamten gewonnenen Grund- und Quellwassermenge

von ... bis unter ... %



138 88

Grundwasser deckt den Trinkwasserbedarf Baden-Württembergs zu 54 %, Quellwasser zu 24 % und Oberflächenwasser zu 22 %. Die Oberflächenwasserentnahme ist zwar mengenmäßig bedeutungsvoll, konzentriert sich aber auf wenige Anlagen, deren Fördermengen nicht in die Schaubilder 5a und 5b einbezogen wurden.

Die Beschaffenheit des Wassers hängt stark von der Zusammensetzung der durchströmten Böden und Gesteine, der Aufenthaltszeit im Grundwasserleiter, der Niederschlagsmenge und weiteren Faktoren ab, die der naturräumlichen Abgrenzung zugrundegelegt wurden. Da Grund- und Quellwasser innerhalb eines einzelnen Naturraumes unter ähnlichen Bedingungen aus Niederschlägen gebildet und unterirdisch fortgeleitet wird, entstehen dort in ihrer Beschaffenheit eng miteinander verwandte Wassertypen. Naturräumliche Faktoren sind jedoch nicht nur für die natürliche (geogene) Beschaffen-

heit des Wassers verantwortlich, sondern beeinflussen darüber hinaus die Empfindlichkeit des Wasservorkommens gegenüber zivilisatorischen Einwirkungen. So besteht zwischen der Bodenart und dem Ausmaß der Nitratauswaschung aus der Wurzelzone in den Grundwasserbereich ein Zusammenhang.¹⁵ Die naturräumliche Darstellung der Untersuchungsbefunde ist daher gut zur Beschreibung der Wasserqualität geeignet. Sie erlaubt das frühzeitige Erkennen von Veränderungen der Trinkwasserbeschaffenheit, da Wässer ähnlicher Herkunft gemeinsam betrachtet werden. Demgegenüber führt eine Zusammenfassung nach administrativen Gesichtspunkten zu einer Nivellierung der Beschaffenheitswerte, sofern Naturraumgrenzen überschritten werden.

15) Ritter, R.: Das Nitratproblem in Grund- und Trinkwasser, Forum Städte-Hygiene 35. Jg. (1984), S. 101.

In 6 Naturräumen wird fast ausschließlich sehr hartes Wasser gewonnen

Die Güte der naturräumlichen Abbildung von Beschaffenheitsparametern zeigt sich in der Abgrenzung der Naturräume zueinander. Benachbarte Naturräume unterscheiden sich nicht selten durch drei und mehr Belastungsstufen. So weisen zwei Drittel des in den Oberen Gäuen gewonnenen Wassers einen Sulfatgehalt auf, der 60 mg/l übersteigt. Rund ein Viertel der dort zu Trinkwasserzwecken verfügbaren Wassermenge enthält sogar mehr als 120 mg/l Sulfat und kommt damit dem Grenzwert der TrinkwV von 240 mg/l näher. Benachbarte Naturräume im Schwarzwald oder im Albvorland waren dagegen deutlich geringer sulfatbelastet (Schaubild 6a).

Insgesamt fielen fünf Naturräume durch einen hohen Anteil sulfatreicherem Wassers auf. Die Gegenüberstellung der Sulfatkarte mit Schaubild 6b, das die Härte des gewonnenen Trinkwassers naturräumlich darstellt, verdeutlicht den Zusammenhang zwischen Sulfat und Wasserhärte. Die Härtebildner Calcium und Magnesium sind einerseits an Carbonat, andererseits an Sulfat, Chlorid, Nitrat und weitere Ionen gebunden. Als Hauptbestandteile der Härte finden sich Calciumcarbonat (temporäre, vorübergehende oder Carbonathärte) und Calciumsulfat (permanente, bleibende oder Sulfathärte). In Teilen der Neckar- und Taubergäuplatten und des Schwäbischen Keuper-Lias-Landes liegt daher bevorzugt sulfatisches Wasser vor, während in anderen Räumen mit hoher Gesamthärte wie dem Oberschwäbischen Hügelland im Südosten des Landes Calciumcarbonat vorherrscht.

Schaubild 6b stellt den Anteil des im Härtebereich IV gewonnenen Wassers an der Gesamtfördermenge dar. Öffentliche Versorgungsunternehmen müssen in den dort hervorgehobenen Naturräumen auf sehr hartes Wasser zurückgreifen. Der Härtestatus anderer Naturräume, in denen vorwiegend Trinkwasser der Härtebereiche I bis III zur Verfügung steht, kommt in dieser Darstellung nicht zum Ausdruck. So zeigen die Naturraumgruppen Schwäbische Alb und Schwarzwald Unterschiede in der Verteilung der gewonnenen Wassermenge auf die unteren Härtebereiche. Während auf der Schwäbi-

schen Alb in erster Linie Wasser des Härtebereichs III in das Versorgungsnetz eingespeist wird, steht im Schwarzwald fast ausschließlich weiches Wasser (Härtebereich I) zur Gewinnung an. Gleichwohl spielt in beiden Naturraumgruppen Trinkwasser des Härtebereichs IV eine untergeordnete Rolle.

Höhere Chloridgehalte in Muschelkalkgebieten

Neben Sulfat und den härtebildenden Ionen ist Chlorid ein weiterer, natürlicher Bestandteil des Wassers. Insbesondere in den durch Muschelkalk geprägten Grundwasserlandschaften liegt die geogene Grundlast bei bis zu 45 mg/l Chlorid.¹⁶ Erhöhte Chloridgehalte, sogenannte Grundwasseraufsalzungen, gehen jedoch in erster Linie auf den künstlichen Chlorideintrag durch Ausschwemmungen von Straßenstreusalz und landwirtschaftlichen Düngern zurück. Chlorid wird im Gegensatz zu Ammonium als "dauerhafter Verschmutzungsindikator" bezeichnet, da es während der Bodenpassage kaum adsorbiert wird. In Ermangelung eines verbindlichen nationalen Grenzwertes dient die Richtzahl für Chlorid in der EG-Richtlinie über die "Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch" als Orientierungshilfe. Die Europäischen Gemeinschaften verzichteten auf die Festsetzung einer "Zulässigen Höchstkonzentration". Schaubild 6c stellt den Anteil des gewonnenen Trinkwassers an der Gesamtwassermenge naturräumlich dar, der den doppelten Richtwert (50 mg/l Chlorid) übertrifft. Ein salzartiger Geschmack tritt in Abhängigkeit von der Gesamtzusammensetzung des Wassers erst ab rund 100 mg/l Chlorid auf. Ab 200 mg/l wirken Chloride stark korrosiv auf metallische Rohrleitungsmaterialien, was sich in einer deutlichen Minderung der Trinkwasserqualität durch herausgelöste Werkstoffbestandteile äußert.

Analysenwerte lagen für rund vier Fünftel der im Jahr 1985 gewonnenen Grund- und Quellwassermenge vor. Teile der Neckar- und Tauber-Gäuplatten (Muschelkalk), das Mittlere Albvorland, der Sandstein-Spessart und die Bergstraße

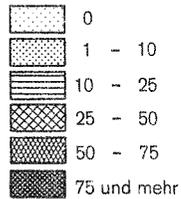
16) Grundwasserdatenbank, Landesanstalt für Umweltschutz Baden-Württemberg.

Trinkwasserqualität 1985 nach Naturräumen

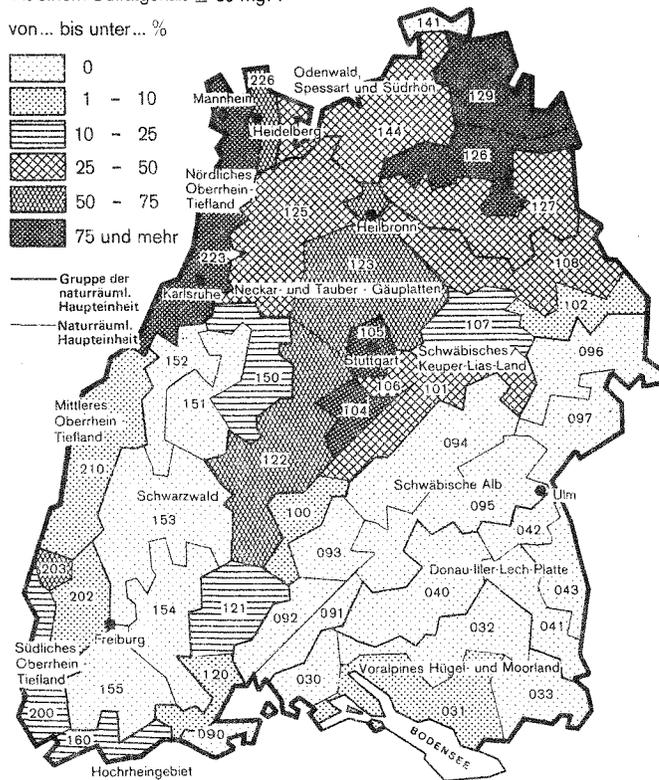
a) Sulfatgehalt des gewonnenen Trinkwassers

Anteil des gewonnenen Trinkwassers¹⁾
mit einem Sulfatgehalt ≥ 60 mg/l

von ... bis unter ... %



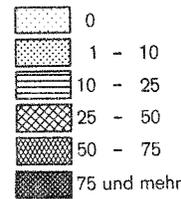
— Gruppe der naturräuml. Haupteinheit
— Naturräuml. Haupteinheit



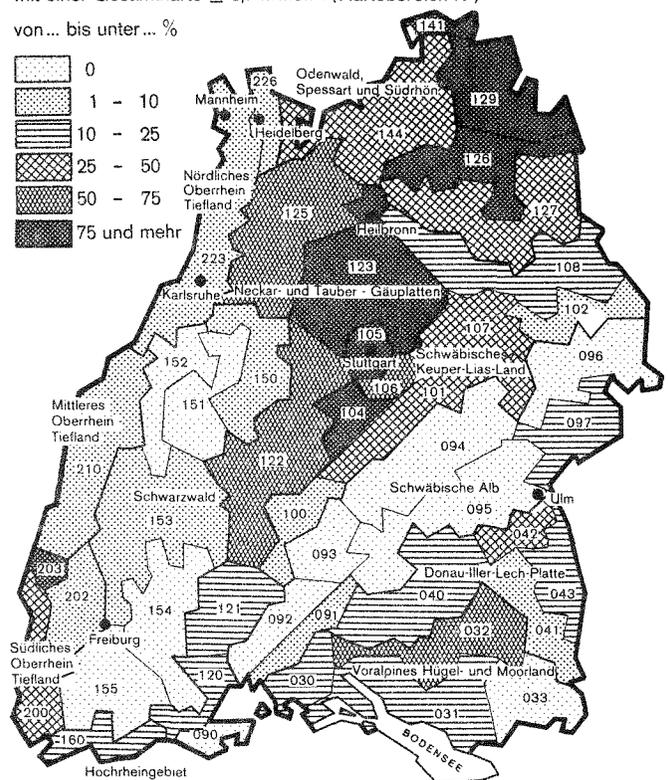
b) Gesamthärte des gewonnenen Trinkwassers

Anteil des gewonnenen Trinkwassers¹⁾
mit einer Gesamthärte $\geq 3,7$ mmol/l (Härtebereich IV)

von ... bis unter ... %



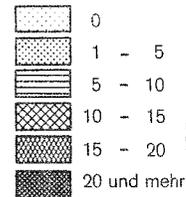
— Gruppe der naturräuml. Haupteinheit
— Naturräuml. Haupteinheit



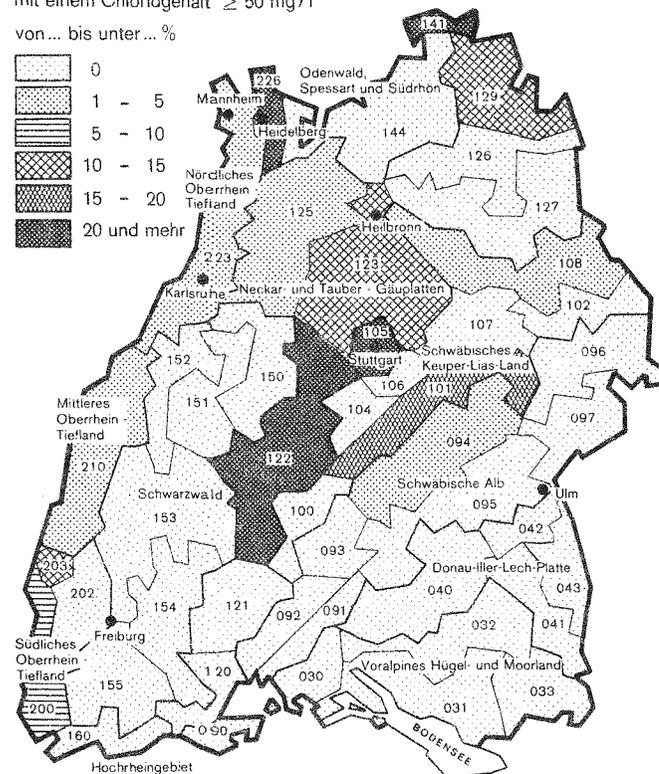
c) Chloridgehalt des gewonnenen Trinkwassers

Anteil des gewonnenen Trinkwassers¹⁾
mit einem Chloridgehalt ≥ 50 mg/l

von ... bis unter ... %

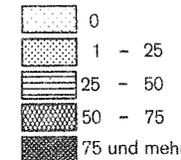


— Gruppe der naturräuml. Haupteinheit
— Naturräuml. Haupteinheit

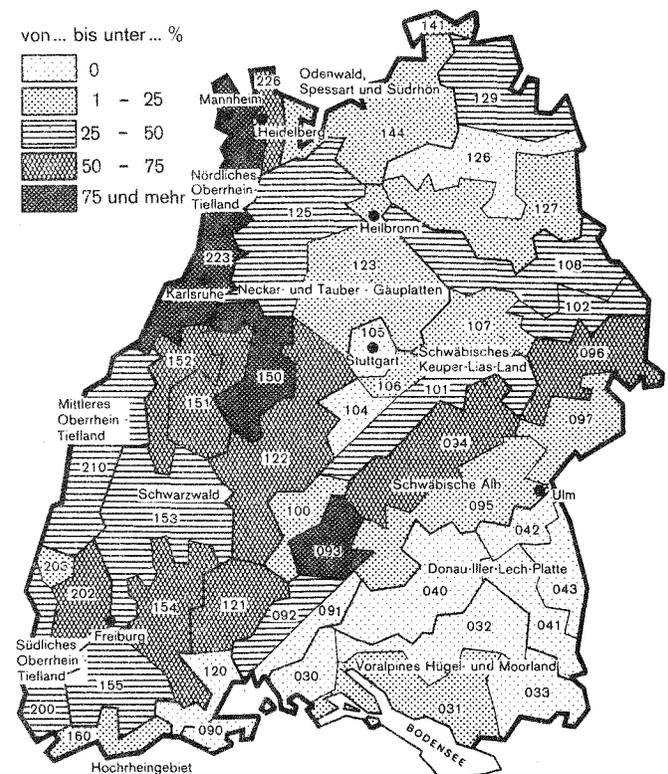


d) Rohwasseranteil an der gesamten gewonnenen Grund- und Quellwassermenge

von ... bis unter ... %



— Gruppe der naturräuml. Haupteinheit
— Naturräuml. Haupteinheit



1) Umfasst Grund- und Quellwasser.

machten durch chloridreicheres Wasser auf sich aufmerksam, wobei die jeweils festgestellten Höchstkonzentrationen jedoch meist nur geringfügig über der 50 mg/l-Marke lagen. In den zwischen Schwarzwald und Albvorland liegenden Oberen Gäuen griff lediglich eine Gemeinde auf Trinkwasser mit mehr als 70 mg/l Chlorid zurück. In sämtlichen durch höhere Chloridgehalte aufgefallenen Naturräumen stand im Jahr 1979 chloridärmeres Trinkwasser zur Verfügung. Insbesondere die Oberen Gäue verzeichneten einen starken Chloridanstieg. Der in Baden-Württemberg im Jahr 1985 festgestellte Höchstwert lag bei 120 mg/l Chlorid. Trinkwasser aus Oberflächenwasser war deutlich chloridärmer.

Einen weiteren Qualitätsaspekt beleuchtet Schaubild 6d, das den Anteil des aufbereiteten Wassers an der gesamten in den Naturräumen gewonnenen Grund- und Quellwassermenge darstellt. Diese Größe kann mitherangezogen werden, die Eignung der in einem Naturraum anstehenden Grund- und Quellwasservorkommen zur Verwendung als Trinkwasser zu beurteilen. Aufbereitungsverfahren, die den Nitrat- und Sulfatgehalt sowie die Härte des Wassers beeinflussen (Teilentzugsverfahren), sind bislang auf wenige größere Anlagen beschränkt. Schaubild 6d spiegelt daher nicht die Belastungssituation für die verbreiteten anorganischen Inhaltsstoffe des Wassers wider, sondern stellt weitergehende Aspekte der Trinkwassergüte dar. Die Rohwasserbehandlung betrifft nämlich üblicherweise den Trübstoff-, Mangan- und Eisengehalt, den pH-Wert, den mikrobiologischen Status und andere Gütekriterien des Wassers. Die natürlichen Aufbereitungsverfahren Uferfiltration und Grundwasseranreicherung wurden ebenfalls berücksichtigt.

In den Naturräumen Hohe Schwabenalb, Schwarzwald-Randplatten und Nördliche Rheinebene mußte im Jahr 1985 der weitest überwiegende Teil des Grund- und Quellwassers zu Trinkwasser aufbereitet werden. Fast ein Drittel der gesamten Rohwassermenge des Landes fiel in der Nördlichen Rheinebene an. Darüber hinaus wurde auch in Teilen der Schwäbischen Alb, des Schwarzwalds und einigen angrenzenden Gebieten mehr als die Hälfte des Grund- und Quellwassers nicht in Trinkwasserqualität gewonnen.

In den beiden südöstlichen Naturraumgruppen Baden-Württembergs spielte die Trinkwasseraufbereitung dagegen keine Rolle. Dort wurde das gesamte Grund- und Quellwasser, mit Ausnahme eines geringfügigen Teils des im Bodenseebecken gewonnenen Wassers, direkt an den Verbraucher abgegeben. Gerade diese Naturraumgruppen waren stark nitratbelastet. Verfahren zur Nitratelimination sind technisch schwer zu realisieren, weshalb den Vorsorgemaßnahmen zur Eindämmung der Nitratbelastung äußerste Priorität eingeräumt werden muß.

Deutliche Nitratbelastung in 11 Naturräumen festzustellen

Weite Flächen Baden-Württembergs sind von der Nitratbelastung des für Zwecke der Trinkwasserversorgung gewonnenen Grund- und Quellwassers betroffen. Lediglich die waldreichen Naturräume im Südwesten des Landes waren durch ein äußerst niedriges Konzentrationsniveau gekennzeichnet. Wie Tabelle 4 und Schaubild 7a zeigen, bewegten sich die gewogenen Durchschnittswerte im Schwarzwald sowie in einzelnen Naturräumen der Schwäbischen Alb und des Keuper-Lias-Landes im Bereich der natürlichen Schwankungsbreite. Im weitaus überwiegenden Teil des in Baden-Württemberg gewonnenen Grund- und Quellwassers wurden jedoch erhöhte Nitratwerte festgestellt. Während im Jahr 1985 noch mehr als die Hälfte der 47 Naturräume des Landes geringe Belastungswerte aufwiesen, lagen die Durchschnittskonzentrationen von 11 Naturräumen jedoch über dem halben Grenzwert der TrinkwV. Davon überschritten drei Naturräume, das Hügelland der unteren Riß, das Tauberland und der Kaiserstuhl, sogar die 40 mg/l-Marke. Die nitratbelasteten Gebiete konzentrierten sich auf die nördlichen Neckar- und Tauber-Gäuplatten sowie die Donau-Iller-Lech-Platte. Der Kaiserstuhl bildete einen weiteren Belastungsschwerpunkt. In Weinbaugebieten wie dem Kaiserstuhl erreichen gezielte Bewirtschaftungsmaßnahmen, insbesondere die Dauerbegrünung, eine Minderung des Stickstoffaustrags, die sich langfristig auf den Nitratgehalt des dort gewonnenen Trinkwassers auswirkt.¹⁷

17) Landtagsdrucksache 9/5001.

Tabelle 4

Nitratgehalt des gewonnenen Trinkwassers*) Baden-Württembergs 1979, 1983 und 1985 nach Naturräumen

Schl.- Nr.	Naturraum	Bezugs- menge 1985	Nitratgehalt als gewogener Durchschnitt		
			1979	1983	1985
			mg/l		
		1000 m ³			
	Voralpines Hügel- und Moorland	34 920	16	18	21
030	Hegau	7 214	13	(6)	16
031	Bodenseebecken	13 288	16	21	22
032	Oberschwäbisches Hügelland	6 068	25	27	31
033	Westallgäuer Hügelland	8 350	13	16	18
	Donau-Iller-Lech-Platte	25 508	25	28	29
040	Donau-Ablach-Platten	8 349	28	28	30
041	Riß-Aitrach-Platten	9 280	24	27	26
042	Hügelland der unteren Riß	2 877	36	44	46
043	Holzstöcke und unteres Illertal	5 002	18	21	21
	Schwäbische Alb	136 990	19	21	20
090	Randen	1 172	9	11	14
091	Hegaualb	747	13	25	29
092	Baaralb und oberes Donautal	5 802	12	10	10
093	Hohe Schwabenalb	6 039	10	11	9
094	Mittlere Kuppenalb	16 510	16	15	18
095	Mittlere Flächenalb	16 367	21	18	18
096	Albuch und Härtsfeld/Riesalb	31 694	20	22	23
097	Lonetal-Flächenalb	58 659	21	25	23
	Schwäbisches Keuper-Lias-Land	39 457	17	18	16
100	Südwestliches Albvorland	2 170	12	12	12
101	Mittleres Albvorland	13 764	18	20	18
102	Östliches Albvorland/Ries	4 529	15	17	15
104	Schönbuch	4 090	22	26	17
105	Stuttgarter Bucht	54	13	20	21
106	Die Filder	704	27	28	24
107	Schurwald und Welzheimer Wald	4 250	16	13	13
108	Schwäbisch-Fränkische Waldberge	9 896	15	16	16
	Neckar- und Tauber-Gäuplatten	102 982	25	27	28
120	Alb-Wutach-Gebiet	4 575	14	23	23
121	Baar	5 315	6	8	14
122	Obere Gäue	24 333	22	22	23
123	Neckarbecken	24 232	33	36	34
125	Kraichgau	29 001	21	24	26
126	Kocher-Jagst-Ebenen	3 982	22	21	21
127	Hohenloher-Haller-Ebenen	3 037	23	30	30
129	Tauberland	8 507	36	40	43
	Odenwald, Spessart und Südrhön	12 284	18	22	23
141	Sandstein-Spessart	1 760	24	37	37
144	Sandstein-Odenwald/Bauland	10 524	17	19	21
	Schwarzwald	49 027	6	8	8
150	Schwarzwald-Randplatten	7 777	9	9	10
151	Gründenschwarzwald und Enzhöhen	8 917	3	4	4
152	Nördlicher Talschwarzwald	9 041	7	7	9
153	Mittlerer Schwarzwald	10 762	6	(14)	10
154	Südöstlicher Schwarzwald	5 366	5	5	5
155	Hochschwarzwald	7 164	5	5	8
	Hochrheingebiet	7 889	13	12	14
160	Hochrheintal/Dinkelberg	7 889	13	12	14
	Südliches Oberrhein-Tiefland	40 565	21	24	22
200	Markgräfler Land	11 638	26	27	23
202	Freiburger Bucht	26 671	17	20	21
203	Kaiserstuhl	2 256	37	47	41
	Mittleres Oberrhein-Tiefland	23 977	12	14	16
210	Mittleres Oberrhein-Tiefland	23 977	12	14	16
	Nördliches Oberrhein-Tiefland	104 017	18	18	17
223	Nördliche Rheinebene	87 431	17	18	17
226	Bergstraße	16 586	22	18	16
	Baden-Württemberg	577 616	18	20	20

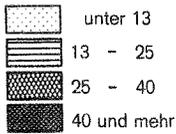
*) Umfaßt Grund- und Quellwasser.

Nitratgehalt des gewonnenen Trinkwassers 1985 nach Naturräumen

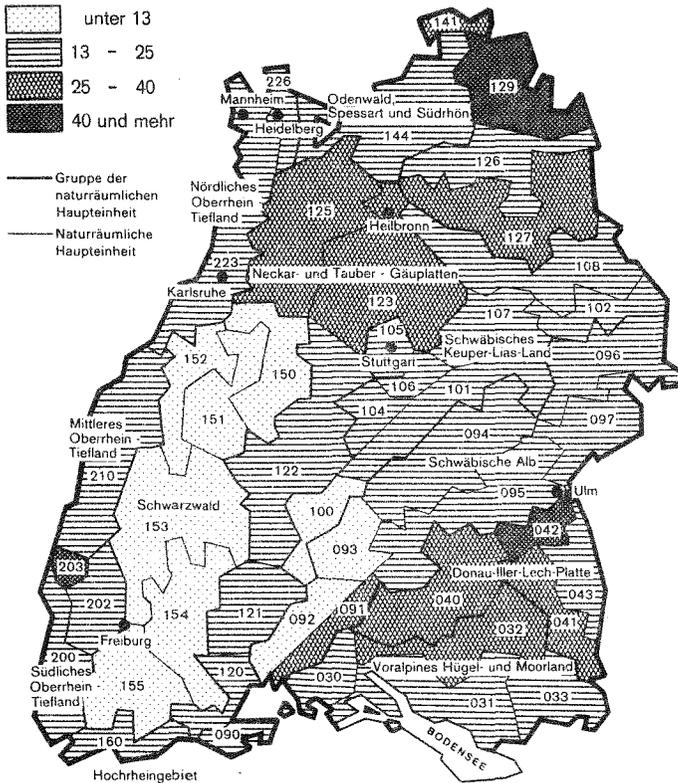
a) Nitratgehalt als gewogener Durchschnitt¹⁾

b) Anteil des gewonnenen Trinkwassers¹⁾ mit einem Nitratgehalt ≥ 40 mg/l

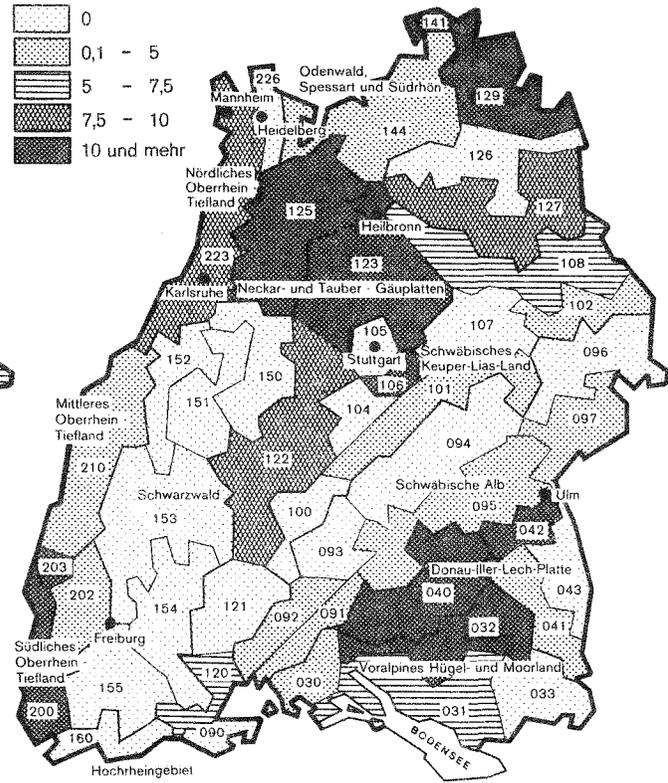
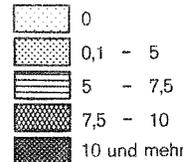
von... bis unter... mg/l



— Gruppe der naturräumlichen Haupteinheit
 — Naturräumliche Haupteinheit



von... bis unter... %



1) Umfaßt Grund- und Quellwasser.

Statistisches Landesamt Baden - Württemberg

156 88

Schaubild 7a spiegelt sich bezüglich der Spitzenbelastungen in Schaubild 7b wider, das Naturräume herausstellt, in denen Grund- und Quellwasser nahe des gesetzlichen Limits gewonnen wurde. Den mit Abstand höchsten Anteil stärker belasteten Trinkwassers zeigten der Sandstein-Spessart (91 %), dessen badenwürttembergischer Teil zwei Gemeinden umfaßt, sowie das Tauberland (79 %) im Nordosten des Landes. Das Tauberland war zudem annähernd flächendeckend vom Nitratproblem betroffen, denn acht Gemeinden förderten Trinkwasser, das mehr als 40 mg/l Nitrat enthielt und in den übrigen vier Gemeinden wurde eine nur unwesentlich schwächere Belastung festgestellt. In den für die öffentliche Wasserversorgung mengenmäßig bedeutsamen Naturräumen Neckarbecken und Kraichgau überschritten mehr als ein Viertel bzw. ein Siebtel des gewonnenen

Trinkwassers die 40 mg/l-Marke. Darüber hinaus waren in Naturräumen mit niedrigerem Durchschnittsniveau wie der Nördlichen Rheinebene und den Oberen Gäuen einzelne Gemeinden mit Spitzenbelastungen anzutreffen.

Weit mehr als ein Viertel der Wassermenge überschreitet inzwischen den halben Grenzwert für Nitrat

Schaubild 7b stellt die im Hinblick auf Grenzwertüberschreitungen stark gefährdeten Naturräume heraus. Im Beobachtungszeitraum fielen besonders einige Naturräume der Neckar- und Tauber-Gäuplatten durch einen kräftigen Nitrat-schub in Richtung des Grenzwertes auf. Im Jahr 1985 wiesen im Kraichgau 14 % der Wassermenge Nitratgehalte über 40 mg/l auf, nachdem sechs Jahre zuvor nur vereinzelt stärkere Belastungen fest-

gestellt wurden. Selbst im stark belasteten Tauberland wurde nochmals eine beachtliche Verschiebung des Durchschnittswertes in Richtung des gesetzlichen Limits beobachtet (Tabelle 4). Es ist zu befürchten, daß selbst der unverzügliche Stop des Nitratreintrags ein weiteres Ansteigen der Nitratwerte nicht verhindert. Die zum Teil langen Fließzeiten im Grundwasserleiter bewirken nämlich, daß heute Wasser zutage tritt, das schon vor Jahren bzw. Jahrzehnten aus versickernden Niederschlägen gebildet wurde.

Gleichermaßen herrschte auch im schwach und mittel belasteten Bereich eine Tendenz zu höheren Nitratkonzentrationen vor. Im Jahr 1979 lagen 24 %, im Jahr 1985 dagegen 28 % der gesamten in Baden-Württemberg geförderten Wassermenge über dem halben Grenzwert der TrinkwV. In 12 Naturräumen überschritt im Jahr 1985 mehr als die Hälfte des dort gewonnenen Wassers diese Marke. In den oberschwäbischen Naturräumen Riß-Aitrach-Platte und Hügelland der unteren Riß sowie im Kraichgau erhöhte sich der Anteil des nitratbelasteten Wassers an der gesamten gewonnenen Trinkwassermenge seit 1979 um 15 Prozentpunkte, im Tauberland um 28 Prozentpunkte. In zwei Naturräumen der Schwäbischen Alb, Hegaualb sowie Albuch und Härtsfeld, wo zuvor ausnahmslos schwach nitratbelastetes Wasser zur Verfügung stand, überschritten neuerdings sogar 95 bzw. 68 % der gesamten Wassermenge die 25 mg/l-Marke. Die Trinkwassermenge konzentriert sich dort auf wenige größere Anlagen, die von einem Nitratanstieg auf rund 28 mg/l betroffen waren.

Anlaß zur Besorgnis gibt vor allem die im Bereich niedriger Nitratgehalte beobachtete Entwicklung, denn die Zahl der zu Trinkwasserzwecken genutzten und von menschlichen Eingriffen freien Grund- und Quellwasservorkommen schrumpft zusehends. Die beiden Naturraumgruppen im Südosten des Landes waren in besonderem Maße davon betroffen. Dort stand der öffentlichen Wasserversorgung im Jahr 1985 kaum noch unbelastetes Wasser zur Verfügung. Im Voralpinen Hügel- und Moorland unterschritten 18 %, in der Naturraumgruppe Donau-Iller-Lech-Platte nur 7 % der gewonnenen Wassermenge die 13 mg/l-Marke.

Die Nitratgehalte stiegen 1987 nochmals an

Nach vorläufigen Ergebnissen der aktuellen umweltstatistischen Erhebungen scheint sich der Nitratanstieg in den Gewinnungsanlagen der öffentlichen Wasserversorgung weiter fortzusetzen. Analysenbescheide liegen derzeit allerdings nur für etwa jede zehnte Gewinnungsanlage in Baden-Württemberg vor: Demnach waren im Jahr 1987 noch gut 30 % (vergleichbarer Anteil im Jahr 1985: 33 %) nicht oder kaum nitratbelastet. Das in rund 7 % (1985: 5 %) der Anlagen gewonnene Wasser überschritt dagegen den Grenzwert der TrinkwV und konnte ohne belastungsmindernde Maßnahmen nicht in das öffentliche Netz eingespeist werden. Insgesamt zeigten annähernd doppelt so viele Gewinnungsanlagen einen Anstieg in höhere Belastungsstufen wie umgekehrt eine Verbesserung auf niedrigere Nitratniveaus.

Tabelle 5 gibt die in den einzelnen Belastungsstufen seit 1985 beobachteten absoluten Verschiebungen der Nitratkonzentration wider. Läßt man Schwankungen von 2 mg/l außer Betracht, so veränderte sich in etwa jeder zweiten Trinkwassergewinnungsanlage der Nitratwert. Konzentrations sprünge von mehr als 10 mg/l Nitrat waren selten. In den meisten Belastungsbereichen herrschte die Tendenz zu steigenden Nitratgehalten vor. Die Konzentrationsbereiche 2 und 3 waren in besonderem Maße von dieser Entwicklung betroffen. In den beiden zurückliegenden Jahren verzeichneten dort viermal so viele Anlagen eine Nitratzunahme als eine Reduzierung der Nitratlast. Selbst die zuvor schon stärker belasteten Anlagen (Belastungsstufe 5) neigten zu einem weiteren Nitratwachs. Die höchste Belastungsstufe war im Beobachtungszeitraum durch große Konzentrationsschwankungen gekennzeichnet. Offensichtlich reagieren stark belastete Anlagen verhältnismäßig schnell auf äußere Einflüsse, wie Bodennutzung oder Niederschlagsmenge. Demgegenüber zeigte der weitaus überwiegende Teil der unbelasteten Anlagen (Belastungsstufe 1) unveränderte Nitratwerte. Nach dem in den vergangenen Jahren beobachteten starken Nitratschub scheinen die bislang nicht nitratbelasteten Anlagen so gut vor

Tabelle 5

Entwicklung des Nitratgehaltes im Trinkwasser ausgewählter Gewinnungsanlagen 1985 bis 1987 nach Größenklassen der Nitratkonzentration

Nitratkonzentration von ... bis unter ... mg/l	Gewinnungsanlagen 1985 insgesamt	Davon im Vergleich zu 1987 mit						
		Abnahme der Nitratkonzentration um mg / l			unveränderter Nitratkonzentration (+ - 2 mg/l)	Zunahme der Nitratkonzentration um mg / l		
		mehr als 10	5 bis 10	2 bis 5		2 bis 5	5 bis 10	mehr als 10
Anzahl								
unter 5	30	—	—	—	28	2	—	—
5 – 13	58	—	—	3	42	10	1	2
13 – 25	71	1	1	6	35	13	12	3
25 – 40	68	2	5	12	23	11	11	4
40 – 50	23	—	3	2	8	3	5	2
über 50	13	3	4	—	2	1	1	2
Zusammen	263	6	13	23	138	40	30	13

menschlichen Eingriffen geschützt zu sein, daß ein merklicher Nitratanstieg auch künftig nicht zu erwarten ist.

Schaubild 8 zeigt die Entwicklung des Nitratgehaltes von 1977 bis 1987 auf der Grundlage der bisher untersuchten 263 Anlagen auf, für die Analysenergebnisse vorliegen. Der den Beginn dieses Jahrzehnts kennzeichnende starke Anstieg des Nitratgehaltes scheint sich neuerdings nur noch abgeschwächt fortzusetzen, zumal die Nitratwerte des Jahres 1985 we-

gen der damals geringeren Niederschlagsmengen systematisch untererfaßt waren. Allerdings ist diese Tendenz regional unterschiedlich: Im Gegensatz zur Mehrzahl der Gebiete stiegen die Nitratkonzentrationen in fünf ausgewählten Problembereichen¹⁸ unvermindert an.

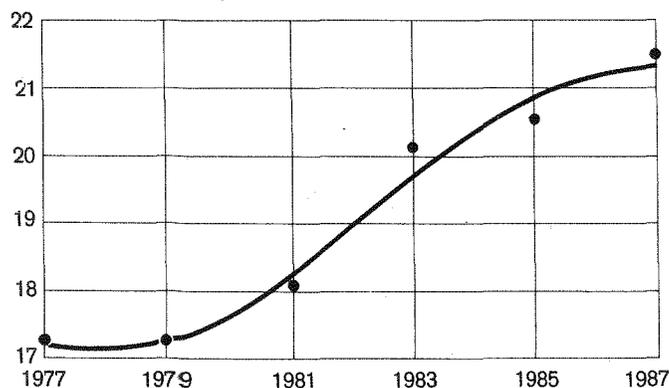
Atrazin ist das im Trinkwasser am häufigsten nachgewiesene Pflanzenschutzmittel

Die der nachfolgenden Betrachtung zugrundeliegenden Analysenwerte entstammen der Trinkwasserdatenbank des Landes, die bei der Chemischen Landesuntersuchungsanstalt Stuttgart eingerichtet wurde. Die hier zur Verfügung stehenden Untersuchungsbefunde sind deshalb mit dem im Rahmen der Umweltstatistiken erhaltenen Datenmaterial, das sich bislang auf die Gewinnungsanlagen der öffentlichen Wasserversorgung bezieht, nicht voll vergleichbar. Die Entnahmestellen der Trinkwasserdatenbank betreffen sowohl den Bereich der öffentlichen Wasserversorgung (Probenahme in der Gewinnungsanlage, im Hochbehälter oder im Leitungsnetz) als auch Eigenwasserversorgungen.

Schaubild 8

Entwicklung des Nitratgehaltes im Trinkwasser seit 1977*) in Baden-Württemberg

Nitratkonzentration mg/l



*)Trendberechnung auf der Basis von 263 Anlagen.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

206 88

18) Landkreise Ludwigsburg, Heilbronn, Main-Tauber-Kreis, Karlsruhe, Biberach.

Der in die neugefaßte TrinkwV aufgenommene Grenzwert für Pflanzenschutzmittel einschließlich ihrer Hauptabbauprodukte von 0,1 µg/l je Einzelwirkstoff und 0,5 µg/l für deren Summe tritt im Oktober 1989 in Kraft. Die Nachweisgrenze für Atrazin und Simazin liegt bei rund 0,05 µg/l. Der äußerst niedrige Grenzwert gewährleistet über den Schutz der menschlichen Gesundheit hinaus eine einwandfreie Qualität des Trinkwassers.

Bei den im Jahr 1987 durchgeführten Untersuchungen auf Pflanzenschutzmittel fiel in erster Linie das Herbizid Atrazin durch positive Befunde bis zum fünfzehnfachen des Grenzwertes auf. Simazin, ein dem Atrazin strukturverwandter Wirkstoff, war seltener und in wesentlich geringeren Konzentrationen enthalten, trat aber meist zusammen mit Atrazin auf. Im Jahr 1987 wurden 509 für die Trinkwasserdatenbank festgelegte Entnahmestellen auf Atrazin untersucht. In jeder fünften Entnahmestelle wurde Atrazin nachgewiesen, wovon annähernd die Hälfte über dem künftigen Grenzwert der TrinkwV lag. Die äußerst geringe Spanne zwischen Nachweisgrenze und gesetzlichem Limit bewirkte also, daß ein erheblicher Teil der positiven Befunde als Grenzwertüberschreitung auftrat.

Untersuchungsschwerpunkte lagen im Jahr 1987 im Schwäbischen Keuper-Lias-Land sowie nach den Schadensfällen bei den Firmen Sandoz und Ciba Geigy im Nördlichen Oberrhein-Tiefland. Wie Tabelle 6 zeigt, wurden auf der Schwäbischen Alb und im Keuper-Lias-Land in gut einem Drittel, im Nördlichen Oberrhein-Tiefland sogar in weit mehr als der Hälfte der Entnahmestellen Atrazin nachgewiesen. Ein statistisch flächendeckender Überblick über die Trinkwasserverunreinigung mit Pflanzenschutzmitteln liegt noch nicht vor. Aufgrund der regionalen Schwerpunktbildung geben die im Jahr 1987 durchgeführten Untersuchungen die tatsächliche Belastungssituation möglicherweise auch nur verzerrt wider. Auf eine detailliertere Darstellung der Ergebnisse nach Naturräumen wird deshalb verzichtet.

Untersuchungen in der Oberrheinebene, die unabhängig von den für die Trinkwasserdatenbank vorgenommenen Atrazinmessungen durchgeführt wurden, zeigten eine starke Gefährdung von Eigenwasser-

Tabelle 6

Atrazingehalt von Trinkwasserproben*) nach Naturraumgruppen 1987

Naturraumgruppe	Entnahmestellen	Davon mit Atrazingehalten über der Nachweisgrenze	
		zusammen	darunter mit Überschreitung des Grenzwertes ¹⁾
Anzahl			
Voralpines Hügel- und Moorland	34	1	0
Donau-Iller-Lech-Platte	63	7	2
Schwäbische Alb	40	15	7
Schwäbisches Keuper-Lias-Land	54	19	8
Neckar- und Tauber-Gäuplatten	155	22	5
Odenwald, Spessart, Südrhön	21	0	0
Schwarzwald	70	0	0
Hochrheingebiet	4	0	0
Südliches Oberrhein-Tiefland	3	0	0
Mittleres Oberrhein-Tiefland	11	3	2
Nördliches Oberrhein-Tiefland	54	31	21
Baden-Württemberg	509	98	45

*) Analysenwerte aus der Trinkwasserdatenbank bei der Chemischen Landesuntersuchungsanstalt Stuttgart. — 1) Grenzwert TrinkwV: 0,0001 mg/l.

versorgungsanlagen auf. Solche Gewinnungsanlagen unterliegen nicht den Schutzbestimmungen der SchALVO.

Zusammenfassung

- Das in Baden-Württemberg gewonnene Trinkwasser besitzt insgesamt eine gute Qualität. Die Gehalte der meisten in der Trinkwasserverordnung limitierten gesundheitlich relevanten Stoffe lagen im Bereich natürlicher Schwankungen. Erhöhte Werte oder gar Überschreitungen des gesetzlichen Grenzwertes wurden nur bei wenigen Stoffen festgestellt. Sorgen bereitet die Belastung des Grund-, Quell- und Trinkwassers mit Nitrat sowie einer Reihe organischer Verbindungen anthropogener Herkunft. Als Parameter gehören hierzu die organischen Chlorverbindungen (CKW) und bestimmte Pflanzenschutzmittel.

- Der natürliche Nitratgehalt eines von menschlichen Eingriffen freien Grund- und Quellwassers (etwa 8 mg/l Nitrat) wird von jeder dritten Trinkwassergewinnungsanlage deutlich überschritten. Jede achtzehnte Anlage liegt sogar über dem Grenzwert der TrinkwV. Eine Reihe von Naturräumen, insbesondere Neckarbecken, Kraichgau, Tauberland, Sandstein-Spessart, Markgräfler Land, Kaiserstuhl und einige oberschwäbische Naturräume, machten durch einen mengenmäßig hohen Anteil stark nitratbelasteten Trinkwassers auf sich aufmerksam. Lediglich der Schwarzwald sowie Teile der Schwäbischen Alb und des Keuper-Lias-Landes waren durch ein äußerst niedriges Konzentrationsniveau gekennzeichnet.
- Während die Zahl der stark nitratbelasteten Anlagen, die den gesetzlichen Grenzwert über- oder knapp unterschritten, von 1983 bis 1985 nahezu unverändert blieb, war im Bereich mittlerer Nitratgehalte ein kräftiger Zuwachs zu verzeichnen. Parallel dazu nahm die Zahl der nicht und kaum belasteten Anlagen deutlich ab. Dieser Trend war in den südöstlichen Naturraumgruppen besonders ausgeprägt, wo im Jahr 1985 nur noch in ganz bescheidenem Umfang von anthropogenen Nitratreinträgen freies Grundwasser zur Verfügung stand. Der auf der Ebene des Trinkwassers im stark belasteten Bereich beobachtete Nitratstop gibt die Entwicklung auf der Ebene des Grundwassers insofern geschönt wider, als in den vergangenen Jahren eine Reihe von Anlagen aufgrund überhöhter Nitratgehalte außer Betrieb genommen wurden. Nach ersten Ergebnissen über die Trinkwasserqualität 1987 scheint die Tendenz zu steigenden Nitratgehalten weiter, wenn auch punktuell abgeschwächt anzuhalten.
- CKW und die weitaus überwiegende Zahl der als Pflanzenschutzmittel eingesetzten organischen Verbindungen sind der Natur gänzlich unbekannt. Ihre Langlebigkeit im Boden und im Grundwasserleiter, die u.a. auf das Fehlen effizienter natürlicher Abbau-mechanismen zurückzuführen ist, gefährdet in zunehmendem Maße die Bereitstellung anthropogen unbeeinflussten Grund- und Quellwassers zu Trinkwasserzwecken. Trinkwasserverunreinigungen mit CKW werden in höheren Belastungsbereichen durch die Statistik nicht adäquat abgebildet. Viele Wasserversorgungsunternehmen, die zuvor CKW-belastetes Grund- und Quellwasser gewannen, installierten in den zurückliegenden Jahren nämlich spezielle Aufbereitungsverfahren zur CKW-Entfernung oder stellten die Förderung kontaminierten Wassers ganz ein. Atrazin ist das am häufigsten im Trinkwasser gefundene Pflanzenschutzmittel. Nach ersten Ergebnissen einer Untersuchung für das Jahr 1987, die allerdings regional nicht repräsentativ ist, wurde in jeder fünften Entnahmestelle Atrazin nachgewiesen. Jede zehnte Entnahmestelle lag über dem künftigen Atrazingrenzwert.
- Die für eine allgemeine, einwandfreie Beschaffenheit des Trinkwassers erlassenen Qualitätsnormen wurden weitgehend erfüllt. Gewisse Schwierigkeiten bereitete die Einhaltung des in der TrinkwV vorgeschriebenen pH-Bereichs jedoch in Grundgebirge- und Buntsandsteingebieten. Das gilt vor allem für den Schwarzwald, wo drei Viertel der Trinkwassergewinnungsanlagen des Landes lagen, die den pH-Mindestwert unterschritten. Dort werden verstärkt Maßnahmen zur Entsäuerung des gewonnenen Wassers notwendig sein.
- Naturräumliche Faktoren beeinflussen entscheidend den Sulfatgehalt und die Härte des Trinkwassers. Die Neckar- und Tauber-Gäuplatten sowie einige angrenzende Naturräume waren durch ein hohes Sulfatniveau gekennzeichnet. Gleichzeitig wies das dort gewonnene Trinkwasser annähernd flächendeckend sehr hohe Härtegrade auf. In den Lockergesteinsgebieten sowie in Keuper und Jura wurde hartes, zum Teil sehr hartes Wasser in das Versorgungsnetz abgegeben, im Schwarzwald und im Odenwald dagegen kalkarmes Wasser des Härtebereichs I.

- Die vielfältigen geologischen Verhältnisse des Landes kommen ebenfalls in den Chloridgehalten des Trinkwassers zum Ausdruck. Teile der Neckar- und Tauber-Gäuplatten sowie einige benachbarte Naturräume fielen durch höhere Chloridwerte auf. Im Untersuchungszeitraum 1979 bis 1985 waren insbesondere die Oberen Gäue von einem stärkeren Chloridanstieg betroffen. Die Gesteinsart des Grundwasserleiters beeinflusst den Chloridgehalt des Trinkwassers. Grundwasseraufsalzungen sind dagegen auf Düngungsmaßnahmen und Tausalzanwendungen zurückzuführen.

5. Ländlicher Raum

5.1 Strukturwandel der Beschäftigung in den Verdichtungsbereichen im Ländlichen Raum

Strukturwandel der Beschäftigung in den Raumkategorien des Landes

Die wirtschaftliche Entwicklung Baden-Württembergs wie auch der Bundesrepublik war seit Anfang der 70er Jahre von wechselnden Phasen des Wachstums und der Stagnation geprägt. Die unterschiedlichen Phasen der wirtschaftlichen Entwicklung hatten Auswirkungen auf Beschäftigungssituation und Arbeitsmarkt¹. Dieser wird jedoch nicht unmittelbar und nicht ausschließlich von gesamtwirtschaftlichen Faktoren beeinflusst. Während die aus dem Erwerbsleben ausscheidenden Jahrgänge relativ schwach besetzt sind, nahm das Erwerbspotential durch den Eintritt geburtenstarker Jahrgänge ins Erwerbsleben deutlich zu.

Phasen der Beschäftigungsentwicklung seit Mitte der 70er Jahre

- 1976 Beschäftigungstiefststand im Beobachtungszeitraum
- 1977-80 kontinuierliche Beschäftigungszunahme
- 1981 Stagnation
- 1982-83 Beschäftigungsrückgang
- 1984 Stagnation²
- 1985-86 Beschäftigungszuwachs; 1986 wurde mit 3,5 Mio Beschäftigten der Höchststand im Beobachtungszeitraum erreicht. Im Jahr 1987 war noch eine weitere Zunahme um 60 000 versicherungspflichtig Beschäftigte zu verzeichnen.

Beschäftigungsrückgang wie auch Beschäftigungszunahme reagierten etwas

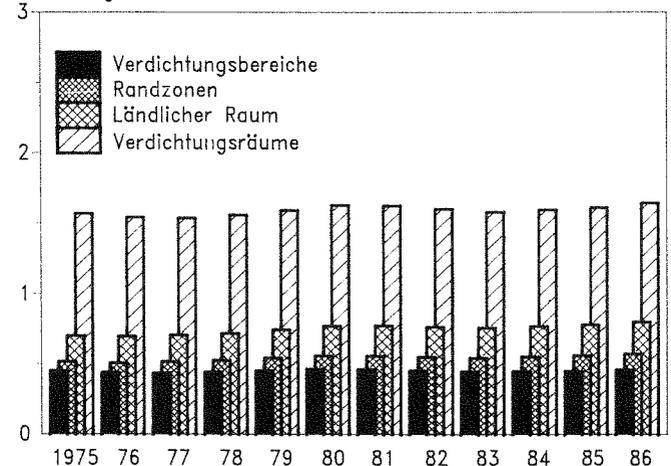
¹ Fußnoten siehe S. 136 ff..

zeitversetzt auf konjunkturelle Ausschläge (konjunktureller Spätindikator). Die Gastarbeiterrückwanderung in Rezessionsphasen wirkte sich dämpfend auf den Beschäftigungsrückgang der deut-

Schaubild 1

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 1975 bis 1986 nach Raumkategorien

Beschäftigte in Mill.



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

184 88

sehen Bevölkerung aus. So zogen in den Jahren 1967, dann 1974 bis 1977 und schließlich 1982 bis 1984 mehr Ausländer aus Baden-Württemberg weg als zu. Mit dem starken Beschäftigungsanstieg 1986 war auch wieder ein deutlicher Wanderungsgewinn bei der ausländischen Bevölkerung zu beobachten. Die Zuwanderung reagiert dabei auf konjunkturelle

Tabelle 1

Beschäftigte*) in Baden-Württemberg 1976 und 1986 nach Wirtschaftsabteilungen

Wirtschaftsabteilung	Beschäftigte		Anteile an den Beschäftigten insgesamt	
	1976 ¹⁾	1986 ²⁾	1976 ¹⁾	1986 ²⁾
	Anzahl		%	
Verarbeitendes Gewerbe	1 624 242	1 676 026	50,8	47,9
Private Dienstleistungen	434 827	594 355	13,6	17,0
Handel	382 433	397 769	12,0	11,4
Baugewerbe	250 767	240 932	7,8	6,9
Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen	187 603	205 763	5,9	5,9
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	110 397	127 384	3,5	3,6
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	111 676	125 020	3,5	3,6
Organisationen ohne Erwerbscharakter und private Haushalte	41 963	61 130	1,3	1,7
Land- und Forstwirtschaft	25 296	34 586	0,8	1,0
Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau	30 036	32 562	0,9	0,9
Insgesamt	3 199 488 ³⁾	3 495 633	100	100
Primärer Sektor	25 296	34 586	0,8	1,0
Sekundärer Sektor	1 905 045	1 949 520	59,5	55,8
Tertiärer Sektor	1 268 899	1 511 421	39,7	43,2

*) Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer; Stichtag jeweils 30. Juni. — 1) Beschäftigungstiefststand im Beobachtungszeitraum. — 2) Beschäftigungshöchststand im Beobachtungszeitraum. — 3) Einschließlich nicht zuordenbare Fälle.

Aufschwünge wesentlich schneller als die Abwanderungsbewegung in Rezessionsphasen.

Im langfristigen Verlauf zeigte sich die bekannte, langsame aber doch stetige Verschiebung der Sektoranteile zu den Dienstleistungen hin. Waren 1976, dem Jahr des Beschäftigungstiefstandes, noch fast 60 % der versicherungspflichtig Beschäftigten im sekundären Sektor tätig, so sank dieser Anteil bis zum Jahr 1986 auf unter 56 %. Innerhalb des sekundären Sektors stieg die Beschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe zwar nach Absolutwerten geringfügig von 1,62 Millionen im Jahr 1976 auf 1,68 Millionen im Jahr 1986, der sektorale Anteil jedoch verringerte sich gleichzeitig von 50,8 % auf 47,9 %.

Der Anteil des tertiären Bereichs an den versicherungspflichtig Beschäftigten erhöhte sich zwischen 1976 und 1986 von knapp 40 % auf etwas über 43 %. Innerhalb des tertiären Sektors verzeichnen die privaten Dienstleistungen den höchsten absoluten Zuwachs von ca. 160 000 Beschäftigten. Ihr Anteil stieg von 13,6 % auf 17 % an.³

Entwicklung in den Raumkategorien

Die Raumkategorien des Landes⁴ sind von der Gesamtentwicklung wie auch von den Strukturschwankungen in unterschiedlichem Maße betroffen. Beschäftigtenentwicklung wie auch die Bevölkerungsentwicklung verliefen dabei tendenziell ähnlich, wenn auch mit unterschiedlichen Intensitäten je nach Raumkategorie. Nach unterschiedlichen Phasen der Bevölkerungsentwicklung in der Vergangenheit verzeichnete Baden-Württemberg im vergangenen Jahrzehnt als einziges Bundesland neben Bayern zwar noch Bevölkerungszunahmen von 0,17 % im jährlichen Durchschnitt von 1975 bis 1986, diese verteilten sich regional jedoch sehr unterschiedlich.⁵

Seit Beginn der 60er Jahre verzeichnen die Randzonen eine Bevölkerungszunahme, die bei abnehmender Tendenz jährlich um etwa 7 000 Einwohner über der landesdurchschnittlichen Bevölkerungsentwicklung liegt⁶. Dagegen konnten die

Fußnoten siehe S. 136 ff..

Tabelle 2

Beschäftigte*) in Baden-Württemberg 1975 und 1986 nach Raumkategorien

Raumkategorien des LEP ¹⁾	Beschäftigte		Veränderung 1986 gegen 1975	
	1975	1986	Anzahl	%
	1000			
Verdichtungsräume	1 573,9	1 650,5	76 553	4,9
Randzonen	519,8	576,8	57 003	11,0
Verdichtungsgebiete	454,9	465,7	10 753	2,4
Ländlicher Raum	702,8	802,7	99 842	14,2
Baden-Württemberg	3 251,5	3 495,6	244 151	7,5

*) Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer; Stichtag jeweils 30. Juni. — 1) Nach dem Landesentwicklungsplan (LEP).

Verdichtungsräume nur in Zeiten von Hochkonjunktoren mit der landesdurchschnittlichen Entwicklung aufgrund der starken Wanderungseffektivität der Ausländer schritthalten. Ausländer "bevorzugen" die Verdichtungsräume, was auf ein überwiegend einkommensorientiertes Wanderungsverhalten zurückzuführen ist. Die bevorzugte Zielrichtung einer Mehrphasenwanderung der deutschen Bevölkerung dagegen sind die Randzonen, der unmittelbar angrenzende Ländliche Raum sowie einige besonders begehrte Teile des Ländlichen Raumes, z.B. am Bodensee. Die jährlichen absoluten Abweichungen von der landesdurchschnittlichen Entwicklung schwanken zwischen + 6 000

und - 18 000 Einwohnern. Die Verdichtungsgebiete im Ländlichen Raum vollziehen bei allerdings sehr geringen Schwankungsbreiten die gleichen Entwicklungen wie die Verdichtungsräume. Der übrige Ländliche Raum verhält sich dagegen komplementär zu den Verdichtungsräumen mit zunehmend positiven Gewichtsverlagerungen.

Deutliche Unterschiede zwischen den Raumkategorien ergeben sich beim Vergleich der Beschäftigungsveränderung mit der Bevölkerungsentwicklung.

Während in den Randzonen der Beschäftigungszuwachs prozentual nur etwa dop-

Tabelle 3

Bevölkerung in Baden-Württemberg 1975 und 1986 nach Raumkategorien

Raumkategorien des LEP ¹⁾	Bevölkerung		Veränderung 1986 gegen 1975	
	1975	1986	Anzahl	%
	1000			
Verdichtungsräume	3 547,8	3 551,9	4 072	0,1
Randzonen	1 839,5	1 935,3	95 830	5,2
Verdichtungsgebiete	1 067,5	1 071,6	4 147	0,4
Ländlicher Raum	2 698,0	2 767,9	69 983	2,6
Baden-Württemberg	9 152,7	9 326,8	174 032	1,9

1) Nach dem Landesentwicklungsplan (LEP).

Tabelle 4

Beschäftigte*) in Baden-Württemberg nach ausgewählten Jahren und Raumkategorien

Raumkategorien des LEP ¹⁾	1975	1976	1980	1985	1986
Anzahl					
Verdichtungsräume	1 573 925	1 546 524	1 633 597	1 617 539	1 650 478
Randzonen	519 783	510 281	562 326	565 113	576 786
Verdichtungsgebiete	454 943	422 730	469 399	455 452	465 696
Ländlicher Raum	702 831	699 913	772 660	782 880	802 673
Baden-Württemberg	3 251 482	3 199 448	3 437 982	3 420 984	3 495 633
1975 = 100					
Verdichtungsräume	100	98	104	103	105
Randzonen	100	98	108	109	111
Verdichtungsgebiete	100	97	103	100	102
Ländlicher Raum	100	100	110	111	114
Baden-Württemberg	100	98	106	105	108
Regionalanteile in %					
Verdichtungsräume	48,4	48,3	47,5	47,3	47,2
Randzonen	16,0	15,9	16,4	16,5	16,5
Verdichtungsgebiete	14,0	13,8	13,7	13,3	13,3
Ländlicher Raum	21,6	21,9	22,5	22,9	23,0
Baden-Württemberg	100	100	100	100	100

*) Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer; Stichtag jeweils 30. Juni. – 1) Nach dem Landesentwicklungsplan (LEP).

Tabelle 5

Veränderung der Zahl der Beschäftigten*) in Baden-Württemberg 1975 bis 1986 nach Raumkategorien und ausgewählten Wirtschaftsabteilungen

Raumkategorien des LEP ¹⁾	Beschäftigte insgesamt	Darunter		
		Verarbeitendes Gewerbe	Private Dienstleistungen	Handel
Beschäftigte 1986 (Anzahl)				
Baden-Württemberg	3 495 633	1 676 026	594 355	397 769
Veränderung 1986 gegen 1975 in %				
Verdichtungsräume	+ 4,9	- 2,3	+ 33,8	- 2,4
Randzonen	+ 11,0	+ 0,2	+ 53,1	+ 19,0
Verdichtungsgebiete	+ 2,4	- 8,6	+ 48,8	+ 4,6
Ländlicher Raum	+ 14,2	+ 6,7	+ 50,9	+ 23,5
Baden-Württemberg	+ 7,5	- 0,7	+ 42,9	+ 5,2
absolute Abweichung von der Landesentwicklung 1986 gegen 1975 (Differentialshift)				
Verdichtungsräume	- 61 003	- 11 668	- 15 744	- 16 678
Randzonen	+ 24 417	+ 2 807	+ 6 123	+ 7 189
Verdichtungsgebiete	- 18 229	- 20 298	+ 2 998	+ 229
Ländlicher Raum	+ 54 814	+ 29 159	+ 6 623	+ 9 788

*) Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer; Stichtag jeweils 30. Juni. – 1) Nach dem Landesentwicklungsplan (LEP).

pelt so hoch war wie der Bevölkerungszuwachs, stand der Beschäftigtenzunahme in den Verdichtungsräumen sogar eine stagnierende Einwohnerzahl gegenüber. Auch die Verdichtungsgebiete und der übrige ländliche Raum wiesen relativ höhere Beschäftigungsgewinne als Bevölkerungsgewinne auf.

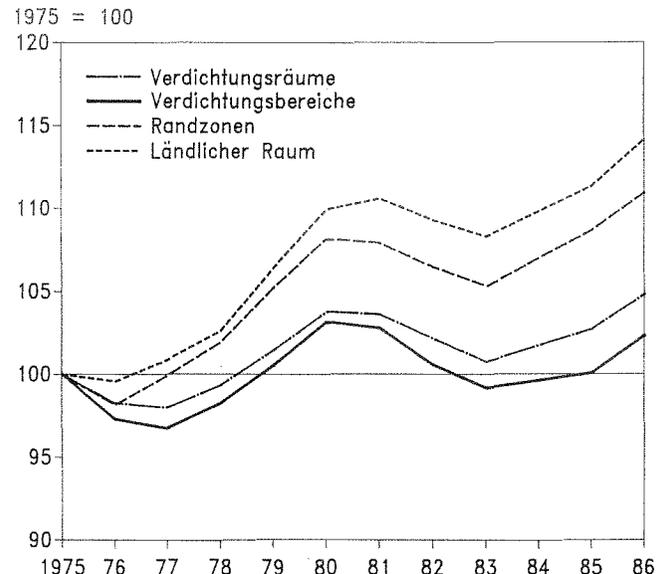
Die Beschäftigungssituation entwickelte sich im Betrachtungszeitraum nicht nur regional, sondern auch sektoral unterschiedlich. Der geringe Rückgang im Verarbeitenden Gewerbe von - 0,7 % im Zeitraum 1975 - 86 sowie der Beschäftigtenabbau im Baugewerbe von - 6,4 % wurde für das Land insgesamt durch - teilweise sehr hohe - Zuwächse in allen anderen Wirtschaftsabteilungen mehr als kompensiert. Von ausschlaggebender Bedeutung für die Beschäftigtenentwicklung sind jedoch vor allem die drei Wirtschaftsabteilungen "Verarbeitendes Gewerbe", "Private Dienstleistungen" und "Handel". Auf diese Abteilungen konzentrieren sich im Land über 76 % der Beschäftigten, in den Verdichtungsgebieten annähernd 79 %. Betrachtet man die absoluten Zahlen, dann spielen demgegenüber die Wirtschaftsabteilungen "Energie, Wasser, Bergbau", "Land- und Forstwirtschaft" sowie die "Organisationen ohne Erwerbscharakter", deren Beschäftigtenanteile zusammen sowohl im Land wie in den Verdichtungsgebieten um etwa 3 % liegen, eine völlig untergeordnete Rolle. Sie können hier vernachlässigt werden. Im weiteren werden deshalb nur die drei zuerst genannten Abteilungen betrachtet.

Die Verdichtungsgebiete verzeichneten zwischen 1975 und 1986 eine Beschäftigungszunahme von 76 500 oder 5 %. Dieser Zuwachs reichte nicht aus, um mit der landesdurchschnittlichen Entwicklung schrittzuhalten. Jahr für Jahr hinkten die Verdichtungsgebiete um mehrere Tausend Beschäftigte hinter der allgemeinen Entwicklung hinterher (nur im Jahr 1982 konnte die durchschnittliche Entwicklung geringfügig übertroffen werden), der Regionalanteil der Verdichtungsgebiete verringerte sich dadurch von 48,4 auf 47,2 %, so daß eine Nivellierung in den räumlichen Beschäftigungskonzentrationen Baden-Württembergs festzustellen ist.

Der Beschäftigungsabbau im Verarbeitenden Gewerbe (17 000) und im Handel

Schaubild 2

Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 1975 bis 1986^{*)} nach Raumkategorien



^{*)} Die Werte für 1984 sind interpoliert

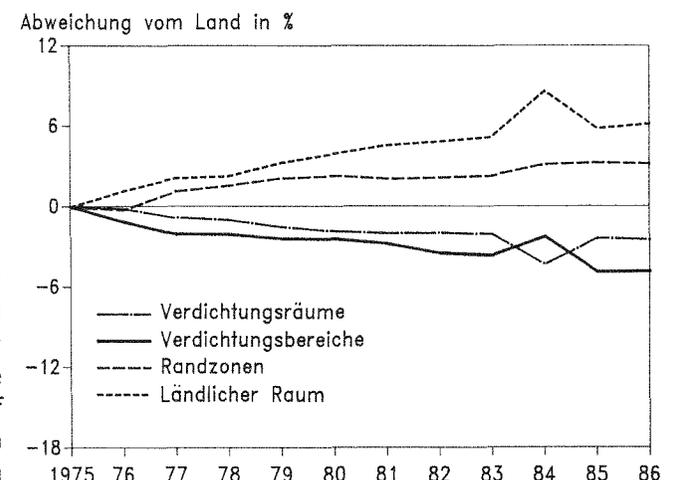
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

185 88

(5 300) wurde durch eine weitere kräftige Steigerung bei den privaten Dienstleistungen (79 400; + 36 %) kompensiert. Diese Räume konnten - wohl wegen des schon hohen Dienstleistungsbesatzes -

Schaubild 3

Abweichung der Zahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter vom Landesdurchschnitt 1975 bis 1986^{*)} nach Raumkategorien



^{*)} 1984 "Beschäftigungsreduzierung" in den Verdichtungsgebieten als Folge des Streiks in der metallverarbeitenden Industrie (Schwerpunkstreiks). Positive Auswirkungen ergeben sich damit für Verdichtungsgebiete und ländlichen Raum.

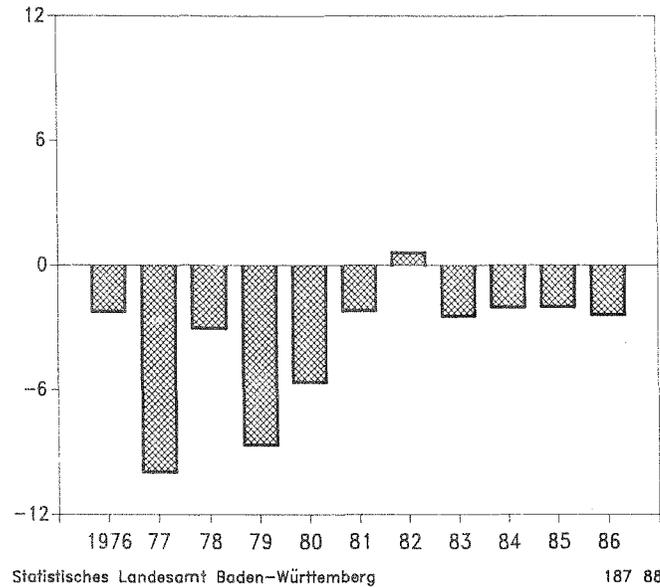
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

186 88

Schaubild 4

**Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte
1976 bis 1986 -Verdichtungsräume-**

absolute Abweichung vom Land
in Tausend



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

187 88

aber nicht mit der allgemeinen Entwicklung Baden-Württembergs bei den privaten Dienstleistungen in Höhe von + 43 % schritthalten.

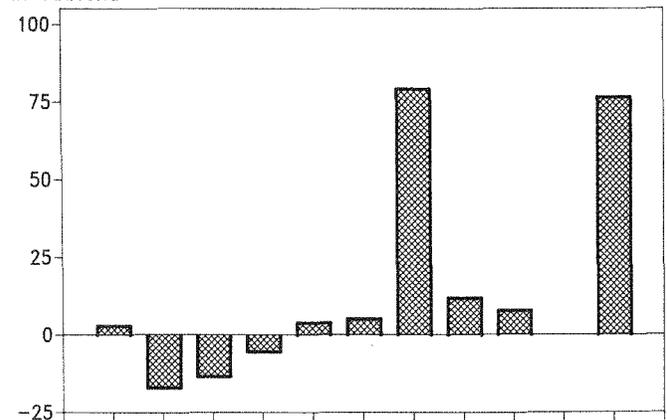
Zwischen den einzelnen Branchen des verarbeitenden Gewerbes zeigten sich im Zeitraum 1978 - 1986 deutliche Unterschiede. So fielen die Verdichtungsräume z.B. beim Maschinenbau hinter der Entwicklung im Land zurück, lagen bei anderen Branchen wie z.B. dem Straßenfahrzeugbau jedoch deutlich vor den anderen Raumkategorien. Ausgehend von einer sehr günstigen Struktur (1978 Strukturfaktor 1,05) liegen die Verdichtungsräume bei den Branchen, die im Zeitraum 1978 - 1986 besonders stark wuchsen (5 % und mehr Wachstum) um etwa 20 000 Beschäftigte niedriger als dies der landesdurchschnittlichen Entwicklung entsprochen hätte. Die "Standortfaktoren" (0,96) könnten auf eine vergleichsweise sinkende Attraktivität dieser Räume hinweisen. Arbeitsmarktprobleme, ein hohes Lohnniveau und Raummangel dürften in einzelnen Fällen ausschlaggebende negative Standortfaktoren darstellen und die Abwanderung in die Randzonen fördern.

Die Randzonen konnten ihren Beschäftigungsstand zwischen 1975 und 1986 um 57 000 oder 11 % erhöhen. Die Dynamik der späten 70er Jahre hat aber nachgelassen, die Entwicklung paßt sich dem allgemeinen Trend an. Der Regionalanteil hat sich seit 1975 um 0,5 %-Punkte erhöht.

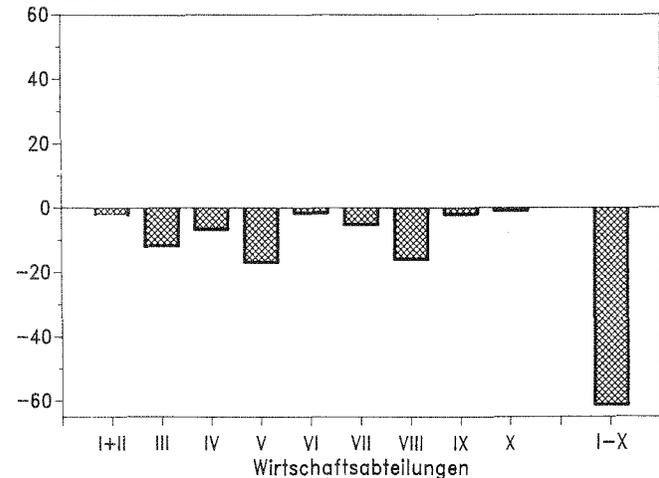
Schaubild 5

**Entwicklung der Beschäftigtenzahl 1975 bis 1986
nach Wirtschaftsabteilungen -Verdichtungsräume-**

absolute Veränderung
in Tausend



absolute Abweichung zum Landesdurchschnitt (Differentialshift)
in Tausend



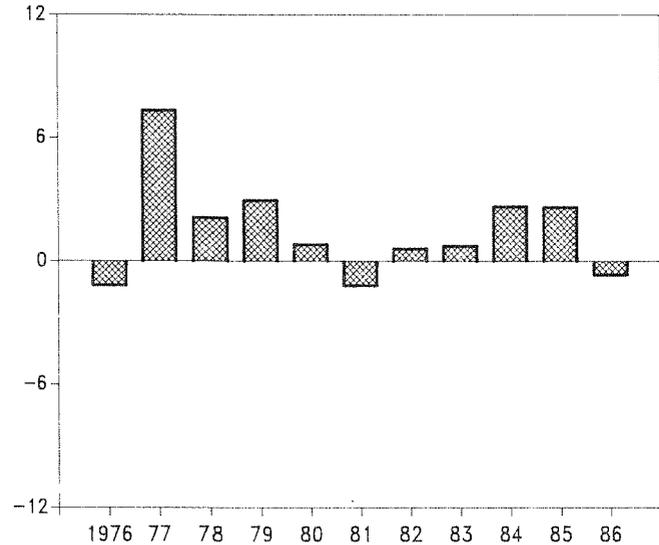
- | | |
|------------------------------|--|
| I+II Landwirtschaft, Energie | VIII Sonstige private und öffentliche Dienstleistungen |
| III Verarbeitendes Gewerbe | IX Organisationen ohne Erwerbscharakter |
| IV Baugewerbe | X Gebietskörperschaften |
| V Handel | I-X Insgesamt |
| VI Verkehr, Nachrichten | |
| VII Kredit, Versicherungen | |

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

188 88

**Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte
1976 bis 1986 -Randzonen-**

absolute Abweichung vom Land
in Tausend



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

189 88

Die Anzahl der Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe blieb konstant, dagegen wurde bei den privaten Dienstleistungen ein Zuwachs von über 50 % erzielt. Ein wesentlicher Grund liegt in den ursprünglich niedrigen Dienstleistungsbesätzen dieser Räume, ergänzt durch die Folgewirkungen des Bevölkerungswachstums. Handel und Dienstleistungen ziehen im allgemeinen der Bevölkerung nach.

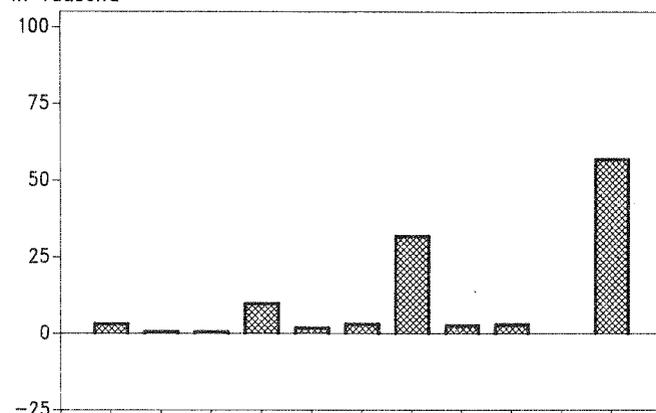
Aufgrund einer günstigen Ausgangsstruktur 1978 (Strukturfaktor 1,02) und wesentlich günstigerer Standortfaktoren (Standortfaktor 1,03) konnten die Randzonen ihre Beschäftigungssituation erheblich verbessern. Die schrumpfenden Branchen (Beschäftigtenverlust von 10 und mehr Prozent) scheinen in den Randzonen momentan günstigere Überlebenschancen als in den Verdichtungsräumen zu haben; die eigentliche Ursache dürfte in Betriebsverlagerungen zu suchen sein. Bei den Wachstumsbranchen sind überdurchschnittliche Zuwachsraten zu verzeichnen.

Die Verdichtungsgebiete im ländlichen Raum erhöhten im Zeitraum 1975 - 1986 ihren Beschäftigungsstand um nur 11 000 oder 2 %, mit der landesweiten Entwicklung konnten sie jedoch bei weitem nicht mithalten. Ihr Wachstum lag im Durchschnitt der Jahre um 1800 Beschäftigte unter dem zu erwartenden Wert und der Regionalanteil verringerte sich dadurch um 0,7 %-Punkte. Der Dienstleistungsbesatz erhöhte sich überdurchschnittlich um fast 50 %, was auf eine Stärkung der

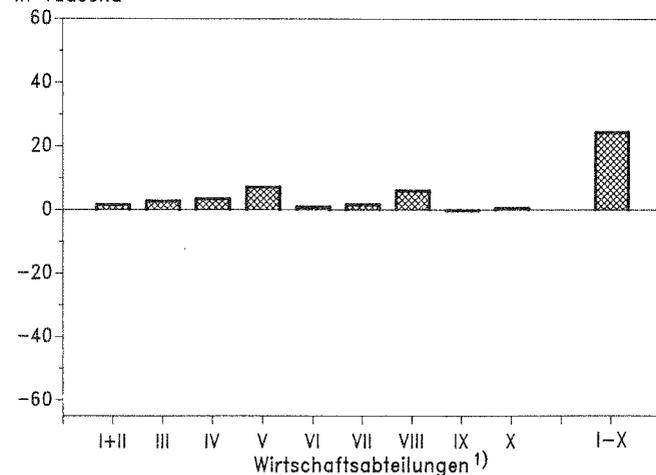
Schaubild 7

**Entwicklung der Beschäftigtenzahl 1975 bis 1986
nach Wirtschaftsabteilungen -Randzonen-**

absolute Veränderung
in Tausend



absolute Abweichung zum Landesdurchschnitt (Differentialschiff)
in Tausend



1) Systematik der Wirtschaftsabteilungen vgl. Schaubild 5.

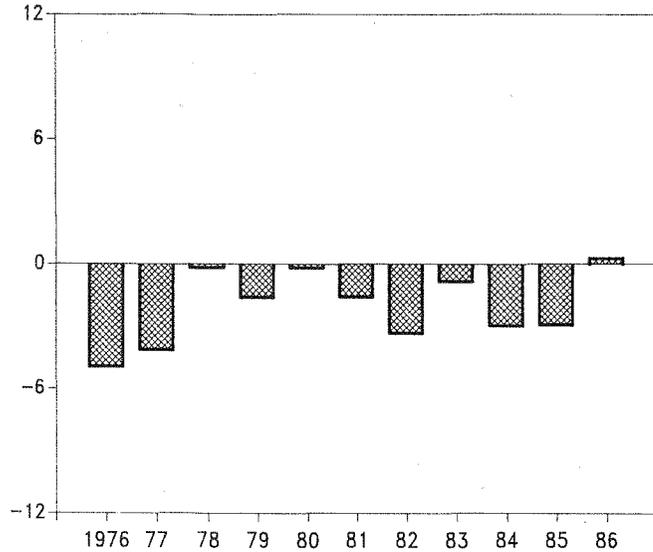
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

190 88

Schaubild 8

**Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte
1976 bis 1986 - Verdichtungsgebiete -**

absolute Abweichung vom Land
in Tausend



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

191 88

zentralen Funktionen in den Zentren der Verdichtungsgebiete zurückzuführen ist.

Im Verarbeitenden Gewerbe dagegen ist im Zeitraum 1975 - 1986 ein deutlicher Abbau von über 8 % festzustellen. Hier verzeichneten die Verdichtungsgebiete die ungünstigste Entwicklung unter den Raumkategorien. Trotz eines landesdurchschnittlichen Strukturfaktors konnten die Verdichtungsgebiete aufgrund ihrer ungünstigen Standortfaktoren 1978 (0,94) nicht mit der allgemeinen Entwicklung schritthalten. Vor allem bei den stark wachsenden Branchen zeigt sich ein sehr hoher Verlust gegenüber der Gesamtentwicklung. Vergleichsweise günstige Werte erzielten die Verdichtungsgebiete dagegen in den "stabilen" Branchen und vor allem bei den stark schrumpfenden Branchen.

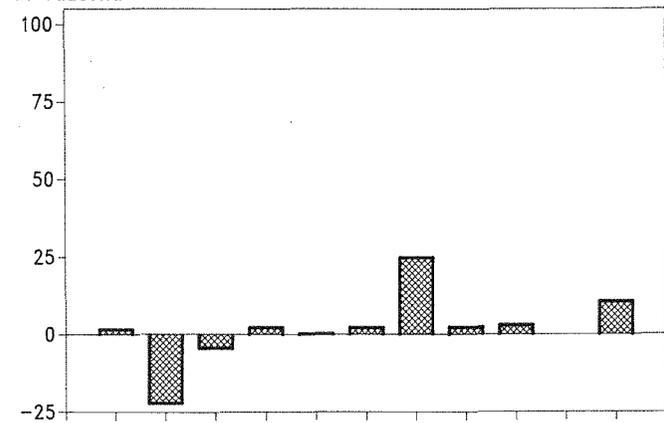
Der übrige Ländliche Raum hat in den drei Wirtschaftsabteilungen Verarbeitendes Gewerbe, private Dienstleistungen und Handel weit überdurchschnittliche Zuwachsraten zu verzeichnen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß der Ländliche

Raum bei der Abgrenzung der Raumkategorien im Landesentwicklungsplan ein sehr weites Spektrum von verdichtungsraumnahen Gebieten und florierenden Fremdenverkehrsgebieten bis hin zu Räumen mit Strukturschwächen, die teilweise als Fördergebiete ausgewiesen sind, aufweist. Das Verarbeitende Gewerbe verzeichnete 1986 mit knapp 420 000 Beschäftigten etwa 7 % mehr Beschäftigte als 1975. Die privaten Dienstleistungen (1986 125 000 Beschäftigte) hatten um 50 % mehr Beschäftigte als zu Beginn des Betrachtungszeitraums, der

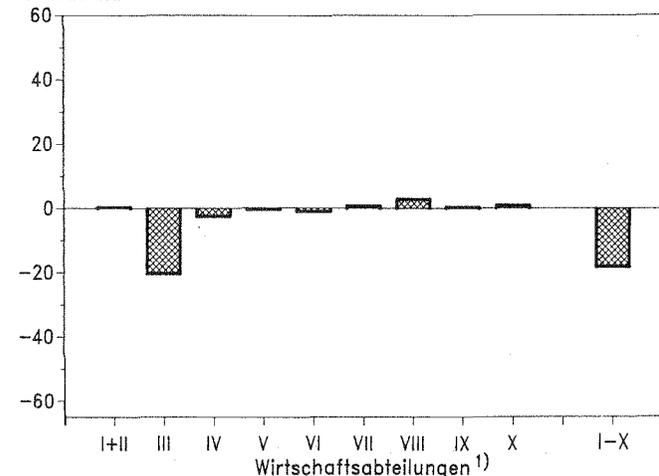
Schaubild 9

**Entwicklung der Beschäftigtenzahl 1975 bis 1986
nach Wirtschaftsabteilungen - Verdichtungsgebiete -**

absolute Veränderung
in Tausend



absolute Abweichung zum Landesdurchschnitt (Differentialshift)
in Tausend



1) Systematik der Wirtschaftsabteilungen vgl. Schaubild 5.

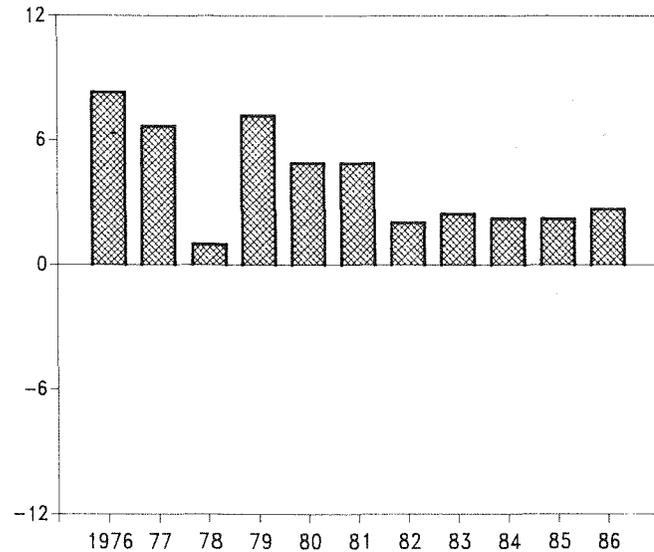
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

192 88

Schaubild 10

**Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte
1976 bis 1986 -Ländlicher Raum-**

absolute Abweichung vom Land
in Tausend



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

193 88

Handel (1986 66 000 Beschäftigte) erhöhte sein Beschäftigungsvolumen um etwa ein Viertel.

Hier zeigte sich - wie auch bei der Bevölkerungsentwicklung - ein Trend zu einer weiteren Diffundierung von Arbeitsplätzen. Zentrale Funktionen werden verstärkt von zentralen Orten im Ländlichen Raum selbst wahrgenommen. So wurden seit 1975 jährlich zwischen 2000 und 8000 Arbeitsplätze mehr geschaffen, als dies der jeweiligen Ausgangssituation bei einer lediglich im Landestrend liegenden Zunahme entsprochen hätte. Wie bei den Randzonen ist auch hier eine Trendangleichung festzustellen. Durch diese bemerkenswerte Entwicklung erhöhte sich der Regionalanteil um 1,4 %-Punkte.

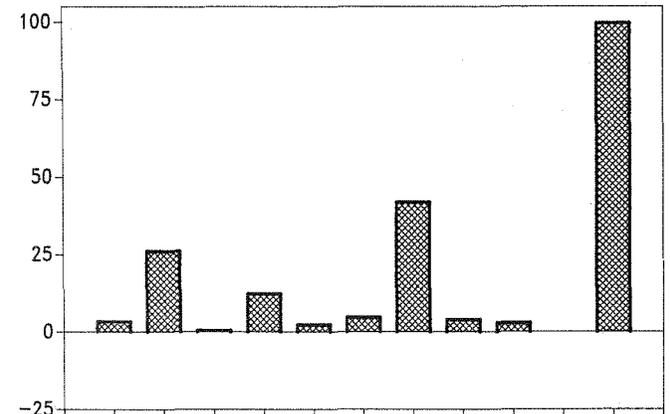
Im Verarbeitenden Gewerbe hat sich der Ländliche Raum, von einer auffallend ungünstigen Ausgangsstruktur ausgehend, aufgrund weit überdurchschnittlicher Standortfaktoren (1,10) im Zeitraum 1978 bis 1986 überaus positiv entwickelt. Diese Entwicklung gilt sowohl für die wachsenden als auch für die schrumpfenden

Wirtschaftsgruppen. Schrumpfende Branchen haben im Ländlichen Raum ein weit aus günstigeres Beharrungsvermögen als in verdichteten Gebieten. Für die Wachstumsbranchen scheint der Ländliche Raum von sehr hoher Attraktivität zu sein. Hier könnten Vorzüge wie günstigeres Lohnniveau, günstige Bodenpreise, ein noch nicht vollkommen ausgeschöpfter Arbeitsmarkt und das "grüne" Image mit hohem Freizeitwert dem Ländlichen Raum insgesamt zugute gekommen sein.

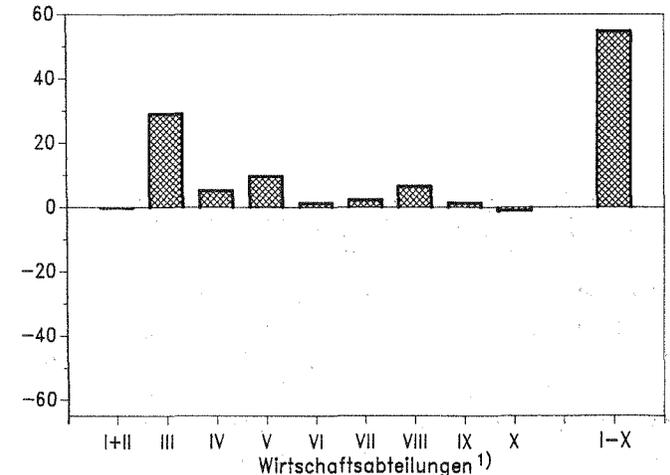
Schaubild 11

**Entwicklung der Beschäftigtenzahl 1975 bis 1986
nach Wirtschaftsabteilungen -Ländlicher Raum-**

absolute Veränderung
in Tausend



absolute Abweichung zum Landesdurchschnitt (Differentialshift)
in Tausend



1) Systematik der Wirtschaftsabteilungen vgl. Schaubild 5.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

194 88

Tabelle 6

Beschäftigte*) in Baden-Württemberg nach ausgewählten Jahren und Verdichtungsbereichen

Verdichtungsbereiche (VB) ¹⁾	1975	1976	1980	1985	1986
Anzahl					
VB Aalen-Heidenheim	76 592	72 831	73 683	72 592	75 344
VB Villingen-Schwenningen	52 702	47 277	50 360	47 192	48 008
VB Balingen-Albstadt	51 562	50 882	53 649	50 887	51 600
VB Ulm	78 025	77 963	80 019	73 484	73 788
VB Offenburg-Lahr	64 965	64 170	69 855	69 550	71 714
VB Konstanz	62 509	61 335	66 470	65 394	65 906
VB Ravensburg-Weingarten	68 588	68 272	75 363	76 353	79 336
Verdichtungsbereiche insgesamt	454 943	442 730	469 399	455 452	465 696
1975 = 100					
VB Aalen-Heidenheim	100	95	96	95	98
VB Villingen-Schwenningen	100	90	96	90	91
VB Balingen-Albstadt	100	99	104	99	100
VB Ulm	100	100	103	94	95
VB Offenburg-Lahr	100	99	108	107	110
VB Konstanz	100	98	106	105	105
VB Ravensburg-Weingarten	100	100	110	111	116
Verdichtungsbereiche insgesamt	100	97	103	100	102
Regionalanteile in ‰					
VB Aalen-Heidenheim	23,56	22,76	21,43	21,22	21,55
VB Villingen-Schwenningen	16,21	14,78	14,65	13,79	13,73
VB Balingen-Albstadt	15,86	15,90	15,60	14,87	14,76
VB Ulm	24,00	24,37	23,27	21,48	21,11
VB Offenburg-Lahr	19,98	20,06	20,32	20,33	20,52
VB Konstanz	19,22	19,17	19,33	19,12	18,85
VB Ravensburg-Weingarten	21,09	21,34	21,92	22,32	22,70
Verdichtungsbereiche insgesamt	140	138	137	133	133

*) Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer; Stichtag jeweils 30. Juni. — 1) Nach dem Landesentwicklungsplan (LEP).

Entwicklung in den Verdichtungsbereichen im Ländlichen Raum

Die detaillierte Untersuchung der Entwicklungstendenzen in den Verdichtungsbereichen erbrachte eine Zweiteilung der Verdichtungsbereiche: Eine erste Gruppe mit den Bereichen Aalen-Heidenheim, Villingen-Schwenningen, Balingen-Albstadt und Ulm, die mehr oder weniger ausgeprägte Entwicklungsschwierigkeiten aufweist und im folgenden als "frühindu-

strialisierte Verdichtungsbereiche" benannt wird; ferner eine zweite Gruppe mit den Bereichen Offenburg-Lahr, Ravensburg-Weingarten und Konstanz, die sich im großen und ganzen etwas günstiger entwickelt hat und im folgenden "spätindustrialisierte Verdichtungsbereiche" genannt wird⁷.

Fußnoten siehe S. 136 ff..

Tabelle 7

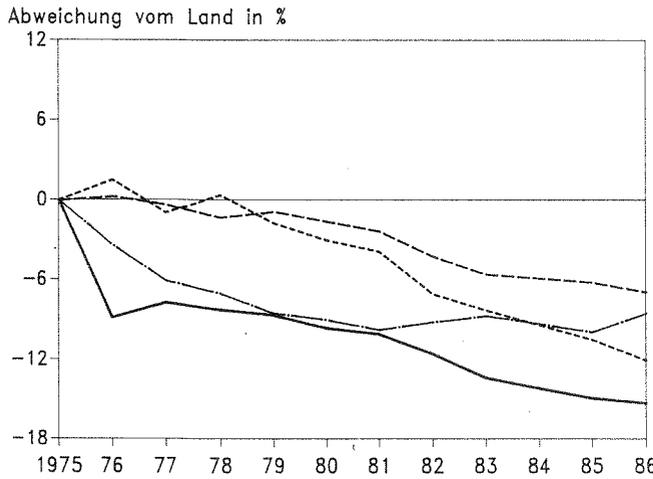
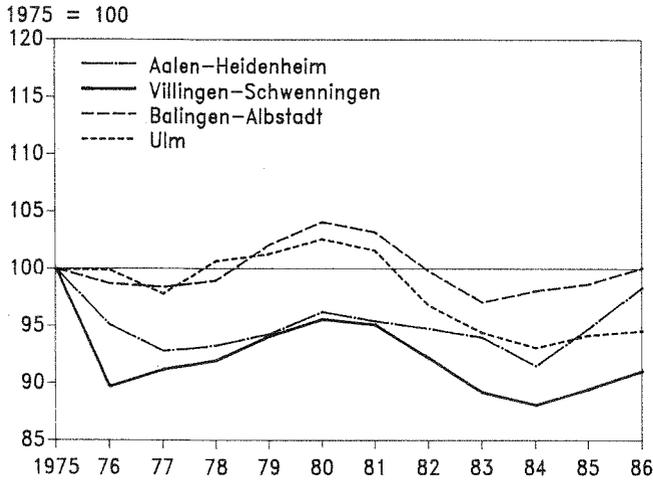
**Veränderung der Zahl der Beschäftigten*) in Baden-Württemberg 1975 bis 1986
nach Verdichtungsbereichen und ausgewählten Wirtschaftsabteilungen**

Verdichtungsbereiche (VB) ¹⁾	Beschäftigte insgesamt	Darunter		
		Verarbeitendes Gewerbe	Private Dienstleistungen	Handel
Beschäftigte 1986 (Anzahl)				
VB insgesamt	465 696	236 593	76 123	54 450
Veränderung 1986 gegen 1975 in %				
VB Aalen-Heidenheim	- 1,6	- 7,6	+ 38,0	- 1,9
VB Villingen-Schwenningen	- 8,9	- 21,0	+ 27,7	- 5,3
VB Balingen-Albstadt	+ 0,1	- 6,0	+ 40,1	+ 20,9
VB Ulm	- 5,4	- 24,2	+ 54,7	+ 3,4
VB Offenburg-Lahr	+ 10,4	+ 5,3	+ 48,7	+ 1,3
VB Konstanz	+ 5,4	- 8,2	+ 43,2	+ 5,2
VB Ravensburg-Weingarten	+ 15,7	+ 3,6	+ 74,6	+ 13,9
VB insgesamt	+ 2,4	- 8,6	+ 48,8	+ 4,6
absolute Abweichung zur Landesentwicklung 1986 gegen 1975 (Differentialshift)				
VB Aalen-Heidenheim	- 4 770	- 3 482	- 305	- 493
VB Villingen-Schwenningen	- 7 584	- 6 713	- 893	- 544
VB Balingen-Albstadt	- 1 989	- 1 862	- 106	+ 669
VB Ulm	- 9 732	- 9 305	+ 1 043	- 206
VB Offenburg-Lahr	+ 2 077	+ 1 854	+ 431	- 370
VB Konstanz	- 2 080	- 2 398	+ 22	+ 2
VB Ravensburg-Weingarten	+ 5 850	+ 1 607	+ 2 805	+ 642
VB insgesamt	- 18 229	- 20 298	+ 2 998	- 299
absolute Abweichung zum Durchschnitt der Verdichtungsbereiche 1986 gegen 1975 (Differentialshift)				
VB Aalen-Heidenheim	- 1 071	+ 466	- 667	- 453
VB Villingen-Schwenningen	- 5 144	- 4 110	- 1 236	- 514
VB Balingen-Albstadt	+ 662	+ 906	- 328	+ 694
VB Ulm	- 7 001	- 6 190	+ 523	- 141
VB Offenburg-Lahr	+ 4 258	+ 4 257	- 9	- 314
VB Konstanz	- 50	+ 121	- 569	+ 44
VB Ravensburg-Weingarten	+ 8 345	+ 4 550	+ 2 286	+ 684

*) Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer; Stichtag jeweils 30. Juni. — 1) Nach dem Landesentwicklungsplan (LEP).

Im Zeitraum 1975 bis 1986 konnten die Verdichtungsbereiche insgesamt ihre Einwohnerzahl um 0,4 % erhöhen; sie lagen damit jedoch deutlich unter dem Landeswert von 1,9 %. Die "frühindustrialisierten Verdichtungsbereiche" mit Ausnahme von Ulm hatten seit 1975 relative Bevölkerungsverluste zwischen 1,3 und 2,5 % zu verzeichnen. Positive Aspekte zeigte dagegen die Gruppe der "spätindustrialisierten Bereiche". Deutlicher als bei der Bevölkerungsentwicklung zeigen sich bei der Beschäftigung unterschiedliche Entwicklungstendenzen für die "früh-" und "spätindustrialisierten Verdichtungsbereiche".

**Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte
1975 bis 1986 in den Verdichtungsbereichen**



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

195 88

**"Frühindustrialisierte Verdichtungsbe-
reiche"**

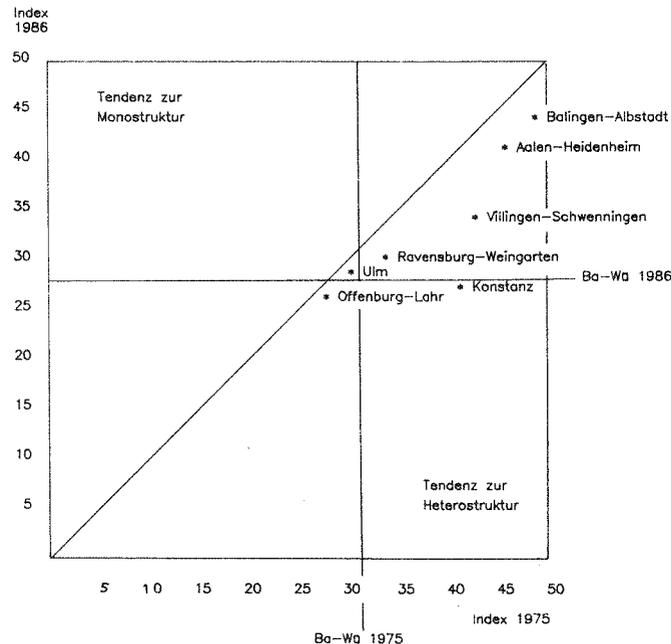
Die "frühindustrialisierten Bereiche" haben mit Ausnahme von Balingen-Albstadt gegenüber 1975 Beschäftigungsverluste aufzuweisen. Über den gesamten Betrachtungszeitraum hinweg konnten diese Bereiche mit der landesdurchschnittlichen Entwicklung nicht schritthalten. Jahr für Jahr hinkt die Entwicklung um etwa 1 800 Beschäftigte hinter der allgemeinen her. Der Regionalanteil verringerte sich dadurch um 0,7 %.

Die "frühindustrialisierten Verdichtungs-
bereiche" weisen, mit Ausnahme Ulms,
eine deutlich ausgeprägtere Monostruktur-
riertheit auf als die "spätindustrialisierten
Verdichtungsgebiete". Unter
Verwendung der Herfindahlindices⁸ wird
jedoch deutlich, daß alle Verdichtungs-
gebiete eine mehr oder weniger ausge-
prägte Tendenz zur Heterostruktur auf
dem Arbeitsmarkt haben. Bewirkt wurde
diese - an sich günstige - Entwicklung
jedoch durch eine überproportionale Gew-
ichtsverlagerung vom Verarbeitenden
Gewerbe und Baugewerbe zu den Dienst-
leistungen, d.h. teilweise massive Bes-
chäftigungsverluste im Verarbeitenden
Gewerbe und Beschäftigungsgewinne bei
den Dienstleistungen führten zu einer
gleichgewichtigeren Verteilung der Bes-
chäftigten auf die einzelnen Wirtschafts-
abteilungen.

Im Verdichtungsgebiet Aalen-Heidenheim
hat sich die gefährdete Beschäftigungs-
situation in den 70er Jahren stetig stabilisiert und seit Beginn der 80er Jahre

Fußnoten siehe S. 136 ff..

**Schaubild 13
Herfindahlindices der Beschäftigtenstruktur
1975 und 1986**



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

205 88

zu einem überdurchschnittlichen Beschäftigungswachstum geführt. Im Vergleich zu allen anderen Verdichtungsbereichen zeigt dieser in jüngster Zeit sehr dynamische Entwicklungsansätze.

Die auffallende Monostruktur des Bereichs "verbesserte" sich durch den Abbau von annähernd 4 000 Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe seit 1975 und der Schaffung von etwa 2 600 Arbeitsplätzen in den Dienstleistungsabteilungen. Seit 1978 ist im Verarbeitenden Gewerbe aufgrund der günstigen Ausgangsstruktur und positiver Standortfaktoren wieder ein Beschäftigungswachstum von 4 % festzustellen. Aalen-Heidenheim scheint die tiefgreifende Krise der 70er Jahre überwunden zu haben.

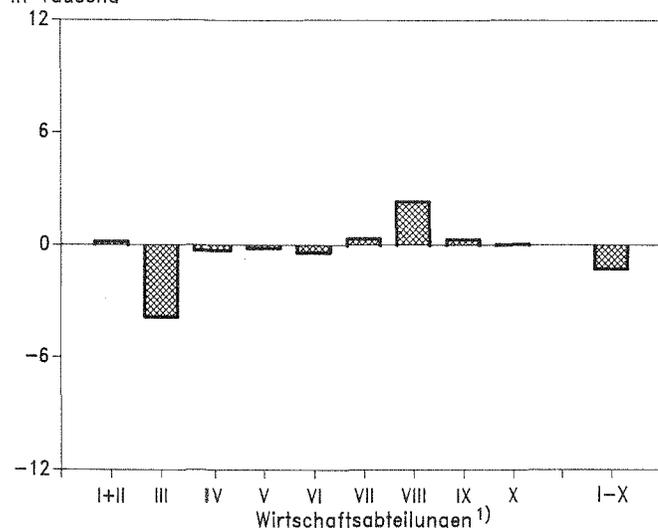
Die Bevölkerungszahl reagierte deutlich auf die konjunkturellen Schwankungen. Im Lauf der vergangenen zwei Jahrzehnte fiel der Bereich Aalen-Heidenheim fast ununterbrochen in unterschiedlicher Höhe hinter der landesdurchschnittlichen Entwicklung zurück. Erst im Jahr 1983 gab es wieder einen deutlich über der Landesentwicklung liegenden Bevölkerungszuwachs.

Schaubild 14

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 1975 bis 1986 nach Wirtschaftsabteilungen

-Verdichtungsgebiet Aalen-Heidenheim-

absolute Veränderung
in Tausend



1) Systematik der Wirtschaftsabteilungen vgl. Schaubild 5.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

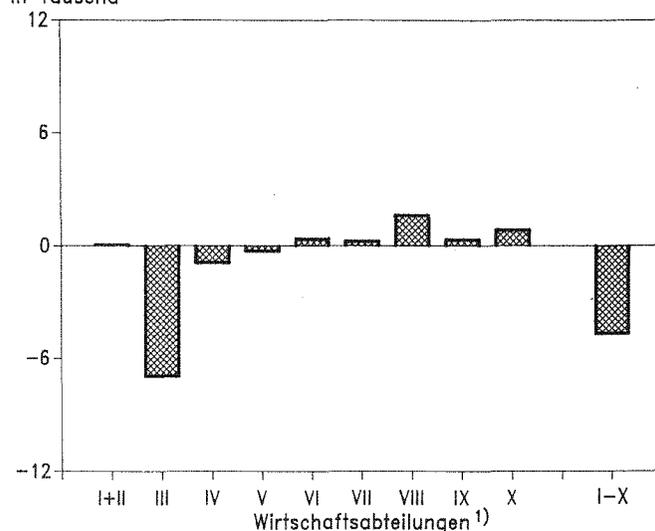
196 88

Schaubild 15

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 1975 bis 1986 nach Wirtschaftsabteilungen

-Verdichtungsgebiet Villingen-Schwenningen-

absolute Veränderung
in Tausend



1) Systematik der Wirtschaftsabteilungen vgl. Schaubild 5.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

197 88

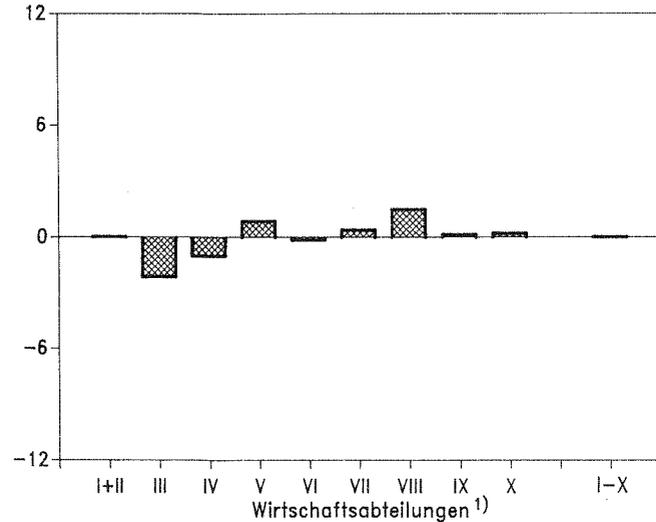
Villingen-Schwenningen hatte im Zeitraum 1975 - 86 mehrere Beschäftigungseinbrüche zu verzeichnen. Nach dem großen Einbruch im Jahr 1975 vollzog sich die Entwicklung aber weniger dramatisch als z.B. in Ulm. Von einer Konsolidierung des Arbeitsmarktes kann aber keineswegs gesprochen werden. Tendenzen zur Heterostruktur sind deutlich erkennbar, bewirkt wurden sie vor allem durch den Abbau von Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe, ohne daß gleichzeitig eine entsprechende Substitution in den Dienstleistungsbereichen erfolgte. Problematisch ist, daß durch die Beschäftigtenverluste im Verarbeitenden Gewerbe und durch die rückläufige Einwohnerzahl nach und nach die Existenzgrundlage für den Dienstleistungsbereich entzogen werden kann. Mit einem Dienstleistungsbesatz von 153 Dienstleistungsbeschäftigten je 1000 Einwohner 1986 liegt der Verdichtungsgebiet Villingen-Schwenningen ohnehin unter dem Durchschnitt der Verdichtungsgebiete von 181 und auch unter dem Landesdurchschnitt von 162. Für das Verarbeitende Gewerbe sind sehr ungünstige Entwicklungen festzustellen. Von einer

Schaubild 16

**Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte
1975 bis 1986 nach Wirtschaftsabteilungen**

-Verdichtungsbereich Balingen-Albstadt-

absolute Veränderung
in Tausend



1) Systematik der Wirtschaftsabteilungen vgl. Schaubild 5.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

198 88

an sich günstigen Struktur ausgehend (Strukturfaktor 1,04), verlor der Bereich in dieser Wirtschaftsabteilung aufgrund ungünstiger "Standorteinflüsse" im Zeitraum 1978-1986 etwa 10 % seiner Beschäftigten.

Diese ungünstige Beschäftigungsentwicklung zeigte Auswirkungen auf die Bevölkerungsentwicklung. Zeigte der Verdichtungsbereich Villingen-Schwenningen bis Mitte der 70er Jahre eine insgesamt überdurchschnittliche Bevölkerungsentwicklung, die von starken Schwankungen begleitet wurde, so wies er in den folgenden Jahren stetige Bevölkerungsverluste gegenüber dem Landesdurchschnitt und eine Verringerung des Regionalanteils auf. Auffallend ist hier vor allem eine tendenziell abnehmende Ausländerquote, während die anderen Verdichtungsbereiche in der Regel etwa einen Gleichstand oder sogar Zuwachs gegenüber der ersten Hälfte der 70er Jahre zeigten.

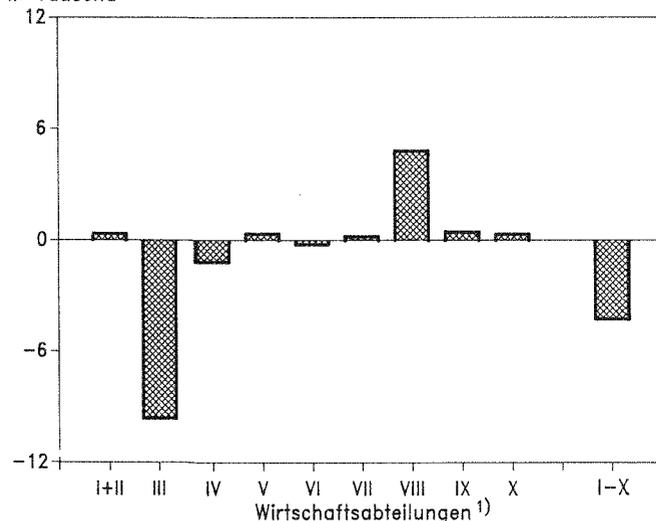
Der Bereich Balingen-Albstadt hat heute etwa genau soviele Beschäftigte wie im Jahr 1975. Insgesamt bleibt der Bereich etwas hinter der allgemeinen Entwicklung zurück. Er ist im Vergleich zu den anderen Verdichtungsbereichen auffallend monostrukturiert, wobei Tendenzen zur Heterostruktur feststellbar sind. Der Abbau von Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe konnte durch einen Beschäftigungszuwachs in den Dienstleistungen substituiert werden. Eine auffallend günstige Strukturverbesserung ist im Verarbeitenden Gewerbe festzustellen. Ausgehend von einer belastenden Struktur (Strukturfaktor 0,92), konnte der Bereich aufgrund günstiger Standorteinflüsse (1,06) seinen Beschäftigtenstand im Verarbeitenden Gewerbe zwischen 1978 und 1986 in etwa halten.

Schaubild 17

**Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte
1975 bis 1986 nach Wirtschaftsabteilungen**

-Verdichtungsbereich Ulm-

absolute Veränderung
in Tausend



1) Systematik der Wirtschaftsabteilungen vgl. Schaubild 5.

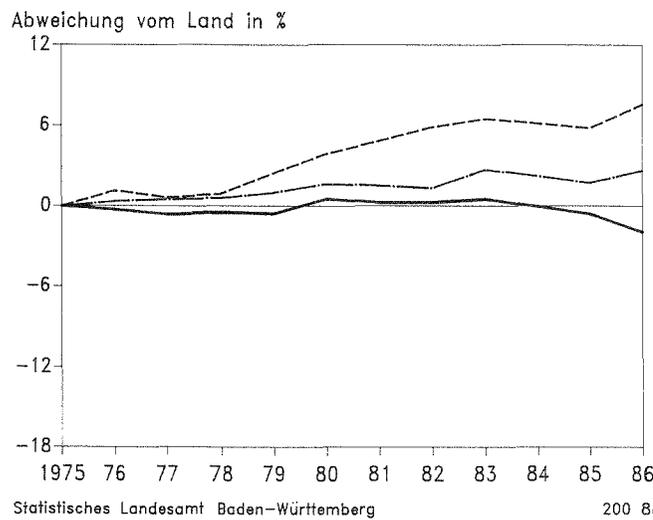
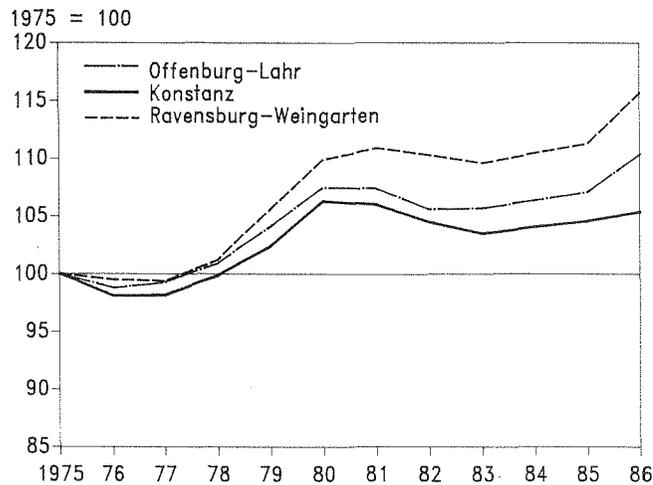
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

199 88

Bis zum Rezessionsjahr 1967 konnte der Verdichtungsbereich Balingen-Albstadt mit der allgemeinen Bevölkerungsentwicklung schritthalten. In den späten 70er und den 80er Jahren ist für diesen Verdichtungsbereich ein stetiger geringer Regionalanteilsverlust festzustellen.

Der Bereich Ulm weist heute über 4 000 Beschäftigte weniger als 1975 nach. Obwohl um das Jahr 1980 eine Erholungsphase festzustellen war, konnte der Bereich insgesamt mit der allgemeinen Entwicklung nicht schritthalten. Die Herfindahlindizes entsprechen in ihrer Ausprägung und Entwicklung etwa jenen des Landes. Im Verarbeitenden Gewerbe sind bemerkenswerte Einbrüche festzustellen. Ausgehend von einer günstigen Struktur

**Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte
1975 bis 1986 in den Verdichtungsbereichen**



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

200 88

(Strukturfaktor 1,05), verlor der Bereich aufgrund seiner Standorteinflüsse (Standortfaktor 0,73) mit fast 10 000 Beschäftigten etwa ein Viertel in dieser Wirtschaftsabteilung. Aufgrund dieser Verluste, die sich auf den Anfang der 80er Jahre konzentrierten, war der Bereich Ulm deutlich zurückgefallen, nachdem er bis etwa 1980 mit den anderen "frühindustrialisierten" Verdichtungsbereichen gut mithalten können. Den seit 1983 bzw. spätestens ab 1985 bei den anderen "frühindustrialisierten Verdichtungsbereichen" aufgetretenen Beschäftigungszunahmen konnte der Verdichtungsbereich Ulm nicht folgen.

Andererseits ist für den Verdichtungsbereich Ulm im vergangenen Jahrzehnt eine von Schwankungen begleitete positive Bevölkerungsentwicklung festzustellen, so daß er als einziger der frühindustrialisierten Bereich ein relatives Bevölkerungswachstum von über 3 % seit 1975 aufweist. Dies ist umso bemerkenswerter, als der Verdichtungsbereich Ulm in den 60er Jahren und Anfang der 70er Jahre ausgeprägte Schwierigkeiten hatte, mit der allgemeinen Entwicklung schrittzuhalten. Jahr für Jahr lag der Verdichtungsbereich um etwa 1 500 Einwohner hinter der landesdurchschnittlichen Bevölkerungsentwicklung zurück.

"Spätindustrialisierte Verdichtungs-
bereiche"

Wesentlich günstiger verlief die Entwicklung in den "spätindustrialisierten" Verdichtungsbereichen. Für alle drei Bereiche sind deutliche Beschäftigungszunahmen festzustellen, sie übertrafen den Landesdurchschnitt zum Teil erheblich.

Der Verdichtungsbereich Ravensburg-Weingarten hat sich mit Abstand am günstigsten entwickelt. Jahr für Jahr lag der Beschäftigungszuwachs 1975 - 1986 um etwa 1 000 höher als dies der allgemeinen Entwicklung entsprochen hätte, so daß dort ein absolutes Wachstum von etwa 11 000 Beschäftigten oder knapp 16 % zu verzeichnen ist. Die Herfindahl-indices entsprechen in etwa jenen des Landes. Der Bereich hat seit 1975 in allen Wirtschaftsabteilungen mehr oder weniger ausgeprägte Zuwächse zu verzeichnen. Die stärkste Entwicklung vollzog sich bei den privaten Dienstleistungen. Dort ist mit einer Zunahme von 6 600 Beschäftigten ein Zuwachs von 74 % festzustellen. Im Verarbeitenden Gewerbe ist trotz der besten Ausgangsstruktur im Land 1978 (Strukturfaktor 1,07) aufgrund nicht ganz optimaler Standortfaktoren (Standortfaktor 0,96) "nur" ein Zuwachs von 1 300 Beschäftigten (1975-86) oder 3,6 % zu verzeichnen.

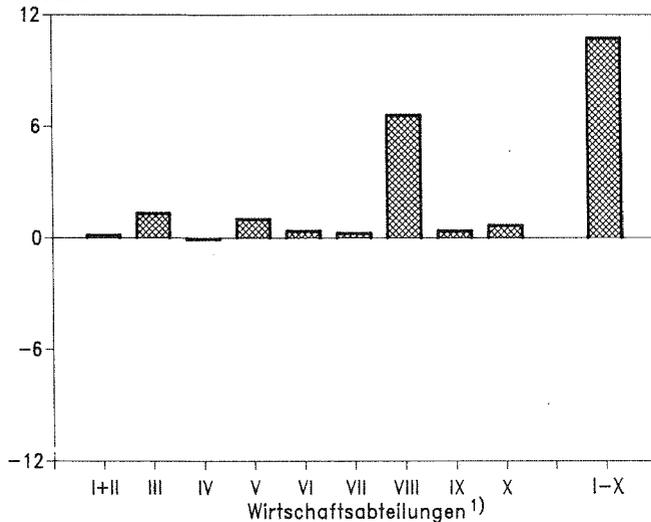
Auch die Bevölkerungszunahme war weit überdurchschnittlich, wenn auch mit insgesamt abnehmender Tendenz. Der Verdichtungsbereich Ravensburg-Weingarten hatte seit 1962 überdurchschnittliche Bevölkerungsentwicklungen zu verzeichnen.

Schaubild 19

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 1975 bis 1986 nach Wirtschaftsabteilungen

–Verdichtungsbereich Ravensburg–Weingarten–

absolute Veränderung
in Tausend



1) Systematik der Wirtschaftsabteilungen vgl. Schaubild 5.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

201 88

Obwohl die Entwicklungsdynamik seit Mitte der 70er Jahre stetig abnimmt, hat dieser Bereich mit einer Bevölkerungszunahme von fast 8 000 Einwohnern oder 4,3 % eine weit über dem Landesdurchschnitt liegende Entwicklung vollzogen.

Der Verdichtungsbereich Konstanz erreichte eine insgesamt günstige, bis 1984 über dem Landesdurchschnitt liegende Entwicklung. Hier ist eine sehr ausgeprägte Tendenz zur Heterostruktur festzustellen. Der Abbau von 2 600 Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe von 1975 bis 1986 wurde durch die Schaffung von fast 6 000 Arbeitsplätzen in den Dienstleistungsbereichen kompensiert. Trotz einer günstigen Ausgangsstruktur im Verarbeitenden Gewerbe 1978 (Strukturfaktor 1,05) konnte der Bereich wegen ungünstiger Standorteinflüsse (0,91) seinen Beschäftigungsstand im Verarbeitenden Gewerbe nicht halten.

Von unterschiedlichen Phasen geprägt war auch die Bevölkerungsentwicklung, die bis zum Jahr 1973 deutlich über dem Landesdurchschnitt lag. Hauptursache dürfte die Zuwanderung aufgrund der Universitätsgründung gewesen sein. Bis 1980 hat der Raum stetige Bevölkerungsverluste zu verzeichnen. In den letzten Jahren hat sich die Situation konsolidiert, so daß der Bereich Konstanz heute etwa 0,7 % mehr Bevölkerung nachweist als im Jahr 1975.

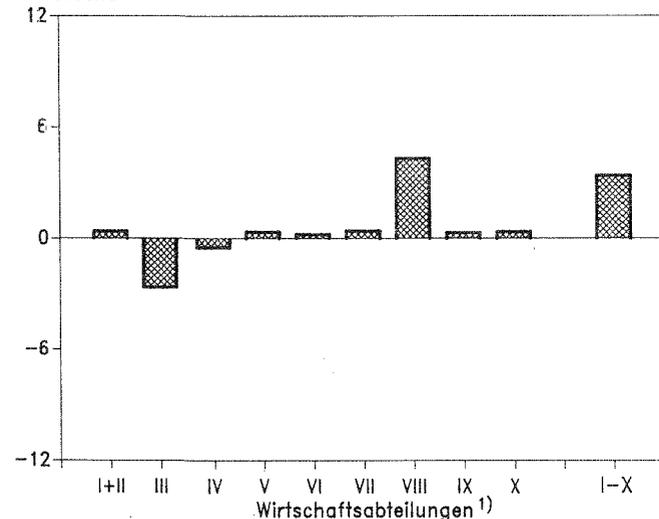
Für Offenburg-Lahr ist die zweitgünstigste Entwicklung von allen Verdichtungsbereichen festzustellen. Über den gesamten Betrachtungszeitraum von 1975 bis 1986 hat sich die Zahl der Beschäftigten positiv von der allgemeinen Entwicklung abgehoben, so daß dort heute 11 % mehr Beschäftigte anzutreffen sind als im Jahr 1975 gegenüber 7,5 % Zuwachs auf Landesebene. Ein wesentlicher Grund für diese günstige Entwicklung dürfte in der ausgeprägten Heterostruktur dieses Bereichs liegen. Mit Ausnahme des Baugewerbes haben alle Wirtschaftsabteilungen Zuwächse zu verzeichnen. Das stärkste Wachstum vollzog sich auch hier bei den privaten Dienstleistungen mit 3 700 Beschäftigten, was einem Zuwachs von etwa 50 % entspricht. Im Verarbeitenden Gewerbe hat der Bereich aufgrund einer günstigen Ausgangsstruktur 1978 (Strukturfaktor 1,03) und den nach Balingen-Albstadt günstigsten Standorteinflüssen (1,05) die nach Aalen-Heidenheim stärkste Zuwachsrate seit 1978 aufzuweisen. Im Zeitraum 1975 - 1986 liegt er sogar an erster Stelle.

Schaubild 20

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 1975 bis 1986 nach Wirtschaftsabteilungen

–Verdichtungsbereich Konstanz–

absolute Veränderung
in Tausend



1) Systematik der Wirtschaftsabteilungen vgl. Schaubild 5.

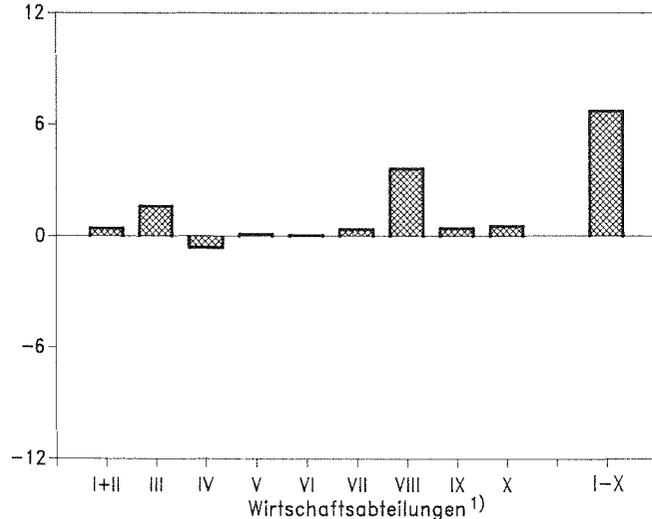
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

202 88

**Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte
1975 bis 1986 nach Wirtschaftsabteilungen**

-Verdichtungsgebiet Offenburg-Lahr-

absolute Veränderung
in Tausend



1) Systematik der Wirtschaftsabteilungen vgl. Schaubild 5.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

203 88

In der Bevölkerungsentwicklung zeigte sich, ausgehend von einer überdurchschnittlichen Entwicklung Anfang der 60er Jahre, seit Mitte der 70er Jahre ein Zurückfallen hinter der Bevölkerungsentwicklung des Landes. In diesem Bereich leben heute fast 2.000 Menschen weniger als im Jahr 1975.

Zusammenfassung

- Begleitet von Schlagworten wie "Babyboom", "Pillenknicke", "Rentnerberg" u.ä. wuchs in unterschiedlichen Entwicklungsphasen die Landesbevölkerung in den vergangenen 25 Jahren um etwa 1,5 Millionen Menschen auf heute gut 9,3 Millionen Einwohner. Die Hälfte dieses Wachstums erfuhr das Land bereits bis zum Rezessionsjahr 1967. Zwei Drittel der Bevölkerungszunahme bis 1967 resultierte aus

den Geburtenüberschüssen des "Babybooms". In den folgenden 20 Jahren nahm die Bevölkerung zwar nochmals in gleichem Umfang zu, aber überwiegend und in den letzten Jahren fast ausschließlich durch Wanderungsgewinne. Seit 1975 ist eine oszillierende Entwicklung mit einer durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate von 0,17 % festzustellen. Baden-Württemberg hat neben Bayern als einziges Bundesland einen bemerkenswerten Bevölkerungszuwachs von 175 000 Einwohner von 1975 bis 1986 zu verzeichnen. Regional verlief die Bevölkerungsentwicklung seit 1975 und per saldo unterschiedlich.

- Die Zahl der versicherungspflichtig Beschäftigten war in Baden-Württemberg zwischen 1975 und 1986 um 7,5 % oder ca. 244 000 angestiegen. Auf einen vorläufigen Beschäftigungshöchststand 1980/81 folgte in den Jahren 1982/83 ein Rückgang. Nach einem Anstieg 1985 und vor allem 1986 wurde mit 3,5 Millionen Beschäftigten im Jahr 1986 der Höchststand im Beobachtungszeitraum erreicht. Ein weiterer Zuwachs folgte im Jahr 1987.

- Die bekannte Verschiebung der Sektorenanteile vom Verarbeitenden Gewerbe zu den Dienstleistungen ließ zwischen 1976, dem Jahr des Beschäftigungstiefststandes, und 1986, dem Jahr des Beschäftigungshöchststandes im Beobachtungszeitraum, die Zahl der Beschäftigten im Sekundären Sektor von 60 % auf 56 % sinken. Die Beschäftigten im Tertiären Sektor nahmen dagegen von knapp 40 % auf etwas über 43 % zu. Den höchsten absoluten Zuwachs erreichten dabei die privaten Dienstleistungen.

- Die Raumkategorien des Landes waren von der Beschäftigungsentwicklung in unterschiedlichem Maß betroffen. Ein unterdurchschnittlicher Zuwachs bei den Verdichtungsräumen von 4,9 % von 1975 bis 1986 bzw. von nur 2,4 % bei den Verdichtungsgebieten im ländlichen Raum führte in beiden Raumkategorien zu einer Reduzierung der Regionalanteile um 1,2 bzw. 0,7 Prozentpunkte.

Demgegenüber lagen die Gewinne der Randzonen mit 11 % und die des übrigen Ländlichen Raumes mit 14,2 % deutlich über dem Landesdurchschnitt von 7,5 %. Sie konnten damit ihre Regionalanteile um 0,5 bzw. um 1,4 Prozentpunkte erhöhen.

Betrachtet man die im Ländlichen Raum liegenden Verdichtungsgebiete und den übrigen Ländlichen Raum als eine Einheit, so ergibt sich bei einem Zuwachs von rund 111 000 Beschäftigten oder 9,6 % noch immer ein über dem Landesdurchschnitt liegender Zuwachs und eine Erhöhung des Regionalanteils um 0,7 Prozentpunkte.

- Der Ländliche Raum insgesamt weist nach wie vor eine Reihe von Gebieten mit Strukturschwächen auf; eine genauere Differenzierung wäre in einer weiteren Untersuchung notwendig. Im Durchschnitt betrachtet erreichte er jedoch bei der Beschäftigung absolute und relative Zunahmen, die deutlich vor den anderen Raumkategorien liegen. Bei der Bevölkerungsentwicklung liegt er absolut wie relativ an zweiter Stelle hinter den Randzonen.
- Bei einer detaillierteren Betrachtung der sieben Verdichtungsgebiete er-

gibt sich eine Zweiteilung in die sog. "frühindustrialisierten" Bereiche (Aalen-Heidenheim, Villingen-Schwenningen, Balingen-Albstadt, Ulm) mit weniger günstiger Entwicklung und die "spätindustrialisierten" Bereiche (Offenburg-Lahr, Ravensburg-Weingarten, Konstanz) mit günstiger Entwicklung. Diese Zweiteilung wird klar erkennbar bei Betrachtung des Zeitraumes 1975 bis 1986 bei den Beschäftigten. Sie kann sich bei anderen Beobachtungszeiträumen verwischen, da der Bereich Konstanz in jüngster Zeit etwas hinter der landesdurchschnittlichen Entwicklung zurückfiel, während sich der Verdichtungsgebiet Aalen-Heidenheim durch Beschäftigungsgewinne 1986 etwas den Landestendenzen annähern konnte.

- In allen sieben Verdichtungsgebieten zeigen sich Tendenzen zur Heterostruktur, darunter besonders ausgeprägt im Verdichtungsgebiet Konstanz. Ursachen dieser Tendenz liegen im wesentlichen im Beschäftigtenverlust im Verarbeitenden Gewerbe und in Gewinnen im tertiären Sektor, darunter vor allem im Bereich der privaten Dienstleistungen.

Fußnoten

- 1) Dieser Untersuchung wurden die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten aus der Beschäftigtenstatistik zugrundegelegt. Selbständige, Beamte und geringfügig Beschäftigte sind somit nicht enthalten.
 - 2) Hier wurden die Märzwerte anstelle der infolge des Streiks in der metallverarbeitenden Industrie deutlich niedriger liegenden Juniwerte verwendet.
 - 3) Siehe dazu auch: Fügel-Waverijn, Ingrid: Strukturwandel im Beschäftigtenumsatz - Wachsende Bedeutung des Dienstleistungssektors, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, 11/1985, S. 422-434.
- Wörner, Manfred: Trends in der Beschäftigtenentwicklung: Teilzeitarbeit und Dienstleistungen steigend, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, 8/1986, S. 309-310.

Wörner, M.: Informationsberufe und Erwerbstätigkeit. Ergänzung der traditionellen Drei-Sektoren-Gliederung um einen quartären Sektor, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, 3/1988, S. 88-93.

4) Hier werden die Raumkategorien des Landesentwicklungsplans zugrundegelegt:

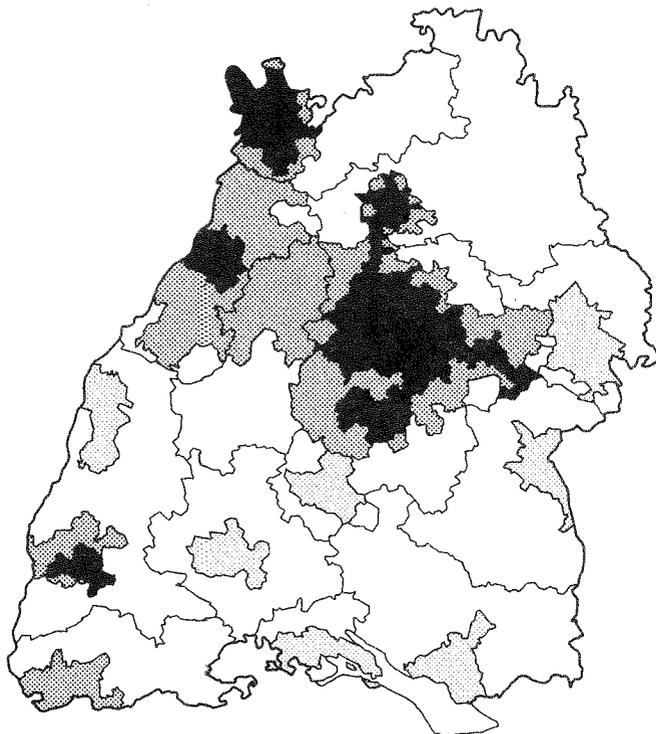
- Verdichtungsräume
- Randzonen um die Verdichtungsräume
- Verdichtungsbereiche im Ländlichen Raum
- übriger Ländlicher Raum

Die sieben Verdichtungsgebiete im Ländlichen Raum werden aufgrund einer hohen Konzentration an Einwohnern und Arbeitsplätzen als eigenständige Raumkategorie ausgewiesen.

Schaubild 22

**Raumkategorien nach dem Landesentwicklungsplan
Stand 1985**

-  Verdichtungsräume
-  Randzonen um Verdichtungsräume
-  Verdichtungsbereiche
-  Ländlicher Raum



5) Siehe hierzu auch:
Nicolas, Rolf: Beschäftigtenentwicklung in den verdichteten und ländlichen Räumen, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, 2/1983, S. 42-47.

Walla, Wolfgang: Die Bevölkerungsentwicklung in den verdichteten und ländlichen Räumen seit 1962 - Ein Überblick.

Teil I: Die natürliche Bevölkerungsbewegung. Teil II: Die räumliche Bevölkerungsbewegung. Teil III: Gesamtentwicklungen, Bevölkerungsbilanzen und Modellrechnungen. Alle drei Teile sind erschienen in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl (I: 4/1981; II: 3/1982; III: 3/1983).

Walla, Wolfgang: Die Entwicklung der Erwerbstätigkeit in den verdichteten und ländlichen Räumen seit 1961, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, 8/1983, S. 288-292.

6) Vergleiche zur Entwicklung in Baden-Württemberg insgesamt wurden sowohl bei der Bevölkerung wie auch bei der Beschäftigung mit Hilfe der Shift-Analyse durchgeführt. Damit kann prozentual oder auch in absoluten Werten errechnet werden, wieweit die Entwicklung eines Raumes (hier die Raumkategorien) von der Entwicklung des Vergleichsgebietes (hier Baden-Württemberg) abweicht. So weisen im o.g. Beispiel die Randzonen einen Bevölkerungsgewinn auf, der im Durchschnitt um 7000 Einwohner höher liegt, als es einer lediglich im Landestrend liegenden Zunahme entsprechen hätte.

Abweichende Entwicklungen von Teilräumen lassen sich im Rahmen der Shift-Analyse theoretisch in einen sog. "Strukturfaktor" und einen sog. "Standortfaktor" zerlegen.

Der Strukturfaktor gibt an, ob im Untersuchungsgebiet zum Ausgangszeitpunkt günstige (>1), durchschnittliche ($=1$) oder ungünstige (<1) Branchenstrukturen vorlagen. Bezugsgröße ist dabei die Entwicklung der Branchen im Vergleichsgebiet, hier das Land.

Hat sich die Beschäftigungssituation allerdings anders entwickelt, als es dem Strukturfaktor entsprochen hätte,

te, so müssen andere, branchenunabhängige Einflüsse eine Rolle gespielt haben. Diese anderen Einflüsse werden unter dem Begriff Standortfaktor zusammengefaßt.

Aufgrund der Datenlage wird bei der Differenzierung nach Branchen das Ausgangsjahr 1978 zugrundegelegt.

- 7) Diese beiden plakativen Bezeichnungen wurden trotz aller zu beachtenden Einschränkungen gewählt. Vor allem in jüngerer Zeit zeigen sich Ten-

denzen zu einer "Aufweichung" dieser Zweiteilung.

- 8) Der Herfindahlindex gibt Hinweise darauf, ob ein Raum Tendenzen zur Monostruktur oder zur Heterostruktur aufweist. Dabei werden die quadrierten Anteile der einzelnen Wirtschaftsabteilungen aufaddiert. Durch die Quadrierung werden ohnehin hohe Anteile überproportional verstärkt und damit Monostrukturen sichtbar gemacht.

5.2 Entwicklung der landwirtschaftlichen Betriebsstruktur in den einzelnen Regionen des Landes

Die durch wachsende Agrarüberschüsse verursachten Finanzierungsprobleme in der Europäischen Gemeinschaft hatten sich zu Beginn dieses Jahrzehnts so zugespitzt, daß einschneidende Maßnahmen durch die Kommission und den Ministerrat der EG in den letzten Jahren unausweichlich wurden. Allerdings bewirkten die dann zur Sicherstellung eines geordneten Haushalts getroffenen Beschlüsse, wie Preissenkungen und eingeschränkte Garantien bei wichtigen Marktordnungsprodukten (z.B. Getreide, Raps, Milch, Rindfleisch) bei vielen landwirtschaftlichen Betrieben zugleich eine nachhaltige Beeinträchtigung der Einkommenserwartungen und -chancen. Beinahe zeitgleich kam es 1986/87 auf dem nicht mit Preis- und Abnahmegarantien versehenen Schweinemarkt zu einem teilweise saisonal bedingten Produktionshöhepunkt, der zu starken Erzeugerpreiseinbrüchen bei Mastschweinen und Ferkeln führte.

Infolge der rückläufigen Erlöse bei praktisch unveränderten Betriebsmittelkosten gerieten zahlreiche Betriebe in wirtschaftliche Schwierigkeiten, teilweise sogar in Finanzprobleme. Es ist deshalb verständlich, wenn der bäuerliche Nachwuchs seine Berufschancen auch zunehmend außerhalb der Landwirtschaft sucht. Mangels quantitativ ausreichender und/oder attraktiver Arbeitsplatzangebote im Umfeld der landwirtschaftlichen Betriebe bedeutet dies mitunter Abwanderung in die städtischen Mittelzentren oder gar in die Verdichtungsräume des Landes. Um der damit verbundenen Gefahr des Bevölkerungsrückzugs aus weiten Gebieten entgegenzuwirken, unternimmt die Landesregierung seit Jahren besondere Anstrengungen zur Förderung der Wirtschaftskraft und Lebensqualität im Ländlichen Raum. Beispiele sind das

Dorfentwicklungsprogramm, das Wirtschaftsförderungsprogramm, das Programm Ländlicher Raum oder die auf die speziellen Bedingungen einzelner Gebiete zugeschnittenen Regionalprogramme. Sichtbaren Ausdruck fanden die Bemühungen zur Stärkung des Ländlichen Raums schließlich auch in der 1987 erfolgten Bündelung der Koordinierungs- und Ressortkompetenzen im Ministerium für Ländlichen Raum, Landwirtschaft und Forsten, wobei grundsätzlich Konsens darüber besteht, daß die Landwirtschaft wesentlicher Bestandteil des Ländlichen Raumes ist.

Zur gezielten Entwicklung und bedarfsgerechten Förderung des Ländlichen Raums sind daher regional differenzierte Kenntnisse über Entwicklungsstand und -richtung der landwirtschaftlichen Betriebsgrößenstruktur vordringlich, wie sie im folgenden über einen Zeitraum von etwa 1 1/2 Jahrzehnten dargestellt und erläutert werden. Zuvor soll jedoch der Strukturwandel auf Landesebene für die jüngste Vergangenheit nachgezeichnet und damit der Anschluß an frühere Analysen¹ hergestellt werden.

1) Vgl. Stadler, Rudolf / Stärkel, Meinhard: Agranstruktur im Wandel, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, 9/1986, S. 342 ff.

Vgl.: Statistisch-prognostischer Bericht 1984/85: Neuere Aspekte des landwirtschaftlichen Strukturwandels, S. 176 ff.

Vgl.: Landwirtschaft in Baden-Württemberg, Hrsg.: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, 1986.

Strukturwandel wieder beschleunigt

Zu Beginn der achtziger Jahre hatte sich die Intensität des landwirtschaftlichen Strukturwandels bekanntermaßen erheblich abgeschwächt: Nach den Ergebnissen der Landwirtschaftszählung 1979 und der Agrarberichterstattung 1985 schieden in diesem Zeitraum durchschnittlich nur knapp 2,1 % der landwirtschaftlichen Betriebe pro Jahr aus dem statistischen Erfassungsbereich aus.² Im Gegensatz hierzu waren zwischen den beiden Landwirtschaftszählungen 1971 und 1979 im Schnitt jährlich noch etwa 2,8 % der vorhandenen Betriebe aufgegeben worden, wobei das Tempo des Strukturwandels in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre deutlich höher lag als zu Beginn des Jahrzehnts. Von den 1971 gezählten 190 708 landwirtschaftlichen Betrieben existierten 8 Jahre später noch 152 428 Einheiten, 1985 nurmehr 134 279.

In jüngster Vergangenheit ist wieder eine Beschleunigung des strukturellen Wandlungsprozesses feststellbar: 1987 bezifferte sich die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe auf 126 836, dies entspricht einem Rückgang um 7 443 Betriebe binnen zweier Jahre oder durchschnittlich 2,8 % per anno. Ein kleiner Teil dieser erhöhten Abnahme ist zwar statistisch-methodisch bedingt, da 1987 die wirtschaftlich unselbständigen Teilbetriebe (soweit bekannt) erstmals mit den zugehörigen Hauptbetrieben zu Betriebs-einheiten zusammengefaßt wurden. Wesentlich stärker wirkten sich jedoch die veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen aus. Offensichtlich bewegte die verschlechterte Ertragslage und die zum Teil erhebliche Fremdkapitalbelastung eine Reihe von Betriebsinhabern zur Betriebsaufgabe. Da sich die Situation auf den Agrarmärkten seitdem eher weiter verschärft hat - man denke nur an die jüngsten Vereinbarungen anläßlich des EG-Sondergipfels zur Stabilisierung des Getreidemarkts, dem zumindest in

der Vergangenheit eine gewisse Leitfunktion zukam - muß wohl davon ausgegangen werden, daß - trotz Fördermaßnahmen - auch in den kommenden Jahren weiterhin mit einem weiteren Strukturwandel zu rechnen ist.

Anhaltende Veränderungen im Größenklassengefüge

Auch die Verschiebungen im Größenklassengefüge der landwirtschaftlichen Betriebe setzten sich beschleunigt fort: Zwischen 1986 und 1987 nahm die Betriebszahl auch in der Größenklasse von 25 - 30 ha LF (die bis 1982 noch deutlich zunahm und sich dann auf etwa gleichem Niveau bis 1985 hielt) erstmals kräftiger ab (- 3,2 %) und geriet damit ebenfalls in den Sog des Schrumpfungsprozesses, der sich in den fünfziger Jahren noch auf Betriebe mit weniger als 10 ha LF beschränkte, in den sechziger Jahren auch solche mit 10 - 15 ha LF und in den siebziger Jahren schließlich Betriebe mit 15 - 20 ha LF erfaßte. Zog sich die Verschiebung des "kritischen" Wertes (unterhalb dessen der Betriebsbestand schrumpft) von 10 auf 20 ha LF noch über nahezu zwei Jahrzehnte hin, so überrollte die "Wachstumsschwelle" 1979/80, also schon nach einem weiteren Jahrzehnt auf allerdings höherem Ausgangsniveau den nächsten 10 ha-Abschnitt. Sie stieß damit in Größenordnungen vor, die vor nicht allzu langer Zeit noch als zukunftsfruchtig galten.

Oberhalb des derzeitigen Schwellenwerts von etwa 30 ha LF wuchs die Zahl der Betriebe weiter an, im vergangenen Jahr am stärksten in der Größenklasse von 50 - 75 ha LF (+ 11,9 %). Zumindest bei den größeren Betrieben ist die Tendenz zum Flächenwachstum ungebrochen, insbesondere dort, wo die Inhaber in der Flächenaufstockung eine Möglichkeit sehen, die betriebliche Existenz- und Einkommensgrundlage zu vertretbaren Kosten zu erweitern. Dabei erfolgt eine solche Erweiterung überwiegend durch Flächenzupacht und weniger durch Flächenkauf, was betriebswirtschaftlich durchaus sinnvoll ist. Dementsprechend hat sich die durchschnittliche Pachtlandquote in Baden-Württemberg allein in diesem Jahrzehnt schon wieder um mehr als 4-Prozentpunkte auf nunmehr über 38 % erhöht.

2) Betriebe mit mind. 1 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche (LF) und mehr bzw. mit weniger als 1 ha LF, aber entsprechender Mindestmarkterzeugung.

Freilich stockten die Betriebe unterhalb der o.g. Wachstumsschwelle nicht alle ab und die Betriebe oberhalb auch nicht alle auf. In ein und derselben Größenklasse überschneiden sich vielmehr gegenläufige Entwicklungen, so daß Betrieben, die ihre Produktionsgrundlage einschränken, bei gleicher Ausgangsgröße immer solche gegenüber stehen³, die ihre Flächenausstattung erweitern. Demnach läßt sich die Entwicklung im kritischen Größenbereich darauf zurückführen, daß einem Teil der Betriebe die Flächenaufstockung in höhere Größenklassen gelungen ist, während ein anderer Teil von Betrieben Flächen abgab, die Verluste dieser Ausgangsgrößenklasse aber nicht durch Zugänge aus anderen Klassen ausgeglichen werden konnten.

Immer noch viele Kleinbetriebe

Trotz des seit Jahrzehnten anhaltenden Strukturwandels bestimmen Kleinbetriebe nach wie vor das Erscheinungsbild der heimischen Landwirtschaft. So verfügten 1987 immerhin 78 640 oder 62 % aller landwirtschaftlichen Betriebe über weniger als 10 ha LF, 1971 waren es noch 70 % (Tabelle 1). Zu dieser Größenklasse gehören freilich auch die meisten der für Baden-Württemberg typischen Betriebe mit Wein-, Garten- und Obstbau oder Baumschulen. Weitere 24 019 Betriebe (19 %) bewirtschafteten zwischen 10 und 20 ha LF und lediglich 11 522 Betriebe (9 %) lagen über der "Wachstumsschwelle" von 30 ha LF. Dabei verzeichnete seit 1971 dieser Bereich eine besonders dynamische Entwicklung, indem sich die Zahl der Betriebe mehr als verdoppelte und ihr Anteil an der Gesamtzahl aller Betriebe vervierfachte. In der Hand solcher "größeren" Betriebe befindet sich heute bereits mehr als ein Drittel (37 %)

3) Vgl. Stadler, R. / Stärkel, M.: Agrarstruktur im Wandel, a.a.O.

Tabelle 1

Strukturentwicklung der landwirtschaftlichen Betriebe 1971 bis 1987

Landwirtschaftlich genutzte Fläche von ... bis unter ... ha	Landwirtschaftliche Betriebe								Veränderung					
	1971		1979		1983		1987		1979 gegen 1971		1983 gegen 1979		1987 gegen 1983	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%
unter 1	10 999	5,8	10 261	6,7	11 049	7,9	10 784	8,5	- 738	- 6,7	+ 788	+ 7,7	- 265	- 2,4
1 - 2	33 140	17,4	26 075	17,1	23 204	16,6	20 040	15,8	- 7 065	- 21,3	- 2 871	- 11,0	- 3 164	- 13,6
2 - 5	48 060	25,2	33 738	22,1	29 328	20,9	25 488	20,0	- 14 322	- 29,8	- 4 410	- 13,1	- 3 840	- 13,1
5 - 10	41 439	21,7	29 393	19,3	25 698	18,4	22 328	17,6	- 12 046	- 29,1	- 3 695	- 12,6	- 3 370	- 13,1
10 - 15	24 843	13,0	18 067	11,9	15 920	11,4	14 029	11,1	- 6 776	- 27,3	- 2 147	- 11,9	- 1 891	- 11,9
15 - 20	15 334	8,0	12 484	8,2	11 230	8,0	9 990	7,9	- 2 850	- 18,6	- 1 254	- 10,0	- 1 240	- 11,0
20 - 25	8 477	4,5	8 541	5,6	8 034	5,7	7 353	5,8	+ 64	+ 0,8	- 507	- 5,9	- 681	- 8,5
25 - 30	4 012	2,1	5 357	3,5	5 555	4,0	5 302	4,2	+ 1 345	+ 33,5	+ 198	+ 3,7	- 253	- 4,6
30 - 40	2 773	1,5	4 894	3,2	5 375	3,8	5 836	4,6	+ 2 121	+ 76,5	+ 481	+ 9,8	+ 461	+ 8,6
40 - 50	820	0,4	1 886	1,2	2 325	1,7	2 660	2,1	+ 1 066	+ 130,0	+ 439	+ 23,3	+ 335	+ 14,4
50 - 100	600	0,3	1 457	1,0	1 910	1,4	2 647	2,1	+ 857	+ 142,8	+ 453	+ 31,1	+ 737	+ 38,6
100 und mehr	211	0,1	275	0,2	336	0,2	379	0,3	+ 64	+ 30,3	+ 61	+ 22,2	+ 43	+ 12,8
Betriebe insgesamt	190 708	100	152 428	100	139 964	100	126 836	100	- 38 280	- 20,1	- 12 464	- 8,2	- 13 128	- 9,4
darunter Betriebe mit 1 ha LF und mehr	179 709	94,2	142 167	93,3	128 915	92,1	116 052	91,5	- 37 542	- 20,9	- 13 252	- 9,3	- 12 863	- 10,0

Tabelle 2

**Strukturentwicklung der landwirtschaftlich genutzten Fläche 1971 bis 1987
nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche**

Landwirtschaftlich genutzte Fläche von ... bis unter ... ha	Landwirtschaftlich genutzte Fläche							
	1971		1979		1983		1987	
	ha	%	ha	%	ha	%	ha	%
unter 1	6 082	0,4	6 010	0,4	6 237	0,4	6 068	0,4
1 – 2	47 283	3,0	36 901	2,4	32 886	2,2	28 446	1,9
2 – 5	158 871	10,0	110 901	7,2	96 368	6,4	83 657	5,6
5 – 10	299 851	18,9	213 930	14,0	187 193	12,4	162 622	11,0
10 – 15	305 535	19,2	222 463	14,5	196 247	13,0	173 055	11,6
15 – 20	264 639	16,7	216 619	14,1	194 924	12,9	173 668	11,7
20 – 25	187 796	11,9	190 736	12,5	179 529	11,9	164 281	11,1
25 – 30	109 119	6,9	146 283	9,6	151 778	10,1	144 930	9,8
30 – 40	93 784	5,9	166 580	10,9	183 971	12,2	200 378	13,5
40 – 50	36 117	2,3	83 422	5,4	103 159	6,8	117 973	8,0
50 – 100	39 698	2,5	93 321	6,1	122 321	8,1	169 735	11,4
100 und mehr	36 064	2,3	45 241	3,0	54 821	3,6	59 116	4,0
Landwirtschaftlich genutzte Fläche insgesamt	1 584 838	100	1 532 407	100	1 509 434	100	1 483 927	100
darunter landwirtschaftlich genutzte Fläche der Betriebe mit 1 ha LF und mehr	1 578 756	99,6	1 526 397	99,6	1 503 197	99,6	1 477 859	99,6

der von den landwirtschaftlichen Betrieben insgesamt bewirtschafteten 1,48 Millionen ha LF (Tabelle 2); demgegenüber entfällt auf die Betriebe mit weniger als 10 ha LF nur noch ein knappes Fünftel (18,9 %) der gesamten LF gegenüber etwa 32 % im Jahr 1970.

Zunehmende Bedeutung des landwirtschaftlichen Nebenerwerbs

Trotz der insgesamt gestiegenen durchschnittlichen Betriebsgröße nahm die Bedeutung des landwirtschaftlichen Nebenerwerbs in der Vergangenheit ständig zu, während der Anteil der Haupterwerbsbetriebe, bei denen die Landwirtschaft die einzige oder überwiegende Einkommensgrundlage des Betriebsinhabers und seines Ehegatten bildet, tendenziell sank (Tabelle 3): Wurden Anfang der siebziger Jahre noch gut 45 % der Betriebe im Haupterwerb und knapp 55 % im Nebenerwerb bewirtschaftet, so hat sich dieses Verhältnis bis 1987 auf 34 % zu 66 % erweitert. Dabei erstreckt

sich die verstärkte Hinwendung zum landwirtschaftlichen Nebenerwerb zunehmend auch auf größere Betriebe: In fast allen Größenklassen unter der Wachstumsschwelle ging die Zahl der Nebenerwerbsbetriebe in den letzten Jahren deutlich langsamer zurück als die der Haupterwerbsbetriebe, und umgekehrt war der relative Zuwachs bei Nebenerwerbsbetrieben in den meisten Größenklassen über der Wachstumsschwelle wesentlich größer als bei Haupterwerbsbetrieben. Die zunehmende Bedeutung des Nebenerwerbs in allen Größenbereichen liegt auf der Hand. Die meisten der rund 82 500 Nebenerwerbsbetriebe gehören freilich zum Größenbereich unter 10 Hektar LF. Größere Betriebe, etwa ab 30 Hektar LF, sind andererseits die Domäne der Haupterwerbslandwirtschaft; 93 % der Betriebe dieser Größenklasse werden im Haupterwerb bewirtschaftet. Selbst bei einer Flächenausstattung von 10 bis 20 Hektar LF ist noch jeder zweite Betriebsleiter Haupterwerbslandwirt, bei allerdings durchaus nennenswertem Zusatzeinkommen aus außerlandwirtschaft-

Veränderung					
1979 gegen 1971		1983 gegen 1979		1987 gegen 1983	
absolut	%	absolut	%	absolut	%
- 72	- 1,2	+ 227	+ 3,8	- 169	- 2,7
- 10 382	- 22,0	- 4 015	- 10,9	- 4 440	- 13,5
- 47 970	- 30,2	- 14 533	- 13,1	- 12 711	- 13,2
- 85 921	- 28,7	- 26 737	- 12,5	- 24 571	- 13,1
- 83 072	- 27,2	- 26 216	- 11,8	- 23 192	- 11,8
- 48 020	- 18,2	- 21 695	- 10,0	- 21 256	- 10,9
+ 2 940	+ 1,6	- 11 207	- 5,9	- 15 248	- 8,5
+ 37 164	+ 34,1	+ 5 495	+ 3,8	- 6 848	- 4,5
+ 72 796	+ 77,6	+ 17 391	+ 10,4	+ 16 407	+ 8,9
+ 47 305	+ 131,0	+ 19 737	+ 23,7	+ 14 814	+ 14,4
+ 53 623	+ 135,1	+ 29 000	+ 31,1	+ 47 414	+ 38,8
+ 9 177	+ 25,5	+ 9 580	+ 21,2	+ 4 295	+ 7,8
- 52 431	- 3,3	- 22 973	- 1,5	- 25 507	- 1,7
- 52 359	- 2,3	- 23 200	- 1,5	- 25 338	- 1,7

licher Erwerbstätigkeit (Zuerwerbsbetriebe). Die eigentlichen Vollerwerbsbetriebe mit ausschließlich landwirtschaftlicher Existenzgrundlage sind mehr im oberen Größenklassenbereich vertreten.

Regionale Kenntnisse erforderlich

Die auf Landesebene gewonnenen Erkenntnisse über die Strukturentwicklung in der Landwirtschaft gelten bei den ausgeprägten natürlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Unterschieden innerhalb Baden-Württembergs nicht auch gleichermaßen für jede Teilregion. Die Kenntnis der regionalen Unterschiede ist aber Voraussetzung für eine ausgeglichene, alle Teile des Landes berücksichtigende Planungs- und Förderungspolitik. Entsprechend der entwicklungspolitischen Fragestellung sind dabei unterschiedliche Gebietsabgrenzungen angezeigt. So empfiehlt sich für zahlreiche administrative Maßnahmen die übliche Gliederung nach Regionen und Kreisen. Für speziell landwirtschaftlich ausgewertete Problemstellungen ist eine

Gliederung aufgrund der natürlichen Gegebenheiten und Ertragsbedingungen, die oft innerhalb eines Kreises stark wechseln können, nach sogenannten "Landwirtschaftlichen Vergleichsgebieten", zweckmäßig. Für die umfassende Raumordnungsplanung hat sich die dem Landesentwicklungsplan zugrunde gelegte Gliederung nach den vier Raumkategorien

- Verdichtungsräume
- Randzonen der Verdichtungsräume
- Verdichtungsgebiete (im Ländlichen Raum) und
- Ländlicher Raum im engeren Sinne bewährt.

Um den verschiedenen Gliederungsaspekten Rechnung zu tragen, werden daher im folgenden die regionalen Entwicklungsunterschiede im landwirtschaftlichen Strukturwandel für alle drei Gebietskategorien (Administrative Räume, Landwirtschaftliche Vergleichsgebiete, Raumkategorien des Landesentwicklungsplans) eingehender dargestellt, wobei der Kreisbetrachtung eine besondere Bedeutung zukommt.

Administrative Ebene:

Enorme Entwicklungsunterschiede zwischen den Kreisen

In den einzelnen Stadt- und Landkreisen hat die Landwirtschaft heute ein sehr unterschiedliches Gewicht: Während ein Teil der Kreise überwiegend auf Handwerk, Industrie und Dienstleistungsgewerbe ausgerichtet ist und der Landwirtschaft dort längst nicht mehr die Bedeutung wie noch vor wenigen Jahrzehnten zukommt, sind andere Kreise - nicht zuletzt aufgrund unterschiedlicher Ausgangsvoraussetzungen - noch wesentlich stärker landwirtschaftlich orientiert. Gleichwohl waren in allen Kreisen seit 1971 erhebliche Betriebsabnahmen zu verzeichnen, die auch für die verbleibenden Betriebe wesentliche Strukturveränderungen mit sich brachten.

Nahm die Zahl landwirtschaftlicher Betriebe landesweit von 1971 bis 1979 um ein Fünftel und von 1979 bis 1987 um weitere 16,4 % ab, so verlief die Entwicklung in manchen Kreisen jedoch weitaus stürmischer. Mit Abnahmeraten von über 30 % (1971 bis 1979) bzw. 27 % (1979 bis 1987) erreichte das Tempo des

Tabelle 3

Landwirtschaftliche Betriebe 1971 bis 1987 nach sozialökonomischen Betriebstypen und Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF)

Landwirtschaftlich genutzte Fläche von ... bis unter ... ha	Betriebe					
	1971			1979		
	insgesamt	davon		insgesamt	davon	
		Haupt-erwerb(HE)	Neben-erwerb(NE)		Haupt-erwerb(HE)	Neben-erwerb(NE)

Anzahl

unter 1	10 719	2 543	8 176	10 165	1 768	8 397
1 - 2	32 751	3 647	29 104	25 836	1 665	24 171
2 - 5	47 641	9 619	38 022	33 403	3 908	29 495
5 - 10	41 181	19 895	21 286	29 183	8 283	20 900
10 - 20	40 018	33 969	6 049	30 402	20 339	10 063
20 - 30	12 410	12 015	395	13 832	12 658	1 174
30 - 50	3 526	3 423	103	6 700	6 424	276
50 und mehr	679	625	54	1 578	1 503	75
Betriebe insgesamt	188 925	85 736	103 189	151 099	56 548	94 551

Anteile in %

unter 1	100	23,7	76,3	100	17,4	82,6
1 - 2	100	11,1	88,9	100	6,4	93,6
2 - 5	100	20,2	79,8	100	11,7	88,3
5 - 10	100	48,3	51,7	100	28,4	71,6
10 - 20	100	84,9	15,1	100	66,9	33,1
20 - 30	100	96,8	3,2	100	91,5	8,5
30 - 50	100	97,1	2,9	100	95,9	4,1
50 und mehr	100	92,0	8,0	100	95,2	4,8
Betriebe insgesamt	100	45,4	54,6	100	37,4	62,6

Veränderung

Landwirtschaftlich genutzte Fläche von ... bis unter ... ha	Betriebe								
	insgesamt	HE	NE	insgesamt	HE	NE	insgesamt	HE	NE
	1979 gegenüber 1971			1983 gegenüber 1979			1983 gegenüber 1971		
	%								
unter 1	- 5,2	- 30,5	+ 2,7	+ 7,6	- 2,8	+ 9,8	+ 2,1	- 32,4	+ 12,8
1 - 2	- 21,1	- 54,4	- 17,0	- 11,1	- 10,2	- 11,1	- 29,9	- 59,0	- 26,2
2 - 5	- 29,9	- 59,4	- 22,4	- 13,1	- 17,9	- 12,5	- 39,1	- 66,7	- 32,1
5 - 10	- 29,1	- 58,4	- 1,8	- 12,6	- 22,6	- 8,6	- 38,1	- 67,8	- 10,3
10 - 20	- 24,0	- 40,1	+ 66,4	- 11,1	- 19,4	+ 5,8	- 32,5	- 51,8	+ 76,0
20 - 30	+ 11,5	+ 5,4	+ 197,2	- 2,2	- 5,4	+ 32,2	+ 9,1	- 0,3	+ 292,9
30 - 50	+ 90,0	+ 87,7	+ 168,0	+ 13,8	+ 12,3	+ 48,2	+ 116,2	+ 110,8	+ 297,1
50 und mehr	+ 132,4	+ 140,5	+ 38,9	+ 33,5	+ 33,1	+ 42,7	+ 210,3	+ 220,0	+ 98,2
Betriebe insgesamt	- 20,0	- 34,0	- 8,4	- 8,2	- 10,8	- 6,6	- 26,6	- 41,2	- 14,4

Betriebe					
1983			1987		
insgesamt	davon		insgesamt	davon	
	Haupt- erwerb (HE)	Neben- erwerb (NE)		Haupt- erwerb (HE)	Neben- erwerb (NE)

Anzahl

10 939	1 718	9 221	10 689	1 417	9 272
22 974	1 495	21 479	19 848	1 192	18 656
29 029	3 208	25 821	25 230	2 582	22 648
25 509	6 414	19 095	22 191	4 845	17 346
27 034	16 390	10 644	23 921	12 450	11 471
13 533	11 981	1 552	12 608	10 355	2 253
7 624	7 215	409	8 425	7 749	676
2 107	2 000	107	2 904	2 741	163
138 749	50 421	88 328	125 816	43 331	82 485

Anteile in %

100	15,7	84,3	100	13,3	86,7
100	6,5	93,5	100	6,0	94,0
100	11,1	88,9	100	10,2	89,8
100	25,1	74,9	100	21,8	78,2
100	60,6	39,4	100	52,0	48,0
100	88,5	11,5	100	82,1	17,9
100	94,6	5,4	100	92,0	8,0
100	94,9	5,1	100	94,4	5,6
100	36,3	63,7	100	34,4	65,6

Betriebe								
insgesamt	HE	NE	insgesamt	HE	NE	insgesamt	HE	NE
1987 gegenüber 1971			1987 gegenüber 1979			1987 gegenüber 1983		
%								

- 0,3	- 44,3	+ 13,4	+ 5,2	- 19,9	+ 10,4	- 2,3	- 17,5	+ 0,6
- 39,4	- 67,3	- 35,9	- 23,2	- 28,4	- 22,8	- 13,6	- 20,3	- 13,1
- 47,0	- 73,2	- 40,4	- 24,5	- 33,9	- 23,2	- 13,1	- 19,5	- 12,3
- 46,1	- 75,7	- 18,5	- 24,0	- 41,5	- 17,0	- 13,0	- 24,5	- 9,2
- 40,2	- 63,4	+ 89,6	- 21,3	- 38,8	+ 14,0	- 11,5	- 24,0	+ 7,8
+ 1,6	- 13,8	+ 470,4	- 8,9	- 18,2	+ 91,9	- 6,8	- 13,6	+ 45,2
+ 138,9	+ 126,4	+ 556,3	+ 25,8	+ 20,6	+ 144,9	+ 10,5	+ 7,4	+ 65,3
+ 327,7	+ 338,6	+ 201,9	+ 84,0	+ 82,4	+ 117,3	+ 37,8	+ 37,1	+ 52,3
- 33,4	- 49,5	- 20,1	- 16,7	- 23,4	- 12,8	- 9,3	- 14,1	- 6,6

Strukturwandels in beiden Beobachtungsperioden im Enzkreis und im Landkreis Karlsruhe mehr als das eineinhalbfache des Landeswerts. Wie aus Tabelle 4 hervorgeht, gaben auch in anderen Kreisen überproportional viele Betriebe die Existenz auf, so in den Regionen Mittlerer Oberrhein, Nordschwarzwald, Schwarzwald-Baar-Heuberg, Unterer Neckar, Neckar-Alb und Hochrhein-Bodensee. Diese Gebiete waren früher weitgehend kleinbetrieblich strukturiert und von einem hohen Anteil landwirtschaftlicher Nebenerwerbsbetriebe geprägt - ein Resultat der dort jahrhundertlang im Erbgang praktizierten Sitte der Realteilung, die eine starke Flurzersplitterung und eine Vielzahl kleiner Betriebe hinterließ, auf denen ihre Besitzer kaum ein ausreichendes Einkommen erwirtschaften konnten. Dementsprechend wurden sich bietende außerbetriebliche Erwerbsmöglichkeiten gern angenommen, um den Lebensunterhalt der Familie auf eine breitere Basis zu stellen. Nachdem schon in den fünfziger und sechziger Jahren der Umstrukturierungsprozeß in der Region Mittlerer Oberrhein, im Rhein-Neckar-Kreis und im Enzkreis die Gesamtzahl der Betriebe erheblich reduziert hatte⁴, setzte sich diese Entwicklung abermals auf hohem Niveau fort. Wie im folgenden noch zu zeigen sein wird, ergaben sich dabei freilich auch erhebliche Differenzierungen zwischen den o.g. Regionen.

Andere Kreise und Regionen des Landes waren dagegen im gleichen Zeitraum wesentlich weniger von Betriebsaufgaben betroffen. Läßt man einmal die Stadtkreise, in denen die Landwirtschaft (einschließlich gartenbaulicher Produktionsbetriebe) ganz speziellen Bedingungen unterliegt, außer Betracht, dann fällt auf, daß sich die Gesamtzahl der landwirtschaftlichen Betriebe in den Kreisen Emmendingen und Breisgau-Hochschwarzwald sowohl in den siebziger wie auch in den ersten achtziger Jahren relativ am wenigsten (jeweils nur um

rund 10 %) vermindert hat. Ähnlich stabil waren die Verhältnisse auch im Bodenseekreis. Offenbar hat der in der Rheinebene, am Kaiserstuhl und am Bodensee bedeutende Anbau von Dauer- und Sonderkulturen (Obst- und Weinbau) maßgeblich dazu beigetragen, daß die Betriebsinhaber ihre Betriebe auch bei vergleichsweise geringer Flächenausstattung zu wirtschaftlich befriedigenden Bedingungen fortführen konnten.

Weniger als im Landesmittel reduzierte sich die Zahl der Betriebe aber auch in den Landkreisen Hohenlohe, Schwäbisch Hall, Heilbronn, Ostalb, Alb-Donau, Biberach und Ravensburg, die durch relativ geringe Bevölkerungsdichte und überwiegend geschlossene Hofübergabe beim Generationswechsel gekennzeichnet sind; die genannten Kreise decken nahezu den gesamten östlichen Landesteil ab. Unterdurchschnittliche Abnahmeraten zeichnen schließlich auch den Kreis Ludwigsburg (der allerdings in den sechziger Jahren ungleich stärkere Betriebsverluste hinzunehmen hatte) und den Kreis Göppingen (der schon immer vergleichsweise weniger Kleinbetriebe aufwies) aus.

Zu der gemäßigten Entwicklung haben somit unterschiedliche Faktoren beigetragen. Während im östlichen Landesteil die traditionell durch mittel- bis großbäuerliche Betriebe geprägte Struktur und der gegenüber anderen Regionen, etwa dem mittleren Neckarraum, geringere Landbedarf für Siedlungszwecke stabilisierend wirkten, konnte in anderen Landesteilen der strukturelle Anpassungsdruck durch eine besondere Produktionsausrichtung und Marktorientierung gemildert werden.

Unterschiedliche Entwicklung in den Größenklassen

Eine zusätzliche Differenzierung ergibt sich aus den erheblichen Unterschieden im Größenklassengefüge der landwirtschaftlichen Betriebe innerhalb der einzelnen Kreise. Verständlicherweise waren im Beobachtungszeitraum vor allem Betriebe mit weniger als 10 Hektar LF von starken Einbußen betroffen. Diese schwankten im Zeitraum 1971 bis 1979 zwischen 12,5 % im Kreis Breisgau-Hochschwarzwald und 37,1 % im Enzkreis, im Zeitraum 1979 bis 1987 zwischen 11,8 %

4) Vgl. Schwarz, Gerhard: Regionale Entwicklung der landwirtschaftlichen Betriebsgrößenstruktur, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, 8/1975, S. 254 ff.

Schaubild 1

Abnahme der Zahl landwirtschaftlicher Betriebe in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs 1987 gegenüber 1971

Veränderung in Prozent
von .. bis unter

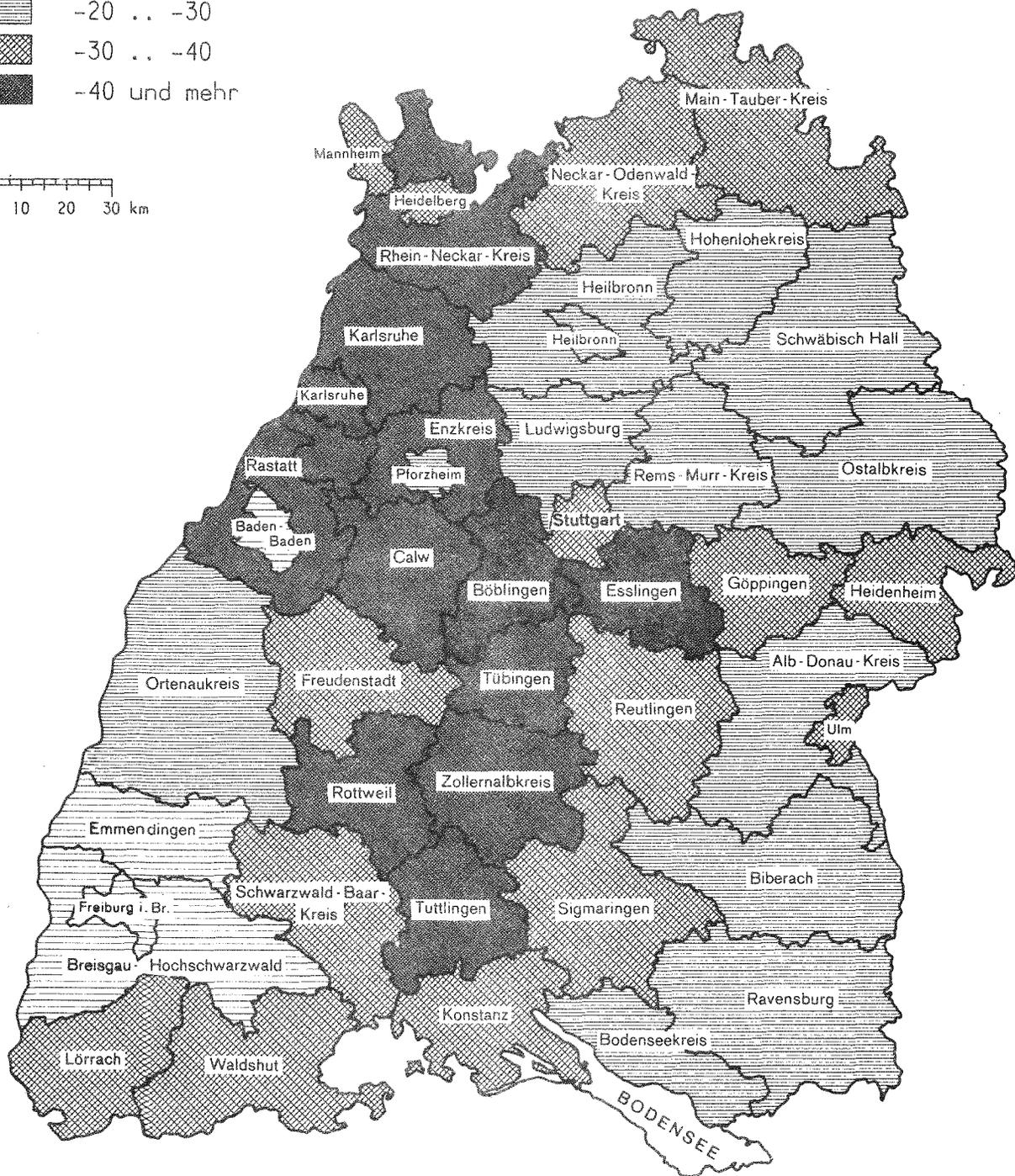
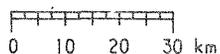
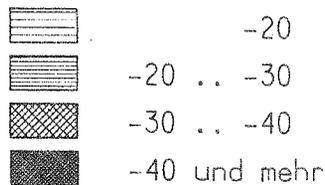


Tabelle 4

Strukturentwicklung der landwirtschaftlichen Betriebe in den Stadt- und Landkreisen 1971 bis 1987

Kreis Region Land	Landwirtschaftliche Betriebe insgesamt					Davon mit einer				
	1971	1979	1987	Veränderung		unter 10			Veränderung	
				1979 gegen 1971	1987 gegen 1979	1971	1979	1987	1979 gegen 1971	1987 gegen 1979
	Anzahl			%		Anzahl			%	
Stadtkreis Stuttgart, Landeshauptstadt	714	572	470	- 19,9	- 17,8	601	470	384	- 21,8	- 18,3
Landkreise										
Böblingen	3 715	2 662	2 024	- 28,3	- 24,0	2 964	1 979	1 396	- 33,2	- 29,5
Esslingen	4 661	3 457	2 582	- 25,8	- 25,3	4 052	2 833	1 992	- 30,1	- 29,7
Göppingen	2 832	2 294	1 961	- 19,0	- 14,5	1 532	1 119	925	- 27,0	- 17,3
Ludwigsburg	4 683	3 897	3 463	- 16,8	- 11,1	3 286	2 579	2 277	- 21,5	- 11,7
Rems-Murr-Kreis	6 076	4 817	3 967	- 20,7	- 17,7	5 033	3 783	2 998	- 24,8	- 20,8
Region Mittlerer Neckar	22 681	17 699	14 467	- 22,0	- 18,3	17 468	12 763	9 972	- 26,9	- 21,9
Stadtkreis Heilbronn	542	440	397	- 18,8	- 9,8	353	267	239	- 24,4	- 10,5
Landkreise										
Heilbronn	7 857	6 519	5 505	- 17,0	- 15,6	5 665	4 536	3 677	- 19,9	- 18,9
Hohenlohekreis	4 513	3 918	3 309	- 13,2	- 15,5	2 640	2 196	1 763	- 16,8	- 19,7
Schwäbisch Hall	7 781	6 504	5 499	- 16,4	- 15,5	4 246	3 233	2 547	- 23,9	- 21,2
Main-Tauber-Kreis	7 292	5 776	4 761	- 20,8	- 17,6	4 372	3 194	2 462	- 26,9	- 22,9
Region Franken	27 985	23 157	19 471	- 17,3	- 15,9	17 276	13 426	10 688	- 22,3	- 20,4
Landkreise										
Heidenheim	2 206	1 725	1 404	- 21,8	- 18,6	1 083	718	546	- 33,7	- 24,0
Ostalbkreis	7 393	6 117	5 186	- 17,3	- 15,2	4 221	3 198	2 546	- 24,2	- 20,4
Region Ostwürttemberg	9 599	7 842	6 590	- 18,3	- 16,0	5 304	3 916	3 092	- 26,2	- 21,0
Stadtkreise										
Baden-Baden	478	434	411	- 9,2	- 5,3	459	415	388	- 9,6	- 6,5
Karlsruhe	407	299	240	- 26,5	- 19,7	348	241	180	- 30,8	- 25,3
Landkreise										
Karlsruhe	6 326	4 352	3 162	- 31,2	- 27,3	5 481	3 574	2 424	- 34,8	- 32,2
Rastatt	3 615	2 661	2 107	- 26,4	- 20,8	3 413	2 429	1 877	- 28,8	- 22,7
Region Mittlerer Oberrhein	10 826	7 746	5 920	- 28,5	- 23,6	9 701	6 659	4 869	- 31,4	- 26,9
Stadtkreise										
Heidelberg	249	202	162	- 18,9	- 19,8	173	135	98	- 22,0	- 27,4
Mannheim	303	228	188	- 24,8	- 17,5	161	104	85	- 34,5	- 18,3
Landkreise										
Neckar-Odenwald-Kreis	4 780	3 680	2 994	- 23,0	- 18,6	2 772	2 003	1 597	- 27,7	- 20,3
Rhein-Neckar-Kreis	4 562	3 467	2 680	- 24,0	- 22,7	3 048	2 192	1 554	- 28,1	- 29,1
Region Unterer Neckar	9 894	7 577	6 024	- 23,4	- 20,5	6 154	4 434	3 334	- 28,0	- 24,8
Stadtkreis Pforzheim	148	140	104	- 5,4	- 25,7	114	114	77	0	- 32,5
Landkreise										
Calw	4 146	3 095	2 365	- 25,4	- 23,6	3 708	2 660	1 935	- 28,3	- 27,3
Enzkreis	3 410	2 298	1 649	- 32,6	- 28,2	2 860	1 798	1 201	- 37,1	- 33,2
Freudenstadt	4 144	3 214	2 585	- 22,4	- 19,6	3 542	2 629	2 044	- 25,8	- 22,3
Region Nordschwarzwald	11 848	8 747	6 703	- 26,2	- 23,4	10 224	7 201	5 257	- 29,6	- 27,0
Stadtkreis Freiburg im Breisgau	619	573	501	- 7,4	- 12,6	521	473	401	- 9,2	- 15,2
Landkreise										
Breisgau-Hochschwarzwald	8 072	7 264	6 559	- 10,0	- 9,7	6 402	5 599	4 930	- 12,5	- 12,0
Emmendingen	4 923	4 387	3 965	- 10,9	- 9,6	4 146	3 562	3 143	- 14,1	- 11,8
Ortenaukreis	12 174	10 098	8 772	- 17,1	- 13,1	10 536	8 423	7 092	- 20,1	- 15,8
Region Südlicher Oberrhein	25 788	22 322	19 797	- 13,4	- 11,3	21 605	18 057	15 566	- 16,4	- 13,8
Landkreise										
Rottweil	4 843	3 678	2 894	- 24,1	- 21,3	3 825	2 718	1 995	- 28,9	- 26,6
Schwarzwald-Baar-Kreis	4 169	3 234	2 719	- 22,4	- 15,9	2 522	1 762	1 384	- 30,1	- 21,5
Tuttlingen	3 484	2 461	1 851	- 29,4	- 24,8	2 657	1 696	1 188	- 36,2	- 30,0
Region Schwarzwald-Baar-Heuberg	12 496	9 373	7 464	- 25,0	- 20,4	9 004	6 176	4 567	- 31,4	- 26,1
Landkreise										
Konstanz	4 073	3 247	2 622	- 20,3	- 19,3	2 536	1 903	1 498	- 25,0	- 21,3
Lörrach	3 888	2 979	2 612	- 23,4	- 12,3	3 131	2 132	1 834	- 31,9	- 14,0
Waldshut	5 568	4 150	3 603	- 25,5	- 13,2	3 977	2 637	2 234	- 33,7	- 15,3
Region Hochrhein-Bodensee	13 529	10 376	8 837	- 23,3	- 14,8	9 644	6 672	5 566	- 30,8	- 16,6
Landkreise										
Reutlingen	5 323	4 232	3 463	- 20,5	- 18,2	3 717	2 703	2 134	- 27,3	- 21,1
Tübingen	3 969	3 019	2 135	- 23,9	- 29,3	3 473	2 540	1 702	- 26,9	- 33,0
Zollernalbkreis	5 723	4 246	3 191	- 25,8	- 24,9	4 860	3 424	2 434	- 29,6	- 28,9
Region Neckar-Alb	15 015	11 497	8 789	- 23,4	- 23,6	12 050	8 667	6 270	- 28,1	- 27,7
Stadtkreis Ulm	421	313	284	- 25,7	- 9,3	188	116	103	- 38,3	- 11,2
Landkreise										
Alb-Donau-Kreis	6 498	5 375	4 697	- 17,3	- 12,6	3 031	2 258	1 852	- 25,5	- 18,0
Biberach	7 119	6 020	5 158	- 15,4	- 14,3	3 482	2 629	2 111	- 24,5	- 19,7
Region Donau-Iller ¹⁾	14 038	11 708	10 139	- 16,6	- 13,4	6 701	5 003	4 066	- 25,3	- 18,7
Landkreise										
Bodenseekreis	3 942	3 486	3 151	- 11,6	- 9,6	2 432	2 020	1 770	- 16,9	- 12,4
Ravensburg	7 668	6 477	5 767	- 15,5	- 11,0	3 324	2 403	1 987	- 27,7	- 17,3
Sigmaringen	5 399	4 421	3 717	- 18,1	- 15,9	2 751	2 070	1 636	- 24,8	- 21,0
Region Bodensee-Oberschwaben	17 009	14 384	12 635	- 15,4	- 12,2	8 507	6 493	5 393	- 23,7	- 16,9
Baden-Württemberg	190 708	152 428	126 836	- 20,1	- 16,8	133 638	99 467	78 640	- 25,6	- 20,9

1) Soweit Land Baden-Württemberg.

landwirtschaftlich genutzten Fläche von ... bis unter ... ha

10 – 20			Veränderung		20 – 30			Veränderung		30 und mehr			Veränderung	
1971	1979	1987	1979 gegen 1971	1987 gegen 1979	1971	1979	1987	1979 gegen 1971	1987 gegen 1979	1971	+ 1979	1987	1979 gegen 1971	1987 gegen 1979
Anzahl			%		Anzahl			%		Anzahl			%	
87	68	51	- 21,8	- 25,0	17	25	22	+ 47,1	- 12,0	9	9	13	0	+ 44,4
509	362	284	- 28,9	- 21,6	178	170	164	- 4,5	- 3,5	64	151	180	+ 135,9	+ 19,2
444	377	302	- 15,1	- 19,9	104	134	151	+ 28,9	+ 12,7	61	113	137	+ 85,3	+ 21,2
921	675	495	- 26,7	- 26,7	274	308	290	+ 12,4	- 5,8	105	192	251	+ 82,9	+ 30,7
1 082	793	574	- 26,7	- 27,6	254	389	394	+ 53,2	+ 1,3	61	136	218	+ 123,0	+ 60,3
904	751	613	- 16,9	- 18,4	119	212	224	+ 78,2	+ 5,7	20	71	132	+ 255,0	+ 85,9
3 947	3 026	2 319	- 23,3	- 23,4	946	1 238	1 245	+ 30,9	+ 0,6	320	672	931	+ 110,0	+ 38,5
141	107	85	- 24,1	- 20,6	41	46	47	+ 12,2	+ 2,2	7	20	26	+ 185,7	+ 30,0
1 607	1 120	877	- 30,3	- 21,7	466	565	485	+ 21,2	- 14,2	119	298	466	+ 150,4	+ 56,4
1 389	1 080	818	- 22,3	- 24,3	388	454	409	+ 17,0	- 9,9	96	188	319	+ 95,8	+ 69,7
2 365	1 788	1 328	- 24,4	- 25,7	945	1 069	950	+ 13,1	- 11,1	225	414	674	+ 84,0	+ 62,8
2 040	1 393	1 059	- 31,7	- 24,0	707	749	629	+ 5,9	- 16,0	173	440	611	+ 154,3	+ 38,9
7 542	5 488	4 167	- 27,2	- 24,1	2 547	2 883	2 520	+ 13,2	- 12,6	620	1 360	2 096	+ 119,4	+ 54,1
734	514	351	- 30,0	- 31,7	293	292	235	- 0,3	- 19,5	96	201	272	+ 109,4	+ 35,3
2 380	1 887	1 475	- 20,7	- 21,8	648	736	697	+ 13,6	- 5,3	144	296	468	+ 105,6	+ 58,1
3 114	2 401	1 826	- 22,9	- 24,0	941	1 028	932	+ 9,3	- 9,3	240	497	740	+ 107,1	+ 48,9
14	11	13	- 21,4	+ 18,2	1	4	2	+ 300,0	- 50,0	4	4	8	0	+ 100,0
27	22	27	- 18,5	+ 22,7	15	12	11	- 20,0	- 8,3	17	24	22	+ 41,2	- 8,3
452	295	257	- 34,7	- 12,9	224	189	148	- 15,6	- 21,7	169	294	333	+ 74,0	+ 13,3
114	112	108	- 1,8	- 3,6	39	39	31	0	- 20,5	49	81	91	+ 65,3	+ 12,4
607	440	405	- 27,5	- 8,0	279	244	192	- 12,5	- 21,3	239	403	454	+ 68,6	+ 12,7
56	41	34	- 26,8	- 17,1	12	18	21	+ 50,0	+ 16,7	8	8	9	0	+ 12,5
95	65	43	- 31,6	- 33,9	39	41	36	+ 5,1	- 12,2	8	18	24	+ 125,0	+ 33,3
1 321	856	586	- 35,2	- 31,5	523	436	342	- 16,6	- 21,6	164	385	469	+ 134,8	+ 21,8
982	591	417	- 39,8	- 29,4	400	382	313	- 4,5	- 18,1	132	302	396	+ 128,8	+ 31,1
2 454	1 553	1 080	- 36,7	- 30,5	974	877	712	- 10,0	- 18,8	312	713	898	+ 128,5	+ 30,0
12	10	11	- 16,7	+ 10,0	13	4	4	- 69,2	0	9	12	12	+ 33,3	0
329	272	235	- 17,3	- 13,6	76	84	83	+ 10,5	- 1,2	33	79	112	+ 139,4	+ 41,8
358	247	187	- 31,0	- 24,3	134	129	105	- 3,7	- 18,6	58	124	156	+ 113,8	+ 25,8
428	354	278	- 17,3	- 21,5	117	114	119	- 2,6	+ 4,4	57	117	144	+ 105,3	+ 23,1
1 127	883	711	- 21,7	- 19,5	340	331	311	- 2,7	- 6,0	157	332	424	+ 111,5	+ 27,7
87	74	64	- 14,9	- 13,5	8	15	22	+ 87,5	+ 46,7	3	11	14	+ 266,7	+ 27,3
1 124	932	844	- 17,1	- 9,4	398	491	454	+ 23,4	- 7,5	148	242	331	+ 63,5	+ 36,8
630	613	580	- 2,7	- 5,4	114	160	157	+ 40,4	- 1,9	33	52	85	+ 57,6	+ 63,5
1 330	1 202	1 156	- 7,5	- 3,8	226	239	225	+ 5,8	- 5,9	112	234	299	+ 108,9	+ 27,8
3 141	2 821	2 644	- 10,2	- 6,3	746	905	858	+ 21,3	- 5,2	296	539	729	+ 82,1	+ 35,3
714	556	470	- 22,1	- 15,5	188	195	162	+ 3,7	- 16,9	116	209	267	+ 80,2	+ 27,8
1 055	754	584	- 28,5	- 22,6	429	393	355	- 8,4	- 9,7	163	325	396	+ 99,4	+ 21,9
543	419	315	- 22,8	- 24,8	185	140	121	- 24,3	- 13,6	99	206	227	+ 108,1	+ 10,2
2 312	1 729	1 369	- 25,2	- 20,8	802	728	638	- 9,2	- 12,4	378	740	890	+ 95,8	+ 20,3
1 095	746	492	- 31,9	- 34,1	327	350	281	+ 7,0	- 19,7	115	248	351	+ 115,7	+ 41,5
613	567	461	- 7,5	- 18,7	106	186	186	+ 75,5	0	38	94	131	+ 147,4	+ 39,4
1 208	925	728	- 23,4	- 21,3	313	371	338	+ 18,5	- 8,9	70	217	303	+ 210,0	+ 39,6
2 916	2 238	1 681	- 23,3	- 24,9	746	907	805	+ 21,6	- 11,3	223	559	785	+ 150,7	+ 40,4
1 110	845	609	- 23,9	- 27,9	368	435	372	+ 18,2	- 14,5	128	249	348	+ 94,5	+ 39,8
329	250	194	- 24,0	- 22,4	104	102	83	- 1,9	- 18,6	63	127	156	+ 101,6	+ 22,8
563	443	367	- 21,3	- 17,2	130	136	134	+ 4,6	- 1,5	170	243	256	+ 42,9	+ 5,4
2 002	1 538	1 170	- 23,2	- 23,9	602	673	589	+ 11,8	- 12,5	361	619	760	+ 71,5	+ 22,8
133	92	79	- 30,8	- 14,1	64	57	45	- 10,9	- 21,1	36	48	57	+ 33,3	+ 18,8
2 333	1 690	1 342	- 27,6	- 20,6	832	903	798	+ 8,5	- 11,6	302	524	705	+ 73,5	+ 34,5
2 488	1 893	1 440	- 23,9	- 23,9	855	1 000	904	+ 17,0	- 9,6	294	498	703	+ 69,4	+ 41,2
4 954	3 675	2 861	- 25,8	- 22,2	1 751	1 960	1 747	+ 11,9	- 10,9	632	1 070	1 465	+ 69,3	+ 36,9
1 165	1 019	872	- 12,5	- 14,4	246	308	337	+ 25,2	+ 9,4	99	139	172	+ 40,4	+ 23,7
2 979	2 373	1 885	- 20,3	- 20,6	1 018	1 181	1 212	+ 16,0	+ 2,6	347	520	683	+ 49,9	+ 31,4
1 917	1 367	1 029	- 28,7	- 24,7	551	635	557	+ 15,3	- 12,3	180	349	495	+ 93,9	+ 41,8
6 061	4 759	3 786	- 21,5	- 20,5	1 815	2 124	2 106	+ 17,0	- 0,9	626	1 008	1 350	+ 61,0	+ 33,9
40 177	30 551	24 019	- 24,0	- 21,4	12 489	13 898	12 655	+ 11,3	- 8,9	4 404	8 512	11 522	+ 93,3	+ 35,4

im Kreis Emmendingen und 33,0 % im Kreis Tübingen (Tabelle 4). Mit besonders hohen Abnahmeraten in dieser Größenklasse traten daneben die Kreise Böblingen, Esslingen, Heidenheim, Karlsruhe, Rhein-Neckar, Calw und Tuttlingen sowie in der ersten Beobachtungsperiode auch der Schwarzwald-Baar-Kreis und die Kreise Lörrach und Waldshut in Erscheinung. Offenbar traf in diesen, teilweise verdichteten Gebieten das Angebot an außerlandwirtschaftlichen Erwerbsalternativen auf eine ausgeprägte Bereitschaft, den "Arbeitsplatz unter freiem Himmel" gegen eine (bessere) Alternative einzutauschen.

In anderen, mehr ländlich ausgerichteten oder dem Sonderkulturanbau gewidmeten Regionen waren die Betriebsinhaber dagegen nicht so schnell zur Betriebsaufgabe bereit, sei es, daß sie in der Weiterbewirtschaftung des Betriebs ein zusätzliches Standbein, sei es, daß sie darin eine erfüllende Freizeitbeschäftigung sahen.

Indessen dominieren bis heute in fast allen Landkreisen rein zahlenmäßig die Kleinbetriebe mit weniger als 10 Hektar LF. Lediglich in den Kreisen Göppingen, Schwäbisch Hall, Ostalbkreis, Heidenheim, dem Alb-Donau-Kreis, Biberach, Ravensburg und Sigmaringen, die bereits durch einen insgesamt gemäßigten Betriebsrückgang aufgefallen waren, sind weniger als die Hälfte der Betriebe auf den genannten Größenbereich konzentriert. Umgekehrt haben die Kleinbetriebe gerade in einigen Kreisen, die dem landwirtschaftlichen Schrumpfungsprozeß stark ausgesetzt waren, immer noch eine exponierte Stellung inne: Mit einem Anteil von 75 % und mehr an der Gesamtzahl landwirtschaftlicher Betriebe gilt dies insbesondere für die Kreise Esslingen, Karlsruhe, Rastatt, Calw, Freudenstadt, aber auch für die Kreise Breisgau-Hochschwarzwald, Emmendingen und Ortenaukreis sowie im Raum Tübingen-Balingen. Bis in die Gegenwart hinein wirken sich hier historisch gewachsene Strukturen aus, die im wesentlichen von den unterschiedlichen Vererbungsformen (Realteilung - Anerbenrecht) bestimmt sind.

Interessanterweise tangierte der Strukturwandel nun aber in einer ganzen Reihe von Kreisen den Bestand von bäuerli-

chen Betrieben mit 10 bis 20 Hektar LF in noch stärkerem Maß als den der Kleinbetriebe unter 10 Hektar LF. Den größten Rückgang an ehemals mittelbäuerlichen Betrieben verzeichnete in den siebziger Jahren der Rhein-Neckar-Kreis mit einem Verlust von zwei Fünfteln des Ausgangsbestands und in den achtziger Jahren der Kreis Konstanz mit gut einem Drittel weniger an Betrieben. Gleichwohl ist diese Entwicklung nicht für verdichtete Gebiete oder Sonderkulturgebiete typisch, sondern genauso in anderen, ländlich strukturierten Landesteilen, wie z.B. im Neckar-Odenwaldkreis, der gesamten Region Franken sowie weiten Teilen des südwürttembergischen und südbadischen Raums anzutreffen. Offenbar kommt darin eher ein diesem Betriebsgrößentyp immanentes Problem als der Einfluß exogener, außerlandwirtschaftlicher Faktoren zum Ausdruck: Für einen Haupterwerbsbetrieb dieser Größe reichen die Produktions- und Einkommenskapazitäten heutzutage im Unterschied zu früher oft nicht mehr aus, ein entsprechend großer Nebenerwerbsbetrieb erfordert andererseits meist einen zu hohen Arbeitseinsatz seitens des Betriebsleiters und seiner Familie, so daß bei außerbetrieblichen Erwerbsmöglichkeiten der Entschluß zur betrieblichen Abstockung nicht schwer fällt.

Bereits im letzten Jahrzehnt Abnahmen bei Betrieben mit 20 bis 30 Hektar LF

Die Betriebsgrößenklasse von 20 bis 30 Hektar LF hatte bekanntlich landesweit bis 1979 stets Zuwächse zu verzeichnen, wenngleich mit abnehmender Tendenz; erst zu Beginn der achtziger Jahre schlug die Entwicklung um; die Zahl der Betriebe dieser Größenklasse nahm danach wieder ab, weil die Zahl der durch Flächenaufstockung in eine höhere Größenklasse aufsteigenden Betriebe nicht mehr durch Zugänge aus niedrigeren Betriebsgrößenklassen kompensiert werden konnte. Auf Kreisebene deutete sich diese Trendwende allerdings schon früher an: in den Kreisen Böblingen, Heidenheim, Karlsruhe, Neckar-Odenwald, Rhein-Neckar, Enzkreis, Schwarzwald-Baar-Kreis, Tuttlingen und Tübingen wurden bereits 1979 Minderbestände gegenüber 1971 von zum Teil erheblichem Ausmaß (Kreis Tuttlingen: - 24,3 %) festgestellt. Entsprechend der allgemeinen Entwicklung hat sich dieser Rück-

Durchschnittliche Betriebsgröße in der Landwirtschaft in den Gemeinden Baden-Württembergs 1987

Angaben in ha

von .. bis unter



6



6 .. 12



12 .. 18



18 und mehr

Landeswert: 12

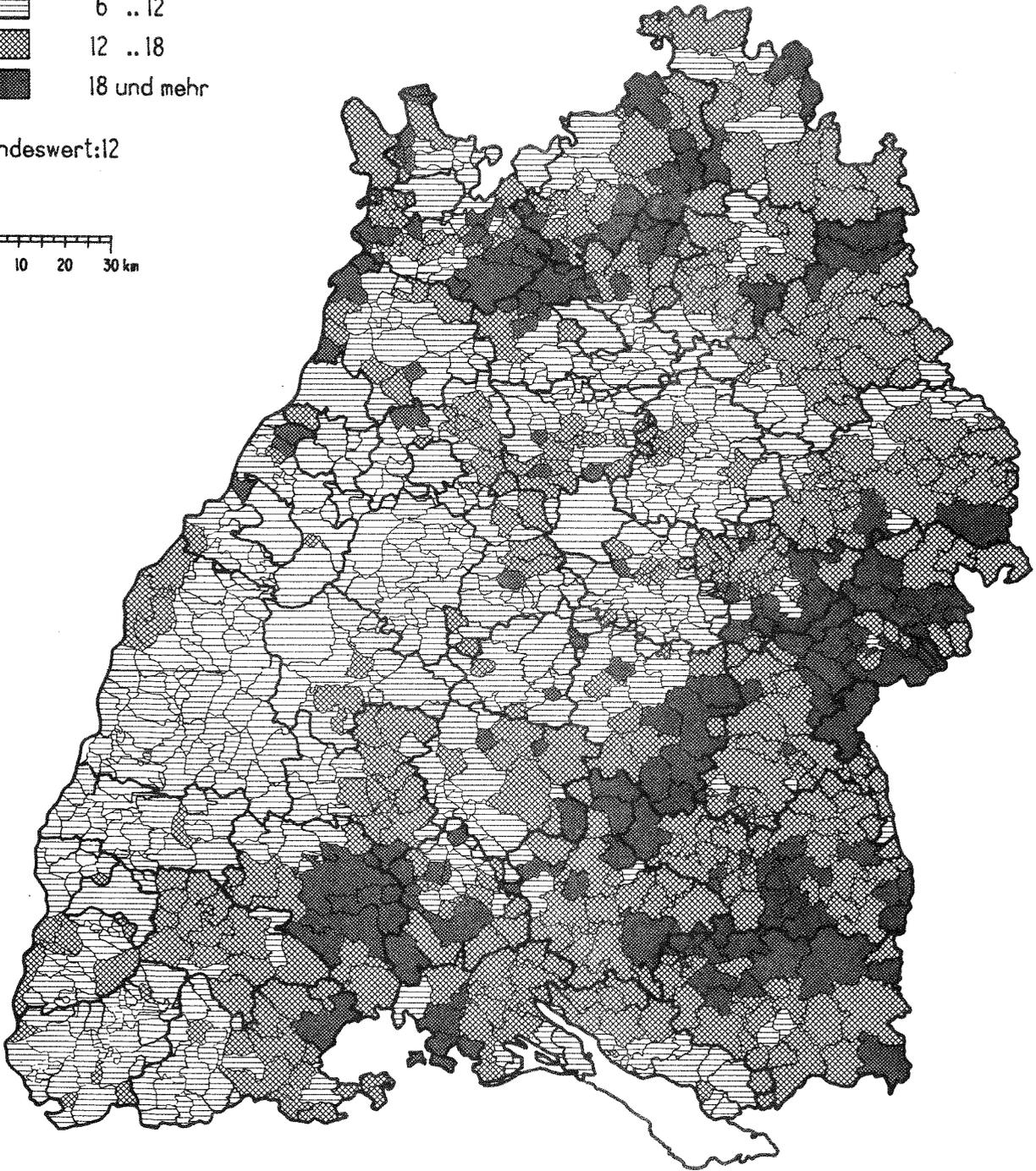
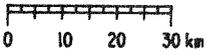


Tabelle 5

Ausgewählte Daten zur Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe 1971 bis 1987

Kreis Region Land	Durchschnittliche Größe der landwirtschaftlichen Betriebe					Anteil der Betriebe mit überwiegend betrieblichen Einkommen an den Betrieben insgesamt		
	1971	1979	1987	Veränderung		1971	1979	1987
				1979 gegen 1971	1987 gegen 1979			
	ha LF			%				
Stadtkreis								
Stuttgart, Landeshauptstadt	4,9	5,4	5,9	+ 9,7	+ 8,5	66,9	60,3	61,2
Landkreise								
Böblingen	6,6	8,5	10,5	+ 28,8	+ 23,6	34,4	25,0	23,5
Esslingen	5,3	6,3	7,9	+ 20,3	+ 25,1	30,8	23,8	24,0
Göppingen	11,1	13,3	15,3	+ 19,7	+ 15,6	57,6	48,4	42,5
Ludwigsburg	7,6	8,9	9,6	+ 16,5	+ 8,2	55,2	46,5	40,8
Rems-Murr-Kreis	5,4	6,4	7,3	+ 17,1	+ 15,1	45,5	34,7	32,7
Region Mittlerer Neckar	6,7	8,1	9,5	+ 20,2	+ 16,8	44,9	36,3	34,0
Stadtkreis								
Heilbronn	9,1	11,1	11,9	+ 21,1	+ 7,8	77,9	72,0	70,2
Landkreise								
Heilbronn	7,7	8,9	10,3	+ 15,4	+ 15,7	53,0	42,9	40,3
Hohenlohekreis	10,2	11,3	13,1	+ 11,3	+ 15,3	61,4	47,6	42,6
Schwäbisch Hall	11,1	12,9	14,8	+ 16,3	+ 14,8	60,3	51,0	46,3
Main-Tauber-Kreis	10,0	12,4	14,8	+ 24,0	+ 18,9	49,8	40,7	38,7
Region Franken	9,7	11,4	13,2	+ 17,3	+ 16,0	56,0	46,0	42,6
Landkreise								
Heidenheim	12,2	15,6	18,7	+ 27,7	+ 20,1	60,3	49,3	44,2
Ostalbkreis	10,3	12,0	13,6	+ 16,6	+ 13,1	53,1	41,0	35,9
Region Ostwürttemberg	10,7	12,8	14,7	+ 19,3	+ 14,7	54,8	42,9	37,6
Stadtkreise								
Baden-Baden	2,9	2,9	3,6	—	+ 26,5	36,6	17,7	12,8
Karlsruhe	6,6	9,7	10,6	+ 47,6	+ 8,7	44,1	36,3	40,7
Landkreise								
Karlsruhe	5,5	7,8	10,6	+ 42,1	+ 36,0	21,0	19,1	21,1
Rastatt	3,9	4,9	5,9	+ 26,9	+ 20,6	18,7	14,6	13,4
Region Mittlerer Oberrhein	4,9	6,6	8,5	+ 35,7	+ 27,8	21,8	18,1	18,6
Stadtkreise								
Heidelberg	8,0	9,3	11,0	+ 16,7	+ 18,2	74,1	72,5	70,8
Mannheim	11,5	14,9	16,3	+ 28,9	+ 9,5	80,4	72,9	73,0
Landkreise								
Neckar-Odenwald-Kreis	10,6	13,3	15,9	+ 26,0	+ 19,4	46,0	36,7	32,6
Rhein-Neckar-Kreis	8,9	11,2	13,9	+ 26,2	+ 24,2	47,4	40,3	42,4
Region Unterer Neckar	9,7	12,3	14,9	+ 26,1	+ 21,2	48,4	40,3	39,2
Stadtkreis								
Pforzheim	8,2	8,9	11,1	+ 8,7	+ 24,4	56,2	44,1	46,5
Landkreise								
Calw	4,9	6,0	7,5	+ 23,5	+ 24,8	25,0	16,2	15,3
Enzkreis	5,7	7,6	10,2	+ 34,7	+ 33,6	25,6	20,7	22,8
Freudenstadt	5,7	6,9	8,4	+ 21,2	+ 20,8	27,8	17,9	15,5
Region Nordschwarzwald	5,4	6,8	8,6	+ 25,4	+ 25,4	26,6	18,5	17,7
Stadtkreis								
Freiburg im Breisgau	5,2	6,9	7,6	+ 33,9	+ 10,0	52,7	40,3	32,5
Landkreise								
Breisgau-Hochschwarzwald	6,6	7,3	8,0	+ 10,1	+ 10,0	48,7	37,3	33,0
Emmendingen	5,3	5,7	6,1	+ 7,2	+ 8,1	40,7	33,4	26,9
Ortenaukreis	5,3	6,1	6,8	+ 15,0	+ 11,4	37,8	31,2	29,2
Region Südlicher Oberrhein	5,7	6,4	7,1	+ 12,6	+ 10,3	42,1	33,9	30,1
Landkreise								
Rottweil	7,2	9,1	11,3	+ 26,3	+ 23,4	26,3	18,8	17,7
Schwarzwald-Baar-Kreis	10,4	13,0	15,2	+ 25,6	+ 16,2	42,5	35,3	31,8
Tuttlingen	8,0	10,9	13,8	+ 37,2	+ 26,4	23,4	17,5	16,3
Region Schwarzwald-Baar-Heuberg	8,5	11,0	13,3	+ 29,0	+ 21,6	30,9	24,2	22,5
Landkreise								
Konstanz	9,6	11,4	13,6	+ 18,0	+ 19,9	55,0	43,1	39,7
Lörrach	6,5	9,1	9,1	+ 40,3	+ 0,1	34,7	28,9	24,3
Waldshut	8,0	10,7	11,7	+ 33,5	+ 8,9	37,8	30,4	24,4
Region Hochrhein-Bodensee	8,1	10,4	11,5	+ 29,5	+ 10,0	42,1	33,9	28,9
Landkreise								
Reutlingen	9,3	10,7	13,1	+ 16,0	+ 22,3	37,4	25,8	22,2
Tübingen	5,5	6,9	9,1	+ 25,7	+ 32,0	22,1	15,1	14,1
Zollernalbkreis	6,4	8,4	10,5	+ 30,6	+ 24,8	18,0	11,2	10,1
Region Neckar-Alb	7,2	8,9	11,2	+ 23,4	+ 26,3	26,0	17,6	15,8
Stadtkreis								
Ulm	13,6	16,8	18,0	+ 23,5	+ 7,4	73,2	70,0	62,1
Landkreise								
Alb-Donau-Kreis	12,6	14,9	16,6	+ 18,0	+ 11,9	63,6	53,5	45,5
Biberach	12,2	14,2	16,1	+ 17,0	+ 13,4	67,7	58,7	51,3
Region Donau-Iller ¹⁾	12,4	14,6	16,4	+ 17,6	+ 12,6	66,0	56,6	48,9
Landkreise								
Bodenseekreis	9,8	10,7	11,5	+ 9,6	+ 7,7	70,1	59,5	53,9
Ravensburg	13,0	15,0	16,6	+ 15,4	+ 10,9	76,5	71,3	66,7
Sigmaringen	11,5	13,7	15,8	+ 18,5	+ 15,8	54,6	41,9	33,5
Region Bodensee-Oberschwaben	11,8	13,5	15,1	+ 14,9	+ 11,6	68,1	59,4	53,7
Baden-Württemberg	8,3	10,1	11,7	+ 20,9	+ 16,4	45,4	37,4	34,4

1) Soweit Land Baden-Württemberg.

Anteil des					
Ackerlands			Dauergrünlands		
an der gesamten LF der Betriebe					
1971	1979	1987	1971	1979	1987
%					
58,0	61,3	62,1	24,5	19,6	18,2
66,8	68,4	72,0	31,8	30,5	26,9
47,2	50,2	51,4	47,9	44,9	44,6
46,6	44,8	43,3	52,2	53,9	55,8
77,7	78,0	78,4	16,4	15,9	14,9
45,8	44,5	45,0	47,5	48,6	48,1
57,3	57,6	58,2	38,2	37,8	37,3
83,1	82,8	81,8	4,1	3,2	3,1
76,2	76,5	77,1	15,3	14,1	12,9
65,4	68,1	71,8	31,5	28,8	25,1
51,7	55,0	59,6	47,7	44,5	40,0
83,4	83,7	85,4	14,9	14,4	12,8
68,6	70,3	73,0	28,1	26,2	23,3
67,7	65,5	66,2	31,5	33,8	33,3
47,6	47,9	49,2	51,6	51,5	50,4
52,9	52,6	53,8	46,4	46,8	45,8
42,1	40,5	33,6	38,3	35,2	44,5
79,4	74,4	83,8	15,8	21,2	13,0
82,7	83,8	84,7	14,2	13,1	12,1
63,7	65,7	67,5	31,6	28,8	26,5
76,5	77,6	78,8	19,5	18,1	16,7
80,2	81,1	84,6	14,4	15,4	11,1
92,6	93,6	95,1	6,4	5,7	4,4
75,1	74,1	74,5	24,2	25,4	25,0
80,8	80,0	81,1	16,4	16,9	15,8
78,2	77,4	78,1	20,1	21,0	20,2
61,2	56,0	61,5	37,4	42,1	37,6
53,3	50,8	52,1	45,4	48,1	46,6
64,4	64,2	65,5	33,4	33,7	32,7
50,3	48,9	47,2	49,0	50,5	52,3
55,6	54,1	54,4	43,0	44,6	44,6
57,2	49,2	49,9	26,9	33,8	32,1
43,2	39,7	38,2	47,7	49,8	50,7
46,9	45,3	44,0	44,3	43,4	44,3
53,5	52,9	51,0	41,7	40,7	41,4
48,7	46,6	45,0	44,0	44,4	45,2
49,4	50,3	50,5	49,8	49,1	49,1
37,4	36,5	36,3	62,2	63,2	63,5
37,1	36,2	36,9	62,3	63,4	62,8
41,3	40,9	41,1	58,1	58,6	58,6
50,3	52,9	54,5	47,3	44,6	43,1
35,1	31,6	35,2	61,2	64,3	59,6
39,0	37,7	39,1	59,7	61,2	60,0
42,2	41,4	43,6	55,6	56,3	53,9
47,6	48,5	46,0	51,4	50,5	53,3
60,7	63,5	66,0	37,7	34,9	32,7
41,1	40,1	40,9	58,0	59,2	58,4
48,0	48,6	48,2	50,9	50,3	51,0
73,5	78,8	81,0	25,1	20,1	18,3
66,7	68,4	70,2	32,6	31,0	29,4
51,0	54,6	57,4	48,3	44,8	42,1
59,1	61,8	64,1	40,1	37,6	35,4
31,6	35,8	39,0	56,4	50,8	47,6
24,2	23,4	23,1	74,1	74,9	75,4
57,7	58,5	59,5	41,7	41,0	40,1
36,0	36,7	37,4	60,6	59,8	59,3
54,8	55,1	56,1	42,4	41,9	40,8

gang seither weiter beschleunigt. Warum die Trendwende gerade in den genannten Kreisen begonnen hat, ist nicht ohne weiteres ersichtlich, doch dürften mehrere Faktoren dazu beigetragen haben, so insbesondere die schwierigen natürlichen Bedingungen im Odenwald, Schwarzwald, auf der Baar und am Heuberg, das außerlandwirtschaftliche Umfeld und/oder der Flächenhunger aufstockungswilliger Betriebe.

Dementsprechend wiesen diese Kreise auch schon in der letzten Dekade eine besonders schnell ansteigende Zahl größerer Betriebe (30 Hektar LF und mehr) auf. Auch in einer Reihe anderer Kreise wuchs diese Größenkategorie auf über das Doppelte (Ludwigsburg, Heilbronn, Main-Tauber, Ostalbkreis, Calw, Ortenaukreis, Konstanz, Lörrach) bis zum Drei- (Waldshut) und Dreieinhalbfachen (Rems-Murr-Kreis) des Ausgangswerts an. Es ist verständlich, daß in den achtziger Jahren bei gedämpfter Wirtschaftslage dieser enorme Zuwachs nicht noch einmal wiederholt werden konnte, doch behielt der Rems-Murr-Kreis mit einer abermaligen Zunahme um 86 % seine Spitzenposition bei. Mit überdurchschnittlichen Steigerungsraten von 60 bis 70 % suchten in diesem Zeitraum auch die Landwirte im Hohenlohekreis und im Kreis Schwäbisch Hall den Anschluß an die Betriebsgrößen der Zukunft.

Der Anteil solcher, überwiegend im Haupterwerb geführter groß- und mittelbäuerlichen Betriebe an der Gesamtbetriebszahl schwankt daher zwischen den Kreisen beträchtlich: Während im Kreis Emmendingen 1987 nur etwa jedem fünfzigsten Betrieb 30 Hektar LF und mehr zur Verfügung standen, war dies im Kreis Heidenheim schon fast bei jedem fünften der Fall. Die gestiegene Bedeutung dieser Größenklasse hängt jedoch auch mit dem Ausmaß des Betriebsrückgangs in den unteren Größenklassen zusammen.

Durchschnittsgröße je nach Kreis zwischen 6 und 19 Hektar LF

Setzt man die Zahl der Betriebe zu der von ihnen bewirtschafteten Fläche in Be-

ziehung, so kann der daraus resultierende Koeffizient, die durchschnittliche Betriebsgröße, als Maß für die regionalen Strukturunterschiede zwischen den Kreisen dienen. Bewirtschaftete ein landwirtschaftlicher Betrieb 1987 im Landesmittel 11,7 Hektar LF, so im Kreis Heidenheim zur gleichen Zeit schon 18,7 Hektar LF, im Kreis Rastatt dagegen nur 5,9 Hektar LF. Unter dem Landesmittel blieb die Flächenausstattung auch in den Kreisen Böblingen, Esslingen, Ludwigsburg und im Rems-Murr-Kreis sowie in den Kreisen Heilbronn, Karlsruhe, Calw, Enzkreis, Freudenstadt, Breisgau-Hochschwarzwald, Emmendingen, Ortenau-Kreis, Lörrach und Tübingen; die Regionen Mittlerer und Südlicher Oberrhein sowie Nordschwarzwald und damit praktisch der komplette mittlere und südwestliche Landesteil sind danach kleinbetrieblich strukturiert, während die Betriebe in den nördlichen und östlichen bis südöstlichen Landesteilen eine wesentlich bessere Flächenausstattung aufweisen. Gemessen am Bundesdurchschnitt von 16,1 Hektar LF je Betrieb vermag die heimische Landwirtschaft aber nur in sehr wenigen Kreisen, nämlich im Kreis Heidenheim und in den Kreisen Alb-Donau, Biberach und Ravensburg, Schritt zu halten. Insgesamt gesehen bleibt der Abstand zur Betriebsstruktur in anderen Regionen des Bundesgebiets jedoch weiterhin enorm, obwohl die durchschnittliche Betriebsgröße in den Kreisen teilweise beträchtlich angestiegen ist.

Bedeutende Zunahmen verzeichnet die durchschnittliche Betriebsgröße vor allem in den Regionen Nordschwarzwald (insbesondere im Enzkreis) und Mittlerer Oberrhein (Kreis Karlsruhe). Das relativ langsamere Wachstum der Betriebsgrößen in den großbäuerlichen Gebieten (z.B. Oberland, Hohenlohe oder Ostalb) deutet darauf hin, daß traditionell zwischen den Regionen vorhandene Größenunterschiede der landwirtschaftlichen Betriebe tendenziell weiter abgebaut werden. Bei der tatsächlich immer noch enormen Spannweite der durchschnittlichen Betriebsgrößen steht gleichwohl nicht zu erwarten, daß es in absehbarer Zeit zu einer völligen Angleichung kommen wird; dem stehen auch die gebietsweise beträchtlichen Unterschiede in der sozialökonomischen Ausrichtung der Betriebe entgegen.

Sozialökonomischer Betriebstyp mit Betriebsgröße korreliert

Die unter dem zunehmenden Wettbewerbsdruck landesweit beobachtete Umorientierung der Agrarbetriebe zum landwirtschaftlichen Nebenerwerb ist, wenn auch mit Unterschieden, in allen Kreisen nachweisbar. Während 1971 die landwirtschaftlichen Betriebe noch in der Hälfte aller Landkreise (18) zu einem über dem Landesdurchschnitt (45,4 %) liegenden Anteil hauptberuflich geführt wurden, war das 1987 bei einem schon um 10 Prozentpunkte gesunkenen Landeswert (34,4 %) nur noch in 14 Kreisen der Fall. An der Spitze steht dabei traditionell der Kreis Ravensburg mit einem Anteil von 66,7 % Haupterwerbsbetrieben, gefolgt vom Bodenseekreis (53,9 %) und dem Kreis Biberach (51,3 %). Den Gegenpol mit ungewöhnlich hohen Anteilen an Nebenerwerbsbetrieben markieren bei gleichfalls seit 1971 unveränderter Rangfolge der Zollern-Alb-Kreis mit 89,9 % und die Kreise Rastatt (86,6 %), Tübingen (85,9 %), Calw (84,7 %) und Freudenstadt mit 84,5 % - Gebiete also, in denen Kleinbetriebe dominieren, mit teils sehr ungünstigen natürlichen Produktionsbedingungen und ohne Sonderkulturanbau (ausgenommen der Kreis Rastatt). Angesichts der kargen Existenzgrundlage waren hier schon frühzeitig viele Betriebsinhaber gezwungen, neben der Landwirtschaft zusätzliche Einkommensmöglichkeiten zu erschließen. Im Kreis Rastatt sowie in einigen anderen Landkreisen mit hohem Nebenerwerbsanteil - z.B. Karlsruhe, Böblingen, Esslingen, Lörrach, Waldshut und Emmendingen - trugen dagegen neben der Möglichkeit zum Sonderkulturanbau günstige außerbetriebliche Erwerbsmöglichkeiten zum hohen Nebenerwerbsanteil bei.

Im Unterschied hierzu finden sich die Kreise mit überproportionalem Anteil an Haupterwerbsbetrieben vornehmlich in den eher ländlich geprägten Gebieten des Landes. Sie bilden ein zusammenhängendes Band, das sich von der nordwestlichen Ecke Baden-Württembergs über die Regionen Unterer Neckar, Franken, Ostwürttemberg, Donau-Iller und Bodensee-Oberschwaben bis zum westlichen Bodenseegebiet erstreckt und in der Landesmitte von den Kreisen Göppingen und

Landwirtschaftliche Vergleichsgebiete

- Landkreise
- Stadtkreise
- Grenze der Vergleichsgebiete

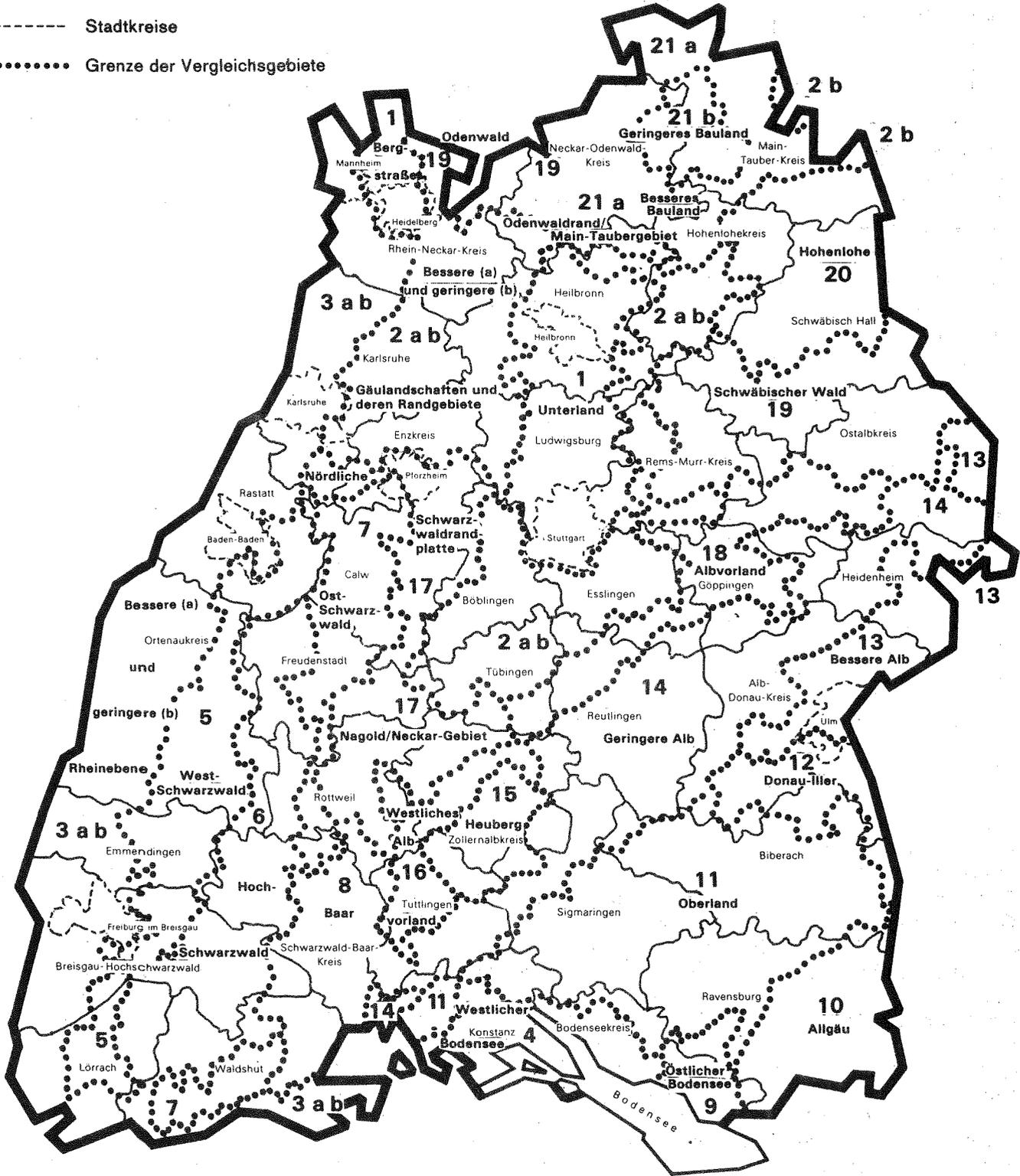


Tabelle 6

Strukturentwicklung der landwirtschaftlichen Betriebe in den Vergleichsgebieten 1971 bis 1987

VE	Vergleichsgebiete	Landwirtschaftliche Betriebe insgesamt					Davon mit einer				
		1971	1979	1987	Veränderung		unter 10			Veränderung	
					1979 gegen 1971	1987 gegen 1979	1971	1979	1987	1979 gegen 1971	1987 gegen 1979
		Anzahl			%		Anzahl			%	
01	Unterland/Bergstraße	11 859	9 935	8 703	- 16,2	-12,4	8 538	6 876	5 891	-19,5	-14,3
02	Gäulandschaft	24 918	18 732	14 356	- 24,8	-23,4	19 605	13 906	9 967	-29,1	-28,3
03	Rheinebene	29 865	24 258	20 478	- 18,8	-15,6	25 885	20 283	16 682	-21,6	-17,8
04	Westl. Bodensee	3 814	3 156	2 664	- 17,3	-15,6	2 459	1 927	1 583	-21,6	-17,9
05	Westl. Schwarzwald	6 605	5 619	5 151	- 14,9	- 8,3	5 109	4 062	3 590	-20,5	-11,6
06	Hochschwarzwald	6 071	5 117	4 707	- 15,7	- 8,0	4 835	3 751	3 362	-22,4	-10,4
07	Östl. Schwarzwald	6 792	5 151	4 212	- 24,2	-18,2	5 514	3 888	3 018	-29,5	-22,4
08	Baar	4 802	3 563	2 859	- 25,8	-19,8	2 711	1 760	1 281	-35,1	-27,2
09	Östl. Bodensee	2 205	1 958	1 793	- 11,2	- 8,4	1 318	1 105	984	-16,2	-11,0
10	Allgäu	4 645	3 877	3 469	- 16,5	-10,5	1 958	1 352	1 107	-31,0	-18,1
11	Oberland	14 692	12 348	10 519	- 16,0	-14,8	7 227	5 516	4 390	-23,7	-20,4
12	Donau-Iller	3 441	2 880	2 512	- 16,3	-12,8	1 722	1 296	1 057	-24,7	-18,4
13	Bessere Alb	4 078	3 353	2 896	- 17,8	-13,6	1 871	1 361	1 115	-27,3	-18,1
14	Geringere Alb	14 230	11 306	9 459	- 20,5	-16,3	8 132	5 820	4 693	-28,4	-19,4
15	Heuberg	2 480	1 964	1 600	- 20,8	-18,5	2 069	1 542	1 191	-25,5	-22,8
16	Westl. Albvorland	3 717	2 606	1 882	- 29,9	-27,8	3 131	2 059	1 397	-34,2	-32,2
17	Neckar-Nagoldgebiet	10 244	7 587	5 632	- 25,9	-25,8	8 695	6 110	4 246	-29,7	-30,5
18	Östl. Albvorland	7 064	5 369	4 304	- 24,0	-19,8	5 180	3 619	2 716	-30,1	-25,0
19	Schwäb. Wald/Odenwald	10 628	8 675	7 146	- 18,4	-17,6	7 393	5 573	4 301	-24,6	-22,8
20	Hohenlohe	7 198	6 145	5 357	- 14,6	-12,8	3 363	2 637	2 209	-21,6	-16,2
21	Besseres und Geringeres Bauland	11 360	8 829	7 137	- 22,3	-19,2	6 923	5 024	3 860	-27,4	-23,2
	Land Baden-Württemberg	190 708	152 428	126 836	- 20,1	-16,8	133 638	99 467	78 640	-25,6	-21,0

Ludwigsburg ergänzt wird. Im wesentlichen zeichnen sich damit die gleichen Gebiete und Regionen durch eine hohe Quote von Haupterwerbsbetrieben aus, die bereits durch überdurchschnittliche Betriebsgrößen aufgefallen waren. Dies spricht für einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen den beiden Koeffizienten, der sich daraus erklärt, daß eine gute Flächenausstattung im allgemeinen die Voraussetzung dafür ist, daß ein Betrieb im Haupterwerb geführt werden kann und andererseits der Leiter eines Haupterwerbsbetriebs wiederum bestrebt sein muß, die Flächenbasis so zu erweitern, daß entsprechende Kapazitätsausstattung auf Jahre hinaus gewährleistet ist. Historisch gesehen stand wohl das Bedürfnis im Vordergrund, die durch

jahrhundertlang praktizierte Aufteilung des Besitzes unter den Erben unzureichend gewordenen Betriebsgrößen durch Aufnahme einer außerlandwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit zu kompensieren, während eine Flächenabstockung allenfalls dann erfolgte, wenn das Vertrauen in die Sicherheit des neuen Arbeitsplatzes im Lauf der Zeit gewachsen war.

Eine Sonderstellung nehmen die Region Schwarzwald-Baar-Heuberg (insbesondere die Kreise Rottweil und Tuttlingen) sowie der Kreis Reutlingen ein: hier treffen unterdurchschnittliche Haupterwerbsbetriebsquoten mit überdurchschnittlichen Betriebsgrößen zusammen. Auch im Landkreis Karlsruhe und im Enzkreis hat eine niedrige Haupterwerbsquote zu einem

landwirtschaftlich genutzten Fläche von ... bis unter ... ha

10 – 20			Veränderung		20 – 30			Veränderung		30 und mehr			Veränderung	
1971	1979	1987	1979 gegen 1971	1987 gegen 1979	1971	1979	1987	1979 gegen 1971	1987 gegen 1979	1971	1979	1987	1979 gegen 1971	1987 gegen 1979
Anzahl			%		Anzahl			%		Anzahl			%	
2 536	1 851	1 422	-27,0	-23,2	629	862	851	+37,0	- 1,3	156	346	539	+121,8	+55,8
3 700	2 560	1 975	-30,8	-22,9	1 172	1 261	1 104	+ 7,6	- 12,5	441	1 005	1 310	+127,9	+30,3
2 817	2 292	1 954	-18,6	-14,7	758	904	829	+19,3	- 8,3	405	779	1 013	+ 92,3	+30,0
924	682	502	-26,2	-26,4	308	340	299	+10,4	- 12,1	123	207	280	+ 68,3	+35,3
1 246	1 221	1 181	- 2,0	- 3,3	204	259	277	+27,0	+ 7,0	46	77	103	+ 67,4	+33,8
786	794	766	+ 1,0	- 3,5	316	386	359	+22,2	- 7,0	134	186	220	+ 38,8	+18,3
1 012	843	686	-16,7	-18,6	209	265	275	+26,8	+ 3,8	57	155	233	+171,9	+50,3
1 433	952	690	-33,6	-27,5	483	436	357	- 9,7	- 18,1	175	415	531	+137,1	+28,0
715	635	558	-11,2	-12,1	128	167	191	+30,5	+ 14,4	44	51	60	+ 15,9	+17,6
1 965	1 561	1 278	-20,6	-18,1	589	726	756	+23,3	+ 4,1	133	238	328	+ 78,9	+37,8
5 143	3 851	2 870	-25,1	-25,5	1 693	1 896	1 777	+12,0	- 6,3	629	1 085	1 482	+ 72,5	+36,6
1 181	896	727	-24,1	-18,9	424	493	431	+16,3	- 12,6	114	195	297	+ 71,1	+52,3
1 492	1 076	792	-27,9	-26,4	503	564	496	+12,1	- 12,1	212	352	493	+ 66,0	+40,1
4 125	2 980	2 182	-27,8	-26,8	1 427	1 501	1 277	+ 5,2	- 14,9	546	1 005	1 307	+ 84,1	+30,1
299	284	266	- 5,0	- 6,3	50	50	60	0,0	+ 20,0	62	88	83	+ 41,9	- 5,7
350	269	215	-23,1	-20,1	121	90	75	-25,8	- 16,7	115	188	195	+ 63,5	+ 3,7
993	769	622	-22,6	-19,1	353	317	284	-10,2	- 10,4	203	391	480	+ 92,6	+22,8
1 421	1 098	854	-22,7	-22,2	335	414	399	+23,6	- 3,6	128	238	335	+ 85,9	+40,8
2 606	2 124	1 670	-18,5	-21,4	550	747	706	+35,8	- 5,5	79	231	469	+192,4	+103,0
2 425	1 809	1 343	-25,4	-25,8	1 123	1 204	1 074	+ 7,2	- 10,8	287	495	731	+ 72,5	+47,7
3 008	2 004	1 466	-33,4	-26,8	1 114	1 016	778	- 8,8	- 23,4	315	785	1 033	+149,2	+31,6
40 177	30 551	24 019	-24,0	-21,4	12 489	13 898	12 655	+11,3	- 8,9	4 404	8 512	11 522	+ 93,3	+35,4

überproportionalen Anstieg der Betriebsgrößen beigetragen, was darauf schließen läßt, daß das von den aufgebenden kleinen (Nebenerwerbs-) Betrieben freigesetzte Land den (relativ wenigen) Haupterwerbsbetrieben zur eigenen Aufstockung und betrieblichem Wachstum diene. Wenn man davon ausgeht, daß die Zahl der Kleinbetriebe dort weiter abnimmt und dadurch Fläche freigesetzt wird, könnte hierin längerfristig sogar ein entscheidender Vorteil für die verbleibenden Haupterwerbsbetriebe liegen. Demgegenüber ist zu befürchten, daß in den typischen Gebieten der Haupterwerbslandwirtschaft nicht genügend Land für aufstockungswillige Betriebsinhaber zur Verfügung steht. Bereits in der Vergangenheit konnten die

durchschnittlichen Betriebsgrößen gerade in solchen Regionen und Kreisen nur mäßig anwachsen. Sollte sich diese im Grunde strukturkonservierende Entwicklung fortsetzen, könnten auf Dauer daraus gerade solchen Betrieben Nachteile erwachsen, die bei entsprechendem Angebot in der Lage wären, ihre Kapazitäten auf zukünftige Erfordernisse auszurichten.

Ebene der Landwirtschaftlichen Vergleichsgebiete:
Berücksichtigung naturräumlicher Unterschiede

Im Unterschied zur Verwaltungsgliederung nimmt die Definition der Landwirtschaftlichen Vergleichsgebiete bewußt

Bezug auf die natürliche Ertragsfähigkeit der Landbewirtschaftung. Dementsprechend werden in Baden-Württemberg 21 Gebiete mit jeweils vergleichbaren Produktionsbedingungen unterschieden, die in ihrer räumlichen Ausrichtung jedoch stark differieren (Schaubild 3). Erstreckt sich beispielsweise das Vergleichsgebiet 3 (Bessere und Geringere Rheinebene) vom Rhein-Neckar-Kreis im Norden entlang des Oberrheintals bis Basel und entlang des Hochrheins bis zur Schweizer Grenze bei Hohentengen, so umfaßt das Vergleichsgebiet 9 (Östlicher Bodensee) nur einen vergleichsweise eng umgrenzten Bereich. Die große räumliche Ausdehnung mancher Gebiete erschwert die Beurteilung des landwirtschaftlichen Strukturwandels trotz vergleichbarer natürlicher Voraussetzungen insofern, als andere Bestimmungs- und

Einflußfaktoren, wie z.B. Vererbungsformen oder das außerlandwirtschaftliche Umfeld nicht an die Grenzen dieser Gebiete gebunden sind, sondern sich oft auch innerhalb eines Vergleichsgebiets beträchtlich unterscheiden. Dementsprechend können sich in den größeren Vergleichsgebieten gegensätzliche Entwicklungen, die bei kleinräumlicher Betrachtung sichtbar werden, überlagern und wenigstens zum Teil ausgleichen.

Dies wird beispielsweise am Vergleichsgebiet 2 (Bessere und Geringere Gäulandschaften) deutlich, das im wesentlichen Teile des Enzkreises sowie der Kreise Karlsruhe, Rhein-Neckar, Heilbronn und Ludwigsburg umfaßt (Tabelle 6): Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe reduzierte sich dort sowohl in den siebziger wie auch in den achtziger Jahren

Tabelle 7

Ausgewählte Daten zur Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe in den Vergleichsgebieten 1971 bis 1987

VE	Vergleichsgebiete	Durchschnittliche Größe der landwirtschaftlichen Betriebe					Anteil der Betriebe mit überwiegend betrieblichen Einkommen an den Betrieben insgesamt		
		1971	1979	1987	Veränderung		1971	1979	1983
					1979 gegen 1971	1987 gegen 1979			
		ha LF			%				
01	Unterland/Bergstraße	7,4	8,5	9,4	+ 14,2	+ 10,5	59,7	50,7	50,3
02	Gäulandschaften	6,7	8,4	10,6	+ 26,2	+ 25,4	37,4	30,0	29,4
03	Rheinebene	5,3	6,2	7,1	+ 18,0	+ 14,0	37,9	30,6	29,4
04	Westl. Bodensee	9,5	11,0	12,6	+ 15,9	+ 14,5	59,7	48,7	48,6
05	Westl. Schwarzwald	6,5	7,7	8,2	+ 17,9	+ 6,7	40,4	35,9	33,7
06	Hochschwarzwald	7,0	9,0	9,0	+ 28,4	- 0,9	28,3	23,2	22,9
07	Östl. Schwarzwald	6,4	7,9	9,5	+ 24,7	+ 19,5	31,7	22,5	21,3
08	Baar	10,9	14,3	17,4	+ 31,6	+ 21,6	46,3	36,7	35,9
09	Östl. Bodensee	9,7	10,4	11,0	+ 6,6	+ 6,4	74,5	68,1	65,2
10	Allgäu	12,6	14,7	16,2	+ 16,7	+ 9,8	80,6	77,8	74,8
11	Oberland	12,1	14,1	16,3	+ 16,6	+ 15,0	65,5	54,6	51,9
12	Donau-Iller	11,7	13,5	15,1	+ 15,6	+ 11,8	63,9	55,3	51,5
13	Bessere Alb	13,0	15,4	17,6	+ 18,5	+ 14,5	68,4	55,3	52,5
14	Geringere Alb	11,1	13,4	15,7	+ 20,5	+ 17,0	45,5	34,5	33,1
15	Heuberg	6,8	8,4	9,6	+ 24,0	+ 14,8	15,6	9,5	9,5
16	Westl. Albvorland	6,6	9,1	11,6	+ 37,3	+ 28,1	16,4	12,9	13,4
17	Neckar-Nagold-Gebiet	6,0	7,7	10,0	+ 27,6	+ 30,1	24,1	16,2	16,4
18	Östl. Albvorland	7,4	9,2	10,9	+ 24,2	+ 19,2	41,4	32,9	32,9
19	Schwäbischer Wald/Odenwald	8,1	9,6	11,1	+ 17,8	+ 16,0	44,4	34,4	32,5
20	Hohenlohe	12,5	14,3	16,0	+ 14,1	+ 11,8	68,9	59,4	56,9
21	Besseres und Geringeres Bauland	10,1	12,6	15,2	+ 25,1	+ 20,7	46,5	36,1	34,7

um jeweils rund ein Viertel, während die Abnahmeraten im Kreis Karlsruhe wie im Enzkreis für sich betrachtet in der ersten Periode bei mehr als 30 %, in der zweiten immer noch bei etwa 27 bis 28 % lagen. Ähnliche Nivellierungseffekte müssen insbesondere auch für das umfangreiche Vergleichsgebiet 3 (Rheinebene) hingenommen werden, in dem der Betriebsbestand zunächst um 18,8 % und dann nochmals um 15,6 % - in beiden Perioden also weniger als im Landesdurchschnitt abnahm. In den kleineren Vergleichsgebieten 9 und 12 (Östlicher Bodensee bzw. Donau-Iller) entsprach die strukturelle Entwicklung dagegen eher den bereits auf Kreisebene festgestellten Größenordnungen.

Am stärksten verlief der Strukturwandel bei der naturräumlich orientierten Dar-

Anteil des					
Ackerlands			Dauergrünlands		
an der gesamten LF der Betriebe					
1971	1979	1983	1971	1979	1983
%					
76,3	76,3	76,9	14,3	13,4	12,4
69,4	71,8	73,0	26,7	24,3	23,2
62,6	65,1	65,8	29,3	25,0	23,6
49,8	53,7	54,4	44,1	39,9	39,1
29,2	21,9	19,5	68,9	75,9	78,3
21,2	11,8	9,1	78,4	88,0	90,6
42,4	39,2	38,2	56,8	60,2	61,3
45,6	46,9	47,6	53,8	52,7	52,1
21,6	25,8	29,3	61,3	54,7	52,3
8,8	7,4	6,7	90,6	92,1	92,8
49,8	51,7	52,5	49,1	47,3	46,6
61,9	66,8	68,3	37,2	32,6	31,1
68,6	70,5	71,4	30,6	28,8	28,0
56,5	55,8	54,4	42,9	43,7	45,1
29,3	25,2	23,5	69,7	73,9	75,7
33,8	35,4	37,4	65,3	63,8	61,8
57,0	57,7	58,5	42,0	41,3	40,7
39,2	39,3	38,7	58,4	58,1	59,1
42,6	41,1	41,1	56,4	58,2	58,3
63,8	68,0	70,5	35,4	31,2	28,7
80,7	80,5	80,9	17,9	18,2	17,8

stellung im Vergleichsgebiet 16 (Westliches Albvorland), das den Raum Balingen - Oberndorf bis hin zum westlichen Kreis Tuttlingen umfaßt. Dort sank die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe von 1971 bis 1979 um 30 % und von 1979 bis 1987 abermals um nahezu 28 %. Verursacht wurden diese Abnahmen durch das Ausscheiden zahlreicher Kleinst- und Kleinbetriebe sowie einen Rückgang der Betriebe mit ehemals stattlicher Größe von 20 bis 30 Hektar LF um ein Viertel bereits zu Zeiten, als diese Kategorie andernorts noch enorme Zugänge verbuchte (z.B. Vergleichsgebiet 1 Unterland/Bergstraße: + 37 %), während die Betriebe mit 30 Hektar LF und mehr gleichzeitig weniger zunahmten als im landesweiten Trend. Außer im benachbarten Vergleichsgebiet 15 (Heuberg) gibt es hier anteilig die wenigsten Haupterwerbsbetriebe (1983: 13,4 %) des Landes überhaupt, was einerseits mit der geringen natürlichen Ertragsfähigkeit, andererseits aber auch mit den frühzeitig erschlossenen außerlandwirtschaftlichen Erwerbsalternativen (Textilindustrie) zusammenhängt, die maßgeblich dazu beigetragen haben, daß der Raum Balingen-Ebingen heute ein Verdichtungsgebiet im Ländlichen Raum bildet. Umso mehr überrascht bei dem geringen Anteil an Haupterwerbsbetrieben die sprunghafte Steigerung der durchschnittlichen Betriebsgröße von 6,6 Hektar LF im Jahr 1971 auf 11,6 Hektar LF im Jahr 1987, zumal nicht nur die (wenigen) Haupterwerbsbetriebe, sondern auch ein Teil der Nebenerwerbsbetriebe zusätzliche Flächen aufgenommen haben dürften.

Auf der Baar (Vergleichsgebiet 8), der Agrarlandschaft zwischen Schwarzwald und Schwäbischer Alb, wuchs die durchschnittliche Betriebsgröße freilich (bei einem in etwa dem Landesdurchschnitt entsprechenden Anteil an Haupt- und Nebenerwerbsbetrieben) binnen 16 Jahren am stärksten an und zwar von 10,9 auf 17,4 Hektar LF. Starke Abnahmen bei den kleinen und mittleren Betrieben dank außerlandwirtschaftlicher Arbeitsplätze in den Räumen Villingen-Schwenningen und Tuttlingen eröffneten auch hier den verbleibenden Betrieben die Möglichkeit zur Erweiterung ihrer Flächenkapazitäten, die gerade bei beschränkter natürlicher Ertragsfähigkeit dringend vonnöten war.

Waren diese Gebiete besonders ausgeprägten Veränderungen der landwirtschaftlichen Betriebsstruktur ausgesetzt, so blieben die Verhältnisse im Vergleichsgebiet 9 (Östlicher Bodensee) vergleichsweise stabil, und zwar stabiler, als es die Daten des Bodenseekreises erkennen ließen. Die Gesamtzahl aller landwirtschaftlichen Betriebe ging hier langsamer zurück als andernorts (zunächst um 11 %, dann nur um gut 8 %), die kleinen und mittleren Betriebe mit weniger als 10 bzw. mit 10 bis 20 Hektar LF konnten sich vergleichsweise gut halten und die 20 bis 30 Hektar großen Betriebe nahmen sogar stärker zu als die Betriebe mit noch besserer Flächenausstattung. Zieht man in Betracht, daß die Bodenseegegend zwischen Friedrichshafen und Tettang über bedeutenden Obst- (Bodenseeäpfel) und Hopfenanbau (Tettanger Hopfen) verfügt, so wird verständlich, daß hier kein solcher Zwang zum betrieblichen Flächenwachstum wie in anderen Regionen des Landes gegeben war, weil die Führung eines Betriebs im Haupterwerb selbst bei geringerer Flächenausstattung dank der Sonderkulturen möglich ist. Ein weiteres Indiz für diesen Zusammenhang ist der immer noch sehr hohe Anteil hauptberuflich geführter Betriebe (1983: 65 %) ⁵ - neben dem benachbarten Vergleichsgebiet 10 (Allgäu) der höchste überhaupt. Dabei weist die durchschnittliche Betriebsgröße die geringste Steigerungsrate aller Vergleichsgebiete auf (seit 1971 insgesamt + 13 %) und beläuft sich auch heute nur auf 11 Hektar LF.

Ebene der Raumkategorien des Landesentwicklungsplans:

Gemäßigter Strukturwandel im Ländlichen Raum

Orientiert sich die Definition der landwirtschaftlichen Vergleichsgebiete ausschließlich an der natürlichen Ertragsfähigkeit, so sind für die Abgrenzung der Räume nach dem Landesentwick-

lungsplan (LEP) andere Faktoren, wie Bevölkerungsdichte, Wirtschaftskraft und -struktur maßgebend. Von daher wird verständlich, daß die Landwirtschaft in einem Verdichtungsraum völlig anderen Anforderungen und Bedingungen gegenübersteht als etwa im Ländlichen Raum; man denke nur an die Unterschiede in der Baulandnachfrage oder im außerlandwirtschaftlichen Arbeitsplatzangebot.

Verfolgt man die Strukturentwicklung der Landwirtschaft in den letzten ein- einhalb Jahrzehnten nach diesen Raumkategorien, so fallen zunächst auch hier die beträchtlichen Unterschiede in der räumlichen Ausdehnung der Gebiete ins Auge, die zum Teil Feinheiten der Entwicklung verdecken. Weiterhin ist zu bedenken, daß diese Gliederung zwar einige nicht unwesentliche Bestimmungsfaktoren des landwirtschaftlichen Strukturwandels einschließt, jedoch andere, vielleicht bedeutendere ausblendet. Die kleinräumigen regionalen Unterschiede wurden bereits bei der kreisweisen Darstellung des Strukturwandels erläutert. Im folgenden werden deshalb ergänzend nur noch einige wichtige zusätzliche Unterschiede zwischen den vier verschiedenen LEP-Raumkategorien herausgestellt.

So ging die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe im Ländlichen Raum insgesamt - mit den bekannten Unterschieden zwischen den Regionen - erwartungsgemäß langsamer zurück als in den sogenannten Verdichtungsräumen, also den Ballungszentren Stuttgart, Heidelberg-Mannheim, Karlsruhe und Freiburg (Tabelle 8a und 8b). Erstaunlich ist jedoch die Tatsache, daß sich der strukturelle Wandlungsprozeß sowohl in den Randzonen der Verdichtungsräume wie auch in den Verdichtungsbereichen der Ländlichen Räume mit noch größerer Dynamik vollzog; am stärksten in den Randzonen mit Betriebsabnahmequoten zwischen 1971 und 1979 von 24 % und zwischen 1979 und 1987 von 20 %. Offenbar findet der seit längerem zu beobachtende Trend zum Wohnen am Rand der Ballungsräume mit der dazu erforderlichen Baulanderschließung in den Umfeldgemeinden in dieser Entwicklung ebenso seinen Niederschlag wie die meist aus Kostengründen vorgenommene Auslagerung von Industrie- und Gewerbebetrieben aus dem Kern an den Rand der Ballungszentren.

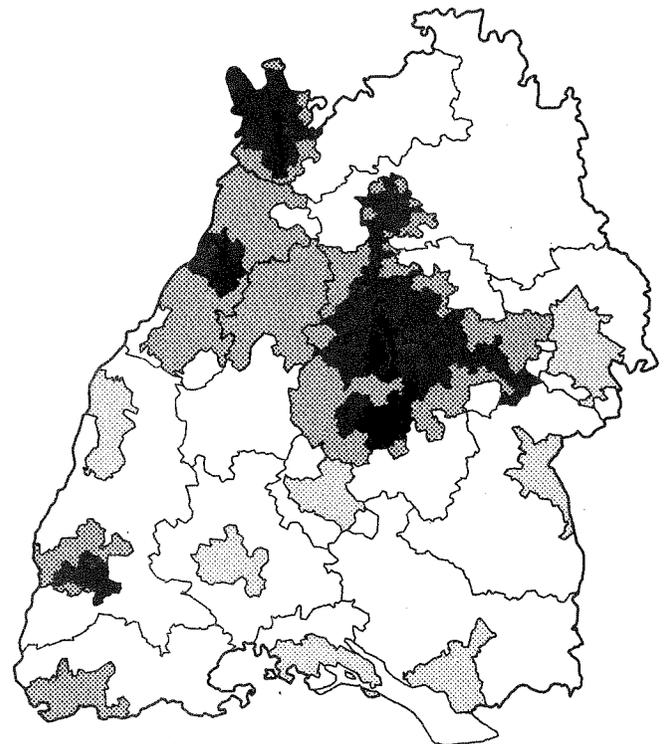
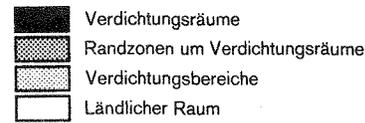
5) Neuere, auf 1987 bezogene Daten zur sozialökonomischen Betriebstypisierung für die landwirtschaftlichen Vergleichsgebiete liegen derzeit noch nicht vor.

Für die landwirtschaftlichen Betriebe in den Verdichtungsräumen selbst bestand dagegen augenscheinlich nicht mehr der starke Anpassungsdruck wie noch in den fünfziger und sechziger Jahren angesichts des damaligen enormen Landbedarfs für industrielle, gewerbliche und sonstige Siedlungszwecke.

Betrachtet man die Entwicklung nach Betriebsgrößenklassen, so wird deutlich, daß die für die Gesamtheit der Betriebe festgestellte größere Dynamik des Strukturwandels in den verdichteten Gebieten nur für Betriebe mit weniger als 30 Hektar LF gilt. Bei den flächenmäßig besser ausgestatteten Betrieben verzeichnet nämlich der Ländliche Raum die höchsten Zunahmen: Einer knappen Verdoppelung in den siebziger Jahren folgte eine abermalige Zunahme um 40 % in den achtziger Jahren. Bei den bestehenden und in Zukunft zu erwartenden Preis-Kosten-Verhältnissen sind die Betriebsinhaber besonders im Ländlichen Raum auf die Erweiterung ihrer Produktionskapazitäten angewiesen, wenn sie Hauptideberbslandwirte bleiben wollen. In den verdichteten Gebieten mildern dagegen alternative Arbeitsplatzangebote den Zwang zum betrieblichen Wachstum; vielfach stehen aber auch die für eine Aufstockung erforderlichen Flächen angesichts der besonderen Konkurrenzsituation einfach nicht zur Verfügung. Dies wird im wesentlichen auch durch die Unterschiede in den durchschnittlichen Betriebsgrößen bestätigt (Tabellen 9a und 9b), die im Ländlichen Raum bei etwa 12,6 Hektar LF, in den Verdichtungsgebieten des Ländlichen Raums bei 12,9 Hektar LF liegen. In den Verdichtungsräumen und deren Randzonen sind die Betriebe dagegen im Schnitt um drei bis vier Hektar kleiner. Der überdurchschnittlich hohe Anteil an Hauptideberbsbetrieben (43 %) in den Verdichtungsräumen bestätigt freilich wiederum, daß hier zugleich Schwerpunkte des Sonderkulturanbaus liegen. In den Randzonen dürfte dies bei nur 25 % Hauptideberbsbetrieben nicht gleichermaßen der Fall sein. Bei den Verdichtungsgebieten (41 % Hauptideberbsbetriebe) treten die regionalen Schwerpunkte der Hauptideberbslandwirtschaft um Ulm, Ravensburg und Konstanz besonders hervor, während im Ländlichen Raum (im engeren Sinne) sich die unterschiedlichen Strukturen derart

Schaubild 4

Raumkategorien nach dem Landesentwicklungsplan Stand 1985



Statistisches Landesamt Baden - Württemberg

170 88

überlagern, daß der Anteil an Hauptideberbsbetrieben insgesamt in etwa dem Landeswert entspricht.

Selbst wenn man für eine Analyse des landwirtschaftlichen Strukturwandels den Ländlichen Raum nach Regionen weiter unterteilt (wie in Tabelle 8a und 9a geschehen), dürfen die bereits auf dieser Ebene auftretenden Überlagerungseffekte nicht außer acht gelassen werden. Erschwerend kommt hinzu, daß die für betriebliche Veränderungen maßgebenden Einflußfaktoren statistisch nur schwer präzisiert werden können. Auch die hier verwendeten regionalen Gliederungen vermögen nur bedingt Hilfestellung zu gewähren insofern, als dabei einzelne mögliche Bestimmungsgründe immanent berücksichtigt sind (natürliche Verhältnisse bei der Gliederung nach Landwirtschaftlichen Vergleichsgebieten, Wirtschaftskraft und Siedlungsdichte bei der Darstellung nach den Raumkategorien des Landesentwicklungsplans). Eine wei-

Tabelle 8

Strukturentwicklung der landwirtschaftlichen Betriebe in den Raumkategorien des Landesentwicklungsplanes 1971 bis 1987

a) Ländliche Räume nach Regionen

Ländlicher Raum	Landwirtschaftliche Betriebe insgesamt					Davon mit einer				
	1971	1979	1987	Veränderung		unter 10			Veränderung	
				1979 gegen 1971	1987 gegen 1979				1979 gegen 1971	1987 gegen 1979
	Anzahl			%		Anzahl			%	
Region 11 Mittlerer Neckar	3 749	2 907	2 447	- 22,5	- 15,8	2 762	1 961	1 588	- 29,0	- 19,0
Region 12 Franken	24 898	20 485	17 145	- 17,7	- 16,3	14 896	11 421	8 997	- 23,3	- 21,2
Region 13 Ostwürttemberg	6 399	5 337	4 499	- 16,6	- 15,7	3 610	2 717	2 158	- 24,7	- 20,6
Region 21 Mittlerer Oberrhein	1 724	1 270	963	- 26,3	- 24,2	1 491	1 069	769	- 28,3	- 28,1
Region 22 Unterer Neckar	6 503	4 903	3 916	- 24,6	- 20,1	3 863	2 707	2 068	- 29,9	- 23,6
Region 23 Nordschwarzwald	6 925	5 266	4 159	- 24,0	- 21,0	6 007	4 363	3 300	- 27,4	- 24,4
Region 31 Südlicher Oberrhein	18 866	16 480	14 799	- 12,6	- 10,2	15 575	13 111	11 445	- 15,8	- 12,7
Region 32 Schwarzwald-Baar-Heuberg	11 047	8 352	6 666	- 24,4	- 20,2	8 124	5 655	4 204	- 30,4	- 25,7
Region 33 Hochrhein-Bodensee	9 742	7 555	6 498	- 22,5	- 14,0	6 879	4 736	4 009	- 31,2	- 15,4
Region 41 Neckar-Alb	7 417	5 911	4 705	- 20,3	- 20,4	5 487	4 084	3 092	- 25,6	- 24,3
Region 42 Donau-Iller	12 783	10 742	9 293	- 16,0	- 13,5	6 106	4 606	3 755	- 24,6	- 18,5
Region 43 Bodensee-Oberschwaben	14 457	12 134	10 566	- 16,1	- 12,9	7 009	5 245	4 273	- 25,2	- 18,5
Insgesamt	124 510	101 342	85 656	- 18,6	- 15,5	81 809	61 675	49 658	- 24,6	- 19,5

b) Verdichtungsräume, Randzonen und Verdichtungsgebiete

Verdichtungsräume Randzonen Verdichtungsgebiete	Landwirtschaftliche Betriebe insgesamt					Davon mit einer				
	1971	1979	1987	Veränderung		unter 10			Veränderung	
				1979 gegen 1971	1987 gegen 1979				1979 gegen 1971	1987 gegen 1979
	Anzahl			%		Anzahl			%	
Verdichtungsräume										
Stuttgart	13 559	10 605	8 607	- 21,8	- 18,8	10 692	7 880	6 097	- 26,3	- 22,6
Rhein-Neckar	2 175	1 748	1 398	- 19,6	- 20,0	1 386	1 082	801	- 21,9	- 26,0
Karlsruhe	736	513	402	- 30,3	- 21,6	639	422	309	- 34,0	- 26,8
Freiburg	805	720	624	- 10,6	- 13,3	631	558	461	- 11,6	- 17,4
Zusammen	17 275	13 586	11 031	- 21,4	- 18,8	13 348	9 942	7 668	- 25,5	- 22,9
Randzonen										
Stuttgart	15 243	11 887	9 526	- 22,0	- 19,9	11 939	8 782	6 706	- 26,4	- 23,6
Rhein-Neckar	1 216	926	710	- 23,9	- 23,3	905	645	465	- 28,7	- 27,9
Karlsruhe	8 366	5 963	4 555	- 28,7	- 23,6	7 571	5 168	3 791	- 31,7	- 26,6
um Pforzheim	4 923	3 481	2 544	- 29,3	- 26,9	4 217	2 838	1 957	- 32,7	- 31,0
Freiburg	3 057	2 804	2 529	- 8,3	- 9,8	2 732	2 452	2 178	- 10,3	- 11,2
Basel-Lörrach	2 066	1 471	1 244	- 28,8	- 15,4	1 632	1 068	873	- 34,6	- 18,3
Zusammen	34 871	26 532	21 108	- 23,9	- 20,4	28 996	20 953	15 970	- 27,7	- 23,8
Verdichtungsgebiete										
Aalen-Heidenheim	1 931	1 544	1 275	- 20,0	- 17,4	922	685	522	- 25,7	- 23,8
Offenburg-Lahr	3 060	2 318	1 845	- 24,3	- 20,4	2 667	1 936	1 482	- 27,4	- 23,5
Villingen-Schwenningen	1 449	1 021	798	- 29,5	- 21,8	880	521	363	- 40,8	- 30,3
Konstanz	1 721	1 350	1 095	- 21,6	- 18,9	1 133	868	684	- 23,4	- 21,2
Balingen-Albstadt	2 084	1 519	1 113	- 27,1	- 26,7	1 790	1 242	862	- 30,6	- 30,6
Ravensburg	2 552	2 250	2 069	- 11,8	- 8,0	1 498	1 248	1 120	- 16,7	- 10,3
Ulm	1 255	966	846	- 23,0	- 12,4	595	397	311	- 33,3	- 21,7
Zusammen	14 052	10 968	9 041	- 21,9	- 17,6	9 485	6 897	5 344	- 27,3	- 22,5
Insgesamt										
Insgesamt	66 198	51 086	41 180	- 22,8	- 19,4	51 829	37 792	28 982	- 27,1	- 23,3

landwirtschaftlich genutzten Fläche von ... bis unter ... ha

10 – 20			Veränderung		20 – 30			Veränderung		30 und mehr			Veränderung	
1971	1979	1987	1979 gegen 1971	1987 gegen 1979	1971	1979	1987	1979 gegen 1971	1987 gegen 1979	1971	1979	1987	1979 gegen 1971	1987 gegen 1979
Anzahl			%		Anzahl			%		Anzahl			%	
815	667	517	- 18,2	- 22,5	139	187	204	+ 34,5	+ 9,1	33	92	138	+ 178,8	+ 50,0
7 015	5 082	3 826	- 27,6	- 24,7	2 399	2 701	2 346	+ 12,6	- 13,1	588	1 281	1 976	+ 117,9	+ 54,3
2 071	1 674	1 270	- 19,2	- 24,1	587	646	593	+ 10,1	- 8,2	131	300	478	+ 129,0	+ 59,3
150	96	82	- 36,0	- 14,6	51	38	34	- 25,5	- 10,5	32	67	78	+ 109,4	+ 16,4
1 752	1 100	750	- 37,2	- 31,8	672	582	455	- 13,4	- 21,8	216	514	643	+ 138,0	+ 25,1
673	559	456	- 16,9	- 18,4	169	177	181	+ 4,7	+ 2,3	76	167	222	+ 119,7	+ 32,9
2 494	2 291	2 169	- 8,1	- 5,3	586	713	689	+ 21,7	- 3,4	211	365	496	+ 73,0	+ 35,9
1 998	1 512	1 208	- 24,3	- 20,1	634	609	553	- 3,9	- 9,2	291	576	701	+ 97,9	+ 21,7
2 200	1 773	1 335	- 19,4	- 24,7	522	657	604	+ 25,9	- 8,1	141	389	550	+ 175,9	+ 41,4
1 380	1 030	749	- 25,4	- 27,3	378	474	417	+ 25,4	- 12,0	172	323	447	+ 87,8	+ 38,4
4 554	3 398	2 615	- 25,4	- 23,0	1 552	1 775	1 603	+ 14,4	- 9,7	571	963	1 320	+ 68,7	+ 37,1
5 224	4 044	3 158	- 22,6	- 21,9	1 650	1 904	1 870	+ 15,4	- 1,8	574	941	1 265	+ 63,9	+ 34,4
30 326	23 226	18 135	- 23,4	- 21,9	9 339	10 463	9 549	+ 12,0	- 8,7	3 036	5 978	8 314	+ 96,9	+ 39,1

landwirtschaftlich genutzten Fläche von ... bis unter ... ha

10 – 20			Veränderung		20 – 30			Veränderung		30 und mehr			Veränderung	
1971	1979	1987	1979 gegen 1971	1987 gegen 1979	1971	1979	1987	1979 gegen 1971	1987 gegen 1979	1971	1979	1987	1979 gegen 1971	1987 gegen 1979
Anzahl			%		Anzahl			%		Anzahl			%	
Verdichtungsräume														
2 050	1 574	1 263	- 23,2	- 19,8	577	727	707	+ 26,0	- 2,8	240	424	540	+ 76,7	+ 27,4
520	329	243	- 36,7	- 26,1	207	206	192	- 0,5	- 6,8	62	131	162	+ 111,3	+ 23,7
43	32	41	- 25,6	+ 28,1	26	23	19	- 11,5	- 17,4	28	36	33	+ 28,6	- 8,3
135	101	91	- 25,2	- 9,9	34	46	50	+ 35,3	+ 8,7	5	15	22	+ 200,0	+ 46,7
2 748	2 036	1 638	- 25,9	- 19,5	844	1 002	968	+ 18,7	- 3,4	335	606	757	+ 80,9	+ 24,9
Randzonen														
2 465	1 865	1 429	- 24,3	- 23,4	645	773	742	+ 19,8	- 4,0	194	467	649	+ 140,7	+ 39,0
182	124	87	- 31,9	- 29,8	95	89	65	- 6,3	- 27,0	34	68	93	+ 100,0	+ 36,8
414	312	282	- 24,6	- 9,6	202	183	139	- 9,4	- 24,0	179	300	343	+ 67,6	+ 14,3
454	324	255	- 28,6	- 21,3	171	154	130	- 9,9	- 15,6	81	165	202	+ 103,7	+ 22,4
263	248	225	- 5,7	- 9,3	38	57	58	+ 50,0	+ 1,8	24	47	68	+ 95,8	+ 44,7
335	246	200	- 26,6	- 18,7	74	96	89	+ 29,7	- 7,3	25	61	82	+ 144,0	+ 34,4
4 113	3 119	2 478	- 24,2	- 20,6	1 225	1 352	1 223	+ 10,4	- 9,5	537	1 108	1 437	+ 106,3	+ 29,7
Verdichtungsbereiche														
662	444	325	- 32,9	- 26,8	258	267	234	+ 3,5	- 12,4	89	148	194	+ 66,3	+ 31,1
249	181	159	- 27,3	- 12,2	88	89	61	+ 1,1	- 31,5	56	112	143	+ 100,0	+ 27,7
314	217	161	- 30,9	- 25,8	168	119	85	- 29,2	- 28,6	87	164	189	+ 88,5	+ 15,2
381	219	146	- 42,5	- 33,3	150	154	112	+ 2,7	- 27,3	57	109	153	+ 91,2	+ 40,4
147	117	103	- 20,4	- 12,0	53	47	43	- 11,3	- 8,5	94	113	105	+ 20,2	- 7,1
837	715	628	- 14,6	- 12,2	165	220	236	+ 33,3	+ 7,3	52	67	85	+ 28,9	+ 26,9
400	277	246	- 30,8	- 11,2	199	185	144	- 7,0	- 22,2	61	107	145	+ 75,4	+ 35,5
2 990	2 170	1 768	- 27,4	- 18,5	1 081	1 081	915	0,0	- 15,4	496	820	1 014	+ 65,3	+ 23,7
Insgesamt														
9 851	7 325	5 884	- 25,6	- 19,7	3 150	3 435	3 106	+ 9,0	- 9,6	1 368	2 534	3 208	+ 85,2	+ 26,6

Tabelle 9

Ausgewählte Daten zur Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe in den Raumkategorien des Landesentwicklungsplanes 1971 bis 1987

a) Ländliche Räume nach Regionen

Ländlicher Raum	Durchschnittliche Größe der landwirtschaftlichen Betriebe					Anteil ¹⁾ der Betriebe mit überwiegend betrieblichen Einkommen an den Betrieben ²⁾ insgesamt			Anteil ¹⁾ des					
	1971	1979	1987	Veränderung		1971	1979	1983	Ackerlands			Dauergrünlands		
				1979 gegen 1971	1987 gegen 1979				an der gesamten LF der Betriebe					
	ha			%										
Region 11 Mittlerer Neckar	7,3	8,9	10,0	+ 22,0	+ 13,1	43,7	32,9	32,0	43,9	40,0	39,2	54,1	58,2	59,0
Region 12 Franken	10,1	11,9	13,8	+ 18,1	+ 16,5	55,7	45,7	44,5	68,3	70,2	71,6	29,4	27,4	26,0
Region 13 Ostwürttemberg	10,6	12,4	14,2	+ 19,0	+ 14,6	55,4	42,4	39,4	54,5	54,8	55,5	44,8	44,6	44,1
Region 21 Mittlerer Oberrhein	5,7	7,4	9,3	+ 30,0	+ 26,2	23,0	16,7	17,7	80,2	82,0	82,5	16,3	14,1	13,7
Region 22 Unterer Neckar	10,3	13,2	16,1	+ 28,3	+ 41,2	45,7	37,7	36,2	76,9	76,0	76,2	22,2	23,4	23,2
Region 23 Nordschwarzwald	5,4	6,7	8,2	+ 22,8	+ 22,9	27,3	18,0	17,1	52,2	50,3	50,0	46,9	48,9	49,3
Region 31 Südlicher Oberrhein	5,9	6,6	7,3	+ 11,3	+ 9,7	43,8	35,7	34,2	45,4	41,7	40,4	48,0	49,9	50,6
Region 32 Schwarzwald-Baar-Heuberg	8,2	10,4	12,6	+ 27,7	+ 21,3	29,3	22,5	22,3	40,6	39,7	39,4	58,8	59,8	60,1
Region 33 Hochrhein-Bodensee	8,2	10,7	11,6	+ 30,6	+ 8,6	40,5	31,7	28,4	40,9	39,3	39,6	56,9	58,5	58,3
Region 41 Neckar-Alb	8,6	10,0	12,6	+ 17,2	+ 25,7	29,0	18,8	18,6	49,5	50,7	48,5	49,9	48,8	51,2
Region 42 Donau-Iller	12,4	14,5	16,3	+ 17,2	+ 12,7	66,0	56,3	53,1	57,9	60,5	61,1	41,3	38,9	38,4
Region 43 Bodensee-Oberschwaben	12,1	14,1	15,9	+ 16,3	+ 13,2	67,1	58,0	55,8	37,8	37,9	37,9	60,7	60,6	60,6
Insgesamt	9,1	10,9	12,6	+ 19,5	+ 14,9	48,2	39,4	37,9	53,4	53,5	53,7	44,6	44,4	44,2

1) Betriebe bzw. LF der jeweiligen Region = 100%. – 2) Betriebe in der Hand natürlicher Personen.

b) Verdichtungsräume, Randzonen und Verdichtungsgebiete

Verdichtungsräume Randzonen Verdichtungsgebiete	Durchschnittliche Größe der landwirtschaftlichen Betriebe					Anteil ¹⁾ der Betriebe mit überwiegend betrieblichen Einkommen an den Betrieben ²⁾ insgesamt			Anteil ¹⁾ des					
	1971	1979	1987	Veränderung		1971	1979	1983	Ackerlands			Dauergrünlands		
				1979 gegen 1971	1987 gegen 1979				an der gesamten LF der Betriebe					
	ha			%										
Verdichtungsräume														
Stuttgart	6,4	7,7	9,1	+ 20,2	+ 16,9	49,0	42,2	42,1	62,4	63,7	64,1	30,5	28,6	28,2
Rhein-Neckar	9,1	10,6	12,6	+ 17,6	+ 18,2	61,8	51,7	54,7	82,3	82,5	83,7	13,6	13,3	12,0
Karlsruhe	6,1	8,9	10,2	+ 47,8	+ 14,3	33,3	30,9	33,6	78,4	77,1	82,0	18,1	19,4	14,4
Freiburg	6,2	7,8	8,7	+ 24,4	+ 11,9	53,5	42,8	39,7	49,2	43,5	44,1	39,5	43,6	42,8
Insgesamt	6,7	8,2	9,5	+ 21,1	+ 16,7	50,1	43,0	43,2	65,8	66,4	67,0	27,5	26,4	25,7
Randzonen														
Stuttgart	6,6	8,0	9,5	+ 21,2	+ 18,7	37,7	28,6	27,6	55,6	56,3	56,5	40,4	39,6	39,4
Rhein-Neckar	7,9	10,3	12,5	+ 30,9	+ 21,2	39,0	33,2	34,7	78,8	77,0	78,7	18,5	19,7	17,8
Karlsruhe	4,6	6,3	8,1	+ 35,6	+ 29,9	20,5	17,4	16,7	75,3	76,5	76,5	20,5	18,9	18,7
um Pforzheim	5,4	7,0	9,1	+ 29,2	+ 29,6	25,5	19,1	20,3	60,5	59,7	60,3	37,5	38,5	38,1
Freiburg	4,7	4,9	5,2	+ 4,3	+ 7,2	40,8	29,7	28,9	58,2	61,2	61,7	28,0	22,5	21,3
Basel-Lörrach	6,6	8,7	9,6	+ 31,4	+ 10,2	38,1	33,9	31,3	34,8	35,3	35,7	62,5	61,6	60,8
Insgesamt	5,8	7,3	8,8	+ 24,5	+ 20,4	32,2	25,4	24,9	59,8	60,6	61,0	35,8	34,7	34,2
Verdichtungsgebiete														
Aalen-Heidenheim	12,4	14,9	17,4	+ 20,7	+ 16,9	54,9	45,5	42,8	57,6	54,8	55,1	41,5	44,5	44,3
Offenburg-Lahr	5,3	6,7	8,0	+ 26,3	+ 19,6	30,0	23,2	23,2	63,3	69,5	71,3	32,0	25,0	23,0
Villingen-Schwenningen	11,0	15,3	18,9	+ 38,8	+ 24,1	43,2	37,8	38,6	44,9	47,7	49,0	54,4	51,9	50,6
Konstanz	9,0	10,8	12,7	+ 20,2	+ 17,8	55,8	46,5	47,7	55,2	58,0	58,2	42,7	39,6	39,2
Balingen-Albstadt	6,7	9,0	11,1	+ 34,3	+ 23,8	17,4	13,1	14,2	31,3	29,3	30,0	67,3	69,4	68,9
Ravensburg	9,9	10,7	11,4	+ 7,8	+ 6,3	73,8	67,1	63,9	24,0	28,1	31,2	60,3	54,0	51,7
Ulm	12,7	15,5	17,2	+ 22,8	+ 10,6	65,3	59,7	56,8	71,0	76,1	77,2	28,1	23,3	22,2
Insgesamt	9,0	11,1	12,9	+ 22,9	+ 16,4	47,1	41,4	41,0	48,5	50,6	51,9	47,0	44,4	43,2

1) Betriebe bzw. LF der jeweiligen Verdichtungsräume, -gebiete und Randzonen = 100%. – 2) Betriebe in der Hand natürlicher Personen.

terführende, auf die Findung möglicher Erklärungsansätze für regionale Unterschiede des landwirtschaftlichen Strukturwandels ausgerichtete Analyse, die zugleich die Basis für eine nicht nur an Trendfortschreibungen ausgerichtete regionale Entwicklungsprognose bilden könnte, muß jedoch einer weiteren, vertiefenden Untersuchung vorbehalten bleiben.

Zusammenfassung

- Der Strukturwandel in der baden-württembergischen Landwirtschaft hat sich wieder beschleunigt. Bei gleichbleibenden agrarwirtschaftlichen Rahmenbedingungen muß mit einem weiteren, eher zunehmenden Rückgang der Zahl der Betriebe, die bis 1987 auf 126 836 geschrumpft ist, gerechnet werden. Es ist das Anliegen der Landesregierung, mit der Gesamtheit ihrer Fördermaßnahmen einer möglichst großen Zahl von landwirtschaftlichen Betrieben die Existenzgrundlage zu sichern.
- Die Größenklassenstruktur der heimischen Landwirtschaft ist nach wie vor durch eine Vielzahl kleinerer Betriebe geprägt; dies gilt vor allem für die mittleren und südwestlichen Landesteile, während die Betriebe im Norden, Osten und Südosten des Landes eine etwas bessere Flächenausstattung aufweisen. Mit dem zahlenmäßigen Rückgang der landwirtschaftlichen Betriebe nahm die durchschnittliche Betriebsgröße zwar im Landesmittel auf 11,7 ha LF zu (bei einer Spannweite von 5,9 ha LF im Landkreis Rastatt und 18,7 ha LF im Landkreis Heidenheim), doch bleibt die Flächenausstattung je Betrieb selbst in den begünstigsten Landesteilen weit hinter der anderer Bundesländer zurück.
- Unter den einzelnen Größenklassen war in der jüngsten Vergangenheit die der Betriebe von 10 bis 20 ha LF am stärksten von zahlenmäßigen Rückgang betroffen: Offensichtlich reicht bei dieser Betriebsgröße die Produktions- und Einkommenskazität für die Bewirtschaftung der Betriebe im Haupterwerb nicht mehr aus, während bei einer Bewirtschaftung im landwirtschaftlichen Nebenerwerb die erforderliche Arbeitskapazität (neben der außerbetrieblichen Tätigkeit) nicht mehr aufgebracht werden kann. In der Größenklasse der Betriebe von 25 bis 30 ha LF, deren Zahl bis 1982 zunahm und sich bis 1985 noch auf etwa gleichem Niveau hielt, wurde zwischen 1986 und 1987 erstmals ein kräftigerer Betriebsrückgang beobachtet; der Trend zu immer größeren Haupterwerbsbetrieben hält somit weiter an.
- Bei den beengten Raumverhältnissen in Baden-Württemberg wenden sich deshalb relativ immer mehr Haupterwerbsbetriebe der Nebenerwerbslandwirtschaft zu. Wurden Anfang der siebziger Jahre noch gut 45 Prozent der Agrarbetriebe im Haupterwerb bewirtschaftet, so heute nur noch 34 Prozent. Regional läßt sich dabei eine Korrelation zwischen den sozial-ökonomischen Betriebstypen und der Betriebsgröße nachweisen: In den traditionellen Realteilungsgebieten (die meist auch durch starke Flurzersplitterung und einen historisch bedingt hohen Kleinbetriebsanteil ausgezeichnet sind) dominiert der landwirtschaftliche Nebenerwerbsbetrieb, in den anderen, stärker ländlich geprägten Gebieten des Landes liegen die Schwerpunkte des Haupterwerbs.
- Günstige außerbetriebliche Erwerbsmöglichkeiten und ungünstige natürliche Ertragsbedingungen verstärken die Neigung zur Aufnahme einer außerlandwirtschaftlichen Tätigkeit. Eine eingehendere, regional differenzierte Betrachtung zeigt daher, daß sich der strukturelle Wandlungsprozeß in den Randzonen der Verdichtungsräume und in den Verdichtungsbereichen im Ländlichen Raum, in denen die Landwirtschaft im verstärkten Wettbewerb mit anderen Wirtschaftsbereichen um die Produktionsfaktoren Boden und Arbeit steht, mit der relativ größten Dynamik vollzieht.

- Der Anbau von Dauer- und Sonderkulturen in klimatisch begünstigten Gebieten wirkt andererseits strukturkonservierend; auch Betriebe mit vergleichsweise geringer Flächenausstattung können dann noch zu wirtschaftlich befriedigenden Bedingungen fortgeführt werden. Je nach Art der Sonderkulturen bzw. Wirtschaftsform, den gegebenen strukturellen Ausgangsverhältnissen und außerlandwirtschaftlichen Beschäftigungsalternativen sind gebietlich vielerlei Son-

derentwicklungen zu beobachten. Die regionalen Unterschiede treten um so stärker in Erscheinung, je kleinstrukturiert die Beobachtungsgebiete sind. Eine Analyse nach Raumordnungseinheiten, landwirtschaftlichen Wirtschaftsgebieten und kleineren Verwaltungseinheiten zeigt, daß bei der Gliederung nach Stadt- und Landkreisen die am stärksten differenzierten Einblicke in die regionalen Strukturveränderungen der Landwirtschaft möglich sind.

Anhang

Seitens des Statistischen Landesamtes waren an der Erstellung des Berichts folgende wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beteiligt:

Dr. Ingrid Fügel-Waverijn
(Abt. 1)

Dipl.-Sozialwiss. Hans-Jörg Hoffmann
(Abt. 2)

Dr. Klaus Keller
(Abt. 1)

Lebensmittelchem'in Karin Rommel
(Abt. 3)

Dr. Georg Scherm
(Abt. 6)

Soziologe (M.A.) Thomas Schwarz
(Ref. 01)

Dipl.-Volkswirt Herbert Sinn
(Abt. 4)

Dr. Rudolf Stadler
(Abt. 3)

Dipl.-Ing.agr. Meinhard Stärkel
(Abt. 3)

Dr. Martin Votteler
(Ref. 01)

Dipl.-Kaufmann Wolfgang Walla
(Abt. 6)

Methodische Erläuterungen und Tabellen zu II/3.2

– Die Kapitalverflechtung der Unternehmen mit dem Ausland –

Der Begriff der Direktinvestitionen ist äußerst komplex. Deshalb enthält der folgende Anhang, angelehnt an entsprechende Erläuterungen der Deutschen Bundesbank bzw. der Landeszentralbank in deren Publikationen, einige methodische Bemerkungen in zusammenhängender Form.

1. Direktinvestitionen als Bestandsgrößen

Begriffsabgrenzung und Herkunft der Daten

Direktinvestitionen umfassen den Anteil am Nominalkapital und an den Rücklagen eines ausländischen (bzw. inländischen) Unternehmens, der einem Inländer (bzw. einem Ausländer) zuzurechnen ist, sowie alle Kredite und Darlehen, die dieser Anteilseigner dem Unternehmen gewährt hat. Als Untergrenze für eine Direktinvestition wird eine Mindestbeteiligung von 25 % des Nominalkapitals oder der Stimmrechte angesehen. Erfasst werden nur Objekte, die eine Bilanzsumme von mindestens 500 000 DM aufweisen. Eine (insgesamt gesehen vernachlässigbare) Untererfassung kann sich so z.B. bei kleineren Vertriebstöchtern mittelständischer Unternehmen ergeben.

Die Meldungen zu dieser Statistik basieren jeweils auf Bilanzunterlagen der Unternehmen, an denen die Beteiligung besteht. Da die Vermögenssubstanz von Unternehmen in deren Bilanzen im allgemeinen eher zu niedrig als zu hoch bewertet wird, haben die so gewonnenen Zahlen meist den Charakter von Mindestwerten.

Die Erhebung basiert auf Meldungen, die der Deutschen Bundesbank bzw. den Landeszentralbanken nach den Vorschriften der Außenwirtschaftsverordnung zu erstatten sind. In den Meldungen sind Angaben über den Stand und die Zusammensetzung des deutschen Unternehmensvermögens im Ausland und des ausländischen Unternehmensvermögens in der Bundesrepublik zu machen. Es sind

so somit die Buchwerte aus den Bilanzen der ausländischen Unternehmen, an denen Inländer beteiligt sind, und der inländischen Unternehmen, an denen ausländische Beteiligungen bestehen, zugrundegelegt.

Bei der Analyse der Bestandsdaten im Zeitverlauf ist zu beachten, daß Werterhöhungen der Vermögenssubstanz - wie bei jedem Unternehmen - auch durch reinvestierte (d.h. nicht an die Muttergesellschaft ausgeschüttete) Gewinne der bereits bestehenden Investitionsobjekte erfolgen.

Einfluß von Auf- und Abwertungen der DM

Das bundesweite bzw. baden-württembergische Unternehmensvermögen im Ausland wird prinzipiell in fremder Währung bilanziert. Diese Angaben werden von der Deutschen Bundesbank zum Wechselkurs des Bilanzstichtags (in der Regel also zum Stichtag Jahresende) in DM umgerechnet. Wertet sich die DM gegenüber der fremden Währung auf, so erfolgt hierdurch eine Wertminderung der in DM umgerechneten Anlagen im Ausland. Diese Wertminderung wird jedoch durch verschiedene Faktoren gedämpft. Neben allgemeinen Bewertungsspielräumen in den Bilanzen ist zunächst von Bedeutung, daß Großunternehmen, die bei den Direktinvestitionen im Ausland naturgemäß dominieren, teilweise (und wohl in steigendem Umfang) eine Weltbilanz in DM erstellen - hierbei werden teilweise Anlagegüter zu historischen Anschaffungskursen bewertet. Weiter erlauben in Ländern, die von hohen Inflationsraten und einem sinkenden Außenwert ihrer Währung geprägt sind, die Bilanzierungsvorschriften oft Zuschreibungen auf das Anlagevermögen und die Bildung entsprechender Neubewertungsrücklagen. Allgemein kommt hinzu, daß ein nicht unerheblicher Teil der Direktinvestitionen aus in DM gewährten Darlehen an abhängige Unternehmen besteht, die keinen Wechselkursänderungen unterliegen.

Nicht von Wechselkursschwankungen betroffen sind dagegen die Direktinvestitionen des Auslands im Inland, da die im Inland tätigen Tochtergesellschaften a priori in DM bilanzieren.

Unmittelbare und mittelbare deutsche Direktinvestitionen im Ausland

Bei den deutschen Direktinvestitionen überwiegen zwar, wie die Deutsche Bundesbank feststellte, die unmittelbaren Kapitalbeziehungen des jeweiligen Stammhauses eines Konzerns zu einzelnen Tochterunternehmen in den verschiedenen Ländern ohne weitere Verzweigungen zu Enkel- bzw. Schwesterunternehmen. Längere Beteiligungsketten über mehrere Ländergrenzen hinweg sind selten, allerdings abgesehen von einer sehr wichtigen Ausnahme, nämlich der Verwaltung von Beteiligungen über speziell dafür errichtete Holdinggesellschaften in Sitzländern, die dafür besondere Vorteile bieten. Diese Holdinggesellschaften sind zwar auf wenige Domizilstaaten - vorwiegend die USA, die Schweiz und einzelne Staaten in der Karibik - konzentriert, sie verwalten aber Beteiligungen an Unternehmen in einer Vielzahl von Ländern und Branchen. In der Regel nehmen sie zusätzliche Mittel durch Kredite auf, mit denen sie ihr Anlagepotential erweitern. Da sie zudem ihre Beteiligungsaktiva im allgemeinen sehr vorsichtig bewerten und auf diese Weise stille Reserven bilden können, ist der von ihnen betreute Vermögensbesitz im ganzen größer als der in ihren Bilanzen gezeigte Kapitalwert (d.h. die unmittelbare Direktinvestition). Will man feststellen, wie hoch das gesamte von der Bundesrepublik bzw. Baden-Württemberg aus kontrollierte Produktivkapital in anderen Ländern ist und vor allem wie es sich endgültig auf Branchen und Standorte verteilt, so müssen deshalb die unmittelbaren und die über Holdinggesellschaften gehaltenen mittelbaren Kapitalbeteiligungen zusammen betrachtet werden. Dabei sind die den abhängigen Holdinggesellschaften übertragenen Mittel über eine Bilanzkonsolidierung auszuklammern, um Doppelzählungen zu vermeiden.

Ausländische Direktinvestitionen im Inland

Hier sind für Bundesländer allein die unmittelbaren Direktinvestitionen verfü-

bar. Diese enthalten (näherungsweise) auch den Bilanzwert eventueller mittelbarer Kapitalbeteiligungen (Enkelgesellschaften). Die (nur für Direktinvestitionen im Bundesgebiet insgesamt verfügbaren und in diesem Beitrag deshalb nicht aufgeführten) mittelbaren Direktinvestitionen des Auslands in der Bundesrepublik sind so quasi eine "Darunter-Position" der unmittelbaren Direktinvestitionen des Auslands. Von einer konsolidierten Zusammenfassung der unmittelbaren und mittelbaren ausländischen Direktinvestitionen wird von der Deutschen Bundesbank abgesehen, da im Inland ansässige Tochterunternehmen mit dem Charakter von Holdinggesellschaften keine größere Rolle spielen. Bei der Behandlung mittelbarer Kapitalbeteiligungen wird so von der Deutschen Bundesbank eine andere Darstellungsart gewählt als umgekehrt für die deutschen Direktinvestitionen im Ausland.

Für die Bilanzierung, d.h. die Gegenüberstellung der deutschen Direktinvestitionen im Ausland und der Direktinvestitionen im Inland, werden deshalb jeweils die unmittelbaren Direktinvestitionen verwendet. In der Differenzierung nach Anlagebranchen und Zielländern ist die Aussagekraft der Bilanzierung jedoch eingeschränkt, insbesondere da bei den deutschen Direktinvestitionen im Ausland bei dieser Darstellung nur die (zum Dienstleistungssektor zählenden) Holdinggesellschaften bzw. die Holdingsitzländer erfasst werden.

Daten über Beschäftigte

Die Daten über Beschäftigte (im Inland bzw. Ausland) beziehen sich jeweils auf Beschäftigte in Unternehmen mit unmittelbarer und mittelbarer (inländischer bzw. ausländischer) Kapitalbeteiligung. Hier sind auch die Beschäftigten solcher Investitionsobjekte voll enthalten, an denen keine 100 % Beteiligung besteht. Hierdurch dürfte der Aussagegehalt der Daten (z.B. bei der Bilanzierung der Arbeitsplätze) allerdings nur geringfügig eingeschränkt sein, denn Investoren, die sich über die Grenzen hinweg bei anderen Unternehmen engagieren, neigen dazu, möglichst hohe Anteile am Kapital dieser Unternehmen zu halten. So entfielen, wie die Deutsche Bundesbank berichtete, Ende 1983 vom deutschen Unternehmensvermögen im Ausland fast zwei

Drittel auf Gesellschaften die zu hundert Prozent den deutschen Kapitalgebern gehörten; von dem entsprechenden ausländischen Vermögen in der deutschen Wirtschaft waren zum gleichen Zeitpunkt sogar drei Viertel in hundertprozentigen Beteiligungen angelegt. Lediglich 11 % der deutschen Unternehmensbeteiligungen im Ausland und sogar nur 3 % der ausländischen Unternehmensbeteiligungen in der Bundesrepublik lagen unter der 50 %-Anteilsgrenze. Dabei hängt das etwas höhere deutsche Engagement in Minderheitsbeteiligungen zum Teil damit zusammen, daß verschiedene Staaten, insbesondere manche Entwicklungs- und Schwellenländer, keine mehrheitliche Beteiligung von Ausländern an dort ansässigen Wirtschaftsunternehmen gestatten. In diesen Fällen wird der Einfluß der deutschen Kapitalgeber aber vielfach durch ergänzende Lizenzverträge, Kooperationsabkommen oder auf ähnliche Weise gesichert. In der Regel kann hierbei unterstellt werden, daß ohne deutsche Kapitalbeteiligung das Investitionsobjekt nicht errichtet worden wäre.

Besonderheiten für ein Bundesland

Baden-württembergische Direktinvestitionen im Ausland beziehen sich auf Direktinvestitionen von Unternehmen (als Muttergesellschaften), die ihren Unternehmenssitz in Baden-Württemberg haben. Entsprechend beziehen sich Direktinvestitionen des Auslands in Baden-Württemberg auf Investitionsobjekte (Tochtergesellschaften) die ihren Unternehmenssitz in Baden-Württemberg haben. Der ganze bilanzierte Substanzwert eines solchen Objekts wird so Baden-Württemberg zugeschlagen, auch wenn weitere Betriebsstätten (Zweigbetriebe) in anderen Bundesländern bestehen. Das gleiche gilt praktisch auch, wenn eine Tochtergesellschaft eine rechtlich selbstständige Enkelgesellschaft besitzt, die ihren Sitz ihrerseits in einem anderen Bundesland hat, da der Bilanzwert der Enkelgesellschaft im allgemeinen näherungsweise im Bilanzwert der Tochtergesellschaft bereits enthalten ist. Etwas trennschärfer für die Bundesländerbetrachtung ist die statistische Zuordnung der Beschäftigten. Beschäftigte in rechtlich selbstständigen Enkelgesellschaften werden demjenigen Bundesland zugeordnet, in dem die Enkelgesellschaft ihren Sitz hat.

2. Direktinvestitionen als Stromgrößen

Ergänzend werden in diesem Beitrag insbesondere zur Darstellung der kürzerfristigen Tendenzen, auch die jährlichen Direktinvestitionen verwendet, die als Stromgrößen die während eines Jahres durchgeführten Transaktionen wertmäßig abbilden. Die hierbei registrierten Kapitalleistungen werden netto, d.h. nach Abzug von Desinvestitionen (Liquidationen) z.B. in Form von Veräußerungen von Objekten dargestellt (Nettokapitalleistungen). Verwendet wird ausschließlich die Zahlungsbilanzstatistik, deren Werte allerdings bislang nur für das Bundesgebiet insgesamt verfügbar sind. In dieser Abgrenzung der jährlichen Direktinvestitionen sind nicht ausgeschüttete (reinvestierte) Gewinne enthalten, dagegen keine Zuschüsse zur Verlustabdeckung von Tochterunternehmen. Liquidationen werden nicht zu historischen Anschaffungspreisen, sondern zum Marktwert abgesetzt.

Nicht verwendet wird in diesem Beitrag die mit der Zahlungsbilanzstatistik konkurrierende "Spezialstatistik", deren Ergebnisse auch für Bundesländer vorliegen. Diese Statistik wurde vor kurzem revidiert, so daß kein Zeitvergleich möglich ist. Vor der Revision wurden Liquidationen in der Regel zu historischen Anschaffungswerten bewertet, was die Aussagekraft dieser Daten nicht unerheblich eingeschränkt haben dürfte. Erste Daten nach der Revision dürften für Baden-Württemberg in Kürze von der Landeszentralbank veröffentlicht werden.

Eigentlich wäre zu erwarten, daß sich der Bestand der Direktinvestitionen am Jahresende als Summe des Anfangsbestands und der jährlichen Direktinvestitionen ergibt. Dies gilt jedoch nur in sehr grober Näherung. Ursächlich hierfür sind in erster Linie leicht unterschiedliche Begriffsabgrenzungen (z.B. bei der Erfassung kurzfristiger Kreditbeziehungen und bei Zahlungen zur Verlustabdeckung) und Bewertungsspielräume bei den Bilanzwerten. Bei den deutschen Direktinvestitionen im Ausland treten wechselkursbedingte Bewertungsänderungen hinzu.

Die Daten für das jeweils letzte Berichtsjahr sind vorläufige Angaben.

Tabelle 1

Bilanz der Kapitalverflechtung der Unternehmen mit den USA 1976 bis 1986

Jahres- ende	Unmittelbare Direktinvestitionen							
	im Ausland aus		Anteil Baden- Württembergs am Bundesgebiet	vom Ausland in/im		Anteil Baden- Württembergs am Bundesgebiet	Bilanz	
	Baden- Württemberg	dem Bundesgebiet		Baden- Württemberg	Bundesgebiet		Baden- Württemberg	Bundesgebiet
	Mill. DM		%	Mill. DM		%	Mill. DM	
1976	743	5 317	14,0	4 332	26 011	16,7	- 3 589	- 20 694
1977	1 102	6 294	17,5	4 543	25 891	17,5	- 3 441	- 19 597
1978	1 103	8 254	13,4	4 795	27 809	17,2	- 3 692	- 19 555
1979	1 593	11 220	14,2	4 950	28 697	17,2	- 3 357	- 17 477
1980	2 087	15 541	13,4	4 996	29 498	16,9	- 2 909	- 13 957
1981	2 769	21 226	13,0	5 124	30 693	16,7	- 2 355	- 9 467
1982	3 694	24 620	15,0	5 697	32 279	17,6	- 2 003	- 7 659
1983	4 897	29 450	16,6	6 556	34 042	19,3	- 1 659	- 4 592
1984	5 967	35 763	16,7	7 009	33 847	20,7	- 1 042	+ 1 916
1985	6 619	38 819	17,1	7 444	34 195	21,8	- 825	+ 4 624
1986	6 403	37 781	16,9	7 645	35 515	21,5	- 1 242	+ 2 266

Quelle: Landeszentralbank Baden-Württemberg; Deutsche Bundesbank, eigene Berechnungen.

Tabelle 2

Bilanz des Unternehmensvermögens 1979 und 1986 nach Ländern

– Bundesgebiet –

Ländergruppe/Land	Bestand an unmittelbaren Direktinvestitionen					
	1979			1986		
	im Ausland	aus dem Ausland	Saldo	im Ausland	aus dem Ausland	Saldo
	Mill. DM					
Industrialisierte westliche Länder insgesamt	50 778	66 959	– 16 181	116 817	91 282	+ 25 535
davon						
EG-Länder ¹⁾	22 463	23 192	– 729	52 951	30 774	+ 22 177
darunter						
Belgien	2 629	1 221	+ 1 408	5 631	1 231	+ 4 400
Frankreich	6 562	4 634	+ 1 928	10 904	5 836	+ 5 068
Großbritannien	2 202	5 693	– 3 491	6 551	8 914	– 2 363
Italien	1 518	793	+ 725	5 149	1 661	+ 3 488
Luxemburg	4 172	1 593	+ 2 579	7 299	683	+ 6 616
Niederlande	4 454	8 666	– 4 212	10 253	11 396	– 1 143
· Übrige industrialisierte westliche Länder ²⁾	28 315	43 767	– 15 452	63 866	60 508	+ 3 358
darunter						
Japan	800	1 907	– 1 107	2 158	6 073	– 3 915
Kanada	2 120	535	+ 1 585	4 710	1 007	+ 3 703
Österreich	2 463	743	+ 1 720	4 432	1 237	+ 3 195
Schweden	418	1 473	– 1 055	571	1 902	– 1 331
Schweiz	6 402	9 790	– 3 388	10 021	13 701	– 3 680
Vereinigte Staaten von Amerika	11 220	28 697	– 17 477	37 781	35 515	+ 2 266
Entwicklungsländer insgesamt	10 306	2 072	+ 8 234	17 092	2 561	+ 14 531
davon						
OPEC	1 960	923	+ 1 037	1 949	825	+ 1 124
Übrige Entwicklungsländer	8 346	1 149	+ 7 197	15 143	1 736	+ 13 407
darunter						
Brasilien	4 054	106	+ 3 948	6 939	100	+ 6 839
Staatshandelsländer	73	333	– 260	100	640	– 540
Regional nicht aufteilbar	–	902 ³⁾	– 902	–	818 ³⁾	– 818
Insgesamt	61 157	70 266	– 9 109	134 009	95 301	+ 38 708

1) Jeweiliger Gebietsstand. – 2) Einschließlich Entwicklungsländer in Europa. – 3) Unmittelbare Darlehen der Kapitaleigner von Tochter- an Einzelgesellschaften.

Quelle: Deutsche Bundesbank, eigene Berechnungen.

Tabelle 3

Bilanz des Unternehmensvermögens 1979 und 1986 nach Branchen

Wirtschaftszweig	Unmittelbare Direktinvestitionen					
	1979			1986		
	aus dem Ausland nach dem Wirtschaftszweig des inländischen Investitionsobjekts	im Ausland nach dem Wirtschaftszweig des inländischen Investors	Saldo	aus dem Ausland nach dem Wirtschaftszweig des inländischen Investitionsobjekts	im Ausland nach dem Wirtschaftszweig des inländischen Investors	Saldo
	Mill. DM					
Baden-Württemberg						
Verarbeitendes Gewerbe	10 034	5 630	- 4 404	12 784	13 445	+ 661
darunter						
Chemische Industrie	1 944	256	- 1 688	2 575	259	- 2 316
Kunststoff-, Gummi- und Asbestverarbeitung	511	47	- 464	529	68	- 461
Maschinenbau ¹⁾	701	723	+ 22	883	1 860	+ 977
Straßenfahrzeugbau	365	2 184	+ 1 819	523	6 784	+ 6 261
Elektrotechnik ²⁾	4 454	1 374	- 3 080	1 639	2 801	+ 1 162
Feinmechanik und Optik, Herstellung von EBM-Waren usw. ³⁾	601	379	- 222	914	620	- 294
Handel	780	214	- 566	1 350	423	- 927
Kreditinstitute	30	121	+ 91	86	192	+ 106
Beteiligungsgesellschaften und sonstige Vermögensverwaltung	265	769	+ 504	3 319	2 168	- 1 151
Sonstige Dienstleistungen ⁴⁾	211	150	- 61	278	925	+ 647
Restliche Wirtschaftszweige, Privatpersonen	153	868	+ 715	238	1 682	+ 1 444
Insgesamt	11 473	7 752	- 3 721	18 055	18 835	+ 780
Bundesgebiet						
Verarbeitendes Gewerbe	42 318	36 604	- 5 714	45 578	80 939	+ 35 361
darunter						
Chemische Industrie	6 734	10 842	+ 4 108	8 822	27 522	+ 18 700
Kunststoff-, Gummi- und Asbestverarbeitung	1 847	640	- 1 207	2 216	1 148	- 1 068
Maschinenbau ¹⁾	3 592	4 711	+ 1 119	3 391	8 690	+ 5 299
Straßenfahrzeugbau	4 220	5 843	+ 1 623	3 433	15 779	+ 12 346
Elektrotechnik ²⁾	6 596	6 925	+ 329	4 994	13 692	+ 8 698
Feinmechanik und Optik, Herstellung von EBM-Waren usw. ³⁾	1 850	1 034	- 816	2 579	2 098	- 481
Handel	10 744	2 555	- 8 189	16 314	5 359	- 10 955
Kreditinstitute	4 360	4 893	+ 533	7 728	10 314	+ 2 586
Beteiligungsgesellschaften und sonstige Vermögensverwaltung	7 889	6 684	- 1 205	19 066	15 637	- 3 429
Sonstige Dienstleistungen ⁴⁾	3 362	3 150	- 212	4 648	7 260	+ 2 612
Restliche Wirtschaftszweige, Privatpersonen	1 593	7 271	+ 5 678	1 967	14 500	+ 12 533
Insgesamt	70 266	61 157	- 9 109	95 301	134 009	+ 38 708

1) 1979 einschließlich Herstellung von Büromaschinen. — 2) 1979 einschließlich Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen. — 3) Einschließlich Herstellung von Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spiel- und Schmuckwaren. — 4) Einschließlich Finanzierungsinstitutionen, Versicherungsunternehmen, Wohnungsunternehmen und sonstiges Grundstückswesen.

Quellen: Landeszentralbank Baden-Württemberg; Deutsche Bundesbank, eigene Berechnungen.

Tabelle 4

**Struktur des unmittelbaren und mittelbaren baden-württembergischen Unternehmensvermögens
im Ausland 1979 und 1986**

Wirtschaftszweig des einheimischen Investors	Bestand des Unternehmens- vermögens 1986	Branchenstruktur		Anteil am Bundesgebiet		Veränderung 1986 gegen 1979	
		1986	1979	1986	1979	Baden- Württemberg	Bundes- gebiet
	Mill. DM	%					
Verarbeitendes Gewerbe	14 289	67,2	70,5	15,7	14,7	+ 125,7	110,9
darunter:							
Chemische Industrie	151	0,7	.	0,5	.	.	101,7
Kunststoff-, Gummi- und Asbestverarbeitung	68	0,3	0,5	5,6	7,0	+ 44,7	80,8
Maschinenbau ¹⁾	1 876	8,8	8,1	19,9	15,2	+ 158,0	97,0
Straßenfahrzeugbau	7 056	33,2	.	37,6	.	.	193,1
Elektrotechnik ²⁾	3 250	15,3	.	21,1	.	x	x
Feinmechanik und Optik, Herstellung von EBM-Waren usw. ³⁾	649	3,1	4,3	28,1	35,2	+ 68,1	110,6
Handel	430	2,0	3,1	7,3	9,5	+ 53,6	100,0
Kreditinstitute	192	0,9	1,3	1,9	2,5	+ 58,7	110,9
Beteiligungsgesellschaften und sonstige Vermögensverwaltung	2 258	10,6	8,9	11,8	10,9	+ 181,9	161,1
Sonstige Dienstleistungen ⁴⁾	925	4,4	1,7	12,0	3,7	+ 500,6	83,8
Restliche Wirtschaftszweige, Privatpersonen ⁵⁾	3 165	14,9	14,4	20,6	16,5	+ 119,2	95,9
Insgesamt	21 259	100	100	14,2	12,8	+ 136,7	112,4

1) 1979 einschl. Herstellung von Büromaschinen. — 2) 1979 einschl. Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen. —

3) Einschl. Herstellung von Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spiel- und Schmuckwaren. — 4) Einschl. Finanzierungsinstitutionen, Versicherungsunternehmen, Wohnungsunternehmen und sonstiges Grundstückswesen. — 5) Einschl. nicht aufteilbar (Kredite der abhängigen Holdinggesellschaften an andere verbundene Unternehmen).

Quelle: Landeszentralbank Baden-Württemberg; eigene Berechnungen.

Tabelle 5

Länderstruktur des Unternehmensvermögens*) im Ausland 1986 und der Exporte 1987 des Bundesgebietes
 – Ausgewählte Länder mit hohen Beständen an Direktinvestitionen –

Land / Ländergruppe	Exporte			Direktinvestitionen		
	insgesamt	Struktur	Rang	insgesamt	Struktur	Rang
	1987			1986		
	Mill. DM	%		Mill. DM	%	
Frankreich	63 609,5	12,1	1	11 651	7,8	3
Vereinigte Staaten von Amerika	49 879,3	9,5	2	41 863	28,0	1
Großbritannien	46 633,2	8,8	3	7 930	4,9	6
Niederlande	46 088,4	8,7	4	9 504	6,4	4
Italien	46 056,6	8,7	5	6 313	4,2	8
Belgien-Luxemburg	38 846,4	7,4	6	13 111	8,8	2
Schweiz	32 126,9	6,1	7	7 169	4,8	7
Österreich	28 411,1	5,4	8	5 165	3,5	9
Schweden	15 842,0	3,0	9	737	0,5	12
Japan	10 544,7	2,0	10	2 340	1,6	11
Kanada	4 759,8	0,9	11	4 043	2,7	10
Brasilien	2 666,8	0,5	12	8 420	5,6	5
Insgesamt ¹⁾	527 376,2	100		149 380	100	
davon:						
Industrialisierte westliche Länder insgesamt ²⁾	450 987,7	85,5		122 791	82,2	
davon						
EG-Länder ³⁾	277 920,2	52,7		56 688	37,9	
Übrige industrialisierte westliche Länder	173 067,5	32,8		66 103	44,3	
Entwicklungsländer	53 395,5	10,1		19 686	13,2	
Staatshandelsländer	22 993,0	4,4		100	0,1	

*) Bestand an unmittelbaren und mittelbaren Direktinvestitionen. 1) Einschl. regional nicht aufteilbar. – 2) Einschl. Entwicklungsländer in Europa. – 3) Jeweiliger Gebietsstand.

Quelle: Deutsche Bundesbank; eigene Berechnungen.

Zeichenerklärung:

- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- nichts vorhanden (genau null)
- Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- x Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- / keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug

Schlagwortverzeichnis

Teil II

1. Bildung		2. Leben im Alter	
Berufsschule als Teil des dualen Systems		Zur Lebenssituation älterer Menschen in Baden-Württemberg	
	Seite		Seite
Ausländer	14f., 17	Altbauwohnung	41f.
Beruf	9ff.	- Einpersonenhaushalt	42
Berufliche Grundbildung	2f.	- Mehrpersonenhaushalt	42
Berufsfeld	9ff., 17	Altersgrenze, flexible	29f.
Duales System	1f., 13ff.	Altersruhegeld	29
Frauen, Schülerinnen	4f., 13f., 17	- Rente	34
Hauptschulabschluß	5, 8	Altersstruktur/ Altersgruppen	20, 23
Hochschulreife, -zugangs- berechtigung	5f., 15, 17	- Altersaufbau, geschlechtsspezifischer	21 22
Mittlerer Bildungsabschluß	5f., 16f.	Alterungsprozeß, demographischer	22f.
Schüler		Arbeitslosigkeit	30
- mit Ausbildungsvertrag	9, 14, 17	- Arbeitslosenquote	30f.
- ohne Ausbildungsvertrag	8f., 14, 17	Ausländische Bevölkerung	20
Schultyp	1ff., 7, 17	Einkommenslage	32
Vorbildung	5, 17	- Haushaltseinkommen	32ff.
Weiterbildung	15, 17	- Individualeinkommen	33f.
		Einpersonenhaushalt	27, 33f.
		Erwerbsleben/ Erwerbsbeteiligung	28f., 30
		- Erwerbstätigenquote Frauen	29f.
		- Erwerbstätigenquote Männer	29f.
		Familienstand	27
		- Verwitwete	27

	Seite		Seite
Gebrauchsgüter, langlebige	38	Wohnungsausstattung/ Ausstattung des Haushalts	42
Geldvermögen - Nettogeldvermögen	36	Wohnungseigentum	36,39, 41,42
Heimbewohner	27		
Hochbetagte	20,23, 27		
Kohortenanalyse	29	3. Außenwirtschaft	
Lebenserwartung	22	3.1 Die Ausfuhren der baden- württembergischen Wirtschaft in den Dollar-Raum	
Mehrpersonenhaushalt	27f., 33f.		
Mietbelastung/ Mietkosten	39	Ausfuhr: siehe Export	
- Einpersonen- haushalt	39,41	Export	45ff.
- Mehrpersonen- haushalt	40f.	- Export in den Dollar- Raum	45ff., 55ff.
Modellrechnung	22	- Export in die EG	49,51, 56 f.
Neubauwohnung	41	- Export in die EFTA	49,51, 56f.
Privathaushalt	27	- Exportabhängigkeit	45
Qualifikationsstruktur	31	- Exportintensität	45
- Schulbildung, allgemeine	31f.	- Exportquote	46,56
Ruhestand	28,34	- Exportschwelle	49
Sozialhilfe, öffentliche	34f.	- Exportstruktur	53ff.,57
- Sozialhilfeempfänger	34f.	- Weltexport	45,56
Untermieterhaushalt	42	- Nachfrage	48,57
Vermögenslage/ Vermögenssituation	36,37f.	- Anpassung, Anpassungs- verzögerung	48,57
Verteilung, regionale	23	- Bestimmungs-, Einflußfaktoren	49,52
Wanderungsbewegung/ Wanderungsverhalten	22,26	- Preiselastizität	48,57
- Wanderungsgewinn	26	- Preissteigerungsrate	49
- Wanderungssaldo	26	- Substitution, -sfähigkeit	48f.
- Zuwanderung	19	Verbrauchsländer	46
Wohnsituation	39	Wechselkurs, Wechselkursbewegung -Ab-, Aufwertung	45,47f. 45,47,50, 55,57
		- Außenwert	45
		- Kursverfall	45
		- US-Dollar	45,47, 49ff.,56
		- US-Dollarbindung	47,49,52 56

3.2 Die Kapitalverflechtung der Unternehmen mit dem Ausland - Entwicklung und Struktur der Direktinvestitionen -				Seite
			Jährliche DI	
			- Entwicklung	63ff.
			- Zusammenhang mit Wechselkursen	66
			Motive für DI	80ff.
	Seite			
Ausländisches Unternehmensvermögen im Inland				
- Anlagebranchen	72ff.			
- Herkunftsländer	70ff.			
Begriff der Direktinvestitionen (DI)				
		4.	Umwelt	
- Jährliche Direktinvestitionen *	58f.		Grund-, Quell- und Trinkwasserqualität in Baden-Württemberg	
- Methodische Erläuterungen	Anhang		Empfehlungen und Rechtsnormen für Trinkwasser	
- Unternehmensvermögen	59f.		- Bundesgesundheitsamt	99
Bilanz des Unternehmensvermögens mit dem Ausland			- DIN 2000	95
- Bilanz nach Branchen	68f.		- EG-Richtlinie	95,108
- Bilanz nach Ländern	67f.		- Trinkwasserverordnung	95ff.
- langfristige Entwicklung	60ff.		Grund-, Quell- und Trinkwasserqualität	
DI und Arbeitsplätze			- Arsen, Blei, Cadmium, Chrom, Cyanid, Fluorid, Quecksilber	98
- Beschäftigungsbilanz	80		- Gesamtbeurteilung	96,115
- primäre Beschäftigungswirkung	79f., 83		- Härte	102
- sekundäre Beschäftigungswirkung	80ff.		- Nitrat	95ff., 103ff., 110ff., 116
DI und Exporte			- Organische Chlorverbindungen	98ff., 100, 115f.
- nach Branchen	87ff.		- Pflanzenschutzmittel	95f., 98, 100, 114ff.
- nach Ländern	85ff.		- pH-Wert	98, 100, 102f.
Heimisches Unternehmensvermögen im Ausland			- Polycyclische aromatische Kohlenwasserstoffe	100
- Anlagebranchen	76ff.		- Selen, Zink	98
- Zielländer	74ff.		- Sulfat, Magnesium, Ammonium, Oxidierbarkeit, Leitfähigkeit	98, 100ff.
Internationale Tendenzen für DI				
- Japan	91			
- OECD-Länder	89ff.			
- USA	90			

Grund-, Quell- und Trinkwasserqualität in den Naturräumen Baden-Württembergs

- Chlorid	108ff., 117
- Härte	108,116
- Naturräumliche Faktoren	107
- Nitrat	110ff., 115f.
- Pflanzenschutzmittel	114ff.
- pH-Wert	102,110
- Sulfat	108,110, 116
- Trinkwasseraufbereitung	110

Trinkwassergewinnung

- Grund-, Quell- und Oberflächenwasser	95f.,104, 107,110
- Rein- und Rohwasser	96,98,110
- Versorgungssicherheit	96
- Wasserdargebot	104

5. Ländlicher Raum

5.1 Strukturwandel der Beschäftigung in den Verdichtungsbereichen im Ländlichen Raum

Beschäftigung

- Beschäftigtenanteile	120ff.,135
- Beschäftigungsentwicklung	119ff.,136

Bevölkerungsveränderung
Monostruktur

	120ff.,135
	130,136

Raumkategorien

	120ff.,135f.
- Verdichtungsräume	123f.
- Randzonen	124
- Verdichtungsgebiete	125f.,128ff.
- Ländlicher Raum	126

Wanderung

	119ff.,135
--	------------

Administrative Räume

	143
- Kreis	143ff.
- Region	143ff., 150, 153ff., 161

Bestimmungsgründe der Strukturentwicklung

- außerlandwirtschaftliche Erwerbsmöglichkeit	139,146, 150, 154ff.,
- Baulandnachfrage	160
- Bevölkerungsdichte	146,160, 161
- Dauer- und Sonderkulturen	146,154, 160,161
- Erbgang (Realteilung - Anerbenrecht)	146,150, 156f.
- natürliche Ertragsbedingungen	143,153, 154, 158ff.

Betriebsgrößenstruktur

- Anzahl der Betriebe	140ff.
- durchschnittliche Betriebsgröße	142, 153f., 157,159, 161
- Flächenaufstockung	140f., 154,157, 161
- Größenklassengefüge	146
- Kleinbetriebe	141, 146ff., 154,159
- Mittel- und Großbetriebe	146,153
- Strukturwandel	140,143, 150f., 158ff., 160
- Wachstumsschwelle	140ff.
Landwirtschaftliche Vergleichsgebiete	143, 158ff., 161

Raumkategorien des Landesentwicklungsplans	143,160, 161
- Ländlicher Raum	139,143, 160ff.
- Randzonen der Verdichtungsräume	143, 160f.
- Verdichtungsgebiete im Südlichen Raum	143,159, 160f.
- Verdichtungsräume	139,143, 160f.
Sozialökonomischer Betriebstyp	154
- Haupterwerb	142, 150f., 154,156, 159,161
- Nebenerwerb	142,146, 150,154, 156,159
- Vollerwerb	143
- Zuerwerb	143